

Siegfried Akkermann

MOSKAUER NOTIZEN

Über ein Welt-Imperium  
am Vorabend seines Unterganges

## Inhalt

	Seite
Erstes Kapitel	
KURSANTENLEBEN Im Moskau der Jahre 1979/80	
EINE ÜBERRASCHENDE OFFERTE	7
ANGEKOMMEN IN MOSKAU	14
Zweites Kapitel	
PHILOSOPHISCHES Sowjetische. Weltsichten	
DIDAKTISCHE BEMÜHUNGEN UND IDEOLOGISCHE ZIELSTELLUNG MOSKAUER AKADEMIEBETRIEBES	46
DIALEKTIK, PHILOSOPHISCHER IDEALISMUS, MARXISTISCHER MATERIALISMUS, SOWIE RELIGIONEN UND KIRCHEN IM SOWJETREICH	50
IDEOLOGIE UND WISSENSCHAFT	68

## Drittes Kapitel

### HISTORISCHES

#### Werden und Vergehen der UdSSR

DIE RUSSISCHE OKTOBERREVOLUTION DES JAHRES 1917 – MEISTERHAFT ORCHESTRIERT UND DANN ABGEGLITTEN IN DAS CHAOS DES BÜRGERKRIEGES	78
INNERSOWJETISCHE NATIONALITÄTENPOLITIK UND AUSSENPOLITIK DES JUNGEN SOWJETSTAATES	111
WLADIMIR VON ULJANOW; GENANNT „LENIN“	135
ÜBER DIE „NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK (NEP)“ DER UDSSR, STALINS INDUSTRIALISIERUNGSPÄNE UND DIE BRUTALE „BEREINIGUNG DES KULAKEN- PROBLEMS“	146
DIE SOWJETISCHE ARMEE- KRISE IN DEN 30er JAHREN	168
SPÄTSOMMER 1939 – DEUTSCH- SOWJETISCHER NICHTANGRIFFSPAKT UND BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGES	180
DEUTSCHER RASSENWAHN UND SOWJETISCHE WIEDERGE BURT	185
NACHKRIEGSZEIT	197

## Viertes Kapitel

AKTUELLES, 1979/80

Zur Grundstruktur des innersowjetischen  
Machtblockes

1. JANUAR 1980 – DER VERSPROCHENE BEGINN DES KOMMUNISMUS „FINDET NICHT STATT“	213
AUCH DER SOWJETSTAAT HATTE EINE FORMALE DREITEILUNG DER MACHT – LEGISLATIVE, EXEKUTIVE UND JUSTIZ	219
GRUNDSÄTZLICHES ZUR SOWJETÖKONOMIE IN DEN JAHREN 1979/80	229
DAS DESASTRÖSE WETTRÜSTEN ZWISCHEN „OST“ UND „WEST“	233
SOWJETISCHE PLANWIRTSCHAFT – EIN SYSTEM BEGINNT SICH SELBST ZU STRANGULIEREN	239
KURZE SKIZZIERUNG DER PROBLEMBEREICHE EINIGER ZENTRALER SEGMENTE DER SOWJETÖKONOMIE – ENERGIE, ZIVILE METALLVERARBEITENDE INDUSTRIE, EISENBAHN	247
DAS AUSUFERNDE „WODKA- PROBLEM“	256
SOWJET- GEWERKSCHAFTEN – INNERBETRIEBLICHE MACHTSTRUKTUREN UND DIE PROBLEME DER LEISTUNGSSTIMULIERUNG	258

AUCH DER WETTLAUF MIT DER FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT DES „WESTENS“ KONNTE NICHT GEWONNEN WERDEN	268
CHARAKTERISTIKA DES STÄNDIGEN KOMPETENZ- GERANGELS ZWISCHEN LOKALER ADMINISTRATION UND DEN „GENERALEN“ DER ZENTRAL UNTERSTELLTEN SOWJETISCHEN INDUSTRIE- GIGANTEN	276
ÜBER DAS CHRONISCHE SIECHTUM DER SOWJETISCHEN LANDWIRTSCHAFT	281
DEMOGRAPHISCHE TENDENZEN UND GESELLSCHAFTPOLITISCHE KONFLIKTLINIEN	302
FINALES AUFBÄUMEN – DER IDEOLOGISCHE „ZANGEN- ANGRIFF“ SEITENS DER KPDSU- FÜHRUNG AB ENDE DER 70er JAHRE	321
„RUSSEN UND SONSTIGE SOWJETBÜRGER“ – ÜBER SOWJETISCHE NATIONALITÄTENPOLITIK NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG	338

## Fünftes Kapitel

## ROTER STERN UND WEITE WELT

## Über sowjetische Außenpolitik

EINLEITENDE SÄTZE ZUR SOWJETISCHEN AUSSENPOLITIK 343  
 DER JAHRE 1979 / 80 UND ZUM GLOBALPOLITISCHEN  
 STELLENWERT DER SOG. „MITTELMÄCHTE“

JUNGE NATIONALSTAATEN UND 346  
 SOWJETISCHE NACHKRIEGSDIPLOMATIE

DAS „WESTEUROPÄISCHE GLACIS“ 352

JAPAN UND INDIEN – DIE „HALBEN GROSSMÄCHTE“ 371  
 VOR DER „SOWJETISCHEN HINTERTÜR“

DIE „SOZIALISTISCHE STAATENGEMEINSCHAFT“ UND DER 384  
 „RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE (RGW)“

## Sechstes Kapitel

SUMMA SUMMARUM 396

Versuch einer Zusammenfassung

NACHWORT 406

„Geschichte‘ ist etwas, das alle menschlichen Regungen und Reaktionsmuster umfasst. Sie ist somit ein ‚immerwährender Roman‘, zudem interessanter als jeder andere, da sie tatsächliches Geschehen zum Inhalt hat. Zudem vermittelt sie uns viel moralischen Trost – denn sie verdeutlicht, dass die Menschheit im Verlauf der Jahrhunderte, alles in allem, weiser geworden ist.“

Christopher Clark  
Britischer Historiker, Cambridge

## Erstes Kapitel

### KURSANTENLEBEN

Im Moskau der Jahre 1979/80

## EINE ÜBERRASCHENDE OFFERTE

Im Vorfrühling des Jahres 1978 wurde mir, ohne nähere Erläuterung, aus der Abteilung „Gesundheitspolitik“ im ZK der SED eine Einladung nach Berlin übersandt, zu Genossen Dr. Hering, dem damaligen Leiter dieser Abteilung.

Man erwartete mich also zum vorgegebenen Termin um etwa 14.00 Uhr im „grauen Haus“, gelegen im Zentrum Berlins. Einst hatte dort die Deutsche Reichsbank ihren Sitz, heutzutage residiert in dem Gebäude der Außenminister der Bundesrepublik.

Ich hatte in der Vergangenheit von solchen Einladungen gelegentlich gehört, war persönlich jedoch noch nie einer solchen Ehrung teilhaftig geworden.

Bei jüngeren Hochschullehrern – wie mir – war es dabei vor allem um diverse Arrangements im Zusammenhang mit einer seitens unserer „zentralen Organe“ vorgesehenen Berufung auf ein akademisches Ordinariat gegangen. Meine Habilitation lag mittlerweile 9 Jahre zurück, und in dieser Zeit hatte es in meinem Fachgebiet in unserem Staat eine ganze Serie von Lehrstuhl- Berufungen gegeben. Doch um mich schien man in dieser Frage beharrlich einen großen Bogen zu machen – inzwischen waren auch erheblich „Habitations- Jüngere“ zum „Ordentlichen Professor“ meines Fachgebietes berufen worden, vorzugsweise engagierte jüngere Damen.

Selbstverständlich veranlassten mich solche Vorgänge immer wieder zu nachhaltigem Grübeln.

Ich hatte in den 9 Jahren seit meiner Habilitation auch außerhalb unserer Staatsgrenzen manche fachliche Beachtung erlangt, hatte zwei Gastprofessuren im Irak absolviert, war auch von meiner heimatlichen Rostocker Medizinischen Fakultät im Jahre 1975 mit einer „Außerordentlichen Professur“ bedacht worden – doch wenn es wieder einmal um die Besetzung eines bei uns in der DDR frei gewordenen Lehrstuhls ging, war mir im Zuge der „letzten Entscheidungsfindung“ seitens der ausschlaggebenden Berliner Instanzen immer wieder jemand anders vorgezogen worden.

Wie auch immer – möglicherweise deutete sich jetzt eine Aufhebung dieses „Dauer- Wartestandes“ an.

Er hing augenscheinlich mit meinem männlichen Habitus zusammen, vermutlich auch mit meiner sozialen Herkunft. Meine Eltern waren Schullehrer, dereinst weder in der Arbeiterbewegung, noch im antifaschistischen Widerstand aktiv. Mein Vater war gar Mitglied der „National- Demokratischen Partei Deutschlands“, einer der sog „Blockparteien“ der DDR. Und ich entstammte auch nicht der dünnen Schicht akademischer oder politischer Würdenträger aus den Zeiten der Weimarer Republik, die zu DDR- Zeiten ebenfalls „kaderpolitisch“ stets als „besonders interessant“ eingeordnet wurden.

Angesichts meiner „kaderpolitischen Gegebenheiten“ musste man damals in fachlichen Belangen **a u ß e r o r d e n t l i c h** erfolgreich sein, wollte man eines Tages die auch unter sozialen Aspekten überaus attraktive Position eines „Ordentlichen Professors“ erlangen.

Nun – vermutlich durfte ich mir jetzt wirklich reale diesbezügliche Hoffnungen machen.

Ich fuhr also am besagten Tag recht frohen Mutes und in gespannter Erwartung nach Berlin, mit unserer „Deutschen Reichsbahn“, 1. Klasse.

Dr. Hering empfing mich höflich, ruhig, sachlich, wenngleich erkennbar distanziert.

Es war die gleiche dezente Distanziertheit, die ich später bei diversen anderen Vertretern der obersten Etagen in der Partei- Hierarchie der SED erlebte.

Hering war mir damals aus einigen gelegentlichen Besuchen bei uns in Rostock flüchtig persönlich bekannt. Sein Interesse galt damals insbesondere dem international bekanntesten Ordinarius unserer Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. med. habil., Dr. h.c. mult. Klinkmann. Horst Klinkmann koordinierte damals DDR- weit alle zum Oberthema „Künstliche Organe und Organ- Ersatz“ laufenden wissenschaftlichen Aktivitäten. Die internationale Aufmerksamkeit erregenden Erfolge der Rostocker Universitätsmedizin auf diesen – und manch anderen – Forschungsgebieten haben uns in den 70er und 80er Jahren eine Serie von DDR- Nationalpreisen und andere hohe Ehrungen eingebracht, wesentlich zum guten Ruf der DDR- Medizin beigetragen.

Als zeitweiliger verantwortlicher Direktor aller medizinischer Forschungs- und Entwicklungsarbeit an der Universität war ich – in gewissem Sine – an diesen Erfolgen „nicht völlig unbeeiligt“ gewesen.

Aber mit mir hatte Dr. Hering bei seinen Rostock- Aufenthalten immer nur „Orientierungsgespräche“ geführt, sich stets sehr bald mit den an den betreffenden Projekten unmittelbar

Arbeitenden zurückgezogen. Und tatsächlich wurde oft nach einer solchen vertraulichen Unterredung manche aufwändige apparative Anschaffung zügig bewilligt, nachdem sie durch lokale Konkurrenz- Bürokratien zuvor hartnäckig blockiert worden war.

Ich hatte also dereinst gute sachliche Gründe, das auch mich gelegentlich brüskierende Verhalten des mächtigen Mannes aus Berlin sehr gelassen hinzunehmen.

Als ich mich nun bei ihm nach kurzer Begrüßung auf einem bequemen Stuhl niedergelassen hatte, eröffnete er das Gespräch mit einigen anerkennenden Bemerkungen zum wissenschaftlichen Niveau der Rostocker Universitäts- Medizin, bemerkte scheinbar beiläufig, dass sogar „der Chef“ – gemeint war Erich Honecker – ihn einige Male zum Rapport über die „Rostocker Medizin- Forscher“ einbestellt habe.

Eine solche Gesprächseröffnung sollte mir wohl signalisieren, im Verlauf meines Besuches mit persönlich recht Bedeutsamem konfrontiert zu werden.

Die nächste von meinem Gastgeber initiierte Gesprächswendung schien das zu bestätigen. „Ich weiß sehr wohl, lieber Genosse Akkermann“ – die Anrede als Genosse ersparte Parteifunktionären die Berücksichtigung eines Professoren- Titels –, „dass Sie mit Ihrer persönlichen Berufslaufbahn nicht ganz zufrieden sein können. Sie müssen sich, vor allem in den letzten Jahren, öfters übergangen gefühlt haben, wenn wieder einmal die Neubesetzung eines Lehrstuhls Ihres Faches vollzogen wurde.

Im Vertrauen – Sie standen schon 1973 zum ersten Male ‘primo loco’ auf einer Berufungsliste, und dann immer wieder. Aber politische Motive, die nichts mit Ihrer fachlichen Eignung oder persönlichen Integrität zu tun hatten, führten stets zu einer Entscheidung, die wieder einmal an Ihnen vorbeiging.

Gewiss, Ihre hartnäckige Gradlinigkeit hat Ihnen auch in unserem Hause“ – gemeint war das ZK- Gebäude – „nicht nur Freunde erbracht. Das Sie in Ihrem persönlichen Fortkommen nachhaltig hindernde, immer wieder zurückwerfende Element war aber insbesondere die zu Beginn der 70er Jahre bei uns halboffiziell eingeführte Frauenquote bei Berufungen auf akademische Lehrstühle. Nicht nur ich habe zu diesem kaderpolitischen Steuerungs- Instrument als Wissenschaftler eine sehr gespaltene innere Einstellung, denn in Folge der dadurch bedingten Entscheidungen, der von uns geforderten rigorosen Einhaltung dieser Linie ergeben sich unvermeidbar oft nachhaltige negative Konsequenzen für die zügige Qualifizierung der Wissenschaftslandschaft in unserem Staat, sehr konkret und personenbezogen.

Sie werden mir nachsehen, dass ich dieses leidige Thema hier – auch Ihnen gegenüber – nicht weiter vertiefen möchte.

Die Idee hierzu stammt keineswegs – zumindest nicht in der gegenwärtig eingeforderten absoluten Form – aus dem umfänglichen Werk von Marx und Engels, sondern ihr derzeitiger Stellenwert in der DDR ist letztlich ein Resultat bestimmter sozialpolitischer Entwicklungen in Westeuropa. Die 'Frauenquoten- Idee' ist etwa 1968, von der Bundesrepublik kommend, zu uns herübergeschwappt, hat sich dann sehr schnell speziell in unseren Gewerkschaften festgesetzt. Auch aus weiteren, z. B. außenpolitischen Gründen ist sie mittlerweile ein festes Element unserer Sozialdoktrin geworden.

Was es die Berufungen auf medizinische Lehrstühle anbelangt, macht man heutzutage mich persönlich seitens des Politbüros dafür verantwortlich, besagte Frauenquote durchzusetzen. Das ist wahrlich sehr schwierig, vor allem deshalb, weil sich das Angebot hochqualifizierter und habilitierter Ärztinnen bei uns immer noch in engen Grenzen bewegt, vor allem in den klinischen medizinischen Disziplinen.

So ist es gekommen, dass vorzugsweise die Hygiene- Fächer, insbesondere Sozialhygiene, Sozialmedizin, Epidemiologie vorhalten mussten, um die zentralen Vorgaben betr. Frauen-Quote bei medizinischen Ordinariatsberufungen zumindest näherungsweise zu erfüllen. Manch eine erst vor kurzer Zeit habilitierte jüngere Frau konnte sich dann über den für sie erfreulichen, überraschenden Karriere- Sprung freuen, verschiedene Männer mussten zur gleichen Zeit mit einem in ihrem Inneren aufkommenden Gefühl der Verbitterung, der ungerechtfertigten Zurücksetzung kämpfen.

Mir ist das alles gut bekannt – nur, eine andere Handlungsalternative ergab sich leider in allen diesen Fällen nicht.

Bei Ihnen, Genosse Akkermann, ist das alles besonders krass. Wie mir meine speziell mit Auslandskontakten befassten Mitarbeiter wiederholt berichtet haben, sind Sie in Sonderheit bei unseren sozialistischen Freunden dank Ihres Renomees als 'Säuglingssterblichkeits-Bekämpfer' eine weit bekannte Persönlichkeit schon seit längerem. Vor kurzem hat mich unser Gesundheitsminister davon informiert, dass die stellvertretende Gesundheitsministerin der Sowjetunion ihn gebeten hat, Sie für einige Wochen zu einem Arbeitsaufenthalt in ihr Ministerium zu delegieren.

Was aber Ihre Einladung zu unserem heutigen Gespräch letztlich ausgelöst hat, war eine Bitte des Europäischen Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation – unterzeichnet persönlich von Regionaldirektor Prof. Dr. Caprio – Sie zu einem vierjährigen Einsatz als Abteilungsleiter

an die WHO zu überstellen, eingedenk Ihrer außerordentlichen epidemiologischen Expertise zur Säuglingssterblichkeits- Problematik.

Das im wesentlichen in Ihrer Regie in den 60er Jahren im Bezirk Rostock entwickelte System zur Erfassung, Evaluierung, sowie diverser straff organisierter, aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Risiko- Minimierung für unsere jüngsten Erdenbürger, von uns dann in den 70er Jahren DDR- weit übernommen, ist inzwischen seitens der Weltgesundheitsorganisation als im globalen Maßstab beispielgebend anerkannt worden, wird allen WHO- Mitgliedern zur umfassenden Nachnutzung empfohlen.

Was soll ich als für unser Gesundheitswesen politisch Verantwortlicher dazu sagen ?

Auf jeden Fall entnehme ich solchem großen Interesse an Ihnen, dass man einen inzwischen keineswegs mehr sehr jungen Mann wie Sie – allen Frauen-, Sozialgruppen- und sonstigen Quoten zum Trotz – nicht in seiner jetzigen, ihn krass unterfordernden Position weiter 'versauern' lassen darf.

Und so habe ich kürzlich Ihren Fall bei der anstehenden turnusmäßigen Aussprache mit dem 'Chef' zur Diskussion gestellt. Inzwischen liegt seine Bestätigung für Ihre direkte Aufnahme in die zweithöchste Stufe unserer zentralen Kadernomenklatur vor.

Wie Sie vermutlich wissen, hat unsere Partei nach sowjetischem Vorbild ein Kadernomenklatur- System entwickelt, mit dessen Hilfe wir qualifizierten Nachwuchs für alle wesentlichen Führungs- und Leitungspositionen in unserem Staat sichern. Sie gehören also bei Überspringen verschiedener Zwischenstufen jetzt zu jener zahlenmäßig sehr überschaubaren Gruppe, aus der stellvertretende Minister und ihnen gleichrangige Führungspersönlichkeiten im Bedarfsfall ausgewählt werden.

Über unsere Reaktion auf die WHO- Offerte ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Vorgesehen ist indessen die umgehende Einrichtung eines zweiten Lehrstuhls Ihrer Fachrichtung an Ihrem Rostocker Heimat- Institut und Ihre Berufung auf diesen Lehrstuhl, damit Ihnen – ungeachtet zeitweiliger Einsätze andernorts – ein solider fachlicher und arbeitsrechtlicher Status stets gesichert bleibt.

Und natürlich können Sie davon ausgehen, dass Ihnen umgehend die Annahme der Ihnen aus den USA angebotenen Gastprofessur gestattet werden wird, obwohl einer Ihrer speziellen 'Freunde' wieder einmal seine vorgeblich schweren Bedenken gegen einen solchen durch Sie zu absolvierenden Auslandseinsatz termingerecht und nachhaltig an zuständiger Stelle zum Ausdruck gebracht hat – überdurchschnittlich erfolgreiche Persönlichkeiten erwecken nun einmal keineswegs überall nur Sympathien !

Ich hoffe sehr, dass dies alles Ihre Zustimmung finden wird, wovon Sie mich bitte im Verlauf der nächsten Woche telefonisch informieren wollen.

Können Sie, aus welchen Gründen auch immer, unseren Vorstellungen nicht folgen, hätte ein solches Verhalten für Sie mit Sicherheit keine direkten unangenehmen Konsequenzen – doch andererseits wird es sicherlich Ihr Verständnis finden, dass Sie in einem solchen Fall mit einer anderweitigen Besetzung des neuen Lehrstuhls an Ihrem Institut rechnen, sich bis zu Ihrer Emeritierung in etwa 20 Jahren mit der gewiss sehr ehrenhaften Position eines 'Außerordentlichen Professors' bescheiden müssten.

Und noch etwas !

Im Falle Ihres Einverständnisses mit dem Ihnen soeben Eröffneten würden wir es gerne sehen, wenn Sie den Jahreskursus der Moskauer Akademie für Gesellschaftswissenschaften im Verlauf des Studienjahres 1979/80 absolvieren würden.

Sie erhalten dadurch Einblicke in Sachverhalte, die wir in unseren Medien nicht näher zu erörtern pflegen, sichern sich für die mit großer Wahrscheinlichkeit – früher oder später – auf Sie zukommenden nachhaltigen internen politischen Diskussionen rechtzeitig eine angemessene statuarische Position.“

Mir ist erinnerlich, dass ich nach dieser mich geradezu „erschlagenden“ Gesprächs- Eröffnung eines mit einem Minister unseres Staates zumindest gleichwertigen, hohen Parteifunktionärs regelrecht benommen war, ihm selbstverständlich zusagte, mich – wie erbeten – im Verlauf der nächsten Tage zu seinen mich gewiss sehr auszeichnenden Avancen telefonisch verbindlich zu äußern.

Es gab dann, nachdem ich mich wieder ausreichend gesammelt hatte, noch ein etwa halbstündiges Geplauder zwischen uns, bei welchem ich von Hering ziemlich eingehend über meine deutschbaltische Herkunftsfamilie und meine derzeitige familiäre Situation ausgefragt wurde, mein Gesprächspartner sichtlich um das Ablegen seiner zunächst recht kühlen Ausstrahlung bemüht war, die Anbahnung eines „persönlichen Drahtes“ zu mir versuchte.

Es ist hier nicht die richtige Stelle, auf alle Details und Vorgänge einzugehen, die sich nach diesem für mich bedeutenden, in gewisser Hinsicht meinen weiteren Lebensweg vorzeichnenden Berliner Gespräch ergaben, nachdem ich Dr. Hering – nach einer intensiven häuslichen Aussprache über das nunmehr auch als Familie vermutlich auf uns Zukommende – mein Einverständnis zu seinen mich betreffenden Absichten erklärt hatte.

Nur soviel – der WHO- Einsatz zerschlug sich letztendlich, doch die USA- Gastprofessur, an der „State University of North Carolina at Chapel Hill“, konnte ich im Sommer 1978 tatsächlich wahrnehmen. Und zum 1. 9. 1979 erhielt ich auch meine Berufung zum „Ordentlichen Professor“, d. h., zum Ordinarius für Sozialhygiene in Rostock.

Mitte Januar 1979 bat man mich zu einem mehrmonatigen Sprach- Intensivkurs für Russisch, und Ende August trat ich meine Reise zu dem bei meinem vorjährigen ZK- Besuch annoncierten „Jahreskurs an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften“ an, setzte mich also in ein Flugzeug unserer „Interflug“, flog nach Moskau.

Dieser Aufenthalt und der dort uns vermittelte Lehrstoff sind der Hauptgegenstand der nachfolgenden Darlegungen.

## ANGEKOMMEN IN MOSKAU

Ich begab mich damals nicht zum ersten Mal in die sowjetische Hauptstadt.

Meine erste Moskau- Visite hatte ich bereits 7 Jahre früher gemacht, im Frühsommer 1972.

Sie war „perinatologisch“ begründet gewesen.

Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, ging es dabei vor allem um einen eingehenden Vergleich der staatlichen Erfassungs- Methodik des Totgeburtengeschehens, im Interesse des Erreichens einer höchstmöglichen Vergleichbarkeit der in der UdSSR und der DDR von den zuständigen staatlichen Stellen statistisch erarbeiteten offiziellen Totgeborenen- Quoten.

Damals lag das Ende des großen Krieges zwischen Deutschen und Russen erst 27 Jahre zurück.

Ich wurde daran bereits bei meiner Taxi- Fahrt vom neu eröffneten großen nordwestlichen Flughafen Moskaus, „Scherementjewe 2“, zu meinem Hotel im gleichnamigen Bezirk der Riesenstadt erinnert, als wir das große Mahnmal am Punkt des weitesten Vordringens deutscher Panzerverbände im Spätherbst 1941 passierten. Der neue Flughafen war demnach auf einem Gelände entstanden, das in jener schlimmen Zeit von der Deutschen Wehrmacht kurzzeitig hatte erobert werden können, während das jetzt mit großen Häuserblöcken bebaute Areal des eigentlichen Stadtbezirkes die vorderste, nie durchbrochene sowjetische Frontlinie gebildet hatte.

Nicht nur anlässlich meiner fachlichen Kontakte mit Medizinal- Statistikern und „Public-Health“- Wissenschaftlern, auch bei meinen abendlichen Gesprächen mit einheimischen Gästen schlichter, preiswerter Gaststätten, in denen ich während jenes ersten Moskau- Aufenthaltes meine tägliche Hauptmahlzeit einzunehmen pflegte, spürte ich immer wieder, wie sehr sowohl die Traumen des brutalen und dramatischen Krieges in den 40er Jahren, als auch der unstrittig gewaltige machtpolitische und ökonomische Aufschwung im Vierteljahrhundert nach Kriegsende die gesellschaftlichen Grundüberzeugungen der allermeisten damaligen Moskowiter geprägt hatten.

Das war bei den alteingesessenen Russen wohl am deutlichsten zu spüren, aber auch bei den meisten Angehörigen anderer sowjetischer Völkerschaften.

Allerdings glaubte ich bereits damals bemerkt zu haben, dass die wenigen Balten, denen ich damals begegnet bin, mir beim Bekanntwerden meiner deutschen Herkunft aus dem Wege zu gehen trachteten, in krassem Gegensatz zu den genuinen Russen. Wenn ich im Gespräch mit ihnen auf die Frage meiner Residenz – ich sprach mein dürftiges Russisch mit einem in sowjetischen Landen sehr ungewohnten hochdeutschen Akzent – mit „Germanskaja Demokratitscheskaja Respublika“ geantwortet hatte, wurde ich fast immer in eine mindestens halbstündige Konversation gezogen.

Und so merkte ich sehr bald – wir Deutschen waren für die Russen, trotz brutalem Krieg und katastrophaler Niederlage, ein ungemein interessantes Volk geblieben, mit bestaunten ungewöhnlichen Talenten, aber auch einer rätselhaften Janusköpfigkeit, zur ungewöhnlichen geistigen Leistung ebenso fähig, wie zu schäbigem Wortbruch und unerträglichen Allüren neigend.

Natürlich hatte damals noch jeder Russe das Stalin- Wort verinnerlicht, wonach die Zukunft Europas für absehbare Zeit entscheidend vom wechselseitigen Verhältnis zwischen Deutschen und Russen abhängen dürfte – die tiefe Träumerei von der eines Tages in einer staatlichen Union sich erfüllenden Verbrüderung aller Deutschen und aller Russen war im Jahre 1972 in den Köpfen sehr vieler Russen noch keineswegs ausgeträumt. Wie schon angemerkt – die deutsche Kapitulation am 8. Mai 1945 lag in jenem Frühsommer gerade knappe 27 Jahre zurück, die Generation der Jahrgänge 1910 – 1925, im Zweiten Weltkrieg das Gros der russischen Frontkämpfer stellend, befand sich damals noch größtenteils im alltäglichen Berufsleben, beherrschte weitgehend die allgemeine gesellschaftliche Szene.

Der große kriegerische Konflikt mit Deutschland war das prägende Lebensereignis dieser Menschen gewesen, dürfte es bis an ihr inzwischen vermutlich mehrheitlich eingetretenes Lebensende geblieben sein.

Auch wenn ich mich im Jahre 1972 nur 10 Tage lang in Moskau aufgehalten habe, gewann ich in dieser kurzen Zeit einen plastischen Eindruck vom inneren Charakter des sowjetischen Riesenreiches, und einen recht präzisen speziellen von seiner Hauptstadt.

Was einem beim ersten Besuch einer bislang fremden großen Stadt als Erstes „in’s Auge fällt“, ist im Allgemeinen das Straßenbild – der dort fließende Verkehr, die Fußgängerströme, die Bebauung der Hauptstraßen, nicht zuletzt der Straßenbelag und die Qualität der Gehsteige.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie ich mich nach meiner damaligen Moskau- Ankunft in meine frühe Jugend zurückversetzt fühlte, in die späten 40er und frühen 50er Jahre. Der sehr

überschaubare Auto- Verkehr auf Moskaus breiten Magistralen wurde von fast anheimelnd wirkenden älteren PKW- Modellen dominiert, und von oft noch bejahrteren Lastkraftwagen. Auf den von gewaltigen Fußgängerströmen bevölkerten Gehsteigen sah ich durchweg sauber und ordentlich, aber sehr schlicht gekleidete Menschen, wie ich es dereinst zu Hause nach dem Überstehen der schlimmsten Katastrophenzeit bis etwa 1947 erlebt hatte.

Die bei unserer deutschen Damenwelt in den Jahren um meinen ersten Moskau- Besuch aktuell gewordenen Hosen- und Minirock- Moden begannen sich damals an der Moskwa erst äußerst zögerlich durchzusetzen – man trug, auch für die jüngere Generation traf das fast ausnahmslos zu, allenthalben in der warmen Jahreszeit noch die züchtigen mittellangen Röcke oder leichten Sommerkleider meiner vor dem ersten Weltkrieg geborenen Elterngeneration.

Dennoch – in Moskau spürte man damals schon als neuer Gast vom ersten Besuchstag an die beeindruckende Ausstrahlung einer imposanten Metropole, der Hauptstadt eines mächtigen und großen Landes.

Ihre gute Atemluft, insbesondere, spürte man sofort.

Moskau war 1972 schon überwiegend fernbeheizt, und in den engen, in ihrer Mehrzahl extrem überbelegten Wohnungen der sich weiterhin rapide vermehrenden vielgeschossigen Wohnblocks kochte man damals überwiegend mit elektrischem Strom – den Emissionswerten kam das nachhaltig zu gute.

Unvergesslich sind mir auch die durch mächtige Sprühfahrzeuge besprengten Asphaltdecken im Moskauer Stadtzentrum geblieben, an den sehr schnell heiß gewordenen Spätfrühlings- tagen des Jahres 1972. Natürlich trockneten die besprühten dunklen Flächen sehr schnell wieder ab, doch der Straßenstaub blieb weggespült, und – von den Fußgängern an den heißen Tagen sehr dankbar registriert – das Verdampfungsgeschehen bewirkte eine zumindest kurzzeitige deutliche Abkühlung der Luft über den Gehsteigen links und rechts der besprengten Fahrbahn. Vor allem war es aber wohl das eigenartige, von wohl allen Passanten angenehm empfundene Odeur, das unmittelbar nach der Besprengungs- Zeremonie für kurze Zeit über dem Asphalt waberte. Es weckte bei mir – paradox, doch wahr – damals Erinnerungen an herbstliche Spaziergänge an sturmgepeitschten Ostseestränden, die ich schon in früher Kindheit als belebende Naturereignisse zu schätzen gelernt hatte.

Alles in allem war es sicherlich letzten Endes vor allem die gewaltige Dimension des urbanen Geschehens, die in Moskau fast jeden Zugereisten beeindruckte. Auch „unser“ Berlin – d. h., der östliche Teil der einstigen deutschen Reichshauptstadt, der jetzt als „Hauptstadt der DDR“

firmierte – schrumpfte angesichts eines Vergleiches mit Moskau auf das Niveau einer freundlich- beschaulichen Mittelstadt.

Dabei wäre es eine krasse Fehlinterpretation des Empfindens gewesen, das Moskau jener Zeit als „elegant“ zu bezeichnen, „imposant“ war dagegen ein unbedingt zutreffender Terminus – ich erlebte die vielen Grünanlagen in einem fast mustergültigen Erhaltungszustand, den zahlreichen Denkmälern begegnete man überall mit gebührendem Respekt, die Fassaden der großen, zumeist in der Zarenzeit oder in den 30er Jahren errichteten Häuser im Zentrum machten keinesfalls einen maroden Eindruck. Überall sah man „reichlich Personal“, das mit der Pflege des Ganzen beschäftigt war, zumeist mit Werkzeugen, die dereinst schon unseren Urgroßeltern bekannt gewesen waren. Wie auch immer – die offenkundig sehr straff ihres Amtes waltende kommunale Obrigkeit der Stadt Moskau duldete „in keinsten Weise“ das Entstehen irgendwelcher Schmutzkecken oder Schandflecken auf dem Areal der stolzen Hauptstadt des Sowjetreiches.

Dem lag sicherlich das energisch durchgesetzte Bestreben zugrunde, einen jeglichen seine zentrale Metropole besuchenden Sowjetbürger aus den Weiten des teilweise noch durch archaische Existenzbedingungen gezeichneten Riesenreiches mit nachhaltigem Stolz zu erfüllen, und mit dem Bewusstsein, Bürger eines mächtigen, „auf dem richtigen Wege“ befindlichen Staates zu sein.

Und von jedem Ausländer, der Moskau besuchen sollte, von vorne herein einen nachhaltigen Respekt abzufordern.

Ein unbestrittener urbaner Glanzpunkt Moskaus ist auch heutzutage seine U- Bahn, die „Metro“.

Man hatte mit ihrem Bau noch vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen, ihn dann über die Jahrzehnte hin fortgesetzt. Dabei orientierte man sich dereinst bei der Anlage des Streckennetzes – wie mir von Moskauern wiederholt versichert wurde – vor allem am Beispiel der deutschen Reichshauptstadt Berlin.

Vom „Roten Platz“ und der alten Kreml- Festung strahlenförmig ausgehend, wurden auf diese Weise, nach und nach, die peripheren Stadtbezirke mit einer direkten, relativ kurze Fahrzeiten besitzenden Verbindung zu der eigentlichen zentralen City Moskaus ausgestattet.

Zeitgleich wurde – nach Berliner Beispiel – das gesamte Zentrum weiträumig durch eine Ring- Linie umfasst.

Für den inneren Stadtbereich erbrachte diese Verkehrslösung schließlich, dass man innerhalb des Ringes von fast jedem beliebigen Punkt mit einem maximal 15- minütigen Fußmarsch eine Metro- Station erreichen konnte, sich die Aufrechterhaltung anderer öffentlicher Verkehrsmittel angesichts eines dichten Netzes von Metro- Stationen für diesen Bereich weitgehend erübrigte.

Vor allem die noch bis 1941, bzw. kurz nach dem Krieg fertiggestellten Stationen präsentierten sich als prachtvolle Unikate, teilweise geradezu als unterirdische Verkehrs- Paläste. Weitgehend durch Marmor- oder andere polierte Naturstein- Platten ausgekleidet, durch kunstvolles meisterhaftes Maurerwerk überwölbt, mit bemerkenswerter Fresken- Malerei, gelegentlichen farbenprächtigen Mosaikbildern oder – was es insbesondere die Beleuchtungskörper anbelangte – durch Applikationen aus den Werkstätten renommierter Kunstschmiede geschmückt, lud jede dieser „alten“ Stationen den auf dem Bahnsteig Verharrenden zu meditativen Sinnen ein.

Man hatte sehr darauf geachtet, solchen architektonischen Kunstwerken nicht durch unbeachtete, abstumpfende Wiederholungen einen Teil ihrer ästhetisch- mentalen Ausstrahlung zu nehmen. Die Gestaltung einer jeden dieser Stationen war unter ein besonderes Oberthema gestellt worden, wobei – die allgemeine politische Atmosphäre der 30er Jahre und des Zweiten Weltkrieges wirkten spürbar nach – auch sehr viel plakativer Heroismus breit zelebriert wurde.

In den 50er, insbesondere dann ab den 60er Jahren hatte man sich im Moskauer U- Bahn- Bau von solcher „Kathedralen- Motto- Philosophie“ zunehmend abgewandt, die neuen Stationen glichen – mehr und mehr – analogen Einrichtungen in aller Welt.

Dennoch – auf Pflege und Erhalt der unterirdischen Schmuckstücke legte man unverändert großen Wert, wie die gesamte Metro damals einem besonders rigiden Reinigkeits- Regime unterworfen war. Jeder Bahnsteig stand unter ständiger optischer Kontrolle einer „Deschurnaja“, einer gestrengen „Diensthabenden“, die jede sich „daneben“ benehmende Person unverzüglich und unerbittlich zur Verantwortung zog. Beispielsweise wurden erkennbar Angetrunkene, die sich in die unterirdischen Weihstätten leichtfertig gewagt hatten, ohne Ansehen der Person zumindest für den Rest des Betriebstages „einkassiert“ – in alkoholisiertem Zustand war die U- Bahn- Nutzung strikt untersagt !

Man wusste solches, rief „im Fall des Falles“ lieber ein Taxi, als sich dem Risiko einer gebührenpflichtigen Übernachtung auf Staatskosten und einer nachfolgenden, sehr rufschädigenden Benachrichtigung des Arbeitgebers über besagten „Vorfall“ auszusetzen.

Höchst rational, funktional, geradezu genial war die Einbringung des jeweils fälligen Fahrgeldes gestaltet.

Bei der Moskauer U- Bahn gab es keinerlei Billet oder Fahrschein, weder Kassierer noch Fahrschein- Kontrolleur. Wer dieses epochale Verkehrsmittel benutzen, die Ästhetik der Metro- Stationen genießen wollte, bedurfte hierfür zwingend einer Fünf- Kopeken- Münze – nach meist ziemlich langer Rolltreppen- Fahrt in die „Unterwelt“ fand man sich, auf dem Niveau der U- Bahn- Röhren angelangt, vor einem Automaten, in den man besagte Fünf- Kopeken- Münze einzuwerfen hatte. War die Münze „echt und gültig“, öffnete sich ein stabiler Sperrmechanismus, gab für eine Person den Weg auf den Bahnsteig frei, schloss sich dann wieder sofort hinter derselben.

Konnte man sein mitfahrendes Kleinkind ohne Schwierigkeiten bei der Automaten- Passage auf seinen Arm nehmen, fuhr das Kind ohne Entrichtung eines zusätzlichen Obulus mit; war solches nicht möglich, musste auch für das Kleinkind die Fünf- Kopeken- Standard- Gebühr entrichtet werden.

Einmal in der Unterwelt der donnernden Bahnen und phantastischen Stations- Paläste aufgenommen, konnte man – bei Einhaltung einiger prinzipieller Vorgaben – sich den ganzen Tag dort ohne Entrichtung weiterer Gebühren aufhalten.

Allerdings war dabei – beispielsweise – zu bedenken, dass der Erwerb von irgendwelcher „Reiseverpflegung“ nach dem Passieren des Schrankenautomates ausgeschlossen war, ein WC- Zugang sich nur auf bestimmten Stationen anbot, usw.

Dennoch – mancher ältere Mensch mit karger Rente, der am Rande der großen Stadt noch in einem altertümlichen Häuschen ohne jeglichen moderneren Wohnkomfort lebte, begab sich zur eisig- kalten Winterszeit alltäglich in die Unterwelt seiner Metro, wo er in angenehm temperiertem Milieu den Großteil des Tages für fünf Kopeken Fahrgeld verbringen konnte.

Besagter Fahrpreis war quasi „in Stein gehauen“, da es – dem Vernehmen nach – technisch fast unmöglich war, die Einlass- Automaten auf eine andere Münze, gar auf Geldscheine umzustellen. Man hatte die Automaten dereinst in gewissem Sinne „um die damalige Fünf- Kopeken- Münze herum konstruiert“, dadurch ein „Automat – Münze – System“ geschaffen, welches nunmehr sowohl der Fünf- Kopeken- Münze, als auch dem Einlass- Automaten fast „ewigen“ Bestandsschutz zu garantieren schien.

Ich machte meine persönliche Bekanntschaft mit dem Fünf- Kopeken- Fahrpreis der Moskauer Metro anlässlich meines ersten Moskau- Besuches im Jahre 1972, und als ich 15 Jahre

später – also im Jahr 1987 – die sowjetische Hauptstadt zum bisher letzten Male besuchte, galt er immer noch. In diesen Jahren war auch im sowjetischen Riesenreich das Niveau des allgemeinen Bevölkerungs- Einkommens erheblich angestiegen, der Fünf- Kopeken- Fahrpreis für hauptstädtische U- Bahn- Fahrten wahrlich nur noch ein minimaler, höchst symbolischer Obulus.

Übrigens – die aus den Anfangsjahren der Sowjetzeit stammende Konfiguration besagter Fünf- Kopeken- Münze war „physisch“ recht bemerkenswert, ein voluminöser, strammer „Taler“ mit erheblichem Kupfer- Anteil, also keineswegs ein „numismatisches Leichtgewicht“!

Und ich habe auch niemals irgendeine Fünf- Kopeken- Sonderprägung gesehen, es gab die sowjetische Fünf- Kopeken- Münze vermutlich tatsächlich ausschließlich in der von den Moskauer Metro- Automaten akzeptierten Prägung.

Seit jenem, meinem ersten Moskau- Besuch im Jahre 1972, waren sieben Jahre vergangen, als ich an einem der letzten Augusttage des Jahres 1979 wieder mit einer „Interflug“- Maschine einschwebte, wieder in Scherementjewo landete.

Im Großen und Ganzen erlebte ich nun Moskau so, wie ich es im Spätfrühling 1972 kennen gelernt hatte.

Doch – es gab auch verschiedene, mehr oder weniger auffällige Veränderungen.

Beispielsweise war der Autoverkehr auf den Straßen spürbar dichter geworden, und der Anteil überalterter Fahrzeugmodelle, insbesondere von bereits „sehr stark in die Jahre“ gekommenen Lastkraftwagen, wesentlich geringer als zu Beginn des Jahrzehnts.

Sehr auffällig war auch, dass sich das Kleidungsverhalten vor allem der jüngeren Menschen erheblich geändert, sehr unserem mitteleuropäischen Mode- Empfinden genähert hatte, bei den jungen Damen noch stärker als bei der jüngeren Männerwelt.

Und noch etwas anderes fiel mir sofort auf – die jüngeren Moskauer waren unzweifelhaft in den letzten sieben Jahren im statistischen Mittel körperlich deutlich größer geworden. Wenn ich bei meinem ersten Moskau- Besuch in der „rush- hour“ mich in einen überfüllten Metro- Wagen drängen musste, überragte ich mit meiner 1,85- Meter Körperlänge immer die ganze Menschenmenge um mich herum um mindestens einen halben, mehrheitlich um einen ganzen Kopf. Dem war nun n i c h t mehr so ! In Sonderheit die um 20 Jahre alten jungen Männer und Burschen waren jetzt sehr häufig um 1,80 Meter groß, und keineswegs selten fand ich

mich in der Nähe einer stattlichen Erscheinung, die mir in puncto Körperlänge zumindest ebenbürtig war.

Vollwertige, vor allem eiweißreichere Kost in den Jahren ab etwa 1960 begann sich vermutlich damals auch in den körperlichen Formen der Heranwachsenden auszudrücken.

Unsere DDR- Gruppe an der Moskauer Akademie für Gesellschaftswissenschaften umfasste etwa 20 Kursanten, darunter 2 Frauen.

Man hatte uns in einem Wohnheim der Akademie untergebracht, direkt neben dem Akademie- Hauptgebäude mit Verwaltung, Klassenräumen und Kantine gelegen. Wir waren zu zweit in „Komplementen“ untergebracht, die jeweils zwei kleine Schlaf- und Arbeitszimmer und einen gemeinsamen Waschraum enthielten. WC und Duschkabinen befanden sich in speziellen Sanitär- Blöcken an den Enden der Etagen- Flure. Manches an diesen Wohnverhältnissen erinnerte mich an meine Rostocker Studentenzeit in den 50er Jahren.

Aus dem vor der Abreise nach Moskau absolvierten Russisch- Intensiv- Kurs kannten wir uns alle bereits, mehr oder weniger gut.

Große Altersunterschiede gab es zwischen uns nicht, unser Alter dürfte sich durchweg um die Mitte der 40er Jahre bewegt haben. Jeder von uns konnte auf eine überdurchschnittlich erfolgreiche bisherige Berufslaufbahn verweisen, war in zumindest gehobenen Leitungspositionen angelangt. Inhaber ausgesprochener Spitzenpositionen waren allerdings – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bei uns kaum zu finden.

Etwa jeder Vierte von uns trug einen akademischen Dokortitel, ich war allerdings der einzige Habilitierte mit einem Professorentitel. Über einen ordentlichen Universitäts- oder Hochschulabschluss verfügte allerdings ein jeder von uns.

Mit der zeitlichen Distanz von mehr als drei Jahrzehnten glaube ich heute meinen zu dürfen, dass wir allesamt damals ausgesprochen „kopfgesteuerte Persönlichkeiten“ gewesen sind. Wir hatten das Werden und Wachsen der DDR seit ihrem Gründungsjahr 1949 in allen Facetten bewusst erlebt, während der letzten beiden Jahrzehnte – im Rahmen unserer jeweiligen beruflichen Aufgabenstellungen – auch mitgestaltet. Zudem waren jedem von uns auch noch Charakter und Funktionsweise von Hitlers „realem Nationalsozialismus“, das Wirken solcher NS- Häuptlinge wie Göring, Himmler und Göbbels, die schlimmen Kriegs- und Nachkriegsjahre aus Schulkind- und frühen Jugendjahren noch gut erinnerlich.

Wir hatten also allesamt persönliche Erfahrung, teilweise sehr subtile grundsätzliche Kenntnisse hinsichtlich autoritär gesteuerter gesellschaftlicher Systeme, dabei auch die gravierenden Unterschiede von NS- Barbarei und rigidem, doch tendentiell unleugbar konstruktivem DDR- Sozialismus am eigenen Leibe erfahren können.

Die Gemeinsamkeiten unserer Sozialisation formten nun ein ausreichendes Fundament für die uns auferlegte zeitweilige landsmannschaftliche Kohabitation, für eine sachlich-freundliche Zusammenarbeit, bei der sich jedoch langfristige, belastbare Freundschaften kaum entwickelt haben. Wenn erforderlich, stand man sich bei, wir tauschten uns eingehend über die Erfordernisse und Möglichkeiten unserer Lebensgestaltung unter den obwaltenden Umständen aus, verbrachten gelegentlich einen kameradschaftlich-geselligen Abend – doch das w a r e s d a n n a u c h !

Es war, z. B., davon auszugehen, dass jedem von uns im Jahre 1978 ein ähnliches „Kadergespräch“ wie mir zuteil geworden war – doch darüber schwieg man sich in der Regel aus !

Als „gelernten und studierten DDR- Bürgern“ war zudem wohl einem jeden von uns bewusst, dass in unserer kleinen Gemeinschaft seitens „der zuständigen Organe“ unseres Staates mit Sicherheit bei Zeiten ein subtiles Netz offizöser vertraulicher Informations-Kanäle geknüpft worden war.

Und natürlich waren wir uns – vom ersten bis zum letzten Tage unseres Moskau- Aufenthaltes – auch der ständigen aufmerksamen Beobachtung durch unseren sowjetischen „Gastgeber“ bewusst, wie dies seit jeher für alle ausländischen Kursanten der Akademie zutraf.

In meinem persönlichen Gepäck hatte ich eine umfängliche „breit sortierte“ Reise- Apotheke nach Moskau mitgeschleppt, konnte jedem meiner deutschen Mit- Kursanten bei Unpässlichkeiten und leichteren Erkrankungen nicht nur mit ärztlichem Rat, sondern zumeist auch mit dem geeigneten Medikament aus vertrauter DDR- Produktion sofort zur Seite stehen, was mir innerhalb unserer Gruppe spezielle Anerkennung und einen recht angenehmen persönlichen Status gesichert hat.

Hinsichtlich unserer beruflichen Grundausbildung waren wir ein bunt zusammengewürfelter Haufen, ich war jedoch der einzige Arzt mit klinischer Vollapprobation und einer gewissen allgemeinmedizinischen Berufserfahrung.

Unser Tagesablauf war fortan wochentags durch einen straff organisierten Vorlesungs- und Seminarbetrieb bestimmt. Der Vormittag war den „Lektionen“ vorbehalten, am Nachmittag absolvierten wir „seminaristische Übungen“.

Jeder ausländischen Kursantengruppe war für die Dauer des Studienjahres ein Klassenraum zugeteilt worden, auch uns Deutschen aus der DDR, wo wir, Primanern gleich, an Zweiertischen untergebracht wurden, einen nachfolgend nicht austauschbaren Sitzplatz fanden. In der Regel saßen die Partner der einzelnen „Komplemente“ auch hier zusammen.

Die Dozenten hielten ihre Lektionen in russischer Sprache, wurden von einem bei der Akademie in Lohn und Brot stehenden Dolmetscher in die Landessprache des jeweiligen Auditoriums übersetzt.

Für uns ergab sich aus dieser didaktischen Variante mancher Vorteil. Zum einen wurde es uns auf diese Weise sehr leicht gemacht, detaillierte Mitschriften des Vorgetragenen anzufertigen, zum anderen hörten wir uns auf diese Weise von Monat zu Monat besser in das „akademische Original- Russisch“ hinein. Gegen Ende unseres Lehrganges verstanden die Sprachbegabteren unter uns zumeist bereits die russisch vorgetragene „Originalbotschaft“ des Dozenten recht gut, erlebten die durch den Dolmetscher in das Deutsche vollzogene Übertragung nur noch als Ergänzungs- oder Korrektur- Offerte.

Unsere linguistischen Fortschritte hingen sicherlich auch mit dem unermüdlichen Bemühen unserer russischen Sprach- Lektorin zusammen. Sie gab sich wöchentlich an zwei Nachmittagen im Rahmen der „seminaristischen Übungen“ die größte Mühe, uns nun wahrlich nicht mehr als „reifere Jugendliche“ anzusehende Männer und Frauen mittleren Alters mit einem für den Alltagsgebrauch ausreichenden Russisch auszustatten. Man versuchte damals an der Moskauer Akademie eine bestimmte Methode der Sprachvermittlung zu praktizieren, die durch die Gestaltung szenischer Elemente, m. H. der Generierung eines streckenweise geradezu kindisch- fröhlichen Unterrichtsklimas, überdurchschnittliche Perzeptions- Resultate zu erreichen hoffte.

Wir mussten dabei verschiedene russische Scherz- und Kinderlieder lernen, die wir zu Unterrichtsbeginn mit naiver Heiterkeit vorzutragen hatten.

Wie in professionellen Theaterschulen wurden uns dann szenische Aufgaben gestellt – z. B. das Fahren in einem überfüllten Metro- Wagen, die erfolgreiche Bewältigung eines umfangreichen Lebensmittel- Einkaufs, eine Pädagogen- Konferenz zur Erarbeitung einer angemessenen Beurteilung eines stets unaufmerksamen Schülers, u. s. w. Wir mussten in kleiner Gruppe für die Gestaltung dieser Szenen „Drehbücher“ entwerfen, schließlich die Szenen vor unseren

Mit- Kursanten – als Bestandteil des Seminars – in Russisch zur Aufführung bringen, somit neben der sprachlichen Kompetenz auch unser individuelles schauspielerisches Talent zur Diskussion stellen.

Bei allen größeren oder wiederholten Sprachfehlern mischte sich unsere Lektorin bei diesen szenischen Aufführungen mit einem kurzen korrigierenden Zwischenruf ein. Und wenn die „Bühnenhandlung“ allzu dürftig konzipiert war, bzw., wenn sie endgültig zu stocken drohte, übernahm sie flugs die Rolle einer „unerwarteten Ergänzungsperson“, so dass der szenische Rahmen eine Erweiterung erfuhr, die Handlung eine spontane Fortsetzung erfahren konnte, die „Vorstellung gerettet“ war.

Bei den Seminaren zu gesellschaftswissenschaftlichen Themen ging es, selbstverständlich, ernst und keineswegs so locker- leicht zu, wie beim Russisch- Unterricht.

Nach der letzten Lektion zu einem bestimmten Themenbereich wurde – gemäß eines vorher durch die Leitung der Akademie festgelegten Planes – einigen von uns die Aufgabe gestellt, hierzu ein Manuskript für einen etwa 15- bis 20-minütigen Vortrag zu erarbeiten. Es wurden wörtlich ausformulierte Niederschriften im Umfang von etwa 5 bis 6 Seiten DIN A 4 erwartet.

Nachdem besagte Ausarbeitungen auf einem der nächsten Seminare vorgetragen worden waren, stellte der Seminarleiter sie zur Diskussion. Abschließend bewertete er sie vor der Gruppe, ohne jedoch in irgendeiner Form eine Benotung zu formulieren.

Gewiss, das waren keineswegs Aufgaben, derentwegen man schlaflose Nächte bekommen musste – dennoch war hierzu echte Arbeit zu leisten. Und dieses zumal dann, wenn man sich in seiner einstigen akademischen Berufsausbildung mit gesellschaftswissenschaftlichen oder politökonomischen Themen nicht eingehender zu befassen gehabt hatte, z. B. „von Haus aus“ Naturwissenschaftler, Techniker, oder – wie ich – Mediziner war.

Jeder von uns hat im Verlauf des Kursantensjahres 1979/80 m. W. fünf solcher Referats- Entwürfe zu Papier bringen müssen.

Mir ist gut erinnerlich, dass ich für jede meiner Ausarbeitungen mindestens eine Woche lang die Feierabende und das Wochenende aufwenden musste, im Zusammenhang mit einer philosophischen Arbeit sogar drei Wochen lang Abend für Abend an den Scheibisch meiner kleinen Kemenate gebunden war.

Besonderes Überlegen und Nachdenken erforderte immer die „prognostisch- perspektivische Aussage“, die am Ende des Referates erwartet wurde.

Für die Erfüllung ihrer Referats- Aufgaben musste die Mehrheit meiner Mit- Kursanten einen ähnlichen Zeitaufwand wie ich erbringen.

Doch für einige von uns schien die Produktion solcher Statements geradezu ein Kinderspiel zu sein – nach wenigen Stunden abendlicher Schreibtischarbeit hatten sie die obligatorischen 5 bis 6 Seiten Text zu Papier gebracht, und wenn besagte „Schnell- Produktionen“ termingemäß zum Vortrag gebracht wurden, fielen sie in ihrem inhaltlichen Niveau gegenüber den mit Fleiß und Mühe erarbeiteten Referaten keineswegs ab.

Zunächst war ich geneigt, an Zufälle zu glauben – es konnte ja sein, dass ein „Dr. rer. oec.“ hier in Moskau zufällig mit der Präsentation eines Abschnittes aus seiner in der DDR unlängst verteidigten Dissertationsschrift beauftragt worden war, welchen Text er dann natürlich nur „aus seinem Ärmel zu schütten“ brauchte.

Aber als sich solche Zufälle immer bei den Gleichen zu wiederholen schienen, begann ich an der Richtigkeit solcher Annahmen nachhaltig zu zweifeln.

Kurz vor Ende klärten sich diese ominösen Geschehnisse auch für mich auf – in einem engen Zirkel innerhalb unserer Reihen kursierte damals ein Konvolut verschiedener Manuskript- Entwürfe, die einst von DDR- Kursanten früherer „Jahreskurse“ angefertigt worden waren !

Und da die von unseren Dozenten ausgereichten Themen Jahr für Jahr sich zu wiederholen pflegten, war es für jenen „Insider- Club“ ein leichtes gewesen, in einigen wenigen Stunden aus den Ausarbeitungen unserer Vorgänger ein Papier „zusammenzuschustern“, das sie mit einem gehörigen Schuss von „Chuzpe“ der staunenden Allgemeinheit als „im Handumdrehen“ gefertigtes Eigenprodukt präsentierten.

In wieweit unsere Dozenten ein solches Spiel von Beginn an durchschaut haben, weiß ich nicht. Jedenfalls haben sie es sich während der Seminare niemals anmerken lassen.

Besondere Höhepunkte waren für uns die in etwa monatlichen Abständen organisierten Besuche in bestimmten Einrichtungen Moskaus oder seiner näheren Umgebung.

Für diese Visiten fasste die Akademie- Leitung stets die Kursanten aus mehreren Ländern zusammen. Wir fuhren folglich an den Morgen der betreffende Tage in mehreren Bussen los, jeder Bus besetzt durch 20 bis 30 Kursanten aus einem bestimmten Staat, bzw. einer bestimmten Staatengruppe – allzu viel „Volksverbrüderung“ zwischen den ausländischen Kursanten ihrer Akademie wurde von sowjetischer Seite nicht sehr gerne gesehen, und seitens der heimatlichen politischen Entscheidungsträger von uns Gasthörern vermutlich auch nicht. Dabei fiel uns bald auf – wenn wir, die DDR- Leute, an preußisch- deutsche Pünktlichkeit gewöhnt, uns etwa drei bis fünf Minuten vor der festgelegten Abfahrtszeit am Haltepunkt der

Buskolonne einfanden, waren alle Fahrzeuge bereits voll besetzt, mit Ausnahme des für uns reservierten Busses. Insbesondere aus den Bussen der Mongolen und Kubaner nahm ich bereits anlässlich unserer ersten Ausfahrt unzweideutig mißbilligende Blicke wahr, mit denen wir von den Mongolen und Kubanern beäugt wurden, obwohl die Kursanten gerade dieser Länder uns DDR- Deutschen ansonsten mit besonders großer Freundlichkeit zu begegnen pflegten.

Als sich Ähnliches bei unserer zweiten und bei unserer dritten Visite wiederholte, sprach ich während der Anfahrt zum aktuellen Tagesziel den uns begleitenden, inzwischen vertrauten sowjetischen Lektions- Dolmetscher darauf an.

„Na ja, lieber Genosse Akkermann, Sie können daraus die besondere Wertschätzung ablesen, deren sich in Moskau im Allgemeinen, und an unserer Akademie im Besonderen unsere Gasthörer aus der DDR erfreuen.“

Natürlich weiß jeder politisch denkende Mensch in unserem Lande, wie wichtig der nach dem zweiten Weltkrieg auf unsere Seite des politischen Globus gelangte Teil Deutschlands ist, wie sehr wir speziell den Frieden in Europa Ihrer unaufgeregten Arbeit verdanken, und wie wichtig – nicht zuletzt – ihr qualitativ außergewöhnliches ökonomisches Potential, die Leistungsergebnisse Ihrer wissenschaftlichen Elite für die weitere Entwicklung unserer sowjetischen Heimat sind. Aus diversen Gründen wird das durch unsere Medienwelt und auch durch unsere offizielle Außenpolitik eher zurückhaltend erörtert, aber jeder gebildete und ehrliche Sowjetmensch weiß, was er an seinen `Gederowzy`, an seinen Freunden und Genossen aus der `Germanskaja Demokratitscheskaja Respublika` hat.

Wenn unsere Akademie – wie heute – eine multinational getragene Visite organisiert, sind unsere deutschen Kursanten die einzigen, die von der Akademie- intern festgelegten Abfahrtszeit exakt unterrichtet werden, denn wir wissen aus langjähriger Erfahrung, dass Ihr Alltagsleben präzise nach Uhrzeit zu verlaufen pflegt.

Ist die Abfahrt auf 9.05 Uhr festgelegt, kann man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass kein Deutscher vor 9.00 Uhr erscheint, aber auch der letzte spätestens um 9.03 Uhr im Bus sitzt.

Den Kursanten aller anderen Länder werden Stellzeiten vorgegeben, die größere oder kleinere Zeitpuffer zur intern festgelegten Abfahrtszeit des Buskonvois enthalten, gemäß unseren langjährigen speziellen Erfahrungen hinsichtlich landsmannschaftlichen Pünktlichkeitsverhaltens. Bei den Tschechen – z. B. – genügt es, sie 10 Minuten vor der Abfahrt in ihren Bus zu bitten, sie sind durch ihre jahrhundertlange enge Verflechtung mit dem deutschen Kulturkreis auch in dieser Angelegenheit Ihnen sehr ähnlich.

Die anderen Europäer werden dagegen zumeist schon 20 Minuten vor ultimo zur Abfahrt versammelt, speziell bei den Rumänen scheint jedoch selbst diese Zeitspanne öfters nicht auszureichen.

Hinsichtlich der Außereuropäer, schließlich, sind wir vor kurzem dazu übergegangen, sie prinzipiell eine halbe Stunde vor Abfahrt zu mobilisieren. Trotzdem werden, bis auf den heutigen Tag, Verspätungen bei der Kolonnen- Abfahrt zumeist durch Säumigkeiten eines Genossen aus Übersee verursacht !“

Sprach's, und grinste mich freundlich an.

Mit dieser Aussage war natürlich uns DDR- Deutschen ein „dickes Kompliment“ gemacht worden, und vermutlich war die Nationen- Charakteristik unseres Dolmetschers in der Tat auch nicht völlig „aus der Luft gegriffen“. Sachlogisch erschien somit die vorgebrachte Argumentation hinlänglich überzeugend.

Dennoch erscheint mir die damalige Antwort unseres sowjetischen Begleiters – aus heutiger Sicht – „eines Nachhakens“ wert.

„Politische Psychologie“ begann in jenen Jahren sehr offensichtlich an der Moskauer Akademie für Gesellschaftswissenschaften zunehmend eine beträchtliche Rolle zu spielen.

Ganz gewiss war es der Akademie- Leitung nicht entgangen, wie mittlerweile – z. B. – Mongolen und Kubaner auf die überdeutliche Privilegierung von uns DDR- Deutschen anlässlich der Besichtigungs- Visiten zu reagieren begonnen hatten.

War im Verlauf jenes Studienjahres 1979/80 irgendeine Reaktion der Akademie- Chefs hierauf zu registrieren ?

N e i n !

Damit liegt die Vermutung nahe, dass man die missbilligenden Blicke der seit mindestens einer halben Stunde in ihren Bussen hockenden Mongolen und Kubaner auf die „in letzter Minute erscheinenden Damen und Herren Genossen aus der DDR“ b i l l i g e n d in Kauf nahm !

Warum ?

Über die Gründe für ein solches Verhalten der Akademie- Leitung kann sich wohl ein jeder seine eigenen Gedanken machen.

In den ersten Monaten unseres Moskauer Jahres führen wir zumeist nach Abschluss der seminaristischen Übungen, also am späteren Nachmittag, mit der Metro in die eigentliche Moskauer City.

An den klimatisch sehr angenehmen Spätsommertagen galt unser vorrangiges Interesse natürlich zunächst der „Weltmetropole Moskau an sich“, der Riesenstadt mit ihren vielgestaltigen Facetten, von denen jeder von uns möglichst viele und möglichst intensiv erleben wollte. Doch auch höchst Profanes galt es möglichst erfolgreich zu erledigen, z. B. für die materiellen Voraussetzungen einer heimatlichen Gewohnheiten nahe kommenden alltäglichen Frühstück- und Abendmahlzeit zu sorgen.

Angesichts unserer sehr preiswerten, gute und geschmackvolle Küche anbietenden Akademie-Kantine war uns tagtäglich ein untadeliges Mittagessen garantiert, doch am Morgen und am Abend pflegten wir uns in unseren kleinen Kemenaten selbst zu verköstigen

Wir stellten sehr bald fest – gutes russisches Brot auf der Basis verschiedener, öfters sehr interessanter Getreidemischungen, auch „pures“ Weizen- und Roggenbrot war allenthalben und preiswert zu erlangen. Gleiches galt für Butter, Eier und manche Käse- Sorten.

Aber die Beschaffung der meisten anderen Bestandteile traditioneller deutscher Morgen- und Abendmahlzeiten setzte ein Minimum von speziellem Detailwissen voraus.

Grundsätzlich war kaum zu leugnen – in Moskau war im Prinzip fast alles Erdenkliche im Angebot. Man musste aber zum käuflichen Erwerb sehr vieler Dinge Entscheidendes wissen, nämlich: „w a n n“, „w o“, und „z u w e l c h e m P r e i s“ ?

Natürlich kannten wir – dank gelegentlicher Angebote in unserer Heimat – bestimmte vorzügliche Produkte der sowjetischen Fisch- und Krabben- Konserven- Produktion, doch wo und wann man selbige auch in Moskau gelegentlich erstehen konnte, das mussten wir erst lernen.

Selbiges galt für Marmeladen- und Früchte- Konserven.

Eine „mittlere Katastrophe“ für deutsche Gaumen war das Standardangebot des großen Landes an Wurstwaren – es dauerte einige Zeit, bis wir wussten, dass es doch einige „Magazine“ gab, bei denen man sich mit „Kolbassa“ einer von uns nicht als allzu befremdlich empfundenen Geschmacksrichtung eindecken konnte.

Wir bemühten uns stets, unsere Verpflegung im staatlichen Handel einzukaufen.

Sicherlich war uns bald auch das vielfältig- bunte Angebot des traditionellen russischen Kolchos- Marktes geläufig, des „Rynok“, aber auch das nicht gerade „verbraucherfreundliche“ Preisniveau der dortigen Verkaufsstände für qualitätsvolle Landesprodukte.

Stark gewöhnungsbedürftig und sehr umständlich war das Kassierungssystem älterer, z. T. sehr traditionsbewusster Einrichtungen des Moskauer staatlichen Einzelhandels, auch vieler seiner Lebensmittel- Verkaufsstellen.

Zunächst hatte man bei einem Verkäufer die Preise für alle vorgesehenen Einkäufe zu erfragen, dann zur zentralen Kasse besagter Einrichtung zu schreiten, dort unter Angabe von Art und Menge der zum Erwerb vorgesehenen Produkte den im Vorab ausgerechneten Gesamtpreis für sie in bar zu bezahlen, dafür einen Bon für Waren im Gesamtwert des eingezahlten Geldes zu erhalten, mit diesem Bon wieder zu einem Warenverkäufer zu wandern, selbigem die Mengen der erbetenen Produkte zu benennen, zum Schluss den Summen- Vergleich des Verkäufers abzuwarten.

Erst wenn besagte Überprüfung eine absolute Übereinstimmung von Bon- Angabe und dem Warenwert der mittlerweile zur Auslieferung vorbereiteten Artikel ergab, konnte man seine Einkäufe von den meist sehr würdevoll agierenden Persönlichkeiten auf der anderen Seite der Verkaufstheke glücklich in Empfang nehmen.

Aber – wehe, man hatte sich bei diesem nachhaltige hoheitliche Züge besitzenden Procedere irgendwann verrechnet, bzw. bei der abgeforderten Menge irgend eines Produktes vertan !

Als erstes war ein Rüffel wegen mangelnder Kopfrechenkunst oder unzureichenden Konzentrationsvermögens beim Wareneinkauf einzustecken, sodann sich schnell zum Kauf von irgendwas zu entscheiden, um zur Übereinstimmung von Bon- Angabe und auszuhändigendem Warenpaket zu gelangen, was nicht selten auf den unfreiwilligen Verzicht betreffs einer bestimmten Komponente des ursprünglichen Einkaufszettels hinauslief.

Auch in dieser Angelegenheit habe ich einmal unseren Dolmetscher angesprochen, der die DDR nach einigen ihm gewährten „sprachlichen Weiterbildungsaufenthalten“ recht gut kannte.

„Natürlich wissen die obersten Chefs unseres staatlichen Handels, wie umständlich und unproduktiv dieses Kassierungs- Warenauslieferungs- System ist. Aber die `werk tätigen Verkäufer` sind sehr stolz auf ihre Traditionen aus der Zarenzeit, und ihr gewerkschaftlich organisierter Beharrungswillen hat bisher das Vermeiden einer umfassenden sinnvollen Modernisierung durchzusetzen vermocht.“

Ich fügte dem in Gedanken hinzu :

Und die „allmächtige Partei“ hatte vermutlich „keine Meinung“ sich auf einem derartig nebensächlichen „Kriegsschauplatz“ zu verschleißen !

Neben den diversen „Futterkrippen“ fand bald der Moskauer Buchhandel mein spezielles Interesse.

Sehr bald ausgekundschaftet hatte ich den von mir auch anlässlich späterer Moskau- Visiten stets besuchten Laden des „Internationalen Buches“ in der Gorki- Straße, nahe des Manegen- Platzes. Damals offerierte jenes Geschäft stets – u. a. – ein beachtliches Sortiment verlags- neuer belletristischer Literatur größerer DDR- Verlage, darunter auch stark nachgefragte, in Rostock kaum erhältliche deutschsprachige Lizenzausgaben qualitätsvoller schöngeistiger Literatur der „westlichen Welt“.

Ich habe es mir damals bald angewöhnt, dieses Buchgeschäft allwöchentlich aufzusuchen. Wenn ich von der umgehenden Ankunft einer größeren Lieferung aus der DDR erfahren hatte, wurde es von mir auch mehrmals in der Woche besucht.

Auf diese Weise habe ich in meinem „Moskauer Jahr“ einen beachtlichen Fundus lesens- werter Literatur für meine Lesestunden an langen russischen Winterabenden und entspannten Urlaubstagen in unserer deutschen Heimat erworben. Zudem waren gelegentliche Ausleihen, der diskutive Austausch über das betreffende Buch, für die Entwicklung mancher guten per- sönlichen Beziehung sehr hilfreich.

Besagte literarische Fundgrube in der Moskauer Gorki- Straße schien sich zu jener Zeit in der DDR schon weit herumgesprochen zu haben, denn – meiner Wahrnehmung nach – etwa die Hälfte der stets zahlreichen Kundschaft des Unternehmens wurde Woche für Woche von meiner engeren Landsmannschaft gestellt, z. B. von DDR- Bürgern, die im Rahmen einer mehrtägigen Städtereise sich in der sowjetischen Hauptstadt aufhielten, sehr oft ihnen von ihrem Betrieb in Anerkennung gezeigter Arbeitsleistungen spendiert.

Wesentlich schwieriger als die Auskundschaftung dieses internationalen Bücherladens war das Ergründen der Lokalisierung eines in unseren Kursantenkreisen bald

legendenumwobenen öffentlichen „Internationalen Antiquariats für Druckerzeugnisse“.

Es wurde von mir schließlich – nach wiederholten erfolglosen Versuchen – in einer ver- winkelten, versteckten Ecke einer kleinen Sackgasse unweit des „Sadowoje Kolzo“ entdeckt, des „Gartenringes“ um den engeren Kern der Moskauer City.

Inzwischen war an besagtem „Gartenring“ nichts mehr von den im 18. Jahrhundert dort ange- legten großen Patriziergärten zu erkennen, damals ein Areal großzügig gestalteter Freizeit- und Sommerdatschen gut betuchter Moskauer. Mittlerweile imponierte der einstige romanti- sche Feldweg als breite, sechs- bis achtspurige, gut asphaltierte Ringstrecke, von beiden Seiten flankiert durch hohe scheibenförmige Bauten jüngeren Datums.

Unweit des von mir längere Zeit gesuchten Druckerzeugnis- Antiquariats befand sich der imposante Kolossal- Bau der US- amerikanischen Botschaft, stets umsorgt in „auffälliger Unauffälligkeit“ durch „angemessen dimensioniertes“ sowjetisches Sicherheitspersonal. Vermutlich galt den sehr vereinzelt Besuchern dieser „Festung der freien Welt“ seitens jener Männer mehr Aufmerksamkeit, als dem sonstigen Geschehen im großen Haus, wofür auch der sowjetischen Seite damals schon sicherlich weit subtilere Methoden zur Verfügung standen.

Mir fiel jedenfalls auf, dass der an der Front des Botschaftgebäudes vorbeiführende Fußweg fast nie von einem Passanten betreten wurde, dessen Weg nicht die US- Botschaft führte – der „allgemeine fußläufige Verkehr“ vollzog sich, „immer und ewig“, fast ausnahmslos auf dem Gehsteig der a n d e r e n Seite der Straße; man vermied es offensichtlich, als „Kontakt- Interessent“ der US- Amerikaner erfasst zu werden, z. B. durch die in diversen abgeparkten Autos ihre Routine- Bobachtungen vornehmenden Sicherheitsleute der UdSSR.

Zurück zum „Internationalen Antiquariat für Druckerzeugnisse“ !

Als ich endlich den wahrlich versteckt plazierten Laden ausgemacht hatte und ihn zum ersten Mal betrat, erkannte ich sehr bald, dass seine besondere Aura sich nicht grundlos entwickelt hatte.

Das in vergleichsweise großzügiger Räumlichkeit untergebrachte Geschäft führte vor allem sehr gut erhaltene, erst vor wenigen Jahren erschienene Sach- und Fachbücher aus dem sog. „NSW“, dem „nichtsozialistischen Währungsgebiet“. Dominiert wurde das Angebot durch englischsprachige Literatur, doch auch die französische und die deutsche Abteilung der Einrichtung waren gut bestückt, letztere fast ausschließlich durch in der Bundesrepublik, in der Schweiz oder in Österreich gedruckte Literatur.

Verständlicherweise war fast jeder Titel – wie in Antiquariaten üblich – nur in einer einzigen Ausfertigung im Angebot, und die geforderten Preise waren „gepfeffert“, in Sonderheit bei einem Vergleich mit dem für Druckerzeugnisse in der Sowjetunion grundsätzlich kundenfreundlichen, sehr niedrigen Preisniveau.

Mir ist erinnerlich, dass ich damals längere Zeit in einem vorzüglich gestalteten Lehrbuch über chirurgische Operationstechniken geblättert habe, von der exquisiten Qualität der diversen großformatigen und in instruktiver Farblichkeit gestalteten Situs- Bilder stark beeindruckt war. Zum Erwerb dieses Meisterwerkes wurde ein beachtlich hoher, dreistelliger Rubel- Preis verlangt.

Gekauft habe ich bei meinem erstmaligen Besuch jenes buchhändlerischen Elite- Etablissements schließlich ein „Großes Buch vom Fischfang“, mich an meine geliebte heimatliche Ostsee erinnernd, für umgerechnet ca. 60,- DM.

Ich besitze das Buch auch heute noch.

Bei späteren Besuchen wurde dort von mir noch diverse innenarchitektonische „Einrichtungsliteratur“ aus dem westlichen Teil Deutschlands erworben. Sie war schon leicht zerlesen, wurde deshalb zu kulanteren Preisen offeriert.

Aber besonders aufgefallen ist mir damals bald auch ein etwas separat gelagerter, mehr oder weniger großer Stapel von zu jenen Zeiten Jahr für Jahr seitens der großen Versandhäuser „Quelle“ und „Otto“ an die Haushalte der Bundesrepublik kostenlos versandten Versand-Katalogen. Und ich konnte wiederholt wahrnehmen, dass gerade der eine oder andere dieser Kataloge – nach intensiver Durchblätterung – von offensichtlichen Sowjetbürgerinnen käuflich erworben wurde, für einen immer noch erheblich über „Taschengeld- Niveau“ hinausgehenden Preis.

Eines Tages nahm auch ich einen brandneuen „Quelle“- Katalog in die Hand, blätterte ihn durch – die Vielfalt seiner Offerten war wirklich beeindruckend, für an die üblichen sozialistischen Standard- Angebote gewöhnte Sowjetbürger vermutlich geradezu betörend.

Hierüber in´s Sinnen geraten, entwickelte sich bei mir eine eigenartige Gedankenkette.

Daraus kristallisierte sich so etwas wie eine „Eingebung“ heraus – mir schien, dass die allenthalben zunehmende Orientierung der Moskauer Damenwelt am westlichen Modeempfinden, z. T. „schnittgenau“, durch bestimmte im „Quelle“- Katalog präsentierte Modelle quasi „induziert“ war !

Womit mir das starke Interesse an den letztlich profanen Verkaufskatalogen aus der Bundesrepublik erklärbar schien.

Und tatsächlich bestätigte mir einige Wochen später unsere Russisch- Lektorin vollinhaltlich diese Vermutung.

In einer unserer szenischen Übungen zur Vertiefung unserer russischen Spachfertigkeiten hatte sie einer ausschließlich aus Männern gebildeten Gruppe von uns die Aufgabe gestellt, sich in einem russisch geführten Guppengespräch über die gegen Studienjahresende für die lieben Ehefrauen zu erwerbenden Mitbringsel auszutauschen.

Sie schien an der besonderen Unbeholfenheit unserer Herrenriege bei den Versuchen zur Lösung ihrer Vorgabe eine gewisse versteckte kleine Freude zu empfinden.

Als letztlich keiner der „szenischen Darsteller“ irgendetwas Vernünftiges zum Thema vorzubringen vermochte, meinte unsere Meisterin, leicht hinterhältig lächelnd, „und zum Schluss, liebe Genossen, besorgen Sie sich einen 'Quelle'- Katalog unseres Klassenfeindes, und lassen für Ihre Gattin nach den dort gefundenen Modellen von einer unserer ausgezeichneten Hauschneiderinnen für einen kleinen Freundschaftslohn ein elegantes, gar exquisites Damen-Kostüm anfertigen !

Die Maße für Taille, Hüftumfang, usw. ihrer langjährigen Lebensgefährtinnen haben Sie doch sicher im Kopf ! Oder ?“

Uns Männern blieb nichts anderes übrig, als leicht verlegen zu lächeln.

Nach dem Ausklingen der Sommerabende in der zweiten Septemberhälfte entwickelte sich die Gestaltung der länger und länger werdenden Abende in unserem, einem „weltlichen Männerkloster“ ähnelnden Wohnheim im Laufe der Zeit für viele von uns allmählich zu einem ernsthaften Problem.

Ende August und in der ersten Septemberhälfte hatte noch hinreichend lange helles Tageslicht geherrscht, bei gut verträglichem Wetter. Zudem waren wir von den vielen neuen Eindrücken zunächst mental „total eingedeckt“, eine mit Vereinsamungsgefühlen belastete Langeweile in den Stunden vor der Nachtruhe hatte sich keineswegs einbürgern können. Es waren auch die ersten Seminarreferate auszuarbeiten gewesen, und nicht wenige aus unseren Reihen waren von ihren Arbeits- und Dienststellen in der DDR zur fortlaufenden Erledigung bestimmter „häuslicher“ Aufgaben vergattert worden, weil ausreichend qualifizierter Ersatz für die Wahrnehmung spezieller Pflichten nicht zu organisieren gewesen war. Ich hatte – beispielsweise – dem dringlichen Ersuchen nachgegeben, den kurz vor meiner Abreise fertiggestellten Dissertations- Entwurf eines meiner heimatlichen Doktoranden zu überarbeiten, im Interesse einer termingerechten Fertigstellung besagter Doktorarbeit.

Je mehr das Kalenderjahr sich seinem Ende zuneigte, je kürzer die Moskauer Tage wurden, je stärker die Temperaturen abzusinken begannen, desto einsamer begannen wir uns dann doch an den immer länger und immer dunkler werdenden Abenden zu fühlen.

Gewiss hatte jeder von uns ein Transistor- Radio von zu Hause mitgebracht, aber die Zimmerantennen gewährleisteten nur den Empfang von sowjetischen Stationen.

Mein Gerät war von mir sehr bald auf die englischsprachige Auslandswelle einer Moskauer Sendeanstalt eingestellt worden – die Verfolgung des Weltgeschehens in englischer Sprache fiel mir, trotz aller Bemühungen russischer Sprachschulung, doch erheblich leichter, als in der russischen Landessprache. Zudem war das Informationsspektrum bei diesen primär für die sowjetische Außendarstellung konzipierten Sendungen erheblich breiter angelegt, als bei den üblichen, russischsprachigen Sendungen von „Radio Moskau“.

Da kaum ein anderer aus unserer Gruppe über meine fremdsprachlichen Voraussetzungen verfügte, avancierte ich bald zu einem auch in „Nachrichten- Belangen“ gefragten Gruppenmitglied.

Allerdings brachte mir mein sich allmählich entwickelnder dezenter Sonderstatus ebenfalls manche, in Sonderheit neidbestimmte Antipathie ein, speziell seitens des einen oder anderen unserer wenigen politischen Spitzenfunktionäre.

Auf den Empfang von Fernsehsendungen waren unsere Kernenaten technisch nicht vorbereitet. Und da die damaligen, ausschließlich terrestrischen Empfangsmöglichkeiten ohnehin nur den Empfang der sehr hausbackenen sowjetischen Standard- Programme ermöglicht hätten, wurden von uns auch keinerlei Schritte zur Veränderung der gegebenen Situation in die Wege geleitet.

Gelegentlich besuchten wir, zumeist in kleiner Gruppe, die eine oder andere Kino- Vorstellung in der Stadt. Hin und wieder standen sehr anspruchsvolle, unbedingt sehenswerte Filme auf dem Programm der zentralen Filmtheater, allerdings – grundsätzlich – in russischer Sprache.

Gut erinnerlich ist mir eine meisterhafte sowjetische Produktion, die später deutsch synchronisiert und auch in den Kinos der DDR gezeigt wurde: „Moskau traut den Tränen nicht“. Es geht dabei um die konfliktreiche Entwicklung der Partnerbeziehungen von drei jungen Frauen, die – allesamt attraktive junge Damen – sich mit einem Trick den intimen Zugang zu mehr oder weniger prominenten, bekanntermaßen noch unverheirateten Männern in „bereits erheblich gereiftem Jugendalter“ verschafft hatten. Eines der knapp 20 Jahre alten Mädchen war zu Sommer- Beginn von einem hochdekorierten älteren Mitglied der Akademie der Wissenschaften und seiner gleichaltrigen Ehefrau beauftragt worden, die Blumen und vielen immergrünen Zimmerpflanzen in der komfortablen Wohnung des Professoren- Ehepaares während dessen wehrwöchigem Kuraufenthalt an den Gestaden des Schwarzen Meeres angemessen zu versorgen. Angelockt durch die prestigeträchtige Adresse und eine geschickt

aufgemachte Einladung lassen sich die drei vom jugendlichen Damen- Trio ausgewählten Männer tatsächlich dazu verlocken, zum gegebenen Termin in der Professoren- Wohnung einzufinden, schließlich mit den zielgerichtet vorgehenden Weiblichkeiten mehr oder weniger intime Beziehungen einzugehen. Was von den jungen Frauen als „Einstieg in höhere sowjetische Gesellschaftskreise“ gedacht gewesen war, entwickelt sich aber in den nächsten zwei bis drei Jahren für jede von ihnen zu einer bitteren Lebenskatastrophe.

Dieser Kinofilm dürfte – gewiss in sehr zugespitzter Form – bestimmte Facetten des Lebensalltags eines bestimmten Segments arivierter Moskauer Großstadt- Bevölkerung realitätsnah dargestellt haben. Er fand jedenfalls spontan beim sowjetischen Publikum einen sehr breiten Zuspruch, wurde in Anbetracht dessen schließlich auch in den Medien breit diskutiert.

Dennoch – Kino- Abende blieben für uns Ausnahmen, eher seltene Ausnahmen.

Blieb also das Buch, die abendliche belletrestische Lektüre.

Die meisten von uns haben in jenem Jahr, vor allem in den Wintermonaten, tatsächlich abends viel gelesen.

Fast jeder von uns hatte einige schon seit längerem zur Lektüre vorgesehene Bücher von zu Hause mitgebracht, die nun gelesen, teilweise auch untereinander ausgeliehen wurden.

Und das „Internationale Buch“ in der Gorki- Straße bot die Gelegenheit, diesen Fundus zielgerichtet auszubauen, wie bereits erörtert.

Aber eine regelmäßige Gestaltung Moskauer Abende mit Seminar- Vorbereitung und Roman- Lektüre wird, im Laufe langer und dunkler Monate, irgendwann als nicht mehr befriedigend, als unbefriedigend und eintönig empfunden.

Sehr wichtig wurden – sicherlich auch aus anderen Gründen – deshalb die spätabends in begrenztem Umfang möglichen Telefonate mit den Lieben in der fernen Heimat, insbesondere mit dem vertrauten Ehepartner.

Doch solches sollte tunlichst nicht öfter als ein Mal wöchentlich geschehen, musste jeweils bei der zuständigen Akademie- Instanz beantragt, bzw. angemeldet werden.

Desto sehnsüchtiger wartete man an solchen Abenden auf den Anbruch der seitens der Fernmelde- Administration festgelegten Stunde und die Information des „diensthabenden Telefonisten der Akademie- Wohnheime“, dass die erwünschte Verbindung zur DDR hergestellt sei, man sein 10- minütiges Gespräch führen könnte.

Wohl für jeden von uns wurde dieser Abend und dieses Telefonat bald zu d e m Höhepunkt der Woche.

Wie auch immer – das Hoffen und Warten auf das mitternächtliche Telefongespräch mit den Lieben in fernen deutschen Landen füllte nur *e i n e n* Abend in der Woche. Es blieb allwöchentlich somit zumindest die eine oder andere Abendzeit, die immer noch einer anderen angemessenen Ausfüllung harrete. Also – was dann tun ?

An diesem Punkte „begannen sich unsere Geister auffällig zu unterscheiden“.

Nur sehr wenige taten das, was ich jetzt tat – sich in der wahrhaft gigantischen, fast jedwede nennenswerte Literatur der ganzen Welt, aller Genres, quasi „aufsaugenden“ Lenin- Zentral-Bibliothek der UdSSR als Leser eintragen zu lassen.

Das gewiss bereits von außen allein durch seine kolossale Größe imponierende Haus beeindruckte mich vor allem angesichts seines Innenlebens. Dort begegnete dem Eintretenden sofort eine nachhaltige Atmosphäre gehobener Bedeutungsschwere, vermittelt durch viel polierten Naturstein auf den Fußböden und an den Seitenwänden, durch wuchtiges Holz, gedämpfte Ruhe, ausgeglichene Raumtemperatur und angenehm temperierte Ausleuchtung. Die mobiliare Ausstattung bestätigte diesen Charakter des Hauses.

Alle Publikumsräume – Flure, Ausleihe- und Katalogräume, Lesesäle – hatte man wahrlich sehr großzügig dimensioniert. Die Leseplätze waren orthopädisch bequem, technisch auf die speziellen Bedürfnisse bei konzentrierter, ausdauernder Lektüre anspruchsvoller Texte zugeschnitten.

Alles in allem – man hatte bei der Gestaltung des Gesamtkomplexes in den 50er Jahren viel zeitgemäßes Erfahrungswissen gekonnt in die innenarchitektonische und technisch- funktionale Gestaltung der repräsentativen Baulichkeit eingebracht.

Mein Status als ausländischer Kursant der Akademie für Gesellschaftswissenschaften gab mir die Möglichkeit, mich als Leser im „Deputierten- Saal“ einschreiben zulassen, wofür man mir seitens der Bibliotheks- Direktion eine besondere, für die Dauer eines Studienjahres befristete Legitimationskarte ausstellte.

In der damaligen Lesesaal- Hierarchie der Lenin- Bibliothek stand der „Deputierten- Saal“ an der Spitze, er rangierte noch über den Hochschullehrern und habilitierten Wissenschaftlern vorbehaltenen Räumlichkeiten, bot seinen Lesern eine Reihe sehr beachtlicher Privilegien. Ich war besonders von seiner unbedingten Reinlichkeit und angenehmen Belüftung angetan, vom sehr ruhigen und entspannten gesellschaftlichen Klima in ihm.

Formal war er für die gewählten Abgeordneten der obersten Kammern der palamentarischen Vertretung des Riesenreiches eingerichtet worden, erkennbar an den von ihnen getragenen rechteckigen, dunkelrot emailierten Deputierten- Nadeln des „Obersten Sowjets der UdSSR“.

Allerdings habe ich später nur sehr selten eine solche politisch herausragende Persönlichkeit in der Bibliothek wahrnehmen können. Bei den insgesamt zahlenmäßig sehr überschaubaren Besuchern des von mir frequentierten elitären Sonderbereiches handelte es sich zumeist um sog. „Sonder- Berechtigte“, in welche Kategorie auch mich hatte einfügen können.

Das Milieu distinguirter Seniorität des „Deputierten- Lesesaals“ war angesichts der rigorosen Auslese seiner Nutzungsberechtigten absolut gewährleistet, mir sollte es recht sein.

Neben solchen atmosphärischen Annehmlichkeiten waren auch die konkreten Vorrechte betreffs eines vorrangigen und schnellen Zugriffs auf den Fundus des Hauses beträchtlich.

Betreffs der umfassenden Dimensionierung seiner Breite kam ich schon bei meiner ersten Bibliotheks- Visite in's Staunen, z.B. hinsichtlich der vielen seit Jahrzehnten im Original archivierten deutschsprachigen Druckerzeugnisse. Ich bestellte mir damals für meinen nächsten Besuch einen ganzen Stapel der letzten Nummern verschiedener thematisch orientierter Kiosk- Journale der Bundesrepublik, die ich dann anderntags tatsächlich vom Ausgabeschalter mit einiger Mühe an den nächstplazierten Leseplatz schleppen durfte.

Außer- Haus- Entleihe war allerdings auch für mich ausgeschlossen. Am Ende eines Lesetages – nach meiner Erinnerung jeweils um 22.00 Uhr – hatte man alle entliehenen Materialien wieder an den Ausgabeschalter zurückzuschleppen, wo ihre Vollständigkeit subtil überprüft wurde.

Wie die Leitung der Bibliothek es auch den gesellschaftlich sehr arivierten „Genossen Deputierten“ in einem großformatigen Aushang unmissverständlich glaubte mitteilen zu müssen, drohte beim geringsten Verstoß gegen die „Entleihungs- Regularien“ des Hauses ein nicht verhandelbares **a b s o l u t e s** Hausverbot, mit anderen Worten ein rigoroser „Rausschmiss aus dem Tempel“!

Abgesehen von jenen Wochen, in denen ich mich auf die Abfassung eines Seminar- Referates konzentrieren musste, bzw. die bereits angesprochene Überarbeitung des Dissertations- Entwurfes eines meiner Rostocker Mitarbeiter zum Abschluss brachte, habe ich in jenem Spätherbst, dem nachfolgenden Winter und Frühling etwa drei bis vier Abende allwöchentlich bei anregendem Schmökern in bunten Zeitschriften aus aller Welt verbracht, im angenehmen Ambiente der „Lenin- Zentralbibliothek der UdSSR“. In der DDR hatte ich kaum Zugang zu diesem Material, und auch anderswo dürfte es selbst heute nur wenige Orte geben, an denen eine derartige Breite von themengebundener Kiosk- Literatur für unbegrenzte kostenlose Lektüre verfügbar ist.

Abschließend noch eine „delikate Fußnote“.

Der Deputierten- Lesesaal der Bibliothek verfügte auch über einen absolut separaten Sanitär-Bereich, ebenfalls mit pompöser Marmor- und Naturstein- Auskleidung selbst der sehr profanen Verrichtungen vorbehaltenen „Intim- Zellen“, die ich ebenfalls stets in einem peinlichst sauber gehaltenen Zustand angetroffen habe. Ansonsten ließ die Hygiene öffentlicher WC's in Moskau oft erhebliche Wünsche offen, wie indessen in vielen anderen Teilen der Welt. Auch in diesen intimen Belangen war man also als „Deputierter des Obersten Sowjets“ und Persönlichkeit mit gleicher gesellschaftlicher Rangstellung spürbar privilegiert.

Wie gesagt – hinsichtlich der täglichen Abendgestaltung gab es spätestens nach Beginn der ersten herbstlichen Schneefälle bei unserem kleinen Kursanten- Haufen aus der DDR bald sehr unterschiedliche „Schwerpunkt- Setzungen“.

Etwa die Hälfte von uns schloss sich in einigen Kleingruppen von jeweils 3 bis 5 Mann zusammen, welche sich dann fast Abend für Abend in irgend einer ihrer individuellen kleinen Kemenaten zusammenfand, um sich bei gutem Wodka und nicht ganz so edlem Wein über „die Gestaltung des eigenen Lebens und die Verbesserung der Menschheit“ den Kopf zu zerbrechen, der ob dieses angestregten Tuns am nachfolgenden Morgen gelegentlich noch sehr „erschöpft“ war.

Die andere, eher kleinere und in der Tendenz etwas jüngere Hälfte entschied sich für einen anderen Aktionsbereich schöpferischer, gleichwohl unterhaltsamer regelmäßiger Abendgestaltung. Sie bemühte sich intensiv um die „Erstellung bestimmter persönlicher Beiträge zur individuellen Festigung der deutsch- sowjetischen Freundschaft“.

Wobei man – beispielsweise – in etwa wie folgt vorging.

Nicht weit entfernt von unserem Akademie- Komplex befand sich das Moskauer „Haus der Offiziere“, in dem regelmäßig auch Tanzveranstaltungen stattfanden, bei denen Salon- Formationen der großen sowjetischen Armeeorchester zu „beschwingtem Frohsinn“ aufspielten. Auf die Tanzfläche durfte man dabei sich nur dann begeben, wenn man die intonierten „Balowye Danzy“, die gespielten „Ball- Tänze“, hinreichend beherrschte. Darunter waren Walzer, Langsamer Walzer, Polka und Marsch zu verstehen, denen man – quasi als Zugeständnis an die „Moderne“ – Tango, Foxtrott und Slow Fox hinzugefügt hatte.

Vom männlichen Segment der Moskauer Bevölkerung hatten ausschließlich Sowjetoffiziere Zutritt zu diesen Tanzveranstaltungen, sowie an sowjetischen Militärakademien eine weitergehende Qualifizierung erfahrende Stabsoffiziere ausländischer Streitkräfte. Aber mancher meiner nicht in eine der „Wein- Wodka- Herrenrunden“ eingebundenen Studienkollegen hatte

es ebenfalls fertiggebracht, Zugang zu diesen Arrangements für die militärischen Eliten der Weltmacht und ihrer Verbündeten zu finden.

Eines Tages im Spätherbst wurde ich Zeuge einer geradezu begeisterten Schilderung eines solchen Events.

Man war von der im zentralen Kulturhaus der Sowjetarmee erlebten festlich- gelösten Atmosphäre auf das Höchste angetan, in Sonderheit von der Jugendlichkeit und Ästhetik der dort in großer Zahl angetroffenen weiblichen Tanzpartnerinnen.

Nach welchen Prinzipien die Zulassung der jungen Damen aus der Moskauer Bevölkerung zu jenen speziellen Tanzveranstaltungen erfolgte, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls soll von „weiblicher Seite“ stets ein erheblicher diesbezüglicher Andrang geherrscht haben.

Ein solches Faktum stünde in sachlicher Übereinstimmung damit, dass junge Offiziere der sowjetischen Streitkräfte zu jenen Zeiten grundsätzlich begehrte Kandidaten auf dem Heiratsmarkt der UdSSR waren – sie repräsentierten „sui generis“ eine Auslese ihres Geburtsjahrganges, standen vor einer gesicherten beruflichen Laufbahn, erfreuten sich eines herausgehobenen sozialen Prestiges und überdurchschnittlicher materieller Bezüge. Nach einer Familiengründung wurden sie in weiteren Belangen privilegiert, z. B. bei der Zuweisung angemessenen Wohnraumes. Schließlich konnten die jungen Ehefrauen von Offizieren auch davon ausgehen, dass die straffe disziplinarische Führung der Armee eine bei vielen Männern des weiten Landes sich vollziehende Entgleisung in die „russische Krankheit“, d. h., in einen zerstörerischen Alkoholismus, zumindest erheblich bremsen würde.

Und da sich vorzugsweise junge, partnerschaftlich noch nicht fest gebundene Leutnants zu den Tanzveranstaltungen im „Haus der Offiziere“ einzufinden pflegten, wäre das vorstehend angesprochene Verhalten der jugendlichen moskowiter Weiblichkeit sozialpsychologisch gut erklärlich gewesen. Vermutlich war dem in der Tat so.

Und auch eine erhebliche Anziehung, die durch die attraktiven jungen Frauen auf manchen der seit Monaten von ihren Familien getrennt lebenden Kursanten ausgeübt wurde. Ich hatte bald den Eindruck, dass mancher biedere Ehemann in unseren Reihen durch ein gefährliches „inneres Glühen“ erfasst wurde – vermutlich fiel es meinen „tanzenhustischen Studienkollegen“ in Anbetracht ihrer schon „sehr weit fortgeschrittenen Jugendlichkeit“ keineswegs leicht, mit ihren Avancen bei einer jungen Offiziere präferierenden Damenwelt im Armeekulturhaus zu einem schnellen Erfolg zu gelangen.

Doch über die hierzu im Einzelnen interessanten Fragestellungen und Details herrschte auch in unserem zeitweiligen Moskauer Männerklub allgemeine und strikte Diskretion, weshalb ich dazu nicht weiter auskunftsfähig bin.

Sicherlich war auch der Weg über das „Haus der Offiziere“ nicht der einzige Weg, der von lebenserfahrenen Männern in der besagten Angelegenheit beschreitbar war.

Spätestens in den sehr kalten Wintermonaten Januar und Februar konnte es jedenfalls nicht mehr völlig verborgen bleiben, dass so mancher aus unseren Reihen letztlich den von ihm gesuchten „speziellen individuellen Anschluss“ in Moskau gefunden hatte. Über die spätere Entwicklung solcher Beziehungen, darüber, „wie weit und wie tief“ sie zu gehen pflegten – nun, auch darüber „schweigt des Sängers Höflichkeit“.

Eines Tages, wir waren bereits im Spätwinter angelangt, fiel auf diese Szene ein schrilles und schräges Licht, als in unserem Wohnheim eine Gruppe Kriminalisten erschien und das angestammte Service- Personal intensiven Vernehmungen zu unterziehen begann.

Wir Kursanten registrierten das Geschehen zunächst mit überraschtem Befremden – die verweinten, bald auch übernächtigt wirkenden Gesichter eines erheblichen Teiles der uns inzwischen recht vertrauten Frauen des Portier- und Telefondienstes verhiessen nichts Gutes. Näheres zur Verursachung der kriminalistischen Aktivitäten war aber zunächst nicht in Erfahrung zu bringen.

Die meisten der in das Fadenkreuz dieser Ermittlungen Gelangten waren nach einer Woche bei uns nicht mehr zu sehen, gänzlich neues Personal übernahm ihre Positionen.

Und dann erfuhren wir doch noch den Anlass des Revirements – die Entlassenen hatten die „ökonomischen Verwertungsmöglichkeiten“ ihrer sicherlich sehr nachgeordneten, dennoch einen gewissen „Schlüsselcharakter“ besitzenden Posten erkannt und mit maximalem monetären Gewinn auszunutzen versucht. Der wohl schwerwiegendste unter den ihnen gemachten Vorwürfen war ein schwunghafter Handel mit den Telefonnummern von per Direktwahl aus dem Moskauer Telefonnetz anwählbaren ausländischen Kursanten der Akademie, wobei mit den Telefonnummern von uns Kursanten aus der DDR Höchstpreise zu erzielen gewesen waren.

Wir bekamen auch zu wissen, dass unsere Nummern in Sonderheit von solchen „Damen“ nachgefragt wurden, die sich als nebenberufliche Vertreterinnen des sog. „Escort- Gewerbes“ verstanden.

Kurze Zeit später setzte man uns, über „geeignete informelle Kanäle“, nachhaltig über ein grassierendes „Schwängerungs- Piratentum“ in Kenntnis, das sich im Verlauf der 70er Jahre in allen sowjetischen Millionen- und Halbmillionen- Städten entwickelt habe, in Moskau für

längerfristig anwesende männliche Ausländer aus „Wohlstandsstaaten“ mittlerweile zu einem ernsthaften sozialen Risiko geworden sei.

Um es mit klaren Worten zu verdeutlichen – verschiedene alleinstehende Frauen waren neuerdings in Moskau, Leningrad, Kiew und anderen Großstädten der UdSSR darauf aus, von einem materiell ausreichend gut gestellten Ausländer, z. B. aus den USA, Großbritannien, der Schweiz, aus Frankreich, Holland, Schweden, insbesondere aber aus einem der beiden deutschen Staaten im Verlauf einer zeitweiligen intimen sexuellen Beziehung geschwängert zu werden.

Auch wenn man für die Umsetzung eines solchen Planes vermutlich Bundesbürger als besonders attraktiv erachtete, wurden in Moskau tätige DDR- Bürger ebenfalls von in „Freundschaftskreisen“ organisierten Frauen gezielt ausgespäht, und dann mit größerer oder geringerer Kunstfertigkeit „angebaggert“. Wobei man sich davor hütete, allzu „direkte Wege“ einzuschlagen, vor allem über gemeinsame kulturelle Interessen und Hobbys, aber auch über den Austausch zu teilweise beachtlich anspruchsvollen fachlichen Themen um den schrittweisen Aufbau einer emotionalen Beziehung bemüht war, welche dann eine ausreichende Basis für das schließliche Erreichen des strategischen Zieles aller dieser Bemühungen lieferte.

Wie auch bei andersartig angelegten Kontaktbemühungen zu Personen mit einem vermutlich gehobenen ökonomischen Status war der Hintergrund des aufwändigen Manövrierens in den allermeisten Fällen ausgeprägt merkantiler Natur.

War man nämlich als Sowjetbürgerin durch einen außerehelichen Sexualpartner aus einem der besagten „Wohlstandsstaaten“ geschwängert und dann Mutter eines Kindes geworden, musste man nur noch juristisch die Zahlung der gemäß Gesetzeslage in diesen Ländern fälligen Alimente durchsetzen, um zumindest bis zum Erreichen der Volljährigkeitsgrenze dieses Kindes materiell „ausgesorgt“ zu haben.

Was natürlich auch erheblich mit den auf dem „grauen Markt“ erzielbaren Wechselkursen von Rubel und Dollar, Pfund, Franken, D- Mark, usw. zusammenhing – die für „Westwährungen“ zu erlangenden Summen an Sowjet- Rubeln besaßen in der UdSSR ein Mehrfaches an Inlands- Kaufkraft gegenüber dem, was die betreffenden Dollars, Pfunde, Schweizer oder Französische Franken, usw., im Alltagsleben ihrer Heimatländer wert waren !

Die D- Mark der DDR hatte gewiss nicht den Status einer voll konvertiblen, sog. „Westwährung“, aber auch mit dem Geld des ostdeutschen Staates konnte man sich das Leben erheblich angenehmer gestalten – wenn man geschickt damit umzugehen verstand und über die erforderlichen Kontakte verfügte.

In den einschlägig versierten Moskauer Kreisen war, z. B., gut bekannt, dass jeder in der DDR lebende Bürger eines arabischen Staates über den S- Bahnhof Berlin- Friedrichstraße fast problemlos nach Westberlin gelangen konnte, wo die D- Mark der DDR den Status einer „semi-konvertiblen Währung“ besaß, in verschiedenen Wechselstuben anstandslos in die D- Mark der Bundesrepublik getauscht wurde, zu recht stabilen Kursen von etwa 5 zu 1. Dort für die neu erworbenen „DM-West- Scheine“ eingekaufte westliche Spitzenelektronik war später in Moskau, Leningrad, Nowosibirsk – oder sonst wo in der Sowjetunion – zu Spitzenpreisen absetzbar, fand gelegentlich selbst in manchen zentralen staatlichen Institutionen dankbare, Höchstpreise zahlende Abnehmer.

Aber meistens sahen die neuen Mütter von Kindern von sich unbedacht und leichtfertig auslebenden Männern aus Ostdeutschland es gar nicht für erforderlich an, derart umständliche Manöver zur Sicherung ihres persönlichen Wohlstandes zu vollziehen – auch in der DDR, für D- Mark der DDR eingekaufte modische Damenkonfektion, z. B., erzielte bei Veräußerung in der sowjetischen Provinz satte Gewinn- Margen.

Es waren zumeist keineswegs ungebildete Frauen, die sich in diesem zwielichtigen Gewerbe mit Erfolg zu tummeln pflegten, meistens gingen sie zusätzlich zu ihren diversen einträglichen „Neben- Geschäften“ auch noch einer geregelten beruflichen Tätigkeit nach.

Manche von ihnen sollten nach dem großen politischen Paradigmenwechsel in den 90er Jahren als weibliche „Bisnismen“ nicht nur zu einem gewissen Reichtum gelangen, sondern hin und wieder sogar zur Dollar- Millionärin aufsteigen.

Wir wollen den einleitenden Diskurs unserer „Moskauer Notizen“, die Schilderung unseres Kursanten- Lebens in den Jahren 1979/80, nicht mit desillusionierenden und ungeschminkten Darlegungen über nüchterne Verflechtungen von Kommerz und Gefühlsleben in der Hauptstadt des Sowjetimperiums abschließen, sondern uns zumindest mit einigen kuzen Bemerkungen den „Schokoladenseiten“ des in Teilbereichen wahrlich exquisiten Moskauer Kulturlebens zuwenden.

Im September, auch noch zu Beginn des Oktober, also bevor die Moskauer Tage kurz und kürzer, die Moskauer Nächte schließlich mit Temperaturen um minus 30.00 Grad Celsius frostiger und noch frostiger wurden, bin ich einige Male mit der Metro zur ausgedehnten „Allunions- Ausstellung der sowjetischen Volkswirtschaft“ im Norden der Metropole hinausgefahren. Dort hatte man in den Nachkriegsjahren ein mehrere Quadratkilometer umfassendes Gelände zu einer großzügig angelegten Parklandschaft umgestaltet, mit einer Serie opulenter Wasserspiele ausgestattet. Und dann waren, nach und nach, auf diesem Terrain etwa 30 Aus-

stellungsgebäude unterschiedlicher Größe errichtet worden, mit teilweise sehr aufwändiger, historisierender Architektur. In radikaler Verniedlichung wurden besagte Baulichkeiten nunmehr als „Pavillons“ geführt

Jede Sowjetrepublik hatte „ihren“ Pavillon, desgleichen jeder als besonders bedeutsam erachtete und mit einem entsprechenden politischen Status bedachte Bereich des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens im sowjetischen Riesenreich. So gab es Pavillons für Landwirtschaft, Bergbau, Bildungswesen, Weltraumerkundung, Verkehrswesen, Gesundheitswesen, Energetik, usw.

Neben der in jedem Ausstellungsgebäude etablierten themengebundenen Dauerausstellung wurden in irgendeinem der Häuser fast wöchentlich zeitweise Expositionen mit speziellerer Ausrichtung eröffnet, die dann zumeist nach einigen Monaten wieder geschlossen wurden. Auch wenn, dem politischen Charakter jener Zeitperiode gemäß, alles der damaligen offiziellen sowjetischen Propaganda-Linie des „Fanfaren-Optimismus“ untergeordnet war, konnte man bei aufmerksamen Wanderungen durch die vielen Hallen ein gerüttelt Maß an Erkenntnissen und Detailwissen über das große europäisch-asiatische Land „nach Hause tragen“.

Doch spätestens im November sank der Attraktionswert des Ausstellungskomplexes erheblich – die beeindruckenden Wasserspiele waren nun abgeschaltet worden, die im Sommer, auch noch im September als angenehm empfundene Kühle in den Hallen empfand man zunehmend als unangenehm, und schon Ende Oktober ließ auch bereits gelegentlich gefallener und nur nachlässig beräumter Schnee die ganze Ausstellung als zunehmend unattraktiv erscheinen. Also richtete auch ich nunmehr meine Aufmerksamkeit – neben den häufigen Visiten in der Zentralbibliothek – zunehmend anderen kulturellen „Highlights“ zu, z. B. den beeindruckenden Museen im Moskauer Stadtzentrum.

Es ist nicht im Sinne meiner Darlegungen, an dieser Stelle hierüber einen exakten protokolari-schen Bericht zu geben, doch einige Bemerkungen seien mir gestattet.

Natürlich war ich von den vielen erstklassigen Gemälden der Tretjakow-Galerie sehr beeindruckt, insbesondere auch von den dort hängenden Originalbildern Repins.

Der Vergleich zwischen der ausgesprochen bourgeois wirkenden Moskauer Stadtvilla Gorkis und Lenins ziemlich spartanischem Wohnquartier im Kreml löste auch bei mir – die von der politischen Führung des Landes sicherlich beabsichtigte – Nachdenklichkeit aus.

Überhaupt boten die Kreml-Museen, seine gesamte Anlage, vieles, das man möglichst wiederholt auf sich wirken lassen sollte, um den russischen Nationalcharakter hinlänglich erfassen zu können – jene Mischung von tiefem Nationalstolz, eines ungewöhnlichen,

gelegentlich in Lethargie ausufernden Beharrungsvermögens, von „Seele“ und der gleichzeitigen Fähigkeit zur Entwicklung ungewöhnlicher Härte; von Härte gegenüber anderen und gegenüber sich selbst.

Die in der „Rüstkammer“ des Kreml präsentierte diversen nationalen Heiligtümer der russischen Geschichte habe ich mir damals immer wieder angesehen, von Mal zu Mal aufmerksamer und nachdenklicher.

Auch der „Almasny Fond“ war uns zugänglich, jene spezielle Abteilung der Kreml- Ausstellungen, in welcher die wertvollsten Diamanten und sonstigen Pretiosen Russlands aufbewahrt werden, ständig bewacht von einem eindrucksvoll postierten und schwer bewaffneten Kommando einer Spezialeinheit der Sowjetarmee.

Ein Höhepunkt dieser besonderen, in den Jahren 1979/80 nur über spezielle Billets zugänglichen Exposition ist zweifellos der „Orlow“- Brillant, ein etwa Hühner- großer Diamant, den dereinst die aus Sachsen- Anhalt stammende große Zarin Katharina von ihren Günstlingen der mächtigen Orlow- Sippe übereignet erhalten hatte.

Ein Großteil des einstigen Kronschatzes Russlands fehlt allerdings im Kreml – er war bei Ausbruch der Revolutions- Wirren im Jahre 1917 von der Zarenfamilie zu ihren Anverwandten in Großbritannien verbracht worden, wo die Windsors und alle seither im Amt gewesenen Regierungen „ihrer Majestät“ es bisher abgelehnt haben, diese einmaligen Unikate wieder an die Russen herauszurücken.

Absolute Höhepunkte meiner einjährigen Präsenz in der damaligen Vielvölkermetropole, in dem gleichwohl in seinem Urwesen unverwechselbar russisch geprägten Moskau, waren meine Besuche im Bolschoi- Theater.

Obwohl ich durchaus nicht allzu sehr an klassischem Tanztheater interessiert bin – Präzision, Virtuosität, die gesamte geniale Musikalität insbesondere seiner Ballettruppe haben damals auch mich immer wieder in staunende Bewunderung, teilweise fast in Atemlosigkeit versetzt, sind mir unvergesslich geblieben.

Zweites Kapitel

PHILOSOPHISCHES

Sowjetische Weltsichten

## DIDAKTISCHE BEMÜHUNGEN UND IDEOLOGISCHE ZIELSTELLUNG DES MOSKAUER AKADEMIEBETRIEBES

Wenden wir uns nun inhaltlichen Aspekten der Lehrveranstaltungen zu.

Die nachfolgenden Ausführungen sind ein Versuch, durch eine cursorische Ausleuchtung des uns damals – in den Jahren 1979/80 – Dargebotenen einen skizzenhaften Eindruck des Moskauer akademischen Hörsaalgeschehens zu vermitteln. Eine lückenlose Reflexion der sich fast über ein ganzes Kalenderjahr hinziehenden Lehrveranstaltungen, der vielen Vorlesungen und der mit jeweils spezieller Aufgabenstellung durchgeführten Seminare, ist nicht das Ziel dieser Arbeit.

Soviel sei als allgemeine Vorbemerkung den nachfolgenden Darlegungen vorangestellt.

Man hätte unseren sehr indifferent als „Jahreskurs“ etikettierten Vorlesungszyklus durchaus als „Erweiterte Einführung in die Sowjetunion- Kunde“ bezeichnen können, quasi als „Einführung in die Sowjetologie“.

Die bei uns zum Einsatz gelangenden Mitglieder des Lehrkörpers der damaligen Moskauer „Akademie für Gesellschaftswissenschaften“ hatten offensichtlich die zentrale Aufgabe erhalten, uns Geschichte, Struktur, innere und äußere Existenzbedingungen, Funktion der Administration, wirtschaftliche Grundlagen der UdSSR möglichst detailliert und überzeugend zu vermitteln, besonders aber die von der Führung der KPdSU, der damaligen staatstragenden Partei, unionsweit eingeforderten offiziellen ideologischen Positionen.

Diese standen damals unter der zu jener Zeit nicht nur in der Sowjetunion, sondern weltweit geläufigen Überschrift des „Marxismus – Leninismus“.

Im Prinzip war es uns allen sicherlich auch schon vor Lehrgangs- Antritt bewusst gewesen, dennoch wurden wir immer wieder recht nachdenklich, wenn wir mit näheren Einzelheiten der ungewöhnlichen Dimensionierung unseres „Lehrgegenstandes“, der komplizierten Vielfältigkeit im inneren Geschehen der UdSSR, auch mit den teilweise extrem verworrenen außenpolitischen Aktionsbedingungen der globalen Supermacht des europäisch- asiatischen Raumes bekannt gemacht wurden.

Im Hintergrund aller uns zuteil gewordenen Bemühungen stand sicherlich die Absicht, durch uns das sowjetische Potential im deutschen Raum auch für der Zukunft abzusichern, uns als überzeugte Vertreter von Richtigkeit und Berechtigung des global angelegten sowjetischen Agierens nach absolviertem „Jahreskurs“ wieder in unsere Heimat entlassen zu können.

Bereits die räumliche Ausdehnung des Riesenlandes war imponierend – es hatte, u. a., eine gemeinsame Staatsgrenze mit Norwegen, Polen und Ungarn, aber auch mit der Türkei, mit Persien und Afghanistan, schließlich selbst mit Nord- Korea, und in der eisigen Inselwelt des Nord- Pazifik lagen kleine Territorien der UdSSR und der USA teilweise fast in Sichtweite bei einander.

Doch die UdSSR war nicht nur das Land der endlosen Wälder, fruchtbaren Felder, die Heimat majestätischer Ströme und grandioser Stauseen – sie war auch ein Land der Steppen und trostlosen Halbwüsten.

Etwa 250 Millionen Menschen lebten in der UdSSR, etwa das Dreifache der Bevölkerung beider deutscher Staaten. Nur die „Bevölkerungskolosse“ China und Indien, ebenfalls direkte oder indirekte Nachbarn des Sowjetstaates, überboten ihn mit ihren Milliarden- Populationen an Einwohnern.

Etwa jeder zweite Bewohner des Landes bezeichnete sich als Russe – was im Umkehrschluss bedeutete, dass die andere Hälfte der Einwohnerschaft anderen Ethnien angehörte.

Und diese anderen Ethnien unterschieden sich teilweise geradezu extrem – die Unterschiede zwischen Kaukasiern und Angehörigen nordsibirischer Naturvölker dürften mindestens so groß sein, wie zwischen Sizilianern und Grönland- Eskimos.

Es waren indessen vermutlich gerade diese extremen zwischenethnischen Divergenzen, die es den Russen ermöglicht hatten, ihre Dominanz über den gesamten riesigen Raum von der Ostsee bis zum Pazifik, von den Ausläufern des Himalaya bis zum nördlichen Polarmeer zu etablieren und über die Zeitdauer von mehr als zwei Jahrhunderten zu halten. Sie hatten gelernt, eine durch polizeiliche Gewalt und ökonomische Stimulierung abgestützte Herrschafts- Balance zu praktizieren.

Von uns Deutschen sind kaum je derartige staatsmännische nationale Drahtseilakte in nennenswertem Umfang und über einen längeren Zeitraum abverlangt worden, weshalb ihre innere Dynamik uns in der Regel fremd, gar unbekannt ist. Auch uns Moskauer Kursanten aus der

DDR fiel der innere Zugang zu diesem Thema damals nicht leicht. Doch als das langjährig relativ stabil geführte staatsrechtliche Gebilde der UdSSR nach 1990 überraschend schnell zerfiel, hat es wohl ein jeder von uns sehr bald erfasst – die machtpolitischen Leitplanken des russisch dominierten Vielvölkerstaates, nämlich Polizei und Geld, waren abrupt in Fortfall gekommen, und damit auch die politische Geschäftsgrundlage, auf welcher sowohl das Zarenreich als letztlich auch die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ gegründet gewesen waren.

Wir werden an anderer Stelle darauf zurückzukommen haben.

Eine abgestimmte innere Struktur in der Gesamtheit des uns Dargebotenen war nur in groben Zügen erkennbar, was manche irritierende Widersprüchlichkeit bei bestimmten Interpretations-Details zur Folge hatte.

Möglicherweise war derartiges jedoch keineswegs völlig ungewollt – konnte doch die Leitung der Akademie auf eine solche Weise auch auf sowjetischem Boden geübte „Freiheit der akademischen Lehre“ demonstrieren.

Unsere Referenten waren durchweg unstrittig gebildete Persönlichkeiten, die zumindest einen dem deutschen Doktor- Grad analogen akademischen Titel regulär erlangt hatten.

Dennoch gab es – von Person zu Person – eine breite Skala geistiger Beweglichkeit bei der Themen- Behandlung, von verbissenem Beharrungstrotz, bis hin zum redlich- kritischen Bemühen um eine angemessene, wirklichkeitsnahe Erfassung der verwirrenden Wirklichkeit innerhalb der Sowjetunion und jenseits ihrer Grenzen.

Letzteres traf besonders für jene Dozenten zu, die auf längere Arbeitseinsätze außerhalb von gesellschaftswissenschaftlichen Bildungseinrichtungen verweisen konnten.

Und öfters erlebten wir nach einem interessanten Vortrag, dass der Referent zum Schluss stichwortartig eine zum Thema vermutlich vorgegebene Reihe einschlägiger politischer Losungen zitierte.

Die meisten von uns hatten bald die „sehr spezielle agitationspolitische Dialektik“ solcher Referate erkannt – ihre offensichtlich „nur bedingt pressetauglichen Inhalte“ verarbeiteten wir nachfolgend dann zumeist unter uns, in kleinem Kreis. Hernach war man in der Regel wieder ein klein wenig klüger geworden.

So beeindruckend vieles in jenem gigantischen Staat war, dessen akademische Gäste wir für die Dauer eines Jahres sein durften, so bedenklich war andererseits manches, bei intensiverem Hinsehen gelegentlich auch manch existentiell Grundlegendes.

Im akademischen Rahmen kaum zu erlangende „Alltag- Details“ zu uns intellektuell beschäftigenden Problembereichen des Sowjetstaates konnte man in der Regel bei einem gelegentlichen freundlichen Gespräch mit völlig fremden Menschen – auf einer Parkbank oder im Ergebnis einer anderen zufälligen Begegnung – in Erfahrung bringen. An der Gesprächsbereitschaft der Moskowiter mit uns „Nemzy“ aus der DDR hatte sich seit 1972, seit meinem ersten Besuch in Moskau, nichts geändert.

Spätestens im Verlauf der zweiten Hälfte unseres Kursus hatten wir fast alle uns ausreichende russische Konversationsfähigkeiten angeeignet.

DIALEKTIK, PHILOSOPHISCHER IDEALISMUS,  
 MARXISTISCHER MATERIALISMUS,  
 SOWIE RELIGIONEN UND KIRCHEN IM SOWJETREICH

Inzwischen sind seit dem hier behandelten Geschehen mehr als drei Jahrzehnte verstrichen. Durch die gelebte Lebenserfahrung dieser Zeit gefiltert, hat sich mir bei einer kürzlichen Durchsicht aller meiner damaligen Vorlesungsmitschriften ein noch weitaus aufschlußreicherer Zugang zum uns in den Jahren 1979/80 vermittelten Fakten- Fundus ergeben, als ich schon zu jener Zeit gewinnen konnte.

Heutzutage wird deutlich, wie viel damals bereits Erkennbares schon das Menetekel der Jahre 1989 – 91 in sich trug, die Implosion des riesigen, mit viel Enthusiasmus, grausamer Gewalt, mit aufopfernder Energie geschaffenen Riesenreiches ankündigte.

Die im Streiflicht durch jenes Material gewonnenen und im Folgenden zu Papier gebrachten Skizzen werden sich bemühen, den diesbezüglichen Sachverhalten ein spezielles Augenmerk zu schenken.

Es seien noch einige andere Bemerkungen gestattet, im Sinne einer einleitenden Generalaussage.

Vermutlich war es vorwiegend jugendlicher Entdeckerdrang, der den aus einem klassischen bürgerlichen Milieu der alten deutschen Stadt Trier entstammenden Karl Marx in jungen Jahren dazu bewegte, damals – d. h., in der Biedermeier- Zeit nach der Napoleonischen Ära – sich intensiv mit den bestimmenden Gedanken des deutschen Geisteslebens zu beschäftigen. Es ist belegt, dass er hierbei auch Kontakt zu Rahel Varnhagen- van Emse fand, einer geistreichen Berliner Salondame, die zu den späten weiblichen Bekanntschaften des Jahrhundert-Genies Johann Wolfgang von Goethe gehört hatte.

Karl Marx hat den „Geist seiner jungen Jahre“ mit außerordentlicher Intensität in sich aufgenommen, dann die Entwicklung des europäischen Frühkapitalismus mit Akkuratessse verfolgt, und schließlich resultierte alles in einem sehr breit angelegten und fundierten autonomen intellektuellen Konstrukt, das uns heute als „Marxistische Gesellschaftslehre“ geläufig ist.

Die hierin enthaltene philosophische Lehre vom „Marxistischen dialektischen Materialismus“ ist sicherlich, für sich, bereits eine bemerkenswerte intellektuelle Leistung. Sie ergab zudem das grundlegende theoretische Fundament für eine umfassende gesellschaftliche Ideologie, deren ganzheitliche ökonomische, soziologische und politische Aspekte Marx in engem Zusammenwirken mit einem auch in persönlichen Belangen nahen Freund entwickelte, mit dem im britischen Wirtschaftsleben zu beachtlichem Wohlstand gelangten Industriellen und einstigen revolutionären deutschen Bürgerwehr- Kommandanten Friedrich Engels.

Insbesondere etwa ab Ende des 19. Jahrhunderts begann der genuine Marxismus weltweit als ein in sich schlüssiges Konzept gesellschaftlicher Lebensgestaltung allgemein zu imponieren, hatte sich zur Mitte des 20. Jahrhunderts bei etwa einem Drittel der Weltbevölkerung als gesellschaftliche Leitidee durchgesetzt.

Es war wohl vor allem seine allseitige „Geschlossenheit und Abrundung“, die dem genuinen Marxismus seinen weltweiten, zeitweise unaufhaltsam erscheinenden Aufstieg zu einer der wirkmächtigsten geistigen Kräfte bescherte. Diese monolithische Struktur war es dann aber auch – weil angesichts besagter „inneren Geschlossenheit“ seine aktuellen politischen Sachwalter keinen Zugang zu historisch notwendigen Adaptationen finden konnten –, die sein weitgehendes, sehr schnelles „realpolitisches Desaster“ vor etwa drei Jahrzehnten auslöste.

Wie auch immer – die Marx'sche Gedanken- und Ideenwelt hat viele „geistige Kinder“ gezeugt, legitime und „illegitime“.

Als das größte historische Verdienst von Karl Marx wird eines Tages möglicherweise seine nachhaltige fermentative Wirkung auf die Ideologien seiner Opponenten angesehen werden, bis hin zu den staatstragenden Ideenwelten seiner erbittertesten politischen Gegner.

Für mich – als einem an der Schwelle zu seinem neunten Lebensjahrzehnt stehenden Mann – hat es schon etwas Faszinierendes, immer wieder beobachten zu können, wie einzelne Versatzstücke aus dem Gedanken- Kosmos des großen Denkers in maßgebliche ideologische Strukturen andernorts eingebaut werden, dort zur „Assimilation“ gelangen, selbstredend nunmehr durch ein neues „Label“ etikettiert.

Was wiederum zur Folge hat, dass diese Versatzstücke Marx'schen Ursprungs von nachwachsenden Generationen kaum noch als Bestandteile seines geistigen Erbes zu erkennen sind. Doch nach dem Verrauchen des Pulverdampfes heutiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen wird unvoreingenommene ideengeschichtliche Wissenschaft nicht umhin können, unserem Landsmann aus Trier den ihm gebührenden Platz in der Geschichte zuzuweisen.

Ich bin mir sicher – es wird ein recht prominenter Platz sein.

Mir drängen sich angesichts soeben skizzierter Sachverhalte einige Parallelen zum „ideengeschichtlichen Schicksal“ der christlichen Sozialethik auf.

Die gesamte Sozialpolitik der einstigen, sozialistisch orientierten DDR fußte während der 40jährigen Existenz des gemäß *s o w j e t i s c h e n* Vorgaben gestalteten ostdeutschen Staates weitgehend auf dem traditionellen Normengerüst einer durch jahrhundertelange Prägung in seiner Bevölkerung verankerten Sozialethik, die weitestgehend dem deutschen *c h r i s t l i c h e n* Protestantismus entlehnt war – ohne dass dies damals im offiziellen, gar offiziellen Leben nennenswert thematisiert wurde, auch seitens der in der DDR weiterhin existierenden kirchlichen Körperschaften nicht.

Denn sowohl der DDR- Staat, als auch die auf seinem Territorium etablierten Kirchen hatten zu jener Zeit ein bestimmtes gemeinsames, ihre gesamten Beziehungsgeflechte überwölbendes politisches Interesse – nämlich, sich in der allgemein wahrgenommenen Öffentlichkeit deutlich von einander *a b z u g r e n z e n* !

Aber ungeachtet der atheistisch dominierten Staatsideologie lebten in der DDR die ursprünglich christlichen Normen weiter – und wirkten segensreich für alle dort lebenden Menschen, gleich welcher „Weltanschauung“ und politischer Meinung sie sein mochten.

Die DDR dürfte in solchen Sachen kein Einzelfall gewesen sein, zumindest für das europäische Russland dürfte in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts Analoges gegolten haben; wobei sich wohl nur eine kleine Minderheit seiner Bewohner dessen bewusst gewesen waren.

Zurück zum Marxismus, in Sonderheit zu seiner philosophischen Komponente, dem „Dialektischen Materialismus“.

Marx und Engels sahen den von ihnen facettenreich entfalteten „Dialektischen Materialismus“ als grundlegendes philosophisches Fundament ihres gesellschaftlichen Gesamtkonzeptes an, aber auch als vielseitig verwendbaren Kitt zur Verbindung verschiedener Elemente aus den ökonomischen, soziologischen und politologischen Teilbereichen ihrer Lehre.

Das Resultat war dann tatsächlich – auch dank besagten „schöpfungsmethodischen“ Vorgehens – von einer beeindruckenden inneren Schlüssigkeit.

In unserem Kursjahr 1979/80 erlebten wir durch die uns zuteil werdenden Unterweisungen, dass die marxistische Philosophie – notfalls wirklich fast nach Beliebigkeit – für sehr viel Weiteres geeignet ist, z. B. für wolkenreiche Verschleierung unübersehbarer Widersprüchlichkeiten im „Realen Sozialismus“ des Sowjetstaates, seiner immer deutlicher werdenden Unfähigkeit zur angemessenen Adaptation an die historischen Zeitenläufe, auch zur Kaschierung der sich deshalb allmählich einstellenden weltanschaulichen Verunsicherung großer Teile seiner Bevölkerung.

Inzwischen hat es der Verlauf der Geschichte bewiesen, dass der marxistische Sozialismus-Kommunismus-Ansatz in seiner rigorosen sowjetischen Konfiguration zeitweise durchaus erfolgreich als staatstragende Ideologie in der konkreten Politik einer globalen Großmacht umgesetzt werden konnte – s o l a n g e g e w i s s e V o r a u s s e t z u n g e n vom Lauf der Weltgeschichte i h r h i e r f ü r e i n g e r ä u m t worden waren.

Und Ende des 20. Jahrhunderts brachen diese endgültig weg, womit der Fortbestand des sowjetischen Gesellschafts- und Machtsystems n i c h t mehr gewährleistet war.

Tragende Komponenten besagter globalhistorischer gesellschaftlicher Tektonik waren eine gänzlich neue Horizonte erschließende wissenschaftlich- technische Revolution ungeahnter Tiefe und Breite, und damit zusammenhängende radikale Veränderungen in den globalen Machtstrukturen, was sich schließlich im Schwinden der jahrzehntelang relativ stabilen Konsistenz auf den „Feldern der großräumigen politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Wirklichkeiten“ verdeutlichte.

Dem hatte die UdSSR ab Beginn der 90er Jahre nichts Entscheidendes mehr entgegenzusetzen.

Heute wissen wir um den „diabolischen Pferdefuß“ des allseitig abgerundeten klassischen marxistischen Gesellschaftskonzepts in seiner speziellen sowjetischen Ausprägung, um die in seiner inneren Anlage begründeten Grenzen seiner Wandlungsfähigkeit. Wir werden im nachfolgenden Text immer wieder auf seine sich schon in den 70er Jahren zunehmend häufenden geistigen und anderen Engen zu sprechen kommen.

Damals, 1979/80, begann mancher von uns Kursanten ein denkbares Ende des sowjet-russischen gesellschaftlichen Experiments als hypothetische Möglichkeit vage zu erahnen. Wie existentiell entscheidend sich das Manko der inneren Starrheit für Russland und die um Russland gruppierten Völker schon etwa ein Jahrzehnt später zeigen würde, konnte im Jahr unseres Moskauer Aufenthaltes allerdings wohl noch keiner wissen. Und die fachwissenschaftliche Historiographie hat bisher tatsächlich auch keinen einzigen anderen Präzedenz-

Fall eines staatspolitischen inneren Kollapses von ähnlich gigantischem Ausmaß und Tempo dokumentiert, wie es der Zusammenbruch der Sowjetunion zu Beginn der 90er Jahre war.

Hierzu dürfte ein markanter Satz des kanadischen Politologen Michael Ignatieff passen :

„Die Geschichte verfügt **n i c h t** über ein **v o r g e f a ß t e s** Drehbuch!“

Staatsoffiziell verbindlich festgelegtes Fernziel der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, aller politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und sonstigen Bereiche des Sowjetlandes war – gemäß der Vorgaben seitens der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) – auch in den Jahren 1979/80 die Erschaffung **k o m m u n i s t i s c h e r** Lebens-Verhältnisse; ungeachtet dessen, dass man das umgehende Erreichen dieses politischen Endzieles, im Jahre 1980, inzwischen „ohne Trommelwirbel abgeblasen“ hatte.

Inzwischen galten die folgenden vier, nicht mehr terminierten zentralen staatspolitischen Vorgaben, ohne deren Erfüllung das Erschaffen der ersehnten kommunistischen Lebensverhältnisse mittlerweile als nicht bewirkbar erachtet wurde.

1. Eine um das Mehrfache gegenüber aktuellen Gegebenheiten gesteigerte materielle Güterproduktion, welche die materiellen Voraussetzungen für die Befriedigung **a l l e r b e r e c h t i g t e n** materiellen Bedürfnisse eines jeden Sowjetbürgers gewährleistete, unabhängig von dessen persönlichen Arbeits- und Leistungsergebnissen.
2. Eine auf prinzipiell freiwilliger Grundlage gestaltete, durchgängig zuverlässige Arbeits-Organisation, einschließlich des hieran anschließenden Güterverteilungs- Systems.
3. Eine kostenfreie soziale, pädagogische, medizinische und kulturelle Betreuung, bzw. Versorgung aller Sowjetbürger gemäß ihres diesbezüglichen Bedarfes, sowie ein ebenfalls kostenfreies Schulungs- und Ausbildungs- System zur Absicherung aller Leistungserbringung auf dem jeweils aktuellen fachlichen und wissenschaftlichen Niveau.
4. Die durchgängige Erziehung **a l l e r** Sowjetbürger zu einem stabilen und belastbaren **k o m m u n i s t i s c h e n B e w u ß t s e i n s n i v e a u**, ohne welches – trotz allen ggf. erreichten Güterreichtums – die reale Gestaltung kommunistischer Lebensverhältnisse als unmöglich erachtet wurde.

Wenn man sich die vorstehenden vier Kernthesen in Ruhe und dem mittlerweile eingetretenen zeitlichen Abstand vergegenwärtigt, wird deutlich, dass zumindest Ende der 70er Jahre in den Moskauer Ideologie- Zentralen der KPdSU das **i n d i v i d u e l l e** Verhalten des einzelnen

Bürgers als letztlich e n t s c h e i d e n d e r Faktor zur endlichen Erfüllung aller seit der Oktoberrevolution 1917 verkündeten kommunistischen Verheißungen angesehen wurde.

Nach meiner Erinnerung erfuhr der vorstehende kurze Katalog zentraler staatspolitischer strategischer Vorgaben für das Sowjetvolk schon zur Zeit unseres Akademieaufenthaltes bei der Mehrheit eine diskussionsfreie Einordnung als „Illusion und weltfremde Träumerei“. Selbstverständlich war man allenthalben gut beraten, eine solche Einstellung möglichst nirgends öffentlich zu verlautbaren – der „Sicherheitsapparat“ des Staates war noch voll intakt.

In unserem unmittelbaren Akademie- Umfeld wurde der Vier- Punkte- Katechismus zumeist eher als eine abstrakte Glaubens- Regel angesehen, kaum als konkrete Handlungs- und Verhaltens- Orientierung empfunden.

Dessen ungeachtet waren wir gespannt, was man uns in diesem Zusammenhang im Verlauf unseres Studienjahres mitteilen werde. Es war dann auch tatsächlich so, wie es angesichts der inneren Struktur der „strategischen gesellschaftlichen Zielvorgabe“ zu erwarten war – der „s u b j e k t i v e F a k t o r“ war letztlich jener Punkt, um den sich in der uns vermittelten „Theorie des realen Sozialismus“ letztendlich „a l l e s d r e h e n“ sollte.

Begonnen wurden die Philosophie- Vorlesungen mit einer traditionellen Einführung in die Gedankenwelt der herausragenden Denker des Altertums.

Aber dann waren wir schon bald bei Kant, Hegel und Feuerbach angelangt, sowie bei der teilweise ziemlich langatmigen Erörterung solcher abstrakter Begriffe wie „Gnosologie“, „Agnostizismus“, „Metaphysik“, usw. Vermutlich steckte dahinter auch die Absicht, uns zu demonstrieren, dass man sich auf sowjetischer philosophischer Seite sehr wohl in einem solchen intellektuell sehr abgehobenen Terrain angemessen zu bewegen verstand.

Gegenüber uns Deutschen erachtete man gewiss auch die ausführliche Erörterung der nachfolgenden „These“ als „zwingend angebracht“.

„Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der großen revolutionären Aufschwünge, speziell in Deutschland. Vor allem Deutschland schritt – bei objektiver Sicht der Dinge – einer durchgreifenden bürgerlichen Revolution entgegen. Die Ideenwelt seiner führenden Philosophen – Hegel, Feuerbach, ihres Vorläufers Kant – reflektierten diese historischen Sachverhalte. Und nur deshalb wurde dann Deutschland auch zur Heimat des Marxismus – und nicht etwa in Folge von beziehungsloser Sucherei, eines abstrakten Bemühens um Entschlüsselung der

großen Weltgesetze, des Findens einer 'genuinen Wahrheit' in elfenbeinernen Gelehrtenstuben !“

Und natürlich auch nicht deshalb, weil sich in diesen Denkern, von Kant bis Marx, etwa ein besonderes n a t i o n a l e s Talent der Deutschen reflektierte – der Entwicklung derartiger „übermütiger“ Gedanken wollte man, sicherheitshalber, „von vorn herein einen Riegel vorge-schoben“ haben !

Schon nach wenigen Vorlesungsstunden waren wir dann beim Hauptgegenstand der damals in Moskau akademisch vertretenen Philosophie angelangt, beim „Dialektischen Materialismus“ Marx'scher Prägung.

Hierbei zunächst bei der Dialektik.

Wobei wir sehr bald auf die lebensnahen Konsequenzen des marxistischen Dialektik-Verständnisses für das „tägliche Leben“ zu sprechen kamen, in Sonderheit für „real zu voll-ziehende Tagespolitik“, für den dortigen alltäglichen „Kampf der Widersprüche“ als Quelle von Entwicklung – und Ursache von Zerstörung.

Es kam dabei manches wirklich Interessantes zur Sprache.

Ein guter Teil der öffentlich akzeptierten gesellschaftlichen Berechtigung einer politischen Bewegung – z. B.– beruht in der Regel auf der Reflexion ihres Handelns durch analoge Handlungen des jeweiligen politischen Gegners. Selbiger sollte gewiss nie allzu mächtig werden, doch das gänzliche Verschwinden eines „vertrauten Gegners“ ist zumeist keineswegs von anhaltendem Nutzen für das eigene „Standing“ – denn das Finden einer neuen g l e i c h - w e r t i g e n politischen „Reflexionswand“ kann sich äußerst mühselig gestalten.

Aber erfahrenen Politikern aller Lager ist es auch keineswegs neu – derartige Gegebenheiten dürfen die Überzeugungsstrukturen der breiten Anhängerschaft möglichst nie nennenswert „infiltrieren“ – machtstrategisches Detailwissen verliert erheblich an Nützlichkeit, wenn es Allgemeingut wird !

Also wurde auch uns gegenüber dieses Thema nicht weiter vertieft.

Und als um so bedeutsamer erachteten unsere Dozenten und Seminarleiter nunmehr die Erörterung der aus dialektischen philosophischen Überlegungen sich ergebenden Konsequenzen für bestimmte „Basics“ und „Essentials“ der allgemeinen politischen Arbeit :

„Wir sollten uns heutzutage vor allem mit u n s e r e n Widersprüchen befassen. Es gibt bei uns solche, die unsere Entwicklung hemmen, und andere, die als Stimulatoren wirken !“

Man hatte also im Laufe der Jahre selbst in den Moskauer politischen Zentralen erkannt, dass ein stetes Herumhacken auf den vermeintlichen und tatsächlichen Missständen in der weiten

Welt, in Sonderheit in der Welt des westlichen Kapitalismus, für die Lösung der eigenen Probleme nur sehr wenig erbringt.

„Beispielsweise nehmen materielle Bedürfnisse im Sozialismus schnell zu, und die Produktion bleibt – im Vergleich hierzu – zurück. Das dürfte ein beständiger (!), aber stimulierender Widerspruch des Sozialismus sein.“

Man hatte also auch gelernt, dass ein Vertuschen und Negieren von offenkundigen und gravierenden Problemen in der Absicherung des allgemeinen Warenbedarfs ideologisch abträglich ist, schlussendlich Vertrauensverlust bedeutet. Damit aber nun keine „gefährliche Liberalität“ Platz greifen kann, wurden die vorstehenden Thesen durch die unzweideutige Generalaussage ergänzt :

„Unter politischen Aspekten muß man ständig darauf hinarbeiten, dass die Diskussionen zu den Unterschieden zwischen Ideal und Wirklichkeit des sozialistischen Lebens sich stets zu **p o s i t i v e n** Stimuli gemäß **u n s e r e n** Maximen profilieren !“

Bereits bei diesen einleitenden grundsätzlichen Lehrinhalten, bei denen Sachaussagen vorstehender Art vor allem als eine Demonstration von „Anwendungsbeispielen“ für die Umsetzung philosophischer Theoreme des Marxismus in der Praxis der politischen Arbeit gedacht waren, kam man bald nachhaltig auf Probleme der ideologischen Arbeit mit der jungen Generation zu sprechen.

„Vor allem bei **J u g e n d l i c h e n** muß man sehr darauf achten, dass sie nicht auf die Position von kritisierenden, sich gegenüber den Problemen ihrer Heimat reserviert verhaltenden **A u ß e n s t e h e n d e n** gelangen.

Andererseits sollten wir uns heutzutage bei unserer ideologischen Arbeit – und das nicht nur vor Jugendlichen – sehr vor einer **a l l z u u n d i f f e r e n z i e r t e n** Idealisierung des Erreichten in Acht nehmen.“

Der letzte Satz war, im Jahre 1979 in offiziellem Rahmen formuliert, für sowjetische Gegebenheiten gewiss schon sehr bemerkenswert. Dennoch – in diesem Punkt war die Funktionärs- Kaste der KPdSU immer noch sehr tief gespalten, wie es im weiteren Verlauf unseres Lehrgangs- Jahres deutlich werden sollte

Auch im Zusammenhang mit der Dialektik- Diskussion zu Beginn unseres Studienjahres ergab es sich immer wieder – **e n t s c h e i d e n d** für die Realisierung der angestrebten kommunistischen Gesamtentwicklung im Sowjetstaat wird sein, in welchem Umfang und

welcher Tiefe es tatsächlich gelingen wird, den „N e u e n M e n s c h e n“ entstehen zu lassen.

Selbigen sollte man sich beileibe nicht als uniformes Wesen darstellen, denn :

„Bei all' dem ist zu beachten, dass bei der Entwicklung unserer Gesellschaft generell, und so auch speziell hinsichtlich der B e d ü r f n i s s t r u k t u r e n , der s u b j e k t i v e Faktor n i c h t s i n k t, sondern s t e i g t !“

Ungeachtet aller altruistischer Wesensinhalte des „Neuen Menschen“ wurde ihm ein in materiellen wie ideellen Belangen h o h e r i n d i v i d u e l l e r A n s p r u c h nicht nur zugebilligt, sondern ein hohes Anspruchsniveau sah man als V o r a u s s e t z u n g dafür an, dereinst menschliche Wesen mit dem geradezu überirdischen Charakter des erträumten „echten Kommunisten“ – die besagten „Neuen Menschen“ – sich entwickeln zu sehen.

Oder hierzu zu erziehen.

Oder irgendwie „noch ganz anders“ zustande kommen zu lassen.

Wie genau so etwas zu bewerkstelligen war, das wusste man damals selbst in den höchsten Moskauer Parteikreisen wohl dann doch immer noch nicht.

Aber mehrheitlich hoffte man, dieses Ziel mit Hilfe von „Erziehung“ erreichen zu können. Allerdings – der Kreis jener Sowjetbürger, die wirklich noch „an die Vollendung eines derartigen Wunders“ glaubten, war inzwischen zur spürbaren Minderheit geworden.

Hinsichtlich der Dialektik als einer zentralen philosophischen Kategorie besteht heutzutage wohl seitens der großen Mehrzahl wesentlicher philosophischer Denkschulen – intellektuelle Metaphysiker und die Vertreter bestimmter Religionsgemeinschaften ausgenommen – mehr oder weniger prinzipielle Überseinstimmung, speziell auch hinsichtlich der durch den dialektischen Denkansatz vermittelten Rolle der Widersprüchlichkeit als Quelle sowohl von Entwicklung, als auch von Zerstörung.

In Bezug auf den philosophischen Materialismus, der Überzeugung vom absoluten Primat der Materie gegenüber allen ideellen Erscheinungen, liegen die Dinge jedoch sehr viel anders.

Dies vor allem hinsichtlich der im philosophischen Fachverständnis als „idealistisch“ anzusehenden g e g e n t e i l i g e n Grundannahme, auf welcher letztlich die aktuellen großen Religionen fußen.

Es ist dies nicht der Ort, diese Sachverhalte eingehender zu thematisieren, es dürfte aber kaum strittig sein – der philosophische Materialismus erfährt nach wie vor viel öffentlichen Widerspruch und emotionale Ablehnung.

Wohingegen die intellektuell beachtenswertesten Vertreter beider philosophischer Grundrichtungen sich zumeist persönlich mit nachhaltigem Respekt begegneten. Lenin betrachtete beispielsweise die in der Person des deutschen Philosophen Hegel sich vollziehende Entwicklung des philosophischen Idealismus als eine der wichtigsten Etappen des grundlegenden menschlichen Selbsterkenntnis- Prozesses schlechthin.

Wir Kursanten bekamen zu diesem Thema zu hören :

„Der sog. `grobe Materialismus` tut den philosophischen Idealismus als Unsinn ab, und das ist n i c h t berechtigt. Wir dürfen unsere Gegner, auch unsere philosophischen Gegner, nicht als Narren betrachten !“

Dessen ungeachtet machte Lenin dereinst Hegel den Vorwurf, dass er seine epochalen erkenntnistheoretischen Ansätze einer ungerechtfertigten Trennung vom Materie- Begriff unterzogen hätte.

Eine für den Außenstehenden schlüssige Beweisführung für die „letzte Richtigkeit“ der einen oder der anderen Grundrichtung „tiefenpsychologischer Verinnerlichung“ ist nach den strengen Regeln der formalen Logik nicht zu erbringen.

Zumal sich die Unendlichkeit von Zeit und Raum ohnehin menschlichem Fassungsvermögen entzieht.

Auch solche welthistorisch bedeutsamen „philosophischen Materialisten“ wie Marx, Engels und Lenin haben sich letzten Endes zu diesem Thema auf die bereits von Spinoza eingenommene banale Position gestellt : „Die Materie ist eine `causa sui`“, also „Sache in sich selbst“! Basta !!

Die logische Konsequenz des von Marx in seiner gesellschaftswissenschaftlichen Gesamtlehre quasi „basisphilosophisch“ verankerten Dialektischen Materialismus war eine strikte Ausrichtung des mit Engels gemeinsam vorgestellten umfassenden gesellschaftlichen Konzeptes auf einen kompromisslosen Atheismus.

Der sich logischerweise in seinen Grundannahmen in Frontalopposition zu allen konfessionellen Heilslehren befand – und bis auf den heutigen Tag befindet.

Dennoch war die – um die vorvergangene Jahrhundertwende und danach – mit zeitweise äußerster Erbitterung in Russland ausgetragene Gegnerschaft zwischen der sozialistischen Partei der Bolschewiki und der griechisch- katholischen russischen Orthodoxie nicht vorwiegend in dieser grundlegenden Differenz hinsichtlich weltanschaulicher Belange begründet, sondern überwiegend klassisch- politischer Natur – die Autoritäten der Staatskirche des Zarenreiches lehnten, selbst lange Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution, überall und immer, j e d e Form des „ p r a k t i z i e r t e n Marxismus“ strikt ab.

Was dann massive Verfolgungsmaßnahmen seitens der Bolschewiki zur Folge hatte, bis hin zu grober Gewalt und der Tötung eines erheblichen Teiles der Priesterschaft, der fast völligen Zerschlagung der kichlichen administrativen Strukturen.

In den vielen Dörfern und kleinen Ortschaften auf dem flachen Land war der Konflikt zwischen „Partei und Kirche“ durch die einstige enge Vernetzung von „Altar und Krone“ in polizeilichen Belangen besonders häufig sehr stark individualisiert, deshalb oft besonders brutal und opferreich.

Im Deutschen gibt es das Sprichwort

„Ohne Pfaff´ und ohne Krug  
wird ein Schulze selten klug !“,

das sinngemäß dereinst auch im Zarenreich Gültigkeit gehabt hatte – ohne gelegentliche „informatorische Unterstützung“ durch den örtlichen Seelenhirten und den Schankwirt des Dorfkruzes waren die lokalen Amtsträger des Zarenreiches kaum in der Lage, ihren Verwaltungs- und Überwachungs- Aufgaben nachzukommen. So staute sich – vor allem in den bitteren Jahren des Ersten Weltkrieges – mancherorts viel Volkszorn auf, der sich nun im Zuge der Geschehnisse nach dem „roten Oktober“ mit Brachialgewalt nicht selten auch gegen den Popen wendete.

Aber, ungeachtet der teilweise mit excessiver Grausamkeit ausgetragenen interpersonellen Konflikte – unter der ländlichen russischen Bevölkerung behielt die Orthodoxie einstweilen dennoch eine gewisse Massenbasis, aller offiziellen sozialistischen Orientierung zum Trotz.

In den extremen Hungerjahren unmittelbar nach Beendigung der Bürgerkriege und Revolutionen, zu Beginn der 20er Jahre, ersuchte die noch junge Sowjetregierung die sich reorganisierende griechisch- orthodoxe Kirche, einen erheblichen Teil ihrer immer noch in ihrem Gewahrsam, bzw. bei ausländischen Banken deponierten Goldreserven für die Linderung der landesweiten Nahrungsmittel- Knappheit einzusetzen.

Die noch im Lande verbliebenen restlichen Religionsführer beschieden jedoch dieses Ersuchen abschlägig, mit der formalen Begründung, dass besagtes Gold als „Eigentum des allmächtigen Gottes“ unverkäuflich sei.

Auch viele tief Gläubige empfanden diese klerikale Reaktion als Ausdruck eines religiös kaschierten unverantwortlichen Zynismus. Sie erschütterte damals die Gesamtheit der sich wieder sammelnden Anhänger der Orthodoxie erheblich, wurde natürlich seitens der Partei-Agitatoren propagandistisch maximal ausgeschlachtet.

Wie auch immer – ungeachtet der Repressalien und massenpsychologischen Ungeschicklichkeiten der Kirche mussten die Bolschewiki, bzw. die KPdSU letzten Endes akzeptieren, dass bestimmte Grundstrukturen der griechisch-orthodoxen Kirche „auf dem Boden Russlands unausrottbar“ waren, insbesondere in industriefernen, ausschließlich landwirtschaftlich geprägten Regionen.

In den neuen mittelasiatischen Sowjetrepubliken war Analoges hinsichtlich des Islam zu registrieren.

Im Verlauf der Jahre 1941/42 erzwang dann der von Deutschland ausgehende Aggressionskrieg eine grundlegende Korrektur der Beziehungen zwischen der russischen Orthodoxie und dem Sowjetstaat.

Durch den rasanten Vormarsch der deutschen Wehrmacht standen Sowjetstaat und KPdSU im Spätherbst 1942 am Rande einer totalen militärischen Katastrophe. Und dieses Mal wurde ein durch die Vertreter der „roten Macht“ an die Kirche gerichtetes Hilfsersuchen von dieser nicht abschlägig, sondern positiv beantwortet.

Der verzweifelte, mit äußerster Erbitterung geführte Kampf gegen Deutschland und seine sieggewohnten Streitkräfte wurde zum „Großen Vaterländischen Krieg“ erklärt, in welchem sich nunmehr auch der zur Zarenzeit als Staatskirche sehr mächtige Verband der orthodoxen griechisch-katholischen Kirche Russlands mit seinem gesamten, immer noch beträchtlichen humanen, aber auch ökonomischen Potential engagierte, „alter nationaler Tradition“ gemäß. Diese Unterstützung ging so weit, dass sogar eigene militärische Kampfverbände unter der Fahne mit dem Sowjetstern freiwillig kämpfender Christen aufgestellt wurden, die bald den Ruf von Eliteverbänden erlangten und nach Ende des Krieges mannigfache Ehrungen in Form höchster sowjetischen Orden und anderer Auszeichnungen erfuhren.

Nach dieser speziellen Periode nachhaltiger Kooperation zwischen bolschewistisch orientiertem Staat und in fester Glaubensstreue verharrendem orthodoxen Christentum schloß sich eine Rückkehr zum extrem konfrontativen „status quo ante“ aus. Es ergab sich ein Zeitfenster, welches Sowjetregierung und griechisch- orthodoxer Kirche erlaubte, ein gegenseitig akzeptiertes Grundsatz- Abkommen zur Regelung ihrer Beziehungen zu schließen, das bis zum Ende des Sowjetstaates Bestand hatte. Dies war eine Vereinbarung „zivilisierter Koexistenz“, in welcher seitens der orthodoxen Kirche die politische Dominanz der KPdSU und des durch sie geführten Sowjetstaates anerkannt, der Kirche hierfür im Gegenzug ein bleibendes Existenzrecht, inklusive Unterstützungen in materiellen Belangen, eingeräumt wurde.

In den Führungsgremien der KPdSU hatte man nun auch voll realisiert, dass der Kirche ein bestimmtes geistiges Monopol durch eine atheistisch orientierte Dogmenlehre nie zu nehmen war – die Vermittlung des von vielen Menschen ersehnten Lebenstrostes einer ewigen spirituellen Fortexistenz nach dem irdischen Tod, als Lohn für irdische Plackerei und Mühsal, im ewigen Frieden des Jenseits.

Der Jenseits- Glaube war auch nach drei Jahrzehnten staatsoffiziellem Atheismus in den russischen Weiten ein tief verinnerlichtes, von Vielen als unverzichtbar empfundenes hohes Gut geblieben – und so lange es dieses religiöse Grundempfinden gab, wurden durch kirchliches Wirken wichtige Bedürfnisse breiter Bevölkerungskreise befriedigt.

Letztlich kam das auch der inneren Stabilität des Sowjetstaates zu gute.

Ähnliche Übereinkünfte wie mit der russischen Orthodoxie wurden dann auch mit anderen konfessionellen Gruppen auf dem Territorium der UdSSR getroffen, soweit sie eine größere Anhängerschaft hatten und zu diesen Übereinkünften ihrerseits bereit waren.

Dennoch – die Welt der Konfessionen blieb für die Führung von Partei und Sowjetstaat bis zu seinem Ende ein „schwieriges Feld“!

Zur Zeit unserer Jahreskurses an der Moskauer Akademie für Gesellschaftswissenschaften, in den Jahren 1979/80, bekannten sich etwa 20 % der Sowjetbürger öffentlich als Mitglieder einer konfessionellen Gemeinschaft, wie es aus vertraulichem statistischen Material zu entnehmen war.

Das war gewiss eine Minderheit des großen Sowjetvolkes, doch eine sehr r e s p e k t a b l e Minderheit – alles in allem etwa 50 Millionen Menschen umfassend. Wir wollen auf diesen

Aspekt der philosophisch- weltanschaulichen Gesamtsituation in der UdSSR ein wenig näher eingehen und zunächst erörtern, welche Eigenheiten für Teilnehmer an russisch- orthodoxen religiösen Handlungen charakteristisch waren.

Wir wurden hierzu mit den aufschlussreichen Ergebnissen entsprechender offizieller Untersuchungen vertraut gemacht.

Die unionsweit angelegte soziologische Exploration ergab – und das war, alles in allem, auch erwartet worden –, dass am häufigsten intensive religiöse Bindungen bei Frauen im Alter von über 50 Jahren festzustellen waren. Bei diesem Cluster daraufhin vorgenommene Tiefenuntersuchungen konnten speziell bei zwischen 1910 und 1925 Geborenen weiblichen Geschlechts generell, und im Fall individueller Vereinsamung besonders ausgeprägt, überdurchschnittlich häufig einen Hang zur Religiosität sichern.

In weiten Bereichen Russlands waren für diese Alters- Kohorten mengenmäßige Relationen „Frauen zu Männern“ von 2 zu 1 und weniger auszumachen. D. h., etwa jede zweite dieser Frauen musste ohne männlichen Partner leben.

Und die weitergehende Forschung erbrachte, dass die Mehrzahl solcher Frauen auch schon den größten Teil ihrer letzten 30 Lebensjahre unter solchen Gegebenheiten hatte verbringen müssen – sie waren überwiegend Witwen und einstige Bräute ihrer im Zweiten Weltkrieg als Frontsoldaten um das Leben gekommenen männlichen Altersgefährten.

Ein ähnliches Problem hatte es auch in Deutschland gegeben.

Doch in der UdSSR stellte es sich ungemein krasser dar, denn der Blutzoll der mörderischen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den auf deutscher Seite Kämpfenden und der Roten Armee war für letztere ungleich größer gewesen, als für die Angehörigen von Wehrmacht oder Waffen- SS.

Unter den in der Sowjetunion bis in die 60er Jahre obwaltenden rigiden sexualmoralischen Normen waren die vielen nun ohne festen männlichen Partner lebenden Frauen dann zu sehr großen Anteilen lebenslang kinderlos geblieben. Und als die Angehörigen ihrer Elterngeneration, nach und nach, „das Zeitliche segneten“, verbrachten sie ihre eigenen letzten Lebensjahre nicht selten sehr vereinsamt.

Mittlerweile herrschte auch in den maßgeblichen Parteikreisen die Meinung vor, dass man sich hinsichtlich dieser alternden Sowjetbürgerinnen, denen das Schicksal ein überaus hartes

Lebenslos beschert hatte, jeglicher Form antireligiöser Agitation enthalten, diesen Frauen den von ihnen gesuchten Trost der Religion nicht nehmen sollte.

In gewissem Sinne gestützt wurde diese politische Linie durch einen für die KPdSU erfreulichen Trend spürbar schwächerer Religiositätsneigung bei jenen Frauen, die sich nun in den mittleren Altersgruppen befanden. Ihre Biographien waren durch Krieg und Kriegsfolgen mehrheitlich nur noch moderat belastet.

Eine nachhaltige Überraschung, und für die führenden Ideologen der KPdSU gewiss eine sehr unangenehme Überraschung, war die Feststellung, dass neben Frauen in fortgeschrittenem Alter zunehmend Jugendliche ein auffallendes Interesse für die Religion ihrer Vorfahren zeigten. Vor allem junge Mädchen begleiteten ihre alternden Tanten und Großtanten immer öfter beim Kirchenbesuch.

Und ihre Hinwendung zur Religiosität war – in der Tendenz – umso nachhaltiger, je höher ihr Bildungs- Status war.

Die unübersehbare Hilflosigkeit in den Moskauer Ideologie- Zentralen angesichts dieses in den Jahren 1979/80 erst vor sehr kurzer Zeit zuverlässig gesicherten Phänomens war auch anlässlich seiner Erörterung in unserem Hörsaal spürbar. Man sah sich, z. B., bei der Erörterung dieser Sachlage veranlasst, uns die Warnung auf den Lebensweg mitzugeben, bei allen redlichen Koexistenz- Kompromissen mit kirchlichen Kreisen sich immer „über die nicht überschreitbaren Grenzen im Klaren“ zu sein. Andernfalls könnte man die „unbedarfte Großzügigkeit“ eines Tages sehr bereuen müssen !

Über hinreichend ausgearbeitete massenpsychologische Gegenstrategien schien man in Bezug auf solche erst vor kurzem offiziell wahrgenommene Entwicklungen seitens der KPdSU tatsächlich kaum zu verfügen.

Indessen erschien uns Kursanten die Breite der kirchlichen Arbeit auf sowjetischem Boden wirklich bemerkenswert, insbesondere auch das Potential der inzwischen wieder fest etablierten vielen professionellen kirchlichen Ausbildungseinrichtungen – in welchen man gewiss auch manch respektablen, den Aufgaben der Zeit voll gewachsenen „think- tank“ vermuten durfte. Über diese Bildungseinrichtungen wurden wir durch eine spezielle Lektion ausführlich informiert.

Die orthodoxe griechisch- katholische Kirche Russlands verfügte zu jener Zeit über die nicht nur für das russische, sondern für das weltweite orthodoxe Christentum sehr bedeutsamen

geistlichen Akademien in Sagorsk bei Moskau und in Leningrad, des Weiteren über drei selbständige geistliche Seminare.

Auch die römisch-katholische Kirche, abgesehen von Litauen in der Sowjetunion von eher nachrangiger Bedeutung, unterhielt in der UdSSR zwei Seminare, der Islam die muslimische Akademie in Taschkent und zwei selbständige Medressen.

Die Juden hatten eine international sehr beachtete Hohe Geistige Schule, die der Moskauer Synagoge beigeordnet war.

Außer den vorgenannten wurden 1979/80 in der Sowjetunion noch sieben weitere geistliche Bildungseinrichtungen betrieben, die kleineren Religionsgemeinschaften zuzuordnen waren, sowie insgesamt 16 aktive Klöster. Zudem waren die „großen Religionen“ Träger verschiedener weiterer beachtlicher Strukturen.

Rituelle Handlungen an den „geweihten Stätten“ standen mittlerweile unter speziellem staatlichen Schutz – was sowohl die störungsfreie Durchführung der rituellen Handlungen garantierte, andererseits aber auch ihre ständige staatliche Überwachung bedeutete.

Dennoch – ich gewann damals den Eindruck, dass der „kirchliche Bereich“ in der Sowjetunion mittlerweile den Charakter eines „Staatenbundes“ im sozialistischen im Bund der Staaten“ anzunehmen begann.

Eine spezielle Aufmerksamkeit weckten bei uns DDR-Deutschen einige besondere Ausführungen zur Glaubensgemeinschaft der christlichen Menoniten, da in ihr weitestgehend deutsche Familien vereint sind, in Russland seit vielen Generationen ansässig, insgesamt immerhin etwa eine Million gläubige Menschen.

Die außerordentliche Glaubenstreue dieser Menschen wurde uns durch ihre strikten Glaubensregeln erklärt, welche ihnen einen ungemein kontrollierten persönlichen Lebensstil vorschrieben. Trotz mancher nachhaltiger Repressalien, denen sie im Zweiten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit wegen ihrer deutschen Nationalität ausgesetzt gewesen waren, war mittlerweile für die deutschen Menoniten der Sowjetunion ein erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt liegender Lebensstandard typisch geworden.

In ihren derzeitigen asiatischen Siedlungsgebieten galt der Begriff des „deutschen Menoniten“ geradezu als Synonym für ungewöhnlich disziplinierte Menschen mit außerordentlichem Leistungspotential.

Es lag nahe, dass ein solches Soziotop seine historisch gewachsene spezielle Identität mit besonderer Nachhaltigkeit verteidigte, an seiner offenkundig mit segensreichen Konsequenzen verbundenen Religion und ihren Verhaltensvorschriften festhielt, wodurch zudem der

vertraute deutsche ethnische Zusammenhalt als besondere Volksgruppe im riesigen Vielvölkerstaat der Sowjetunion gewahrt blieb.

In Kasachstan, beispielsweise, erwirtschafteten dort von Deutschen betriebene Sowchosen im Durchschnitt etwa *d r e i f a c h e* Erträge, wie unter vergleichbaren Bedingungen von anderen Völkerschaften unterhaltene landwirtschaftliche Einrichtungen.

Trotz aller inzwischen eingetretenen religiösen Libertinage gab es in der UdSSR bestimmte administrativ fixierte Behinderungen grundlegender konfessioneller Aktivitäten, z. B. ein strikt durchgesetztes Verbot jeglichen organisierten Religionsunterrichts bei Kindern und Jugendlichen, welches es in dieser Form bei der Mehrheit der anderen sozialistisch orientierten Staaten damals nicht gab, auch nicht in der DDR.

Die publizistische Basis der in Folge aller neueren Ergebnisse zur „Religionsanfälligkeit“ der weiblichen Jugend nunmehr spürbar belebten allgemeinen schulischen Atheismus- Agitation seitens der KPdSU war ein periodisch erscheinendes „Journal für wissenschaftlichen Atheismus“.

Besonders heikel war in diesem Zusammenhang – grundsätzlich – das *a m b i v a l e n t e* Verhalten eines bemerkenswerten Anteils aller KPdSU- Parteimitglieder gegenüber der Religiosität, ungeachtet der durch den Eintritt in die Partei persönlich vollzogenen bindenden Festlegung auf eine individuelle *a t h e i s t i s c h e* weltanschauliche Grundüberzeugung, gemäß Partei- Statut.

Als sehr bedenklich benannte man uns die diesbezüglichen Gegebenheiten in den muslimisch geprägten Sowjetrepubliken Mittelasiens, wo immer noch ca. 60 % aller Knaben der durch den Islam vorgeschriebenen rituellen praeputialen Beschneidung zugeführt wurden, darunter nicht wenige Kinder von KPdSU- Parteigenossen, gelegentlich sogar der Nachwuchs von Partei- Funktionären mittlerer Hierarchie- Ebenen.

Ähnliche „Sorgen“ hörten wir in Bezug auf Partei- Mitglieder mit jüdischen Wurzeln, die sich an hohen religiösen Feiertagen mit ihren Familien in den örtlichen Gotteshäusern einzufinden pflegten, z. B. in der Moskauer Synagoge an der Archipow- Straße. Auch die jüdischen Parteimitglieder führten ihre männlichen Kinder mehrheitlich der klassischen Beschneidung zu, was neuerdings von ihnen zumeist als „*m e d i z i n i s c h* indiziert“ begründet wurde. Und besonders enttäuscht zeigte sich unser Dozent darüber, dass auch langjährige Parteimitglieder jüdischer Herkunft öfters sehr plötzlich sich um eine Auswanderung nach Israel

bemühten, zur Beförderung dieses Anliegens sich auch nicht genierten, in befremdlicher Eile einen „religiösen Mantel“ anzulegen.

Mancher von ihnen war bisher ein besonders glühender Propagandist des Atheismus gewesen – um so größer der ideologische Schaden in Sonderheit für die politische Arbeit mit jungen Menschen !

Nun ja – es war schon „ein eigen Ding“, die sehr schwer zuverlässig zu beantwortende Frage nach der Existenz oder Nichtexistenz einer göttlichen Allmacht !

Aus der Sicht des marxistischen Dogmengebäudes ist Religion – „philosophisch zusammengefasst“ – *e n t s t e l l t e W i r k l i c h k e i t ( ! ! ! )*.

Zumindest teilte man uns solches in Moskau als Facit zu diesem Thema mit.

Im Anschluss an die interessante Beschäftigung mit Religion und Religiosität wurde uns ein Vortrag über die Rolle der *K u n s t* bei der Entwicklung des menschlichen Bewusstseins gehalten, „bei spezieller Berücksichtigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“.

Und so bekamen wir – beispielsweise – zu hören:

„Wissenschaft und Kunst sind verschiedene, gesellschaftlich *g l e i c h r a n g i g e* Formen der *E r k e n n u n g u n s e r e r U m w e l t*“.

Vermutlich war diese Aussage im Sinne einer generellen ideologischen Aufwertung des künstlerischen Schaffens gedacht. Mich überraschte sie – wurde doch mit einer solchen These, wieder einmal, m. E. *U n v e r g l e i c h b a r e s* in einen wertenden Vergleich gezwungen.

Die zentrale These des Referates lautete dann :

„Auch im Zusammenhang mit der generell wachsenden Bedeutung des *s u b j e k t i v e n* Faktors im gesellschaftlichen Leben *s t e i g t* die Rolle der Kunst.“

Und dazu gab es noch ein aktuelles Breschnew- Zitat :

„Ein besonderes künstlerisches Talent ist ein echtes Naturgut !“

Vermutlich hatte sich das Politbüro der KPdSU kürzlich entschlossen, gegenüber dem sowjetischen Kulturbetrieb die ideologischen Zügel wieder einmal etwas zu lockern.

## IDEOLOGIE UND WISSENSCHAFT

W i s s e n und G l a u b e n sind zwei in steter innerer Konkurrenz und wechselseitiger Anregung stehende Komponenten unseres Bewusstseins.

Wenden wir uns nun – nach der erfolgten Erörterung von Glaubensfragen und einigen wenigen Sätzen zum damaligen sowjetischen Kunstverständnis – jenen Gedanken zu, mit denen man uns „aus philosophischer Sicht“ hinsichtlich „Wissenschaft als solcher“, der „Wissenschaftlichkeit und des wissenschaftlichen Denkens“, usw., usf., vertraut zu machen sich bemühte.

Dies erfolgte im Rahmen von mehreren, teilweise ermüdend langatmigen und inhaltlich merklich überholten Lehrveranstaltungen, weshalb hier nur das intellektuell Anregendste in gebotener Kürze reflektiert sei.

Es waren keineswegs abstrakte philosophische Gedankenspiele, wodurch in letzter Zeit im großen Sowjetland die den Wissenschaften und dem Wissenschaftsbetrieb geschenkte vorrangige Beachtung ausgelöst worden war, sondern die das ganze Land aufrüttelnde Erkenntnis ihrer zentralen Rolle in der globalen wissenschaftlich- technischen Revolution, deren rasantem Tempo man zunehmend nicht gewachsen war.

Dass in diesem Punkt schnelle und resolute Abhilfe für das langfristige Überleben der sowjetischen sozialistischen Idee dringend vonnöten war, konnte mittlerweile auch von den hartnäckigsten Wunschträumern in den höchsten Parteigremien nicht mehr geleugnet werden. Vor allem auf einer Reihe derzeit vermutlich e n t s c h e i d e n d e r Felder der Wissenschaft und Technik v e r t i e f t e sich der Graben zwischen den „Staaten des realen Sozialismus“ und den sowohl ökonomisch als auch wissenschaftlich- technisch hoch entwickelten Staaten Nordamerikas und Westeuropas ab M i t t e d e r 6 0 e r J a h r e zusehens, zum wachsenden und offensichtlichen Nachteil der Sowjetunion und ihrer Verbündeten.

Das wurde auch uns Kursanten gegenüber unverblümt und sehr direkt angesprochen, es kam tatsächlich zu einer relativ eingehenden Erörterung möglicher grundlegender Ursachen für die entstandene unangenehme Sachlage.

Besonders nachhaltig geißelte unser Dozent das in der sowjetischen Wissenschaft besonders ausgeprägte Beharren auf alteingeführten Paradigmen, angesichts der im Lande allenthalben gegebenen, gewissermaßen „staatsoffiziell“ eingeforderten ideologischen Inflexibilität ein sozialpsychologisch gut erklärbares Phänomen. Indessen – d i e s e r Zusammenhang war damals in Moskau öffentlich nun doch n i c h t diskutierbar !

So bekam man eines nachmittags vom sowjetischen Seminarleiter zu hören :

„Wir sollten überall auf unseren leider oft auftretenden, gewissermaßen ‚sozialistischen‘ Konservatismus des wissenschaftlichen Lebens achten, der gewiss nicht gesellschaftlich, sondern ausschließlich i n d i v i d u a l p s y c h o l o g i s c h zu erklären ist.

Auch überzeugte und gebildete Marxisten sind eben ‚nur Menschen‘ !

Alles, was an wissenschaftlichen Aussagen als ‚ungewöhnlich‘ imponiert, zudem nicht auf i n u n s e r e n Laboren erhobenen Messdaten basiert, wird von unseren etablierten wissenschaftlichen Autoritäten allzu schnell als ‚u n m ö g l i c h‘ eingeordnet – obwohl das unkritische Gleichsetzen von ‚ungewöhnlich‘ und ‚unmöglich‘ bekanntlich ein wissenschaftsmethodischer Elementarfehler ist.

Und nachdem eine These von unseren sowjetischen ‚fachlich zuständigen Koryphäen‘ mit dem Prädikat ‚unmöglich‘ versehen worden ist, ist die allgemeine Diskriminierung der unbequemen Leute mit ihren manches Althergebrachte störenden Behauptungen keineswegs eine Ausnahme. Dem Vorwurf der ‚Phantasterei‘ folgt schnell die Beschimpfung, ein ‚Lügner‘ zu sein, oder gar noch Schlimmeres.

So manche gute Idee ist im Ergebnis derartiger bornierter Engstirnigkeiten ‚hohen Ortes‘ bei uns auf ‚allzu verdorrten Boden‘ gefallen. Um so größer war dann der Katzenjammer, mit schließlich wechselseitigen Schuldzuweisungen, wenn seitens unserer globalen Opponenten – dank erfolgreicher Nutzung bei uns voreilig als ‚unmöglich‘ taxierter neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse – der Sowjetunion wieder einmal ‚die Schlusslichter eines abgefahrenen Zuges‘ gezeigt werden konnten.

Diese Sachverhalte weisen auf eine entscheidende Problematik jeglicher Wissenschaftsorganisation hin – die ‚Generäle‘ auch der wissenschaftlichen Welt müssen nicht nur Spitzen-könner ihres Faches sein, sondern sie müssen auch bestimmte herausragende charakterliche Eigenschaften besitzen. Sie müssen vor allem bereit sein, die Leistungen ihrer fachlichen Konkurrenten in jedem Fall v o l l a n z u e r k e n n e n !

Andernfalls muss man stets befürchten, dass die von ihnen kommandierten wissenschaftlichen Bataillone den Zugang zur inhaltlichen Erfassung der Gesamtentwicklung ihres Fachbereiches verlieren – zum vielseitigen Schaden für unser ganzes Land.“

Auf der gleichen Ebene sozialpsychologisch relevanter Erwägungen bewegte sich eine wenig später geführte Erörterung zur Frage :

„Was ist P s e u d o w i s s e n s c h a f t ?”

Ich erlaube es mir, noch einmal meine wörtliche Mitschrift zu zitieren.

„Die Diskussion zum Thema der Pseudowissenschaft ist schwierig, weil wir früher in der Sowjetunion einen Opponenten aktueller Lehrmeinungen oft allzu leichtfertig als Pseudowissenschaftler verunglimpft haben.

Eine sehr interessante Persönlichkeit war in Bezug auf dieses Problem der zeitweise sehr bekannte Biologe Lyssenko.

Lyssenko behauptete eines Tages – mit einer sehr mystisch empfundenen Argumentation, allerdings bei geschickter Verwendung des gängigen Vokabulars unserer damaligen politischen Propaganda –, dass nicht nur die im Zellkern nachweisbaren Chromosomen Träger von Erbanlagen seien, sondern auch jeder Organismus eines lebenden Wesens in seiner Gesamtheit, und ‘somit’ vererbare Eigenschaften einem Organismus durch entsprechendes Training vermeintlich recht schnell ‘anerzogen’ werden könnten.

Ausgehend von diesen Grund- Annahmen konstruierte er eine ‘Neue Vererbungslehre’, wodurch die im Marxismus breit thematisierte Meinung von der Prägbarkeit eines Organismus durch seine a k t u e l l e Umwelt nun auch von der ‘exakten Wissenschaft der Biologie’ bestätigt zu sein schien.

Für die schnelle – und, wie sich letztlich herausstellen sollte, sehr unkritische – Akzeptanz von Lyssenkos Behauptungen seitens unserer akademischen Biologie war gewiss auch von Bedeutung, dass hiermit die US- amerikanisch dominierte klassische Genetik durch die ‘marxistisch angestrichene’ Lehre eines s o w j e t i s c h e n Biologen als ‘ausgehobelt’ deklariert werden konnte. Und als sich am Ende seines Lebens auch Stalin persönlich – wohl vor allem aus ideologiepolitischen Gründen – öffentlich für Lyssenko zu interessieren begann, erlebte Lyssenko einen unionsweit überschwänglich gefeierten Aufstieg als angeblicher ‘Wissenschaftler von Weltrang’, gar als ‘Einstein der Biologie’, auch wenn er von der westlichen wissenschaftlichen Welt weiterhin sehr kritisch beäugt wurde.

Aber in der UdSSR galt nunmehr die gesamte Genetik ‘westlicher Prägung’ als Pseudowissenschaft, die Lyssenko’schen Lehren wurden, für alle sowjetischen landwirtschaftlichen Züchtungseinrichtungen, als m a ß g e b l i c h erklärt.

Doch bald begann sich nun der fatale kollektive Irrweg zunehmend deutlich zu machen – weder vertiefende wissenschaftliche Studien, noch die vielen praktischen Züchtungsbemüh-

ungen gemäß den Prinzipien der 'Neuen Vererbungslehre' vermochten Lyssenko's Spekulationen zu stützen, gar zu bestätigen.

Wieder einmal retteten uns die Weiten unseres Heimatlandes vor einer Katastrophe.

Für manche weitab von Moskau gelegene Institute residierten unsere neuen Akademie- Zaren in einer ausreichenden räumlichen Distanz, um dort – ungestört durch den modischen Lyssenko- Wirbel – 'in aller Stille weiterzumachen wie bisher'.

Als jedenfalls der katastrophale 'Irrtum' des Genossen Lyssenko schließlich doch offenbar geworden war, konnte die qualifizierte traditionelle Züchtungsforschung Russlands überraschend schnell neue ertragreiche Weizensorten mit extrem kurzen Vegetationsphasen präsentieren, besonders geeignet für bestimmte sibirische Areale mit sehr kurzen Sommern.

Sie waren auf der Basis modernisierter Methoden der **k l a s s i s c h e n** Genetik entwickelt worden.

Fortan drehte sich in der Sowjetunion der ideologische Wind in den zentralen landwirtschaftlichen Forschungsinstituten radikal in die Gegenrichtung – nun galt nicht die kürzlich verteilte klassische Genetik als Pseudowissenschaft, sondern die zeitweilig von höchster Seite lauthals bejubelte Lyssenko- Lehre !

So katastrophal einfach haben wir es uns in den 50er Jahren gemacht, das wissenschaftlich vermeintlich 'Richtige' immer sehr schnell und rigoros vom vermeintlich 'absolut Falschen' zu trennen, zudem **j e d e n** neuen wissenschaftlichen Ansatz sofort und angemessen auch **i d e o l o g i s c h** einzuordnen !

Was im 'Fall Lyssenko' schließlich auf groben Unfug mit erheblichen Folgeschäden hinausgelaufen ist, quasi in '**d o p p e l t e r**' Richtung.

Denn heute gibt es seriöse Anhaltspunkte dafür, dass **a u c h** Lyssenkos spekulativ konstruierte Thesen letztlich **d o c h** mehr als nur 'ein Fünkchen Wahrheit' beinhalten könnten.

Zudem – selbst ein Albert Einstein hat den **K e r n** seiner Relativitäts- Theorie im Zuge von zunächst **s p e k u l a t i v** angelegter Gedankenarbeit entwickelt !

Die Hauptlehre, die unser sowjetischer Wissenschaftsbetrieb aus jenem um die Person Lyssenkos entstandenen 'Wechselbad der Fehleinschätzungen' gezogen haben sollte, ist zum einen die Erkenntnis, dass wissenschaftliche Ergebnisse **n i e** nach ihrer '**p o l i t i s c h e n** Herkunft' als 'inhaltlich richtig' oder 'inhaltlich falsch' eingeordnet werden dürfen, und zum anderen die Einsicht, dass jeder Wissenschaftszweig tunlichst die Spezifika jedes anderen Wissenschaftszweiges respektieren sollte – Gesellschaftswissenschaftler sollten es

sich n i e anmaßen, allein in Anbetracht der Deutungskraft unserer marxistischen Weltanschauung 'straflos' in den weißen Kittel des Naturwissenschaftlers schlüpfen zu dürfen. Wir sollten es auch nie vergessen, dass der groteske Eiertanz um Lyssenkos Thesen uns sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern einen bis heute nachwirkenden Reputations-Einbruch in der Öffentlichkeit 'beschert' hat !

Und werden die soeben zitierten beiden Hauptlehren aus dem Lyssenko- Desaster jetzt auch immer wirklich in unserer wissenschaftlichen Arbeit voll 'beherzigt' ?

Wir sollten aufmerksam bleiben !“

Eine recht eingehende Erörterung erfuhr damals in unserem Lehrbetrieb auch die Problematik der „wissenschaftlichen Grenzgebiete“ von allgemein etablierten Fachbereichen.

Schon Engels hatte seinerzeit erkannt, dass völlig neue Horizonte einer Epoche unverhältnismäßig oft nicht durch Arbeiten in den jeweils meistbeachteten Forschungsrichtungen erlangt werden, sondern als Ergebnis von wissenschaftlichen Bemühungen in besagten Grenzgebieten.

Der wesentlichste Grund für dieses Phänomen dürfte sein, dass man beim wissenschaftlichen Arbeiten in solchen „Grenzregionen“ kaum im Zentrum des Vertrauten und bereits eingehend Untersuchten verharret, sondern sich eher unüblichen Fragestellungen mit allgemein als gering erachteter Ergebnishöflichkeit nähert, weshalb entgegen solch allgemeiner negativer Erwartungshaltung dort neu Entdecktes oft einen um so größeren Neuigkeitswert besitzt.

Die Folgerungen aus dieser speziellen Diskussion liefen auf ein nachhaltiges Plädoyer für möglichst breit angelegte Grundlagenforschung hinaus, auch wenn hierbei fast regelmäßig schwierige Auseinandersetzungen mit engherzigen „Forschungs- Ökonomen“ zu erwarten waren.

Irgendwie hatte spätestens gegen Ende der 70er Jahre in Moskauer Parteikreisen weithin die Überzeugung Fuß gefasst, dass „die Summe aller individuellen Bedürfnisse immer in etwa gleich bleibe“, quasi gemäß der physikalischen Gesetzlichkeit von den „kommunizierenden Röhren“. Wenn also die materiellen Bedürfnisse wüchsen, drohten die sozialen Bedürfnisse zu verkümmern, während eine Entwicklung letzterer sich in einem sinkenden Forderungsdruck hinsichtlich der Befriedigung ersterer bemerkbar mache.

Unterschwellig hatte sich zudem bei nicht wenigen Parteimitgliedern die ethische Position entwickelt, dass zwischen materiellen und sozialen Bedürfnissen ein erheblicher Unterschied hinsichtlich ihres „inneren, moralischen Wertes“ bestünde. Materielle Bedürfnisse – so berechtigt sie Außenstehenden erscheinen mochten – seien in der Tendenz auf das Wohlergehen des eigenen Egos ausgerichtet, während bei sozialen Bedürfnissen Altruismus und Philantropie als „innere Triebfedern“ dominierten, das „menschlich Gute und Edle“, sicher auch das Streben nach optimalen Voraussetzungen zur Befriedigung persönlicher Bildungswünsche.

Woraus dann – dank „innerer Gesetzmäßigkeiten“ – das Erwachen eines nachhaltigen persönlichen Wunsches nach eigener geistiger Leistung zu erwarten sei.

Für die „philosophischen Kompanien“ in den Propaganda- Bataillionen der KPdSU war ein solches gedankliches Konstrukt meist „eine völlig hinreichende theoretische Basis“, um – zur Förderung aller Prozesse in Richtung „Neuer Mensch“ – lauthals die umgehende „maximale Bildung für alle“ zu fordern.

Gebildete Leute würden dereinst vor allem nach besagter eigener intellektueller Arbeit streben, schon dadurch die Dominanz der materiellen Bedürfnisse im Bedürfnis- Spektrum verhindern, gemäß des vorstehend zitierten vorgeblichen Gesetzes von der angeblichen unveränderbaren Summe aller Bedürfnisse.

Die vorwiegend mit „unmittelbaren Tagesaufgaben“ befassten Gruppierungen des Propaganda- Apparates mögen derartige abstrahierende Gedankenspiele zwar mit einer gewissen Skepsis registriert haben, doch deutlicherer Widerspruch dazu kam jedenfalls auch von ihrer Seite nicht.

Warum denn auch ?!

In den 60er, auch noch zu Beginn der 70er Jahre war es unerlässlich, für Produktion, Forschung, Entwicklung, auch für pädagogische und medizinische Versorgung, für anspruchsvolle administrative Aufgaben, für die Bedienung technisch komplizierter Waffensysteme, usw., diverse angemessen ausgebildete Fachkräfte seinem Staat zur Verfügung zu stellen – die zeitweise allenthalben verkündete Generallosung „Maximale Bildung für alle!“ kam somit auch der Erfüllung agitatorischer Tagesaufgaben entgegen.

In der Bevölkerung stieß dieser zeitweise parteiamtliche Kurs – aus wohl gut nachvollziehbaren Gründen – sogar durchweg auf eine nachhaltig zustimmende Resonanz.

Zumal den jungen Leuten ihre gehobene Ausbildung finanziel weitestgehend vom sozialistischen Staat getragen wurde.

Im Vergleich zu früheren Jahren, auch in Vergleich zu den 50er Jahren, war dann im ganzen Lande das Bildungsniveau unter den Heranwachsenden schon Ende der 60er Jahre massiv angestiegen, und gegen Ende der 70er Jahre war der einst für das russische Dorf typische Halb- Analphabet in den nachwachsenden Generationen eine zunehmend seltenere Ausnahme geworden.

Da die Absolventen- Jahrgänge der späten 40er und der 50er Jahre hernach dann auch noch zumeist sehr attraktive Berufslaufbahnen starten, oft geradezu schwindelerregend schnell Karriere machen konnten, schien die sowjetische Bildungspolitik tatsächlich den gesuchten „Königsweg zur Vollendung des Sozialismus“ gefunden zu haben, einen Weg, der in den ersehnten „schmalen Pfad zum `Neuen Menschen`“ münden sollte.

Zentralen Ortes gab es diesbezüglich ein großes Hoffen und Wünschen.

Erste Irritationen stellten sich ein, als intellektuelle Bildung zwar tatsächlich bestimmte intellektuell- soziale Bedürfnisse vermehrt zu wecken schien, daneben allerdings aber auch Bedürfnisse einer „befremdlichen“ Art, die man gewiss nicht angestrebt hatte. Wir haben besagte Erscheinungen bereits bei unseren Bemerkungen zu „Religion und Religiosität“ angesprochen – der schlichte marxistische Dogmen- Glaube wurde nun bei erheblichen Anteilen insbesondere der akademischen Jugend zunehmend schwerer vermittelbar.

Dennoch, alles in allem dominierten solche Phänomene zunächst noch keineswegs, sie wurden von der staatspolitischen Führungsseite einstweilen in „realpolitischem Großmut“ als passagere „ideologische Kinderkrankheiten“ abgetan.

Ernster für die gesamtpolitische Stimmungslage wurde es aber, als – etwa ab Mitte der 70er Jahre – in einzelnen Sektoren des Hoch- und Fachschul- Wesens die Mehrheit der Absolventen nicht mehr mit ihnen wirklich zusagenden beruflichen Aufgabenstellungen betraut werden konnte, sich in vielen Betrieben für mittlerweile gut eingearbeitete Hochschulkader langjährige Karriere- Stops abzeichneten. Dies ergab sich, weil die Vorgesetzten auf den angestrebten höheren, wirklich attraktiven Positionen selbst noch recht jung waren, und ein grenzenloses Ausweiten von „administrativen Wasserköpfen“ selbst bei der legendären Großzügigkeit „real-sozialistischer“ Kaderpolitik nicht hingenommen werden konnte.

Kurz und garnicht gut – man hatte einerseits in manchen Bereichen zunehmend über den realen Bedarf hinausgehend ausgebildet, andererseits der akademischen Jugend großenteils eine *i r r e a l e* individuelle Entwicklungsperspektive vermittelt.

Facit – besagte junge und jüngere Leute fühlten sich mehr oder weniger *d ü p i e r t*, in ihrem Vertrauen zur allumfassenden Weitsicht ihrer politischen Führung erschüttert, in gewissem Sinne in eine „*B i l d u n g s f a l l e*“ gelockt.

In den 80er Jahren wuchsen sich solche Empfindungen zu einem erheblichen innenpolitischen Problem für die gesamte UdSSR aus, trugen nicht unwesentlich zum rapiden Verfall der inneren Stabilität des Sowjetlandes bei.

In unserem Hörsaal kam das zuletzt Ausgeführte damals nur „im Ansatz“ zur Sprache, keineswegs in der vorstehend entwickelten Deutlichkeit.

Doch im engeren kameradschaftlichen Kursanten- Kreis waren wir uns hinsichtlich der Problemverkettungen besagter „Bildungsfallen“ schnell einig geworden, nach einiger Zeit auch über vermutliche Weiterungen bei Fortsetzen des konzeptionslosen „Schleifenlassens“ dieses Problemfeldes seitens der gesellschaftlich verantwortlichen Institutionen in der Sowjetunion.

Inzwischen hat der Gang der Geschichte die grundsätzliche Richtigkeit unserer damaligen, vor über drei Jahrzehnten entwickelten Annahmen und Befürchtungen vollinhaltlich bestätigt.

Man kann die seinerzeit von uns in Moskau fixierten Kernthesen zum Entstehen und zu den Folgen einer „Bildungsfalle“ wie folgt zusammenfassen :

1. Wenn junge Menschen nach einem konfliktarmen, gar verwöhnend durchlebten ersten Lebensabschnitt abrupt erkennen müssen, dass eine von ihnen als *a n g e m e s s e n* erachtete Lebensperspektive mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in überschaubarer Zukunft sich *n i c h t e r f ü l l e n* wird, sie somit durch ihren bisherigen beruflichen Bildungsgang in eine „Bildungsfalle“ geraten sind, erfasst sie zumeist ein erheblicher individueller, psychosozial begründeter Schock.
2. Die Folge hiervon ist oft ein Rückzug in egozentrisch- eigenbrötlerischen *E i g e n s i n n*,

oder eine romantisch- abenteuerliche Organisierung in C l i q u e n, wobei das eine wie das andere Reaktionsmuster im typischen Fall mit zunehmendem Verlust von gesellschaftlichem Normenbewusstsein einhergeht.

3. Wenn derartige Reaktionen M a s s e n c h a r a k t e r gewinnen, kann schnell eine den gesamten Generations- Cluster erfassende E n d z e i t s t i m m u n g entstehen, mit der zunehmenden Neigung zu riskantem Revoluzzertum, durchdrungen von diffusen Illusionen und Allmacht- Phantasien.

4. Der schließliche emotionale „H ö h e n r a u s c h“ kann von großer Gefährlichkeit sein, für den einzelnen affizierten jungen Menschen, u. U. auch für seine gesamte gesellschaftliche Umgebung.

Wir Kursanten haben uns damals bei vertraulichen abendlichen Wohnheim- Gesprächen bemüht, auch anderen philosophisch- politologischen Gesetzmäßigkeiten in „hochwissenschaftlichem Diskurs“ auf die Spur zu kommen.

So ist dereinst von uns in Moskau auch eine „Formel zur Bestimmung des latenten Chaos-Risikos einer sozialistischen Gesellschaftsordnung“ zunächst grob konzipiert, schließlich mit dem Bemühen um eine „größtmögliche zeitgemäße Exaktheit“ definiert worden.

Das Resultat sei als gewiss anfechtbares Zeugnis spätstudentischer, in mancher Hinsicht sehr leichtsinniger abendlicher Debatten hier erstmals öffentlich vorgestellt, als Abschluss zu den philosophischen Remineszenzen unseres Jahreskursus an der Moskauer Akademie für Gesellschaftswissenschaften, 1979/80.

„Steigende soziale Nivellierung geriert sinkendes soziales Aufstiegsstreben;

steigende und unkonditionierte soziale Sicherheit geriert sinkende soziale Selbstdisziplin;

sinkendes soziales Aufstiegsstreben g e p a a r t mit sinkender sozialer Selbstdisziplin

bewirkt mit großer Wahrscheinlichkeit

e i n s t e i g e n d e s s o z i a l e s C h a o s - R i s i k o !!!”

Drittes Kapitel

HISTORISCHES

Werden und Vergehen der UdSSR

DIE RUSSISCHE OKTOBERREVOLUTION DES JAHRES 1917 –  
MEISTERHAFT ORCHESTRIERT UND DANN ABGEGLITTEN  
IN DAS CHAOS DES BÜRGERKRIEGES

„Die Vergangenheit verändert sich in unserer Erinnerung um so stärker, je länger sie zurückliegt – ihr Sinn für das Gegenwärtige schält sich dabei immer deutlicher heraus.“

Hilary Mantel, engl. Schriftstellerin

Ein bedeutsamer Ausspruch !

Es sind wohl wirklich gewisse Zeitabstände erforderlich, die – wie Klärungs- Filter wirkend – das zeithistorisch Erregende , doch für den eigentlichen historischen Prozess eher Nebensächliche aus der langfristigen Aufbereitung der Geschichte quasi „heraustrennen“, dem Vergessen überantworten, wodurch das langfristig Wesentliche einer historischen Epoche um so deutlicher hervortritt.

Und erst dieser Differenzierungsprozess im Wust der frischen Eindrücke aus jüngerer Vergangenheit erlaubt den geläuterten Blick auf jene Zusammenhänge und Beziehungsstrukturen, die letztlich bestimmend für den Gang der Geschichte waren, sich als gültig bleibende Lehren aus einstigem Geschehen anbieten.

Setzen wir in diesem Sinne unsere „Tour de horizont“ durch die Themenvielfalt des Moskauer Jahres- Kursus 1979/80 fort, mit einigen historischen Betrachtungen über das Sowjetland und die KPdSU.

Werfen wir das erste „Spotlight“ dieses Themenbereiches auf L e n i n , auf jenen Mann, dem der Sowjetstaat weitgehend sein Entstehen verdankte.

Es ist wirklich schwer, eine derart facettenreiche Persönlichkeit angemessen einzuordnen. Beginnen wir mit Herkunft, Kindheit und Jugend.

Gewiss, Lenin hat sich immer als Russe, speziell als Großrusse bezeichnet, und gewiss hat diese auch viel nationalen russischen Stolz einbeschließende ethnische Selbstbestimmung sein Denken und Tun lebenslang stark geprägt.

Doch schon der Geburtsname seiner Mutter – Maria Blank – offenbart, dass in jenem Mann mit den schwer einzuordnenden Gesichtszügen weit mehr steckte, als ein unreflektiertes Russentum – seine Mutter war die Tochter eines jüdischen Arztes und dessen deutscher Ehefrau.

Im Gegensatz zu Lenins Vater hat seine Mutter in der sowjetischen Historiographie stets nur eine sehr zurückhaltende Beachtung erfahren, was sehr wahrscheinlich mit ihrer vorstehend skizzierten Herkunft zusammenhängt. Zumindest wissen wir aber, dass sie eine ausgebildete Pädagogin war – für das Russland des 19. Jahrhunderts wahrlich eine Exotin –, und mehrere Sprachen sehr gut beherrschte. Neben der Amtssprache des Zarenreiches, russisch, sprach und schrieb sie ein perfektes Deutsch und ein passables Französisch.

Auch sein Vater – an prominenter Stelle in der staatlichen Administration des Schul- und Unterrichtswesen seiner Region tätiger Beamter – hatte nicht nur großrussische Wurzeln, sondern auch, z. B., kalmückische Urgroßeltern, also Vorfahren, die zu jenen asiatischen Reitervölkern gehört hatten, von denen das osteuropäische Plateau dereinst in Abständen von jeweils einigen hundert Jahren überrannt worden war.

Im Jahre 1870 wurde Lenin also in einer sozial und ethnisch „sehr interessanten“ Familie geboren, in einer beachtlichen Geschwisterkette, als Wladimir Iljitsch Uljanow. Seinen Vornamen behielt er lebenslang bei, der Familienname Uljanow wurde dagegen von ihm später kaum noch verwendet.

Noch im Verlauf seiner Kindheitsjahre erfuhr seine elterliche Familie – und somit auch er persönlich – eine erhebliche gesellschaftliche Statuserhöhung, sie wurde vom Zaren in den erblichen Adelsstand erhoben. Die korrekte deutsche Schreibweise des jungen Edelmannes lautete fortan somit „Wladimir von Uljanow“, ist jedoch von Lenin – nach allgemeinem Erkenntnisstand – nie verwendet worden.

Lenin wuchs also in einem Milieu auf, das von einer Vielfalt intellektueller und emotionaler Anreize bestimmt wurde.

Und es war nicht der Glanz und Glamour von St. Petersburg oder Moskau, der ihn damals umgab, sondern das Leben in der Provinzstadt Simbirsk. Simbirsk war Gouvernements-Zentrum, also Handelszentrum und Sitz regionaler Verwaltungsbehörden, des zuständigen

Hospitals und eines Gymnasiums. Vom kurzweiligen Amüsement und den luxuriösen Ausschweifungen der begüterten Kreise in den beiden Metropolen des Zarenreiches war hier kaum etwas zu spüren.

Wladimir Uljanow war ein excellenter, temperamentvoller, gleichwohl disziplinierter Schüler, wie auch manche andere Kinder aus der Pädagogenfamilie mit der stark deutsch geprägten Mutter.

Der auf Grund seiner Verdienste um die Entwicklung des Bildungswesens in jenem Teile Russlands geadelte Vater dürfte dennoch in Anbetracht bestimmter Entwicklungen bei seinem Nachwuchs großen Kummer empfunden haben – das eine oder andere seiner Kinder begann schon in sehr jungen Jahren sich nachhaltig für ökonomisch- soziale Zusammenhänge und politische Vorgänge zu interessieren, dabei unzweideutig „links“ einzuordnende Positionen einzunehmen, auch in einem den Vater beunruhigenden Ausmaß persönlichen Mut zu entwickeln.

Mit welchen dramatischen Konsequenzen solches Tun im Zarenreich verbunden sein konnte, sollten die Uljanows erfahren, als nach einem Attentat auf die Zarenfamilie durch Ermittlungen der „Ochran“, der Geheimpolizei des Zaren, auch eine verschwörerische Verbindung zu einem der älteren Brüder des jungen Wladimir aufgedeckt wurde. Neben anderen Frondeuren wurde auch Lenins Bruder im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens zum Tode verurteilt. Alle Gnadengesuche hatten keinen Erfolg, und am Tage der ersten Abiturprüfungen des späteren Revolutionsführers wurde sein von ihm sehr verehrter, geliebter Bruder hingerichtet.

In der historisch- biographischen Rückschau gewinnt man den Eindruck, dass an diesem Tage die „Urweiche“ für das weitere Leben von Wladimir Uljanow gestellt wurde – und damit möglicherweise für bestimmte Nuancen der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Das Erleben eines solchen Tages hinterlässt mit Sicherheit bleibende Narben – und auch fundamentale Handlungsvorsätze!

Trotz der die gesamte Familie erfassenden Tragödie absolvierte der Abiturient Wladimir Uljanow seine gymnasialen Abschlussprüfungen mit einem fachlich überragenden Gesamtergebnis, erhielt von der Schulbehörde die begehrte „Goldene Medaille“, wurde anschließend zum Jura- Studium zugelassen.

Lenin erlangte dann nach regulärem Studienverlauf ohne irgendwelche Schwierigkeiten sein Abschlussdiplom als Jurist und die Zulassung als Rechtsanwalt.

Doch sein Sinnen und Streben galt fortan nicht einem Leben in Wohlstand und gesellschaftlichem Establishment, sondern dem grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der in Russland herrschenden Verhältnisse, was zeitweise sicherlich auch wahnhaftige Züge annahm.

Wir wollen hier nun nicht weiter auf die nächsten Jahrzehnte in Lenins sehr wechselvollem Leben eingehen, z. B. auf seine mehrjährige sibirische Verbannung, auf die ständigen politischen Verfolgungen und seine wiederholten Fluchten in das deutsche oder schweizerische Exil, wobei er zeitweise auch den Decknamen „Herr Mayer“ trug.

Unsere Aufmerksamkeit sei jetzt auf die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 und ihre unmittelbare Vorbereitung gerichtet, bei welchem Geschehen der mittlerweile in mittleren Jahren stehende Mann aus Simbirsk im revolutionären Lager bald der wichtigste Akteur wurde.

Diese letztlich welthistorische Konsequenzen nach sich ziehende Einleitung eines radikalen gesellschaftlichen Wandels im territorial zu gewaltiger Ausdehnung gelangten Zarenreich hatte bekanntlich einen etwa neun Monate vor ihr stattgehabten Vorläufer, die F e b r u a r – Revolution des gleichen Jahres 1917.

Der Sturz des Zaren in jenem Februar war n i c h t das Werk der Partei Lenins, der Bolschewiki, und die Februar- Revolution war hinsichtlich ihres Charakters auch keine Revolution der Arbeiter und Bauern.

Mit heutiger Terminologie hätte man sie vermutlich als eine vorzugsweise vom russischen Mittelstand getragene antifeudale Revolte eingeordnet. Gleichwohl waren die kurzen Auseinandersetzungen heftig und blutig, viel blutiger als die Initialphase der bolschewistischen Oktober- Revolution neun Monate später.

Die Bolschewiki haben damals lange gezögert, sich im Frühjahr und Sommer 1917 nennenswert in den zunehmend wirrer werdenden machtpolitischen Auseinandersetzungen zu engagieren – allzu viele widerstreitende Interessengruppen des bürgerlichen Lagers waren durch kaum überschaubare interne Konflikte gefesselt, und die immer noch hinter dem gestürzten Zaren stehenden Vertreter der mittleren und höheren Adelsränge verfügten weiterhin über Macht und Einfluss.

Die innenpolitischen Verhältnisse wurden damals von Monat zu Monat chaotischer, die ökonomische Situation des Staates steuerte einem Desaster zu, an den Kriegsfrenten drohte die Situation völlig außer Kontrolle zu geraten.

Im Nachhinein muss man bestätigen, dass der im Oktober 1917 zunächst fast ausschließlich auf St. Petersburg und Moskau beschränkte bolschewistische Coup zu einem für dieses Vorhaben politisch optimalen Zeitpunkt erfolgte, dann mit geradezu diabolischer Perfektion und Trittsicherheit, zielstrebig und schnell entwickelt, zur echten Revolution ausgeweitet, schließlich mit der Gründung eines der kommunistischen Utopie verpflichteten Großstaates zum einstweiligen Schlusspunkt geführt wurde.

In wieweit hier ein ausgearbeiteter strategischer Plan umgesetzt wurde, wie sehr man von bolschewistischer Seite auf die erforderlich werdenden taktischen Manöver eingestellt war, wie viel Erfahrungswissen aus diversen Revolten der jüngeren Vergangenheit bei all' dem eine Rolle spielte, in welchem Ausmaß das Gelingen des ganzen Vorhabens andererseits auch von der intuitiven Intelligenz seiner führenden Köpfe abhing – über alles das ist nicht nur in den russischen Weiten viel gerätselt, gemutmaßt, gegrübelt, auch in schriftlicher Form erörtert worden.

Vermutlich werden die Meinungen hierzu für immer und ewig geteilt bleiben.

Facit bleibt – der führende Zirkel der Bolschewiki, damals schon, und dann bis zu seinem Tod im Jahr 1924 von Lenin zusammengehalten, zelebrierte damals einen in seiner Kohärenz selten gebotenen Prozessablauf, der nun, im Jahreskurs 1979/80, uns von unseren Geschichts-Dozenten mit Stolz und spürbarer Detailversessenheit präsentiert wurde.

Offenbar hatten die Strategen der Bolschewiki von vorn herein im Auge gehabt, dass erfolgreiche politische Umstürze in ihren unterschiedlichen Phasen jeweils unterschiedliche strategische und taktische Handlungsansätze erfordern.

In der ersten, der Vorbereitungsphase, gilt es vor allem, sich eine ausreichende Anzahl von Ausgangspositionen aufzubauen.

In der zweiten Phase, d. h., der Startphase des eigentlichen Aufbruchs, kommt es auf eine möglichst schnelle Eroberung der staatlichen Schaltzentralen an.

In der dritten Phase muß der Umsturz im gesamten Land durchgesetzt, zu einem überall wahrgenommenen augenscheinlichen „Sieg“ geführt werden.

Welcher eigentlich aber erst nach erfolgreicher Bewältigung der vierten Phase gewährleistet ist, in welcher die inhaltlichen Ziele der Revolution zu verwirklichen sind.

Was im Einzelnen in der ersten Phase zu geschehen hatte, stellte man uns wie folgt dar.

„Als Hauptlinie der konkreten Aufstandsvorbereitung hatte die Führung der Bolschewiki festgelegt :

1. Der Arbeiterklasse Russlands wurde – obwohl sie zahlenmäßig der Bauernschaft krass unterlegen war – eine angemessene Aufmerksamkeit geschenkt. Sie war und blieb jene Klasse, von der nach errungener Staatsmacht das große Werk des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ausgehen musste. Über gewerkschaftliche Kanäle gelang es, die `Rote Garde` – d. h., bewaffnete, zum militärischen Kampf bereite Arbeiter- Gruppen – erheblich auszubauen.
2. Auf dem flachen Lande bemühte man sich intensiv um den Aufbau eines mit den Bolschewiki kooperierenden Netzes von dörflichen `Komitees der Dorfarmut`.
3. Die Arbeit unter den nichtrussischen Völkern des Zarenreiches wurde – mit unterschiedlicher Akzentuierung – unter speziellem Einsatz nichtrussischer Parteimitglieder maximal intensiviert, um vor allem zum Frontdienst eingezogene Ukrainer, Balten und Weißrussen anzusprechen. Zumeist herrschten bei ihnen deutliche Ressentiments gegen die Dominanz des `Großrussentums`, absolvierten sie ihren Militäreinsatz mehr oder weniger widerstrebend. Es ging nun darum, sie für eine aktive Teilnahme an der geplanten Revolution auf der Seite der Bolschewiki zu gewinnen. Natürlich bemühte man sich, dabei die `nationalen Saiten` im Gefühlsleben dieser Männer gezielt anzusprechen.

Nach der dann doch vor allem von Russen und Balten – speziell Letten – erfolgreich vollzogenen Startphase der Revolution erwiesen sich die schwelenden, oft extrem nachhaltigen Animositäten verschiedener Kaukasus- Völker gegen die auch nach der bolschewistischen Machteroberung fortbestehende russische Dominanz als ernsthaftes Problem.“

Soweit das Zitat zu den „Drei Hauptlinien der Aufstandsvorbereitung“ des Jahres 1917. Für die Wochen unmittelbar vor dem „Losschlagen“ legte man dann noch eine vierte, eine „Absolute Hauptrichtung“ fest – die Konzentration der bolschewistischen Agitatoren auf in und um St. Petersburg und Moskau stationierte Truppenteile von Armee und Kriegsflotte.

Von Lenin wurde zudem auf außerordentliche Hartnäckigkeit im speziellen Ringen um die Herzen und Hirne altgedienter, als Leitbilder für den militärischen Nachwuchs geltender Soldaten aller Chargen gedrungen.

Die vorstehend umrissene Sicht der Dinge reflektiert einen bemerkenswert effektiven Pragmatismus in der Kommandozentrale der Bolschewiki, die angesichts des Scheiterns der russischen revolutionären Vorgänge im Jahr 1905 erkannt hatten, welche engen Grenzen im Ernstfall dem militärischen Vermögen, der Kampfkraft von im Kriegshandwerk ungeübten Idealisten gesetzt sind, und wie sehr es in einem solchen Fall auf die Verfügung über ein Potential von in der realen bewaffneten Kampfesführung erfahrenen militärischen Verbänden ankommt – und auf eine möglichst positiv für die eigene Sache angelegte Polarisierung innerhalb der Gesamtheit aller Streitkräfte im Lande.

Der Schwachpunkt in diesem – alles in allem – beachtlich ausgereiften Aufstandskonzept war der nur mangelhaft gewährleistete Zugang der Bolschewiki zur ungeheuren Masse der damaligen russischen Landbevölkerung, insbesondere zu den vielen Kleinbauern und Häuslern.

Die Bolschewiki wussten das.

Die von ihnen in das Leben gerufenen „Komitees der Dorfarmut“ hatten für umfassende Informationsbeschaffungen, mithin zur Erstellung differenzierter Lagebeurteilungen, durchaus ihren Sinn – doch mit der Erfüllung solcher Aufgaben war ihr politisches Aktionspotential im allgemeinen bereits erschöpft.

Versuchen wir, einen tieferen Blick in dieses Szenarium zu werfen, eingeleitet durch ein weiteres Zitat aus meinen Vorlesungs- Mitschriften des Jahres 1979/80.

„In der Gründungsperiode des Marxismus in Russland, in der Periode des Keimens von allererstem Samen, stand den Marxisten in ihrem Bemühen um den Aufbau einer politisch wirksamen Massenbasis ein wichtiger Konkurrent gegenüber, die Bewegung der Volkstümmler. Als revolutionäre Hauptkraft wurde von dieser Bewegung die Bauernschaft angesehen, kaum überraschend angesichts des in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch absolut bäuerlichen Charakters des ganzen Landes. Der auch von den Volkstümlern grundsätzlich angestrebte Sozialismus sollte sich – nach ihrer Meinung – mehr oder weniger friedlich als Ergebnis von Entwicklungen in den russischen Bauerngemeinden einstellen, früher oder später. Nachdem es den Volkstümlern über einen längeren Zeitraum jedoch nicht gelungen war, eine politisch wirklich relevante Massen- Bewegung zu formieren, gingen sie zunehmend zu terroristischen Maßnahmen über. Schließlich wurde der Terrorismus zum zentralen Mittel ihres politischen Kampfes, z. B. in Form terroristischer Jagden auf den Zaren und andere herausragende Vertreter des Herrscherhauses der Romanow, sowie des sonstigen russischen Hochadels.

Man darf jenen sich selbstlos einbringenden, meist noch sehr jungen Terroristen ein großes Maß an Opferbereitschaft und Heroismus nicht absprechen – junge Menschen, die ihr Leben für eine altruistische Idee opfern, verfügen über außerordentliche, grundsätzlich positive Charaktereigenschaften, die sie jedoch in einer gesellschaftlich nicht vertretbaren Weise einsetzen.

Auch die Volkstümpler gaben nach einigen Jahren den Terrorismus als Mittel des politischen Kampfes wieder auf, obwohl er ihnen in weiten Kreisen der russischen jüngeren Generation ein nachhaltig positives, romantisch verklärtes Image eingebracht hatte, das selbst in der 1917er Revolution noch nachwirkte.

Im realen Leben hatten sich jedoch diese dereinst revolutionären Volkstribunen schon zu Beginn des 20ten Jahrhunderts in eine dem bürgerlichen Liberalismus nahe Bewegung gewandelt, die vor allem für die Interessen einer sich allmählich bildenden Schicht russischer Großbauern eintrat.

Zum Verständnis dieser Entwicklung erscheint es angebracht, in aller Kürze die Hauptmerkmale des ländlichen sozialökonomischen Differenzierungsprozesses in der Spätphase des russischen Zarismus darzustellen.

Gewiss, recht spät im Vergleich zu analogen Entwicklungen in West- und Mitteleuropa, doch immerhin vor Aufhebung der US-amerikanischen staatsrechtlich verankerten Sklaverei, war die russische Leibeigenschaft im Verlauf der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts durch einen 'Ukas', einen Zaren-Erlass aufgehoben worden, wodurch aus Leibeigenen nunmehr Landarbeiter geworden waren.

Abgesehen von der hierdurch erlangten persönlichen Bewegungsfreiheit hatte sich für diese Menschen damit zunächst nur wenig verändert – weder an ihren Besitzverhältnissen, ihrem Lebensunterhalt, noch an ihrer Bildungsferne und zumeist sehr tiefen Religiosität. Die Aufhebung der Leibeigenschaft erwies sich aber als Startschuss eines mittelfristig zunehmend deutlicher werdenden Differenzierungsprozesses unter den bisherigen Leibeigenen.

Vor allem körperlich gesunde, geistig rege junge Männer aus ländlichem Milieu begannen, alle Möglichkeiten eines persönlichen monetären Einkommens in gewerblichen Betrieben wahrzunehmen. Der eine oder andere von ihnen konnte dann seiner Familie bald eine kleine oder auch größere Geldsumme zur Verfügung stellen, für den Erwerb gelegentlich zum Verkauf ausgeschriebener landwirtschaftlicher Nutzflächen – mancher Gutsherr war in ökonomische Schwierigkeiten geraten, da er sich als allzu unbeholfen für die Wandlung seines Gutsbetriebes in ein ohne Leibeigene zu betreibendes Unternehmen erwies.

Bemerkenswert ist das nunmehr erfolgende erhebliche Wachsen des landwirtschaftlichen Produktions- Ausstoßes in Russland – der Fortfall fast kostenfreier Leibeigenen- Arbeit hatte die Besitzer der Latifundien zu einer energischen Modernisierung gezwungen, mit einer auch viele adlige Junker überraschenden Steigerung der Leistungsergebnisse ihrer Gutsbetriebe. Und die aus der Konkursmasse ökonomisch untalentierte Adliger hervorgegangenen bäuerlichen Kleinbetriebe wurden durchweg mit enormem Fleiß und größter Sorgfalt ihrer neuen Besitzer bewirtschaftet.

Keineswegs selten entwickelte sich ein solcher Kleinbetrieb schnell zu einem ansehnlichen mittelbäuerlichen Hof.

Wer es allerdings nicht erreicht hatte, bei diesem Differenzierungsprozess der einstigen Leibeigenen gegen Ende des 19. Jahrhunderts den Übergang in qualifiziertere Tätigkeiten oder die einzelbäuerliche Selbständigkeit zu schaffen, blieb schlichter Landarbeiter, dessen Arbeitskraft angesichts zunehmender landwirtschaftlicher Technisierung und Rationalisierung mehr und mehr an Wert verlor. Weshalb solche wenig qualifizierten Landarbeiter und ihre Familien kaum auf eine nennenswerte Teilhabe am sich jetzt in Russland allmählich deutlicher vollziehenden Anheben des allgemeinen Lebensstandards hoffen konnten.

Alles in allem – in der Spätphase des russischen Zarismus gab es nicht mehr die für lange Zeit typische halbfeudale Zweiteilung der ländlichen Bewohner in Gutsherrschaft – einerseits – und leibeigene Bauernschaft – andererseits –, sondern eine mehrgliedrige Differenzierung. Es war jetzt zu unterscheiden nach fortbestehender Gutsherrschaft, verschiedenen selbständig wirtschaftenden bäuerlichen Mittelschichten, spezialisierten und qualifizierten Facharbeitern mit festen, auskömmlichen Beschäftigungsverhältnissen, und – schließlich – sonstigen Landarbeitern, die zunehmend auf die Wahrnehmung von sehr dürftig bezahlten Gelegenheitsarbeits- Angeboten als Tagelöhner angewiesen waren.

Letztere erhielten seitens der bolschewistischen Revolutions- Lenker das Etikett der `Dorfarmut`, waren zeitweise die Hauptansprechpartner bolschewistischer Agitatoren in der ländlichen Szene. Aber sie verkörperten natürlich keineswegs die Landbevölkerung in ihrer Gesamtheit, selbst nicht die vielen Kleinbauern in durchaus immer noch beengten Verhältnissen, trotz der eigenen kleinen Scholle Acker- und Weidelandes.

Russlands Bauern waren im Verlauf des letzten halben Jahrhunderts vor der Oktoberrevolution 1917 einem derart nachhaltigen Differenzierungsprozess unterworfen gewesen, dass

man sie – bei objektiver Sicht der Dinge – nicht mehr als eine einheitliche gesellschaftliche Klasse mit hinlänglich homogenen Klasseninteressen ansehen konnte.

Den führenden Leuten der Bolschewiki war das zumeist sehr bewusst.

Dennoch vermied man zunächst lautstarke öffentliche Diskussionen darüber, hoffte sehr – insbesondere während der außerordentlich kritischen Startphase des revolutionären Abenteuers – durch solidarisierende General- Apelle die Bauernschaft in ihrer *Gesamtheit* zumindest von reflexhaften antirevolutionären Aktionen abhalten zu können.

Man sprach also in der Öffentlichkeit aus gutem taktischen Grund einstweilen konsequent von einer Revolution der Arbeiter und *Bauern*, und nicht etwa von einer `Diktatur der Arbeiterklasse und mit ihr verbündeter Besitzloser des ländlichen Raumes` !

Soviel zur *Vorbereitung* der revolutionären Aktion.

Für ihre *Durchführung* hatte man gleichfalls rechtzeitig einen detaillierten `Master-Plan` in den Verstecken der geheimen Revolutions- Stäbe entwickelt.

In der ersten Startphase des Aufstandes mussten die relativ bescheidenen Kräfte des ersten Zugriffes, die zu bedingungslosem Einsatz einander Verschworenen, *konzentriert* und generalstabsmäßig eingesetzt werden.

Es ging bei diesem ersten Zugriff vor allem um die kompromisslose Eroberung der zentralen Schaltstellen des russischen Staates in seiner Hauptstadt St. Petersburg.

Mit dieser ersten Attacke sollte zunächst ein nur kleiner Kreis von zentralen Entscheidungsträgern isoliert werden, ohne Excesse und unbillige Härte, doch bei ihrer zuverlässigen und absoluten Ausschaltung als Kommando- oder Informationsgeber.

Es ging also darum, die `Richtigen` zu treffen, und dies möglichst *lückenlos* und *schnell* !

Um sodann rasch eine für die Entwicklung des revolutionären Prozesses `kritische Masse` an Sympathie und Zustimmung zu erreichen, unerlässlich für die Ausbreitung des Aufstandes im gesamten Land, mussten die jetzt unüberhörbar öffentlich ausgerufenen nächsten Ziele des Aufstandes mit dem aufgestauten Empfinden eines möglichst *großen* Anteils *aller* Bewohner Russlands in Übereinstimmung stehen.

Es war dabei sehr darauf zu achten, dass unumgängliche soziale Schädigungen durch das spätere Umsetzen solcher Zielstellungen nur einen kleinen Kreis treffen. Zudem sollten sich diese Schädigungen möglichst auf solche Personen beschränken, die – z. B. bedingt durch ihre herausgehobene soziale Stellung – bislang einen Lebensstil relativer sozialer Isolierung praktiziert hatten.

Schließlich war es wichtig, durch den Aufstand *generell* überwiegend *positive* Emotionen in der breiten Bevölkerung auszulösen, z. B. Gefühle allgemeiner *Befreiung* und des endgültigen Verschwindens unbeliebter Hierarchien jedweder Art.

Als in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober 1917 in St. Petersburg die Kommandos der `Roten Garde` ausrückten – bewaffnete Arbeiter- Milizen, gemeinsam mit Angehörigen bestimmter Truppenteile –, um alle strategisch und machtpolitisch bedeutsamen Gebäude der damaligen Hauptstadt des russischen Imperiums zu besetzen, fanden sie nur selten ernsthaften Widerstand.

Trotzki, lange Jahre der `zweite Mann` in der Führungsriege der Bolschewiken, hatte einen subtilen Aktionsplan ausgearbeitet, den man nun tatsächlich generalstabsmäßig, quasi nach `Drehbuch`, abarbeitete.

Ein derartig kompletter Auftaktserfolg war aber auch nur durch ein nachhaltiges Überraschen der Sicherheitsorgane des *provisorischen Übergangsregimes* zu erklären, nach der Februarrevolution zur Macht gelangt.

In den Wochen zuvor hatte es längere Zeit Gerüchte über einen kurz bevorstehenden Aufstandsversuch der Bolschewiki gegeben. Schließlich wurden auch konkrete Termine genannt, die man seitens der kommunistischen Führung um Lenin allesamt verstreichen ließ. Und als nun die `öffentliche Meinung` alles Gerede über einen bevorstehenden Versuch zur bolschewistischen Machtübernahme für `heiße Luft` hielt, konnten die Kommunisten um so effektiver ihr Vorhaben in die Tat umsetzen.

Nennenswerteren Widerstand gab es lediglich am einstigen Winterpalais des Zaren, in welchem sich der amtierende Regierungschef Kerenski niedergelassen hatte, und an einigen wenigen anderen Stellen.

Kerenski hatte sich eine Leibwache weiblicher Waffenträgerinnen zugelegt, zum großen Teil Salondamen seiner gesellschaftlichen Kreise, die sich durch die Aura der Machtnähe, ver-

meintliche Revolutionsromantik, und eine stabile Versorgung mit rar gewordenen russischen Delikatessen zu diesem Abenteuer hatten verleiten lassen.

Nicht wenige von ihnen waren geübte waidmännische Jägerinnen, einige hatten auch respektablen Lorbeer als Sportschützinnen erworben.

Als nun die ersten Pistolen- und Gewehrschüsse fielen, sollen diese Damen aus einigen Fenstern des Winterpalais auch tapfer zurückgeschossen haben. Doch als aus der Bug-Kanone des am Newa- Kai vertäuten Panzerkreuzers `Aurora` der in vielen Epen besungene legendäre Schuss abgefeuert, im Zentrum der Residenz als lauter Geschützdonner wahrgenommen wurde, war es mit dem Widerstandswillen der bewaffneten Damenwelt aus gehobenen gesellschaftlichen Kreisen schlagartig vorbei.

Die Truppe verstreute sich – der Legende nach – in `Windeseile`.“

Ob es wirklich eine Platzpatrone gewesen ist, die in jener Oktobernacht den historisch unheimlich bedeutsamen Krach in der Metropole der Reußen bewirkt hat, darüber waren sich auch unsere Moskauer Dozenten der Jahre 1979/80 nicht ganz sicher.

Wie auch immer – diese Episode veranlasste Lenin, auf die vordringliche Einbindung erfahrener Militärs und durch diese kommandierter Einheiten in alle nennenswerten bewaffneten Aktionen zu dringen.

Die Marine- Soldaten und Matrosen aus der Kronstädter Seefestung – auf einer Ostsee- Insel vor der Newa- Mündung gelegen – erwiesen sich in diesem Sinne bald als erste `Elite- Einheit der Revolution`“.

Mit den in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober 1917 inhaftierten Ministern der provisorischen Regierung ging man durchweg sehr respektvoll um. Einige von ihnen wurden sogar – entgegen der seitens der Parteiführung erlassenen Direktive – von den zuständigen Kommandoführern wieder entlassen, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben hatten, sich ab sofort jeglicher politischer Aktivität zu enthalten, diese Versicherung auch in schriftlicher Form hinterlegt worden war.

Anschließend sind sie allesamt aus St.Petersbug geflohen.

Am Morgen des 25. Oktobers befanden sich jedenfalls die wichtigsten zentralen Institutionen der Hauptstadt des einstigen Zarenreiches in der Hand der Bolschewiki und jener bewaffneten Kräfte, die sich ihnen angeschlossen hatten.

Die Startphase des großen Coup war derart geräuscharm abgewickelt worden – trotz des gewaltigen Knalls durch den Aurora- Schuss –, dass auch die bei Tagesanbruch in Gang

gesetzte Welle der Verhaftungen von „Amtsträgern der zweiten Reihe“ nur selten auf nennenswerte Schwierigkeiten stieß.

Nach der Aussage unseres Moskauer Dozenten ging es hierbei um Folgendes.

„Besonders wichtig im `Roten November` war die Liquidierung der Straforgane der Bourgeoisie, insbesondere die Ausschaltung von Polizei und Geheimpolizei. Die Führungsschicht dieser Machtorgane wurde nur wenige Stunden nach der Ministerriege, in den frühen Morgenstunden des 25. Oktobers, ebenfalls inhaftiert und in strenge Isolationshaft genommen.

Ähnlich wurde mit den Führungsschichten des juristischen Apparates verfahren, sowie mit den Angehörigen der Stabsorgane des Militärs, soweit letztere noch in St. Petersburg positioniert waren.

Das Oberkommando des russischen Heeres war schon vor Jahren nach Mogilew verlagert worden, in die Nähe der deutsch-russischen Kampflinie im einstweilen fortdauernden Krieg. Aus kriegstaktischen Gründen, um vor allem in den nunmehr anstehenden Waffenstillstandsverhandlungen mit Deutschland zumindest ein Minimum an machtpolitischem Rückhalt zu besitzen, beließen die Revolutionäre einstweilen diese Kommandozentrale in ihrer vorgefundenen Struktur. Erst nach der wiederholten Weigerung der auf ihren militärischen Posten belassenen russischen Generäle, der deutschen Seite ausreichend attraktive Waffenstillstandsbedingungen für einen verzögerungsfreien Abschluss einer umfassenden Waffenruhe anzubieten, wurde dann auch das sog. `Hauptquartier` im von St. Peterburg ziemlich weit entfernten Mogilew von `roten Kräften` besetzt.

Spürbar anders stellte sich die Situation hinsichtlich der sog. `ö k o n o m i s c h e n` staatlichen Organe` dar, von Lenin ironisch `Registrierungs- Organe` getauft.

Lenin bestand darauf, diese Dienststellen *n i c h t* zu liquidieren, sondern `umzupolen`, der Bourgeoisie zu entreißen und der Revolution dienstbar zu machen.

Die zuständigen Minister und Staatssekretäre dieser zentralstaatlichen Dienststellen des ehemaligen Zarenreiches blieben allerdings auch weiterhin verhaftet. Auf die große Mehrzahl der dort eingearbeiteten Fachbeamten konnte man hingegen kurzfristig kaum verzichten, wollte man als junger Sowjetstaat nicht sehr schnell ein dann kaum noch zu reparierendes ökonomisches Desaster erleiden.

Nach der überaus erfolgreich, fast `perfekt nach Drehbuch` verlaufenen Startphase ihrer Revolution waren sich die Führer der Bolschewiki dessen voll bewusst, dass die nunmehr anstehende **Ausbreitung** des revolutionären Umschwungs im riesigen Land des einstigen Zarenreiches entscheidend davon abhing, in welchem Ausmaß man zwei große Soziotope schnell und ausreichend zuverlässig **überall** auf seine Seite zu ziehen vermochte – die **Bauernschaft** und die **Mannschaftsdiensgrade** des zahlenmäßig sehr starken russischen **Landheeres**.

Bei `näherem Hinsehen` handelte es sich hierbei weitgehend um den **gleichen**, seit Geburt **bäuerlich** geprägten Personenkreis. Auch die in russischen Uniformen an der Front stehenden Männer jüngeren und mittleren Alters waren in ihrer großen Mehrheit Bauernsöhne oder selbst Bauern, im Verlauf des Ersten Weltkrieges zum gefährlichen und kargen Leben in frontnahen Schützengräben eingezogen.

Für die stabile Absicherung der kürzlichen Erfolge in der Hauptstadt blieben zudem die Matrosen der baltischen Kriegsflotte von erheblicher Bedeutung, da die Seeleute auf den nahe St. Petersburgs ankernden schwimmenden Einheiten im Herbst 1917 das militärisch bedeutendste Potential im ihrem Weichbild darstellten.

Dennoch – die aktuelle Hauptaufgabe bestand darin, durch überzeugendes und schnelles Agieren die das russische Land an Menschenzahl dominierende Bauernschaft zu gewinnen, möglichst viele von ihr zu aktiven Mitstreitern für die Ziele der Revolution zu machen. Wobei man sich auf das Macht- Instrumentarium der soeben errungenen formalen Staatsgewalt stützen konnte.

Aber wie sollte eine dieser zentralen aktuellen Aufgabe gemäße politische Linie im Einzelnen beschaffen sein, wie konnte sie dann durchgesetzt werden ?

Durch welche Erlasse, z. B., erregte man nicht nur allgemeine öffentliche Aufmerksamkeit, sondern stimulierte speziell die Bauernschaft zu zielstrebigem Handeln im Sinne der Revolution ?

Gewiss, eine umfassende **Landreform** gehörte schon seit längerem zum `Ziel- Katalog` der Bolschewiki. Doch nun setzte vor allem Lenin es durch, dass wenige Tage nach dem Sturz der provisorischen Regierung **diese** alle landlosen Dorfbewohner und landarmen Bauern auf das Nachhaltigste berührende Angelegenheit zum aktuell **vorrangigsten**

Ziel des in Gang gesetzten Umschwungs erklärt wurde, und nicht etwa die sofortige Verstaatlichung des Finanzsektors oder der Schlüsselindustrien.

Letzteres behielt man natürlich im Auge, im Augenblick aber musste eine Konzentration auf solche Zukunftsziele warten.

Und so wurde als eines der ersten Dekrete der jungen Macht das 'Dekret über den Boden' erlassen, mit allen verfügbaren propagandistischen Möglichkeiten landesweit verkündet.

Die Gewinnung wachsender Zustimmung hierfür wurde nicht unerheblich dadurch erleichtert, dass man auch seitens der Provisorischen Regierung schon im Frühjahr mit in diese Richtung gehenden Aktivitäten begonnen hatte, die dann aber im Verlauf des Sommers von den Initiatoren des Zaren- Sturzes 'geräuschlos' wieder eingestellt worden waren.

Das hatte in kleinbürgerlichen Kreisen nachhaltigen Protest ausgelöst, weshalb sich diese nun durch die bolschewistische Initiative bestätigt fühlen konnten. Und in der Tat blieb nachhaltiger Protest gegen die somit keineswegs neue, sondern – aus ihrer Perspektive – lediglich 'wiederbelebte' Landreform seitens des Kleinbürgertums einstweilen aus.

Die zentrale Position einer Neuverteilung des Besitzes an landwirtschaftlich kultivierten Bodenflächen im agrarpolitischen Abschnitt des aktualisierten bolschewistischen Parteiprogramms war indessen vorrangig in einer 'uralten Sehnsucht des russischen Bauern nach der eigenen, seine Existenz gewährleistenden Scholle' begründet. Die Mehrheit der russischen Bauern litt, auch nach den Differenzierungs- und Umschichtungsprozessen der letzten Jahrzehnte, an Landmangel. Und nicht nur in der sog. 'Dorfarmut', auch bei den qualifizierten Gutsarbeitern mit gesichert erscheinendem Arbeitsplatz und festem Einkommen schwelte zumeist ein generationenlang gehegter Wunsch nach Erlangung eines eigenen Stückes Acker- und Weideland.

Als also jetzt per Dekret die unentgeltliche Beschlagnahme allen Großgrundbesitzes und seine kostenlose Verteilung an die regionale Bauernschaft in dörflicher Eigenregie unter bewaffnetem staatlichen Schutz verfügt und allgemein publik gemacht wurde, verstand sich kaum noch ein Bauer – ob auf seinem heimatlichen Hof, oder aber in einer Schützengraben- Stellung an der Kriegsfront – als weiterhin der gestürzten provisorischen Regierung verpflichtet.

Zumal das andere der beiden bedeutendsten Dekrete der neuen Macht, das 'Dekret über den F r i e d e n', in die 'gleiche Kerbe schlug' !

Dieses Dekret verkündete nicht mehr und nicht weniger, als die umgehende Beendigung des auszehrenden Krieges gegen Deutschland und Österreich- Ungarn, mit der sofortigen Demobilisierung aller demobilisierungswilligen Soldaten !

Während durch das Bodenreform- Dekret die bisher sehr mächtige Kaste der Großgrundbesitzer zum `ökonomischen Tod` verurteilt wurde, später in den schnell zu außerordentlicher beiderseitiger Brutalität ausufernden Bürgerkriegen die erbittertste Gegenmacht der roten Bewegung war, trafen die rigorosen Entscheidungen zur Beendigung der Kampfhandlungen gegen Deutschland und Österreich- Ungarn nur einen kleinen Kreis kommandierender Generale und arrivierter Stabsoffiziere `wirklich in's Mark`.

Kriegsmüde waren inzwischen nicht nur die Landser in den Schützengräben, `die Schnauze voll` hatte inzwischen auch die Mehrheit der russischen Frontoffiziere und fast das gesamte Unteroffiziers- Corps.

Kriegsmüde war auch das russische Hinterland, quer durch alle Gesellschaftsschichten, bis hin zu den jungen Frauen hochadliger Kreise, die um ihre Verlobten oder frisch angetrauten Ehemänner bangten, trotz der eine gewisse persönliche Sicherheit vermittelnden Uniform eines Majors oder Oberstleutnants.

Doch eine besondere Attraktion hatte das `Dekret über den Frieden` für den `Bauern in Soldatenuniform` – gewährleistete doch erst die damit festgelegte umgehende Demobilisierung seine persönliche Teilnahme an der jetzt zu erwartenden Boden- Verteilungs- Aktion seiner heimatlichen Dorfgemeinschaft !

Die Dekrete über den Boden und über den Frieden erwiesen sich als ein nachgeradezu genial anzusehendes `Doppel- Spitzen- Instrument` mit durchschlagender Wirkung.

Es gelang dadurch tatsächlich in atemberaubend kurzer Zeit die einstweilige Etablierung der bolschewistisch gesteuerten Sowjetmacht im größten Teil des weitflächigen einstigen Zarenreiches.

Denn das Demobilisierungsgebot im Dekret über den Frieden und das nun erfolgende `Auseinanderlaufen` der immer noch mächtigen Armeen an den Kriegsfronten sicherte nicht nur vielen Männern aus Russlands Dörfern und Kleinstädten das Überleben – und den Millionen Bauern unter ihnen die aktive Teilnahme an der bald beginnenden Bodenreform –, sondern lähmte auch schlagartig alles nennenswerte militärische Potential der – trotz eingetretener Revolutions- Euphorie – fortbestehenden beträchtlichen antibolschewistischen Kräfte !

Der Erfolg der bolschewistischen Propagandisten bei den Bauern- Soldaten in den russischen Schützengräben wurde sicherlich auch durch manch weiteren Umstand begünstigt, der heutzutage nur noch selten eine weitergehende Kommentierung erfährt.

Unbedingt erwähnenswert ist die auch auf deutsch- österreichischer Seite um sich greifende Kriegsmüdigkeit. Es kam damals zu mannigfachen Fraternisierungs- Aktionen zwischen den Soldaten beider Seiten der Front, was gewiss die strenge militärische Disziplin grundsätzlich erheblich lockerte, die freie Diskussion über `Gegenwart und Zukunft` förderte, bis hin zur Erörterung pazifistischen Gedankenguts.

Solche Vorgänge trugen unzweifelhaft stark dazu bei, dass der gedankliche Weg zur vollinhaltlichen Unterstützung des von der bolschewistischen Revolution durch ihre ersten Dekrete vorgezeichneten Kurses in den Hirnen der russischen Frontkämpfer dann mehrheitlich ein sehr kurzer war.“

Die vorstehend angesprochenen Fraternisierungen konnten auch deshalb große Ausmaße annehmen, weil im Ersten Weltkrieg – aus deutscher Sicht – die erbittertsten Auseinandersetzungen sich nicht an der deutschen Ostfront, sondern an der Westfront abgespielt hatten. Für den deutschen Soldaten hatte sich in jenem Krieg das größte Drama beim mörderischen Ringen um die französische Festung Verdun abgespielt – und nicht, wie im Zweiten Weltkrieg, in Stalingrad an der Wolga. Der Zugang der deutschen Feldgrauen zum russischen „Kameraden“ auf der anderen Seite des Niemannslandes war deshalb im Allgemeinen nicht allzu verkrampft. Als seinen Hauptgegner sah damals der kaisertreue deutsche Landser eher den „Franzmann“ an, und nicht den als etwas unbeholfen- täppisch geltenden, gleichwohl keineswegs grundsätzlich unsympathischen „Iwan mit der weiten russischen Seele“.

Das war jedenfalls der Eindruck, den mir in den 40er und 50er Jahren manches Geplauder mit damals noch lebenden deutschen Veteranen des schlimmen Völkermordens von 1914 bis etwa 1918 vermittelt hat.

Gehen wir nun ein wenig darauf ein, in welchem Ausmaß die aus den Kommandostäben der Revolution vorgegebene propagandistische Linie der breiten Vermittlung eines möglichst allumfassenden Freiheitsgefühls, gar von Revolutions- Euphorie, im Spätherbst 1917 und in den nachfolgenden Wintermonaten des Jahres 1918 tatsächlich umgesetzt werden konnte.

Gewiß, die Nachwehen all` der Unwägbarkeiten, der Brüche und Veränderungen, die seitens der Februar- Revolution angestoßen worden waren, kamen der schnellen Entfaltung überschwänglicher Glücksgefühle im November 1917 nicht gerade entgegen, zumal der Mangel an diesem und jenem, auch an einer ausreichenden Lebensmittelversorgung, durch allen „Revolutionismus“ keineswegs behoben wurde, sich – im Gegenteil – weiter zu intensivieren schien.

Dennoch – zumindest in der Petersburger hauptstädtischen Studentenschaft entstand damals tatsächlich für einige Monate eine erwartungsvoller geprägte, prinzipiell optimistische Atmosphäre.

Meine Eltern haben als deutschbaltische Studenten renommierter Petersburger Hochschuleinrichtungen damals die russische Revolution als unmittelbare Zeitzeugen erlebt. Mein Vater wollte Elektro- Ingenieur werden, meine Mutter – als eine der ersten weiblichen Studentinnen dieses Fachs – Brückenbau- Ingenieurin. Und beide, damals einander völlig unbekannt, haben mir in späteren Jahren immer wieder mit leisem Wehmut von den „wundervollen Monaten voll Freiheit und Illusionen“ im Spätherbst 1917 und Winter 1918 vorgeschwärmt.

Insbesondere in der Erinnerung meiner Mutter war dies eine Zeit „voll Weltveränderung im Walzertakt“.

Die Eintrittskarten zu den bemerkenswerten Veranstaltungen der Petersburger kulturellen Szene waren nunmehr zu symbolischen, extrem niedrigen Preisen erhältlich, alle Sperrstunden und sonstigen Hemmnisse für breit ausgelebte studentische Freiheiten waren gefallen, jeder junge Mensch im Alter von mindestens 16 Jahren konnte sich – ohne Abiturzeugnisse oder ähnliche Qualifikationsbelege vorweisen zu müssen – an allen Universitäts- und Hochschuleinrichtungen des Landes bewerben.

Und Vertreter aller politischer Richtungen schenkten der etablierten Studentenschaft nunmehr eine außergewöhnliche Aufmerksamkeit.

Allerdings – zu den diversen Erlassen der jungen Sowjetmacht, die den ersten Dekreten über „Boden“ und „Frieden“ bald folgen sollten, gehörte auch ein Pamphlet, gemäß dessen Sprösslinge einstiger „Ausbeuterklassen“ k e i n e r l e i Anrecht auf Bildung hätten.

W a s galt also nun wirklich ?

Galt, wie ansonsten überall verkündet, das Universitäts- und Hochschul- Zugangsrecht jetzt wirklich für j e d e n jungen Menschen ? Oder eben doch nicht, sondern nur für – gemäß neuerdings gültiger „Klassenlehre“ – junge Menschen aus „unbelasteten“ Familien ?

Diese Fragen standen bald im Raum, wurden – wie viele andere – in der Studentenschaft nachhaltig diskutiert.

Und einstweilen von der Staatsspitze *n i c h t* eindeutig entschieden.

Warum ?

Vermutlich deshalb, weil solche entstandenen Mehrdeutigkeiten jedem auf lokaler Ebene verantwortlichen Parteifunktionär erhebliche persönliche Entscheidungsspielräume eröffneten !

Was man seitens der Parteihierarchie sehr schnell zu schätzen gelernt haben dürfte.

Soviel zu den Maßnahmen der ersten Wochen nach der Usurpierung der formalen Staatsgewalt des großen Russenlandes im Verlauf der letzten Oktobertage des Jahres 1917, durch die von Lenin geführte kommunistische Partei der Bolschewiki.

Als das Vorstehende im wesentlichen erledigt war, begann die lange, mühevoll, zeitweise sehr blutige und zu nachhaltiger mentaler Depression oft Anlass gebende Phase der langfristigen Konsolidierung der ungeheuren Macht.

Den führenden Bolschewiki wurde nun zunehmend bewusst, dass sie baldigst ein Analogon zum überwiegend noch zur Zarenzeit in seine Ämtern gelangten, funktional beachtlich stabilen Machtblock des „alten“ russischen *B e a m t e n t u m s* benötigten.

Sicherlich, offene Opposition von dort erfuhren die Bolschewiki nach der überraschenden Okkupierung der Staatsmacht eher selten. Dennoch war es allenthalben zu spüren, wie sehr dieses fortexistierende Beamtentum der Zarenzeit damit rechnete – und vielfach wohl auch hoffte –, dass nach den acht chaotischen Monaten der provisorischen Regierung auch die sich auf ein eiligst zusammengezimmertes Räte- System stützenden Bolschewisten demnächst ihr Fiasko erleiden, ebenfalls von der Bühne der Staatspolitik verschwinden würden.

Dieses Beamtentum war sicherlich größtenteils sehr bereit, zu gegebenem Zeitpunkt eine solche innere Entwicklung in Russland durch einen allgemeinen Verwaltungstreik entscheidend zu beschleunigen.

Jedenfalls durfte die bolschewistische Seite keineswegs leichtfertig darauf hoffen, dass die verwaltungstechnisch erfahrenen Herren in den dereinst weitgehend nach preußisch- deutschem Vorbild geschaffenen staatlichen administrativen Instanzen ihre relative Loyalität gegenüber der neuen Sowjetmacht unendlich lange aufrecht erhalten würden.

Hin und wieder begegnete man wohl einem jüngeren Assessor oder Referendar, dessen einst geheime politische Sehnsüchte sich mit den neuesten Entwicklungen zu erfüllen schienen, der sich mit Verstand und Umsicht für die Festigung der Sowjetmacht in seinem engen persönlichen Einflussbereich redlich einsetzte – aber solche Männer waren Ausnahmen, keineswegs die Regel.

Immerhin – für die Lösung der einen oder anderen speziellen Frage konnten sie den Vertretern der Sowjets wichtige Ratgeber sein.

Im Winter 1918 wurde jedenfalls die Stabilisierung und Sicherung des mittlerweile auch in den entfernteren Provinzen Russlands mehrheitlich formal akzeptierten Sowjetsystems in den Führungs- Gremien der Bolschewiki ständig diskutiert.

Dabei erkannte man allmählich – die Gewährleistung eines landesweiten stabilen politischen Einflusses war nur über einen entsprechenden Einfluss auf das *a l l t ä g l i c h e V e r w a l t u n g s g e s c h e h e n* zu gewährleisten.

Der Lösung dieser Aufgabe wurde hinfert – für einen gewissen Zeitraum – vorrangige Beachtung geschenkt.

Man kam schließlich zum Schluss – sie konnte, nach Lage der Dinge, nur durch hinreichend vorgebildete, als Persönlichkeit geeignete *P a r t e i - M i t g l i e d e r* gelöst werden, die gegebenenfalls auch in die strenge Pflicht der bolschewistischen Parteidisziplin genommen werden konnten, bis hin zur Verpflichtung, einen bestimmten Partei- Beschluss in ihrem verwaltungstechnischen Verantwortungsbereich umzusetzen.

Und um dem in praxi entsprechen zu können, war ein sehr schneller Ausbau der Parteibasis auch außerhalb der durch die marxistische Kern- Ideologie vorgegebenen proletarisch- bäuerlichen Zielgruppen erforderlich. Es mussten in Sonderheit in erheblicher Anzahl solche neue Mitglieder gewonnen werden, die über zunehmend dringend benötigte einschlägige Verwaltungserfahrungen verfügten und „eine saubere Weste“ besaßen.

Nachdem man sich an der Parteispitze der Bolschewiki zu diesen prinzipiellen Positionen durchgerungen hatte, gab es postwendend an vielen Stellen innerhalb der Parteibasis, vor allem aber in den mittleren Ebenen der bolschewistischen Partei- Hierarchie nachhaltige Proteste dagegen. Manches ehrgeizige Parteimitglied mit nur mäßiger intellektueller Begabung sah durch den Schwenk seiner Parteiführung die Erfüllung persönlicher Karriere-Ambitionen auf das Ärgste gefährdet.

Worauf in den zentralen Parteigremien die Zauderer und Zögerer kurzzeitig wieder „Oberwasser“ bekamen. Die „Gralshüter der Reinheit der Partei“ malten in drastischsten Farben nunmehr drohende schlimme Gefahren für die „innere Sauberheit“ der bolschewistischen Bewegung aus.

Es gab aber auch sachlich gut begründete Einwände.

Man fürchtete an der Parteispitze insbesondere die innere Unterwanderung durch sog. „Trittbrettfahrer“, die schließlich mit politisch stark abweichenden Zielvorstellungen in den zentralen Gremien der Bolschewiki u. U. radikal umorientierte Mehrheiten entstehen lassen könnten, mit dem Ziel einer zunehmenden Verwässerung und letztlich Aufgabe des von den Kommunisten angestrebten Aufbaus eines sozialistischen Staates.

Als hierfür warnendes Beispiel im eigenen Land galt der einstige Paradigmenwechsel bei den „Volkstümlern“ gegen Ende des damals vergangenen Jahrhunderts.

Diese sich über Wochen hinziehenden, z. T. sehr engagiert geführten internen Auseinandersetzungen führten am Ende dazu, dass die ursprünglichen Entscheidungen zur „Korrektur der Richtlinie für eine Aufnahme in die Partei“ zwar grundsätzlich bestätigt wurden, jedoch – und wiederum wurde der Einfluss der Klassifizierungstraditionen Preußens überdeutlich –, alle Kandidaten für eine Aufnahme in die Partei der Bolschewiki wurden ab sofort zunächst in präzise definierte „Kaderkategorien“ aufgeteilt, gemäß eines Kataloges straffer Aufnahme-Kriterien.

Durch die Wertung auf eine solche Weise gewonnener Kriterien und eine unterschiedliche Länge der obligatorischen Kandidatenzeit vor eigentlicher Aufnahme als vollberechtigtes Parteimitglied hoffte man, sich gegen die drohende „Unterwanderung der Partei“ durch „opportunistische, gar parteifeindliche Elemente“ – in Folge der vorgesehenen Werbung von qualifizierten Verwaltungsfachleuten für einen Parteieintritt – ausreichend gewappnet zu haben.

Diese Richtlinie ist wahrlich ein sehr aufschlussreiches zeithistorisches Dokument.

Sie sei hier – so, wie sie uns 1979/80 in Moskau vermittelt wurde – auszugsweise zitiert.

„Für die Aufnahme in die Kommunistische Partei (Bolschewiki) gelten ab sofort in Bezug auf Kandidaten- Dauer und beizubringende Partei- Bürgschaften folgende Kriterien für folgende Bewerber :

1. Arbeiter und andere Rotgardisten haben 3 Bürgschaften vorzulegen, ihre übliche Kandidatenzeit beträgt 6 Monate.
2. Bauern haben 5 Bürgschaften vorzulegen, ihre übliche Kandidatenzeit beträgt 12 Monate.
3. Angestellte haben ebenfalls 5 Bürgschaften vorzulegen, die von einem Gebietskomitee der Partei bestätigt worden sind; ihre übliche Kandidatenzeit beträgt 12 Monate.
4. Bürger, die aus einer anderen politischen Partei zu den Bolschewiki übertreten wollen, haben gleicherweise 5 Bürgschaften vorzulegen, wobei 2 dieser Bürgschaften von solchen Parteimitgliedern gegeben werden müssen, die bereits vor der Revolution des Jahres 1917 Mitglied der Bolschewiki gewesen waren; alle diese 5 Bürgschaften müssen seitens des ZK der Bolschewiki bestätigt worden sein; die übliche Kandidatenzeit dieser Bewerber beträgt ebenfalls 12 Monate.“

Interessant ist die Vorzugsbehandlung *a l l e r* Rotgardisten, unabhängig von sozialer Herkunft und eventuellem vorherigen politischen Engagement. Dadurch gelangten auch nicht wenige Gymnasiasten und Studenten aus ehemals gehobenen Gesellschaftskreisen damals zu einer Vollmitgliedschaft bei den Bolschewiki, *n a c h* dem erfolgreichen Oktober- Coup.

Erst im Jahre 1938 wurde die vorstehende Kategorisierungs- Direktive aufgehoben, zu Gunsten einheitlicher Kriterien für eine *j e d e* Partei- Aufnahme.

Trotzki, frisch berufener „Kriegskommissar“, ebenso wie Lenin, „Chef des Ganzen“, drängten im Winter und Frühjahr 1918 in den Spitzengremien der Bolschewiki nachhaltig auch darauf, dass der zügige Auf- und Ausbau der „*R o t e n A r m e e*“ nicht von der Dringlichkeitsliste vorrangiger Aufgaben gestrichen wurde.

Sicherlich, die überraschend „glatt“ abgewickelte Eroberung der Petersburger zentralstaatlichen Schlüsselpositionen und die „extreme Ausdünnung“ der großen einstigen Zarenarmee im Ergebnis der Dekrete „Über den Boden“ und „Über den Frieden“, die nachfolgend unverzüglich in die Wege geleitete ökonomische Entmachtung der Großgrundbesitzer durch die Bodenreform – wobei zumeist neu gebildete örtliche „Sowjets der Arbeiter und Bauern“ die treibenden Kräfte waren –, *a l l ’* das hatte zunächst weitgehend landesweite aktuelle Akzeptanz der eingetretenen Veränderungen im staatlichen Machtgefüge bewirkt.

Dennoch – es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die derzeit politisch, teilweise auch ökonomisch entmachteten gesellschaftlichen Gruppen ihre Schockstarre überwunden und sich zu massiven Gegenschlägen gegen das unerwartet weitflächig und heftig ausgebrochene allgemeine „Revolutionsfieber“ organisiert haben würden.

Zudem war es völlig offen, wie sich die ausländischen Großmächte zu den radikalen inner-russischen Veränderungen positionieren würden. Die führenden Kräfte der Revolution wussten, dass der schnelle Friedensschluss mit Deutschland nur „e i n e Seite der Medaille“ war, die Kriegsbündnispartner des Zarenreiches diese Vereinbarung als „Schlag unter die Gürtellinie“ empfinden mussten, man folglich von dieser Seite ebenfalls bald mit starken Gegenmaßnahmen zu rechnen hatte.

Allen diesen dräuenden Gefahren war nur durch eine ernsthafte *m i l i t ä r i s c h e* Kraft zu begegnen, die ein erheblich größeres Potential besitzen musste, als die in den Oktoberwochen entstandenen Bürgerkriegs- Milizen der „Roten Garden“.

Aber welche militärisch wirklich relevanten Potentiale kamen als Kandidaten für die neu zu formierenden Streitkräfte der jungen Sowjetmacht in Frage ?

Auf wen konnte man – auch unter Ausnutzung der aktuellen politischen Macht – konkret zurückgreifen ?

Gewiss – die „Roten Garden“ durfte man dabei nicht aus dem Blickfeld verlieren. Durch die gelungene Machtergreifung in ihrem politischen Selbstwertgefühl massiv stabilisiert, besaßen ihre Mitglieder dennoch zumeist keinerlei nennenswerte militärfachliche Ausbildung.

Auch ihre innere Stabilität, ihre kameradschaftliche Kohärenz, durften nicht überbewertet werden. Selbst wenn ihr Kern aus klassenbewussten Arbeitern bestand, insbesondere aus qualifizierten Facharbeitern der Petersburger Großbetriebe, so kamen gelegentlich sogar die Gruppenführer, insbesondere aber die intellektuellen Berater der Arbeiter- Kommandeure sehr häufig aus völlig anderen Sozietopen – selbst aus der Künstler- Boheme –, hatten sich nicht selten erst vor Kurzem der Arbeiter- Bewegung angeschlossen. Nicht zu übersehen waren die vielen enthusiastischen Gymnasiasten und Studenten in ihren Reihen.

Angesichts dieser inneren Struktur, auch der vielen Familienväter unter den Gardisten aus proletarischem Milieu, hielt sich – z. B. – eine landesweite Disponibilität der „Roten Garden“ in engen Grenzen.

Und – wie schon angesprochen – im Waffenhandwerk ausgebildet und wirklich geübt waren nur die allerwenigsten der damaligen Rotgardisten.

Letzteres konnte man von den „Kronstädter Matrosen“ wahrlich nicht sagen.

Die Garnison der Kronstädter Marinebasis vor der Newa- Mündung in der Ostsee hatte sich bereits am 25. November 1917 vollständig dem Kommando der Revolutionsführer unterstellt und in den ersten Wochen nach dem gelungenen Coup die Stabilität der machtpolitischen Gegebenheiten in und um die Landeshauptstadt garantiert.

Die einstige Elite- Einheit des Zaren war eine militärisch vorzüglich ausgebildete, von jedem Gegner bei kriegerischen Auseinandersetzungen unbedingt beachtenswerte Truppe. Und sie hatte im Verlauf der ersten Monate nach der Oktoberrevolution auch nur einen minimalen „Schwund“ erlitten – nur sehr wenige Matrosen entstammten typischen Bauernfamilien mit persönlichen Interessen an einer Berücksichtigung beim begonnenen großen Landverteilen. Die Kronstädter Matrosen und Marinesoldaten waren unstrittig Elite- Kämpfer – nur, ihre Zahl war „übersehbar“, und es handelte sich bei ihnen um S e e – Krieger, deren spezielles Können auf m a r i t i m e Auseinandersetzungen ausgerichtet war, nicht auf langwierige Landkriege, nicht auf extreme Gewaltmärsche, usw.

Neben den „Kronstädtern“ standen der jungen Sowjetregierung im Winter 1918 auch die nach dem Bekanntwerden der „Boden- und Friedensdekrete“ in den Garnisonen der Hauptstadt und ihres Umlandes verbliebenen Reste einiger Sicherungseinheiten der einstigen Zarenarmee zur Verfügung.

Dennoch, einige Monate nach dem großen Erfolg des „roten Oktober“ waren die nunmehr mit dem Titel „Rote Armee“ bedachten bewaffneten Männer in ihrer Gesamtheit alles andere als ein für nachhaltige infanteristische Kampfhandlungen hinlänglich schlagkräftiger Kampfverband.

Insbesondere Lenin blieb hartnäckig dabei, wenngleich es vielen langjährig der Partei und ihren Idealen eng verbundenen Bolschewiki „total gegen den Strich“ ging – die Revolution hatte nur dann eine reale Chance, auf Dauer erfolgreich zu sein, wenn es b a l d gelang, e r h e b l i c h e Teile des russisch geprägten und traditionsreichen Landheeres der einstigen zaristischen Streitkräfte, durch harten Kriegseinsatz geprägte Soldaten, für die Bolschewiki und den von ihnen eingeschlagenen politischen Weg zu gewinnen. Dabei genügte es nicht, dass diese Männer der Revolution ihre Sympathie schenkten – sie waren unverzichtbar als

m i l i t ä r i s c h e Kämpfer, bereit für einen militärischen Einsatz bis zum endgültigen Sieg der sozialistischen Revolution auf russischem Boden.

Lenin und Trotzki setzten sich auch in dieser Sache in den zentralen Parteigremien letztlich durch.

Besondere Aufmerksamkeit wurde nun den Korporalen und Sergeanten geschenkt, dem Unteroffizierscorps des Landheeres in seiner Gesamtheit.

Trotzki hat diese zwischen Mannschaftsdienstgraden und Offizieren stehende Schicht gelegentlich mit dem deutschen anatomischen Begriff „Bindegewebe“ bezeichnet – er entstammte dem ursprünglich deutschen Judentum des Ostens –, als „menschliche Substanz“, die für den inneren Zusammenhalt einer großen Armee unverzichtbar ist.

Insbesondere die l a n g g e d i e n t e n , auf Kompanie- Ebene tonangebenden Haupt- und Stabsfeldwebel garantieren wohl tatsächlich weltweit die Kleingruppen- Kohärenz jedes Landheeres. Zumeist gleichen Soziotopen wie die Masse der Soldaten entstammend, haben sich diese Männer im Verlauf langer Jahre in ihre Positionen hochgedient, stehen jungen Soldaten dann – in gewissem Sinne – als ersatzväterliche Leitbilder zur Verfügung, während die ihnen übergeordneten Offiziere im Militär zumeist deutlich erkennbare eigene Sub- Soziotope bilden.

Die langgedienten oberen Dienstgrade des Unteroffizierscorps im einstigen Zarenheer hatten das von der Sowjetregierung offerierte Angebot einer unverzüglichen Demobilisierung vergleichsweise selten angenommen. Sie waren zu großen Teilen schon vor Kriegsausbruch Berufssoldaten geworden, sahen sich somit bis zum Erreichen ihres Pensionsalters als im Militär sozial hinlänglich abgesichert an. Die freie Kost und das freie Logis, auch der spärliche, aber fast immer pünktlich gezahlte Wehrosold gewährleisteten ihnen bisher in Friedenszeiten eine auskömmliche Existenz. Man war im Allgemeinen nicht bereit, diese soziale Stellung ohne zwingende Veranlassung aufzugeben.

Im Gegensatz zum kriegsverpflichteten Bauernsohn oder Jungbauern zog es sie auch nach der Revolution kaum zu einer eigenen Scholle, zu einem Engagement bei der durch das „Boden-Dekret“ ausgelösten Neuverteilung des bisher im Großgrundbesitz befindlichen Acker- und Weidelandes.

Da nach den Bauernsöhnen und Jungbauern – in einer zweiten Welle – auch viele Leutnants, Hauptleute und Rittmeister die Truppen an der Front verlassen hatten, um auf den heimat-

lichen Gutshöfen zu retten, was angesichts der begonnenen Bodenreform noch gerettet werden konnte, war den Haupt- und Stabsfeldwebeln in der verbliebenen Reststruktur des russischen Landheeres mittlerweile meist eine noch bedeutendere Position zugefallen, als sie von ihnen vor der Revolution ohnehin schon eingenommen worden war.

Totzki hat das alles damals sehr bald erkannt, orientierte nunmehr mit Nachdruck darauf, möglichst die gesamte Unteroffiziers- Struktur einzelner Truppenteile für eine aktive Teilhabe an den durch die Bolschewiki ausgelösten umwälzenden Veränderungen zu gewinnen, um auf einer solchen Basis schnell eine eigene, unter der roten Fahne stehende Kampfprote Streitmacht aufbauen zu können.

So bedeutsam das alte Unteroffizierscorps der einstigen Zarenarmee auch sein mochte, es ging – letzten Endes – bei diesem Problemkreis auch darum, ein ausreichendes Kontingent von gebildeten, militärfachlich qualifizierten Spezialisten zeitgemäßer Kriegsführung, also von erfahrenen Offizieren, „auf die Seite der Revolution zu ziehen“.

In dieser besonderen Angelegenheit stand Lenin wochenlang auf einer relativ isolierten Position.

Er hatte lange Jahre in Deutschland und der Schweiz gelebt, auch in den Jahren des Ersten Weltkrieges; er hatte wahrgenommen, dass eine erfolgreiche moderne Kriegsführung ohne den verfügbaren Rückgriff auf ein intellektuell differenziertes, militärtheoretisch und waffenkundlich solide ausgebildetes, praxiserprobtes Offizierscorps mittlerweile unmöglich geworden war.

Die Mehrheit seiner Mitstreiter in der Parteispitze hatte diese besondere und sehr spezielle „Schulung des Lebens“ nicht erfahren, und auch der „innere Charakter“ des Marxismus förderte erheblich die unbegründete Zuversicht in eine „Allmacht der puren Masse“.

Als sich dann Trotzki aber doch der dezidierten Auffassung Lenins anschloss, für den humanistisch eingestellten einstigen Truppen- Offizier des Zaren die Tür zur Roten Armee nicht völlig zu verschließen, wurde seine Auffassung zunehmend von der Mehrheit der Parteiführung zumindest toleriert.

Ideologisch problematisch sollte dieser „Drahtseilakt“ für lange Zeit bleiben.

Wie auch immer – letztlich fand sich zumindest das unverzichtbare Minimum qualifizierter Offiziers- Persönlichkeiten, um dem bald erfolgenden Ansturm ausländischer Interventions- Heere, wie auch der eigenen Konterrevolution in jahrelangen, zähen und opferreichen Revolutionskriegen erfolgreich widerstehen zu können.

Zum Verständnis dieses komplizierten, widersprüchlichen Prozesses sei ein Blick auf bestimmte Interna der speziellen sozialen Struktur des russischen Offizierscorps gegen Ende des Ersten Weltkrieges erlaubt, insbesondere der *u n t e r e n* Offiziersdienstgrade.

Wie in den Heeren großer europäischer Staaten jener Zeit üblich, hatten dort zu Friedenszeiten in den verschiedenen Leutnantsrängen die Absolventen diverser Offiziersschulen – insbesondere der Infanteristen, der Artilleristen und der Kavalleristen – dominiert. Diese jungen Berufssoldaten waren zeitgemäß ausgebildet worden, wobei insbesondere die russische Artillerie damals einen international sehr guten Ruf besaß.

Sie entstammten überwiegend den Familien alteingesessener, in der Regel geadelter Großgrundbesitzer, waren häufig „nachgeborene“ Söhne, die nicht mit einem erheblichen Anteil am dereinst anstehenden väterlichen Erbe rechnen konnten. Charakteristisch für sie – wie für den gesamten ausgedehnten russischen Landadel – war ihre intensive wechselseitige Versippung und Verschwägerung.

Zu Friedenszeiten dominierte folglich insbesondere in den Offizierskreisen des zaristischen *L a n d* heeres ein durch den üblichen Latifundienbesitz der Herkunftsfamilien dieser Männer geprägtes Weltbild. Es war keineswegs selten mit gewissen libertinären Ansätzen verwoben, jedoch fast durchweg auf den grundsätzlichen Erhalt der gegebenen Herrschaftsverhältnisse fixiert.

Der Verlauf des Weltkrieges hatte aber nunmehr auch in diesem Offizierskorps manches spürbar verändert.

Die durch Kriegshandlungen verursachten Ausfälle nachgeordneter Frontkommandeure – z. B. junger Leutnants, zur unmittelbaren Führung von Einsatztruppen abkommandiert, oft sehr erheblichen persönlichen Risiken ausgesetzt – hatten im Laufe des mehrjährigen Krieges erhebliche Lücken im betreffenden Ausgangsbestand gerissen.

Um es kurz gefasst und unzweideutig gesagt zu haben – ein großer Teil der jungen Leute aus dem Landadel hatte inzwischen an der Front den Tod gefunden.

Diese Verluste hatte man nur durch sog. „Bewährungsaufstiege“ von engagierten und umsichtigen Männern aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung kompensieren können. Da auch für militärische Führungsarbeit eine gewisse Allgemeinbildung unerlässlich ist, konnten im Ergebnis solcher Entwicklungen vorzugsweise ausreichend geschulte Abkömmlinge kleinbürgerlicher Familien sich über eine schließliche Erhebung in einen Offiziersrang freuen – im Russland des Zaren für die meisten von ihnen eine erhebliche gesellschaftliche Aufwertung.

Dessen ungeachtet wich die Weltsicht dieser neuen Offiziere in der Tendenz spürbar von den Grundüberzeugungen ihrer dem Soldatentod erlegenen Vorgänger ab.

Und da von den noch überlebenden jüngeren Offizieren aus dem Landadel sich nach Beginn der Bodenreform die meisten in Richtung ihrer heimatlichen Gutsbetriebe verabschiedet hatten, ergab es sich, dass im Jahr 1918 in der stark geschrumpften Truppe des Landheeres der Anteil über den Bewährungsaufstieg zu ihren Offiziersepauletten Gelangter unverhältnismäßig hoch geworden war.

Das waren nun junge Offiziere, bei denen verschiedene Ausprägungen bürgerlicher Gedankenwelten des begonnenen 20. Jahrhunderts dominierten.

Als Trotzki mit dem gezielten Ansprechen solcher geeignet erscheinender Frontoffiziere beginnen ließ, ob sie in der neuen Roten Armee bestimmte Kommando- Positionen zu übernehmen bereit seien, gemäß ihrer militärischen Qualifikation und Erfahrung, erfuhren die bolschewistischen Agitatoren jedenfalls überraschend oft eine positive Reaktion.

Sicherlich, in den letzten Wochen konnten sich diese Männer wohl kaum zu überzeugten Marxisten gewandelt haben – aber, sie waren Realisten.

Der rasante Siegeszug der bolschewistischen Führungsmannschaft, der nur sporadische Widerstand gegen die inzwischen landesweit angelaufene Bodenreform, die schnelle Ausweitung von Freiheits- und Revolutions- Euphorie angesichts des zielstrebigem Agierens der neuen Führungskraft, all' dies deutete zu jenem Zeitpunkt darauf hin, dass dem marxistischen Experiment durchaus ein nachhaltiger Erfolg beschieden sein könnte.

Der Unterschied zum etwa siebenmonatigen Dauerchaos nach der von verschiedenen bürgerlichen Kräften getragenen Februarrevolution war deutlich und ermutigend.

Zudem – welche anderen persönlichen Perspektiven boten sich den während des Krieges in das russische Offizierscorps aufgerückten Lehrers-, Handwerkermeisters- und Kaufmanns-Söhnen sonst noch angesichts des sich anbahnenden großen gesellschaftlichen Wandels an? Diesbezüglich Konkretes war kaum zu erkennen.

Es gab noch anderes, was manchen Infanterie- Leutnant, auch manchen Hauptmann der Artillerie bewog, sich schließlich zur Eidesleistung auf die rote Fahne der Revolution bereit zu finden.

Zum einen hatten sich die Bolschewisten mit Hilfe eines bemerkenswert unblutigen Aufstandes durchgesetzt, im Gegensatz zu den blutigen Gemetzeln des Februars.

Zum anderen waren alle Offiziere des einstigen Zarenheeres bereits nach der Etablierung der Provisorischen Regierung im letzten Spätwinter von ihrem Offiziers- Eid auf den Zaren

entbunden worden. Die zwischenzeitlich erfolgte Verpflichtung für die „Übergangslente“ hatte man nie als einen derart bindenden Akt empfunden, als dass ihr Bruch nunmehr größere Skrupel bewirkt hätte.

Jene Offiziere, die nun der Roten Armee beitraten, waren zumeist illusionslos gewordene Männer, die nach neuen Lebensinhalten und einem angemessenen Platz in der neuen Gesellschaft suchten. Später, während der bitteren Revolutionskriege, bildeten sie weitgehend in der Roten Armee das Gerüst ihrer militärisch- operativen Kommando- Struktur.

Sie haben – in ihrer großen Mehrheit – redlich die übernommenen Pflichten erfüllt, Kampfesmut und Standhaftigkeit im Gefecht nicht selten mit ihrem Leben bezahlt.

Nach dem endlichen Sieg der bolschewistischen Streitkräfte fanden sie zumeist in mittleren Kommandeurs- Positionen der Roten Armee weitere Verwendung, zumindest bis in die 30er Jahre.

Was Stalin sehr vielen von ihnen dann antat, gehört zu einem anderen Kapitel der Zeitgeschichte.

Noch erfolgreicher als bei den Offizieren der einstigen Zarenarmee waren die Agitatoren Trotzki tatsächlich bei ihrem Werben im Unteroffizierscorps dieser Formationen.

Insbesondere die vielen Berufssoldaten unter ihnen vollzogen – wie von Trotzki erwartet – meist sehr schnell ihren individuellen Schwenk zur Roten Armee.

Doch gerade aus dieser Gruppe sollten später, während der Bürgerkriege, nicht wenige ein weiteres Mal die Fahne wechseln, zu den „Weißen“ überlaufen, zu den phasenweise recht erfolgreichen Truppen der Konterrevolution.

Kann man ein solches Verhalten als Ausdruck sich anbahnender Söldner- Mentalitäten interpretieren ?

Vermutlich „ja“!

Den Ausschlag für den zunächst abverlangten „ r o t e n “ Fahneneid dürften auch damals schon bei den Korporalen und Sergeanten überwiegend „persönliche“ Gründe gegeben haben, ähnlich wie bei ihren zum Übertritt bereiten vorgesetzten Offizieren.

Zudem sah mancher wackerer altgedienter „Starschina“, vergleichbar mit dem deutschen „Stabsfeldwebel“, durch diesen Schritt die Erfüllung eines langgehegten Traumes in möglicherweise g r e i f b a r e r Nähe – den Sprung vom Unteroffiziers- in das Offizierscorps. Für alle Männer aus den dereinst „niedrigeren“ sozialen Schichten des weiten Russenlandes

bedeutete ein derartiges Avancement in jenen Jahren eine eminente „Standeserhöhung“, noch weit bedeutsamer, als die Bewährungs- Beförderung eines jungen Kaufmanns- Sohnes in einen Leutnants- Rang.

Der Bestand an Truppenteilen, die sich in ihrer Stabsstruktur dem Kommando der bolschewis-tisch geprägten Petersburger Revolutionsregierung unterstellten, wuchs jedenfalls in den Monaten des Spätwinters und Frühjahres 1918 gewaltig an.

Die Regierung der Sowjets verfügte jetzt damit nicht nur in ihrer Deklamation und Propaganda über eine Rote A r m e e, sondern nunmehr wirklich über eine militärisch ernst zu nehmende Streitmacht kriegserfahrener Truppen.

Doch dadurch war ein anderes Problem für die Männer um Lenin und Trotzki aktuell geworden – es gab kaum bewährte Bolschewiki, verlässliche „Parteisoldaten“, die angesichts ihres bisherigen Lebensweges ernsthaft für die Übernahme von h ö h e r e n militärischen Kommando- Posten in Frage kamen.

Doch konnte man nun das absolute Kommando, die durch den militärischen Befehl vollzogene Führung der vermutlich bald wieder in verlustreiche Kämpfe verwickelten Truppeneinheiten wirklich guten Gewissens uneingeschränkt einstigen Offizieren des Zaren überlassen ?

Die Meinung in den Spitzengremien der Partei war in dieser Frage einhellig – eine solche „Blauäugigkeit“ erschien ausnahmslos allen Genossen politisch allzu riskant.

Im Ergebnis der nachhaltigen Diskussionen hierzu entstand das für die sowjetischen Streitkräfte, bis zum staatlichen Ende der UdSSR, charakteristische System der d o p p e l t e n K o m m a n d o f ü h r u n g, d. h., der Führung durch den verantwortlichen militärischen Kommandeur und einen ihm stets zur Seite stehenden sog. „politischen Kommissar“.

In laufenden Operationen verblieb die absolute Kommandogewalt allerdings grundsätzlich beim m i l i t ä r i s c h e n Führer der Einheit.

Vorrangige Aufgabe des ihn begleitenden Kommissars war seine Beratung hinsichtlich der Erfüllung aller strategischen Vorgaben seitens der obersten, von den Bolschewiki verkörperten politischen Führung, und eine Meldung an selbige im Falle erheblicher Abweichungen hiervon durch den militärischen Chef.

Der politische Kommissar sollte – gegebenenfalls – auch als Interessenvertreter der Mannschaft gegenüber dem militärischen Kommandeur auftreten, quasi als Ombudsmann. Anderer-

seits hatte er zur Durchsetzung von Ordnung und Disziplin beizutragen, auf korrekte Befehlsausführung seitens der Mannschaft und jedes einzelnen Soldaten zu dringen.

Selbstverständlich trug er die Verantwortung für die laufende politische Schulung der gesamten Einheit.

Bei Vorliegen „besonderer Umstände“ wurden den politischen Kommissaren – oder „Politkommissaren“, wie bald das formelle Kürzel lautete – über das Vorstehende hinausgehende Sondervollmachten erteilt, z. B. auf dem Gebiet der Militärgerichtsbarkeit.

In späteren Zeiten erhielten die Politkommissare reguläre militärische Ränge, in der Regel einen im Vergleich zum militärischen Kommandeur um eine Stufe niedrigeren Rang.

Spätestens im Sommer 1918 hatten die vor allem durch die Jugend des großen Russenlandes zumeist in erwartungsfroher Euphorie durchlebten ersten Monate nach der Oktoberrevolution endgültig ihr Ende gefunden.

Die Bürgerkriege der nachrevolutionären Periode hatten mittlerweile begonnen, breiteten sich zusehens über das ganze einstige Zarenreich aus.

Das Kriegsglück schwankte heftig, zeitweilig hatten die von den Großmächten des Westens nachhaltig unterstützten antibolschewistischen Kräfte – landläufig „die Weißen“ tituliert – deutlich die Oberhand gewonnen, doch letzten Endes siegten „Rote Armee“ und das bereits zu Revolutionsbeginn inaugurierte Sowjet- System unter der Regie der Bolschewiki, der Kommunistischen Partei der späteren Sowjetunion.

Die heftigen Kriege stürzten das ganze Land in unermessliches Elend, wurden mit zunehmender Grausamkeit – auf beiden Seiten – geführt. Todesurteile und Erschießungen ohne jegliches Gerichtsverfahren, bis hin zu völlig willkürlichen Tötungen von an der jeweiligen Auseinandersetzung absolut Unbeteiligten waren zeitweise Alltagserscheinungen, die kaum noch Beachtung fanden.

Weitaus größer noch als die Zahl der Toten in Folge von Gewalttaten war, indessen, die Zahl der in Folge von Hunger und Unterernährung Verstorbenen.

Diese schlimme Zeit hat in verschiedener Form in Medien und schöngeistiger Literatur eine nachhaltige Reflexion gefunden.

Boris Pasternak hat für sein Epos zu diesem Thema, für den Roman „Dr. Schiwago“, den Nobel- Preis erhalten, und das ergreifende Lied „Weißt Du es noch...“ aus seiner Verfilmung

gehört bis heute zu den in Musiksendungen des Hörfunks weltweit am häufigsten gespielten Melodien des letzten Jahrhunderts.

Wir wollen hier auf diese Geschehnisse nicht im Einzelnen eingehen, doch zur beispielhaften Demonstration der damals mit großer Selbstverständlichkeit exekutierten Grausamkeiten die uns Moskauer Kursanten der Jahre 1979/80 auszugsweise mitgeteilte „Leitlinie der Bolschewiki zum Umgang mit Staatsfeinden“ zitieren.

„Personen, die offensichtlich als **F e i n d e d e r R e v o l u t i o n** einzuordnen sind, sind in streng überwachten Lagern zusammenzufassen.

Personen, die erhebliche feindliche Aktivitäten gegen den Sowjetstaat unternommen haben, unterliegen der **T o d e s s t r a f e**.

Ihre Vollstreckung setzt allerdings überzeugend bewiesene derartige Aktionen voraus. Liegen lediglich Verdachtsmomente vor, darf die Todesstrafe nicht vollstreckt werden.

Bei überführten feindlichen Agenten ist nur bei Vorliegen besonderer Sachverhalte von der Todesstrafe abzusehen.

Für Personengruppen mit einer tendentiell negativen Haltung zur Revolution kann Zwangsarbeit bei Belassung in den gewohnten häuslichen Verhältnissen angeordnet werden.“

Die vorstehend umrissenen Maßnahmen des „Roten Terrors“ wurden von Lenin nachdrücklich unterstützt.

Wozu einige spezielle Bemerkungen angebracht sind.

Lenins deutsche Sprachkenntnisse waren beachtlich.

Die Lektüre deutschsprachiger Literatur bereitete ihm keine nennenswerten Schwierigkeiten, auch nicht jener geschichtswissenschaftlichen Traktate, die vor dem Ersten Weltkrieg in der Schweiz über die Periode der Reformation und der Bauernkriege im südlichen deutschen Sprachraum in Umlauf waren.

Luther und Zwingli, auch Calvin sollen Lenin zeitweise erheblich interessiert haben, die beiden Letztgenannten bekanntlich einstige Bürger seines damaligen Wirtslandes.

Der sog. „Große Deutsche Bauernkrieg“ mit seinem dramatischen Höhepunkt und Ende im Jahre 1525 beschäftigte ihn in diesem Zusammenhang vermutlich besonders. Jedenfalls ist es überliefert, dass er damals in Gesprächen wiederholt auf die „Lehren aus der Niederlage der deutschen Bauern“ zurückkam. Und die zentrale Aussage besagter Lehren lautete – gelingt es

dereinst den gesellschaftlich Unterdrückten, in einer Revolution gegen die Kräfte dieser Unterdrückung die Oberhand zu gewinnen, müssen sie bereit sein, diese Oberhand notfalls mit äußerster Brutalität zu verteidigen !

Scheuen sie – aus welchen Gründen auch immer – davor zurück, sind sie dem Risiko von mitleidlosen, an Grausamkeiten kaum überbietbaren „Vergeltungsakten der noch einmal Davongekommenen“, ausgesetzt, d. h., Racheaktionen der alten Unterdrücker.

Damals, im 16. Jahrhundert, hatte ein erheblicher Prozentsatz der aufständischen süddeutschen Bauernschaft ihre naive Gutgläubigkeit mit der Ermordung durch die Soldateska eines Truchsess von Waldburg zu büßen.

Aus Lenins Sicht waren diese Lehren in neuerer Zeit durch die hemmungslosen Massenmorde an den französischen Kommunarden nach der Niederlage der Pariser Kommune im Jahr 1871 nachhaltig bestätigt worden.

## INNERSOWJETISCHE NATIONALITÄTENPOLITIK UND AUSSENPOLITIK DES JUNGEN SOWJETSTAATES

Lenken wir jetzt unser Augenmerk auf zwei Bereiche, deren zeitlose Wichtigkeit den Führern von Revolution und jungem Sowjetstaat stets bewusst geblieben war – auf die Nationalitäten-Politik innerhalb der neu entstehenden sozialistischen staatlichen Union, und auf ihre Außen-Politik.

Wir wollen mit dem für deutsche Leser relativ unvertrauten Feld *i n n e r s t a a t l i c h e r* Nationalitäten- Politik beginnen; und den auf spezielle sowjetische Sachverhalte bezogenen Ausführungen eine kurze allgemeine Replik zu „Nation und Nationalität“ voranstellen.

Es sind – nach allgemeinem Erkenntnisstand – vor allem Veranlagung und frühe Prägung, wodurch die charakterliche Entwicklung eines Menschen bestimmt wird.

Die alltägliche Wiederholung von Eindrücken und Erlebnissen bewirken beim jungen Kind eine bestimmte Beziehung zu seiner Umwelt und zu den Geschehnissen in dieser. Durch frühe Eindrücke und Erlebnisse bei ihm ausgelöste Empfindungen geben allmählich den Maßstab für das ab, was der junge Mensch als „normal“ ansieht.

Auf diese Weise beginnen sie, sein Weltbild auszuformen.

Und jeder ihm neu begegnende Mensch, der in Äußerem und Verhalten sein individuelles Weltbild in einem positiven Sinne hinlänglich bestätigt, wird dann auch von ihm emotional akzeptiert.

Ein solches Verhaltensmuster behält – im Großen und Ganzen – jeder Mensch lebenslang bei. Womit gesagt ist, dass bei auffälliger und bisher unbekannter Andersartigkeit des Begegnungspartners zunächst hinsichtlich seiner emotionalen Akzeptanz eine gewisse Zurückhaltung die Regel ist. Im Ergebnis eines gewissen – kürzeren oder längeren – Lernprozesses ändert sich dies, zumeist mit dem Ergebnis grundsätzlichen Akzeptierens, oder auch grundsätzlichen Ablehnens des neu Hinzugekommenen, sowie einer Erweiterung des Normenbildes.

Der größte Einfluss auf die Normenprägung bleibt jedoch – im Regelfall – jenen Menschen vorbehalten, die dereinst unser *f r ü h e s* Weltbild bestimmt haben.

Im Wort „Nation“ steckt die Sinnbedeutung der lateinischen Vokabel „natus“, was seine Deutung im Sinne von „in ähnlichen Verhältnissen geboren sein“ zulässt, eines folglich ähnlichen Wirklichkeits - Bewußtseins, welches bei an erheblich andersartigen Orten Geborenen als erheblich anders beschaffen erwartet wird. Dem gemäß haben sich im Verlauf von Jahrhunderten bei großen Menschengruppen Zusammengehörigkeitgefühle entwickelt, die man unter dem Begriff des „Nationalempfindens“ subsumieren kann.

Es hat absolut nichts mit rechtsextremem politischen Gedankengut zu tun, wenn wir feststellen, dass diese spezielle Nuance von sozialem Gruppenempfinden bei der Mehrheit auch unserer Zeitgenossen sozialpsychologisch tief verankert ist – ungeachtet dessen, dass sich seit Menschengedenken immer wieder enorme gesellschaftliche Risiken ergeben haben, weil psychologisches Manipulationsgeschick populistischer Rattenfänger, durch ein Übersteigern nationaler Empfindungen, diese für verheerende militärische Auseinandersetzungen zu mißbrauchen verstand.

Nationen entstehen durch langwährende historische Prozesse. Innerhalb weniger Generationen – oder in gar noch kürzerer Zeit – sind sie nicht schaffbar, auch nicht durch außergewöhnlich subtile propagandistische Einwirkung.

Das nationale Element muß folglich als gegeben hinzunehmender Faktor einer jeden politischen Konstellation akzeptiert werden.

Eigensinniger Voluntarismus mit dem Ziel, diese Sachverhalte „außer Kraft“ zu setzen, hat auch in jüngerer Vergangenheit wiederholt maßgeblich zum Ende politischer Herrschaftsbereiche beigetragen, die mehrere Nationen – bzw. wesentliche Teile von solchen – unter ihrem Schirm vereint hatten. Selbst große und mächtige staatliche Konstrukte waren gegen die Wirkung diesbezüglich geltender historischer Prinzipien nicht gefeit.

Eine administrative Zusammenfassung national zu definierender Bevölkerungsgruppen zu einer vorgeblichen „neuen Gesamtnation“ erwies sich in der Regel – früher oder später – als realitätsfernes Bemühen, als absurder architektonischer Versuch der Schaffung eines „erschütterungsfesten Kartenhauses“.

Ihr Schicksal war zumeist das Versinken im Orkus der Geschichte.

Und so ist es auch der einstigen Weltmacht UdSSR ergangen, nach über 70jähriger Existenz.

Wenden wir uns dem Thema „en detail“ zu.

Die Multinationalität seiner Einwohnerschaft war für den Sowjetstaat von Anbeginn eine schwere Hypothek. Er hatte sie, über das Zwischenspiel der Kerenski- Zeit, vom Zarenreich übernehmen müssen.

In der Phase der unmittelbaren Vorbereitung des Oktober- Coups 1917 hatten die Bolschewiki – wie bereits zur Sprache gebracht – nachhaltig danach getrachtet, nationale Emotionen nicht-russischer Völker zu stimulieren, um auf diese Weise zusätzliche Potentiale für den geplanten Umsturz freizusetzen. Dass hierdurch für die Zeit nach dem erhofften Sieg die Basis für sich dann ergebende politische Probleme einer sehr speziellen Art gelegt wurde, verdrängten die bolschewistischen Kommando- Stäbe einstweilen.

Die in jener Phase verschiedenen ethnischen Gruppen gemachten, allerdings überwiegend „t a k t i s c h“ motivierten Avancen, bis hin zur Bereitschaftserklärung, separierungswillige Völker nach gelungener bolschewistischer Machtübernahme in die staatliche Unabhängigkeit entlassen zu wollen, entwickelten sich dann unversehens zu einem gewaltigen „Problemberg“ für die erfolgreichen revolutionären Gipfelstürmer des roten Lagers.

Die nunmehr, selbstverständlich, sehr daran interessiert waren, das einstige Zarenreich möglichst k o m p l e t t in den neuen sowjetischen Großstaat zu überführen.

Man geriet jedenfalls zeitweise in eine gewaltige Glaubwürdigkeits- Bedrängnis.

Erst nach jahrelangem Manövrieren und Fintieren, nach diplomatischen Winkelzügen und Bemühungen verschiedener Art, auch mancher ausgesprochen brutaler Operation, ist es dann schließlich den bolschewistischen Führungszirkeln gelungen, zumindest den Kern der gewaltigen Landmasse, die wichtigsten Lagerstätten der Bodenschätze, ein ausreichendes Volumen landwirtschaftlicher Recourcen, auch die Mehrzahl der industriellen Zonen des untergegangenen Zarenreiches für die anbrechende Epoche des Sowjetzeitalters zusammenzuhalten.

Wie bekannt, waren die Russen in dem neu strukturierten Staatsverband die zahlenmäßig bei weitem stärkste Nation – aber sie stellten n i c h t die M e h r h e i t der in ihm vereinten Staatsbürger.

Den etwa 43 % sog. „Großrussen“ standen in den verbleibenden 57 % der Bevölkerung etwa 100 Völker und Völkerschaften gegenüber – eine ethnische Buntheit und Breite, die sich nur durch die bikontinentale Ausdehnung der neuen Sowjetunion erklären ließ, ihre Verankerung sowohl in Osteuropa, als auch in Nord- und Zentralasien.

In der großen Mehrzahl handelte es sich dabei um eher kleine Ethnien, wenn auch zu den vielen Völkern und Völkerschaften einige mit ebenfalls bemerkenswerten Kopffzahlen zählten. Zu nennen sind hier insbesondere die mit den Großrussen – oder Russen „in engerem

Sinne“ – ethnisch eng verwandten Ukrainer und Weißrussen, die in den Jahren unmittelbar nach der Revolution wohl auch deshalb besonders erbittert um die Anerkennung ihrer eigenen ethnischen Identität kämpfen mussten.

Auch „Kongresspolen“ – eine Schöpfung des Wiener Kongresses nach dem Untergang des Napoleonischen Kaiserreiches – hatte damals seit etwa 100 Jahren zum Zarenreich gehört. Gemäß formalem Völkerrecht besaß es zwar eine eigenstaatliche Entität, war jedoch dereinst „für immer und ewig“ dem russischen Zaren als Staatsoberhaupt unterstellt worden.

Ähnlich verhielt es sich mit dem einstmals schwedischer Oberhoheit entwundenen, nunmehr Russland beigefügtem „Großfürstentum Finnland“, von den europäischen Großmächten als „subarktisches Grenzterritorium“ kaum beachtet. Die Finnen hatten bislang nie über eine international allgemein anerkannte Eigenstaatlichkeit verfügt, und da die Zaren es zumeist recht gut verstanden, sie ihr gewohntes karges Leben weiterleben zu lassen, hatten sich dort kaum jemals größere politische Unruhen entfaltet.

Wohl vor allem deshalb, weil Finnland arm war und geopolitisch als nicht sonderlich bedeutsam galt, entließ man es nach der Oktoberrevolution ohne dramatische Auseinandersetzungen in die jetzt auch von den Finnen erbetene Eigenstaatlichkeit. Dabei wurden auch die besonderen Interessen Schwedens berücksichtigt, zu welchem man – als Nachbar in einem erweiterten Sinne – sich seitens der Bolschewiki „von vorn herein“ ein möglichst spannungsfreies Verhältnis sichern wollte. Ein staatlich selbständiges Finnland bedeutete für Schweden, nunmehr gegenüber dem russischen Giganten durch einen ziemlich weitflächigen und unwegsamen Pufferstaat gesichert zu sein.

In Bezug auf Polen lagen diese Dinge aber erheblich anders.

Polen war vor langer Zeit, in den Jahren des Überganges vom Spätmittelalter zur Neuzeit, insbesondere während seiner Union mit dem damals sehr kriegerischen Litauen, eine in Europa sehr respektierte Großmacht gewesen. Das gemeinsame Territorium der polnisch-litauischen Staaten-Union reichte zeitweise von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, selbst mit dem islamischen Krim- Chanat hatte man eine gemeinsame Staatsgrenze.

Und Polens Bestreben war es lange Zeit gewesen, zur absoluten Dominante im gesamten ost-europäischen Raum aufzusteigen, was zu einer anhaltenden und oft blutig ausgetragenen Konfrontation mit den damaligen großrussischen Fürstentümern geführt hatte.

Der polnische Expansionsdrang Richtung Osten kam erst dann zum Erliegen, als es selbst als ein potentiell Expansionsgebiet für die aus Wien regierten Länder der Habsburger Krone und den Preußisch- Brandenburgischen Staat interessant wurde, welchen Bestrebungen sich schließlich sehr gerne das erstarkte russische Zarenreich anschloss.

Ungeachtet der ethnischen Verwandtschaft von Polen und Russen hatte dieser historische Prozess, schließlich das angestrengte Leben in Kongress- Polen unter einer nachhaltigen russischen Dominanz zu tief verwurzelten Gefühlen gegenseitiger polnisch- russischer Antipathie geführt, ähnlich dem aktuellen emotionalen Beziehungsgefüge zwischen Juden und Arabern.

Dessen ungeachtet war Kongress- Polen, im Unterschied zu Finnland, zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der wirtschaftlich bedeutendsten Regionen des gesamten zaristischen Herrschaftsbereiches geworden, dank seiner Nähe zum zentraleuropäischen Wirtschaftsraum und vieler traditioneller Beziehungskontakte, u. a. in die böhmischen und sächsischen Industrie- Regionen. Der einstige zentralpolnische „Landflecken“ Lodz konnte, z. B., im Verlauf weniger Jahrzehnte um die vorvergangene Jahrhundertwende im Ergebnis eines rasanten Wachstums seiner Textilbetriebe in geradezu extremem Tempo zur Großstadt „emporwuchern“. Auch andernorts hatte es beachtliche ökonomische Entwicklungen gegeben.

Der junge Sowjetstaat wollte jedenfalls „seinen Teil von Polen“ nicht ohne Widerstand in die sich nach Beendigung des ersten Weltkrieges formierende Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Polens entlassen.

Gegen Ende der innerrussischen Revolutionskriege wurde deshalb die geballte Macht der inzwischen kampferprobten Roten Armee gegen den entstehenden polnischen Staat – der mittlerweile auch Kongress- Polen umfasste – in Marsch gesetzt. Allein, die wohl allzu selbstsicher gewordenen Streiter Sowjetrusslands erlitten durch erbittert für ihre Heimat kämpfende Polen eine katastrophale Niederlage.

Schließlich musste man von sowjetischer Seite das umkämpfte Kongress- Polen doch „abschreiben“, dem neuen polnischen Staat in den friedensvertraglichen Vereinbarungen sogar einen vergleichsweise großen territorialen Bereich überlassen, mit multinational besiedelten Gebieten der Ukraine und Weißrusslands.

Diese kamen erst wieder in den 40er Jahren in eine von Moskau aus gesteuerte Staatlichkeit.

Wie in der Sowjetarmee spielten in den siegreichen polnischen Verbänden jener Zeit vorzügliche Kavallerieverbände eine herausragende Rolle, die durch „Maschinengewehr- Droschken“ verstärkt waren. Ihr Kommandeur war ein Mann namens Pilsudski, ein Spross aus altem

polnischen Adel. Später ernannten ihn die Polen zu ihrem Marschall, bis Mitte der 30er Jahre fungierte er gar als ihr Staatschef.

Ein einstiger Schulkamerad Pilsudskis, ebenfalls Abkömmling des alteingesessenen polnischen Landadels, wurde etwa zu gleicher Zeit von Lenin als Chef des unter dem Namen „Tscheka“ bald überall gefürchteten sowjetischen geheimdienstlichen Terrorapparates eingesetzt – Felix Dzerschinski. In das Deutsche übersetzt lautete die volle Bezeichnung besagter Organisation „Außerordentliche allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage“.

Pilsudski und Dzerschinski waren zeitgleich Zöglinge des selben Warschauer Gymnasiums, einander auch persönlich bekannt.

Es überrascht, welche konträre Individualentwicklungen sich aus gleichem Soziotop ergeben können – und wie, andererseits, sich Träger herausragender Leistungspotentiale sehr oft als Angehörige bestimmter enger Cluster erweisen.

Also – Finnland, und etwas später auch das neu erstandene Polen hatten nach dem Verrauchen der Pulverschwaden des russischen Revolutionsgeschens mehr keinerlei staatsrechtliche „Sonderbeziehungen“ zu dem nunmehr sozialistisch ausgerichteten Nachfolgestaat des einstigen Zarenreiches, zu der Sowjetunion. Sie hatten den völkerrechtlich verbindlichen Status von **u n a b h ä n g i g e n N a t i o n a l s t a a t e n** erreicht.

Aber auch verschiedene andere Völkerschaften, die im Verlauf von Jahrhunderten integraler Bestandteil des ausgedehnten Zarenreiches geworden waren, doch auf keinerlei verbrieft staatsrechtliche Sonderstellungen verweisen konnten, strebten damals die Realisierung der ihnen im „Roten Oktober“ des Jahres 1917 seitens der Bolschewiki in Aussicht gestellten Eigenstaatlichkeit mit Nachdruck an.

Als Beispiel hierfür sei kurz auf die **T a t a r e n** eingegangen.

Sie verteilten sich zwar auf verschiedene plurinationale Siedlungsgebiete des Zarenreiches, besaßen aber auch ein „Hauptterrain“, in welchem sie die eindeutige absolute Bevölkerungsmehrheit stellten, im europäischen Raum östlich Moskaus gelegen. Sie waren die Nachfahren der Reste eines aus den Steppen Asiens stammenden Reitervolkes, das im Spätmittel-

alter, auch noch zu Beginn der Neuzeit „Herr und Meister Russlands“ gewesen war – bis dann eines Tages die Moskauer Kremel- Fürsten „den Spies umdrehen“ konnten.

Bei dem nun sich artikulierenden Streben der Tataren nach eigener Staatlichkeit dominierten – wie bei analogen Ansinnen manch anderer Ethnien – keineswegs rational durchkalkulierte Argumente, sondern in langatmig schwärenden Prozessen entstandene dumpfe Aggressionen gegen die bisherige gesellschaftliche Dominanz des Russentums, vor allem gegen ein ständiges „Bevormundet- Werden“.

Die Tataren werteten das Verhalten der durch Russen dominierten zaristischen Verwaltung in ihrem Land, auch der inzwischen weitgehend russifizierten einheimischen Oberschicht in ihrer Gesamtheit, als Ausdruck eines generellen „großrussischen Überlegenheits- Dünkels“, den man nicht mehr hinzunehmen bereit war – ungeachtet teilweise durchaus respektabler Entwicklungsimpulse, die man seitens des russisch gesteuerten Staatsapparates erfahren hatte.

Diese Sachverhalte, die im Laufe der Zeit sozialpsychologisch zunehmend bedenklicheren Entwicklungen, waren in den Petersburger Machtzentralen des Zaren mittlerweile gut bekannt geworden. Und man war dort keineswegs untätig geblieben, hatte in mannigfacher Weise all dem entgegenzuwirken sich bemüht.

Beispielsweise waren die zentralen Instanzen des Zarenreiches seit einiger Zeit sehr engagiert gewesen, geeignet erscheinende einzelne Persönlichkeiten nichtrussischer Völker in bestimmten, vor allem repräsentativ ausgelegten Spitzenpositionen des Vielvölkerstaates zu etablieren, gewissermaßen als „Gallionsfiguren“ des vorgeblich multinational segensreichen herrschaftlichen Wirkens einer alle Untertanen umsorgenden Dynastie, der Romanows.

Die damit angestrebten massenpolitischen Effekte wurden hierdurch jedoch kaum bewirkt.

Konterkariert wurde jenes Bemühen der zaristischen Zentralgewalt vor allem durch solche Russen, die in nichtrussischen Territorialbereichen des Landes auf lokaler Ebene zu bestimmten persönlichen Machtpositionen gelangt waren. In der Regel hatten sie viel Arbeit und oft auch viel Geld investiert, waren nun keineswegs bereit, das von ihnen Erreichte aus „übergeordneter staatspolitischer Raison“ wieder aufzugeben.

Nicht umsonst lautete ein geflügeltes Wort jener Jahre : „Russland ist groß, und der Zar ist weit“ !

Erst dem rigiden Durchgreifen der auf einer gesamtstaatlichen Parteidiktatur beruhenden Sowjetmacht sollte ein gewisses Zurückdrängen des im Verlauf von Jahrhunderten entstandene-

nen Russismus in den außerrussischen Territorien des weiten Landes gelingen, auch in den vorzugsweise von Tataren besiedelten Gebieten, nachdem die Bolschewiki schließlich – mit „Ach und Krach“ – ihr Verbleiben im sowjetischen Staatsverband durchgesetzt hatten.

Es dauerte allerdings nicht lange, und die Zeitenläufe förderten eine erneute Dominanz des russischen Hauptvolkes der Sowjetunion in vielen jener Territorien des Landes, die von alters her von anderen Völkern bewohnt wurden – z. B. durch das Herbeiziehen unverzichtbarer qualifizierter russischer Facharbeiter im Zuge der Industrialisierung bisher absolut agrarisch geprägter Gebiete außerhalb des russischen Kernlandes.

Die Begrenztheit des Erfolges beim sicherlich redlichen Bemühen insbesondere der sowjetischen zentralen Führungszirkel um eine von den **a u ß e r r u s s i s c h e n** Populationen der UdSSR tatsächlich als solche **w a h r g e n o m m e n e** nationale Gleichrangigkeit offenbarte sich im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts. Das immer noch nur unzureichend gelöste „Nationalitätenproblem“ der Sowjetunion, inklusive des gegen Ende der Sowjetmacht verzweifelt initiierten Versuches, dem besagten Problem durch Ausrufung einer umfassenden „Allunions- Nationalität“ ein Ende bereiten zu können, erwies sich schließlich als einer der gravierendsten Kausalfaktoren für das Zerbrechen der Weltmacht UdSSR.

Kehren wir zurück zu den Zeiten der Gründung dieses Staates zu Beginn der 20er Jahre, nach Revolution und Revolutionskriegen.

In der Regel **k o n z e n t r i e r t e n** sich die vielen Völker und Völkerschaften des aus dem Moskauer Kremel regierten Imperiums – mehr oder weniger – in bestimmten territorialen Bereichen der riesigen Landfläche. Doch für zwei gesellschaftlich nicht unwesentliche Ethnien des einstigen Zarenreiches traf dies nicht, oder nur sehr bedingt zu. Diese beiden Ethnien waren die Russland- Juden und die Russland- Deutschen.

Wenden wir uns zunächst unseren deutschen Landsleuten zu.

Die Vorfahren der Mehrheit des deutschen Bevölkerungssegments im einstigen Zarenreich waren dereinst im Verlauf lange zurück liegenden historischen Geschehens zum Status russischer Staatsbürger gelangt.

Im ostbaltischen Raum – Estland, Livland, Kurland – ansässige Deutsche hatten weitgehend, aber nicht ausschließlich, ihre genealogischen Wurzeln in tatkräftigen Persönlichkeiten,

welche vor Jahrhunderten im Zusammenhang mit hanseatischem Handel und Gewerbe dorthin gelangt waren. Oder sie waren im Zusammenhang mit Eroberungs- und Christianisierungsbemühungen spätmittelalterlicher deutscher Ritterorden in jene Gegenden gekommen. Die Nachfahren dieser Menschen, die „eisern“ an ihrer deutschen Identität festhielten, waren dann in Folge der durch Peter dem Großen angestoßenen West- Erweiterung des Zarenreiches unter seine Oberhoheit gelangt.

Andere Deutsche, nunmehr überwiegend in anderen Gegenden Russlands ansässig, hatten ihre Vorfahren vor allem in Übersiedlern, die zu Zeiten von Katharina der Großen und ihrer Nachfolger auf dem Zarenthron von Deutschland nach Russland gezogen waren.

Katharina, bekanntlich eine aus dem anhaltinischen Dessau stammende deutsche Fürstentochter, hatte lebenslang einen sehr realistischen Blick für die großen Chancen, die sich für das inzwischen durch sie regierte Russland durch ein nachhaltiges russisch- deutsches Kooperieren eröffnen konnten, und selbige weitgehend zu nutzen verstanden. Immer wieder waren von ihr deutsche Handwerker mit speziellen Kenntnissen und Fertigkeiten, qualifizierte deutsche Landwirte und Bauern zur dauerhaften Übersiedlung in ihr großes Reich eingeladen worden. Und immer wieder waren dann ansehnliche Trecks tatendurstiger, meist junger Leute aus dem in beklemmender Kleinstaaterei zerfallenen Deutschland auf diese Petersburger Offerten eingegangen.

Religiöse Verfolgungen bestimmter konfessioneller Gemeinschaften im deutschen Raum taten ein Übriges – im Gegensatz zur großen Mehrheit der deutschen Staaten garantierten die Zaren in ihren Landen eine absolute Religionsfreiheit.

So gab es dann zu Beginn des letzten Jahrhunderts bemerkenswerte Ansiedlungen von Deutschen im Wolga- Raum, im Weichbild der Zarenresidenz St. Petersburg, auch im Süden der Ukraine. Und in fast jeder größeren Stadt des russischen Kernlandes gab es eine größere oder kleinere deutsche Kolonie.

In der Tendenz gaben die Regierungen der Zaren sehr darauf acht, dass man seitens der örtlichen russischen Behörden mit den fleißigen, disziplinierten und viele neue Ideen in das Land der Reußen einbringenden Deutschen „anständig“ umging. Häufig wurden ihnen erhebliche Privilegien eingeräumt, z. B. langwährende Befreiungen von Steuer- Zahlungen und vom russischen Wehrdienst.

Auch für die schon erheblich länger im Zarenreich ansässigen deutschen Sippschaften – insbesondere des Baltikums – ergab sich durch solche politische Großwetterlagen von langer Dauer viel gesellschaftlicher Rückenwind, letztlich die Möglichkeit, länger als ein halbes

Jahrtausend sich als eine relativ selbständige Volksgruppe zu halten, zu entfalten, sich insbesondere in den Mittelschichten Estlands, Lettlands und Litauens stabil zu verankern.

Nun, diese deutsch- baltische Gruppe ist für die hier behandelten historischen Prozesse von nachgeordnetem Interesse, denn sie entging nach der Beseitigung der Zarenherrschaft im Jahre 1917 dadurch einer Überführung in die neue sowjetische staatliche Regie, dass den baltischen Regionen von Estland, Lettland und Litauen – bei Einbeziehung des einstigen Livlands und des einstigen Kurlands – in der Nach- Revolutions- Zeit recht bald die volle Eigenstaatlichkeit zugestanden wurde, „in Anlehnung“ an die Finnland- Lösung.

Die einstige russische Staatsbürgerschaft der Deutschbalten wandelte sich damit in eine estnische, lettische oder litauische Staatsbürgerschaft.

Jene einstige deutsche Untertanen des Zaren, die auf schließlich im Sowjetstaat verbliebenen Territorien langjährig ansässig waren, wurden jedoch Sowjetbürger, immerhin noch etwa zwei bis drei Millionen Menschen.

Mit der erklärten Absicht, auch den d e u t s c h e n Staatsangehörigen im Sowjetstaat einen Siedlungsraum zu geben, den sie in ihrer nationalen Verantwortung ausgestalten konnten, überantwortete man ihnen ein bestimmtes Territorium an der Wolga als „A u t o n o m e s d e u t s c h e s G e b i e t“.

Es hatte in diesem staatsrechtlichen Status bis zum Jahr 1941 Bestand, bis zum Einfall der deutschen Wehrmacht in die UdSSR.

Auch den im weiten Terrain des neuen Staates noch sehr viel verstreuteren Juden wurde, mit gleicher Argumentation, ein „Autonomes Gebiet“ zugewiesen, allerdings im unwirtlichen Sibirien.

Aber wie ging die Sowjetmacht mit den sonstigen etwa 100 nichtrussischen Völkern und Völkerschaften um, die man – entgegen einstigem Versprechen – nicht in eine beliebige Staatlichkeit nach dem Gusto jener Menschen entließ, sondern letzten Endes in die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ einband, in jenen Staat, der fortan von der Partei der Bolschewiki mit straffer Hand geführt wurde ?

Die „Regelung“ besagten Problemkomplexes war bald nach der Oktoberrevolution 1917 in die persönliche Verantwortung S t a l i n s gelegt worden. Das schlussendliche Finden eines

immerhin sieben Jahrzehnte tragenden konsensualen „modus vivendi“ gab seinem Wort fortan erhebliches politisches Gewicht, man sah die von ihm erreichten Lösungen in diesen Belangen seitens der Führung von Partei und Staat als sein politisches Meisterstück an. Jedenfalls eröffnete sich ihm jetzt der Zugang zum innersten Machtzirkel der Bolschewiki, den er später für seinen Aufstieg zum fast unumschränkten Alleinherrscher der Sowjetunion nutzen konnte.

Um es vorweg gesagt zu haben – es war dies keineswegs eine eingängigen Struktur-Prinzipien folgende, übersichtliche Lösung, keine systemische Aufschürung des vom Zarenreich übernommenen „multinationalen Konvolutes“, sondern eine pragmatische, die Interessen- und Machtpotentiale der einzelnen ethnischen Gruppen hinlänglich austarierende, *v i e l g e - s t a l t i g e* Verhandlungslösung.

Und Stalin hatte dabei keineswegs gescheut, immer wieder die diversen Druckmittel des zentralen Apparates der entstehenden Sowjetunion deutlich werden zu lassen.

Die Parteiführung der Bolschewiki war nach langen und verwinkelten Erörterungen bereit, Völkern und Völkerschaften mit einer nennenswerten Kopfzahl den besonderen Status einer „*S o z i a l i s t i s c h e n S o w j e t r e p u b l i k*“ zuzugestehen, unter der Voraussetzung, dass ihr Siedlungsraum eher randständig war, *n i c h t i m Z e n t r u m* der zukünftigen Union lag.

Bei Ethnien, die sehr stark ausgeprägte, spezifische nationale Züge besaßen, war man hinsichtlich des Kriteriums „Bevölkerungsstärke“ relativ großzügig. So konnten im Kaukasus sowohl Georgier, als auch Aseris und Armenier für ihre Ethnien jeweils den Status „Sozialistischer Sowjetrepubliken“ erlangen, als eine in der Revolutionszeit entstandene kurzlebige „Transkaukasische Republik“ mit sanftem Druck aus Moskau wieder in das neu firmierte einstige territoriale Staatsmuster zurückgeführt wurde.

Die unter dem überwölbenden Schirm der „Union“ an der Seite Russlands entstehenden „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ hatten in der Tat beachtliche interne Rechte, waren aber allein schon durch ihre starke ökonomische Abhängigkeit an die russische Zentralmacht in der Union gebunden, auch wenn sie – formal gesehen – nur wenige politische Kernpotenzen völlig an die Moskauer Instanzen abgetreten hatten, z. B. Verteidigung und Außenpolitik. In diesem Punkt hatte sich Stalin offensichtlich an die staatsrechtliche Kontur der USA angelehnt.

Solche Autonomie- Festlegungen beinhalteten indessen für die Bolschewiki zur damaligen Zeit nur ein geringes Herrschafts- Risiko, da die entscheidenden Handlungsstränge der Union nicht durch den Staats- Apparat, sondern durch den Partei- Apparat der Bolschewiki dominiert wurden.

Und es gab in der gesamten „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ nur e i n e kommunistische Partei. Ihre Mitglieder waren – ungeachtet ethnisch- nationaler Zugehörigkeit und des amtlich registrierten Wohnsitzes – letztlich ihrer M o s k a u e r Zentrale zu einer a b s o l u t e n P a r t e i d i s z i p l i n verpflichtet, und nicht irgendwelchen Zwischenleitungen in den Republik- Hauptstädten, z. B. in Kiew, Minsk, Tbilissi, Erewan, Baku, Taschkent, usw.

Für die Masse der Bevölkerung jener Republiken düften die Konsequenzen der damit „festgeklopften“ politischen Machtstrukturen erst im Laufe der Zeit detailliert bewusst geworden sein.

Zu Gorbatschows Zeiten, in den 80er Jahren jedoch, w a r e n s i e e s !!

Kleinere Ethnien bekamen im Zuge der nachrevolutionären Unions- Gründung „A u t o – n o m e R e p u b l i k e n“, „A u t o n o m e G e b i e t e“, „A u t o n o m e K r e i s e“. Jedes dieser administrativen Konstrukte war – im Vergleich zu den „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ – mit wesentlich reduzierten Autonomie- Rechten ausgestattet.

Es erscheint gut nachvollziehbar, dass unter den damaligen Gegebenheiten der Status einer „Sozialistischen Sowjetrepublik“ für manches kleine Volk das „denkbar Höchste“ war, beispielsweise wohl auch für jenen Teil der Armenier, die einst Untertanen des Zaren gewesen waren, nahe der türkischen Grenze des nunmehrigen Sowjetstaates ihren Wohnsitz hatten, in und um die kaukasische Großstadt Erewan.

Für viele Armenier erfüllte sich damals mit einer solchen staatlichen Struktur ein lange geheg-ter Traum – die Wiedererlangung einer gewissen staatsrechtlich verbrieften Eigenständigkeit, wie immer diese auch beschaffen sein mochte.

In lange zurück liegenden historischen Epochen, bis hin zum Mittelalter, waren die Armenier in einem eigenen, selbständigen, und im regionalen anatolischen Raum sehr respektierten Staat organisiert. Sehr früh und autonom christianisiert, waren sie dem benachbarten byzantinischen Großreich oft gefragter Partner, gelegentlich auch potenter Gegner.

Doch im Zuge des Unterganges von Byzanz hatten auch sie ihre Eigenstaatlichkeit verloren, waren – bildlich gesprochen – zwischen dem Reich des russischen Zaren, dem Osmanischen Reich und verschiedenen Kaukasus- Völkern gleichsam „aufgerieben“ worden.

Ein sehr dramatisches Schicksal ereilte während des Ersten Weltkrieges jenen Teil des überdauernden Restes der Armenier, der auf seinem angestammten Terrain im osmanischen Staat lebte. Von offizieller türkischer Seite ausgelöst, kam es zu schweren Drangsalierungen dieser Menschen, zu ethnischen Verfolgungen, die mancherorts systematischem Genozid sehr nahe kamen.

Das kaiserliche Deutschland, zu jener Zeit ein enger Kriegsverbündeter der Türkei, befließigte sich angesichts solcher Schrecklichkeiten „diskreter Zurückhaltung“.

Jenes Geschehen lag zu Zeiten der bolschewistischen Revolution und der Startphase des Sowjetstaates nur wenige Jahre zurück.

Die nunmehr seitens der Sowjetführung getroffene Entscheidung, den nördlich ihrer Unionsgrenze zur Türkei siedelnden Armeniern den Status einer staatstragenden Nation zuzubilligen, verlieh damals dem ganzen armenischen Volk, wo immer es auch in der Diaspora sein Dasein fristen mochte, den emotional eminent wichtigen Boden existentiell gesicherter Souveränität. Sie stand dabei unter dem Schutz einer starken Schirm- Macht, die öffentlich jedem Nationalismus abgeschworen, sich nachhaltig einem altruistischen Internationalismus verpflichtet hatte.

Unter solchen Aspekten, in Sonderheit eingedenk der erst kürzlich in der Türkei erlebten Greuel, wurden manche bedenklichen weltanschaulichen Einfärbungen des auf einstigem Zarenboden entstandenen neuen Riesenreiches einstweilen zu einer nachrangigen Angelegenheit.

Das meiste Kopfzerbrechen bereitete der bolschewistischen Parteiführung die Entwicklung eines perspektivisch tragfähigen Konstruktes für jene Teile der Union, die ü b e r w i e g e n d vom Kernvolk der Russen besiedelt waren, aber e b e n n i c h t n u r von Russen.

Schließlich entschied man sich, dieses – einschließlich der Weiten Sibiriens – weit über die Hälfte der UdSSR umfassende ausgedehnte Terrain e b e n f a l l s als „U n i o n“ zu gestalten, gewissermaßen als n a c h g e o r d n e t e Union in der ü b e r g e o r d n e t e n

Union der UdSSR, als „R u s s i s c h e S o z i a l i s t i s c h e F ö d e r a t i v e S o w j e t R e p u b l i k“.

Man schuf also, etwas vereinfachend ausgedrückt, eine „Sowjet- russische Bundesrepublik“ i n n e r h a l b der UdSSR.

Und in besagter „Föderativen Republik“ – in welcher unzweideutig das r u s s i s c h e Element „das Sagen“ hatte – konnte nun eine Serie staatsrechtlich n a c h r a n g i g e r Gebilde etabliert werden. Im Vergleich zu den „Sozialistischen Sowjetrepubliken“, die man den Ukrainern, Weißrussen, Georgiern, Usbeken, usw. zugestanden hatte, war deren Rechte-Kanon, wie schon gesagt, erheblich reduziert.

Die bedeutendsten von diesem Arrangement betroffenen Völkerschaften – z. B. die Tataren – wurden mit einer „A u t o n o m e n R e p u b l i k“ bedacht, andere mit „Autonomen Gebieten“ oder „Autonomen Kreisen“.

Die „Autonomen Gebiete“ speziell der Deutschen und der Juden sind bereits an anderer Stelle in Kürze skizziert worden.

Natürlich war man von zentraler Moskauer Seite damals sehr bemüht, eine jede Völkerschaft davon zu überzeugen, dass die speziell für s i e gewählte Staatsform für sie die b e s t e sei.

Den Tataren – z. B. – versuchte man die Ablehnung einer weitergehenden Verselbständigung dadurch schmackhaft zu machen, dass man ihnen bildhaft ausmalte, wie ihre nun sehr direkte Einbindung in die zu erwartenden rasanten Entwicklungen beim russischen Zentralvolk auch allen Tataren einen besonders schnellen Weg in eine „lichte Zukunft“ verspräche.

Den mit quasi- selbständigen S o w j e t- Republiken beglückten größeren Völkern verdeutlichte man dagegen mit besonderem Nachdruck echte und angebliche Vorteile der B r e i t e des ihnen nun gewährten n a t i o n a l e n Entscheidungsraumes.

Stalin, der diesen gesamten Strukturierungs- Prozess orchestrierte, wusste es – eine nennenswerte Beunruhigung der verschiedenen Bevölkerungen in den betroffenen, geographisch größtenteils weit von einander entfernt liegenden Territorien durch die massiven Widersprüchlichkeiten der verschiedenen zentralen Argumentationslinien brauchte er kaum zu fürchten.

Der Hörfunk steckte damals weltweit in seinen ersten Anfängen, das Fernsehen wurde gar erst nach dem Zweiten Weltkrieg medientauglich. Und selbst die Printmedien waren in Anbetracht der kleinen Auflagen aller regionalen Zeitungen und der meisten anderen Druckschrif-

ten – es herrschte in der jungen Sowjetunion auch hinsichtlich Papier eine große Knappheit – in besagter Angelegenheit als „Risikofaktor“ kaum erwähnenswert.

Schließlich wirkten Traumen und Terror des Bürgerkrieges auch in dem Sinne lange fort, dass mittlerweile kaum jemand noch wegen einer – angesichts drängender T a g e s fragen – eher „nachrangigen Problemstellung Kopf und Kragen riskieren“ wollte.

Hauptmotiv für die durch die zentralen Moskauer Instanzen durchgesetzte nachhaltige Verschachtelung der Strukturierung speziell innerhalb der „R u s s i s c h e n Sozialistischen Föderativen Sowjet- Republik“ dürfte das Bemühen gewesen sein, im Inneren der hauptsächlichsten russischen Siedlungsgebiete, im „Herzen von Mütterchen Russland“, keinerlei ethnische Problemzonen zu riskieren.

In Sonderheit wollte man es auf gar keinen Fall zulassen, dass dort nichtrussische Enklaven entstanden, deren staatsrechtliche Position dann – und sei es auch nur sehr formal – allzu starke statuarische, gar völkerrechtlich relevante Potentiale ergab. Und der staatsrechtliche Mantel einer „Sozialistischen Sowjetrepublik“ barg schon damals – nach Meinung entscheidender Partei- Gremien – durchaus diesbezüglich erhebliche Risiken, gegebenenfalls bis hin zum Risiko staatlicher Separierung solcher nichtrussischer Enklaven von der Union. Der Verlauf der Geschichte sollte die Berechtigung dieser damaligen Sorgen dann tatsächlich dramatisch verdeutlichen.

Denn bei der Implosion des Riesenlandes in den Jahren 1989/91 erwies sich der Machtinstinkt der bolschewistischen Gründerväter des Sowjetimperiums – aus russischer Sicht – als äußerst segensreich für die Erhaltung einer immer noch sehr ausgedehnten, rohstoffreichen Landmasse unter der staatlichen Oberhoheit des nunmehr „absolut r u s s i s c h e n Moskau“, während alle ihm dereinst assoziierten „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ die gegebene Gelegenheit zum „Abnabeln“ nutzten, den Weg in die staatliche Selbständigkeit wählten, a u s n a h m s l o s !!!

War es zu Beginn der 20er Jahre noch geglückt, den Zerfall der einstigen weltpolitischen Macht des Zarenreiches nach dem großen politischen Wandel aufzuhalten, später sogar wieder erheblich auszubauen, ist die einstige Weltgeltung des großen Landes im Osten Europas und Norden Asiens nunmehr doch nur noch in erheblich dezimiertem Volumen gegeben.

Den Besitz ihres Kern-Territoriums, aber, konnten die Russen sich erhalten !!!

Nun zur Außenpolitik des jungen Sowjetstaates.

Von unserem zuständigen Lektor bekamen wir in Moskau zu diesem Thema einleitend zu hören :

„Das oberste Prinzip der sowjetischen Außenpolitik war bereits in dem schon zu Revolutions-Beginn erlassenen `Dekret über den Frieden` fixiert worden.

Es beinhaltete die Absicht friedlicher staatlicher Beziehungen mit allen international anerkannten Staaten, auf der Basis der Gleichberechtigung, bei gegenseitiger Verpflichtung zur grundsätzlichen Einhaltung aller bislang bilateral abgeschlossener Verträge, soweit diese nicht räuberischen Inhalts waren“.

Mit anderen Worten – man bat um internationale Akzeptanz des neuen Regimes, sicherte als Gegenleistung Friedfertigkeit zu, hielt sich aber mit der Klausel des Verhaltens- Vorbehalts betr. Verträge mit „räuberischem Inhalt“ ein „Hintertürchen“ offen.

Absichtserklärungen machen sich im Zusammenhang mit Bestrebungen zur Eröffnung neuer internationaler Kontakte wohl immer „recht gut“, sind aber dennoch kaum mehr als plakative Ankündigungen der zukünftigen diplomatischer Handlungsrichtungen.

Sie sind in der Regel viel s ch i c h t i g motivierte Prologe, lassen die Umrisse zukünftiger außenpolitischer Arbeit der hinter einer solchen Äußerung stehenden politischen Kraft nur im günstigsten Fall tatsächlich erkennen.

Und so war man seitens der Großmächte jener Zeit durch „edle Worte“ aus Sowjet- Russlands Revolutions- Zentrale zunächst keineswegs sonderlich beeindruckt, der sich konstituierende Sowjetstaat wurde von ihnen einstweilen konsequent „geschnitten“, zeitweise gar massiv bekämpft.

Außenpolitik ist vor allem das Erspüren erfolgsträchtiger internationaler Handlungsoptionen, das möglichst präzise Kalkulieren ihrer Risiken und zu beachtenden Nebenwirkungen.

Von sowjetischer Seite ist damals die durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges sich ergebende, nunmehr grundsätzliche Sonderrolle Deutschlands unter den großen

Industrienationen sehr bald voll erkannt worden – als ein immer noch großes Land mit hohem allgemeinem Entwicklungsstand, aber durch seine Situation als Kriegsverlierer für vermutlich lange Zeit massiven Pressionen der meisten anderen imperialistischen Großmächte ausgesetzt, zudem in Folge seiner jahrzehntelangen rabiaten Militärpolitik von aller Welt ständig mit Argwohn und großer Aufmerksamkeit beäugt.

Dennoch, „für sich gesehen“ war Deutschland vermutlich hinsichtlich seiner Wirtschafts- und Innovationskraft mittelfristig immer noch die „Nummer 1“ West- und Mitteleuropas.

Nachdem es Lenin gelungen war, mit Tschitscherin einen ihm persönlich sehr verbundenen Volldiplomaten aus dem einstigen diplomatischen Dienst des Zaren – zuletzt als Archivar im russischen außendiplomatischen Geheimarchiv eingesetzt – auf den unter den altgedienten „Berufsrevolutionären“ sehr gefragten Posten des „Sowjetischen Außenkommissars“ zu lancieren, wurden die aus der internationalen Sonderposition Deutschlands für den Sowjetstaat sich anbietenden Optionen professionell und zügig ausgelotet.

Auch in Deutschland erkannten die nach dem Sturz der Monarchie an das Staatsruder gelangten Männer die Gunst der Stunde, so dass nach vergleichsweise kurzer Verhandlungsdauer die für Sowjet- Russland und Deutschland gleichermaßen sehr vorteilhaften bilateralen Verträge von Genua und Rapallo geschlossen werden konnten

In ihrem Kern legten sie einen gegenseitigen Verzicht auf alle zwischen Deutschland und Russland strittigen Forderungen fest, sowie eine enge ökonomische Zusammenarbeit, schließlich ein gegenseitiges Unterstützen in militärtechnischen Belangen.

Für das Zustandekommen dieser Verträge war allerdings nicht nur Weitblick auf sowjetischer und deutscher Seite erforderlich, sondern auch eine weitgehend stillschweigende Hinnahme durch das „Konzert der Weltmächte“, worüber – nebenbei bemerkt – sich die vor allem gehobenen Gesellschaftskreisen verfügbare damalige mediale „Weltöffentlichkeit“ ähnlich überrascht zeigte, wie über die unerwartete „deutsch- russische Annäherung“.

Also – wie erklärt es sich, dass in Sonderheit die Weltkriegs- Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich den „Coup“, die „Escapade“ der zeitgeschichtlichen Außenseiter Deutschland und Russland vergleichsweise unbewegt hinnahmen ?

Werfen wir zur Ergründung dieses Verhaltens einen Blick auf das globale machtpolitische Szenarium unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkrieges.

In Moskau hörten wir 1979/80 hierzu Folgendes :

„Das beeindruckendste Ergebnis des Ersten Weltkrieges war – in der globalen Perspektive – die extreme Verschiebung der industriepolitischen Potentiale zu Gunsten der USA.

Zu den Hauptverlierern der großen militärischen Auseinandersetzung gehörten, ausnahmslos, alle großen europäischen Kombattanten. Ob sie nun zu den militärischen Siegern oder zu den Unterlegenen des Krieges zu rechnen waren, ob die Zerstörungen und Verwüstungen auf ihrem eigenen Territorium größer oder kleiner waren – das alles erwies sich während des weiteren Verlaufes der historischen Prozesse im Vergleich zu dieser weltpolitischen Weichenstellung als von eher nachrangiger Wichtigkeit. Für die unmittelbaren Nachkriegsjahre liegen kaum verlässliche Zahlen vor, doch zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, d. h., gegen Ende der 20er Jahre, betrug der Anteil der USA am globalen industriellen Output annähernd 50 Prozent. Die USA erreichten somit alle in etwa jenes Produktionsvolumen, welches von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan, Russland, Italien und den einstigen Ländern der Habsburger Monarchie in ihrer Gesamtheit erreicht wurde.

Der Weltkriegs- Verlierer Deutschland, vor dem Ersten Weltkrieg etwa gleichrangig mit Großbritannien und den USA in der Spitzengruppe der Industriemächte etabliert, war beispielsweise auf einen 11%- Anteil an der industriellen Weltproduktion abgefallen, hatte aber – trotz der zwischenzeitlichen Produktionserfolge im Zusammenhang mit der sowjetischen NEP- Periode – immer noch einen um das Vierfache größeren industriellen Pro- Kopf- Ausstoß als die junge Sowjetunion.“

Es ist tatsächlich kaum zu bestreiten – sowohl die globalökonomischen Konsequenzen des Kriegsverlaufes, als auch die daraus resultierenden machtpolitischen Verhältnisse in der unmittelbaren Nachkriegszeit haben die USA für das 20. Jahrhundert zum „globalen Machtfaktor Nr. 1“ werden lassen.

Als damals die Waffen endlich schwiegen, war das einstige Russland durch Welt- und Revolutions- Krieg ausgeblutet, die Habsburger k.u.k.- Monarchie hatte sich faktisch aufgelöst. Deutschland lag militärisch am Boden, war durch den Krieg auch ökonomisch sehr geschwächt worden, durchlebte nach Kriegsende zusätzliche Drangsal in Folge der Reparationen und Bevormundungen gemäß des ihm aufgezwungenen Versailler Friedensvertrages. Auch Frankreich hatte unter den direkten Kriegseinwirkungen sehr gelitten, hatte sich zudem erheblich an die USA verschulden müssen. Und die gleiche Art von Schulden drückten die industrielle Führungsmacht des abgelaufenen 19. Jahrhunderts, Großbritannien.

Für die USA, hingegen, hatte der Erste Weltkrieg wie ein vierjähriges enormes Konjunktur- Programm gewirkt. Seine Industrie hatte einen gewaltigen quantitativen und qualitativen Aufschwung genommen, der US- Dollar war unbestrittene Welt- Währung geworden – und

ist es bis zum heutigen Tag geblieben. Die ganze „alte Welt“ hing – direkt oder indirekt – am Tropf des US-amerikanischen Finanzsystems und der amerikanischen materiellen Produktions-Kapazitäten, in Sonderheit der Industrie, desgleichen aber auch der zu unvergleichlicher Leistungsfähigkeit gelangten Landwirtschaft der USA.

Es waren folglich vor allem die strategischen Absichten der führenden politischen Kräfte in den USA, durch welche damals die internationale diplomatische Arbeit zur weiteren globalen Entwicklung nach den unmittelbaren Kriegsfolgejahren geprägt wurde, als im Spätwinter und Frühjahr 1922 die deutsch-sowjetischen Verträge von Genua und Rapallo zur Signierung und Ratifizierung vorbereitet wurden.

Im Zentrum der diesbezüglichen Überlegungen aller europäischen Großmächte stand dabei der von den USA inaugurierte Dawson-Plan, eine Konzeption zur Orchestrierung der als nunmehr dringend erforderlich angesehenen globalen ökonomischen Gesundung. In diesem Plan wurde durchaus auch den „realpolitischen Faktoren“ Sowjetrussland und Deutschland eine gewisse Beachtung geschenkt

Wobei die US-amerikanischen Gedankenspiele zur Rolle Deutschlands im zukünftigen politischen „Weltkonzert“ vermutlich erheblich nachhaltiger gewesen waren, als die Überlegungen zur Einordnung des nur widerwillig akzeptierten neuen Sowjetstaates auf dem Terrain des untergegangenen Zarenreiches.

Der Nachfolgestaat des einstigen Weltkriegs-Alliierten machte in jenem Jahr 1922 gewiss nicht den Eindruck einer „Weltmacht in spe“, während man in Deutschland – ungeachtet manches auch dort derzeit gegebenen desaströsen Sachverhaltes – einen möglicherweise in Bälde wieder sehr beachtenswerten machtpolitischen Akteur sah.

Was den führenden Köpfen der USA im Allgemeinen keineswegs „unsympathisch“ war, aus Gründen, die sich den Strategen diesseits des Atlantiks nicht ohne weiteres erschlossen.

Mittlerweile ist die damalige Szene politologisch hinreichend aufbereitet, sie kann wie folgt umrissen werden.

In den Kreisen um die Entwickler des Dawson-Planes gewann allmählich Deutschland vor allem deshalb beträchtliches Interesse, weil man in ihm nach seiner erheblichen „Stützung“ – einerseits – einen durch die USA für absehbare Zeit gut führbaren „Juniorpartner“ sah, der – andererseits – die bisherigen Weltkriegs-Alliierten Frankreich und Großbritannien durch seine dennoch nicht völlig nebensächliche verbliebene Potenz im Zentrum Europas von Rückfällen in einstige jahrhundertalte gegenseitige Konfrontationen zurückhalten dürfte, trotz

ihrer durch den mühsam errungenen militärischen Sieg immer noch stark „aufgeladenen“ speziellen nationalen Emotionalität.

Den USA ging es um einen stabilen „Status vivendi“ in Europa, bei welchem ihre speziellen US-amerikanischen Interessen stets eine gebührende Respektierung fanden. Man glaubte, dass in diesem Sinne eine ausgeglichene Dreier-Rivalität unter den gegebenen Hauptsatrapen dem dominanten Hegemon – also ihnen, den USA – das Halten der erforderlichen Balance wesentlich erleichtern könnte, insbesondere im Vergleich zum Umgang mit einem zu ständigen „Verkeilungen“ neigenden konfrontativen Satrapen- Duo.

Und für die Rolle eines aus diesem Grunde wünschenswerten dritten Hauptsatrapen der USA in Europa schien zu jener Zeit vorzugsweise das militärisch und ökonomisch aktuell darniederliegende Deutschland der geeignete Kandidat zu sein.

Welcher Kurs der US-Diplomatie – neben der vorstehend dargestellten prinzipiellen machstrategischen Perspektive – auch durch einige weitere aktuelle Gesichtspunkte von einiger Bedeutung gestützt wurde.

Dabei ging es, erstens, um die vielen Dollar-Millionen, die von US-Investoren in deutschen Unternehmungen angelegt worden waren, und ansehnliche Renditen nur dann erbringen konnten, wenn die deutsche Wirtschaft wieder florierte.

Zum anderen war man auf amerikanischer Seite natürlich auch daran interessiert, dass insbesondere Frankreich seine enormen Kriegsschulden gegenüber den USA zu bedienen in der Lage war, was wiederum erheblich davon abhing, dass Deutschland seinen gewaltigen Reparationsverpflichtungen gegenüber seinem westlichen Nachbarn nachkam – bei einer langwährend persistierenden ökonomischen Dauerkrise Deutschlands war solches eher unwahrscheinlich.

Und zum dritten hoffte man in den USA, durch eine Art „treuhänderische Federführung“ beim Wiederbelebungsprozess der deutschen Ökonomie sich im deutschen Raum derart stabil verankern zu können, um in Zukunft die gesamte deutsche Politik quasi „von innen“ maßgeblich mitbestimmen zu können, schließlich gar – dank der Verträge von Genua und Rapallo – über „die deutsche Schiene“ auch auf Sowjetrußland einen zwar indirekten, dessen ungeachtet maßgeblichen Einfluss zu gewinnen.

Letzteres sollte sich allerdings als „Träumerei an amerikanischen Kaminen“ erweisen.

Die USA waren also vor allem an der Stabilisierung ihres im Verlauf des Krieges erworbenen Hegemonial-Status interessiert, an einem möglichst zügigen allseitigen Ausbau desselben.

Daneben ging es ihnen aber auch darum, monetäre Verluste des amerikanischen Staatshaushaltes und amerikanischer Unternehmungen zu vermeiden, die Anlagen letzterer möglichst renditestark wirken zu lassen.

Und diese Interessen mussten zu Beginn der 20er Jahre von allen europäischen Partnern der USA respektiert werden.

So kam dann im Jahre 1922 das „Wunder von Genua und Rapallo“ tatsächlich zustande. Seine Tolerierung im Kreise der westlichen Industriemächte wurde – zur gelinden Überraschung auch mancher Mittelmacht – von den USA konsequent durchgesetzt, gegen einen zeitweise geradezu hysterisch zu nennenden Widerstand insbesondere der französischen Diplomatie.

Frankreich hätte Deutschland damals am liebsten in der Dauerrolle einer ihm verpflichteten Halbkolonie gesehen – was dann aber auch Großbritannien nicht gefiel, weshalb man sich schließlich doch auf eine formal vertretene gemeinsame General-Linie der Weltkriegssieger-Hauptmächte verständigen konnte.

Der Hauptnutznießer des durch die beiden Verträge ausgelösten Prozesses einer zeitweilig vergleichsweise sehr engen ökonomischen und waffentechnischen Kooperation zwischen Sowjetrußland und dem Deutschen Reich war zweifelsohne Rußland, bzw. die UdSSR. Ein besonderer Stellenwert ist in diesem Zusammenhang dem steten Zustrom von Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen deutschen Entwicklungsarbeit zuzubilligen, wodurch die Gestaltung einer eigenen tragfähigen sowjetischen industriellen Basis, ihre Ausrichtung an modernen und effizienten technisch-wissenschaftlichen Lösungen in den 20er Jahren ständig sehr wertvolle Impulse erhielt. Die allgemeine ökonomische Wiederbelebung Rußlands nach der Katastrophe des Revolutionskrieges hätte sich bei einem Fortbestehen der nach 1917 eingetretenen, fast totalen außenwirtschaftlichen Isolierung des jungen Sowjetstaates gewiss sehr viel zögerlicher vollzogen.

Aber auch Deutschland hat diese Kooperation erheblich geholfen, die zeitweise sehr bedrückende Nachkriegssituation hinreichend zu beherrschen.

Und selbst die seitens der US-amerikanischen „think-tanks“ mit dem Arrangement von Genua und Rapallo dereinst verknüpften weitgespannten Erwartungen erfüllten sich zu erheblichen Teilen, zumindest bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 20er Jahre.

Die tragende Tendenz der ökonomischen Kooperation zwischen Deutschland und Russland war damals ein Gütertausch nach dem Muster „moderne Technik gegen lebenswichtige Bodenschätze und sonstige Naturalien“.

Im Großen und Ganzen hat dieses Muster bis heute seine Gültigkeit behalten.

Bei aller vordringlichen Wichtigkeit der Bemühungen, zum „industrialisierten Westen“ normale außenpolitische Beziehungen aufzubauen – die sowjetische Diplomatie war sehr bald auch mit weiteren schwierigen Sachverhalten konfrontiert.

Ein besonderes Problem jener Zeit war die Positionierung des Sowjetstaates zur zahlenmäßig beträchtlichen russischen Kaufmannschaft in Persien, Afghanistan und China.

Die hierzu auf Lenins Initiative erlassenen Dekrete legten fest :

Verhielten sich russische Kaufleute in ihren Gastländern als „Räuber“, so unterließ der Sowjetstaat jegliche Intervention, wenn „die Völker ihrer Gastländer sie hierfür belangten.“ Mit anderen Worten – den kaufmännisch im Ausland tätigen Landsleuten wurde unmissverständlich nahegelegt, mit den maßgeblichen politischen Kräften ihrer Gastländer eine möglichst konfliktarme Koexistenz zu sichern.

Der weitere Verlauf der historischen Entwicklung verdeutlichte, dass durch diese politische Orientierung aus den Führungsstäben der Bolschewiki in jenen frühen Jahren der UdSSR tatsächlich an der ausgedehnten asiatischen Südflanke des sowjetischen Staatsgebietes „viel Zunder aus dem Feuer“ genommen werden konnte.

Objektiv schwierig war und blieb die Behandlung revolutionärer Prozesse mit sozialistischer Orientierung in *a n d e r e n* Staaten.

Auch hierzu sei ein Zitat aus einer unserer Moskauer Vorlesungen erlaubt :

„Von Seiten der sowjetischen Partei- und Staatsführung wurde es von Beginn an als ideologisch nicht haltbar angesehen, sich gegenüber den Trägern von echten revolutionären Prozessen in anderen Ländern auf eine deklamatorische `Versicherung brüderlicher Solidarität` zu beschränken, ohne dabei auch `an der Substanz` angemessen aktiv zu werden.

Andererseits musste alle diesbezügliche Hilfe ihre Grenzen finden, wenn *u n v e r t r e t b a r* *g r o ß e* *A u s m a ß e* sowjetischer Hilfe angemahnt wurden, um bei den angestrebten revolutionären Veränderungen *e i g e n e s* revolutionäres Potential weitgehend *s c h o n e n*

zu können, man die `eigenen Köpfe und Hände nur in sehr überschaubarem Ausmaß` den jeweiligen politischen Risiken auszusetzen gedachte.

Die Vermittlung dieser differenzierten Haltung der Sowjetführung gegenüber revolutionären Kräften in anderen Ländern sollte sich immer wieder als eine äußerst schwierige, heikle Aufgabe erweisen.“

Die unstrittige Tatsache der häufigen Instrumentalisierung besagter `revolutionärer Kräfte in anderen Ländern` im Interesse der Sowjetunion kam damals in unseren Moskauer Lehrveranstaltungen t unlich st ka um zur Sprache.

Im Jahre 1921 war das große Morden und Zerstören der Bürgerkriegsjahre 1918, 1919 und 1920 zum Ende gekommen, die großflächigen kriegerischen Auseinandersetzungen erloschen, die Rote Armee hatte sich schließlich fast überall durchgesetzt.

Die Bilanz der oft chaotischen, in zeitweise extremem Durcheinander und schnell wechselnden Koalitionen durchfochtenen Kämpfe um Macht und Überleben war in Bezug auf die sich nun offenbarenden wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten geradezu verheerend.

Der Hunger war überall groß, Elend und dumpfe Lethargie bestimmten die Szene.

Die Nahrungsgüterproduktion der jungen Sowjetunion war auf etwa zwei Drittel der keineswegs üppigen Vorkriegswerte zurückgefallen, die sonstige Warenproduktion lag noch stärker danieder.

Es war wohl tatsächlich die einzige verbliebene Möglichkeit, das nunmehr militärisch beherrschte, gleichwohl völlig ausgeblutete Land vor einem dann vermutlich nicht mehr aufzuhaltenden inneren Verfallsprozess zu bewahren, als Lenin im März 1921 in den führenden Parteigremien der Bolschewiki die Idee der „Neuen ökonomischen Politik“ als zeitweise politische Grundorientierung durchsetzte, sie anschließend ohne größeren Zeitverzug als für die nächsten Jahre verbindliche Leitlinie bei der Entwicklung des Sowjetstaates verkündete.

In seinem Kern beinhaltete dieser bemerkenswerte Schwenk der Staatspolitik eine zeitweilige weitgehende Verabschiedung von den zentralen ökonomischen Ziel- Ideen des Marxismus.

Hinfort sollte die Verteilung der Ergebnisse der materiellen Produktion vorrangig nicht mehr durch diverse Zwangsmaßnahmen, sondern im Wesentlichen durch verschiedene marktwirtschaftliche Regulationssysteme organisiert werden.

Das repressive Vorgehen der Bolschewiki während der Bürgerkriegszeit – dem indessen die Zwangsmaßnahmen der anderen Bürgerkriegsparteien kaum nachgestanden hatten – wurde mit dem Etikett des „Kriegskommunismus“ versehen und als zeitweise unausweichliche Notwendigkeit entschuldigt.

Ab sofort war aber derartiges Requirieren und Beschlagnahmen strengstens untersagt, die Nichtbefolgung des neuen Gebots wurde drastisch bestraft.

Worauf derartige Vorgänge tatsächlich selbst in den entlegendsten Landesteilen sehr bald nicht mehr zu beobachten waren.

Das Hauptziel der „Neuen ökonomischen Politik“ – auf Russisch mit „NEP“ abgekürzt – dürfte die dringlichst erforderliche Stimulierung der Nahrungsgüterproduktion gewesen sein. Millionen Häusler und Kleinstbauern waren durch die Bodenreform in der Frühphase der Revolution in den Jahren 1917 und 1918 zu durchaus bemerkenswertem Bodenbesitz gelangt, nunmehr musste es gelingen, diese keineswegs mehr unvermögenden bäuerlichen Produzenten zu einer möglichst bedarfsdeckenden Steigerung des Produktions- Ausstoßes ihrer Betriebe zu veranlassen.

In den wirren Jahren des Bürgerkrieges hatte jeder Landwirt befürchten müssen, aller wesentlich über den Eigenbedarf hinausgehender Güterproduktion „bei nächster Gelegenheit“ durch die Beschlagnahme seitens einer beliebigen Requirierungs- Kommission beraubt zu werden – nun durfte er davon ausgehen, seine Produkte auf einem sich jetzt wirklich sehr schnell und fast spontan bildenden Markt gewinnbringend veräußern zu dürfen.

Es gab auch eine dezente gewerbliche Reprivatisierungs- Welle, und selbst das von den Bolschewiki besonders zäh verteidigte staatliche Außenhandelsmonopol wurde gelockert, z. B. auf dem Gebiet des Edelpelzhandels.

Der „NEP“ war dann ein beachtlicher Erfolg beschieden, bis gegen Ende der 20er Jahre gelang eine erhebliche ökonomische Wiederbelebung des einstigen Zarenlandes.

Aber die Früchte dieses Aufschwungs verteilten sich sehr unterschiedlich im weiten Sowjetreich.

Die im Elend von Krieg und Chaos nach der Revolution fast geschlossene „soziale Schere“ hatte sich wieder geöffnet, öffnete sich von Jahr zu Jahr weiter. Der „Gültigkeitsglauben“ an kardinale Theoreme des Marxismus erodierte zusehens, von den Gesellschaftstheoretikern der Bolschewiki mit wachsender Sorge registriert.

Sicherlich, das deutlich gesteigerte Lebensmittel- Angebot kam tatsächlich der Mehrheit des Sowjetvolkes zu Gute, doch eigentliche Profiteure der „NEP“ waren vor allem geschäftlich erfolgreiche Vertreter von Handel und Gewerbe. Angesichts der Ernährungsverhältnisse war auch die Bauernschaft – gemäß marxistischer Theorie der Hauptverbündete der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus – jetzt in kurzer Zeit mehrheitlich zu erheblichem zeitgemäßen Wohlstand gelangt, im Gegensatz zu den typischen Vertretern besagter Arbeiterklasse.

Es war der zunehmende allgemeine Stimmungsumschwung, von der „Wir sind noch einmal davongekommen“- Stimmung nach Krieg und Chaos zu einem immer nachhaltiger werden- den Murren nach dem Motto „Auch wir wollen jetzt besser leben !“, der Stalin – inzwischen der erste Mann im Staate – gegen Ende der 20er Jahre die sozialpsychologische Grundlage für eine ziemlich brüske Beendigung der „NEP“ gab, für die Einführung einer rigorosen Planwirtschaft, gestützt auf eine gesamtstaatlich weitestgehend vergesellschaftete Produktion.

Wir werden an anderer Stelle näher darauf einzugehen haben.

## WLADIMIR VON ULJANOW, GENANNT „LENIN“

Die Initiierung der „NEP“ und die Startphase ihrer praktischen Umsetzung, sowie die Vertrags- Abschlüsse von Genf und Rapallo waren die letzten umfassenden Aktionen der Bolschewiki unter direkter Federführung von Lenin.

Im Verlauf des Jahres 1923 verfiel er zunehmend, erkrankte schwer, und verstarb zu Beginn des Jahres 1924.

Es erscheint angebracht, in unserer historischen Skizze hier den Versuch einer allgemeinen historischen Einordnung dieser nicht nur für Russlands Geschichte bedeutenden Persönlichkeit einzufügen.

Wenn man sich mit Zeitzeugen- Berichten aus Lenins persönlichem Umfeld näher befasst, gewinnt man den Eindruck, dass der Mann mit der schnellen Auffassungsgabe, dem scharfen analytischen Verstand und phänomenalen Gedächtnis im innersten Kern seines Wesens durch eine tiefe Empathie für sein russisches Heimatvolk und einen fast zur Manie gesteigerten Gerechtigkeitssinn geprägt war.

Dabei besaß er ein gewaltig überdimensioniertes Ego, war extrem eigensinnig, gleichwohl in bestimmten Belangen außerordentlich sensibel und durchaus zu kritischer Selbstreflexion fähig.

Aus all` dem – und einem ausgeprägten Hang, das aktuelle Geschehen im Spiegel der Historie zu bewerten – ergaben sich eine beeindruckende Entschlussfähigkeit, seine unleugbare Neigung zu drakonischem, oft äußerst risikoreichem Rigorismus.

Wir hatten bereits Veranlassung, darauf hinzuweisen.

Etwa nach der Vollendung seines 25. Lebensjahres war Lenins Leben ein ständiges Kämpfen und Streiten.

Es ging ihm dabei vor allem um die radikale Veränderung der von ihm als unhaltbar bedrückend angesehenen Lebensverhältnisse seines russischen Volkes. Erkennbaren hedonistischen Anwandlungen oder Eitelkeiten war er nie verfallen, er blieb auch ohne eigenen physischen Nachwuchs.

Der ideengeschichtlich damals noch junge Marxismus erschien ihm vornehmlich als geeignetes Vehikel zur Erfüllung seines bald erkennbaren individuellen Sendungsbewusstseins, als intellektuelle Plattform für die Gestaltung eines „neuen Lebens“ seiner Russen, bei möglichst totaler Umgehung der noch in frischer Erinnerung verbliebenen deprimierenden Drangsale des Frühkapitalismus westeuropäischer Industriestaaten.

Alles, was von Lenin im zeittypischen Stil „aktueller Wissenschaftlichkeit“, im Sinne einer „Erweiterung und Vertiefung“ des Gedankengebäudes von Karl Marx und Friedrich Engels erdacht, verkündet und zu Papier gebracht worden ist, später in dem von ihm geprägten Sowjetstaat in der Praxis erprobt wurde, hat sich nachfolgend, letzten Endes, im Sinne einer „Theorien- Bildung post hoc“ verdichtet.

Beim Suchen nach erfolgversprechenden Einzelmaßnahmen für die Umsetzung seiner Entwicklungsvorstellungen fand er manchen pragmatischen Lösungsansatz, dem schnell der Mantel „strenger Wissenschaftlichkeit“ umgehängt wurde, was selbigem die gewünschte Akzeptanz in der Welt des damaligen Links- Intellektualismus sicherte ; und „dem Mann von der Lena“ – gemeint ist der sibirische Fluss mit diesem Namen – in seinem ideengeschichtlich „etwas betulichen“ russischen Heimat- Terrain im Laufe der Zeit den Nimbus eines intellektuell überlegenen gesellschaftlichen Vordenkers erbrachte.

Dabei ist auf einen Sachverhalt zu verweisen, dessen prägende Wirkung zu Sowjetzeiten tendentiell „ausgeblendet“ wurde – auf seinen jahrelangen Aufenthalt in Süddeutschland und der Schweiz.

Im Gegensatz zu der großen Mehrheit seiner heimatlichen politischen Mitstreiter kannte er Mitteleuropa – und speziell den deutschsprachigen Raum – nicht nur aus gelegentlichen Kur-Aufenthalten oder Kongress- Besuchen, sondern hatte sich mit Geschichte, Politik und gesellschaftlichem Leben seiner Gastländer gründlich befasst, sich aus einer gesamteuropäischen Sicht mit den Wechselbeziehungen zwischen weltanschaulichen Grundüberzeugungen, ökonomischen Verflechtungen und politischen Handlungsmustern nachhaltig vertraut gemacht.

Lenin war im Jahre 1917 ein wahrlich welterfahrener Mann, in „seinem Herzen“ aber unverbrüchlich R u s s e geblieben, der sein Volk liebte, auch auf dieses Volk stolz sein wollte – gleichwohl wusste, dass auch seine lieben Russen keineswegs frei von Großmacht- Allüren waren, sich folglich keineswegs scheute, zu gebenem Anlass nachdrücklichst gegen derartige Anwendungen zu opponierten.

Mit dem ihm eigenen außerordentlichen rhetorischen Geschick vermochte er, russischen Patriotismus mit dem durch das Marxismus- Bekenntnis vorgegebenen „proletarischen Internationalismus“ ausreichend glaubhaft zu verbinden, was eine Grundvoraussetzung für die Ausfüllung der an seinem Lebensende unbestrittenen Führungsrolle im jungen multinationalen Sowjetstaat war.

Betrachtet man seine speziellen methodologischen Leistungen, so ragt die von ihm inaugurierte Lehre von der „P a r t e i n e u e n T y p u s“ heraus, die hinfort für Jahrzehnte in der linken Ideenwelt als vorgeblich unverzichtbares Instrument für die Verwirklichung der sozialistischen Staatsidee ein ständiges Diskussionsthema war, zumeist weitgehende Akzeptanz fand.

Die „Partei neuen Typus“ sollte keine politische Partei im damals üblichen Sinne sein, kein mehr oder weniger verpflichtender Zusammenschluß zur Beförderung bestimmter politischer Zielsetzungen, sondern ein durch unbedingte Disziplin und zentralistische Unterordnung geprägter Bund mit einem hohen Grad möglichst lebenslanger Verbindlichkeit ; und das alles mit dem unbedingten Ziel einer radikalen Veränderung derzeit gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse der Unfreiheit und Ausbeutung, voraussichtlich nur durch revolutionäres Aufbegehren erreichbar.

Im Zentrum aller Parteiarbeit musste nach Lenins Auffassung die Durchsetzung einer gesellschaftlichen Entwicklung gemäß den Postulaten des Marxismus stehen.

In vielen Belangen reflektierte dieser neuartige Typus einer politischen Partei einen durch außerordentlich starke organisationsinterne Bindungen charakterisierten Bund, der einer verschwörerischen Gemeinschaft sehr nahe kam, eine starke formale Ähnlichkeit mit dem dereinst in altpreußischen und baltischen Landen recht erfolgreich und lange sich behauptenden Deutschen Ritterorden erkennen ließ.

Hier wie dort finden wir ein durchstrukturiertes ideologisches Dogma als nicht hinterfragbares weltanschauliches Fundament mit fester Heils- Überzeugung und starken altruistischen Akzenten, straffe zentralistische Führung bei erheblichen Ansprüchen an das Vermögen selbständigen Taktierens seitens nachgeordneter Führungsebenen, schließlich ein umfassendes inneres Kontrollsystem zur mitleidlosen Ausmerzung jedweder interner Störfaktoren.

Als elitäre Kaderpartei vorstehend skizzierter Art konnten die Bolschewiki ihre Schlagkraft im Herbst 1917 unter Beweis stellen, als ihr für das weiträumige russische Territorium eine komplexe Aufstands-Planung und der Vollzug jenes radikalen Umsturzes gelang, der später als „Russische Oktober-Revolution“ in die Geschichtsbücher einging.

Eines speziellen Hinweises wert ist, dass Lenin immer wieder die besondere Bedeutung eines straffen **D i s z i p l i n - V e r h a l t e n s** der Partei-Mitglieder für das zielstrebige Durchsetzen, bzw. Vollziehen politischer Vorhaben betonte, dabei immer wieder die Vorbild-Rolle der „preußischen Disziplin“ zur Sprache brachte.

Wohlgemerkt – er sprach von „**p r e u ß i s c h e r** Disziplin“, nicht etwa von „deutscher“ oder „germanischer“ Disziplin !

Die gedankliche Assoziation zu dem dereinst in Preußen das Staatsruder in der Hand haltenden „Deutschen Ritterorden“ liegt wahrlich sehr nahe.

Auch sein Beitrag zur Entwicklung eines konstruktiven Beziehungsgefüges zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten im linken politischen Spektrum sollte ideologiegeschichtlich nicht unterschätzt werden, speziell zu einer differenzierteren Sichtweise der Beziehungen zwischen „Arbeiterschaft“ und „Intelligenz“.

Vor allem bei dem aus der genuinen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Flügel der europäischen politischen Linken war zu jener Zeit ein populistischer Egalitarismus weit verbreitet, in Phasen revolutionärer Aufschwünge bekam dieser zudem meist einen erheblichen zusätzlichen Impuls.

Lenin erkannte sehr früh und sehr deutlich die sich dadurch entwickelnden sozialpsychologischen, den gesellschaftlichen Prozess in seiner Gesamtheit hemmenden Risiken, warnte vor einem Überhandnehmen egalistischer Stimmungen. Insbesondere befürchtete er die hierdurch stimulierte Konzentration gesellschaftlicher Zielsetzungen auf kurzfristige, enge Ziele, einen zunehmenden Verlust der weiträumigen gesellschaftlichen Perspektive.

Bei internen Erörterungen und Diskussionen zu diesen Fragen griff er öfters auf ein altes russisches Sprichwort zurück : „Für die **M a u s** ist die **K a t z e** das **g r ö ß t e** Tier – schon ein **D a c k e l** hat eine **s e h r v i e l b r e i t e r e** Perspektive !“

Bei öffentlichen Auftritten wurde von ihm ein derartiges Abgleiten in solche massenpolitisch nicht unbedenkliche Ironie, selbstverständlich, strikt vermieden.

Und er kam immer wieder auf durch die persönliche Entwicklung des einzelnen Menschen bedingte **U n t e r s c h i e d l i c h k e i t e n** der **i n d i v i d u e l l e n** **B e d ü r f n i s - s t r u k t u r** zu sprechen.

Er bemühte sich mit Ausdauer und Respekt, den aus dem Arbeiter- und Bauern- Milieu hervorgegangenen Genossen seiner Umgebung zu verdeutlichen, dass – z. B. – der von Angehörigen der **I n t e l l i g e n z** durchlaufene **B i l d u n g s p r o z e s s** bestimmte berechnete **B e d ü r f n i s s e** nach sich zieht, die **b i l d u n g s f e r n e n** Menschen weitestgehend **f r e m d** sind.

Im Großen und Ganzen blieben diese den meisten Proletariern und Bauern **d e s h a l b** fremd, weil ihnen der individuelle Zugang zu solchen speziellen Bedürfnissen durch das **V o r e n t h a l t e n** der entsprechenden prägenden Bildung in Kindheit und Jugend dereinst **v e r w e h r t** gewesen war.

Selbstverständlich seien daraus abgeleitete unterschiedliche Persönlichkeitswertungen völlig fehl am Platze – doch andererseits müssten Unterschiedlichkeiten in den Bedürfnisstrukturen im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung auch in einem **s o z i a l i s c h e n** Gemeinwesen akzeptiert werden.

Im Interesse einer möglichst harmonischen Einbindung der Intelligenz in das vorgesehene sozialistische Aufbauwerk der Arbeiterklasse sei letztere gut beraten, diese Gegebenheiten stets angemessen zu berücksichtigen, nicht leichtfertig als „politisch nicht zu rechtfertigende Abweichungen von der Norm“ abzutun, gar die Offenbarung eines speziellen individuellen berechtigten Bedürfnisses mit strafenden Sanktionen zu beantworten.

Lenin hat sich wiederholt und mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass im Interesse der Aufrechterhaltung der vollen Leistungsfähigkeit von gesellschaftlich unverzichtbaren Angehörigen der Intelligenz selbigen eine „überdurchschnittliche Teilhabe am gesellschaftlichen Gesamtprodukt gewährt wird!“

Nicht unerwähnt sollte hier bleiben, dass er stets darauf gedrungen hat, junge Menschen mit erkennbaren speziellen **H ö c h s t b e g a b u n g e n** grundsätzlich von allen nach der Revolution für Sprösslinge der sog. „Ausbeuterklassen“ verfügbaren Bildungsbehinderungen zu ver-schonen.

Schon vor mittlerweile knapp 100 Jahren hat die Person des damaligen russischen Revolutionsführers die gesellschaftliche Diskussion in Europa und Nordamerika tief gespalten, der zeitweise extreme Rigorismus seines politischen Handelns sicherte Lenin dabei eine mehrheitlich stikte Ablehnung.

Dennoch – er war eine historische Persönlichkeit ersten Ranges, dessen Wirken in seiner Ausstrahlung und seinen gesellschaftlichen Konsequenzen über den Bereich der einstigen Zarenwelt beträchtlich hinausreichte. Die in den 20er und 30er Jahren weltweit, vor allem aber in West- und Nord-Europa, einen weiten Raum gewinnende Sozialstaat-Idee wäre wohl ohne auf Lenins Anregung initiierte sowjetische Versuche ihrer vielfältigen Realisierung kaum zu jener Entfaltung gelangt, die sie dann erfahren hat.

Interesse verdient auch sein psychologisch geschicktes Taktieren in den führenden Gremien der Bolschewiki und des jungen Sowjetstaates beim Vollzug des allgemeinen politischen Tagesgeschäftes, was im Zusammenspiel mit Trotzki besonders deutlich wurde.

Für die Dauer etwa eines halben Jahrzehnts entwickelte sich ab etwa 1917 zwischen beiden eine sehr ergiebige Zusammenarbeit an der Spitze des Sowjetstaates, die sich den weiteren Mitgliedern der innersten Führungszirkel der Partei als „intern gut abgestimmtes dialektisches Verhältnis“ dargestellt haben dürfte.

Trotzki akzeptierte die Rolle Lenins als „absolute Nr. 1“ offensichtlich nur unter der Bedingung, dass er von diesem bei der zuverlässigen Wahrung seiner eigenen Position als die unmittelbar hinter Lenin etablierte „Nr. 2“ voll unterstützt wurde.

Lenin bemühte sich jedenfalls, nie in eine persönliche direkte Opposition zu dem in der Tendenz sehr ultimativ und radikal auftretenden Trotzki zu geraten, und ihn so immer wieder gegenüber zögerlichen Führungspersönlichkeiten als aggressiven Gegenspieler zu instrumentalisieren. Auf diese Weise gelang es ihm in der Regel, sich in die Rolle des Vermittlers zu manövrieren, um dann von dieser Position aus schließlich seinen persönlichen Standpunkt zur anstehenden Sachfrage als den Standpunkt des gesamten Leitungsgremiums durchzusetzen.

Im Laufe der Zeit ergab sich daraus eine erhebliche Stabilisierung, ein zunehmender Ausbau seiner zentralen Führungsposition im Sowjetstaat, die spätestens im Jahre 1922 als unanfechtbar gelten konnte.

Bei allem individuellen Sendungsbewusstsein behielt Lenin – im Gegensatz zu Trotzki – immer eine ausreichende Selbstdistanz, um „die normative Kraft des Faktischen“ anzuer-

kennen. Was an gefassten Beschlüssen sich in einer gegebenen Situation als kaum durchführbar erwies, wurde nun weder „mit der Brechstange angegangen“, noch „in Acht und Bann“ getan, sondern meist mit der entschärfenden Vertröstung auf einen nicht näher definierten späteren Realisierungstermin einstweilen zurückgestellt.

Die im praktischen politischen Handeln gelegentlich unvermeidbaren Kurskorrekturen ihrer zentralen Gremien untergruben in Folge einer solchen geschickten „umhüllenden Polsterung“ die innere Geschlossenheit der Bolschewiki schlimmstenfalls marginal, zumeist überhaupt nicht.

Von keiner Seite in Abrede gestellt wurde jemals das herausragende r h e t o r i s c h e Talent Lenins.

Wie alle begnadeten Agitatoren, so hatte auch er ein ausgeprägtes Gespür für das richtige Wort zur richtigen Zeit, angepasst an die jeweilige konkrete Situation. Dabei halfen ihm Gestus und Attitüde des welterfahrenen, wissenschaftlich versierten Gelehrten, der sich dem schlichten Menschen und seinen Bedrängnissen zutiefst verpflichtet fühlte.

Er wurde von den russischen Arbeitern und Bauern als eine Persönlichkeit wahrgenommen, die nicht – wie manch grobschlächtiger Volkstribun – ihre Parolen aus einem dumpfen Bauchgefühl heraus verkündete, sondern deren Aussagen das Ergebnis gründlichen wissenschaftlichen Denkens waren, in leichtfassliche Worte gebracht.

Und Lenin wurde auch ansonsten selten grob, verlor – bei aller gelegentlichen Heftigkeit – sehr selten seine Selbstbeherrschung, wirkte stets redlich in der anstehenden Sache engagiert, durch altruistische Motive in seinem Handeln bestimmt, weder anmaßend, noch – von bestimmten Vorgängen abgesehen – kleinlich nachtragend.

Sein verinnerlichtes Charakterbild war wohl tatsächlich derart strukturiert, er war mit seiner gesamten erheblichen Willenskraft der Idee einer proletarischen Revolution, der Gestaltung einer sozialistischen Ideen verpflichteten Gesellschaftsordnung verfallen.

Man darf aber auch nicht übersehen, dass ihm das Verwinden offensichtlicher persönlicher intellektueller Niederlagen sehr schwer fiel.

Nach einem mit voller Konzentration und Verbissenheit verlorenen Schachspiel konnte er öfters die „erlittene Schmach“ seinem Bezwinger monatelang „nicht verzeihen“.

Und in der „heißen Phase der Oktober- Revolution“, an einem der ersten Tage nach der Erstürmung des Petersburger Winterpalais` im Herbst 1917, hat sich tatsächlich die folgende skurile Episode abgespielt.

In einer drittrangigen Angelegenheit hatte es unter den Revolutionsführern eine stundenlange hitzige verbale Auseinandersetzung gegeben, in deren Ergebnis sich eine massive Mehrheit der Anwesenden nachhaltig g e g e n die von Lenin entwickelte diebezügliche Argumentation aussprach.

Worauf der Revolutionsführer mit einigen dürren Worten seinen Austritt aus der Partei der Bolschewiki verkündete, seinen Mantel ergriff und die Tagungs- Räumlichkeit großlos verließ.

Zwei oder drei Tage verharrte er aktionslos in seiner Wohnung.

Doch dann erschien er wieder in der Parteizentrale, machte „einfach weiter“, so, als ob „nichts geschehen“ wäre !

Wie politisch nachrangig besagter Streitpunkt gewesen sein dürfte, und als wie unentbehrlich Lenin für die Bewältigung des revolutionären Prozesses erachtet wurde, ist auch daraus zu entnehmen, dass in jenen bedenklichen zwei oder drei Tagen k e i n e r l e i ernsthafter Versuch gestartet worden war, den obersten Revolutionsführer angesichts seiner grundsätzlich unentschuldbaren „Bockigkeit“ von der Spitze der revolutionären Kommando- Organe zu verdrängen.

Andererseits offenbarte diese Episode aber auch – der scheinbar mit „eisernen Nerven“ ausgestattete Mann war „auch nur ein Mensch“, seine Belastbarkeit war n i c h t grenzenlos.

In gelösten Stunden, deren es allerdings in seinen letzten Lebensjahren nur noch sehr wenige gab, konnte Lenin ein sehr einnehmender Plauderer sein, mit Witz und anziehender Sprachgewandtheit.

Herkunft, Gymnasial- und Universitätsausbildung, lebenslanges Bildungsbemühen hatten ihm eine breite Allgemeinbildung und juristisches Fachwissen vermittelt, die Isolierung und relative Ruhe der sibirischen Verbannungsjahre hatte er auch für die Lektüre eines großen Teils der klassischen europäischen Romanliteratur genutzt. Wobei neben den Autoren seiner vertrauten russischen Muttersprache auch die klassische deutsche Literatur besondere Beachtung gefunden hatte ; er las sie bekanntlich gleichfalls ohne Schwierigkeiten in ihrer Originalsprache.

Und – Lenin verstand es auch, „Philosophie zu machen“!

Er vermochte, selbst den verschlungensten Pfaden und sehr komplizierten Windungen des damals gängigen zeitgenössischen abstrakten Denkens zu folgen, sich zu den Schriften der an akademischen Lehrstühlen verankerten professionellen Philosophie, wie zu den Äußerungen der zu jener Zeit ziemlich zahlreichen „Privatgelehrten“ jenes Metiers zu äußern, in der abgehobenen „Gelehrtensprache“, die dort üblicherweise Verwendung fand.

Sein Büchlein mit dem Titel „Materialismus und Empiriekritizismus“, beispielsweise, belegt dies.

In den Jahren vor Erstem Weltkrieg und Revolution waren solche Qualifikationen sehr förderlich, um sich zügig in die russische linke Intellektuellen- Szene einbinden zu können, aus welcher im Jahre 1917 das Gros aller „Revolutionsführer der ersten Stunde“ hervorgehen sollte.

Der junge Mann, der zunächst noch „Uljanow“ hieß, sich später dann zumeist „Lenin“ nennen ließ, erkannte bereits sehr früh auch den Wert von Bildung und Kultur für die Ausprägung eines anspruchsvollen individuellen Lebensgefühls, und erfuhr überdies bald, wie emotional erhebend sich eine allmählich ausprägende Aura intellektueller Hochpotenz „anföhlt“.

Spätestens nach seiner Rückkehr aus dem Schweizer Exil im Jahre 1917 dürfte ihm eine solche in seiner russischen Heimat gewiss gewesen sein.

Und so ist es keineswegs überraschend, dass beispielsweise die gebildeten, physisch ansehnlichen, attraktiven und weltgewandten Petersburger Salondamen Kollontai und Armand – zu ihrer Zeit angesehene Literatinnen – seinem Charme verfielen, von ihm fasziniert waren. Und dies, obwohl Lenin weder eine „männlich- stattliche Erscheinung“, noch ein „vergeistigtes Äußeres“ bot.

Ungeachtet all` dessen hatte die Partnerschaft mit seiner einstigen Jugendliebe Nadeshda Krupskaja bis an sein Lebensende Bestand. Nadeshda Krupskaja war ihm seinerzeit freiwillig in die sibirische Verbannung gefolgt, war bis zu deren Ende bei ihm geblieben.

Der Revolutionsführer verstarb bereits im Alter von 54 Jahren, nach monatelangem Siechtum. Die sofort einsetzende politische Legendenbildung brachte seinen Tod mit einem auf ihn vor einiger Zeit verübten Attentat in Verbindung. Man kolportierte, die ihn mittelschwer verletzende Pistolen- Kugel sei damals mit einem bislang unbekanntem, besonders heimtückischen Gift getränkt gewesen.

Heute gilt es als erwiesen, dass Lenin einer eigenartigen Gefäßerkrankung erlegen ist. Durch internationale Kapazitäten vorgenommene, außerordentlich subtile forensische Untersuchungen belegten eine ungewöhnliche Sklerosierung aller Arterien des Cerebralbereiches, während dieses pathomorphologische Phänomen in anderen Körperpartien nicht nachweisbar war.

Möglicherweise handelte es sich dabei um eine genetisch angelegte Krankheit.

Auch Lenins Vater war in einem ähnlich frühen Alter verstorben, nach nur 53 vollendeten Lebensjahren.

Die letzten Lebensmonate des geadelten ehemaligen Schulinspektors waren durch einen ähnlichen Krankheitsverlauf bestimmt gewesen, wie später der Lebens- Ausklang seines weltgeschichtlich sehr bedeutenden Sohnes.

ÜBER DIE „NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK (NEP)“ DER UDSSR,  
STALINS INDUSTRIALISIERUNGSPÄNE UND DIE  
BRUTALE „BEREINIGUNG DES KULAKENPROBLEMS“

Bei den Trauerfeierlichkeiten im Zusammenhang mit Lenins Ableben wähte sich T r o t z k i als der kurz vor Erreichen seines Lebensziels stehende „Thronfolger“.

Und benahm sich dementsprechend.

Was vielen altgedienten Genossen in den Führungsrängen von Partei und Staat „sauer aufstieß“ – es herrschte im Allgemeinen wenig Neigung, Trotzki als neuen „Halbgott“ zu akzeptieren, zu welchem Lenin in Anbetracht seiner lebenslangen aufopfernden und erfolgreichen Führungsarbeit letzten Endes aufgestiegen war.

Das schon seit längerem gespannte Verhältnis Trotzkis zu Stalin – noch unter Lenin zum Generalsekretär der Partei avanciert – gestaltete sich nunmehr endgültig zu einer Dauerkontroverse.

Gewiss spielte dabei die nachhaltige interpersonelle Antipathie zwischen dem Georgier Stalin und dem nur mäßig russifizierten Juden Trotzki – mit dem aus dem Deutschen entlehnten bürgerlichen Namen „Bronstein“ – eine erhebliche Rolle. Doch im Zentrum der sich stetig intensivierenden Rivalität standen die einander diametral entgegen stehenden Anschauungen der beiden Männer hinsichtlich langfristiger Perspektiven sowjetischer Staatlichkeit.

Trotzki hoffte, nach dem Tode des gegen Lebensende politisch kaum noch angreifbaren Lenins nun endlich seine Vorstellungen von der unablässig fortzuführenden kommunistischen *W e l t r e v o l u t i o n* in das Zentrum der Parteiarbeit rücken zu können.

Stalin, dagegen, blieb hartnäckig bei der Fortsetzung einer Konzentration aller Bemühungen von Partei und Staat auf Stabilisierung und Ausbau des mit größter Mühe erreichten Sieges im Bereich des einstigen Zarenreiches.

Womit S t a l i n gewiss auch die allgemeine Stimmung im ganzen weiten Land weit eher aufgriff, als Trotzki mit seinem zunehmend weltfremden Insistieren auf einer vorgeblich welthistorischen Zweitrangigkeit des sowjetischen Revolutions- und Bürgerkriegs- Erfolges, der von ihm lediglich als Fanal einer nun zügig fortzusetzenden allgemeinen kommunistischen Weltrevolution gewertet wurde.

Es ist dies nicht der Platz, die Entwicklung dieser Kontroverse in ihren Einzelheiten nachzuvollziehen, wie dies in den Jahren 1979/80 mit uns Moskauer Kursanten durchexerziert worden ist.

Trotzki hat sich jedenfalls damals in den Führungsgremien von Partei und Staat mehr und mehr isoliert.

Die NEP bewirkte Mitte der 20er Jahre tatsächlich eine langsame Gesundung der grundlegenden ökonomischen Gegebenheiten. Insbesondere die Nahrungsmittel- Produktion stieg erheblich, das allgemeine Hungern verschwand allmählich – und betreffs der für das umgehende Fortsetzen der sozialistischen Weltrevolution von Trotzki auserkorenen Staaten Westeuropas war festzustellen, dass ein globaler konjunktureller Aufschwung mittlerweile die letzten Hoffnungen auf das dortige Entstehen „revolutionärer Situationen“ in das Reich der Illusion verwiesen hatte.

Diese Sachlage erleichterte es Stalin sehr, als Generalsekretär fast den gesamten mittleren und unteren Partei- Apparat hinter sich zu scharen, wodurch Trotzki letztlich auf einen unhaltbaren, ihn in das politische Abseits stellenden „verlorenen Posten“ geriet.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre wurde er schrittweise „demontiert“, schließlich aus der KPdSU ausgeschlossen und des Landes verwiesen.

Er emigrierte nach Mexiko, wo er in den 30er Jahren einen gewaltsamen Tod fand, vermutlich veranlasst durch die „zuständigen Instanzen“ in Moskau.

Auf Anregung Stalins wurde in der Sowjetunion das Jahr 1926 zum „Jahr der großen Bilanz“ ausgerufen.

Ihm, als dem Chef des gesamten Partei- Apparates der KPdSU, war von den lokal und regional verantwortlichen Parteifunktionären über die erfreulichen Entwicklungen auf dem Gebiet der Nahrungsmittel- Produktion, durch dank „NEP“- Politik überwiegend auf privaten Höfen ökonomisch erfolgreich wirtschaftende Bauern, mit Gewissheit regelmäßig und mit Eifer Bericht erstattet worden.

Aber – und dies im Unterschied zu manch anderem Genossen mit einem Spitzenrang in der Partei –, Stalin wusste wohl dank seiner flächendeckend wirksamen Informationskanäle auch recht gut über die im „NEP“- System entstandenen „Unwuchten“ Bescheid. Und man kann davon ausgehen, dass ihm die schleichenden Veränderungen im ideologischen Klima des

Landes nach der allmählichen Überwindung von Hunger und Not zu Beginn des Jahrzehnts gleicherweise nicht entgangen waren.

Wir haben auf die janusköpfigen Resultate der „NEP“- Periode schon an anderer Stelle kurz aufmerksam gemacht.

Wenden wir uns jetzt dem Thema ausführlicher zu, beginnend mit den Gegebenheiten im sog. „Nicht- Landwirtschafts- Bereich“, d. h., mit den Gegebenheiten in Industrie, gewerblich-handwerklicher Kleinproduktion und im Handel.

Noch auf Initiative Lenins war 1922/23 ein Plan zur forcierten Entwicklung der sowjetischen Industrie erarbeitet worden, mit den vier Schwerpunkten Energetik, Metallurgie, Schwermaschinenbau und Chemie, wobei man bei der Metallurgie und dem Schwermaschinenbau vor allem eine schnelle Erhöhung des Wehr- und Verteidigungs- Potentials im Auge gehabt hatte.

Parallel zur Etablierung der „NEP“- Regulative hatte man dann mit der Umsetzung dieses Industrie- Planes begonnen, ebenfalls noch gemäß einer der letzten von Lenin unterzeichneten Direktiven.

Was war nun inzwischen, bis 1926, von diesen Zielstellungen der Jahre 1922/23 erreicht worden ?

Um es in Kürze gesagt zu haben – keineswegs das, was man sich bei der Verkündung des Planes erhofft hatte !

Gewiss – vielerorts war unter schwierigen Startbedingungen ein Anfang gemacht worden, manches Teilergebnis konnte sich durchaus bereits „sehen lassen“, aber alles in allem waren die Resultate des mit viel agitatorischem Aufwand in die Wege geleiteten Industrialisierungsprozesses sehr ernüchternd.

Unter Stalins Schirmherrschaft wurden – zunächst unter sehr hohen Vertraulichkeitsgraden – vier Gruppen von Ursachen für die augenscheinliche Verzögerung des gesamten Vorhabens herausgearbeitet :

Erstens –

Der Umfang der für die Industrialisierung zur Verfügung gestellten finanziellen und sonstigen Ressourcen war für die Erzielung der seitens des Planes geforderten Ergebnisse objektiv nicht ausreichend.

Zweitens –

In Folge von Revolution, Bürgerkrieg und „NEP“ hatten sich in sehr vielen Betrieben des staatlichen Sektors – dazu zählten fast alle neuen industriellen Produktionsstätten – in Bezug auf Arbeitsorganisation und betriebliche Leitung bestimmte Verhältnisse „eingebürgert“, die unter betriebswirtschaftlichen Aspekten als „katastrophal“ bezeichnet werden mussten.

Drittens –

Das im Gegensatz zu den meisten Staatsbetrieben durchweg ergebnisträchtige Arbeiten im privaten Sektor, die in Folge dessen dort dann auch für Lohnzahlungen verfügbaren ansehnlichen Gelder, sowie andere positive Merkmale privatkapitalistisch regulierter Arbeit – das alles drohte die mühsam aufgebauten sozialistischen Überzeugungsinhalte großer Teile der Bevölkerung mittelfristig erheblich zu gefährden.

Leistungsfähige Arbeitskräfte tendierten zunehmend, staatlich, bzw. gesellschaftlich geleitete Produktionsbetriebe zu meiden, um ihre Arbeit in Privatbetrieben aufnehmen zu können.

Viertens –

Zwischen einzelnen Regionen des weitflächigen Landes und ihren jeweiligen ortstypischen Industrien, bzw. Produktionsbereichen – gleich welcher Eigentumsform – hatten sich oft extreme Konkurrenz- Verhältnisse entwickelt, die teilweise nicht weit entfernt von regelrechten Wirtschaftskriegen waren.

Diese Gegebenheiten begannen sich nun zunehmend lähmend auf die Koordinierungs- Potentiale der zuständigen zentralen Regierungsorgane auszuwirken.

Es war unleugbar – man steuerte eindeutig auf eine früher oder später eintretende Verabschiedung von den sozialistischen Zielstellungen der gesellschaftlichen Entwicklung des Sowjetstaates zu !

Unser Moskauer Dozent schilderte uns die von Stalin initiierten Reaktionen auf die entstandene Lage wie folgt.

„Um zur ‚Abarbeitung‘ dieses dramatischen Problemkataloges einen tragfähigen Ausgangspunkt zu gewinnen, begann damals in den zentralen Instanzen von Partei und Regierung, auch in den akademischen ökonomischen Instituten, eine sehr intensive Diskussion darüber, wie der mittlerweile als unumgänglich erachtete große Finanzbedarf für den zunehmend dringender werdenden schnellen Ausbau der Schwerpunkt- Industrien bereitgestellt werden könnte.“

Das in den letzten Jahren praktizierte Procedere, vom Staat in klassischen Formen eingenommene finanzielle Mittel möglichst umfassend dem industriellen Aufbauwerk zur Verfügung zu stellen, hatte sich als unzureichend erwiesen. Im Ausland die benötigten Mittel aufzunehmen – nun, das war sicherlich eine `gute Idee`, allein, sie scheiterte am Ausbleiben der für ihre Umsetzung unerlässlichen ausländischen Investoren. Vorhaben, das nötige Geld durch die im Bürgerkrieg bevorzugte Methode der Zwangsrequirierung von Vermögenswerten einst `Bessergestellter` einzutreiben, waren gleichermaßen `perspektivlos`, weil es inzwischen kaum noch Personen mit nennenswerteren Vermögenswerten gab, welche derart unkompliziert eingezogen werden konnten. Es sei hier eingefügt, dass es bald nach der Oktoberrevolution eine erhebliche Inflation der Rubel- Währung, somit eine massive allgemeine Geld- Entwertung gegeben hatte.

Letzten Endes setzte sich eine Gruppe von Polit- Ökonomen durch, die für das Aufbringen des erforderlichen Geldes `aus dem laufenden Produktionsgeschehen` plädierte, mit Hilfe eines nachhaltigen Besteuern jeglicher Art von Wertschöpfung.

Als Alternative hierzu wurde einige Zeit ein eher `klassisch- marktwirtschaftliches` Vorgehen erörtert, mit der Schaffung starker ökonomischer Spar- Anreize und dem Einsatz des angesparten Geldes über ein ausgedehntes System von Investitions- Banken. Für ein solches Verfahren gab es sehr ernsthafte politisch- ideologische Argumente, doch sein entscheidender Nachteil war seine `Langatmigkeit` – das schnelle Ansparen der kurzfristig benötigten Gelder hätte vermutlich nicht gewährleistet werden können, nicht hinnehmbare weitere Verzögerungen bei der Umsetzung der Industrialisierungsinitiative wären die Folge gewesen.“

Man kann wohl davon ausgehen, dass Stalin und sein engster Führungszirkel die letzten Endes gewählte Variante der ökonomischen Absicherung des Industrialisierungsprozesses in der Sowjetunion – durch die Aufbringung des Geldes „aus dem laufenden Produktionsgeschehen“ – von vorn herein beabsichtigt hatten. Durch eine „breite Diskussion des weiteren Vorgehens“ war es ihm gelungen, seinen persönlichen Vorstellungen den Charakter eines kollektiv gefassten Beschlusses der politischen Führungsgremien von Partei und Staat zu geben.

Offen blieb zunächst, wie die vorgesehene massive Besteuerung der Wertschöpfungsprozesse zu gestalten war.

Nachdem man die vorstehend skizzierte formelle Meinungsbildung vollzogen hatte, drang Stalin massiv auf unverzügliche Umsetzung des gefassten Beschlusses.

Zum zentralen Argument für die forcierte Entwicklung speziell von Metallurgie und Maschinenbau entwickelten sich seine Befürchtungen hinsichtlich baldigst drohender kriegerischer Auseinandersetzungen mit ausländischen Mächten. Ohne die Verfügung über eine moderne schlagkräftige Panzerwaffe, z. B., sei die Sowjetunion einem solchen, mit moderner Militärtechnik ausgetragenen ernsthaften Konflikt vermutlich nicht gewachsen.

Dabei sah Stalin gegen Ende der 20er Jahre kaum von Deutschland derartige Gefahren ausgehen, eher von Polen und seinen vermeintlichen Unterstützern, z. B. von Frankreich und Großbritannien. Er wusste, dass sehr erhebliche Teile der feudalen und großbürgerlichen Flüchtlinge in der Frühphase der russischen Revolution bei ihrem Weltkriegs- Verbündeten Frankreich, teilweise auch im ebenfalls mit Russland verbündet gewesenen Großbritannien Aufnahme gefunden hatten.

Gehen wir etwas näher auf die weiteren Punkte des vorgestellten Vier- Punkte- Problemerkataloges ein.

Die in vielen staatlichen Betrieben katastrophalen Verhältnisse hinsichtlich Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin waren ein „Viel- Facetten- Problem“.

Im zaristischen Russland hatte es nur einen zahlenmäßig schwachen Sockel von qualifizierten Industriearbeitern gegeben, die Mehrzahl der unlängst in den neu gegründeten Betrieben Eingestellten hatte nirgends die disziplinierende Schule einer klar strukturierten Arbeit in einem straff organisierten Betrieb erfahren können.

Viele von ihnen waren zudem von unzureichender physischer Konstitution, schwächlich und unterernährt, oft lange Jahre ohne ein festes Einkommen gewesen.

Unter solchen Gegebenheiten war es nicht überraschend, dass auch qualifizierte Betriebsleiter Schwierigkeiten hatten, eine modernen Leistungsanforderungen angemessene Arbeitsdisziplin durchzusetzen.

Als völlig hilflos erwiesen sich oft die vielen unerfahrenen, auch fachlich kaum ausreichend qualifizierten Chefs, die ihre verantwortungsvollen Positionen vor allem ihrer Parteimitgliedschaft zu danken hatten.

Und dies insbesondere dann, wenn sich unter den Neueingestellten Personen mit einer gewissen Führungsbefähigung fanden, die sich bald als vorgebliche „echte Vertreter der Arbeiterklasse“ zu flankierenden Entscheidungsträgern der offiziellen Betriebsleitung aufschwangen, dabei unter Verwendung gängiger egalitärer politischer Phrasen das

Aufkommen jedes echten Leistungsstrebens unterbanden – im Interesse der „Vermeidung jeglicher neuer Formen von Ausbeutung des Proletariats“!

Natürlich fand solches Agieren in der Tendenz bei den bunt zusammengewürfelten, harte Arbeit keineswegs gewohnten Belegschaften mehrheitlich in der Regel eine nachhaltig positive Resonanz.

Zu einem wahrhaften ideologischen und ökonomischen Desaster konnte sich eine solche betriebliche Situation entwickeln, wenn sie die Billigung eines um persönliche politische Akzeptanz bemühten, für den besagten Betrieb hauptamtlich zuständigen Parteikaders der regionalen KPdSU- Parteileitung fand.

Stichproben- Untersuchungen brachten es an den Tag, dass mancherorts etwa 50 % der bezahlten Arbeitszeit mit vorgeblich „schöpferischen Massendiskussionen über wichtige politische Themen“ vergeudet wurden – oft geleitet vom zuständigen Mitarbeiter im unteren Partei- Apparat !

Daneben gab es immer wieder – während der bezahlten Arbeitszeit – „mächtige Straßen-Demonstrationen des Proletariats aus gegebenem Anlass“, öffentliche Banketts für Arbeiter mit besonderer politischer Überzeugungstreue, usw.

Typisch für derartige betriebswirtschaftliche Dramen war ihre Begleitung durch das Nicht-existieren angemessener Normen- Vorgaben für Arbeit und Entlohnung, sowie durch ein völlig ungeklärtes inhaltliches, bzw. juristisches Verhältnis zwischen „politischer Arbeit“ und „Lohnarbeit“ im Arbeitsprozess.

Es lag auf der Hand, dass solche Zustände möglichst schnell und radikal verändert werden mussten.

Die Tatsache der den Staatsbetrieben zumeist überlegenen Leistungsbilanz von Produktionsstätten in Privathand hing selbstverständlich weitgehend mit den vorstehend illustrierten katastrophalen innerbetrieblichen Verhältnissen in den meisten Staatsbetrieben zusammen. Aber private Produktionsstätten hatten durchweg gegenüber den Staatsbetrieben fast immer auch gewisse „initiale Positionsvorteile“ gehabt, die sie zu verteidigen trachteten :

- eingearbeitetes Produktions- Personal,
- fachlich qualifizierte Betriebsleitung,
- gute Kenntnis der produktspezifischen Marktverhältnisse,
- umfassende Übersicht über die Quellenstruktur der ggf. zu verarbeiteten Rohstoffe,
- kaufmännische Erfahrung des kaufmännischen Personals, usw.

Stalin wusste das alles sehr zu schätzen, war doch das in den letzten Jahren deutlich gestiegene allgemeine Warenaufkommen in der Sowjetunion zu sehr erheblichen Anteilen der effektiven Arbeit in diesem Segment der auf sowjetischem Boden angesiedelten Betriebswelt zu danken.

Andererseits erkannte er sehr wohl die begrenzte politische Steuerbarkeit privater Betriebe unter sozialistischen Rahmenbedingungen, sowie – und dies insbesondere – die irritierende ideologische Wirkung ihrer charakteristischen ökonomischen Prosperität, welche sich unter bestimmten Umständen schnell zu einer gefährlichen Stoßkraft gegen den Sozialismus, gar zu einem „politisch- ökonomischen KO- Schlag“ auswachsen konnte.

Für ihn stand es bald fest – derartige Risiken beseitigte man am besten wohl dadurch radikal und auf Dauer, indem man das Potential dieser Betriebe umgehend möglichst reibungsarm und ohne „innere Schwächungen“ in den Bereich der staatseigenen Wirtschaft eingliederte, d. h., bei einer möglichst kompletten Übernahme ihrer gesamten eingearbeiteten Betriebsleitungen.

Ein Feld für sich waren die sich neuerlich anbahnenden **Wirtschaftskriege** innerhalb der Sowjetwirtschaft.

Ich darf hierzu – wieder einmal – aus meinen Moskauer Mitschriften der Jahre 1979/80 zitieren.

„Bedauerlicherweise hatte sich inzwischen auf bestimmten Feldern von Ökonomie und Wirtschaft ein gewisses `innersowjetisches Großmacht- Streben` eingestellt.

Besonders deutlich wurde dies angesichts des Verhaltens führender Persönlichkeiten in den russischen und ukrainischen Revieren der Montan- Industrie, die nachhaltig bemüht waren, ihren Revieren in bedeutenden Industrie- Bereichen eine gesamtsowjetische Monopol- Position zu sichern.

Mit allen erdenklichen Scheinargumenten wurden aus vorgeblich `sozialistischer` Motivation diverse Initiativen entfaltet, um alles zu hintertreiben, was sich gegen `ewige innersowjetische Allein- Vertretungs- Rechte` ihrer Reviere hinsichtlich bestimmter Produktionszweige richten konnte.

Nicht selten wurden dabei politisch unvertretbare Allianzen mit regionalen Vertretern extrem konservativer Ideologien jener Regionen eingegangen, in denen die als `bedrohlich` angesehenen neuen `Konkurrenz- Werke` entstehen sollten. Die hierbei verwendeten Argumenta-

tionen waren sehr vielgestaltig, bis hin zu jenen weltanschaulichen Aussagen, durch welche das heutige `grüne` politische Spektrum bestimmter bürgerlicher Kreise Westeuropas geprägt ist.

Andererseits kamen auch nationalistisch eingefärbte Argumentationen in das politische Spiel, z. B. eine in das Extreme getriebene Propaganda `zum Schutz der lokalgebundenen traditionellen Produktionsweisen`, sowie spirituell- religiöse Argumente und eine gelegentlich sehr skurile Argumentation für den Schutz historisch überholter familiensoziologischer Gegebenheiten. In muslimisch geprägten Regionen, z. B., wurden plötzlich massive Vorbehalte gegen die gemeinsame Beschäftigung weiblicher und männlicher Arbeitnehmer in den gleichen Produktionseinrichtungen thematisiert.“

Als, etwa ab 1927/28, mit der Umsetzung des „NEP“- Korrektur- Beschlusses begonnen wurde, stand zunächst die Einführung einer erheblichen steuerlichen Belastung aller Wertschöpfungs- Prozesse in den Produktions- Betrieben des privatwirtschaftlichen Sektors im Mittelpunkt, um mit den auf diese Weise eingetriebenen Geldern den Aufbau der staatlichen Großindustrie zügig intensivieren zu können.

Und dann wandte man sich auch bald der Umgestaltung des privaten Großhandels zu, der in den relativ wenigen Jahren der „NEP“- Zeit immerhin bereits wieder annähernd 40 % des gesamten sowjetischen Großhandelsgeschehens an sich gezogen hatte.

Mit dem Argument, dass dort kaum eine echte Wertschöpfung vollzogen wurde, dem zufolge die Umsetzung der neuen steuerlichen Ansätze zur Kapitalversorgung des Industrialisierungs- geschehens lediglich zu unerwünschten Anstiegen der Verbraucherpreise führen dürfte, wurde seine komplette unverzügliche Verstaatlichung in die Wege geleitet.

Dabei war man sehr um die Vermeidung rigoroser individueller Härte bemüht, auch um das mittlerweile eingespielte Wirken der betroffenen Strukturen nicht erneut – wie im Bürgerkrieg geschehen – zu zerstören. Die enteigneten Besitzer der Großhandels- Einrichtungen wurden, z. B., größtenteils in ihren Positionen belassen, wo sie fortan als leitende kaufmännische Ange- stellte des Sowjetstaates tätig waren.

Im Zuge dieser Maßnahmen wurde auch das staatliche Außenhandelsmonopol wiederher- gestellt, auch in Bezug auf den sehr lukrativen, jedoch ein sehr hohes fachliches Niveau der speziellen Händler voraussetzenden Edelpelz- Handel.

Die staatlichen Einnahmen dringend benötigter Valuta- Mittel konnten dadurch spürbar gesteigert werden.

Dem gleichen Anliegen diente die nunmehr massiv gesteigerte sibirische Goldgewinnung. Der Handlungsspielraum zum Import hochproduktiver Industrie- Anlagen für die entstehende sowjetische Großindustrie wuchs hierdurch erheblich.

Eine deutliche Ausweitung konnte nun speziell auch im Handel mit dem Deutschen Reich vollzogen werden, auf der Grundlage der für beide Handelspartner unstrittig vorteilhaften Verträge von Genf und Rapallo.

Parallel zu alledem liefen intensive Bemühungen zur Erarbeitung und möglichst umgehenden Durchsetzung eines umfassenden Systems staatlicher Preis- und Lohn- Regulative.

In der Tendenz wurde dadurch der Lebensstandard der neuen sowjetischen Mittelschichten nicht unbeträchtlich beschnitten, im Interesse der benötigten Ressourcen für gezielte Erhöhungen materieller Produktions- Anreize zur Forcierung des industriellen Ausbaus. Aber auch die immer noch unter dürftigen sozialen Verhältnissen lebenden Schichten der Sowjetbevölkerung blieben bei diesem umfassenden Revirement nicht völlig unbelastet, die mäßige Erhöhung der Preise für einige preisgeschützte Lebensmittel traf auch sie.

Dennoch war die gesamtgesellschaftliche Reaktion auf „Stalins stille ökonomische Revolution“ in der Tendenz positiv.

Zum einen spürte „der kleine Mann“, dass die mit der Sozialismus- Idee kaum vereinbare große Spreizung der sozialen Schere im Ergebnis der „NEP“- Periode eine nachhaltige Reduzierung erfuhr, und zum anderen begrüßte die große Mehrheit der Menschen die Zügelung von mit „politischer Massenarbeit“ kaschiertem Schlendrian und Großmannsverhalten in Regie der unteren Parteiorgane.

Unter dem Schlagwort einer „Masseninitiative gegen die Arbeits- Bummellei“ hatte nämlich Stalin – mit handfester Unterstützung seiner rabiaten Sicherheitsorgane – verschiedene weitere „Neuerungen“ seinem Staatsvolk nicht nur verordnet, sondern umgehend auch weitestgehend durchgesetzt, die der schlichte sowjetische Normalbürger noch vor kurzem für undenkbar gehalten hatte.

Am beeindruckendsten war wohl das zu drastischer Wirksamkeit gebrachte rigorose Verbot, auch weiterhin betriebliche Arbeitszeit durch die Wahrnehmung „unproduktiver Aufgaben“ zu vergeuden. Man meinte damit die bekannten „politischen Manifestationen“, „kollektiven Diskussionen zu brennenden politischen Fragen“, „machtvollen proletarischen Demonstra-

tionen aus gegebenem Anlass“, usw. Insbesondere den s t a a t l i c h e n Betrieben, Einrichtungen, Verwaltungen, usw., war es absofort strikt untersagt, derartige politische Aktivitäten während der Arbeitszeit zu dulden.

Selbstverständlich sollte die politische Arbeit auch in Zukunft ihren Platz „im Leben der Arbeitskollektive behalten“ – doch generell a u ß e r h a l b der bezahlten Arbeitsstunden ! Wodurch – kaum überraschend – das bisherige „große Interesse persönlicher Teilhabe an politischer Massenarbeit“ in den Arbeitskollektiven schlagartig rapide zurückging.

Und selbstverständlich blieben diese „Korrekturen“ nicht ohne negative Auswirkungen auf Status und Ansehen der örtlichen hauptberuflichen Parteifunktionäre der KPdSU.

Zudem gab es noch weitere Festlegungen, die ihren Einfluss auf Betriebsklima und Produktionsgeschehen erheblich relativierten.

Es wurde beispielsweise dem gesamten staatlichen Wirtschaftssektor, bei Androhung harter Strafen, untersagt, Gelder aus den Betriebsfonds für „explizit politische Aufgaben“ zur Verfügung zu stellen, auch für die inzwischen sehr beliebt gewordenen Banketts zur Auszeichnung politisch besonders engagierter Betriebsangehöriger, an denen sich die Vertreter der unteren Ebenen des Parteiapparates als Gäste fast immer sehr gerne beteiligt hatten, und deren Abrundung durch markige Trinksprüche zu einigen Glas guten russischen Wodkas zum „guten Ton“ gehörte.

Es wurde aber noch weiteres veranlasst, das die unteren Ebenen des Parteiapparates hart traf. Ihre Dienstbezüge wurden erheblich reduziert, „Dienst- Reise- Wesen“ und dienstliche PKW-Nutzungen unter eine straffe Kontrolle gestellt, die Planstellen- Zahlen im gesamten Staats- und Partei- Apparat gekürzt.

Diese Eingriffe in ihr mittlerweile gewohntes und zumeist als recht angenehm empfundenenes Funktionärsleben waren für die Angehörigen des landesweit auf eine ansehnliche Dimension angewachsenen Kaderstammes von im lokalen Bereich tätigen Funktionsträgern der KPdSU eine „kalte Dusche“.

Während der sich jahrelang hinziehenden hartnäckigen Auseinandersetzungen zwischen Trotzki und Stalin hatte gerade diese Masse von „Parteisoldaten“ ihrem Generalsekretär Stalin jene Machtbasis gegeben, die ihn letztlich die Oberhand gegen den einstigen „Zweiten Mann der Revolution“ gewinnen ließ.

Nun, in den Jahren 1927/28 war die „Trotzki- Frage“ entschieden, doch statt den „kleinen Genossen“ für ihre Gefolgschaftstreue mit einer Erweiterung des Privilegienspektrums zu danken, wurden sie jetzt von ihrem Idol gesellschaftlich deutlich abgewertet !

Ein allgemeines nachhaltiges Murren in den zahlreichen Parteibüros der großen Dörfer, der kleinen und mittleren Städte war die voraussehbare Folge. Aber aus dem Murren wurde nur in wenigen Fällen ein lauter und nachhaltiger Protest – denn Stalin ließ das Damoklesschwert der tatsächlichen Umsetzung des Beschlusses zur Stellenplan- Kürzung im Parteiapparat so lange über den Häuptern dieser Funktionsgruppe schweben, bis überall eine hinlängliche Gewöhnung an die neuen Gegebenheiten eingetreten war.

Und wer sich in dieser Zeit diszipliniert verhalten hatte, durfte dann zumeist seinen zumindest ökonomisch hinlänglich existenzsichernden Posten auch weiterhin behalten.

Außerdem wusste man – „im Falle des Falles“ griffen die staatlichen Sicherheitsorgane erbarmungslos durch, gegebenenfalls auch gegen altgediente Kommunisten, selbst gegen die ansonsten allzeit verehrten Revolutionäre der „Ersten Stunde“ !

Allerdings – die bisherige bedingungslose Zuverlässigkeit des Parteiapparates der unteren Ebene als Instrument einer straffen Durchsetzung von zentral festgelegten politischen, ökonomischen und sonstigen Direktiven war für einige Zeit nur noch bedingt gewährleistet.

Um die Steigerung der allgemeinen Arbeitsproduktivität bemühte man sich jedoch keineswegs ausschließlich mit repressiven Maßnahmen.

Die Löhne auf den Großbaustellen der Industrialisierungsvorhaben stiegen deutlich, und man bemühte sich nachhaltig, in das Lohngefüge diverse leistungsabhängige Komponenten einzubauen.

Zudem wurden jetzt für die verfügbar gemachten Devisen nicht nur hocheffektive moderne Maschinen und Geräte aus den Industrie- Staaten eingekauft, sondern es wurden – bei Zahlung von international attraktiven Höchstlöhnen – auch qualifizierte Facharbeiter und Ingenieure aus diesen Ländern zur Montage und In- Betrieb- Nahme der neuen Technik, sowie zur Ausbildung von sowjetischem Bedienungs- und Wartungs- Personal angeworben. Interessenten aus dem deutschsprachigen Raum und Skandinavien erfuhren dabei eine nachhaltige Bevorzugung – man ging davon aus, dass diese Männer, quasi „en passant“, ihren russischen, ukrainischen und sonstigen sowjetischen Kollegen gleichzeitig als anschauliche Vorbilder in Sachen Arbeitsdisziplin und Lebenskultur dienen würden.

Was – im Großen und Ganzen – dann wirklich der Fall sein sollte. Selbst in den höchsten Rängen der sowjetischen Partei- Hierarchie fand man das von Lenin immer wieder gebrauchte

Schlagwort von der „vorbildlichen preußischen Disziplin“ als einem zukünftig entscheidenden Faktor jeder schnellen gesellschaftlichen Entwicklung erneut bestätigt.

Und der seinen Jahresurlaub in Deutschland antretende deutsche Ingenieur in zeitweiligen „russischen Diensten“, der im Erste- Klasse- Abteil der Deutschen Reichsbahn vor den staunenden Augen seiner distinguierten Mitreisenden demonstrativ eine große Dose russischen Edelkaviars aus seinem Koffer holte, dann Teelöffel- weise auch seine Mitreisenden am Genuss der Delikatesse teilhaben ließ, war in manchen Kaffee- Kränzchen von Damen der gehobenen deutschen Gesellschaft für eine gewisse Zeit ein recht beliebtes Thema.

Letztlich vor allem im Interesse einer seitens der Partei- Ideologen als nunmehr nötig erachteten „gesamtgesellschaftlichen Ausgewogenheit“ bei den sehr einschneidenden politischen Korrekturen zur faktischen Beendigung der „NEP“- Periode trat Stalin schließlich auch eine Welle von „Aktionen gegen das Spekulantentum und korrumpive Elemente“ los, die – von den staatlichen Sicherheitsorganen umgesetzt – vor allem jene einstigen Profiteure der „NEP“ traf, die sich nicht unverzüglich den Regularien des neuen Kurses gebeugt hatten.

Die meisten anderen Kleinunternehmer hatten sich inzwischen „freiwillig“ vor der durch die extremen steuerlichen Belastungen drohenden Insolvenz gerettet, durch die Annahme von bestimmten genossenschaftlichen Strukturen, oder eine direkte „Überleitung“ ihrer Betriebe in Staatseigentum und das Akzeptieren der in diesen Fällen schnell üblich gewordenen persönlichen Übernahme auf einer nunmehr m i t t l e r e n betrieblichen Leitungsposition.

Stalin und seine unmittelbare Umgebung erzwangen Ende der 20er Jahre den gesellschaftlichen Durchbruch in eine an sowjetisch modifizierte altmarxistische Normen orientierte politische Richtung vor allem durch seine Absicherung m. H. eines massiven Ausbaus der sog. „staatlichen Sicherheitsstrukturen“. Die geheimdienstlich strukturierten speziellen Machtorgane des Sowjetstaates entwickelten sich schnell zu einem alle Lebensbereiche intensiv durchdringenden, allseits gefürchteten Überwachungs- und Disziplinierungs- Apparat mit relativer Unabhängigkeit von den lokalen und regionalen Partei- Strukturen der KPdSU.

Jegliches öffentliches Hinterfragen zentraler staatlicher Direktiven wurde nun in kurzer Zeit faktisch absolut unmöglich, selbst für Parteifunktionäre der mittleren Ebene.

Auch die kleinen innersowjetischen „Wirtschaftskriege“ der „NEP“-Periode verloren nunmehr ihre Brisanz, schnell und fast ausnahmslos.

Dieses System der subtilen Überwachung und Disziplinierung hatte bis zum Ende des Sowjetstaates Bestand, wurde nach 1945 auch von den im sowjetischen Hegemonialbereich entstandenen sog. „Volksdemokratien“ übernommen, einschließlich der DDR.

Als sich in den 30er Jahren jährliche industrielle Zuwachsraten von bis zu 20 % einstellten, der florierende Industrialisierungsprozess auch das komplette „Aufsaugen“ der bis dahin latenten russischen *A r b e i t s l o s i g k e i t* bewirkt hatte, der Lebensstandard für die breite Masse der Bevölkerung deutlich über dem Vorkriegsniveau zu liegen begann, konnte sich Stalin endlich der allgemeinen Anerkennung seiner Führungsrolle im gesamten Sowjetstaat wirklich sicher sein.

Auch wenn spätestens zu diesem Zeitpunkt die Blütenträume manches dereinst von der „reinen Ideenwelt des klassischen Kommunismus“ beseelten jungen Sowjetbürgers zerstoßen waren – die handfesten Lebensperspektiven der neuen Zeit in der Regie von Stalin, des „Führers des Welt- Proletariats“, wurden im weiten Sowjetland mehr und mehr als realistische Zukunftsorientierung anerkannt.

In der Landwirtschaft hatte die „NEP“- Politik zu ähnlichen Gegebenheiten geführt, wie im Bereich von Kleinindustrie, Gewerbe und Handel, nur stellten sich hier die Folgen jener frühen Periode des Sowjetstaates weit extremer dar.

Das gesellschaftlich nachhaltigste Phänomen im entstandenen Problem- Konvolut war die Tatsache, dass die im „Roten Oktober“ des Jahres 1917 initiierte Bodenreform – d. H. die weitestgehende Auflösung der damaligen Latifundien zu Gunsten mittelbäuerlicher Landwirtschaftsbetriebe – im Laufe weniger Jahre einen „fast totalen Sieg“ über die von den Bolschewiki angestrebte Rückentwicklung zum Großbetrieb in Form „Landwirtschaftlicher Kollektiv- Wirtschaften“ errungen hatte.

Diese speziell sowjetische Modifikation eines landwirtschaftlichen Betriebes ist später unter ihrer Kurzbezeichnung „Kolchos“ allgemein bekannt geworden.

Jene durch die Bodenreform zu Mittelbauern avancierten einstigen Klein- und Kleinst- Landwirte, deren Eltern zumeist noch Leibeigene gewesen waren, hatten in wenigen Jahren derart

starke ökonomische und politische Positionen erringen können, dass alle von Partei und Staat beharrlich in Richtung „Kolchos“ geführte Agitation und Propaganda von ihnen abgeprallt, zunehmend zu hohler Rhetorik geronnen war.

Allerdings wurden die teilweise beachtlichen Hektar- Erträge der gutsherrlichen Vorkriegswirtschaft von den neuen Betrieben mittlerer Größe in Bauernhand einstweilen überwiegend **n i c h t** erreicht.

Von Seiten der Bolschewiki war das alles „zähneknirschend“ hingenommen worden, weil durch diese Entwicklung bis 1926 zumindest der extreme Hunger der Bürgerkriegsjahre wieder geschwunden war.

Natürlich gab es angesichts des eingetretenen Status quo bei den prosperierenden neuen Mittelbauern kaum Veranlassung, gegen die nach 1921 entstandene „NEP“- Variante des „realen Sozialismus“ ernsthaft zu opponieren, gar die staatliche Herrschaft der Bolschewiki grundsätzlich in Zweifel zu ziehen – so lange das alles ein „Sozialismus mit leichtem Augenzwinkern“ blieb, der die Mittelbauernschaft vor einer überlegenen gutsherrschaftlichen Konkurrenz bewahrte, den verkappten Kleinkapitalisten mit bäuerlichem Habitus den erlangten Aufstieg in eine bestimmte Form zeitgenössischer „ökonomischer Oberschicht“ auch weiterhin gewährleistete.

Im Vergleich zur russischen Industrie- Arbeiterschaft, z. B., war der allgemeine materielle Lebensstandard der Bodenreform- Bauern mittlerweile deutlich höher, wie schon an anderer Stelle angemerkt.

Doch auch nach 1926, dem „Jahr der großen Bilanz“, scheute selbst Stalin zunächst vor rigorosen Maßnahmen zur Durchsetzung der langfristigen agrarpolitischen Zielstellungen seiner Partei zurück, waren doch auch die derzeit diese Zielstellungen unterlaufenden mittelbäuerlichen Betriebe – in gewissem Sinne – „Kinder des Roten Oktober“, „Fleisch vom eigenen Fleische“!

Jedenfalls herrschte damals recht lange in den Spitzengremien von Partei und Regierung des Sowjetlandes eine unentschlossene, ambivalente Haltung in Bezug auf die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik.

Nur langsam wurde voll erfasst, dass man dereinst mit der rasant vollzogenen Bodenreform, durch die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, nicht nur entscheidende Impulse zur schnellen landesweiten Ausdehnung des bolschewistischen Aufbegehrens freige-

setzt hatte, sondern dass damit auch die Saat für das Entstehen einer *n e u e n* Schicht *p r i v a t e r* Betriebseigentümer gelegt worden war.

Und dass die Vertreter dieser Schicht hinfort kaum an einer „Weiterentwicklung“ ihres frisch erlangten persönlichen Besitzes in „sozialistisches Gemeineigentum“ sonderlich interessiert sein dürften.

Der „durch die Gnade des Schicksals“ fast plötzlich zum Mittelbauern aufgestiegene Häusler, z. B., vollzog mit einer solchen Mutation einen Identitätswandel, der ihm meist erst mit gewisser Verzögerung voll bewusst geworden sein dürfte.

Es war der Wandel von dem auf seinen Arbeitslohn orientierten, zumeist im Fühlen und Empfinden stark auf das Gemeinwohl ausgerichteten *L o h n e m p f ä n g e r* zum nunmehr überwiegend am Marktgeschehen orientierten *W a r e n p r o d u z e n t e n*.

Sein einstiger landwirtschaftlicher Zwerg- Betrieb war in der Regel fast ausschließlich auf die *E i g e n v e r s o r g u n g* mit Lebensmitteln beschränkt gewesen, keineswegs auf eine nennenswerte Marktproduktion eingestellt.

Heute wissen wir – vollzieht sich ein solcher Wandlungsprozess als Massenphänomen, muss die betroffene Gemeinschaft mit wesentlichen Positionsveränderungen bei wichtigen gesellschaftlichen Paradigmen rechnen.

Der junge Sowjetstaat geriet jedenfalls durch vorstehend beschriebene Entwicklungen gegen Ende der 20er Jahre und zu Beginn der 30er Jahre in enorme spezielle politische Schwierigkeiten.

Stützte sich zur Zarenzeit auf dem flachen Lande das gesamte gesellschaftliche System auf eine nachhaltig dominante Gutsherrschaft, getragen durch einen zahlenmäßig sehr überschaubaren Kreis von landwirtschaftlichen Magnaten, so hatte die bolschewistische Bodenreform ein massenpolitisch sehr respektables Millionen- Heer bäuerlicher Kleinkapitalisten hervor gebracht – deren objektive ökonomische Interessen- Struktur sie fortan keineswegs mehr für die Rolle des enthusiastischen Bannerträgers gesellschaftlicher Fortschrittsideen marxistischer Prägung qualifizierte.

Bereits die nachhaltig gescheiterten Kollektivierungs- Kampagnen der Jahre 1922 bis 1926 hatten das verdeutlicht.

Es muss die führenden Agrar- Politiker in den Moskauer Zentralen damals tief erschüttert haben – im Jahr des großen Bilanzierens, 1926, war der Anteil der *K o l c h o s e n* am landwirtschaftlichen Gesamtergebnis der Sowjetunion auf einen katastrophal niedrigen Wert, auf *u n t e r 1 %* gesunken !

Verschiedene im Rausch der Bodenreform 1917/18 spontan entstandene Vereinigungen hatten sich wieder aufgelöst, und was als „Kolchos“ das folgende knappe Jahrzehnt überdauert hatte, das waren fast ausschließlich Zusammenschlüsse von Zwerg- und Kummerbetrieben.

Eine statistische Übersicht brachte es schließlich an den Tag – jeder dieser vorgeblichen landwirtschaftlichen „Großbetriebe“ verfügte im Durchschnitt über drei Pferde und zehn Rinder, wobei letztere angesichts der spärlichen Potentiale an echter tierischer Traktionskraft oft vor den Pflug gespannt werden mussten, was sich sehr negativ auf ihren Milchertrag auswirkte. Mit anderen Worten – die vorgeblichen Keimzellen beispielhafter sozialistischer Agrarwirtschaft erwiesen sich fast durchweg als Zusammenschlüsse jämmerlicher Zuschussbetriebe, die aus verschiedenen Gründen zu Beginn der 20er Jahre, nach der Beendigung von furchtbarem Revolutionskrieg und schlimmen Revolutionswirren, die „Gunst der Stunde“ nicht hatten nutzen können.

Mittlerweile etwa 10 Jahre später – also gegen Ende der 20er, zu Beginn der 30er Jahre – ließen es dann aber bestimmte Entwicklungen der allgemeinen innersowjetischen Marktlage und das hierauf erfolgende marktkonforme Verhalten seitens der inzwischen etablierten privaten russischen, bzw. ukrainischen Bauernschaft kaum noch zu, dass man sich von staatlicher Seite auch weiterhin in aktionsloser Toleranz zurückhielt.

Die besagte „neue Qualität der Verhältnisse“ begann mit dem schneller werdenden Wachstum der allgemeinen Kaufkraft in Folge der an Fahrt gewinnenden Industrialisierungswelle – doch das Nahrungsgüteraufkommen konnte damit nicht Schritt halten, weshalb sich nun in diesem Sektor „preistreibende Impulse“ bemerkbar machten.

Die „Koexistenz“ von Marktwirtschaft gemäß NEP- Regularien auf dem agrarischen Produktionssektor und dem planwirtschaftlichen Agieren des inzwischen durchweg verstaatlichten Agrar- Großhandels mit festgelegten Garantie- Abnahme- Preisen drohte sich mit wachsendem Tempo zu einem Debakel der staatlich organisierten allgemeinen Lebensmittelversorgung zu entwickeln. Denn der Landwirt konnte außerhalb des staatlichen Aufkauf- und Vertriebssystems für landwirtschaftliche Erzeugnisse spürbar höhere Preise erlangen, folglich nutzte er zunehmend diese Absatzkanäle, und nicht die Dauer- Offerte des staatlichen Großhandels. Weshalb das staatliche Agrarerzeugnis- Aufkaufsystem die bedarfsgerechte ausreichende Versorgung des staatlichen Lebensmittel- Einzelhandels mit

seinen niedrigen Abgabepreisen für Grundnahrungsmittel bald nicht mehr völlig absichern konnte.

Was wiederum zunehmenden Unmut bei der breiten Bevölkerung hervorrief, insbesondere bei den auf den neuen Industrie- Baustellen kompakt zum Einsatz gebrachten Arbeiter- Kolonnen.

Als nun seitens der Parteipresse – unter Einforderung der „brüderlichen Klassensolidarität mit der Arbeiterklasse“ – an die Bauernschaft appelliert wurde, zur schnellen Stabilisierung der in Schwierigkeiten geratenen „sozialistischen Nahrungsgüter- Versorgung“ auf die „inneren Getreide- Reserven“ der bäuerlichen Betriebe zurückzugreifen, selbige zu den weiterhin gültigen – niedrigen ! – Aufkaufpreisen in das staatliche Erfassungs- System des Agrar- Großhandels einzuspeisen, kam es zu einer in den Parteiorganen als paradox und „unerkklärlich“ empfundenen Reaktion :

Die Zuführungen zu besagtem System stiegen nämlich keineswegs an, sondern wurden, im Gegenteil, geradezu extrem rückläufig !!!

In den Kreml- Korridoren der Macht war man zutiefst erschüttert.

Zumal jetzt seitens der Bauernschaft nachhaltig eine massive Erhöhung der staatlich garantierten Preise des Getreide- Aufkaufs – auf das Niveau der „Schwarzmarktpreise“! – gefordert wurde.

Worauf man an zentraler Stelle zunächst überhaupt nicht reagierte – man wollte sich „nicht erpressen“ lassen.

Was dazu führte, dass die Versorgungsprobleme weiter wuchsen, der auf dem sich schnell erweiternden „s c h w a r z e n Markt“ erzielbare Getreidepreis gleicheweise .

Der Lerneffekt bei der Millionenschar neuer Mittelbauern war beeindruckend.

Im Verlauf weniger Monate hatte man nun – landauf und landab – erkannt, welche große Markt macht man entfalten konnte !

Das staatliche Getreide- Erfassungssystem wurde bald völlig boykottiert, eine legale Freigabe der Getreidepreise verlangt.

Stalin und sein unmittelbarer Führungskreis sah sich jetzt vor eine nicht mehr zu umgehende Entscheidung gestellt – „N a c h g e b e n“ oder „D u r c h g r e i f e n“ !

Wie angesichts in Bürgerkrieg und Revolution demonstrierter Aktionsmuster der Bolschewiki wohl kaum anders zu erwarten, entschied man sich wiederum für „Durchgreifen“, und dieses mit brutaler Härte.

Die sowjetische Mittelbauernschaft, ein „legitimes Kind der Oktoberrevolution“, wurde fast ausnahmslos zu „Kulaken“ erklärt, nach den eingeübten Methoden des „Roten Terrors“ zu Bürgerkriegszeiten verschiedenen Repressalien unterzogen, bei dennoch fortgesetzten Widerborstigkeiten – insbesondere bei fortgesetztem sog. „Getreidestreik“ – mitleidlos zur Zwangsarbeit in den Winter Sibiriens geschickt.

Zur Durchsetzung dieses harten politischen Kurses bediente Stalin sich des erst kürzlich, im Zusammenhang mit der Korrektur des „NEP“-Kurses, erheblich ausgebauten und seiner persönlichen Kontrolle direkt unterstellten vielgliedrigen Überwachungs- und Disziplinierungs-Apparates.

Angesichts einer solchen Drohkulisse schloss sich jetzt das Gros der verbliebenen mittelbäuerlichen Betriebe – bei einer de-facto-Aufgabe ihrer Selbständigkeit – nun doch zu den seit langem von den Bolschewiki angestrebten kollektiven betriebswirtschaftlichen Vereinigungen zusammen, zu den nunmehr das landwirtschaftliche Leben der gesamten Sowjetunion dominierenden „Kolchosen“.

An die Spitze dieser zumeist große Landflächen bewirtschaftenden Zusammenschlüsse gelangten oft einstige landwirtschaftliche Spezialarbeiter der großen ehemaligen Gutsbetriebe, die seitens der Häusler und Kleinstlandwirte bei der Bodenreform 1917/18 häufig systematisch „übersehen“ worden waren – auf den großen Gutsbetrieben der Zarenzeit hatte es oft einen spürbaren sozialen Graben zwischen typischen Nachkommen von einstigen Leibeigenen und besagten Spezialisten gegeben. Als Maschinisten und Geräte-Bediener, mit Milchgewinnung und -verwertung befasste „Schweizer“, als Chauffeure der ersten Trecker und Kraftfahrzeuge, usw., hoben sie sich durch ihr Bildungsniveau deutlich von der Masse der Dorfbevölkerung ab, wurden durch die Gutsherrschaft überdurchschnittlich entlohnt und stammten zudem oft auch nicht aus Familien der genuinen Bauernschaft, sondern aus kleinstädtischem Milieu.

In den Jahren 1917/18 hatte es „in den Geist der Zeit“ gepasst, dieses dereinst privilegierte Segment der Landbevölkerung vom Zugriff auf den durch die Bolschewiki vermittelten Segen der Bodenzuteilung sehr oft auszugrenzen.

Nunmehr an die Spitze der durch harte Erpressung zustande gekommenen neuen Kolchosen gestellt, wussten die meisten dieser Männer die neuerliche Wende in ihrer individuellen

Lebensperspektive zu würdigen, bemühten sich nach Kräften, die zu kompromisslosem Handeln nicht nur entschlossene, sondern offenbar auch befähigte aktuelle Obrigkeit nicht zu enttäuschen. Wobei sie jetzt von staatlicher Seite auch eine spürbare Unterstützung fanden.

Als es gegen Mitte der 30er Jahre der neuen sowjetische Traktoren- Produktion endlich gelang, hinlänglich zuverlässige und leistungsstarke landwirtschaftliche Zugmaschinen in beachtenswerten Stückzahlen zu produzieren, wurden diese – z. B. – den spärlichen Resten der verbliebenen privaten Landwirtschaft grundsätzlich vorenthalten, fast ausschließlich den Kolchos- Betrieben und den sog. „Sowchosen“ übergeben.

Bei letzteren handelte es sich um bestimmte verstaatlichte große Gutsbetriebe, von denen beispielgebende Initiativen für die Modernisierung der gesamten sowjetischen Landwirtschaft erwartet wurden.

Alles in allem war diese Politik für jene Zeit durchaus erfolgreich. Noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges lagen die durchschnittlichen Hektar- Erträge der sowjetischen Landwirtschaft in fast allen Produktionsbereichen erheblich über den einstigen Spitzenwerten aus der Zarenzeit. Dabei befand sich inzwischen nur noch etwa 5 % der gesamten Landwirtschafts- Produktion in einzelbäuerlicher Hand. Fast 80 % dieses Produktions- Aufkommens konzentrierte sich mittlerweile bei den Kolchosen, der Rest entfiel auf Sowchosen und nicht näher bezeichnete Produktions- Strukturen.

Im „gelebten Wertigkeits- Empfinden“ der KPdSU hatte aber der russische Bauer seinen ehemals bevorzugten Platz verloren; und er blieb ihm bis zum Ende der UdSSR verloren.

An dieser Stelle erscheint es mir angebracht, einige Bemerkungen zum Problem des politisch motivierten **S t a a t s t e r r o r i s m u s** gegen wesentliche Teile der eigenen Bevölkerung zu Papier zu bringen.

Gewiss – „der stramme Marsch bedarf der lauten Trommel !“, und Staatsterrorismus kann einem solchen Anliegen in bestimmten Situationen, erwiesenermaßen, besonders nachhaltig dienen. Seine Brutalität kann die vorgebliche Allmacht der aktuell Mächtigen gegenüber dem Individuum extrem drastisch und unübersehbar belegen, zwingt die Zögerlichen zu „Gehorsam“, zum staatsbürgerlichen „Einreihen in Reih´ und Glied“.

Aber Staatsterrorismus trägt grundsätzlich – selbst abgesehen von seiner prinzipiellen ethischen Fragwürdigkeit – in sich sehr große gesellschaftliche Risiken.

Selbst für seine Initiatoren ist er meist von extrem hohem Gesamtrisiko, denn sie beschreiten mit ihm einen persönlichen „way of no return“. Die Historie belegt es – gelang es trotz allem Rigorismus nicht, mit Rücksichtslosigkeit und Brutalität das vorgefasste politische Ziel im „direkten Zugriff“ zu erreichen, sind die Verantwortlichen für derartige Grausamkeiten oft die letzten Opfer ihrer schlimmen Initiativen gewesen.

Den vielen „kleinen“ unmittelbaren Exekutoren der Gewaltmaßnahmen, möglicherweise von einem Gewaltrausch zum nächsten taumelnd, mag solche „innere Dialektik“ ihres Tuns nicht bewusst sein – den versierten Politik- Strategen in den Spitzen- Segmenten der hierarchischen Pyramide hingegen ist sie es, in aller Regel, sehr wohl.

Routinierte und skrupellose politische Gipfelstürmer bemühen sich auch deshalb zumeist sehr bald nach Erlangung der persönlichen unmittelbaren Macht um den Aufbau eines besonderen und elitären, ihnen unmittelbar verpflichteten, quasi zusätzlichen speziellen Repressionsorgans innerhalb der üblichen staatlichen „Sicherheitsdienste“, einer „Garde zur besonderen Verfügung“. Diese dient dann – z. B. – der Umsetzung spezieller Aufgaben, auch zur Steuerung von bewusst ausgelösten massenterroristischen Lawinen- Phänomenen, wie zur Abbremsung solcher Geschehnisse nach Erreichen der Zielvorgaben, in Sonderheit aber zur Unterbindung aller in besagtem „trüben“ Metier stets drohenden Ansätze schleichender Verselbständigung bestimmter, beispielsweise versteckt opponierender Cliques im Sicherheitsapparat.

Gelingt es, Ausmaß und Intensität staatsterroristischer Repressionen, die staatlichem Tun anzulastenden Überschreitungen allgemein anerkannter elementarer gesellschaftlicher Normen und Regeln, nach Erreichen der Zielvorgaben besagter Kampagnen „rechtzeitig und geräuscharm“ wieder „zurückzufahren“, haben die begangenen Untaten – im Falle des langfristigen Fortbestandes der nunmehr etablierten Machtstrukturen – gute Chancen, im Nebel des gnädigen öffentlichen Vergessens langsam untertauchen zu können.

Und den einstigen Henkern, Folterknechten, usw., ist dann tatsächlich oft der letztendlich von ihnen ersehnte geruhende, scheinbar beschauliche individuelle Lebensabend beschieden, oft bei Gewährung sehr ansehnlicher staatlicher Pensionen.

Ereignet sich allerdings noch zu ihren Lebzeiten in ihrem Soziotop ein radikaler gesellschaftlicher Paradigmenwechsel, müssen sie mit einer schnellen Revitalisierung der öffentlichen

Erinnerung an das dereinst Geschehene rechnen, mit den entsprechenden drastischen Konsequenzen für sie, als die damaligen Akteure.

Die gesellschaftlichen Nachbeben einst begangener Grausamkeiten können dann noch sehr lange währen.

Ein anderes unausweichliches, quasi „inhärentes“ Risiko staatsterroristischer Herrschaftsformen wiegt gesamtgesellschaftlich indessen wohl noch weit schwerer.

Staatlich getragener Massenterrorismus erzeugt zwangsläufig bei den durch ihn Betroffenen tief verinnerlichte Hassgefühle, mit einer undifferenzierten Ausstrahlung auf das gesamte Umfeld, was schließlich eine ständig untergründig schwelende Einfärbung mentaler psychologischer Prozesse im Sinne **z e r s t ö r e r i s c h e r D e s t r u k t i v i t ä t** bewirkt.

Das ist für jegliche Art stetiger schöpferisch- kritischer Auseinandersetzung in hohem Maße lähmend, behindert auch massiv die historisch erforderliche laufende zeitgemäße Adaptation gesellschaftlichen Seins.

Was sich dann – in der langfristigen Perspektive – als tödlich für eine jede gesellschaftliche Struktur erweisen kann.

Und mit einem radikalen politischen Strukturenwandel drohen auch – mehr oder weniger – alle bisherigen tragenden ideologischen Elemente des bisherigen Paradigmas unterzugehen, selbst jene von ihnen, die ursprüngliche philanthropisch- humanistische Ausgangsvorstellungen ihrer Akteure verdeutlichten.

Was ebenfalls eine gewisse Tragik beinhaltet.

## DIE SOWJETISCHE ARMEE- KRISE IN DEN 30er JAHREN

Zu Beginn der 30er Jahre war die politische Gesamtsituation in der UdSSR durch die Konfrontation mit der Bauernschaft zeitweise erheblich labilisiert, und als sich dieser Konflikt hinlänglich beruhigt hatte – 1936 wurden auch den meisten der nach Sibirien deportierten „Kulaken“ die vollen bürgerlichen Rechte wieder zuerkannt – begann eine andere Problematik zunehmend größere „gesellschaftliche Wellen“ zu schlagen.

Es ging um die „Rote Armee“, in Sonderheit um Perspektive und Struktur der militärischen Kräfte der Sowjetunion, sowie um die Befehlsgewalt über diesen beträchtlichen Machtfaktor. Die gesamte zweite Hälfte der 30er Jahre stand – mehr oder weniger – im Zeichen der zunächst sachlichen Diskussionen, doch dann mit zunehmender Erbitterung ausgetragener interner politischer Auseinandersetzungen, schließlich einer Machtkrise, in welcher der gesamte Sowjetstaat zeitweise am Rande seiner Implosion gestanden haben dürfte.

Begonnen hatte das Ganze mit der Suche nach einer situationsgerechten perspektivischen Entwicklungsvorgabe für die sowjetischen Streitkräfte.

Darüber, dass die Risiken einer zunehmenden militärischen Einkreisung des Sowjetstaates nach dem Abklingen der Weltwirtschaftskrise nicht gesunken, sondern eher gestiegen waren, herrschte bei den sowjetischen Führungskräften Einigkeit.

Einigkeit herrschte auch darüber, dass man seine Streitkräfte gemäß den sich abzeichnenden revolutionierenden waffentechnischen Neuerungen umrüsten und erweitern musste, worauf man sich durchaus bereits seit Jahren durch Auf- und Ausbau der entsprechenden Industriezweige eingestellt hatte.

Aber, schon als es um grundlegende Entscheidungen hinsichtlich der zentralen Prioritäten-Rangliste ging, konnten sich die führenden Militärs nicht verständigen.

Recht bald hatten sich drei große „Lager“ gebildet, zwischen denen diverse „Zwischen- und Neben- Lager“ entstanden. Wir wollen letztere außer Acht lassen, uns bei der skizzierenden Ausleuchtung der Szene auf die drei gedanklichen Hauptrichtungen, auf die drei „Haupt-Lager“ konzentrieren.

Zu Beginn der immer verbissener ausgetragenen Kontroverse bildete die später als „Traditionalisten“ bezeichnete Gruppe die absolute Mehrheit in der sowjetischen Generalität. Das waren überwiegend erfahrene Heerführer, die vor einer allzu unkritischen Übernahme aller bei den westeuropäischen Armeen und der US-army beobachtbaren Entwicklungsmuster nachhaltig warnten.

Auch sie akzeptierten durchaus das grundsätzliche Erfordernis des Aufbaus einer schlagkräftigen Panzerwaffe, und der Schaffung zeitgemäßer Luftstreitkräfte. Sie plädierten jedoch nachhaltig auch dafür, die großen sowjetischen Kavallerie- Verbände beizubehalten, sie weiterhin für die offensive klassische Kavallerie- Attacke auszubilden.

Aus nahe liegenden Gründen fanden sich fast alle Reiter- Generäle des Bürgerkrieges in dieser Gruppe, bildeten weitgehend ihr Zentrum.

Der Bürgerkrieg nach der bolschewistischen Macht- Erringung im Oktober 1917 lag zu jener Zeit erst etwa eineinhalb Jahrzehnte zurück. Und es waren vorzugsweise die zur Legende gewordenen „Roten Reiter- Schwadronen“ mit ihren auf Kutsch- und Droschkenfahrzeugen montierten Maschinengewehren gewesen, die in den Weiten Russlands und der Ukraine den Sieg gegen ausländische Interventionstruppen und die weiße Konterrevolution errungen hatten.

Als lebende Heroen waren ihre Kommandeure auch in den 30er Jahren immer noch Männer, deren Wort erhebliches Gewicht hatte, zumal sie ihren Standpunkt mit sehr bedenkenswerten rationalen Argumenten zu untermauern verstanden.

Sie wiesen mit Nachdruck auf die gegenüber West- und Mitteleuropa erheblich andersartigen geographisch- klimatischen Bedingungen des in einem neuen Krieg an der europäischen Front vermutlich zu verteidigenden weißrussisch- russisch- ukrainischen Raumes hin. Besonders betont wurden von ihnen das dünne Netz hinlänglich durch schwere Technik belastbarer Straßen, und die im Herbst regelmäßig stark verschlammenden, im Winter eisglatt gefrorenen Feldwege, auf welche man dessen ungeachtet in Ermangelung anderer Wegungen bei militärischen Operationen bisher immer wieder hatte zurückgreifen müssen. Hinzu kam – im Vergleich zu West- und Mitteleuropa – die dürftige allgemeine logistische Erschließung des betreffenden Terrains.

Nicht nur Kavalleristen sahen es als höchst fraglich an, ob die damaligen motorisierten militärischen Verbände unter diesen Bedingungen tatsächlich kampferprobten Reiterverbänden überlegen sein würden. Setzte doch der erfolgreiche Einsatz der Panzerwaffe – z. B. – eine stabile Gewährleistung steten Nachschubs an erheblichen Mengen von Treibstoff voraus, der

von Kolonnen zuverlässiger und leistungsstarker LKW's über lange Wege an sich oft schnell verändernde Zielpunkte angeliefert werden musste.

Es sei schon hier angemerkt – das substantielle Gewicht dieser Hinweise sollte die deutsche Wehrmacht bei ihrem Russland- Feldzug der Jahre 1941-44 nachhaltig und leidvoll zu spüren bekommen !

Wie simpel und von russischer Seite seit alters her gut beherrscht stellte sich im Vergleich dazu die Aufrechterhaltung der Kampfbereitschaft von Kavallerie- Verbänden dar – das Pferd benötigte kaum mehr als Hafer, Stroh, Heu und Wasser, und das konnte, zumindest zu Beginn des Krieges, in jeder dörflichen Ansiedlung bei den ortsansässigen Landwirtschaftsbetrieben beschafft werden.

Die „Reformer“ hatten es gewiss nicht leicht, sich gegen diese schlichte argumentative Logik und die nachwirkende Gloriele der Siege im noch gut erinnerlichen Bürgerkriegsgeschehen zu behaupten, zumal sie bald in zwei große Gruppen gespalten waren – in „Vorwärts-Strategen“ und „Heimatland- Verteidiger“.

Letztere sahen nur bei der geschickten Ausnutzung des weiten russischen Raumes eine reale Chance, konzentrischen feindlichen Angriffen aus dem Westen erfolgreich begegnen zu können, bei welchem Szenarium vor allem die vermutlich technisch überlegenen feindlichen Aggressoren sich mit den von kavalleristischer Seite benannten, für sie sehr ungewohnten Problemen der Kriegführung auf weißrussisch- russisch- ukrainischem Boden auseinandersetzen müssten.

In Vorbereitung auf solches Geschehen sollte man nun aber nicht vor allem seine Kavallerie noch weiter vergrößern, sondern das Land mit tief gestaffelten modernen Festungs- Bauwerken bestücken. Die Versuche ihrer Eroberung dürften letzten Endes den Feind derart auszehren, dass schließlich mit allen verfügbaren sowjetischen Truppen zu einem siegreichen Gegenangriff übergegangen werden könnte.

Das alles wurde aber von den „Vorwärts- Strategen“ erheblich anders gesehen !

Sofort nach Ausbruch des Krieges müsste man den feindlichen Aggressionsversuch stoppen, mit modernen Waffen den Feind auf seinem eigenen Terrain schlagen, das Sowjetvolk auf diese Weise vor vermutlich lange Jahre währenden Kriegsleiden bewahren.

Also – keine Kavallerie, und auch nicht unzählige, tief gestaffelte Festungsbauwerke, sondern vor allem viele bewegliche Panzer mit starkem Traktionsvermögen und großer Feuerkraft, sowie eine starke und vielgliedrige Luftwaffe !

Stalin hatte große Sympathie für die Strategie der „Vorwärts- Strategen“, spürte aber instinktiv, dass die optimale Lösung des Problems wohl kaum in einem „entweder – oder“ lag, sondern vermutlich irgendwie in einem bestimmten „sowohl als auch“.

Aber – er wusste um die Grenzen seiner persönlichen Kompetenz auf militärstrategischem Gebiet, drang folglich darauf, dass sich seine „Unterhäuptlinge in Marschall- und Generalsuniform“ auf die für das ganze Land zweckmäßigste perspektivische Orientierung verständigten.

Was sie leider nicht zu Wege brachten.

Die Tonlagen verschärften sich.

Allmählich wurden Forderungen laut, der Generalsekretär möge im Sinne „der Wahrnehmung seines Rechts zum Treffen einer Führungsentscheidung“ endlich aktiv werden !

Derartige wurde in Sonderheit von Vertretern des „nichtmilitärischen Flügels“ in der bolschewistischen Führungsspitze zunehmend thematisiert.

Was wiederum vermutlich bei manchen führenden Militärs gewisse „langfristige Grundüberzeugungen“ verwischte, einem nun allmählich aufkommenden „Bonapartismus“ Vorschub zu leisten begann.

Als sich Stalin im Zuge seiner Auseinandersetzungen mit der Bauernschaft nur durch die massive zwangsweise Deportation aller „störrischen Gemüter“ dieses gesamtstaatlich sehr wichtigen Teiles der Bevölkerung in die kalten Steppen Sibiriens zu helfen gewusst hatte, war das kurzfristig seinem breiten unionsweiten Renommee keineswegs zuträglich gewesen.

Die Rote Armee hatte er bei jener Auseinandersetzung aus „gutem Grund“ tunlichst ausgeklammert – vor allem das Unteroffizierscorps entstammte größtenteils der Bauernschaft.

Und folglich war das Ansehen der Armee, des regulären „Waffenträgers der Revolution“, durch besagtes Geschehen nicht tangiert worden, in einem keineswegs völlig belanglosen Gegensatz zum Generalsekretär und zu seinem umfänglich umgestalteten Sicherheitsapparat.

Jedenfalls fühlte sich ein erheblicher Teil der Armee- Spitze mittlerweile auch „p o l i t i s c h sehr stark“, zumal jetzt selbst in bestimmten Kreisen der „roten Intelligenz“ Forderungen

nach einer generell stärkeren Beteiligung der *Armee* auch bei *außermilitärischen* Grundsatzentscheidungen zunehmend positive Resonanz fanden.

Was alles dem Parteichef ganz gewiss nicht behagen konnte.

Als „kommender Mann“ der sowjetischen Streikkräfte galt damals ein erst vor kurzem von Stalin zum „Marschall“ beförderter beeindruckender Militär mit dem Namen Tuchatschewski. Er galt als Hauptvertreter der „Vorwärts- Strategen“, hatte Stalin vor allem durch seine profunden militärwissenschaftlichen und technischen Kenntnisse beeindruckt, durch seine Fähigkeit zu tiefem und komplexem Denken.

Tuchatschewski war noch vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges Berufsoffizier in der Armee des Zaren geworden, jedoch nach Kriegsausbruch sehr bald in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten.

Unter den vergleichsweise kulanten Bedingungen der kaiserlichen deutschen Gefangenschaft für russische Offiziere der Zarenarmee fand Tuchatschewski Zugang zu deutscher militärwissenschaftlicher und militärtechnischer Literatur, deren intensivem Studium er sich fortan mit System und Leidenschaft zuwandte.

Es dauerte nicht lange, und er hatte einen Kreis gleichgesinnter junger russischer Offiziere verschiedener Waffengattungen um sich geschart. Man vertiefte sich nun gemeinsam in die militärische deutsche Literatur, erging sich anschließend in ausgedehnten Diskussionen über die erstrebenswerten Strukturen, Bewaffnungen, Ausbildungsinhalte, usw., einer zukünftigen modernen russischen Streitmacht. Nur gelegentlich, und eher am Rande der militärwissenschaftlichen Erörterungen, kamen explizit politische Themen zur Sprache.

Als Tuchatschewski nach dem deutsch- russischen Waffenstillstand zu Beginn des Jahres 1918 aus der deutschen Kriegsgefangenschaft entlassen wurde, kehrte er unverzüglich nach Russland zurück, stellte sich dort – nach kurzem Zögern – der in Aufbau befindlichen Roten Armee als Offizier zur Verfügung.

In den bald darauf beginnenden Auseinandersetzungen des Bürgerkrieges erwies er sich als befähigter Troupier, vorzüglicher Taktiker und in allen Belangen sehr disziplinierter Offizier.

Trotz eines relativ spät erfolgten Eintritts in die Partei der Bolschewiki erklimmte er schnell die Stufen der militärischen Karriereleiter, galt bald als einer der in technischen und taktischen Belangen gleichermaßen qualifiziertesten militärischen Spitzenkader, was ihm dann – in immer noch recht jungen Jahren – den Marschall-Rang und eine persönliche Vorzugs-Position bei Stalin eingebracht hatte.

Wie es nicht selten bei einer derart steilen Karriere zu geschehen pflegt, hatte sein Charakter mittlerweile Züge einer gewissen Arroganz angenommen.

Jedenfalls neigte er zunehmend dazu, sich über bestimmte Vorkommnisse und Gegebenheiten allzu unbekümmert, gelegentlich auch verletzend-abfällig zu äußern, sich sehr viel unbedachter zu verhalten, als es seinem inzwischen hohen Marschall-Rang angemessen gewesen wäre. Dazu gehörten wiederholt und sehr unkontrolliert gemachte Äußerungen, dass „dem Sowjetstaat eine über das Militärische weit hinausgehende, auch den gesamten politischen Bereich umfassende baldige Reform gut täte“.

Von „ähnlichem Kaliber“ waren seine despektierlichen Bemerkungen über einen „gewissen Genossen Jeschow“.

Jeschow war ein extrem ehrgeiziger Mann von zwergenhafter Gestalt, der Stalin abgöttisch verehrte, von ihm an die Spitze seines Geheimdienst- und Repressionsapparates gestellt worden war.

Tuchatschewskis unkontrolliertes Verhalten in der Öffentlichkeit, sein sicherlich inzwischen überzogenes Selbstwertgefühl, sollten angesichts der Mitte der 30er Jahre entstandenen politischen Gesamtsituation in der UdSSR für ihn letztlich tödliche Konsequenzen haben.

Vermutlich war ihm das persönliche Risiko solcher Allüren keineswegs unbekannt, aber er wählte sich wohl mittlerweile auf einer „Position in Augenhöhe mit dem Generalsekretär“, in jeglicher kritisch-kameradschaftlichen Diskussion ihm absolut gewachsen.

Und er verkannte dabei völlig, dass es allmählich gar nicht mehr um die in solchen Auseinandersetzungen abverlangten Qualitäten ging.

Stalin war jedenfalls nicht gewillt, einen „neuen Trotzki“ neben sich entstehen zu lassen.

Am 26. 5. 1937 wurde – mit einiger Sicherheit auf direkte Anweisung von Stalin – Marschall Tuchatschewski verhaftet, und am 12. 6. 1937 wegen „nachgewiesenen Verrats“ durch ein Exekutions-Kommando der Sicherheitsdienste erschossen.

Ob die nachfolgend von Jeschow mit fanatischer Verbissenheit inszenierte Verfolgung einer vorgeblichen Verschwörung gegen die Partei der Bolschewiki und den sowjetischen Staat in den Kommando- Stäben von Roter Armee und Flotte in der vollzogenen mörderischen Breite damals tatsächlich von Stalin beabsichtigt war, oder ob ihm sein kleiner „Kettenhund“ zeitweise außer Kontrolle geriet, wurde von sowjetischer Seite auch zu Zeiten unseres Moskau-Aufenthaltes in den Jahren 1979/80 als nicht schlüssig geklärt erachtet.

In jedem Fall hat Stalin den Massenmord an den arrivierteren militärischen Führungskräften der UdSSR in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zugelassen, bis schließlich eine fünfstellige Zahl von Offizieren, Generälen und Admiralen den Mordkommandos des Sicherheits- Apparates zum Opfer gefallen waren.

Jeder Offizier, der in den Verdacht geraten war, irgendwann „aufgemuckt“ zu haben, musste damals mit einem baldigen Ende seines Lebens rechnen.

Die Orgie wurde schließlich von Stalin auf eine für ihn typische Weise beendet. Er ließ eines Tages im Verlauf einer völlig überraschenden Aktion auch Jeschow von einem speziellen Sonderkommando verhaften und hinrichten.

Womit der „Woschd“ – auf russisch „Führer“ – der Armee wohl auch signalisieren wollte, dass die kürzlichen Massentötungen überwiegend das Ergebnis eines „verbrecherischen Charakters“ von Jeschow gewesen seien, und er – Stalin – dieses uferlos gewordene Töten in Verantwortung der Sicherheitorgane „zutiefst bedauere“.

Nach einem ähnlichen Handlungsmuster entledigte sich Stalin im Verlauf der 30er Jahre auch anderer Persönlichkeiten des Sowjetstaates, wenn von ihnen „allzu viel“ geistige Selbständigkeit ausging.

Charakteristisch hierfür war die „Liquidierung“ des langgedienten bolschewistischen Spitzenfunktionärs Bucharin.

Bucharin, der Überlieferung nach ein vorzüglicher Debattenredner, auch von der offiziellen sowjetischen Presse in Anbetracht seines einnehmend- freundlichen Wesens oft als „Liebling der Partei“ titulierte, hatte sich zwar bei allen politischen Grundsatzentscheidungen schließlich Stalin angeschlossen, gelegentlich jedoch erst nach hartnäckigem internen Widerstand und dem Nachgeben Stalins in dem einen oder anderen Punkt.

Er war aber mit dem Generalsekretär auch in einer anderen, höchst intimen Angelegenheit „über Kreuz“ geraten.

Selbst 1979/80 hielten sich in Moskau immer noch hartnäckig Gerüchte, dass es dereinst zwischen Stalin und Bucharin zu einer heißblütigen internen Rivalität im Bemühen um die Gunst eines jungen und physisch außerordentlich attraktiven, von der Kreml- Verwaltung engagierten Zimmermädchens gekommen wäre. Die junge Frau ging schließlich eine zeitweilige Liaison mit dem erheblich anziehenderen Bucharin ein, gab dem drängenden Werben des pockennarbigen Grusiniers auf der Generalsekretärs- Position nicht nach.

Stalin soll sich dadurch persönlich sehr verletzt gefühlt haben. Sein kaum noch kontrollierter Groll auf den Rivalen Buchrin beherrschte – gemäß immer wieder kolportierter Gerüchte – wochenlang den Kreml- Klatsch.

Die Konfrontation mit dem Generalsekretär fand ein für jene Zeit typisches Ende, auch Bucharin landete umgehend vor Schnellgericht und Exekutionskommando.

Das Ende der 30er Jahre durch das Wüten der „Jeschowschina“ sehr reduzierte Offizierscorps der Roten Armee und – insbesondere – ihre Generalität wurden nach Jeschows Erschießung von Stalin durch Beförderungen und neue Ernennungen schnell wieder aufgefüllt, schließlich sogar quantitativ spürbar ausgebaut.

Sehr generös wurden jetzt vor allem die gesellschaftlich begehrten, einen großen Karriere- sprung beinhaltenden e r s t e n Generals- Ränge verliehen.

Wodurch aber jene wenigen altgedienten hochrangigen Kader, die das Morden der Jeschow- Einheiten überstanden hatten, auf ihrer Kommando- Ebene sich dennoch nunmehr als kleine M i n d e r h e i t gegenüber den neu ernannten Generalslitzten- Trägern wiederfanden.

Für den relativ zügig sich vollziehenden formalen Restabilisierungs- Prozess innerhalb der sowjetischen Streitkräfte dürfte es keineswegs nachrangig gewesen sein, dass Stalin alle neu zu ihren herausgehobenen militärischen Rängen gelangten Männer auf s e i n e P e r s o n verpflichtet ließ. Mit dieser zeremoniellen Neuerung schuf er bei ihnen eine nicht zu unterschätzende mentale Barriere gegenüber Einwirkungen aller Art, die gegen ihn persönlich, gegen seine inzwischen fast absolute Führungsrolle im sowjetischen Staat gerichtet waren.

Und Stalin sah sich nun doch veranlasst, bestimmte grundsätzliche Entscheidungen zur perspektivischen Gestaltung der Roten Armee in eigener Verantwortlichkeit zu treffen.

Die internationale militärtechnische Entwicklung hatte im Verlauf der letzten Jahre die Position der „Traditionalisten“ in den Stabsorganen des sowjetischen Militärs zunehmend unterhöhlt, und Stalin entschied sich jetzt, durchaus gestützt auf die inzwischen gewandelte Mehrheitsmeinung in seinen Stäben, eindeutig *g e g e n* die weitere Beibehaltung von solchen kavalleristischen Verbänden, die in klassischer Manier für einen Einsatz als militärische *S t o ß k r a f t* ausgebildet waren.

In enger Zusammenarbeit mit einem sehr kleinen, engen Zirkel bemühte er sich, eine Linie umfassender Reformen zu konzipieren, die sich um die Verwirklichung tragender Ideen der als „Heimat-Verteidiger“ bekannt gewordenen Strategen bemühte, dabei aber gleichzeitig die Schaffung zentraler Voraussetzungen für ein schnelles Umschalten auf „Vorwärts-Strategie“ im Auge hatte.

Die eingehenderen Detailarbeiten zur Realisierung von Stalins neuartigem konzeptionellen Ansatz kamen dann aber extrem schleppend voran. Zum Zeitpunkt des Wehrmacht-Einfalls in die UdSSR im Sommer 1941 trafen die starken deutschen Verbände in Folge dessen auf eine im totalen Umbruch befindliche, äußerst unzureichend organisierte sowjetische Streitmacht, zudem kommandiert von einem Offizierscorps, das fast durchweg ohne nenneswerte Kampferfahrung war.

Inkonsequenzen bei den zu jener Zeit objektiv anstehenden Reformen bei einer jeden in Europa auch weiterhin ernst zu nehmenden Armee haben zu Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht nur im sowjetischen Bereich der deutschen Wehrmacht das Siegen zunächst sehr erleichtert.

Wir erlauben uns zur Illustration dieses Sachverhalts eine kurze Abschweifung nach Polen, zum bedeutendsten unmittelbaren westlichen Nachbarn der UdSSR.

Auch Polen hatte eine bemerkenswerte kavalleristische Tradition, verkörpert durch polnische Reiter-Verbände, die in den letzten Jahrhunderten nicht nur für ihre Heimat, sondern als Berufskrieger auch auf Seiten verschiedener europäischer Großmächte immer wieder wacker ihren Mann gestanden hatten.

Nach dem neuerlichen Erringen der Eigenstaatlichkeit im Ergebnis des Ersten Weltkrieges war diese Tradition mit Begeisterung übernommen worden.

So kam es, dass in den 30er Jahren die junge Staatsführung Polens eine etwa gleiche Entscheidung zu treffen hatte, wie ihr sowjetischer östlicher Nachbar, nämlich die Wahl in der grundsätzlichen militärhistorischen Alternative der Zeit : „Panzer o d e r Pferde“ !

Im Gegensatz zu den Herren des Kremel konnten sich die führenden Männer in Warschau jedoch nicht dazu entschließen, die Kavallerie aus der militärstrategischen Planung weitestgehend herauszunehmen.

Offensichtlich fehlte zu jenem Zeitpunkt in der gesamten polnischen Nation die emotionale Voraussetzung, um sich von den optisch sehr beeindruckenden und alte, tief verwurzelte soldatische Traditionen verkörpernden berittenen Heeres- Formationen lösen zu können. Zumal sie erst kürzlich, zu Beginn der 20er Jahre, ihre beachtliche Kampfkraft in erfolgreichen Abwehrschlachten gegen die im mehrjährigen Revolutionskrieg sehr kampfstark gewordene Rote Armee der Bolschewiki bewiesen hatten.

Die objektiv herangereifte historische waffentechnische Cäsar wurde jedenfalls bei der unausweichlich gewordenen militärstrategischen Entscheidungsfindung in Polen damals verdrängt, mit nachfolgend dramatischen Konsequenzen.

Schon zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, im September 1939, sollte das Drama seinen Höhepunkt erfahren.

In Ermangelung anderer Verbände wurde in der denkwürdigen Abwehrschlacht auf dem Gebiet der Tucheler Heide gegen die durchgebrochenen deutschen Panzerspitzen, in völliger Verkennung solchen Irrsinns, der Stolz Polens, seine ruhmreiche Kavallerie zum Einsatz gebracht. Den tollkühnen jungen Reitern war versichert worden, dass die deutsche Panzerwaffe nur scheinbar unverwundbar sei, man es in Wahrheit zumeist mit aus Hartpappe und Holz zusammengeschusterten Atrappen zu tun habe. Und derartigem deutschen Blendwerk könne man sehr erfolgreich auch mit kräftigen Säbelhieben entgegentreten.

Die Ernüchterung auf dem Schlachtfeld war grausam.

Die jungen Kavalleristen spürten es sehr schnell, dass sie weder auf Holz, noch auf Hartpappe einschlugen, sondern auf harten deutschen Stahl.

Viele, sehr viele junge Polen bezahlten in jenem Spätsommer beim heroischen Gegenangriff in der Tucheler Heide ihre Gutgläubigkeit, ihre bedingungslose patriotische Opferbereitschaft mit ihrem Leben.

Und schon vier Wochen nach Kriegsausbruch musste Polen kapitulieren.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit wieder der Sowjetunion zu.

Wenn man sich gedanklich in die vorstehend geschilderten Entwicklungen und Vorgänge vertieft, fühlt man sich früher oder später vor die Frage gestellt, wieso Stalin mit seinem engen Machtzirkel innerhalb der KPdSU das Staatsruder in der Hand behalten konnte, trotz der vielen, unablässig und unverhüllt ausgeübten drakonischen und repressiven Gewaltmaßnahmen. Der häufig praktizierte Versuch, dies allein durch das schiere Ausmaß des entfachten Staatsterrorismus erklären zu wollen, dürfte der aufgeworfenen Fragestellung kaum genügen. Entscheidend dürfte es gewesen sein, dass es der Führung der Bolschewiki damals dennoch – möglicherweise sogar gerade deshalb – gelang, den Kurs einer umfassenden Industrialisierung des ganzen Landes durchzuhalten, was in den 30er Jahren einen die Mehrheit der Sowjetbevölkerung zunehmend nachhaltig erfassenden und erheblichen Anstieg des Lebensstandards zur Folge hatte.

Zu beachten ist auch, dass die ungeheuerlichen Grausamkeiten der „Jeschowschina“ in der zweiten Hälfte der 30er Jahre von der breiten Masse der Bevölkerung als *i n t e r n e* Auseinandersetzung in einer mittlerweile größtenteils elitär- abgehobenen Führungsschicht empfunden wurde.

Zudem verstanden es die Propagandisten der Partei, dennoch die Illusion von den in absehbarer Zeit erreichbaren Verheißungen eines „wahren Kommunismus“ bei erheblichen Teilen der Bevölkerung aufrecht zu erhalten, teilweise sogar auszubauen; dieses in Sonderheit bei der heranwachsenden Generation.

In der offiziellen gesellschaftswissenschaftlichen Literatur der Sowjetunion wurde eine Diskussion darüber inszeniert, womit und wie bei der umgehend aufzunehmenden kostenlosen – somit „kommunistischen“ – Versorgung der Bevölkerung begonnen werden sollte, welche Erörterungen dann viele Zeitungen der allgemeinen Tagespresse willig übernahmen.

So geschah es, dass man sich zeitweise landauf- landab in der Bevölkerung darüber „den Kopf zerbrach“, ob man die Realisierung des „wahren Kommunismus“ mit der kostenlosen Verteilung des Volksnahrungsmittels Roggenbrot beginnen sollte, oder besser doch – etwas vorsichtiger – mit nicht ganz so wichtigen Artikeln, wobei immer wieder die Streichhölzer und das Speisesalz in die Diskussion gebracht wurden.

Ungeachtet der zahlreichen geheimdienstlichen Übergriffe stieg der allgemeine Zukunftsoptimismus weiter an, gewiss recht langsam, doch stetig. Und auch der Anteil jener Sowjetbürger, die in der Person des Generalsekretärs den Garanten für die Gestaltung eines zunehmend lebenswerten Lebens sahen, erhöhte sich speziell in der zweiten Hälfte der 30er Jahre, Jahr für Jahr.

Die Schauprozesse auf den Höhepunkten der Terrorwellen wurden schließlich von der Mehrheit der Sowjetbürger – und in Sonderheit der Russen – als „Veranstaltungen mit großem politischen Bildungswert“ angesehen. Der Propaganda- These, dass es mit ihrer Hilfe gelungen sei, das erneute Aufleben bürgerkriegsähnlicher Zustände zu verhindern, wurde allzu gerne Glauben geschenkt.

Die Jahre des Bürgerkrieges nach der Oktoberrevolution – 1918 bis 1920 – waren in der Sowjetunion allen Menschen im Alter von über 30 Jahren noch sehr gut als eine schlimme Periode permanenter persönlicher Unsicherheit, von bedrückender Not und unsäglichem Elend allzu nachhaltig erinnerlich – ein zweites Mal wollte solches wohl niemand erleben. Mit Stalin schien es endlich jemanden zu geben, der den „kleinen Leuten“ im großen Sowjetreich die ersehnte Sicherheit und eine echte Lebensperspektive zu gewährleisten in der Lage war.

Endlich war er da, der „rote Zar“ !

Und da es offensichtlich kein „Operetten- Zar“, sondern ein „starker Zar“ war, waren vor allem die besagten „kleinen Leute“ in den russischen Kernlanden zunehmend bereit, ihm bedingungslos zu folgen.

Und unsere leiblichen Vorfahren, unser Volk der Deutschen in seiner Gesamtheit, wir Deutschen blieben für „Iwan und Nina“ ein „Volk der Guten“, trotz aller „Hitlerei“.

Das Bild des im großen Russenlande seinen zeitlich befristeten Dienstvertrag in einem großen Industrie- Kombinat zuverlässig erfüllenden deutschen Ingenieurs, der seine russischen Kollegen ruhig und freundlich in die Bedienung der komplizierten und hocheffektiven Technik aus Deutschland einweist, war allgegenwärtig.

Wenn man seine persönliche emotionale Verbindung mit dem Land von Goethe, Marx und Einstein besonders nachhaltig – und in gewissem Sinne differenziert – dokumentieren wollte, gab man auch schon gelegentlich seinem Erstgeborenen den Vornamen „Telman“, nach Ernst Thälmann, dem im KZ Buchenwald eingekerkerten Vorsitzenden der „Kommunistischen Partei Deutschlands“.

## SPÄTSOMMER 1939 – DEUTSCH- SOWJETISCHER NICHTANGRIFFSPAKT UND BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Am 23. 8. 1939 wurde der „Nichtangriffs- Vertrag zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ unterzeichnet, der sog. „Hitler- Stalin- Pakt“, dem in den nächsten Wochen verschiedene protokollarische Zusatzvereinbarungen folgten.

In seiner Gesamtheit legte das großenteils unter strengen Geheimnisschutz gestellte Vertragswerk die Zuordnung erheblicher Teile Osteuropas zu den fortan gegenseitig uneingeschränkt zu respektierenden Macht- Sphären Deutschlands und der Sowjetunion fest.

Nach diesem im weltpolitischen Rahmen als „gewaltiger und überraschender Paukenschlag“ registrierten Ereignis wurde von sowjetischer Seite damals insbesondere „die neue Qualität der allgemeinen Kooperation mit dem großen und mächtigen Deutschen Reich“ herausgestellt, was vor allem bei der genuin russischen Bevölkerung mehrheitlich auf nachhaltige Zustimmung stieß.

Der schlichte russische Mann und die schlichte russische Frau fühlten sich in ihrer tiefsten Grundüberzeugung vom „grundsätzlich guten Deutschen“ bestätigt.

Mancherorts begann man gar darüber zu sinnieren, wie „die beiden Varianten des mittlerweile in zwei bedeutenden Staaten Europas entstandenen realen Sozialismus – der kommunistisch orientierte Sozialismus der Sowjetunion und der Sozialismus mit betont nationaler Ausrichtung in Deutschland – einander auch ideologisch näher gebracht werden könnten“. Nachhaltig störend hierfür wurde jedoch der in der Tendenz unüberhörbar antislawistische Akzent aller gängiger NS- Propaganda empfunden.

Im eigentlichen Kremel war man allerdings gegen eine derartige romantische und weltfremde Prinzipienlosigkeit einiger Intellektueller hinreichend gefeit.

Stalin ging es bei seinem zeitweiligen Schulterschluss mit Hitler vor allem darum, sein Land aus der sich in Europa überdeutlich anbahnenden großen militärischen Auseinandersetzung herauszuhalten. Das erschien ihm auch deshalb zwingend nötig, weil – ungeachtet massenhafter Generals- Ernennungen in jüngster Zeit – sich die Kommandostäbe der Roten Armee in Folge der „Jeschowschina“ mehrheitlich immer noch in einem „bemitleidenswerten“ Zustand befanden, auch der zentrale Generalstab der Union.

Wenn allerdings – z. B. bei der Gelegenheit eines umfassenden Arrangements mit dem bisherigen ideologischen Hauptkonkurrenten Adolf Hitler – sich eine risikoarme Möglichkeit zur territorialen Erweiterung des sowjetischen Machtbereiches abzeichnete, verspürte der Sowjetführer keinerlei Hemmungen, eine derartige „Chance“ maximal auszunutzen.

Und so nutzte er dann auch im Sommer 1939 resolut die gegebene Situation, um bei den Vertragsverhandlungen mit den Vertretern Deutschlands die Weichen für eine umgehende Einverleibung erheblicher Teile Polens und der durch den Versailler Friedensvertrag entstandenen baltischen Republiken – Estland, Lettland und Litauen – in sein Sowjetimperium zu stellen.

Am 1.9.1939 eröffnete Hitler – wie von Stalin erwartet – das bis zum Frühjahr 1945 in Europa anhaltende kriegerische Schlachten mit vielen Millionen Toten, den Zweiten Weltkrieg, durch einen fadenscheinig begründeten militärischen Überfall auf P o l e n .

Polens Vertragspartner Frankreich und Großbritannien erklärten daraufhin zwar Deutschland den Krieg, hielten sich jedoch mit nennenswerten eigenen militärischen Aktionen zunächst sehr zurück.

Was gewiss zum schnellen polnischen Kollaps erheblich beitrug.

Wodurch sich wiederum die Sowjetunion veranlasst und ermutigt fühlte, den für sie im kurz zuvor geschlossenen Hitler- Stalin- Pakt reservierten Teil des daniederliegenden polnischen Staates in Besitz zu nehmen.

Man tat dies ohne Skrupel, im Interesse der eigenen Machtausdehnung, auch ohne Rücksichtnahme auf einen völkerrechtlich gültigen polnisch- sowjetischen Nichtangriffsvertrag.

Durch ihren Einmarsch in Polen am 17. 9. 1939 begründete die Rote Armee eine zeitweilige Waffenbrüderschaft mit der deutschen Wehrmacht. An der schon im Zusatzprotokoll des Nichtangriffspaktes exakt festgelegten Demarkationslinie kam es sogar zur gemeinsamen Siegesparade und zu anderen Begrüßungsfeierlichkeiten der beiden nunmehr verbündeten Armeen.

Kurz darauf wurde der – ebenfalls im Hitler- Stalin- Pakt festgelegte – Exodus der deutschen Bevölkerungsanteile aus den drei Baltenrepubliken in den deutschen Machtbereich eingeleitet, dann Estland, Lettland und Litauen von der Roten Armee besetzt, sowie ein militärischer

Offensivkrieg gegen F i n n l a n d begonnen, bei ständiger Einhaltung striktester Neutralität von deutscher Seite.

Welcher allerdings fast mit einem Fiasko für die sich erschreckend kampfschwach zeigenden militärischen Verbände der UdSSR geendet hätte.

Nach katastrophalen Verlusten in erbitterten Auseinandersetzungen mit der vorzüglich geführten und modern bewaffneten kleinen finnischen Armee bot Stalin schon nach wenigen Monaten Winterkrieg den Finnen einen Friedensvertrag an, der auch ohne Verzögerung von ihnen akzeptiert wurde – keine einzige Großmacht hatte ihnen in dem aufgezwungenen militärischen Konflikt mit dem kommunistisch orientierten europäisch-asiatischen Riesen ernsthaft zur Seite gestanden.

Es ist bis heute strittig, ob die Sowjetführung um Stalin damals zunächst eine Art „Wiederherstellung des status quo ante“ im Auge gehabt hatte – das „Großfürstentum Finnland“ war bekanntlich bis zur Oktoberrevolution 1917 in seiner Gesamtheit der Autorität Russlands unterstellt –, oder ob man sich in Moskau tatsächlich von Beginn an mit der Südostecke des traditionellen finnischen Siedlungsgebietes und einigen karelischen Territorien hatte begnügen wollen, wie dies nun geschah.

Allerdings hat Finnland damals hierbei mit der Hafen- und Industriestadt Wyborg auch eine seiner damals wichtigsten Ortschaften verloren; sie ist heute eine r u s s i s c h e Stadt.

Für Stalin dürfte der insgesamt blamable Ausgang seines finnischen Abenteuers eine auf-rüttelnde Lehre gewesen sein.

Die auch nach der „Jeschowschina“ nicht völlig beendeten „politischen Säuberungen“ in der Roten Armee wurden nun rigoros und e n d g ü l t i g unterbunden, die Aufmerksamkeit des „großen Generalsekretärs“ galt nun – bis auf weiteres – vorrangig der Ausrüstung und vollen Wiederherstellung des Kampfpotentials, der militärischen Schlagkraft seiner Truppen.

Dennoch vollzog sich dieser Prozess weiterhin sehr schleppend, bei enormen „inneren Reibungsverlusten“. Die während der „Jeschowschina“ neu in ihre Spitzenämter berufenen Militärs waren mehrheitlich für die Wahrnehmung ihrer hohen Verantwortung nur sehr dürftig qualifiziert, und das für die effektive militärische Führung einer Streitmacht vom gewaltigen Umfang der sowjetischen Roten Armee unerlässliche Netz der verschiedenartigen internen Strukturbeziehungen war durch das Wüten von Jeschow weitestgehend vernichtet worden, musste jetzt mühsam neu entwickelt und eingespielt werden.

Und das benötigte objektiv seine Zeit, unbesehen zunehmend dräuender Gefahren und der quängelnden Ungeduld des Generalsekretärs.

Nicht nur auf dem Militär- Sektor hatten die „Säuberungen“ in der zweiten Hälfte der 30er Jahre massive kapazitäre und funktionale Schäden im zentralen administrativen Apparat der Union hinterlassen, überall „hakte und klemmte“ es.

Wie ernst der Generalsekretär die entstandene Situation in diesen Belangen erachtete, kann man daraus entnehmen, dass er nun einen Schritt vollzog, vor welchem er bisher aus wohlüberlegten machstrategischen Motiven sich stets gescheut hatte – zusätzlich zu der inzwischen unbestritten eine totale Dominanz sichernden Funktion des Generalsekretärs der KPdSU übernahm Stalin jetzt, am 4. Mai 1941, auch das zweitwichtigste Amt in der Sowjetunion, das Amt des Ministerpräsidenten der UdSSR.

Womit er – auf Wohl und Wehe – nunmehr im „Fall des Falles“ für alle Geschehnisse in der UdSSR a l l e i n einzustehen hatte, im Ernstfall gegenüber Partei u n d Staat eine alleinige Verantwortung übernahm.

Hinsichtlich der diversen Abmachungen mit dem Deutschen Reich achtete er penibel auf die strikteste Einhaltung aller seitens der Sowjetunion eingegangenen Verpflichtungen.

Das Entgelten des von den mittlerweile nach Deutschland umgesiedelten Baltendeutschen in ihren einstigen Heimatländern belassenen Eigentums – Liegenschaften und sonstige immobile Besitztümer –, in Form von Rohstoff- Lieferungen an den deutschen Staat, wurde von den zuständigen sowjetischen Instanzen zügig in die Wege geleitet und vorrangig umgesetzt. Zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Frühsommer 1941 war bereits über ein Viertel der vereinbarten Leistungen gegenüber Deutschland erbracht worden.

Mit dem Weiterleiten der analogen Werte – z. B. in Geldform – an ihre rechtmäßigen deutschstämmigen Eigentümer aus dem Baltikum ließ sich der deutsche Staat allerdings viel Zeit, s e h r viel Zeit. Zuletzt vertröstete man die Baltendeutschen auf die „Zeit nach dem deutschen E n d s i e g“.

Den es dann bekanntlich nie gegeben hat.

Die deutsche Sonderstellung in den damaligen außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion wird wohl besonders deutlich durch folgende Feststellung dokumentiert :

Im Jahr 1940 machten die sowjetischen Lieferungen an Deutschland ü b e r d i e H ä l f t e des g e s a m t e n Außenhandels- Exportes der UdSSR aus, sie betrugen exakt 52 % des gesamten sowjetischen Außenhandels- Export- Volumens !

Dennoch geschah am 22. Juni 1941 das für den schlichten Sowjetbürger Unfassbare – ein Millionenheer deutscher Soldaten fiel ohne Kriegserklärung, unter Bruch des vor kaum zwei Jahren mit manchem Pomp und mancher Feierlichkeit abgeschlossenen Nichtangriffs-Paktes, in die Sowjetunion ein, in den Staat des vermeintlichen Waffenbruders bei den begonnenen Auseinandersetzungen über die zukünftige Konfigurierung der Landkarten Europas.

## DEUTSCHER RASSENWAHN UND SOWJETISCHE WIEDERGEURT

Der Verlauf des deutsch- sowjetischen Krieges – er wurde uns Moskauer Kursanten im Winter 1980 eingehend erläutert – soll hier nicht detaillierter dargestellt werden, zumal er bei der Leserschaft des deutschsprachigen Raumes hinlänglich bekannt sein dürfte, auch heutzutage noch.

Einige charakterisierende Bemerkungen zum „Großen Vaterländischen Krieg der Völker der Sowjetunion gegen die Aggression des faschistischen Deutschlands“, indessen, sind für das volle Erfassen der im nächsten Kapitel gemachten Ausführungen zur Spätphase des Sowjetimperiums unerlässlich.

Der durch den Einmarsch der deutschen Wehrmacht ausgelöste Schock war allgemein, die darauf folgende Reaktion der Bevölkerung aber unterschiedlich.

Zumindest für den großen russischen Anteil an der Union brach am 22. Juni 1941 „eine Welt zusammen“.

Die im russischen Volk damals immer noch weit verbreitete Überzeugung, gar tief verinnerlichte Gewissheit von der *a b s o l u t e n* Vertragstreue und Verlässlichkeit der „Deutschen an sich“ wurde damals gründlich zerstört, vermutlich für immer.

Das war ein über lange Zeiten „die Deutschen“ – und auch die deutsche Staatsmacht – im weiten Russenlande außerordentlich privilegierender Nimbus gewesen, den Hitler und seine Gefolgsleute – im Jahre 1933 vom deutschen Volk demokratisch gewählt – in kaum vorstellbarer Machtverblendung und Gewissenlosigkeit vernichteten, von der großen Mehrheit aller Deutschen ohne nennenswerten Widerstand akzeptiert.

Und diese massenpsychologische Katastrophe durch Einmarsch und Besetzung wurde dann durch eine sich allenthalben ausbreitende deutsche Arroganz gegenüber den Völkerschaften der besetzten sowjetischen Territorien, gegenüber allem „Östlichen an sich“, – sarkastisch formuliert – „zügig ausgebaut“.

Mir erscheint es angebracht, in diesem Zusammenhang auf das Zustandekommen jener grundsätzlichen Arroganz des deutschen Soldaten in seinem damaligen „Ostfeldzug“ einzugehen,

von welcher unisono nicht nur seitens der sowjetischen, sondern auch fast aller anderen zeitgenössischen osteuropäischen Quellen berichtet wird.

Sicherlich spielten hier jahrhundertelange Prägungen eine erhebliche Rolle, in Sonderheit der ländlichen Bevölkerung verschiedener östlicher Territorien des einstigen deutschen Sprachraums.

Die gesamteuropäische „Kulturdrift“ in den Jahrhunderten seit dem Spätmittelalter war überwiegend eine „West- Ost- Drift“ gewesen, und so fühlte sich seit langem Frankreich als kulturell dem deutschen Raum überlegen, Deutschland gegenüber Polen, Polen gegenüber Russland und der Ukraine, und die Bewohner der russischen Kerngebiete sahen sich als von der Geschichte bestimmte Lehrmeister der Völkerschaften Sibiriens an.

Und im speziellen Empfindungsgefüge des deutschen Ostens gegenüber seinen slawischen Nachbarn hatte sich daraus im Laufe der Zeit auch – mehr oder weniger deutlich – ein Gefühl höherer *a l l g e m e i n e r* gesellschaftlicher Wertigkeit etabliert.

Was in diesem Sinne im regionalen „Wertigkeitsgedächtnis“ seit längerem latent existent war, wurde seit dem 19. Jahrhundert zur landwirtschaftlichen Erntezeit ständig aufgefrischt, durch sich im Frühsommer einfindende Landarbeiter „aus dem Osten“, die für niedrige Löhne dankbar jede Arbeit annahmen, nach Abschluss der jeweiligen landwirtschaftlichen Hauptsaison willig und zufrieden in ihre Behausungen jenseits der deutschen Reichsgrenzen zurückkehrten, um mit ihrem in Deutschland verdienten Geld ihre Familien sicher durch die eisigen heimatlichen Winter zu bringen.

Die wissenschaftlich unhaltbaren Rassentheorien des Nationalsozialismus fanden somit ein durch langwährende sozialpsychologische Prägungen vorbereitetes Feld. Der in ihnen enthaltene Antislawismus war sicherlich nicht derart extrem wie ihr zentraler Antisemitismus, dennoch unbestreitbar eines ihrer wesentlichen Axiome, und ebenfalls ein sehr gefährliches ideologisches Gift mit erheblichem Penetrationsvermögen.

Gewiss war keineswegs jeder deutsche Soldat ein durch solches „Wissen“ verbildeter Vertreter unsäglichen „Herrenmenschentums“, doch der damalige diesbezügliche staatsoffizielle „mainstream“ war so nachhaltig, dass sich eine mutige persönliche Opposition dagegen – und sei es auch nur im engen persönlichen Umfeld – tunlichst nicht empfahl.

Zudem sollten wir nicht aus dem Blickfeld verlieren – die uns Deutschen, oft sehr neidvoll, allenthalben bescheinigte „gesellschaftliche Disziplin“ gründet, nicht zuletzt, auf unserer ausgeprägten innergesellschaftlichen politischen *K o n s e n s b e r e i t s c h a f t*. Dies ist

bestimmt kein „Makel an sich“, war z. B. sehr wichtig für unsere schnelle und erfolgreiche neue gesellschaftliche Selbstorganisation nach den Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts. Diese politische Konsensbereitschaft leistete aber auch entscheidenden Vorschub für hier reflektierte *s c h l i m m e* Entwicklungen im Verlauf des Krieges, die letztlich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu verantworten hat.

Und so herrschte schon zu Beginn des Russland- Feldzuges auf deutscher Seite in der Truppe sehr bald generell ein abwertend- schnoddriger Ton auch im Hinblick auf die Zivilbevölkerung der eroberten Gebiete, keineswegs nur bei den SS- Verbänden, sondern auch bei auf klassischer deutsch- preußischer Militärtradition fußenden Feldgrauen der deutschen Wehrmacht.

Der im Vergleich zu deutschen Gegebenheiten ärmliche Lebensstil, dessen man beim Durchmarsch durch Kleinstädte und Dörfer gewahr wurde, begann auch auf jene Männer zu wirken, die gegenüber dem propagierten „germanischen Herrenmenschentum“ bisher eine gewisse innere Distanz gewahrt hatten. Man schließt leider im Alltagsleben, in der Tendenz, allzu schnell vom Ausmaß des wahrgenommenen Wohlstandes auf vorliegende – oder eben auch nicht vorliegende – intellektuelle und kulturelle Potentiale. „Haste´ was, dann biste´ was !“ haben wir noch Jahrzehnte nach dem Ende des schlimmen Zweiten Weltkrieges fast allabendlich im Rahmen deutscher Fernseh- Werbung vernehmen können.

Die typische russische oder ukrainische Familie der 40er Jahre hatte zumeist nur sehr wenig an damals aktueller Wohlstands- Symbolik aufzubieten, also – das ergab sich als unwillkürliche Schlussfolgerung – konnte es mit ihrer „gesellschaftlichen Wertigkeit nicht weit her“ sein !

Und als quasi logische Konsequenz dessen stellt sich dann oft sehr schnell der Gedanke von einer letztlich sehr wohl gegebenen guten Begründung eines „absoluten Führungsanspruches“ der eigenen Seite ein.

Von einer solchen inneren Haltung ist es dann nur noch ein kleiner Schritt zur Übernahme bisher verurteilter Allüren, schließlich – unter Umständen – sogar bis zur Absenkung aller inneren Barrieren gegen ein offiziell abverlangtes Negieren selbst der elementarsten humanitären Normen.

Gewiss – zu Beginn des Krieges standen all´ diese Erlebnisse, das Machen all´ dieser bösen Erfahrungen, der großen Masse aller Russen, Ukrainer, Weißrussen und Angehörigen anderer sowjetischer Völkerschaften noch bevor.

So konnte es geschehen, dass in manchen Dörfern, selbst in einigen Kleinstädten, die deutschen Soldaten als „Befreier vom stalinistischen Joch“ begrüßt wurden, vor allem von verbliebenen Vertretern der Mittelbauernschaft, die noch wenige Jahre zuvor massiven Drangsalierungen im Zusammenhang mit dem „Kampf gegen das Kulakentum“ ausgesetzt gewesen waren.

Und manch ein Ukrainer, Weißrusse, auch mancher Lette, Este oder Litauer fand sich als „Hilfswilliger“ – als „Hiwi“ – zu einer aktiven Unterstützung der deutschen Besatzungsbehörden bereit, suchte gar Anschluss an die Formationen der Waffen-SS, den er nicht selten schließlich auch erlangen konnte.

Zumeist dauerte es aber nur eine kurze Zeit, bis diese durch den deutschen Einmarsch sich zunächst „befreit“ wahnenden Menschen ihren fatalen Irrtum mit großer Bitterkeit erkannten.

Denn der von Anbeginn demonstrierten alltäglichen Arroganz der Besatzungstruppen folgte sehr bald der noch weit schlimmere „Germanisierungs- Terror“.

Etwa drei Monate vor dem Start seines Unternehmens „Barbarossa“, dem Überfall auf die Sowjetunion, war von Hitler in Form einer „Geheimrede“ vor etwa 250 ausgewählten Wehrmachts-Generälen und Admiralen – den Kommandeuren der für den „Russland- Feldzug“ vorgesehenen Truppen- Einheiten – am 30. März 1941 in seiner Berliner Reichskanzlei erklärt worden :

Es ginge in dem vorgesehenen Krieg nicht darum, „den Feind zu konservieren“, sondern um einen „reinen Weltanschauungskrieg“ !

Insbesondere ginge es um „die Vernichtung der bolschewistischen Kommissare“, um die weitere Dezimierung der Juden, und – in dieser Deutlichkeit sonst selten ausgedrückt – um „die Vernichtung der kommunistischen Intelligenz“!

Wobei anzumerken ist, dass die von Hitler vorgesehene und später von ihm auch weitgehend durchgesetzte Tötung möglichst vieler Personen aus dem Kreis fachlich hochqualifizierter Sowjetbürger in der politisch inspirierten Geschichts- Publizistik aller gesellschaftspolitischen Lager bis auf den heutigen Tag mit auffälliger Nachrangigkeit behandelt wird.

Dessen ungeachtet wurde der brutalste Terror sehr bald gegen den jüdischen Anteil an der Sowjetbevölkerung und gegen die Mitgliedschaft der KPdSU entfacht, aber auch bei Vorliegen kleinster Unbotmäßigkeiten gegen deutsche Anweisungen gegenüber beliebigen Zivilisten mit brutalsten Strafen vorgegangen.

Es sei nicht verschwiegen, dass anlässlich der Massenmorde an ihren bisherigen jüdischen Mitbürgern auch manche „Hiwis“ sich ein hemmungsloses Ausleben antisemitischer und antizionistischer Emotionen erlaubten.

Angesichts dieses kaum vorstellbaren Wütens, sowie angesichts der gegebenen terrestrischen Strukturen Osteuropas und seiner gesellschaftshistorischen Traditionen, war das Entstehen einer mit aller Härte gegen die Besatzungstruppen kämpfenden Partisanenbewegung nur eine Frage der Zeit.

Womit die Spirale der Gewalt hinter der deutschen Seite der Front auf die Spitze getrieben wurde.

Jede erfolgreiche Operation einer Partisanen-Einheit wurde zumeist durch einen „Bandenbekämpfungs-Verband“ unter Führung von deutscher Polizei und SS mit einem Mehrfachen von Tötungen sowjetischer Menschen „beantwortet“, von unschuldigen Menschen, die in der Regel mit den geahndeten „Vorfällen“ in keinerlei persönlicher Beziehung gestanden hatten. Jedenfalls haben die damals durch Deutsche – oder in deutscher Verantwortung – begangenen Tötungen auf sowjetischem Boden alle bisherigen Grausamkeiten der stalinistischen Gewalt bei weitem in den Schatten gestellt.

In einer Welt der Verzweiflung, der allgemeinen Lebensangst, des Hungers und des Elends wurde nun, endlich, die sowjetische Gemeinschaft tatsächlich zum Begriff des rettenden Ankers.

Sie wurde es damals, nach und nach, für die übergroße Mehrheit, für fast einen jeden Bürger des riesigen Landes.

Und wer die Integrität dieses hehren zentralen Axioms hinfert in Zweifel zog, erfuhr binnen kurzem seine totale Isolierung.

Fast alle Familien der „Hiwis“ sollten dies zu spüren bekommen, früher oder später, und sehr oft mit über eine Isolierung weit hinausgehenden, gar tragischen Konsequenzen.

Es ist eine Tatsache –

der erzwungene, verzweifelte, doch letztlich mit einem beeindruckenden totalen Sieg erfolgreiche Abwehrkampf gegen den deutschen Okkupator, das erlebte abstoßende Verhalten der deutschen Besatzungsmacht gegen die sowjetische Zivilbevölkerung, das war ein sehr viel stärkerer Katalysator für die Entwicklung des bisher nur mäßig wirksamen überwölbenden sowjetischen Zusammengehörigkeitsgefühls zu einer nun für Jahrzehnte sehr stabilen Völkerklammer, als es alle ideologische Arbeit der KPdSU je gewesen war, wirksamer, als selbst die nachhaltigsten Industrialisierungsmaßnahmen und daraus resultierende beeindruckende Aufschwünge im Lebensstandard der großen Mehrheit aller Sowjetbürger.

In gewissem Sinne hat der deutsche Einfall in die Sowjetunion diesem damals immer noch relativ fragilen Modell einer nach bisher unverwirklichten gesellschaftstheoretischen Vorstellungen strukturierten Staatlichkeit die weitere Existenz für etwa ein weiteres halbes Jahrhundert gesichert, in welcher Zeit der durch seinen Kriegserfolg zur Supermacht aufgestiegene Sowjetstaat jahrzehntelang sogar die gesamte Weltpolitik maßgeblich beeinflusst hat.

Die Weltgeschichte präsentiert uns nicht allzu viele Beispiele einer derart gigantischen inversen Wirkung, wie sie dem damaligen deutschen machstrategischen Versuch beschieden war.

Wenden wir uns noch einer kurzen, zusammenfassenden Erörterung der *m i l i t ä r i s c h e n* Auseinandersetzungen zu.

In den ersten Monaten nach dem deutschen Überfall hatte die sowjetische Rote Armee der Wehrmacht kaum Gleichwertiges entgegenzustellen.

Nach ziemlich übereinstimmender militärhistorischer Aussage war der schnelle Geländegewinn der deutschen Truppen vor allem dem Überraschungsmoment, dem schnellen und energischen Vorrücken der deutschen Panzerkeile geschuldet, sowie dem routinierten und taktisch geschickten Agieren der sofort nachrückenden Infanterie- Verbände, schließlich der nach ausgeklügelten Schemata arbeitenden deutschen Logistik, insbesondere ihres laufenden Nachschubs.

Das forsche Agieren der deutschen Panzerwaffe verwirrte zu Beginn des Krieges die sowjetischen Kommando- Stäbe erheblich, ähnlich wie es im Vorjahr den Kommandeuren in der als

Elite- Truppe eingestuftem französischen Armee ergangen war, die nachfolgend sehr bald der deutschen Wehrmacht völlig unterlag.

Die vereinzelt zu festungsartigen, gewaltigen bunkerbewehrten Bollwerken ausgebauten sowjetischen Garnisonen in Grenznähe spielten bei diesem Geschehen eine nachrangige Rolle, zur großen Überraschung auf sowjetischer Seite. Entgegen bisher geübter Praxis, entgegen der Erwartungen ihrer Strategen aller „Schulen“, schenkte die Wehrmacht diesen Anlagen kaum eine nennenswerte Beachtung, vermied es systematisch, ihre Kräfte in harten Schlachten bei der Eroberung besagter Festungen zu vergeuden. Sie wurden weiträumig isoliert, mussten sich – früher oder später, mehr oder weniger ausgezehrt – letztlich den nachrückenden deutschen Sicherungsverbänden ergeben.

Und so gelang der Wehrmacht ein weit ausholender Zangen- Angriff nach dem anderen, wurden sowjetische Kriegsgefangene in sehr großer Zahl eingebracht, öfters sogar ganze Divisionen der Roten Armee geschlossen in die Kriegs- Gefangenschaft überführt.

Bei diesen Vorgängen spielte eine große Rolle, dass sich die seit kurzem in Kraft gesetzten neuen sowjetischen Kommando- Strukturen als unausgereift, vor allem als kaum eingeübt erwiesen, die zumeist erst kürzlich in ihre verantwortlichen Positionen berufenen Kommandeure der Roten Armee oft sehr unbeholfen, gar chaotisch reagierten.

Doch diese in der Tendenz vergleichsweise jungen Leute lernten mehrheitlich überraschend schnell, und Stalin setzte ein strikt an belegbaren Erfolgskriterien orientiertes Beförderungssystem in seiner Armee durch.

Parallel zur wachsenden taktischen Reife der Truppenführer, ihrer wachsenden Fertigkeit hinsichtlich zielführenden selbständigen Handelns, stellte sich auch beim russischen Frontsoldaten die traditionelle verbissene Hartnäckigkeit russischen Soldatentums ein.

Wozu gewiss auch die bald durchsickernden Nachrichten vom durchweg menschenverachtenden Umgang mit ihren in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Kameraden erheblich beitrugen.

Aber bis in den Spätsommer 1941 wurde dennoch der vom Oberkommando der Wehrmacht präzise ausgearbeitete „Fünf- Monats- Plan“ für den deutschen Russland- Feldzug ziemlich exakt eingehalten, wurden die vorgesehenen Etappenziele der Offensive durchweg termingerecht erreicht.

Der Plan sah vor, spätestens im November die sowjetische Hauptstadt Moskau eingenommen, etwa zeitgleich die sowjetische Kapitulation erreicht zu haben.

Indessen – im Frühherbst gab es die ersten ernsthafteren Verzögerungen beim bisher scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch der deutschen Armeen.

Die Nachschubwege wurden lang und länger, passable Straßen und hinlänglich nutzbare Feldwege rar und rarer. Je weiter man nach Osten vordrang, desto schwieriger gestaltete sich selbst bei der einstweilen noch trockenen Witterung die Bewegung des schweren deutschen Militärgerätes, durch welches die Kampfkraft der Wehrmacht zu entscheidenden Anteilen gewährleistet war.

Und als nach dem heißen Sommer, mit sehr kurzem Übergang, ein extrem regenreicher Herbst anbrach, versanken die meisten Routen zu einer Modder- und Schlamm- Landschaft. Die Gedanken der alten sowjetischen Kavallerie- Generäle während der internen Auseinandersetzungen in den 30er Jahren waren wahrlich nicht unberechtigt gewesen – schwere Militär- Technik hat sich unter den Bedingungen russischer Topographie und russischen Klimas mit erheblichen Problemen e i g e n e r Art auseinanderzusetzen !

Andererseits – mit tierischer Traktionskraft hätte man diese mittlerweile für militärische Erfolge in „modernen Kriegen“ unerlässlichen Kampfmaschinen auch nicht zu bewegen vermocht.

Jedenfalls erbrachte der ernüchternde Regen- und Schlamm- Herbst des Jahres 1941 den deutschen Truppen nur noch bescheidene Geländegewinne. Der vom deutschen Generalstab mit viel militärstrategischer Akkuratessse ausgearbeitete, zu Einmarsch- Beginn der legendären Präzision deutscher Reichsbahn- Fahrpläne jener Zeit fast ebenbürtige „Fünf- Monats- Plan“ geriet gegen Ende des Jahres zunehmend zu Makulatur.

Denn als unerwartet früh der berühmt- berüchtigte russische Winter anbrach, zunächst mit harten Frösten, dann mit viel Schnee, kam der deutsche Eroberungszug einstweilen völlig zum Erliegen.

Den für einen Winterkrieg sehr unzureichend ausgerüsteten deutschen Soldaten standen nunmehr schwerste klimatisch bedingte Strapazen bevor.

Zeitweise waren unter den in eine weiße Hölle geratenen schlichten Landsern der deutschen Truppen die durch schwerste Frostschäden bedingten Totalausfälle außergewöhnlich zahlreich, größer sogar als die Verluste in Folge sowjetischer Waffenwirkung.

Als nun, für die deutsche Armee- Führung völlig unerwartet, die sowjetischen Truppen im eisigen Winter zu einer für technisch undurchführbar gehaltenen Gegenoffensive antraten, mussten die deutschen Verbände – zum ersten Mal im Zweiten Weltkrieg – einen erheblichen Anteil des erst kürzlich eroberten Territoriums wieder aufgeben. Nur mit allergrößter Mühe, und unter hohen Verlusten, konnte die Frontlinie nach einem Teil- Rückzug wieder stabilisiert werden.

Zum weiteren Verlauf des Krieges sei hier nur so viel angeführt, dass im Jahre 1942 keinerlei neue Attacke auf Moskau angesetzt wurde.

Lediglich im Steppenbereich des südöstlichen europäischen Winkels Russlands gelang den deutschen Armeen noch einmal ein größerer Durchbruch.

Nach dem für die Wehrmacht katastrophalen Ausgang der großen Kesselschlacht um Stalingrad an der Wolga war dann das Rückgrad der in Russland eingefallenen Heeresverbände Deutschlands und seiner Verbündeten – insbesondere Rumänien, Ungarn und Italien – endgültig gebrochen.

Nun begann ein jahrelanger, mehr oder weniger geordneter, nach außen hin als eine Serie von „Frontbegradigungen“ mühsam kaschierter Rückzug. Er war mit einer in das Extreme gesteigerten Ausbeutung, mit teilweise unvorstellbaren Ausschreitungen und Brutalitäten gegenüber der jeweils noch unter deutscher Besetzung lebenden einheimischen Bevölkerung verbunden.

Es gab einen kategorischen „Führer- Befehl“ von Adolf Hitler, im Zusammenhang mit militärischen Rückzugs- Operationen grundsätzlich nur eine „Trümmerwüste“ zu hinterlassen. Nicht nur die SS- Verbände, auch die Einheiten des Heeres der deutschen Wehrmacht befolgten in der Regel diesen Befehl.

Die slawischen Völker des europäischen Ostens fühlten sich an sehr lange zurück liegende, einstige Heimsuchungen durch die Feldzüge asiatischer Steppenkrieger erinnert.

Und die traditionelle Hochachtung der Russen gegenüber allem Deutschen und den beispielhaften Leistungen unseres Volkes verkehrte sich in ihr krasses Gegenteil – in Hass und Verachtung.

Am 8. Mai 1945 unterzeichneten die Vertreter des Deutschen Reiches in Berlin- Karlshorst ihre bedingungslose Kapitulation vor den Vertretern der sog. Anti- Hitler- Koalition, mit der UdSSR, den USA und Großbritannien an der Spitze.

Als der Krieg sein Ende gefunden hatte, lagen auch große Teile Deutschlands in Trümmern, und die Zahl der Kriegstoten ging auf beiden Seiten in die Millionen.

Auf sowjetischer Seite lag sie allerdings um ein Mehrfaches höher als auf deutscher Seite.

Stalin war zu Beginn des deutschen Einmarsches, im Juni 1941, in eine mehrtägige stuporöse Phase gefallen, hatte sich aus allen öffentlichen Aktionen und jeglichem Regierungs- bzw. politischem Führungshandeln völlig zurückgezogen.

Doch dann wurden die zentralen Regierungs- und Parteigeschäfte von ihm wieder zügig in seinen Händen gebündelt, er konzentrierte sich nun monatelang auf die Umstellungs- Erfordernisse gemäß den Anforderungen des Krieges.

Das gesamte Wirtschaftsleben der UdSSR war binnen Kurzem auf die Militär- und Rüstungsproduktion umgestellt. Der Anteil hierfür aufgewendeter Mittel stieg von 15 % des Staatshaushaltes im Jahre 1940 auf kaum glaubliche 62 % im Jahre 1942.

Ein derart radikaler Schwenk bedeutete natürlich die Abforderung gewaltiger materieller Opfer von jedem einzelnen Sowjetbürger, in einem Ausmaß, das Hitler der deutschen Bevölkerung abzuverlangen sich nie getraute.

Mit diesem gewaltigen Kraftakt erreichte die Sowjetunion bald den Ausstoß von etwa doppelt so viel Waffen, wie von der deutschen Industrie für die Wehrmacht und die Heere ihrer Verbündeten zur Verfügung gestellt.

Darunter befanden sich hocheffektive waffentechnische Neuerungen.

Beispielhaft seien hier die extrem beweglichen sog. „Salven- Werfer“ aufgeführt, von russischen Soldaten liebevoll „Katjuscha´s“ getauft, von deutschen Landsern mit der respektvollen Bezeichnung „Stalin- Orgeln“ tituliert. Des weiteren wäre der mit abgeschrägten Geschütztürmen ausgestattete, mithin gegen leichtere Schusswaffen weitgehend immune Panzer des Typs „T 34“ zu nennen, oder die auch heutzutage immer noch in weiter globaler Verbreitung anzutreffende legendäre Maschinenpistole der Marke „Kalaschnikow“.

Die im Verlauf des Krieges der UdSSR von ihren westlichen Alliierten gelieferten Waffen und militärischen Ausrüstungen wurden uns im Winter 1980 von unseren Moskauer Dozenten keineswegs „unterschlagen“, sondern uns ebenfalls im einzelnen vorgestellt, auch wenn sie in den Jahren 1941/45 nur etwa 5 % der von der Roten Armee eingesetzten Kriegstechnik ausmachten.

Der neue Generalstab der Roten Armee hat damals – nach dem Wirrwar der ersten Kriegswochen – die bereits angesprochene erhebliche Lernfähigkeit der dort eingesetzten Militärs im Verlauf des jahrelangen Krieges eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Kesselschlacht von Stalingrad und die Panzerschlacht bei Kursk sind die bekanntesten Belege hierfür. Angesichts der ständigen Dramatik an der Front hatten die alten Querelen keinerlei Chancen, wieder aufzuleben.

Zudem waren die neu von Stalin berufenen Generalstäbler weder legendenumrankte Revolutionshelden, noch verkappte „Halb- Politiker“, sondern kühl denkende Berufssoldaten.

In krassem Gegensatz zu Hitler mischte sich Stalin fortan in operative Entscheidungen seines Generalstabes kaum noch ein.

Die Personalpolitik für dieses Gremium, allerdings, behielt er auch weiterhin fest in seinen Händen.

Die Frage nach den entscheidenden Ursachen von Sieg und Niederlage im Zweiten Weltkrieg wurde und wird – je nach ideologischer Position – sehr unterschiedlich beantwortet, verständlicherweise.

Unbestritten ist, indessen, dass hierbei die Überlegenheit der Anti- Hitler- Koalition auf dem Gebiet der materiellen Ressourcen eine große Rolle gespielt hat.

Besonders deutlich ist dies, beispielsweise, hinsichtlich des Treibstoffaufkommens – gegen Kriegsende herrschte nur auf der deutschen Seite ein geradezu extremer Mangel an Benzin und Dieseltreibstoff, engte den gesamten Aktionsraum der deutschen Kräfte schließlich radikal ein, verurteilte dabei insbesondere Panzer- Truppe und Luftwaffe zunehmend zu lähmender Untätigkeit.

Für Stalin war der abschließende Triumph im erbitterten Ringen mit der deutschen Wehrmacht, mit der SS und mit den Verbündeten des Deutschen Reiches ein Beweis für die Überlegenheit des speziell in der Sowjetunion verwirklichten Sozialismus- Konzeptes, dabei für ihn persönlich Höhepunkt und Krönung seiner bewegten Lebens- Laufbahn, eines fast ständigen, nervenaufreibenden „Tanzes auf dem Vulkan“.

Nachdem er eine Reihe seiner führenden Militärs großzügig zu Marschällen erhoben hatte, verlieh man ihm den herausragenden, später in der Sowjetunion nie wieder vergebenen militärischen Ausnahme- Rang eines „GENERALISSIMUS“.

Stalin starb im März 1953, eines natürlichen Todes.

Misstrauisch gegen alles und jedes ist der Grusinier mit der einmaligen Karriere, dem eisernen Durchhaltevermögen und dem eiskalten Verstand bis zum letzten Tag seines Lebens geblieben.

## NACHKRIEGSZEIT

Nach Krieg und Sieg war die Sowjetunion ein erheblich anderes Land geworden, als sie es ehemals gewesen war, in vielfacher Hinsicht.

Wenden wir uns den massenpsychologischen Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf das gesellschaftliche Sein des großen und weiten Landes zu.

Es ist seit alters her bekannt – Waffenbrüderschaft ist für jede Männergemeinschaft ein mächtiger Kitt.

Sie wirkte in diesem Sinn für Entwicklung und Festigung unionsübergreifender Zusammengehörigkeitsgefühle, wie für die Annäherung von Stadt und Land, von Generation zu Generation, sogar auf Männer mit erheblich unterschiedlicher weltanschaulicher Grundausrichtung.

Kampfkameradschaft erzeugt gegenüber dem anderen Soldaten an meiner Seite eine im Prinzip positiv angelegte emotionale Beziehung.

Präexistente Berührungsängste zu Männern von offensichtlicher Andersartigkeit werden schnell abgebaut, wenn diese Männer die gleiche Uniform tragen – sie signalisiert ähnliche Erlebniserfahrungen, das Wissen um ähnliche Ängste, ähnliche Gefühle des Stolzes wie der Verzweiflung, ähnliche überstandene Drangsal, schließlich auch ähnlich erlebtes gelegentliches Triumphieren.

Sicherlich, die durch das räumlich enge Soldatenleben im Krieg erzwungene schnelle Absenkung interpersoneller Distanz kann auch negative Vorurteile kurzzeitig bestärken, die aber durch die gemeinsame Aktion im Kampf gegen den Feind zumeist bald abgebaut, in einem günstigen Sinne verändert werden.

Doch nicht nur zu den Waffenbrüdern der gleichen Seite entwickeln sich in langen und schlimmen Kriegen zunehmend differenziertere emotionale Beziehungen.

Man erahnt die Strapazen, Ängste und Skrupel, die auch auf der anderen Seite der Front vermutlich herrschen. Vor allem bei den Gegnern besonders hartnäckiger Auseinandersetzungen hat dies immer wieder zu einer bestimmten „Wissens- und Erfahrungsnahe“ geführt, die nach

der letzten Endes erfolgten Befriedung der Konfrontation nicht selten die Basis für eine langfristig nachhaltig positive Annäherungsperspektive gelegt hat.

In jedem Fall ist die Einstellung zum Vertreter der einstigen Gegenmacht nach einem großen Krieg immer konkret. Wenn sehr starke persönliche emotionale Belastungen durch das feindliche Handeln erfolgt waren – z. B. im Ergebnis der Tötung geliebter Menschen aus dem engsten persönlichen Umfeld, mit eigenen Augen wahrgenommener Greuelthaten von Vertretern der „anderen Seite“, erlittener schwerster eigener Verwundungen – kann sich daraus auch eine unüberwindbare, jeder Annäherung widerstehende Gefühlsbarriere ergeben, etwa im Sinne einer „ewigen individuellen Erbfeindschaft“ gegen beliebige Menschen aus dem Lager des einstigen Kriegsgegners.

In diesem Sinne können die Elemente der „Wissens-und Erfahrungsnähe“ auf beiden Seiten einstigen erbitterten Kampfgeschehens für die Gestaltung der „Zeit danach“ entscheidende Impulse setzen – für die unkorrigierbare Prägung lebenslanger „Racheengel“, wie für die Reifung von gesamtpolitisch sehr wichtigen, voll hinter ihren diesbezüglichen Überzeugungen stehenden „Friedensengeln“.

Man kann es als „Gnade der Schicksalsläufe“ ansehen, dass im Laufe der Zeit tendentiell eher die „Friedensengel“ bestimmend werden, doch sicher ist dies leider keineswegs.

Reisen bildet – auch Feldzüge vermitteln in der Regel erhebliche Bildungserlebnisse.

Nach langen Kriegen kehren die überlebenden Kriegsteilnehmer mit einer großen Summe neuer Erfahrungen und Erkenntnisse in ihre Heimat zurück, auch im Hinblick auf Land und Leute der im Feldzug durchstreiften Gegenden.

Hinfort muß jede politische Propaganda – soll sie nicht „von vorn´ herein“ wirkungslos verpuffen – diese neuen Wissenshorizonte angemessen berücksichtigen.

Extreme Übertreibungen, sachlich gar völlig unhaltbare Unterstellungen haben es nun erheblich schwerer, die von den politischen Akteuren erhoffte Breitenwirkung zu erzielen, was einer staatlich gesteuerten Pflege extremer weltanschaulicher Positionen spürbar entgegenwirkt.

Kurz formuliert – nachhaltige Kriegserfahrung großer Teile der eigenen Bevölkerung erzwingt eine zunehmend subtilere politische Führungsarbeit.

Dennoch muss herausgestellt werden, wie nachhaltig sich das Erleben eines schließlich siegreich beendeten bewaffneten Konfliktes auf die Verfestigung von traditionellem Stolz auf die

eigene Nation, auf den eigenen Staat auswirkt, wie sehr derartiges Geschehen auf die innere Bindung an die „eigene Fahne“ auszustrahlen pflegt.

Ein gleiches Wirken des Siegeserlebnisses hinsichtlich des *p a r t e i p o l i t i s c h e n* mainstreams in der Heimat ist jedoch nur dann zu erwarten, wenn dieser zumindest als wichtiger und positiver Impuls für das von *a l l e n* Seiten des politischen Spektrums im erfolgreichen Kampf gegen den äußeren Feind *g e m e i n s a m* vertretene „heimatliche Gute“ akzeptiert wird.

Was indessen zumeist für die große Mehrheit der im Kampfeinsatz gewesenen Truppe als gegeben zu erwarten ist.

Aber es gibt auch immer die Gruppe jener, für welche eine solche Aussage *n i c h t* zutrifft, deren parteipolitisch zumindest partiell *a b w e i c h e n d e* Position durch das persönliche Kriegserlebnis in der Tendenz *b e s t ä r k t* wurde – und die, im Ergebnis ihres unstrittigen Engagements im gemeinsam ausgefochtenen Kampf gegen den äußeren Feind, hinfort in der alltäglichen innenpolitischen Auseinandersetzung frontal wesentlich schwerer angreifbar sind, als vor dem Krieg.

In sowjetischen Landen erwies sich, beispielsweise, nach dem Zweiten Weltkrieg eine Neubelebung der einst mit großer Rigorosität vollzogenen Bekämpfung jeglicher Religiosität als politisch nunmehr inopportun.

Zudem erkannte man in Moskau, dass für die gesellschaftliche Beherrschung von in tiefem seelischem Empfinden dauerhaft „eingegrabenen“ Gefühlsregungen – z. B. Trauer um Getötete aus dem engsten familiären Umfeld, quälende Skrupel angesichts eigener frevelhafter Handlungen, usw. – selbst in einer mehrheitlich atheistisch geprägten Bevölkerung das Akzeptieren transzendentaler Regungen sehr hilfreich ist, staatspolitisch folglich ohne jeden Diskriminierungsansatz hinzunehmen sei.

Was dann in der UdSSR auch geschah.

Wer als Angehöriger einer militärischen Formation jahrelang in ständiger Gefahr für Leben und Gesundheit unter bedrückenden Lebensverhältnissen existiert, diese schlimme Zeit schließlich überstanden hat, erfuhr hierdurch zumeist eine nachhaltige Festigung seines Selbstbewusstseins – Kriegsveteranen sind als Staats- und Mitbürger fast immer ein „anderes

Kaliber“, als jene Menschen, die ihr Leben am gleichen Platz in friedlichem Tun verbracht haben.

Auch im Sowjetstaat sollte dies nach Ende des Krieges bald zu spüren sein.

Vor allem die damals jüngeren Kriegsteilnehmer hatten durch die Weitung ihres geistigen Horizonts zumeist auch nachhaltige Präzisierungen im Hinblick auf ihre persönlichen Bedürfnisstrukturen erlangt. Sie wussten jetzt zumeist viel präziser als ehemals, was sie in ihrem Leben erreichen wollten, und was in Zukunft eher abzulehnen war.

Solche jungen Kriegsveteranen hatten somit erhebliche Manipulations-Resistenzen, eine erheblich größere geistige Autonomie entwickelt, ohne dies allerdings in jedem Fall offensichtlich werden zu lassen.

Was indessen nach ihrer Demobilisierung, im alltäglichen zivilen Bereich, bei der Gestaltung des zwischenmenschlichen Lebens, oft bald problematische Entwicklungen zur Folge hatte. Insbesondere dann, wenn einem einstigen, noch relativ jungen Soldaten beim Militär eine gewisse Kommando-Gewalt gegeben worden war, konnte er sich von den hiermit verbundenen Attitüden oft nur schwer lösen. Die typische Neigung solcher Männer, alle nicht in die bewaffneten Kämpfe unmittelbar involviert gewesenen Altersgenossen als irgendwie „minderwertig“ einzuordnen, war für ihre Reintegration in die sowjetische Zivilgesellschaft zeitweise erheblich erschwerend.

Zudem können solche charakterliche Einseitigkeiten im Laufe der Zeit sich als Wurzel nachhaltiger Konflikte mit der nachwachsenden Generation erweisen, zumal dann, wenn die zwischenzeitliche historische Entwicklung zu einem erheblichen Nachlassen des allgemeinen Respekts gegenüber herausragenden individuellen Leistungen im Verlauf des einstigen großen Krieges geführt hat.

Das Bedürfnis nach ständiger Wiederholung öffentlicher Würdigungen des dereinst im Krieg persönlich Geleisteten, seiner unverminderten und vorrangigen Anerkennung im persönlichen Umfeld, kann sich unter bestimmten Bedingungen sogar zu einem an psychopathische Sucht grenzenden Phänomen entwickeln. Dies vor allem dann, wenn die im Krieg eingeschlagene Karriere in der zivilen Laufbahn keine Fortsetzung finden konnte.

Werden erhebliche Anteile der einstigen Kriegsteilnehmer von solchen emotional bestimmten Strömungen erfasst, führen derartige Entwicklungen gar zum Entstehen stabil strukturierter Organisationen, ergeben sich sehr ernst zu nehmende gesellschaftliche Konsequenzen.

Das nunmehr oft erzwungene übermäßige Verharren in Gedankenwelten einer vergangenen Epoche kann den klaren Blick für aktuelle gesellschaftliche Notwendigkeiten nachhaltig erschweren, gar versperren.

Was sicher nicht nur in verschiedenen Bereichen des Sowjetlebens in späteren Jahrzehnten dann tatsächlich geschehen ist.

Wenden wir uns wieder Positivem zu.

Der Zweite Weltkrieg, in Sonderheit seine letzte Phase und die unmittelbare Nachkriegszeit, haben dereinst auch eine nachhaltige „Bildungsdrift“ sehr spezieller Natur im gesamten Sowjetland ausgelöst.

Bereits durch die Konfrontation mit der von ihren Westalliierten der Roten Armee übergebenen Kriegstechnik, vor allem aber nach dem Überschreiten der einstigen deutschen Reichsgrenze, war durch das intensive Bekanntwerden mit modernsten technologischen Entwicklungen bei vielen jungen Soldaten der Roten Armee eine nachhaltige Sensibilisierung für ingenieurtechnische Wissensinhalte eingetreten.

Als sie bei ihrem Vormarsch im Jahre 1945 auf deutschem Boden anlangten, war den jungen Kämpfern – trotz aller Zerstörungen – eine immer noch gut erkennbare Welt von Hochtechnologie und zeitgemäßem Alltagskomfort begegnet, wie sie ihnen in den abgelegenen Weilern und kleinen Landstädten des großen Sowjetlandes bis dahin völlig unbekannt geblieben war, und selbst in den wenigen großen Metropolen der UdSSR zuvor bestenfalls als interessantes Gerücht Kenntnisnahme erfahren hatte.

Was den in der Truppe sich schnell und tief eingrabenden Wunsch nach Erlangung des für die Gestaltung einer solchen modernen Welt erforderlichen Wissens und Könnens entstehen ließ.

Die Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen des heimatlichen Sowjetlandes sollten die sich hieraus ergebenden Forderungen recht bald zu spüren bekommen.

Das tardierte, kanonisierte Wissen der klassischen akademischen Welt Russlands, größtenteils aus der Spätphase des Zarenreiches stammend, unterlag nun ziemlich plötzlich einem massiven Erneuerungsdruck, dem manch würdevoller und bis dato sehr verehrte Vertreter des

überlebenden alten Bildungsadels seine bisherige hervorgehobene gesellschaftliche Position opfern musste.

Für alle Segmente der sowjetischen „Intelligenzia“ wurde jetzt eine anstrengende und subtile Verfolgung internationaler Entwicklungen auf ihrem jeweiligen Fachgebiet, für die Naturwissenschaftler und Techniker unter ihnen vor allem die Erlangung nachhaltiger, möglichst praktisch verwertbarer Kenntnisse des weltweiten technologischen und naturwissenschaftlichen Fortschritts, weitaus wichtiger, als - z. B. – eine weitere Perfektionierung von individuellem Klavierspiel und klassischer Hausmusik.

Weitere vielfältige soziologische Konsequenzen ergaben sich aus den durch den Krieg und seine Folgen resultierenden erheblichen Verschiebungen in der demographischen Struktur der Sowjetbevölkerung, insbesondere in der Sexualproportion bei den Jahrgängen der Erwachsenen jüngeren und mittleren Alters.

Im Verlauf beider Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts wurden in den kriegführenden Industriestaaten Frauen in beträchtlichem Umfang zur Besetzung vieler bislang von Männern bekleideter beruflicher Positionen herbeigezogen, in Folge der Einberufung dieser Männer zum Militärdienst.

Und im Laufe der langen Kriegsjahre rückten dann verschiedene dieser Frauen in betriebliche Leitungspositionen auf, so auch in der Sowjetunion.

In der Sowjetunion taten zudem Frauen in beträchtlichem Umfang in den Streitkräften Dienst, z. B. als Pilotinnen der militärischen Transportfliegerei, als LKW- Fahrerinnen, usw.

Es lag auf der Hand, dass ein solches, durch patriotische Motive bestimmtes berufliches oder militärisches Engagement des weiblichen Teils der Sowjetbevölkerung die sowjetische Frau in der sowjetischen Gesellschaft generell erheblich weiter aufwertete.

Was in der Sowjetunion auch nach der Beendigung des Krieges Bestand behalten sollte – durch den außerordentlich hohen Blutzoll der jungen Männer in den Uniformen der Roten Armee, ihren häufigen frühen Soldatentod und die hohe Quote von nach schwersten Kriegsverletzungen nur noch bedingt im zivilen Arbeitsleben Einsetzbaren, blieb die objektive Nachfrage nach in typischen Männerberufen mittlerweile angemessen qualifizierten Frauen kaum verändert hoch.

Und da zudem sehr bald nach Kriegsende eine Reihe neuer Vorhaben – in Sonderheit erweiterte Wiederaufbau- Vorhaben für im Krieg zerstörte Produktionsstätten – in Angriff

genommen wurde, gab es in der UdSSR nach 1945 nur selten die aus der alten Bundesrepublik überlieferten Reibereien bei der Wiedereinstellung von männlichen Kriegs- Heimkehrern, deren Arbeitsplätze nunmehr von Frauen ausgefüllt wurden.

So geschah es, dass im Verlauf der Nachkriegsjahre der Anteil weiblicher Führungspersönlichkeiten in den Chefetagen sowjetischer Betriebe allmählich zunahm, die in den schweren Kriegsjahren erreichte gesellschaftliche Stellung der Frau sich weiter stabilisierte. Und sog. „Frauenthemen“ in der offiziellen Alltagspolitik zunehmend Raum gewinnen konnten.

Zu nennen wären hier vor allem der weite Bereich der sog. „Kinderpolitik“, aber auch die explizite Familienpolitik, des weiteren Bildungs- und Gesundheitspolitik.

Die politischen Rahmenbedingungen brachten es dann allerdings mit sich, dass die zügige **U m s e t z u n g** der jetzt allgemein als erforderlich anerkannten konkreten Maßnahmen in diesen Bereichen sich sehr zögerlich vollzog.

Immerhin – der Trend war etabliert, und konnte sich bis zum Ende der Sowjetzeit halten.

Es ist gesellschaftspolitisch wohl unstrittig, dass ein solcher allgemeiner „Aufmerksamkeitswandel“, die zunehmende Realisierung des weiblichen Gleichberechtigungs- Anspruches, für den gesellschaftlichen Fortschritt in seiner Gesamtheit stets förderlich zu sein pflegt.

So begrüßenswert solche positiven Entwicklungen nach einem schlimmen Geschehen auch sind – der starke Mangel an Männern jüngeren und mittleren Alters in der Nachkriegszeit hatte für die gesamte sowjetische Gesellschaft überwiegend sehr **b e l a s t e n d e** Folgen. Beispielsweise war ein großer Teil der Frauen dieser Altersgruppen nun gezwungen, ihr Leben auch fortan ohne einen ständigen männlichen Partner verbringen zu müssen. Im Falle einer Mutterschaft hatten sie keine andere Alternative, als unter zumeist fortdauernden schwierigen ökonomischen Gegebenheiten ihr Schicksal als Alleinerziehende zu meistern.

Und alle jene Frauen, die bereits vor dem Front- Einsatz ihres Partners verheiratet gewesen waren, nach dem Soldatentod ihrer Ehegatten als Witwen zurückblieben, hatten ein analoges Schicksal.

Ihre Kinder wuchsen als Halbwaisen auf.

Es liegt auf der Hand – solche Sachverhalte haben ihre eigenen schwerwiegenden soziologischen Konsequenzen, z. B. im Ergebnis der Tatsache, dass in der Sowjetunion nunmehr ein erheblicher Anteil der nachwachsenden männlichen Population in seinen Reifungsjahren ohne den prägenden und disziplinierenden Einfluss einer stabilen Vater- Kind- Beziehung blieb.

Wir wollen das Thema hier nicht episch ausweiten, nur in Kürze konstatieren – das sowjetische Alltagsleben, die sowjetische „Alltagssittlichkeit“ gewannen nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweise ausgeprägt matriachale Züge, mit charakteristischen Vor-, aber auch Nachteilen. In den 60er und 70er Jahren waren selbige dann allerdings wieder spürbar rückläufig, im Ergebnis der sich allmählich normalisierenden demographischen Sexualproportionen.

Schließlich sei an dieser Stelle auch auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen und sozialen Wirkungen im Zusammenhang mit den vielen Kriegsinvaliden verwiesen.

Ihre Gegenwart war eine stete und nachhaltige, wenngleich diskrete Mahnung, angesichts in den späten 50er, auch in den frühen 60er Jahren in der Sowjetunion aufflackernder globaler Allmacht- Phantasien ein gesamtgesellschaftlich unerlässliches Minimum an allgemeiner politischer Nüchternheit zu bewahren, vor allem friedensgefährdende außenpolitische Eskapaden nicht grenzenlos eskalieren zu lassen.

In seiner Grundstruktur war der russisch dominierte Sowjetstaat im Osten Europas und Norden Asiens am Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem eines – eine riesige, mittlerweile straff durchgliederte und außerordentlich schlagkräftige Militärmacht mit einem durch harte Kriegspraxis qualifizierten und funktional hervorragend eingespielten Führungscorps, ausgestattet mit einem inzwischen den Produkten westlicher Waffenschmieden weitgehend ebenbürtigen Waffenarsenal, ergänzt durch eine diese beeindruckende Kriegsmaschine versorgungswirtschaftlich und sozial tragende zivilstaatliche Organisationseinheit.

Das alles war in den letzten Jahren wohl kaum aus einer Laune absolutistischen Großmachtstrebens entstanden, sondern – der Not gehorchend – das Ergebnis eines aufgezwungenen Kampfes „auf Leben und Tod“ mit der damals führenden Militärmacht der Welt, dem einer chauvinistischen Irrlehre verfallenen Deutschen Reich.

Die wirtschaftlich am weitesten entwickelten Gebiete der Sowjetunion, etwa die Hälfte des auch landwirtschaftlich vergleichsweise ergiebigen Terrains auf der europäischen Seite des einstigen Zarenreiches, waren eine schaurige Trümmerwüste. Großenteils war dies keineswegs ein Ergebnis von Kampfhandlungen im eigentlichen Sinn, sondern des Agierens deutscher Truppen, einem verbrecherischen „Führerbefehl“ gehorchend, die während ihres Rückzugs in den Jahren 1943 und 1944 tatsächlich mutwillige Zerstörungen in gigantischem Ausmaß verübten.

Dieses verwüstete Land, die Einberufung eines sehr großen Teils der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu den Streitkräften, bzw. ihre Abkommandierung in die Rüstungsproduktion, die Requirierung landwirtschaftlicher Traktionsmittel durch das Militär, alles das hatte im Verlauf des Krieges zu einer massiven Absenkung der landwirtschaftlichen Produktion geführt, war nach Beendigung des Krieges keineswegs schlagartig wieder zu normalisieren. Die im Krieg schließlich siegreiche Sowjetunion musste auch nach ihrem grandiosen militärischen Triumph noch jahrelang ein sehr karges Leben führen – die Lebensmittel- Versorgung der Millionen deutscher Kriegsgefangener war knapp lebenserhaltend, die der sowjetischen Zivilbevölkerung kaum besser.

Dennoch begannen sehr bald nach der Unterzeichnung der deutschen Kapitulations- Urkunde am 8. Mai 1945 zielstrebig Wiederaufbau und Schaffung neuer industrieller Produktions- Kapazitäten.

Offensichtlich war der Generalplan hierfür schon in der Spätphase der Kampfhandlungen ausgearbeitet worden, denn das Ganze machte keineswegs den Eindruck, durch spontane Eingebungen bestimmt zu sein.

Im Interesse der Bereitstellung der hierfür erforderlichen großen Massen von Arbeitskräften erfolgte eine Teildemobilisierung der Armee. Und man griff natürlich auf das nun verfügbare riesige Reservoir der deutschen Kriegsgefangenen zurück, zumal unter ihnen sich in großer Zahl dringend benötigte versierte Facharbeiter unterschiedlichster Berufszweige befanden.

Begonnen wurde mit umfassenden Demontagen und Requirierungen verschiedener deutscher technischer Ausrüstungen, die den Krieg unbeschadet überstanden hatten. In den demnächst an Polen abzutretenden Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ging man dabei besonders nachhaltig vor.

Begreiflicherweise beobachtete der polnische Nachbar solches Tun mit äußerst gemischten Gefühlen.

Solche Reparations- Plünderungen waren gewiss hilfreich, die eklatantesten Lücken im verfügbar gebliebenen Maschinenpark der UdSSR schnell zu schließen – für das anstehende umfassende Wiederaufbau- Werk in der Sowjetunion musste aber gewiss eine andere, längerfristig stabil tragfähige nationalökonomische Lösung gefunden werden.

Worüber es nicht nur bei Stalin, sondern auch bei allen anderen Mitgliedern der zentralen Leitungsorgane des Sowjetstaates keinerlei Zweifel gab. Mit besonderem Nachdruck vertrat man diese Auffassung in den Führungszirkeln der KPdSU.

Einen Teil, aber keineswegs die Gesamtheit der unbedingt erforderlichen Ressourcen konnte man durch die rasche Umstellung auf zivile Produktion in einem Teil der jahrelang nachhaltig auf militärische Erfordernisse orientierten eigenen Industrie gewinnen.

Aber woher die anderen, gewaltigen Mittel zur Lösung der verschiedenen dringlichen Aufgaben des Landes nehmen ?

Eine spiegelbildliche Wiederholung der in den 30er Jahren praktizierten rabiatischen Methode, alles über eine „Finanzierung aus dem laufenden Geschäft“ abzusichern, etwa bei einer langjährigen Beibehaltung des kriegsbedingt auf ein Minimum abgesunkenen Lebensstandards, kam aus verschiedenen Gründen nicht in Frage. Und in keinem Fall wollte man ein allgemeines Aufbegehren der durch den Kriegserfolg durchweg sehr selbstbewusst gewordenen Sowjetbevölkerung – innerhalb und außerhalb der Armee – riskieren.

Schließlich war man in den zentralen sowjetischen Führungsstäben entschlossen, alles zu tun, um hierfür in großem Stil ausländische Ressourcen verfügbar zu machen, notfalls auch unter skrupelloser Nutzung der aktuell verfügbaren kolossalen militärischen Drohkulisse.

Die teilweise in ökonomiewissenschaftlichen Kreisen aufkommende Hoffnung, der „große Waffengefährte und neue Freund der UdSSR von der anderen Seite des Atlantik“ – also die USA – könnte bereit sein, nach der Waffenhilfe während des Krieges nun auch als Financier des Wiederaufbau- Werkes der Sowjetunion unter die Arme zu greifen, wurde seitens Stalin von Beginn an als „romantische und weltfremde Träumerei“ verworfen.

Als harter Realpolitiker hatte er sofort erkannt, dass in jenem Augenblick, in welchem von den Repräsentanten der deutschen Wehrmacht die Kapitulations- Unterschriften geleistet wurden, sich in den Interessenstrukturen der siegreichen Großmächte des Zweiten Welt-

krieges radikale Veränderungen vollzogen hatten – aus zeitweise schicksalhaft verbundenen Alliierten waren wieder nachhaltige weltpolitische Rivalen geworden.

Es blieb, aus sowjetischer Sicht, nur eine einzige, mit hinreichenden Realisierungschancen versehene Option übrig – das zerschmetterte Deutschland für den von ihm in der Sowjetunion angerichteten großen Schaden, völkerrechtlich abgesichert, über Jahrzehnte ökonomisch massiv „bluten“ zu lassen.

Als Stalin sich im Sommer 1945 auf den Weg nach Potsdam machte, wo, gemeinsam mit den USA und Großbritannien, die Details der europäischen Nachkriegsordnung endgültig festgelegt werden sollten, war er jedenfalls fest entschlossen, sich in dieser Frage weitestgehend durchzusetzen. Zudem wusste er – die Fassade der fortdauernden Waffenbrüderschaft von „Ost und West“ würde in Anbetracht des mit Japan noch nicht beendeten Krieges zumindest medienpolitisch von westlicher Seite bis auf weiteres aufrecht erhalten werden.

Und die Hauptkräfte der riesigen Sowjetarmee standen, Respekt gebietend „Gewehr bei Fuß“, buchstäblich bis vor die Haustür von Schloss Cäcilienhof in der altherwürdigen preußischen Traditionsstadt Potsdam, dem Tagungsort.

Folglich war er sich sicher – von westlicher Seite würde man in Anbetracht dieser Sachlage bemüht sein, offensichtliche Differenzen mit ihm, dem anerkannten Chef des „großen östlichen Waffenbruders“, bis auf weiteres möglichst nicht deutlich werden zu lassen, zumindest so lange nicht, wie westliche zentrale Interessen nicht allzu massiv tangiert waren.

Zudem war auch die Bevölkerung der „westlichen Welt“ damals geschlossen der Meinung, dass man Deutschland für seine rücksichtslose Gewaltpolitik, für seine aus völkisch- rassistischen Motiven an Juden, Slaven und anderen Volksgruppen begangenen schlimmen Verbrechen nunmehr gebührend bestrafen müsse.

Gemäß der Aussage unseres Moskauer Dozenten im Winter 1980 ist es dann damals in Potsdam recht schnell zu einer von allen anwesenden Großmächten gemeinsam getragenen Festlegung gekommen, dass Deutschland für sämtliche den Ländern der Anti- Hitler-Koalition zugefügten Kriegs- Schäden materiell haftbar gemacht wird, zu begleichen in finanziellen Zahlungen, bzw. Reparations- Warenlieferungen.

Im Einzelnen gab es dazu die folgenden prinzipiellen Vereinbarungen.

1. Unter allen Alliierten herrschte unstrittiges Einverständnis darüber, dass alle Teile des durch große Gebietsabtretungen erheblich geschrumpften Deutschland in etwa gleichem Ausmaß durch die Gesamtsomme aller Reparations - Leistungen belastet werden sollen.

Die Regelung der Details hierzu sollte einer hierfür zu schaffenden deutschen Behörde übertragen werden.

2. Zunächst – doch nur für eine überschaubare Übergangszeit – sollte jede Besatzungsmacht nach eigenem Ermessen mit Reparations- Ziehungen aus der eigenen Besatzungszone in Deutschland beginnen.

3. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde unter allen Alliierten Einverständnis darüber erreicht, dass im Kriege die ausgedehntesten Verwüstungen auf dem Territorium der Sowjetunion verursacht worden waren, mithin der mit Abstand größte Anteil an der Gesamtheit der Reparationen ihr zuzubilligen war

Und als dann von sowjetischer Seite eine detailliertere Auflistung ihrer Forderungen im Umfang einer hohen dreistelligen Milliarden- Dollar- Summe präsentiert wurde, akzeptierten die anderen Konferenzteilnehmer auch dieses Dokument, erteilten ihm ihre formelle Anerkennung.

Die Forderungen der westlichen Alliierten lagen in ihrer Gesamtheit weit unter diesem Betrag. Auch diese Dokumente wurden von der Gesamtkonferenz anerkannt und bestätigt.

4. Mithin ist von der Potsdamer Konferenz in ihrer Gesamtheit im Sommer 1945 auch festgelegt worden, dass zumindest die Hälfte der seitens Deutschlands an die Sowjetunion zu leistenden Reparationen von jenen Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches aufzubringen war, die nunmehr in der US – amerikanischen, in der britischen, und in der französischen Besatzungs- Zone Deutschlands lagen.

Im Klartext – in Potsdam ist man sich im August 1945 einig gewesen, dass die von der UdSSR eingeforderten riesigen Reparationen allerhöchstens zu 50 % durch Leistungen des von ihr in Deutschland besetzten Territoriums – der späteren DDR – erbracht werden sollten. Zumindest die andere Hälfte aller in Richtung „Osten“ fälligen Reparations- Lieferungen war demnach durch die drei „westlichen“ Besatzungs- Zonen zu tragen, der späteren „alten“ Bundesrepublik Deutschland.

Leider entzogen sich letztere beizeiten gänzlich dieser Verpflichtung.

Um so nachhaltiger fühlte sich dann die UdSSR veranlasst, i h r e Besatzungszone – und später die DDR – für die Erfüllung a l l e r im Jahre 1945 in Potsdam getroffenen Reparations- Vereinbarungen herbeizuziehen.

Die langfristig unausweichliche Konsequenz dieser Entscheidung, dass die fortan – auf sowjetischen Druck – sozialistisch orientierte Seite Deutschlands im sich nunmehr anbahnenden „Wettkampf der Systeme auf deutschem Boden“ allein deshalb von Anbeginn völlig chancenlos bleiben musste, war zu jener Zeit für die neue globale militärische Supermacht im osteuropäisch- nordasiatischen Raum ein sehr nachrangiges Problem.

Andererseits bestätigte die sowjetische gesellschaftliche Gesamtentwicklung in den Jahren nach Beendigung des großen Krieges, wie richtig aus sowjetischer Sicht der langjährige harte Rückgriff auf den sowjetischer Obergewalt anheim gefallenem östlichen Teil Rest- Deutschlands war, nachdem die in Potsdam beschlossene Herbeiziehung des gesamten deutschen Raumes für den sowjetischen Wiederaufbau, dank sehr geschickten Ränkespiels der westlichen Diplomatie, sich bald „in heißer Luft aufgelöst“ hatte.

Das kleine, durch Flüchtlinge und Heimatvertriebene bunt gemischte damalige 19- Millionen-Völkchen der „sowjetischen Besatzungszone“, bzw. die dann in kurzer Zeit auf 17 Millionen Einwohner geschrumpfte DDR, haben es in jenen Jahren des Darbens und Mangels tatsächlich vermocht, im Ergebnis des von ihnen notgedrungen hingenommenen langjährigen massiven ökonomischen Aderlasses einem sowjetischen 200 Millionen- Volk entscheidende Voraussetzungen für ein zunehmend deutlicher werdendes allgemeines Aufblühen zu vermitteln.

Wovon dann auch die westdeutsche Bundesrepublik profitieren sollte.

Mitte der 50er Jahre gelang der Bundesrepublik die Normalisierung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion, die routinierten Außenhändler von Rhein, Main und Ruhr konnten nun für ihre Konzerne äußerst lukrative Geschäftsmodelle mit der stramm kommunistisch orientierten europäisch- asiatischen Großmacht aufbauen.

Die massenpolitische Grundlage dafür, der nachhaltige Abbau einer durch Krieg und deutsche Kriegsverbrechen begründeten massiven Aversion von Russen und anderen Völkern der Sowjetunion gegen deutsche Arroganz und Rücksichtslosigkeit, war jedoch jene Wiedergutmachungsbemühung gewesen, die über ein Jahrzehnt allein von „SBZ“ und DDR in Reparationsform hatte geleistet werden müssen – für Deutschland in seiner Gesamtheit !

Und die auch nach Mitte der 50er Jahre allein von der DDR fortgesetzt werden musste.

Gewiss – die Warenlieferungen aus der DDR waren von erheblicher direkter Bedeutung für die sowjetische Ökonomie.

Aber noch weit bedeutsamer als dieser „Warenwert an sich“ war die Tatsache, dass auf diese Weise fast die gesamte Breite des sowjetischen industriellen Produktionsspektrums sehr detailliert über Konstruktion und Funktion einer weitgefächerten Palette weltmarktfähiger deutscher Erzeugnisse in Kenntnis gesetzt wurde.

Die massenhafte Verfügung über Muster einer gegenständlichen Umsetzung deutscher Patent-Ideen durch deutsche ingenieurtechnische und industriehandwerkliche Meisterschaft erwies sich als ungemein „anregend“ für die meisten Industriezweige des Riesenlandes.

Was an der nun schnell steigenden Qualität des Produktionsausstoßes der meisten sowjetischen industriellen Kombinate gut ablesbar war.

Wie ging es dann weiter mit dem Volk der Russen und den vielen Völkerschaften unter seiner Ober-Regie ?

Im Großen und Ganzen dürfte die Geschichte der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts für unsere heutige Allgemeinheit noch hinreichend geläufig sein, sodass detaillierteres Erörtern dieses Zeitabschnittes an dieser Stelle wenig angebracht erscheint.

Zunächst eher zögerlich, doch dann in zunehmend beeindruckenderem Tempo konnte man das ökonomische Vorkriegsniveau im zivilen Bereich wieder erreichen, waren die Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges wieder beräumt.

Die Landwirtschaft allerdings, im westlichen Teil der Union durch den Krieg noch schwerer betroffen als ihre sonstige Wirtschaft, blieb ein „Sorgenkind“.

Dennoch – der Lebensstandard, die Breite und Farbigkeit im Leben der Sowjetbürger stieg vor allem in den 50er und 60er Jahren unübersehbar an – langsam zwar, aber kontinuierlich und zuverlässig.

Man wurde Atommacht, verfügte bald auch über furchtgebietende interkontinentale ballistische Raketen. Und als mit dem liebevoll „Sputnik“ genannten kugelförmigen Objekt der erste je durch menschliches Genie im Weltraum platzierte künstliche Satellit seine Bahnen um die Erde zu ziehen begann, wenig später mit dem Sowjetoffizier Juri Gagarin sogar der erste

Mensch – nun, da war fast ein jeglicher Sowjetbürger sehr, sehr stolz, auf sich persönlich und auf seine Heimat.

Von erheblicher politischer Wirkung war zu jener Zeit auch der mit Genugtuung verfolgte weltweite Zusammenbruch der Kolonialreiche Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande und Belgiens.

Mithin war das zeitpolitische Geschehen jener Jahre für die Sowjetführung zweifellos sehr hoffnungsfördernd, möglicherweise gar allzu günstig, um den für eine globale Supermacht zwingend erforderlichen sachlich- nüchternen perspektivischen Blick mit ausreichender Schärfe zu bewahren.

Selbst wenn außenpolitisch ein Mehr und Mehr an Macht und Einfluss zu registrieren war, die einzige „andere“ Supermacht, die USA, nach ihrem schmachvoll verlorenen Vietnam- Krieg der UdSSR mit erkennbar wachsendem Respekt begegnete – die Sowjetunion blieb der von der KPdSU beherrschte Militärstaat, mit nachhaltig autoritärer Prägung und einer zur starren Scholastik geronnenen Dogmatik.

Wie er uns Moskauer Kursanten in den Jahren 1979/80 im Einzelnen vorgestellt und dann unter uns in vertraulicher Diskussion beurteilt wurde, das sei in einiger Ausführlichkeit nachfolgend dargestellt.

Viertes Kapitel

A K T U E L L E S ( 1 9 7 9 / 8 0 )

Zur Grundstruktur des innersowjetischen Machtblockes

## 1. JANUAR 1980 – DER VERSPROCHENE BEGINN DES KOMMUNISMUS FINDET NICHT STATT

Als wir Kursanten nach unserem heimatlichen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in den ersten Januartagen 1980, nach und nach, wieder in Moskau eintrafen, war es allenthalben zu spüren, dass mit dem kürzlichen Neujahrstag ein für den Sowjetbürger – insbesondere für Menschen der mittleren und älteren Generationen – kein üblicher Feiertag verstrichen war, sondern ein ganz besonderer Neujahrstag.

Eben – der 1. Januar des Jahres 1980 !!

Es war jener Tag, der vor etwa eineinhalb Jahrzehnten vom damaligen KPdSU- Parteichef Nikita Chruschtschow als das Datum des Beginns eines gemäß den Normen des KOMMUNISMUS gestalteten Zeitalters verkündet worden war – hinfort sollte jedem Sowjetbürger die Befriedigung aller seiner berechtigten materiellen und sozialen Bedürfnisse garantiert sein, unabhängig vom eigenen Beitrag zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in dem ab jenem Datum dekretierten allumfassenden „realen Kommunismus“ !!

Chruschtschow hatte sich also damals auf das ungeheure Risiko eingelassen, die seit dem „roten Oktober 1917“ vorgegebene große Vision mit einem konkreten Datum ihrer Realisierung auszustatten, damit dem mittlerweile abgeklungenen romantischen politischen Schwärmertum einen neuen, gleichsam wiederbelebenden Impuls gegeben.

Und der Wunsch, schönen Träumen nachgeben zu dürfen, war auch im russischen Volk seit alters her weit verbreitet, wie sicherlich auch in anderen Völkern des weiten Sowjetlandes.

Aber nun, man hatte den Tag der großen Verheißung soeben erleben können, ging das tägliche Leben augenscheinlich genau so weiter, wie es sich vor den kürzlichen Feiertagen zugetragen hatte, von der Erfüllung des seinerzeit verbrieften Anrechts auf quasi „kostenfreie Befriedigung aller als ‚berechtigter‘ erachteten Bedürfnisse“ – „keine Spur“ !

Es war unbestreitbar – der Kommunismus war ausgeblieben, selbst kleine neuerliche Ansätze in diese Richtung waren nicht auszumachen !

Viele ältere Sowjetbürger, die für das Erreichen eines solchen Zeitalters viel Not und Mühsal, gar großen Hunger und bitteres Elend auf sich genommen hatten, fühlten sich arg düpiert. Auch wenn sich allzeit der „gesunde Menschenverstand“ immer wieder geregt hatte, einem zugeraunt hatte: „wirklicher“ Kommunismus, also echter und reiner absoluter Altruismus, das kann auf absehbare Zeit immer nur ein hehres Menschheits- Ziel sein, dem man sicher reinen Herzens entgegenstreben sollte, welches aber unserem Menschengeschlecht für Generationen unerreichbar bleiben dürfte, so es in seiner reinen Form überhaupt jemals erreichbar war.

Man gewann nun die unbestreitbare bittere Gewissheit – der „gesunde Menschenverstand“ hatte Recht behalten, und das sehnsuchtsvolle Träumen hatte sich als das erwiesen, was es immer gewesen war – Träumerei !

Auch wenn man durchaus die einst für den 1. 1. 1980 leichtfertig festgelegte Vollendung des Kommunismus inzwischen, bereits vor einigen Jahren, höchst offiziell „abgesagt“ hatte – der schöne Traum von seiner umgehend definitiven Vollendung war erst jetzt bei großen Teilen des Sowjetvolkes wirklich „total und gänzlich tot“ !

Zudem war kürzlich noch etwas anderes geschehen, was die überall spürbare graue Stimmung zusätzlich prägte – vor wenigen Tagen hatte der Einmarsch der Sowjettruppen in Afghanistan begonnen.

Sicher, das eigentliche Afghanistan besucht hatte bisher kaum ein Sowjetbürger, aber konkrete Vorstellungen von mittelasiatischen Gebirgssteppen hatten doch recht viele von ihnen, das Sowjetland verfügte über solche Landschaften in erheblichem Ausmaß.

Folglich wusste man auch in etwa, wie belastend die Lebensbedingungen sich unter solchen Gegebenheiten gestalteten, und welch einen zähen Menschenschlag ein solches Klima, eine solche Landschaft erforderten.

Gewiss, die sowjetischen Truppen waren nicht in hartem Kampf dort eingerückt, sondern – in Absprache mit der rechtmäßigen afghanischen Regierung – als Friedenstruppen.

Jedenfalls besagten solches die Nachrichten im Rundfunk und im Fernsehen.

Aber in den Ortschaften, die man auf dem Weg von der sowjetisch-afghanischen Grenze in die größeren Städte des Landes zu passieren hatte, begegnete man kaum in freudiger Erregung an den Straßenrändern verharrenden „Begrüßungsmassen“, sondern das sowjetische Fernsehen zeigte eher einzelne Vertreter der jeweiligen örtlichen Autoritäten mit ernsten, zurückhaltenden Gesichtsmienen.

Das machte den Eindruck, die sowjetischen Truppen würden kaum als „Friedensbringer“, sondern eher als „unvermeidbare Gegebenheit“ akzeptiert. Offene Feindlichkeit, oder sogar militärischer Widerstand waren nirgends deutlich erkennbar, „große Freude“ aber auch nicht. Man wurde nachdenklich.

In historisch bewanderten Kreisen wusste man zudem vom historischen Schicksal manch` anderer Weltmacht, die den kargen Landstrich dereinst mit überlegenem Militär zu vereinnahmen trachtete, z. B. vom Schicksal einer britischen Armee, die vor kaum mehr als einem Jahrhundert fast spurlos in den Weiten Afghanistans untergegangen war.

Nur einigen wenigen Versprengten ist damals die Rettung gelungen. Sie waren gerade ausreichend, um vom schlimmen Schicksal ihrer Kameraden ausführlich und detailliert berichten zu können.

Darüber diskutierten besagte Historiker nun, zunächst in ihren engeren Kreisen, doch bald hatten sich diese Erinnerungen dennoch auch auf anderen gesellschaftlichen Ebenen herumgesprochen.

Dem öffentlichen Optimismus war solches keineswegs förderlich.

Zudem sprach sich bald herum, wie mühsam der Weg der sowjetischen Truppen in dem fremden Lande gewesen war, wie verschlissen und nur noch bedingt einsetzbar z. B. Kettenfahrzeuge waren, wenn sie nach Hunderten Kilometern über Lehm und Geröll endlich an ihrem Bestimmungsort anlangten. Denn über ausgebaute Straßen verfügte Afghanistan damals kaum, selbst Schotterpisten waren in manchen Gegenden seltener Luxus.

Jedenfalls mussten die modernen und stabilen sowjetischen Panzer nach der Bewältigung ihres Anmarsches fast regelmäßig einer mehr oder weniger ausgedehnten Generalüberholung zugeführt werden.

Auf China war man damals in sowjetischen Landen generell schlecht zu sprechen, und als im kurzen chinesisch - vietnamesischen Winterkrieg vor Jahresfrist die Chinesen mit ihren Panzerspitzen sehr bald im subtropisch- morastigen Dschungel- und Reisfelderterrain Nord-Vietnams stecken blieben, hatte Häme in den Emotionen der mittlerweile fest zu Vietnam stehenden Moskowiter vorgeherrscht.

Doch nun, angesichts des Geschehens in Afghanistan, stellte sich bei ihnen manche nagende gedankliche Assoziation zu jener Erinnerung ein.

Denn es waren auf chinesischer Seite fast die gleichen Panzer gewesen – dereinst nach sowjetischen Mustern in den neuen chinesischen Waffenschmieden gebaut – die vor kurzem im

exotischen Gelände Vietnams versagt hatten, ungeachtet aller Robustheit, die man in Europa nicht ohne Grund sowjet- russischer Waffentechnik nachsagte.

Worauf die Chinesen das fragwürdige militärische Abenteuer gegen ihr „sozialistisches Brudervolk“ schnell beendeten, mit bemühtem gesichtswahrenden „Großmut“ dem kleineren Nachbarn seine „Unbotmäßigkeiten“ der letzten Zeit „verziehen“ – und ihre Panzerverbände nach der peinlichen Schlappe schleunigst auf heimatlichen chinesischen Boden zurückzogen. Als besagter, vorgeblich „erzieherischer“ Waffengang auch noch die Degradierung verschiedener chinesischer Generäle nach sich zog, war vor einem halben Jahr dem unüberlegten Abenteuer der jungen Großmacht der ironische Sarkasmus in den Moskauer Teestuben gewiss gewesen.

Das alles lag nur kurze Zeit zurück.

Und es ging jetzt um die eigenen Söhne, Ehegatten und Brüder.

Wenngleich Afghanistan sehr viel anders als Vietnam war, keineswegs das respektable militärische Potential der kampferprobten vietnamesischen Volksarmee besaß, durch die Siege über US- Army nebst den Truppen Südvietnams selbstbewusst und siegessicher – gewisse Parallelen drängten sich den zu qualifiziertem militärischen Denken traditionell befähigten Russen dennoch auf.

Und dies insbesondere den Russen der älteren Generation, denen die Entwicklungen im Verlauf des Zweiten Weltkrieges aus eigenem Erleben, in allen ihren wesentlichen Details, noch sehr geläufig waren. Damals war die sieggewohnte und waffentechnisch zu Kriegsbeginn erstklassig ausgestattete deutsche Wehrmacht vor allem an der Weite und am Klima Russlands gescheitert – und an der legendären Zähigkeit des russischen Soldaten.

Nun waren es die eigenen Truppen, die in fremdem Land mit einem Gegner konfrontiert wurden, dessen Naturell und dessen Kampfweise – vorsichtig ausgedrückt – auch den unzweifelhaft stark belastbaren Männern der Sowjetarmee „sehr unvertraut“ waren.

Es herrschte also eine sehr spezielle, tendentiell sehr nachdenkliche Stimmung, zu Beginn des Jahres 1980 in Moskau.

Wie auch immer – treten wir nun den verschiedenen Facetten der vielgestaltigen sowjetischen Wirklichkeit jener Zeit näher !

Der vorrangig russisch geprägte Sowjetstaat war eine weitgehende Kopie des einstigen Zarenstaates, jedoch mit einer international erstmals nachhaltig umgesetzten speziellen ideologischen Orientierung, in Anlehnung an die kommunistisch- sozialistische Ideenwelt des späten 19. Jahrhunderts.

In Folge dessen hatte sich eine zweite, funktional sehr bedeutsame Abweichung von damals üblichen Staatsstrukturen ergeben – eine Integration aller bestimmenden Elemente des Wirtschaftslebens, sowie des Finanzgeschehens und des Handels in die unmittelbare Staatlichkeit. Dadurch war nunmehr der Sowjetstaat nicht nur politisch- administrativer Rahmen der gesellschaftlichen Existenz, sondern auch das „Generaldirektorat“ eines riesigen Industrie- Finanz- und Handelsimperiums geworden.

Eine weitere, dritte grundlegende Eigentümlichkeit hatte der Sowjetstaat von seinem Vorgänger, dem Zarenstaat, kaum verändert übernommen – seine ungeheure, einmalig große territoriale Ausdehnung, die selbst die Ausmaße solcher territorialer Giganten wie China, Indien oder die USA deutlich übertraf. Auch die Kopfzahl seiner Bevölkerung war sehr groß – die mehr als 200 Millionen seiner Bevölkerung vor Beginn der Revolutionskriege wurden damals zahlenmäßig bekanntlich nur von China und Indien deutlich übertroffen.

Derart gigantische Dimensionen sind gewiss ein erheblicher Machtfaktor an sich, und der zur Zeit unseres Moskauer Aufenthaltes bereits länger als 60 Jahre währende Bestand des Sowjetstaates war dann wohl nicht zuletzt diesem Umstand zu danken gewesen.

Aber sie beschwören auch bestimmte Probleme und Schwierigkeiten herauf, die in Staaten mitteleuropäischer Dimensionierung kaum, bzw. völlig unbekannt sind – ethnisch erheblich divergierende Bevölkerungen, eine Mehrzahl von Zeitzonen, z. T. extrem weite Wege, extrem unterschiedliche klimatische Verhältnisse, usw.

Der Zarenstaat war eine Autokratie, und der Sowjetstaat war es – in gewissem Sinne – auch. Vermutlich war eine solche Staatsform unter den damals gegebenen organisatorischen, funktional- administrativen Möglichkeiten am ehesten geeignet, einen derartigen Riesenstaat nicht nur zusammenzuhalten, sondern auch stetig zu entwickeln, wenn auch – speziell vor der Sowjetära – in einem vergleichsweise langsamen Tempo.

Wenn man einen Blick auf die internationale historiographische weltwirtschaftliche Fachliteratur zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts wirft, so sieht man – das Russland der Zaren wird unisono als Weltmacht gewürdigt, mit gewiss unübersehbaren allgemeinen Ent-

wicklungsdefiziten im Vergleich zu West- und Mitteleuropa, jedoch mit einer gerade aus diesem Grunde, und angesichts seiner gigantischen „schlummernden Ressourcen“, ungemein beeindruckenden generellen Entwicklungsperspektive.

Und immer wieder begegnet man dabei dem abwägenden Vergleich mit den perspektivischen Gegebenheiten in den damals noch recht jungen USA.

In kontemplativer Sicht war der deutlichste Unterschied zwischen diesen beiden Großstaaten damals im „historischen Vorlauf“ zu ihrer derzeitigen Verfasstheit auszumachen.

Der Zarenstaat war über Jahrhunderte, seit dem Mittelalter, kontinuierlich gewachsen, und mit ihm sein Verwaltungs-Apparat, die organisatorische Durchdringung und Verfestigung seiner Machtorgane – während die endgültige Verschmelzung der diversen nordamerikanischen kleinstaatlichen Gebilde zu einer verbindlichen und dauerhaften Union im Jahre 1917 erst kaum ein halbes Jahrhundert zurück lag, als Ergebnis eines mehrjährigen erbitterten Krieges zwischen den Nord- und den Südstaaten der heutigen USA.

Also – eine verfestigte Staatlichkeit hier, eine immer noch eher lockere, damit indessen viel innere Elastizität erlaubende Staatlichkeit dort.

Und als das fundamentale Ereignis des Ersten Weltkrieges eine Periode dramatischer sozialer Umbrüche einleitete, wurden auch Russland und die USA davon massiv erfasst. Dass „alte“ Russland zerbrach daran, zunächst, während die USA schnell zum sowohl industriellen und finanziellen, als auch militärischen Dominator, zur global erstrangigen Großmacht aufstiegen. Russland war damals aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, den „amerikanischen“ Weg zu gehen, insbesondere deshalb nicht, weil der Zarenstaat angesichts seiner staatspolitischen Verfasstheit die Option einer zügigen Adaptation an radikale weltpolitische Veränderungen kaum in sich trug.

Siebzig Jahre später sollte sich seinem Nachfolger, dem Sowjetstaat, das gleiche grundsätzliche Problem erneut stellen. Auch er zerbrach, aus prinzipiell sehr ähnlichen Gründen. Eben auch deshalb, weil er in seiner Machtstruktur funktionale Elemente des Zarenstaates weitgehend übernommen hatte – im Interesse seiner fundamentalen Existenzsicherung vermutlich hatte übernehmen müssen, unbeschene dessen, dass seine Geburtsstunde dereinst von Gedanken „beseelt“ gewesen war, die einer straffen Staatlichkeit fast diametral entgegengestanden hatten.

Wie war denn nun diese Grundstruktur in den Jahren 1979/80 beschaffen, nach einer über 60jährigen Entwicklung ?

## AUCH DER SOWJETSTAAT HATTE EINE F O R M A L E DREITEILUNG DER MACHT – LEGISLATIVE, EXEKUTIVE UND JUSTIZ

Der Zarenstaat war, im Wesentlichen, mit drei horizontal angelegten Verwaltungsebenen ausgekommen – mit seiner Zentrale in der Metropole St. Petersburg, der Gouvernements- Administration und der kreislichen kommunalen Verwaltung.

Der Sowjetstaat hatte dem eine vierte Ebene hinzugefügt, die „Republik- Ebene“, eingeschoben zwischen der zentralen Unions- Administration und den Leitstellen der Gebietsverwaltungen, welche an die Stelle der einstigen Gouvernements- Dienststellen getreten waren.

Damit war es – wie schon beschrieben – gelungen, insbesondere durch das Plurinationalitäts- Phänomen des Gesamtstaates bedingte Spannungen für einen recht langen Zeitraum weitgehend aufzufangen.

Auf seinen drei horizontalen Verwaltungsebenen hatte bereits der Zarenstaat in seiner Spätphase formal die Dreiteilung der Staatsgewalt institutionalisiert, d. h., die Grundlagen für eine in Legislative, Exekutive und Gerichtlichkeit separierte Staatlichkeit gelegt. Die sog. „technische Verwaltungsarbeit“ war damals dann auch dem Vollzug gemäß dieses „Drei- Säulen- Modells“ zugeführt worden.

Wie es nach den Wirren der Revolutionsphase, in der späteren Sowjetzeit, die Regel bleiben sollte.

Die eigentlichen Machtzentralen lagen jedoch woanders.

Zur Zeit des Zaren traf man grundlegende Entscheidungen in separaten, informellen Zirkeln bestimmender gesellschaftlicher Kräfte, die sich einerseits mit ihren Pendants der nächst höheren Ebene angemessen abzustimmen bemühten, andererseits durch interpersonelle Verflechtungsnetze den Tenor der durch sie entwickelten Positionen zu den anstehenden Sachfragen in der Arbeitspraxis von Legislative, Exekutive und Gerichtlichkeit durchzusetzen verstanden.

Der Sowjetstaat hatte solche historisch gewachsene Basen einstiger informeller Machtausübung radikal liquidiert, an ihre Stelle bestimmte Strukturen seiner Einheitspartei gestellt, der KPdSU.

Ein wesentlicher Unterschied zum Zarenstaat bestand darin, dass die Funktionalität des KPdSU- Parteiapparates geradezu drastisch formalisiert war.

Für eine stabile Funktion autokratischer Staatlichkeit bedarf es immer auch noch einer stabilen institutionellen „zweiten Wand“ zur Hinterfütterung der formalen Fassaden von Legislative, Exekutive und Gerichtlichkeit, in Form eines weitgehend autochtonen, ausschließlich der Staatsspitze unterstellten geheimdienstlichen Informations- und Exekutions-Apparates.

Das Zarentum hatte einen solchen in Form der „Ochra“ geschaffen, die KPdSU eine erheblich stärker ausgebaute Organisation, mit wechselnden offiziellen Bezeichnungen, von „GPU“ und „KGB“, bis „NKWD“.

Das Resultat solcher Konstruktionen sind dreidimensionale, in Anbetracht der vielen und sich im Laufe der Zeit immer fester verzurrenden Beziehungsstränge den Risiken einer allmählichen totalen Erstarrung sehr stark ausgesetzte Machtmaschinen.

Und wenn ein solcher bürokratischer „Universal- Kolloß“ neben allgemein üblichen Staatsaufgaben auch noch die operative Steuerung des gesamten Wirtschaftslebens – bis hinein in die produktive Sphäre – bewältigen soll, droht die Katastrophe besonders dann, wenn ein rapides Tempo der allgemeinen wissenschaftlich- technischen Entwicklung schnelle staatliche Reagibilität erzwingt, davon der Fortbestand als Weltmacht abhängig wird.

Diese Lehre wurde uns in Moskau keineswegs vorenthalten.

Nachfolgend sei versucht, sie näher zu untermauern, in einer gewiss bruchstückhaft bleibenden Form.

Wir werden dabei wiederholt einer besonderen, nicht nur im einstigen Sowjetsystem zu beobachtenden Phänomenologie begegnen :

Ein einmal etablierter bürokratischer Apparat von unüberschaubarer Größe wird – in verschiedenen Verkleidungen, früher oder später – zu einer „Macht gemäß eigenem Recht“, und gebiert dann einen „bürokratischen Imperativ“, der zunehmend eine bedrückend- lähmende Ausstrahlung in weitem Umfeld entwickelt.

Das muss keineswegs zu einer unvermeidlichen Katastrophe führen, doch im unvermeidlichen Zusammenwirken mit beliebigen anderen Krisenelementen hat sich durch solche Konstellationen schon öfters die Intonation für den Totentanz zentraler gesellschaftlicher Paradigmen ergeben, nicht nur in der einstigen Sowjetunion.

Die „starken Männer“ im vorstehend umrissenen inneren gesamtgesellschaftlichen Machtblock sowjetischer Prägung waren insbesondere die „Ersten Sekretäre“ der jeweiligen Parteileitungen, auf jeder der vier Verwaltungsebenen des Staates.

Der „Erste Sekretär“ der Parteileitung einer mittelgroßen Stadt – beispielsweise – kontrollierte über jene Mitglieder seiner Partei, die Sitz und Stimme im städtischen Sowjet hatten, die gesamte örtliche Legislative. Zugleich war er der „parteiinterne“ Vorgesetzte jenes Parteigenossen, der als Bürgermeister, als Chef der operativen Exekutive fungierte.

Wie gesagt – der „Erste Sekretär“ war der „starke Mann“ im jeweiligen Terrain.

Dieses Axiom brachte es aber auch mit sich, dass unser „Erster Sekretär der städtischen Parteileitung“ jenem Mann, der als „Erster Sekretär“ auf der nächsthöheren Verwaltungsebene eine analoge Position bekleidete, in gewissem Sinne unterstellt war, von diesem für alle Probleme im Bereich der ihm parteiintern überantworteten Stadt verantwortlich gemacht werden konnte.

Was zur Folge hatte, dass sich die „Thronessel“ der „Ersten Sekretäre“ sehr schnell in „Schleudersitze“ verwandeln konnten.

Während jeder andere Genosse nur für Belange in seinem speziellen Verantwortungsbereich verantwortlich war, hatte der „Erste Sekretär“ einer territorialen Parteileitung für *a l l e* Vorgänge auf seinem Terrain gegenüber der ihm übergeordneten „Kommando- Ebene“ einzustehen.

Seinerzeit von Lenin konzipiert, war diese Machtstruktur von Stalin nachhaltig durchgesetzt worden, in den durch brutalen parteiinternen Terror geprägten 30er Jahren. Mittlerweile war sie nicht mehr hinterfragbar geworden, hatte sich allgemein verfestigt.

In den 70er Jahren erlebte auch ich sie als durchweg akzeptierte „Selbstverständlichkeit des realen Sozialismus“ – vermutlich war sie tatsächlich nach der Entmachtung des Marktes als regulativem Hauptfaktor des gesellschaftlichen Lebens für die Gewährleistung einer hinreichenden Stabilität des Ganzen, angesichts der sonstigen Rahmenbedingungen des Sowjetstaates, kaum verzichtbar.

Den systemtragenden Kräften war deshalb nun auch sehr daran gelegen, dass die „Ersten Sekretäre“ – im Sinne einer ständigen überzeugenden Demonstration der gegebenen Machtverhältnisse – ihren generellen Führungsanspruch auch nach außen bei jeder angemessenen Gelegenheit unüberhörbar vertraten.

Im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte war in der UdSSR dennoch dem Justizapparat eine gewisse Selbständigkeit zugebilligt worden, und auch dieser Sachverhalt wurde – aus wohlüberlegten politischen Motiven – gleicherweise in konstanter Regelmäßigkeit im öffentlichen Leben betont, wenn auch mit einem nur dezenten Nachdruck.

Man hatte die jeweiligen Kompetenzbereiche ausreichend gegeneinander abgegrenzt, so dass es zwischen den Repräsentanten des Justiz- Apparates und den in den Zentren der territorialen Geschehnisse stehenden „Ersten Sekretären“ nicht allzu oft zu unvermeidlichen Konfrontationen kam.

Stets im Auge behalten mussten die „Ersten Sekretäre“ allerdings ihr Verhältnis zum Chef der geheimdienstlichen Sicherheitsorgane ihres Territoriums, die den Einflüssen lokaler und territorialer Parteileitungen weitestgehend entzogen waren.

Stalin hatte diese ihm direkt persönlich verantwortlichen, sehr speziellen Machtpotentiale zu einem „Staat im Staate“ werden lassen, und seine Nachfolger hatten daran wenig geändert. Sie waren im Laufe der Jahre Träger eines gewaltigen, stets erneuerten Fundus personenbezogenen Herrschaftswissens geworden, an dem sie selbst die jeweiligen „Ersten Sekretäre“ prinzipiell nur äußerst selektiv teilhaben ließen.

Alles in allem stellte sich in den 70er Jahren das politische Machtgefüge seiner Gesellschaft jedem Sowjetbürger mit ausreichender Intelligenz als gut überschaubar dar, mit einer im Kern beeindruckenden Geschlossenheit und Kohärenz.

Das traf gewiss erst recht auf die Teilhaber an der Machtausübung zu, jedwede formalisierte innere Auseinandersetzung blieb deshalb fast immer unterschwellig.

Dennoch – auch in der Sowjetunion reduzierte sich das reale Leben nicht auf die Fragen der politischen Macht, es war bunt und vielfältig, und im Normalfall keineswegs durchgängig seitens der in staatlichen Grunddokumenten festgeschriebenen Ideologie und deren Amtswalter gesteuert.

Mit seinen weiteren Mitgliedern der von ihm präsierten Parteileitung einer mittleren Stadt hatte der betreffende „Erste Sekretär“ wohl nur sehr selten „ernste Probleme“, auch kaum mit dem Stadt- Sowjet und seinen formalen exekutiven Dienststellen.

Ganz anders lagen aber die Dinge in Bezug auf jene Einrichtungen, die – obwohl auf dem von ihm gesellschaftlich zu verantwortenden Terrain gelegen – im Ergebnis anderweitiger Zuordnungen übergeordneter Instanzen seinem direkten Zugriff „ausnahmsweise“ entzogen waren. In Sonderheit traf dies für größere Betriebe zu, deren Direktoren überregionalen Führungskompetenzen unterstellt waren, z. B. für Unions- geleitete Kombinate und ihre Chefs. Durch ihre wirkmächtigen Verbindungsstränge bis in die höchsten Etagen von Unions- Ministerien konnten solche Männer zu bestimmenden Dominatoren ihrer „gastgebenden“ Ortschaften werden, die örtlichen Parteileitungen und deren „Erste Sekretäre“ in eine faktische Nachrangigkeit verweisen.

Wir werden auf solche Konfliktfelder zurückzukommen haben.

Wie auch immer – die „Ersten Sekretäre“ der KPdSU und ihre Mannschaften, die Parteileitungen, waren, alles in allem, die wichtigsten Kommandeure und Knotenpunkte im System der realen Sozialismus sowjetischer Prägung, weshalb der Behandlung dieses Sujets im Lehrplan des Jahreskurs unserer Akademie ein sehr breiter Raum zur Verfügung gestellt worden war.

Und so hörten wir in wortreichen Wiederholungen langatmige Ausführungen über die Wichtigkeit der nunmehrigen inneren Struktur des KPdSU- Partei- Aufbaus, zu den fast übermenschlichen Anforderungen an die leitenden Parteikader, über Wege und mögliche Irrwege ihrer Persönlichkeitsreifung – und so weiter, und so fort.

Manches mutete uns dabei zunehmend befremdlich an, etwa wie das bekannte „Pfeifen im nächtlichen Wald“ angesichts der Erahnung dräuenden Ungemachs.

Den meisten Angehörigen des Akademie- Lehrkörpers war natürlich sehr wohl bewusst, dass „der beste Bahnhofsvorsteher und die disziplinierteste Stellwerks- Mannschaft eine zuverlässige Pünktlichkeit des Fahrplanes nicht mehr garantieren können, wenn der Schienenstrang, das rollende Material und die Stellwerks- Technik durch unablässig wachsende Anforderungen hoffnungslos überlastet sind !“

Halten wir uns hier nicht länger damit auf, wenden wir uns jetzt etwas intensiver der „dritten Säule“ moderner Staatlichkeit zu, dem auch in der UdSSR keineswegs völlig bedeutungslosen formalen Justiz- und Rechtssystem.

Man hatte ihm – wie gesagt – in bestimmtem Ausmaß eine funktionale Sonderrolle eingeräumt, mit einer ausgeklügelten *d o p p e l t e n* Unterstellungsstruktur, die sich in der Realität jedoch als eine überwiegend fachliche Unterstellung gegenüber der analogen Instanz

auf der nächsthöheren Verwaltungsebene darstellte. Die im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte in Moskau an der Staatsspitze Stehenden hatten erkannt, dass durch klassische Rechtspflege und Rechtssprechung im zivilen Bereich ein die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse spürbar stabilisierendes Element der sowjetischen Staatlichkeit entwickelt werden konnte.

Weshalb der Einfluss von lokalen Partei- Instanzen auf die operative Arbeit des Justizwesens sehr marginalisiert worden war, auch unter dem Aspekt, gegebenenfalls über eine ausbalancierende, öffentlich unproblematisch präsentierbare Kraft gegenüber ausufernder Allgewalt örtlicher Parteifunktionäre zu verfügen.

Wenngleich – im Sinne des geschlossenen Erscheinungsbildes der Sowjetmacht – formal in die politische Struktur ihrer Wirkungsebene eingebettet, war dann das Verhältnis der Führungskräfte der Justizorgane zu den „Ersten Sekretären“ der betreffenden unteren territorialen Einheiten eher ein „kameradschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe“, als die sonst übliche „unten – oben – Beziehung“.

Richter und Schöffen der untersten Gerichtsebene – d. h., die Stadt- und Rayons- Richter – wurden direkt von der durch sie versorgten Bevölkerung gewählt, die Richter jeweils für die Dauer von 5 Jahren, die Schöffen für die Dauer von 30 Monaten.

Die Richter der nächsten Ebene – die Gebiets- Richter – wählte nicht mehr die Bevölkerung direkt, sondern der zuständige Sowjet, womit ab dieser Ebene der entscheidende Einfluss übergeordneter Parteigremien auf Kaderentscheidungen auch im Justizwesen sicher gewährleistet war.

Etwaige unerwartete „Pannen“ in der Spruchpraxis eines nachgeordneten Stadtgerichtes konnten die übergeordneten, ausschließlich mit dem „Segen“ der zuständigen Parteiorgane in ihre arrivierten Ämter gelangten Richter der Gebiets- Gerichte dadurch bereinigen, dass sie von ihrem Mandat Gebrauch machten, strittige Verfahren ggf. „an sich zu ziehen“.

Ähnlich wie die Position des Gebiets- Gerichtes gegenüber einem Stadt- Gericht war die Position eines Republik- Gerichtes gegenüber besagtem Gebiets- Gericht, und die des Obersten Unions- Gerichtes gegenüber Republik- Gerichten.

Sie alle wurden durch Wahlen in den Sowjets ihrer Versorgungsbereiche besetzt, hatten das Recht der Bevormundung rangtieferer Gerichte durch „an- sich- Ziehen“ von Verfahren.

Bemerkenswert an diesem Organigramm ist, dass der Partei- Einfluss auf die laufende Rechtsprechung vor allem durch die Parteileitungen der jeweils ü b e r g e o r d n e t e n Verwaltungsebene abgesichert wurde.

Noch stringenter war der Einfluss der KPdSU auf die Kaderstruktur der S t a a t s a n w ä l t e geregelt, welche – wie auch in vielen Staaten Westeuropas – grundsätzlich nicht gewählt, sondern für die Dauer von jeweils 5 Jahren e r n a n n t wurden.

Die Obersten Staatsanwälte der UdSSR erhielten ihre Ernennung von der Körperschaft des Obersten Sowjets der Union, die Staatsanwälte der nachgeordneten Gerichts- Ebenen vom Leitenden Staatsanwalt der ihnen jeweils übergeordneten Ebene, bei einer z u s ä t z l i c h e n Bestätigung durch d e s s e n übergeordnete Instanz.

Hinsichtlich der Staatsanwaltschaft bemühte man sich in Belangen der Kaderpolitik besonders konsequent um eine a b s o l u t e Kontrolle durch s t a t u a r i s c h e Organe der Staatspartei, der KPdSU, und nicht durch einzelne ihrer Spitzenfunktionäre.

Das geschah auch mit dem erklärten Ziel, subjektiv bestimmte Besetzungen kraft faktischer Amtsgewalt e i n z e l n e r Parteifunktionäre möglichst zu vermeiden, eingedenk einstiger stalinscher Gewaltorgien unter dem vernebelnden Schirm scheinbarer Legitimität.

Die besondere Rolle des Staatsanwaltes im sowjetischen Justizwesen dokumentierten – u. a. – imposante Dienstuniformen, auf denen optisch beeindruckende Rangabzeichen respektgebietend prangten.

Für sowjetische Staatsanwälte gab es insgesamt 11 Dienstränge, wie es sie in ähnlicher Differenziertheit bereits beim Zaren gegeben hatte.

Zur Zeit unseres Moskauer Aufenthaltes war das sowjetische „Gesetz über die Rechtsanwaltschaft“ fast noch druckfrisch.

Offensichtlich wollte der Sowjetstaat damals mit diesem legislativen Schritt seine Bemühungen um eine gewisse formale Angleichung seines Rechtswesens an die Üblichkeiten in Westeuropa und in andernorts bürgerlich regierten Staaten komplettieren.

Fortan konnten entsprechend qualifizierte Juristen sich in sog. „Rechtsanwalts- Kollegien“ als Rechtsanwälte in freier Niederlassung etablieren.

Damit waren diese mehr keine Angestellten irgendwelcher Behörden oder Betriebe, ließen sich – wie z. B. auch in Westeuropa üblich – von ihren Mandanten auf der Grundlage staatlich festgelegter Tarif- Tabellen honorieren.

Dem allgemeinen „Hören – Sagen“ nach hatten sich damit für eine beachtliche Anzahl fachlich qualifizierter, wendiger und durchsetzungsstarker Vertreter ihres Metiers erhebliche Anhebungen des persönlichen Lebensstandards ergeben, zumal für bestimmte Rechtssachen die Vertretung des Angeklagten durch einen Rechtsanwalt gesetzlich zwingend vorgeschrieben worden war.

Dies betraf – z. B. – minderjährige Angeklagte betreffende Rechtssachen; oder Prozesse, die staatsanwaltschaftlich veranlasst worden waren; oder solche, in denen die gesetzliche Höchststrafe – damals die Todesstrafe – zur Diskussion stand.

Reichten in solchen Fällen die materiellen Ressourcen des Angeklagten für die Honorierung seines Rechtsanwaltes nicht aus, wurde sein anwaltlicher Vertreter vom Gericht benannt. Die Anwaltskollegien jedes Verwaltungsbereiches waren jeweils Träger eines Fonds, der für die tarifgemäße Entlohnung der Rechtsbeistände in solchen sog. „Pflichtfällen“ aufzukommen hatte.

Wir Kursanten aus der DDR empfanden es als sehr beachtlich, dass somit in der UdSSR vor Kurzem ein quasi „freier Markt“ für umsichtige und qualifizierte Vertreter der Jurisprudenz eingerichtet worden war.

Allerdings hatten auch die vielen angestellten Justitiare von Behörden und Betrieben, welche bislang alle anstehenden Auseinandersetzungen vor Gericht weitgehend dominierten, ihre Rechte gerichtlicher Mandanten- Vertretung behalten.

Natürlich gab es – wie allgemein üblich – ebenfalls in der Sowjetunion verbindliche Vorschriften zur Regelung des gerichtlichen Prozess- Geschehens.

Für mich war es interessant, dass die v o l l e j u r i s t i s c h e Verantwortlichkeit eines Sowjetbürgers bereits mit der Vollendung seines 16. L e b e n s j a h r e s begann, obwohl die eigentliche Volljährigkeit eines jungen Menschen auch in der UdSSR gesetzlich erst mit der Vollendung des 18. Lebensjahres eintrat.

Bei Vorliegen bestimmter s c h w e r e r Straftaten hatte man eine n o c h n i e d r i g e r e Alterschwelle der vollen Verantwortlichkeit eines Deliquenten festgelegt.

Im Falle des Vorwurfes von begangenen Mord, vorsätzlicher schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung, schwerem Rowdytum, beabsichtigter erheblicher Schädigung staatlichen

oder sonstigen gesellschaftlichen Eigentums war der Beschuldigte beliebigen Geschlechtes bereits ab vollendetem 14. Lebensjahr voll für seine begangenen Taten verantwortlich.

Bei erkennbarer starker Retardierung von beschuldigten Jugendlichen konnte das Gericht die vorstehend skizzierten gesetzlichen Altersgrenzen voller juristischer Verantwortlichkeit zu Gunsten der Angeklagten modifizieren.

Die Rechtsprechung der UdSSR kannte ein breites Spektrum „körperlich“ wirkender Strafen, z. B. Ausweisung, Verbannung, Arbeitserziehung in freiem Vollzug, Haft unterschiedlicher Schweregrade.

Neben diesen „körperlichen“ Strafen wurde oft auf sog. „zusätzliche“ Bestrafungsmöglichkeiten zurückgegriffen, als da waren die Beschlagnahme des unrechtmäßig erworbenen Vermögens, oder das Verbot der Ausübung eines bestimmten Berufes.

Mit der letztgenannten Strafe wurden – z. B. – recht oft Berufskraftfahrer belegt, die wegen „Verkehrs-Rowdytums“ belangt worden waren. Bei „Verbrechen im öffentlichen Verkehrsbetrieb“ war die „zusätzliche“ Bestrafung mit einem fünfjährigen Entzug der Fahrerlaubnis fast die Regel.

Gemäß russischer und zentralasiatischer Spruch-Tradition wurde alkoholischer Rausch in keinem Fall als strafmildernder, gar strafbefreiender Tatbestand angesehen, sondern dieser Sachverhalt bewirkte im Allgemeinen eine Strafv Verstärkung. In manchen zentralasiatischen Sowjetrepubliken konnte in solchen Fällen schon bei gegebenem Zusammenhang mit schweren Verkehrsdelikten sogar die Todesstrafe verhängt werden.

Mittlerweile sah man in Moskau die international weitgehend geächtete Todesstrafe als „heikles Thema“ an.

In den Jahren 1979/80 durfte sie bereits unionsweit gegen Jugendliche und gegen Schwangere nicht mehr verhängt werden, stand auch in allen anderen Fällen den untersten Gerichtsbehörden nicht mehr zur Verfügung.

In Russland ist sie heute gänzlich untersagt.

Spezielle Vorschriften enthielt die sowjetische Strafprozessordnung für Rechtssachen, die mit dem Vorwurf der „S p i o n a g e“ oder des „S t a a t s v e r b r e c h e n s“ behaftet waren. Sie konnten – beispielsweise – nicht im Rahmen des vorstehend skizzierten zivilen Rechtssystems behandelt werden, sondern unterlagen einer speziellen „M i l i t ä r – G e r i c h t s b a r k e i t“.

Womit alle staatsanwaltschaftlich belangten Vorgänge mit einer wesentlicheren politischen „Grundierung“ in formal absoluter Legalität dem allgemeinen Rechtsapparat entzogen, in eine durch die oberste Parteiführung mit besonderer Sorgfalt gehandhabte „Nebenlinie“ der sowjetischen Justiz abgeleitet waren.

Außerhalb der „Militärgerichtsbarkeit“ hatte man sich zum Prinzip einer „angemessenen Publizität“ des gesamten Gerichtslebens entschlossen.

Die große Mehrheit der Rechtssachen wurde in der Sowjetunion tatsächlich öffentlich verhandelt, bei prinzipiell freiem Zugang für jeden Interessenten.

Für E h e s c h e i d u n g s - Prozesse galt dies allerdings nur eingeschränkt – wenn von einer der im laufenden Verfahren betroffenen Seiten ein Ausschluss der Öffentlichkeit beantragt wurde, m u s s t e das Gericht dem folgen.

## GRUNDSÄTZLICHES ZUR SOWJET- ÖKONOMIE IN DEN JAHREN 1979 / 80

Wenden wir uns jetzt den „Alltags – Regalien“ des damaligen Seins im großen Sowjet- Reich zu, beginnend mit „Industrie und Wirtschaft“.

Vorweg sei angemerkt, dass sich im Laufe der Zeit in der UdSSR ein System von drei ökonomischen Kreislaufsystemen entwickelt hatte.

Da gab es zum einen den allgemeinen, formal an die klassischen Regeln des Ware – Geld – Marktes gebundenen Austausch von Produkten und Dienstleistungen, wobei die große Mehrheit der für diesen Markt wirksamen Produzenten und Dienstleister sich in staatlichem Eigentum befanden.

Der in diesem System sich vollziehende Austausch- Prozess unterlag einer prinzipiellen und zumeist sehr rigiden staatlichen Kontrolle.

Maßgeblich für dieses Geschehen in seiner Gesamtheit war ein umfassendes, parteipolitisch bestimmtes Regulativ, gestaltet und unterhalten in Regie der KPdSU.

Zum anderen gab es einen mit dem vorgenannten eng verwobenen, besonderen Zirkulationsbereich, der speziellen Regeln unterworfen war. In diesem Bereich traten die verschiedenen Ebenen und Kostenträger des Staatshaushaltes gemäß spezieller Festlegungen als aktive Partner auf, z. B. hinsichtlich ihrer Teilhabe an der Erfüllung der prioritären Kapitel des Verteidigungshaushaltes.

Die Planinhalte dieses Zirkulationsbereiches waren grundsätzlich als vorrangig zu behandeln.

Und drittens existierte in der Sowjetunion mittlerweile eine ausgedehnte, inzwischen von staatlicher Seite auch „quasiformal“ tolerierte Schattenwirtschaft, tatsächlich nach den Prinzipien freien Warenverkehrs und freier Preisbildung funktionierend.

Mit ihrer Hilfe wurden die Defizite der beiden anderen ökonomischen Kreislaufsysteme weitgehend aufgefangen, was einstweilen den Fortbestand der sowjetischen Wirtschaftsstruktur in ihrer Gesamtheit sicherte.

In gewissem Maße spiegelten sich in diesem System verschiedene wirtschaftshistorische Etappen des Sowjetstaates wieder.

Die Schattenwirtschaft verkörperte noch viele Elemente der von Lenin – kurz vor seinem Lebensende – konzipierten, dann von Stalin realisierten, später auch wieder brüsk beendeten Epoche der „Neuen ökonomischen Politik (NEP)“, von der Mitte der 20er bis zum Beginn der 30er Jahre.

Der besonderen Regeln unterworfenen Zirkulationsbereich war – in gewissem Sinne – ein Überbleibsel der von 1941 bis 1945 installierten Kriegswirtschaft, als etwa 60% des gesamten sowjetischen Nationalproduktes einer Verwendung im Rahmen des Kriegseinsatzes gegen die deutsche Wehrmacht zugeführt wurden, unter fast völliger Ausschaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien.

Und das einleitend aufgeführte erste, alles in allem bedeutendste der drei ökonomischen Kreislaufsysteme, bemühte sich um die Lösung einer „Quadratur des Kreises“, um den Vollzug von marktüblichen Ware- Geld- Beziehungen, die gleichwohl weitestgehend staatlich reglementiert waren.

Es war ein Ergebnis von nach Kriegsende initiierten Bemühungen zur Transformation der letztlich extrem statischen Kriegsökonomie in ein umfassenden zivilen Belangen entsprechendes, sich stetig *w e i t e r e n t w i c k e l n d e s* wirtschaftliches Geschehen.

Bei näherem Hinsehen konnte man die wirtschaftlichen Gegebenheiten der UdSSR zu jener Zeit – d. h., in den Jahren 1979/80 – nicht anders als ein in sich verwobenes, aber hinlänglich funktionierendes *C h a o s* bezeichnen.

Immerhin, jedoch, hatte es dieses Chaos ermöglicht, über mehrere Jahrzehnte dem ganzen Land eine unstrittige Prosperität zu sichern.

Nach der vielfältigen schlimmen Drangsal in den ersten 30 Jahren Sowjetstaat hatte man – wie schon skizziert – vor allem in den 50er und 60er Jahren einen unstrittig sehr beeindruckenden „Weg nach oben“ zurücklegen können.

Die Russen, aber auch die mit ihnen in die Kriegskatastrophe von deutscher Seite hineingezogenen anderen Völker auf dem Territorium des einstigen Zarenreiches waren nach dem glücklichen Ende der furchtbaren Kriegszeit, nach der Niederwerfung der zuvor als „unvergleichlich“ angesehenen deutschen Militärmacht, von einem ungemeinen „*W i r – G e f ü h l*“ erfasst worden, mit welchem dann für einen beträchtlichen Zeitraum fast alle bisher schwelenden grundsätzlichen Probleme überdeckt wurden.

Diese massenpsychologisch absolut dominierende Stimmungslage und das – via „sowjetische Besatzungszone“, bzw. „DDR“ – zugänglich gewordene, in vielen Bereichen damals international führende deutsche technologische „Know how“, die w i c h t i g s t e Siegesdividende, gaben bis gegen Ende der 60er, bzw. bis Beginn der 70er Jahre die Grundlagen für einen in jenen europäisch-asiatischen Weiten noch niemals zuvor erlebten allgemeinen Aufschwung, einschließlich des Erreichen eines Lebensstandards, der zeitweise dem Entstehen kühnster Zukunftsträume reichlich Nahrung gab.

Das alles hatte sich unter einer straff agierenden, autoritären politischen Führung vollzogen, mit Hilfe eines ständig durch rigide Gesamtpolitik notdürftig „eingehegten“, sich gleichwohl letztlich recht chaotisch entwickelnden Wirtschaftssystems.

Bis zur Zeit unseres Moskau- Aufenthaltes in den Jahren 1979/80 war das reale durchschnittliche Pro- Kopf- Einkommen des Sowjetbürgers im Vergleich zur Vorkriegszeit auf etwa das Fünffache gestiegen. Die jährlichen Pro- Kopf- Ausgaben für vom Staat getragene sog. „gesellschaftliche Fonds“ waren noch stärker gewachsen, von 24 Rubel auf nunmehr etwa 400 Rubel. Aus ihnen wurden teilweise extreme Dimensionen gewinnende Subventionen für verschiedene Kategorien des „Bevölkerungsbedarfs“ finanziert, z. B. für elektrischen Haushalts- Strom, für Trinkwasser und Abwässer- Beseitigung, für Grund- Nahrungsmittel und Arzneien.

Die B i n n e n (!) – K a u f k r a f t von 100 Sowjetischen Rubeln entsprach 1980 in etwa 200 DM der DDR, bzw. – mindestens – 300 DM der Deutschen Bundesrepublik. Im Bereich des Außenhandels galten allerdings erheblich andere Währungs- Relationen.

Doch in letzter Zeit, bis Ende der 70er, bis zu Beginn der 80er Jahre, hatte sich vor allem die „reale Welt“ außerhalb der sowjetischen Einflussphäre, aber auch innerhalb der UdSSR, dermaßen schnell entwickelt, dass ihr in ihrer nun entstandenen bunten Vielfalt und Unübersichtlichkeit das Sowjetsystem mit einem überholten Inventar umständlicher und inflexibler Herrschafts- und Steuerungsmethoden kaum noch hinlänglich gewachsen war.

Die in jüngerer Zeit schnell an Deutlichkeit zunehmenden Stagnationsphänomene ihres Staates hatten – auch in Folge des überbordenden Zukunftsoptimismus bis in die späten 60er Jahre – die sowjetische Gesellschaft sehr unvorbereitet getroffen.

Und die mehrheitlich bereits seit den 50er Jahren an der politischen Führungsspitze etablierten Cluster blickten nun allzu lange vorzugsweise mit undifferenzierter Verärgerung auf die

„Sandmassen“, welche ihnen von den Schicksalsläufen in ihr gesellschaftliches Steuerungs- und Lenkungsgetriebe geweht wurden.

Sie waren, mittlerweile allzu schicksalsverwöhnt, zu großen Teilen sehr lange unfähig zur Erkenntnis, dass die Methoden und Formen, auch manche Zielsetzungen ihres einstiges staatspolitischen Agierens inzwischen „i h r e Z e i t g e h a b t h a t t e n“.

Sie waren es teilweise immer noch, als wir 1979/80 in Moskau unseren Jahreskursus absolvierten.

Jene Persönlichkeiten dieser Kreise aber, die sich ihr autonomes intellektuelles Potential bewahrt hatten, waren hingegen zumeist tief verunsichert.

Wenden wir uns den `D e t a i l s` zu!

Welchen Sachverhalt, welche Gegebenheit könnte man als `z e n t r a l e B r e d o u i l l e` der damaligen `s o w j e t i s c h e n Ö k o n o m i e` bezeichnen?

Man kann es wohl bündig auf die Formel bringen – die Welt veränderte sich `s c h n e l l e r`, auch selbst die spezifisch sowjetische Welt, als die Sowjetunion ihre Wirtschaft auf diese Veränderungen `a n g e m e s s e n e i n z u s t e l l e n` vermochte, vor allem in Folge des zunehmend rasanten Tempos der globalen wissenschaftlich- technischen Revolution.

Was indessen durchaus kein spezifisch sowjetisches Problem gewesen sein dürfte.

Doch der internationale Vergleich der Gegebenheiten in den beiden konträren politischen Welten links und rechts des „Eisernen Vorhanges“ wirft die Frage auf:

„`W a r u m` waren die Anpassungsschwierigkeiten an die Zeitenläufe auf der `s o w j e t i s c h` dominierten Seite so unvergleichlich größer – letztlich `s y s t e m v e r n i c h t e n d g r o ß` –, als auf der anderen Seite, bei den wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten der westlichen Welt?“

Nun, das ist eine Frage, die `ke i n e k u r z e A n t w o r t` gestattet.

## DAS DESASTRÖSE WETTRÜSTEN ZWISCHEN „OST“ UND „WEST“

Die „stärkste Peitsche“ für die sich immer schneller drehende Wirtschaftsspirale jener Zeit dürfte das Wettrüsten zwischen „Ost und West“ gewesen sein, durch elementare Existenzängste auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhanges“ in astronomische Dimensionen getrieben.

Auch wenn es der sowjetischen Militär- und Waffenindustrie lange Zeit gelang, mit den laufenden Innovationen der hochtechnisierten Konkurrenz in den USA und ihren Flankmächten Deutsche Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich im wesentlichen Schritt zu halten, gelegentlich sogar einen gewissen Vorsprung zu erlangen, so offenbarten sich dann doch immer wieder bestimmte, ab Mitte der 70er Jahre strategisch entscheidende prinzipielle Defizite.

Beispielsweise war es nicht gelungen, rechtzeitig ein effektives Abwehrsystem gegen handliche, von einem einzigen Mann trag- und bedienbare Boden- Luft- Raketen zu entwickeln, gegen jene Waffe aus den USA, die bald unter der Bezeichnung „stinger- missile“ durch ihren wirksamen Einsatz im Afghanistan- Konflikt zeitweilige Berühmtheit erlangte.

Erforderlich wäre eine ausreichend miniaturisierte und in zuverlässiger Selbständigkeit ihr Ziel suchende Gegenrakete gewesen, also eine Anti- Raketen- Rakete, die von Hubschraubern erfolgreich gegen bodennahe Ziele eingesetzt werden konnte, z. B. auf soeben abgefeuerte „stinger- missiles“. Offensichtlich war die sowjetische Waffenindustrie damals mit einer solchen Aufgabe überfordert – die sowjetischen Kampfhubschrauber wurden bei ihren Einsätzen in Afghanistan serienweise abgeschossen, was schließlich erheblich zur de- facto- Niederlage der Sowjetarmee in Afghanistan beitrug.

Ein anderes erhebliches Manko sowjetischer militärischer Kraft hatte sich in Folge der lange Zeit versäumten Entwicklung großer „schwimmender Flugplätze“ eingestellt, der sog. „Flugzeugträger“. Diese riesigen Schiffe wurden von sowjetischer Seite jahrelang als „schwimmende Dinosaurier“ verspottet, als „Schrott- Kandidaten des Atomkriegs- Zeitalters“.

Aber besagte waffenstarrende Kolosse mit den auf ihnen stationierten Geschwadern moderner Flugzeuge sicherten während des gesamten „Kalten Krieges“ in den Jahren zwischen 1945 und 1990 fast immer den USA an beliebigen Krisenpunkten der Weltpolitik sehr schnell die militärische Überlegenheit, zumindest eine Gleichrangigkeit – denn der furchtbare Atomkrieg

trat während der jahrzehntelangen kritischen Konfrontation von „Ost und West“ glücklicherweise nicht ein.

Nicht zuletzt vermutlich deshalb, weil hinsichtlich Atomwaffen die UdSSR in den 50er Jahren das „Patt“ gegenüber ihren Opponenten in der „westlichen Welt“ hatte erreichen können, in der Folgezeit aufrecht erhielt.

Und als man sich schließlich in den sowjetischen Kommando- Zentralen seinen fulminanten strategischen Irrtum in der „Flugzeugträger- Sache“ eingestand, war der spezielle waffentechnische und fertigungskapazitive Vorsprung der USA und ihrer Verbündeten in diesen besonderen Belangen bereits viel zu groß, um schnell aufgeholt zu werden. Selbst der als Modell einer nachfolgend gedachten Flugzeugträger- Serie in Angriff genommene erste Flugzeugträger der Sowjetunion war zum Zeitpunkt ihres überraschenden Endes am Beginn der 90er Jahre noch nicht fertiggestellt.

Schlussendlich wurde das halbfertige Schiff an die Volksrepublik C h i n a verkauft – die neue Weltmacht sparte damit viel Entwicklungs- Zeit und -Kosten im Hinblick auf i h r strategisches Flugzeugträger- Projekt.

Inzwischen hat das Riesenschiff seinen militärischen Dienst in der Navy Chinas aufgenommen.

Vergleicht man die realen Wirtschaftspotentiale der beiden Machtblöcke des „Kalten Krieges“ mit einander, muss man wohl zu der Überzeugung gelangen, dass – auf lange Sicht – die östliche Seite o h n e h i n auf „verlorenem Posten“ stand.

Wenn, wie wir wissen, die USA in jenen Jahren etwa 10 Prozent ihres Nationalproduktes für Militär, für Rüstung und für Militärhilfe an ihre Alliierten ausgab, so musste seitens der Sowjetunion – in Anbetracht ihres erheblich geringeren ökonomischen Outputs – ein um das Mehrfache höherer Anteil an allen in ihr geschaffenen Werten dem analogen Zweck auf der anderen Seite des politischen Globus aufgewendet werden, um die Waffengleichheit halten zu können. Wobei, in der Tendenz, diese Kosten nicht nur in ihrer absoluten monetären Summe Jahr für Jahr spürbar wuchsen, sondern auch in Relation zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt des Sowjetstaates.

Jegor Ligatschow, zeitweise „rechte Hand“ des letzten sowjetischen Kreml- Chefs Michael Gorbatschow, hat diesen Sachverhalt im Jahre 2010 nachhaltig bestätigt.

In seinem voluminösen Memorialband „Wer verriet die Sowjetunion?“ findet sich die Aussage, dass „20 Prozent des Nationaleinkommens über Jahrzehnte durch Aufwendungen für das Militär“ gebunden waren.

Dreißig Jahre früher, während unserer Kursantenzeit, wurde von offizieller sowjetischer Seite dieser Sachverhalt noch nicht so deutlich beziffert, man sprach aber auch damals schon immer wieder von einer „ungeheuren ökonomischen Last“, die dem Sowjetvolk durch das Wett-rüsten aufgebürdet werde.

Einige von uns meinten, in Erfahrung gebracht zu haben, dass gar ein Drittel des sowjetischen Nationaleinkommens – über verschiedene, unterschiedliche fiskalische Kanäle – in der UdSSR durch „Rüstung und Ähnliches“ gebunden sei.

Es gibt kaum Grund zu der Annahme, in den Jahren von 1980 bis 1990 sei in diesen Belangen eine Entlastung eingetreten, zumal bestimmte unverzichtbar gewordene elektronische Elemente moderner Kriegstechnik vermutlich in der Sowjetunion aus eigener oder sonstiger RGW- Produktion nicht verfügbar waren, somit auf verschlungenen und besonders kosten-intensiven Wegen „aus der weiten Welt“ beschafft werden mussten.

Moderne Rüstung war schon vor 20 bis 30 Jahren sehr teuer geworden, verteuerte sich von Jahr zu Jahr erheblich weiter, wie wir das an folgendem Beispiel verdeutlichen wollen.

Ein modernes Jagdflugzeug kostete zu Beginn jenes Zeitabschnittes auf dem internationalen Waffenmarkt etwa 10 Millionen US- Dollar. Nur fünf Jahr später war es bereits technisch dermaßen überholt, dass es als machtpolitisches Druckmittel fast wertlos war – doch jenes neue Modell, welches nunmehr für ein Auftrumpfen im „big game“ geeignet erschien, verkörperte mittlerweile einen um das Doppelte größeren Marktwert, von stattlichen 20 Millionen US- Dollar!

Dabei war es in der UdSSR nicht nur das „schiere Geld“, welches in gewaltigem Strom in die Rüstung floss, sondern auch ihre politische Vorrangigkeit im gesamten Wirtschaftsleben, die als schwerer Alp auf allem lastete.

Was sich für eine sehr lange Zeit, u. a., in dem nach Weltkriegsende persistierenden Vorrang der Schwerindustrie ausdrückte, politisch begründet durch eine für den Erhalt der Verteidigungsbereitschaft vorgeblich zwingend benötigte gigantische Stahlproduktion.

Zu verstehen war die dahinter stehende nationalökonomische Logik nur dann, wenn man stur von einer Richtigkeit jenes zunehmend überholten rüstungsstrategischen Ansatzes ausging,

wonach auch fürderhin vor allem Panzerwaffe, U-Boote, und anderes stählernes Kriegswerkzeug für die Kampfkraft einer Armee entscheidend bleiben wird.

Mancher Veteran in Generalsuniform dürfte sich an die militärpolitischen Auseinandersetzungen Mitte der 30er Jahre erinnert gefühlt haben, als die Kriegshelden der Revolutionskriege – mit ehrlichster subjektiver Überzeugung – auf die Beibehaltung ihrer dereinst kriegsentscheidenden Kavalerie-Verbände und „MG-Droschken“ gepocht hatten.

Sicherlich, man hatte nun – eingedenk der von deutscher Seite in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges überraschend eingesetzten neuartigen Waffensysteme – sich immer auch um den US-amerikanischen Produkten gleichwertige, möglichst ein wenig überlegene Flugzeuge und Langstrecken-Raketen bemüht, zudem das Patt bei der Atomwaffen-Rüstung stabil aufrecht erhalten. Nur – betreffs der mittlerweile auch alle diese High-Tech-Mordinstrumente zunehmend beherrschenden modernen Datentechnik hatte man in den sowjetischen Führungsstäben allzu lange „den Gang der Dinge“ nicht so recht wahrhaben wollen.

Die Produktion hochfester Stähle – einerseits –, und die Erarbeitung von neuer Hard-, bzw. Software, von neuer Computer- sowie sonstiger Informationstechnik – andererseits –, sind nicht nur im Fertigungsbereich, sondern auch für die Welt der technischen, der Informations- und der Naturwissenschaften „zwei sehr verschiedene Kontinente“. War alle Aufmerksamkeit vorzugsweise auf den einen von beiden gerichtet, fand der andere, notabene, nur nachrangige Beachtung.

Auf solche Weise hatte die Vorrangigkeit der klassischen Waffenproduktion in den zentralen Planungsstäben der UdSSR auch außerhalb des großen Rüstungssektors erhebliche nachteilige Wirkungen, war vieles vernachlässigt worden, „dessen Zeit inzwischen überdeutlich angebrochen“ war.

Daneben gab es im Zusammenhang hiermit verschiedene volkswirtschaftliche „Einzelkatastrophen“.

Beispielsweise hatte die – wenngleich perspektivisch durchaus richtige – sehr überstürzte Umstellung der gesamten Dieselmotoren-Produktion des Landes auf sehr große, auch zum Einbau in schwere Panzer geeignete Aggregate dazu geführt, dass ebenfalls den zivilen Betrieben der Landwirtschaft nur noch hiermit ausgestattete Riesen-Traktoren angeboten wurden.

Für den auf moderatere Traktionsmittel ausgelegten landwirtschaftlichen Maschinenpark der Kolchosen und Sowchosen waren jene Riesen- Traktoren extrem überdimensioniert, folglich im aktuellen landwirtschaftlichen Produktionsprozess der Sowjetunion nur sehr eingeschränkt verwendbar.

Angesichts der auf grundsätzlich antiquierten Vorstellungen beruhenden, mehr oder weniger ausgeprägten Militarisierung der „Alltags- Ideologie“ im Sowjetstaat ist es kaum überraschend, dass auch in Belangen einer zivilen Nachnutzung von primär für militärische Anliegen entwickelten technischen Lösungen sich die UdSSR im Vergleich zu der „westlichen Welt“ als außerordentlich schwerfällig erwies, z. B. bei der z i v i l e n Nutzung Satelliten- gestützter Nachrichtentechnik.

Zur Illustration all' des Vorgesagten sind einige Zeilen zur „DOSAAF“ angebracht.

Die DOOSAF verstand sich als eine „militär- politische Massenorganisation“, für welche die Schirmherrschaft durch das sowjetische Verteidigungsministerium übernommen worden war. In Anlehnung an bestimmte sportliche Aktionsfelder – Schieß- Sport, Fallschirm- Springen, Motorrad- Geländesport, seemännische Vergleiche und Segel- Sport, klassische funktchnische Wettbewerbe, usw. – bereiteten sich in dieser „Sportvereinigung“ vor allem männliche Jugendliche und jüngere Erwachsene auf – ich zitiere – „die Wahrnehmung besonderer Aufgaben der Landesverteidigung im Bedarfsfall“ vor, größtenteils mit nicht zu bezweifelnder Begeisterung, absolut freiwillig, in ihrer Freizeit.

Das für die paramilitärischen Übungen erforderliche, teilweise sehr aufwändige technische Gerät wurde staatlicherseits zur Verfügung gestellt, grundsätzlich kostenfrei – „mit Speck fängt man Mäuse“!

Sehr aufgehört haben wir DDR- Kursanten damals in Moskau, als uns die aktuelle Mitgliederzahl der DOOSAF mitgeteilt wurde – 8 3 M i l l i o n e n !

D. h., in bestimmten Altersgruppen der männlichen Bevölkerung war die absolute Mehrheit dort organisiert.

Der in der politischen Öffentlichkeit und in der Medienwelt weitaus intensiver wahrgenommene KOMSOMOL – die KPdSU- nahe Jugendorganisation der Sowjetunion – konnte somit, was es ihre aktionsbetonte Verankerung speziell in der männlichen Sowjetjugend anbelangte, nicht annähernd mit der medienpolitisch nur dezent präsenten DOOSAF mithalten !

In Belangen der Traditionspflege fühlte man sich in der DOOSAF selbstverständlich besonders den „Helden des Großen Vaterländischen Krieges von 1941 bis 1945“ verpflichtet, aber auch den großen Traditionen des „R u s s i s c h e n S o l d a t e n t u m s“.

## SOWJETISCHE PLANWIRTSCHAFT – EIN SYSTEM BEGINNT SICH SELBST ZU STRANGULIEREN

Kaum weniger belastend als die drückenden Rüstungs- und Militärausgaben dürfte für die wirtschaftliche Entwicklung des großen Landes im Laufe der Zeit der als „sowjetische Planwirtschaft“ in die Wirtschaftsgeschichte eingangene, damals zwingend vorgegebene staatliche Handlungsrahmen des ökonomischen Geschehens gewesen sein.

Dereinst mit dem Erfahrungshorizont der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt, war er schon Ende der 50er Jahre, spätestens seit den 60er Jahren zeitlich überholt. Und da er – in Anbetracht des Fehlens angemessener Mechanismen zur Adaptation an das sich zunehmend verändernde makroökonomische Bedingungsgefüge – zu nennenswerten geschmeidigen Anpassungen an den historischen Prozess unfähig war, übertrug sich seine innere Starrheit zunehmend auf die Gesamtheit des Produktionsgeschehens in der Sowjetunion.

Schon 1979/80 war das tragende methodische Gerüst der „sowjetischen Planwirtschaft“ ein einengendes, aktuelle Entwicklungsansätze strangulierendes gesellschaftliches Korsett geworden.

In Sonderheit waren es die voluntaristisch – autoritär festgelegten Äquivalente für auf dem Markt angebotene Waren und Dienstleistungen, denen man das irreführende Prädikat von „Preisen“ verliehen hatte, wodurch die ganze „Planerei“ der sowjetischen Autoritäten mehr und mehr zu einem verwirrenden Vabanque- Spiel geriet.

Der klassische „Ware – Geld – Prozess“ war seiner spontanen Dynamik weitgehend beraubt worden, was sich als unersetzbarer Verlust erweisen sollte.

Die zum Ersatz von sich spontan darstellenden, echten Preisen – mit viel bürokratischer Mühe und großem organisatorischem Aufwand – konstruierten Substitute waren nur in größeren Zeitabständen veränderbar, weshalb schon allein deshalb durch diese „Ersatz- Preisbildung“ die inhaltliche Erneuerung des Produktionsgeschehens marktökonomisch stark behindert wurde.

Andererseits war der festgelegte Planungsmechanismus nicht in der Lage, die sich, dessen ungeachtet, auch im ökonomischen Geschehen der Sowjetunion einstellende Diversifizierung der Warenproduktion angemessen zu reflektieren

Trotz allen Bemühens war es nicht zu vermeiden, dass die Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Anliegen und staatlichen Generalvorgaben – auf der einen Seite –, sowie den durch den Plan vorgegebenen Details von Warenproduktion und Warenumsatz – auf der anderen Seite – zunehmend größer wurden.

Schon 1979/80 war deutlich erkennbar, wie nachteilig sich diese Gegebenheiten auf die wirtschaftspolitische Zuverlässigkeit der Sowjetunion auszuwirken begannen, auch die gesellschaftliche Zukunftsgewissheit der Sowjetgesellschaft hierdurch erodiert wurde. Zudem band die notdürftige Beherrschung des Geschehens erhebliche intellektuelle Potentiale, die somit für eine schöpferische inhaltliche Arbeit nicht verfügbar waren. Der öffentliche, systemrelevante gesellschaftliche Diskurs, der in den 60er Jahren zeitweise eine beachtliche Vitalität entwickelt hatte, verarmte auch aus diesem Grunde wieder zusehends. Was langsam eine weitere erhebliche Komponente der schleichenden staatspolitischen Erosion des großen Sowjetreiches zu werden begann.

Der alljährlich zum Gesetz erhobene „Volkswirtschaftsplan der UdSSR“ war gewiß ein gewaltiges Zahlenwerk.

Jedem einzelnen großen und mittleren Betrieb, den Kleinbetrieben gruppenweise, wurde mitgeteilt, was im folgenden Kalenderjahr zu leisten war, und zum großen Teil auch, wie solches zu geschehen hatte.

Der „Volkswirtschaftsplan“ bestimmte detailliert für die *e i n z e l n e n* Betriebe insbesondere die nachfolgenden Produktionsdaten :

Anzahl – ggf. Umfang –, Qualitätsmerkmale, ggf. Ausstattungsmerkmale der im Verlauf des Planjahres herzustellenden Artikel und Produkte ;

für jeden dieser Artikel, für jedes dieser Produkte den vom Abnehmer abzufordernden Preis, gemäß staatlichem Preiskatalog ;

Art und Umfang der Rohstoffe, sowie – ggf. – der für die Endproduktion erforderlichen sonstigen Zulieferungen, z. B. der sog. „Halbzeuge“;

Preis hierfür, gemäß staatlicherseits den betr. Lieferanten erteilter Vorgaben ;

Art und Umfang der für die Produktion einzusetzenden Energieträger, Lieferanten dieser Energieträger ;

Preis hierfür, gemäß staatlichem Preiskatalog ;

Umfang der für die Erbringung der Planleistungen verfügbaren Lohnsumme.

Das gesamte Planwerk war gemäß den Staatlichen Leitungsebenen untersetzt, wobei für die unionsgeleiteten Betriebe – überwiegend Kombinate und Großbetriebe – die einzelnen Planvorgaben direkt im zentralen Unionsplan fixiert wurden.

Um über das Ausmaß der für eine solche Planfestlegung erforderlichen Erfassungs- und Abstimmungsarbeiten eine konkrete Vorstellung zu gewinnen, sei an dieser Stelle vermerkt, dass die UdSSR in den Jahren 1979/80 über etwa 40 000 – in Worten „vierzigtausend“ – Industriebetriebe mit jeweils über 1 000 Beschäftigten verfügte, sowie über ein Mehrfaches an Mittel- und Kleinbetrieben.

Folgte man der in Presse, Rundfunk und Fernsehen verbreiteten Diktion, wurde die Funktion dieses Produktions- und Fertigungs- Molochs durch die mit viel staatspolitischer Autorität ausgestattete Staatliche Plankommission der Sowjetunion auf das Feinste abgestimmt, auf „hochwissenschaftliche Weise“ zum Wohle des Volkes optimiert.

In Wirklichkeit war – in Anbetracht der zu jener Zeit verfügbaren technischen Mittel – eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende, mathematisch gestützte Optimierung der ungeheuren herangeschafften Datenfluten völlig unmöglich.

Im „Großen und Ganzen“ wurden damals von der Staatlichen Plankommission die im Vorjahr erbrachten Leistungen und in Anspruch genommenen Zuwendungen der einzelnen Betriebe wieder als Planaufgabe für das neue Planjahr festgelegt, zumeist zuzüglich einer Steigerungsquote, die mehr oder weniger willkürlich bestimmt war. Um bei solchem Procedere eine hinlängliche Balance der Waren- und Finanzströme halten zu können, war das prinzipielle Festhalten an einer im Prinzip „ewigen“ Preisstruktur vermutlich ein unverzichtbares Erfordernis.

Richtig „glücklich“ war angesichts dieser Planungsgegebenheiten von den Insidern der staatlichen Planungs- Maschinerie – dem Vernehmen nach – kaum jemand.

Doch – wie konnte man angesichts der unanfechtbaren Dogmen marxistischer politischer Ökonomie in ihrer sowjetischen konkreten Ausformung die Situation im Sinne der unübersehbaren zeitnahen Erfordernisse zum Guten ändern ?

Von den Denk- Zirkeln der parteinahen „wissenschaftlichen“ Ideologie- Pápste war – von nennenswerter Sachkenntnis der gegebenen datentechnischen Möglichkeiten weitestgehend ungetrübt – die Idee in die Diskussion gebracht worden, die Planer sollten „die Möglichkeiten des Computers“ intensiver als bisher studieren, um an der „historisch gewachsenen und bewährten sowjetischen Planungsmethodik“ auch weiterhin festhalten zu können.

Diese „Idee“ wurde im sowjetischen politischen Journalismus zeitweise sehr intensiv kolportiert, so dass tatsächlich weite Teile der Bevölkerung an eine baldige Beilegung des beäng-

stigid gewordenen Pannengeschehens in der staatlichen Wirtschaftsplanung zu glauben begannen.

Um nach einiger Zeit um eine weitere Illusion ärmer zu sein.

Zwischenzeitlich durchgeführte Berechnungen hatten ergeben, dass für eine e c h t e Optimierung der UdSSR- Staatswirtschafts- Planung eines Kalenderjahres etwa 1000 der damals modernsten Hochleistungsrechner der Sowjetunion – aus dem westlichen Ausland aufwändig importiert – mindestens 30 Jahre arbeiten müssten !

Es ist zu konstatieren – die in ihren Grundlagen noch vor dem Zweiten Weltkrieg entwickelte Staatswirtschaftsplanung der UdSSR geriet in den 80er Jahren in geradezu extreme Turbulenzen, um schließlich von Gorbatschow, dem noch allgemein gut bekannten letzten Generalsekretär der KPdSU, weitgehend „außer Vollzug“ gesetzt zu werden.

Da nun dem Wirtschaftsleben des riesigen Landes kaum noch irgend etwas an „Maß und Regel“ gegeben war, bahnte sich nunmehr in schnellem Tempo seine t o t a l e Chaotisierung an.

Wenig später konnte man das Totenglöcklein des gesamten Sowjetsystems vernehmen.

Wenden wir uns wieder unserem Moskauer Kursantenjahr 1979/80 zu .

Natürlich hatte man die Linie der absoluten Preisstabilität als „reine Lehre“, trotz allen diesbezüglichen Bemühens, auch in der Sowjetunion nicht jahrzehntelang durchhalten können.

Immer wieder waren aus zwingenden Gründen Korrekturen im Preis- und Lohngefüge dringend erforderlich geworden, vor allem zur Kompensation allzu nachhaltig gewordener innerer Unausgewogenheiten, aber auch im Interesse einer zügigen Durchsetzung bestimmter militärpolitischer Prioritäten und im Ergebnis massenpsychologischer Erwägungen, schließlich aus weiteren Gründen, deren Erläuterung den Rahmen dieser Niederschrift sprengen würde.

In der Tendenz handelte es sich dabei vorzugsweise um administrativ festgelegte selektive E r h ö h u n g e n von Preisen und Löhnen, wobei aus politischen Gründen im allgemeinen die L ö h n e stärker erhöht wurden, als die Preise .

Was zur Folge hatte, dass bereits 1979/80 etwa 20% des gesamten sowjetischen Lohnvolumens nicht mehr durch ein nachgefragtes Warenangebot gedeckt war !!!

Da der staatliche Großhandel Großstädte und industrielle Zentren mit überdurchschnittlichen Pro- Kopf- Einkommen – gemäß politischer Vorgaben – bei seiner Waren- Belieferung bevorzugte, gelangte das flache Land in puncto Warenversorgung um so stärker „in's Hintertreffen“.

Mit dem paradoxen Effekt, dass die durchschnittlichen Pro- Kopf- Spareinlagen in ärmlichen ländlichen Regionen mit sehr niedrigen Pro- Kopf- Einkommen fast durchweg stärker wuchsen, als die Pro- Kopf- Spareinlagen relativ wohlhabender großstädtischer Bevölkerungen.

Von den regionalen politischen Instanzen wurden solche Erscheinungen ganz gewiss als „massenpolitische Alarmsignale ersten Ranges“ verstanden. Dennoch ließen nennenswerte zentrale Reaktionen auf diese Entwicklungen sehr lange auf sich warten, da man gelegentlich aufkommendem nachhaltigen ländlichen Protest durch punktuelle Repression mit ausreichender Wirksamkeit zu begegnen vermochte.

Vermutlich hätte die Staatsführung hier erheblich größere Schwierigkeiten gehabt, wenn nicht die traditionelle weitestgehende Lebensmittel- Selbstversorgung fast aller ländlichen Familien das Entstehen ernsthafter Notsituationen im Allgemeinen verhindert hätte.

In russischen ländlichen Kleinstädten und Dörfern war es – z. B. – von jeher üblich, dass auch die Familien von Lehren, Postbediensteten, Arbeitern in gewerblichen Kleinbetrieben, usw. ausgedehnte „individuelle Gartenwirtschaften“ betrieben, mit Geflügel- und Schweinezucht, selbst mit „individueller Rinderhaltung“ samt Butter- und Käseproduktion.

Auch der – dank verordneter „Preisstabilität“ – minimale Inflationsdruck und die mit 3 % stabil verzinsten Spareinlagen waren für das weitestgehende Tolerieren der regional extrem „löchrigen“ Warendecke sehr förderlich.

Gleichwohl waren bereits in der zweiten Hälfte der 70er Jahre erheblich wachsende Abwanderungswünsche in der jüngeren Generation des ländlichen Raumes zu registrieren, eine sich anbahnende Landflucht, worauf wir an anderer Stelle einzugehen haben werden.

Kommen wir auf die sowjetische Praxis der gelegentlichen Korrektur im äußerst statisch angelegten, die gesamte Gesellschaft umfassenden staatlichen Preis- und Lohngefüge zurück. Die Erfahrung erscheint verallgemeinerungsfähig – jedweder in einem solchen System per administrative Weisung vollzogene Ausgleich einer bestimmten, mittlerweile als nicht mehr tolerierbar erachteten größeren Unausgewogenheit zieht, in aller Regel, das Entstehen einer Serie neuer, zunächst kleinerer Unausgewogenheiten nach sich.

Überläßt man dann diese Vorgänge ihrem Selbstlauf, können im Laufe weniger Jahre daraus neue Probleme mit zunehmender Dynamik entstehen, die – u. U. – in ihrer Wucht letztlich das Primärproblem in den Schatten stellen.

In der UdSSR war man allzu lange hinsichtlich solcher gesellschaftlicher Kettenprozesse sehr unbekümmert. Als man sie schließlich zu erkennen begann, konnte die politische Führungselite sich nicht mit der erforderlichen Zielstrebigkeit hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen zur umfassenden Korrektur ihres völlig überholten gesamten staatlichen Steuerungssystems verständigen.

Für eine gewisse Zeit war die Situation pragmatisch dadurch zu überbrücken, dass die nach Stalins Beendigung der NEP-Politik von zentraler Seite nur noch widerwillig tolerierte Schattenwirtschaft des Landes mit ihren marktwirtschaftlichen Kompensationsmechanismen nunmehr zunehmend bewusst als Stabilisator des landesweiten Produktions- und Konsumtions- Geschehens akzeptiert wurde.

Wodurch – andererseits – die Sowjetwirtschaft in ihrer Gesamtheit noch stärker der staatlichen Regulation entglitt.

Angesichts des Fehlens einer jeden ernsthaften medienpolitischen Aufbereitung solcher gesellschaftlichen Problemlagen konnte sich in der Bevölkerung keinerlei differenziertes diesbezügliches Problembewusstsein entwickeln, was die Entwicklung umfassender Lösungsansätze zusätzlich erschwerte.

Ungeachtet der sich für die sowjetische Volkswirtschaft als Ganzes auftürmenden Problemberge wurde die bis zum Ende des Sowjetstaates in Belangen der alltäglichen Lebensführung weitgehend aufrecht erhaltene *P r e i s s t a b i l i t ä t* von der großen Mehrheit der Bevölkerung als ein mit eindeutig positiver Wertung bedachtes *Q u a l i t ä t s - u n d V e r l ä s s l i c h k e i t s - S i e g e l* ihrer Gesellschaftsordnung angesehen.

Eine sehr große, auch symbolhafte Rolle für den ethischen Normengehalt und die politische Stabilität des Sowjetstaates spielte die zuverlässige und sehr preisgünstige Versorgung der gesamten Bevölkerung mit *B r o t*. Es wurde in guter Qualität bedarfdeckend veräußert, zu einem niedrigen, seit Jahrzehnten absolut unveränderten Abgabe- Preis, der nur angesichts einer geradezu extremen Subventionierung durch den Staat möglich war.

Ähnliches galt – wie bereits zitiert – für Arzneimittel, auch für das Gesundheitswesen. Die Kosten der Einrichtungen zur Kleinkinderbetreuung wurden nur zu 20% von den Eltern getragen, das gesamte, gut ausgebaute klassische Bildungswesen wurde komplett durch den Staat finanziert, Personentransport und Post für symbolische Unkostenbeiträge realisiert, usw.

Geradezu legendär waren die extrem niedrigen Wohnungsmieten der UdSSR, dank stringenter gesetzlicher Bestimmungen seit 1928 (!) nicht verändert.

Gewiss, auch zu unserer Akademie- Zeit in den Jahren 1979/80 lebten – mit west- oder mittel-europäischem Maßstab gemessen – die meisten Sowjetbürger immer noch in kümmerlichen Wohnverhältnissen. Pro Einwohner wies die offizielle Statistik lediglich 12 Quadratmeter Wohnfläche aus, mithin einen Bruchteil dessen, was beispielsweise damals in beiden deutschen Staaten zur Verfügung stand. Andererseits war selbst dieser bescheidene Komfort erheblich mehr, als dereinst in den Weiten Russlands der großen Mehrheit verfügbar gewesen war.

Da gleichfalls die Wohnungs- Nebenkosten durch die Generosität der Staatskasse sehr niedrig gehalten wurden – d. h., die Kosten für elektrischen Strom, Kochgas, Leitungswasser, Müllabfuhr, auch für die mittlerweile in allen größeren Städten üblich gewordene Fernwärme-Heizung – gab es nur selten nachhaltiges Aufbegehren gegen die fortbestehende Wohnenge.

Und da für den „Otto Normalverbraucher“ der Sowjetunion – nennen wir ihn fortan „Iwan Iwanowitsch“ – nur etwa jeweils 7 % Lohnsteuer und Sozialversicherungs- Beitrag anfielen, mithin an Fiskus und Sozialversicherungs- System kaum mehr als 15 % des erarbeiteten Lohnes abzuführen waren, durften sowjetische Arbeiter und Angestellte davon ausgehen, nach Abzug aller Kosten für Steuern, Sozialversicherung und Wohnen immer noch etwa 80 % ihres Monatslohnes im Portemonnaie behalten zu können.

Für einen US- Bürger mit analogem sozialen Status waren dies nach Abzug der gleichen allmonatlichen finanziellen Belastungen kaum mehr als 40% seines Brutto- Lohnes, offiziellen US- Quellen zur Folge.

Aber alle diese in der einstigen Sowjetunion – aus der Sicht des schlichten Sowjetbürgers – manchen Mangel weitgehend ausgleichenden sozialstaatlichen Wohltaten hatten auch gewaltige eigene Schattenseiten.

Neben der vorstehend bereits erörterten, auf längere Sicht sehr schwer wiegenden allgemeinen staatspolitischen Problematik ergab sich durch die „Subventionitis“ eine Vielzahl sehr bedenklicher spezieller Sachverhalte, in Sonderheit verhaltenssoziologischer Art.

Kostbares, für die menschliche Ernährung gebackenes Brot wurde „in Größenordnungen“ an das „individuelle Kleinvieh und das individuelle jährliche Schwein“ der in ländlichen Gebie-

ten ihre ausgedehnte „Gartenwirtschaft“ betreibenden Bevölkerung verfüttert, Medikamente wanderten allzu oft leichtfertig im Mülleimer, usw.

Als das bedenklichste Problem dieser Art wurde von den ökonomiewissenschaftlichen Insidern die vielerorts extreme Dimensionen annehmende Energie- Verschwendung im Zusammenhang mit der fast kostenfreien Elektro- und Fernwärmeversorgung des Wohnungs-Sektors erachtet.

Während dereinst in jedem Herbst eine große allgemeine Betriebsamkeit einsetzte, um alle Fenster- Ritzen abzudichten, alles mit großem Aufwand an Kleister und altem Zeitungspapier verklebt und verkleidet wurde, war solches insbesondere in den vielen stabil und ausreichend mit Fernwärme versorgten größeren Ortschaften im Verlauf der letzten Jahre völlig „außer Mode“ gekommen. Fragte man die betreffenden Wohnungsbesitzer nach den Ursachen ihrer diesbezüglichen Verhaltensänderung, wurden überwiegend „ästhetische Motive“ zitiert – man wolle das „überholte altväterliche Gebaren der allherbstlichen Wohnungsverschandelung“ ablegen, sich „den freien Fernblick aus seiner Wohnung“ auch in der kalten Jahreszeit nicht verleiden lassen, der bislang durch die diversen Verklebungsaktionen immer allzu eingengt worden sei, usw.

In die gleiche Richtung wirkten Tendenzen einer zunehmenden Übernahme bestimmter Elemente west- und mitteleuropäischer Wohnkultur. Vor u n v e r k l e b t e n Fenstern kam eine neue Innumrahmung der Fenster durch Stores und Gardinen v i e l e i n d r u c k s – v o l l e r zur Geltung, als im Falle ihrer Hinterlegung durch eine halbverklebte Glasscheibe. Ehefrauen von einstmals in „Germania“ stationierten Armee- Offizieren bezogen sich dabei vorzugsweise auf ihre Erfahrungen in der DDR.

Energiepolitisch noch fragwürdiger war eine andere Verhaltensänderung, bei welcher man sich ebenfalls auf „die Wohnkultur des entwickelten westlichen Auslands“ zu berufen pflegte. Selbst in klirrenden Frostnächten, mit zweistelligen Minusgraden, konnte man in Moskau immer wieder teilgeöffnete Wohnungsfenster registrieren – die betreffenden Bewohner leisteten sich den Luxus, die „wundervolle frische winterliche Luftzirkulation auch nächstens zu genießen“, höchst bekömmlich für erquickenden Schlaf, bei auf Maximalleistung eingestellten Heizungs- Regelsystemen in ihren Wohnungen.

Und den Energieversorgungs- Verantwortlichen der Metropole „wuchsen graue Haare“, angesichts der kaum noch beherrschbaren Schwierigkeiten im Ergebnis eines sich inzwischen u f e r l o s ausweitenden privaten Energieverbrauches.

KURZE SKIZZIERUNG DER PROBLEMBEREICHE  
EINIGER ZENTRALER SEGMENTE DER SOWJETÖKONOMIE –  
ENERGIE, ZIVILE METALLVERARBEITENDE INDUSTRIE, EISENBAHN

Der systematischen Erkundung seiner Rohstoff-Reserven hatte der junge Sowjetstaat bereits seit Ende der Revolutionskriege große Aufmerksamkeit geschenkt, und selbst in den Zeiten schwerster Bedrohung im Zweiten Weltkrieg hatte Stalin die intensive Explorationstätigkeit in Sibirien und im mittelasiatischen Raum fortsetzen lassen.

Und die Ergebnisse des unablässigen Suchens nach Bodenschätzen waren in der Tat höchst respektabel – inzwischen wusste man, z. B., dass die UdSSR über etwa ein Drittel aller globalen Erdgas-Ressourcen verfügte, auch in puncto Erdöl durchaus mit den Ländern am persisch-arabischen Golf mithalten konnte, darüber hinaus verschiedene mächtige Steinkohlevorkommen besaß.

Doch die Steinkohlevorkommen in oder um zivilisatorisch ausreichend erschlossene Zonen des Landes waren inzwischen mehrheitlich annähernd erschöpft, nur mit ständig wachsendem Aufwand weiterhin ausbeutbar. Die durchschnittliche Schachttiefe der sowjetischen Bergwerke war – beispielsweise – in den 70er Jahren um etwa 20% gewachsen.

Auch was man an Öl und Gas im Verlauf der letzten Jahrzehnte neu entdeckt hatte, war fast durchweg weit entfernt von etablierten Industrie-Gebieten, Eisenbahnlinien, selbst von ganzjährig nutzbaren Straßen und Wegen.

Sog. „alternative Energie“ stand 1979/80 in Anbetracht des damaligen technischen Entwicklungsstandes – nicht nur in der Sowjetunion – als realistische Alternative für Steinkohle, Erdöl und Erdgas in einem nur sehr bescheidenen Umfang zur Verfügung. Insbesondere in den 50er und 60er Jahren war zwar eine Reihe gigantischer Staudämme und Wasserkraftwerke an den großen Strömen des europäischen Russlands und Nordsibiriens errichtet worden, doch für die Zuwachsraten an Elektroenergie-Erzeugung in den 70er Jahren hatten Wasserkraftwerke – in ihrer Gesamtheit – nur noch marginale Beiträge geleistet.

Hinsichtlich der überschaubaren Zukunft richtete sich zu jener Zeit der Blick des sowjetischen Staates – trotz der großen speziellen Zugangsprobleme – vorzugsweise auf sibirisches Erdgas und einige riesige dortige Steinkohleflöze, die grundsätzlich einer Ausbeutung im Tagebau zugänglich zu sein schienen.

Das zentrale Problem der Nutzung all' dieser Ressourcen war – wie soeben angemerkt – der Transport der Energie- Träger vom Ort ihrer Gewinnung bis zu den Verbrauchern, zumindest bis zu Punkten, an denen der Anschluss an einen der wenigen stabilen überregionalen Transportwege Sibiriens gewährleistet werden konnte.

Die nordsibirische Tundra verwandelt sich im Sommer regelmäßig in eine einzige überdimensionale Sumpflandschaft, unpassierbar für jedes schwere Transportfahrzeug. Nur in den eisig- kalten Wintermonaten gibt der Frost dem Boden eine ausreichende Festigkeit, um auf schnell hergerichteten provisorischen Pisten von robusten LKW's befahren werden zu können.

In den 30er und 40er Jahren waren – zumeist durch brutalen Einsatz von Häftlingen – verschiedene Versuche gestartet worden, von Anlegestellen der großen sibirischen Flüsse ganzjährig nutzbare Eisenbahntrassen zu verschiedenen kurz zuvor entdeckten Grundstoff- Lagerstätten zu errichten. Doch Bau und Aufrechterhaltung solcher Verbindungen erwiesen sich als sehr aufwändig, so dass der Bau lokaler Eisenbahntrassen in Nordsibirien zum Erliegen kam, schon vor Jahrzehnten gänzlich eingestellt worden war. Die dereinst kaum halbfertigen Gleisstrecken sind inzwischen zumeist wieder total verrottet.

Mit außergewöhnlicher Hartnäckigkeit hatte man nur an der Errichtung der sog. „Baikal- Amur- Magistrale“ festgehalten, einer nördlichen Parallelstrecke zu der schon vor dem Ersten Weltkrieg fertiggestellten berühmten „Transsibirischen Eisenbahn“, und einigen von diesem neuen Schienstrang ausgehenden Stichbahnen. In den Jahren 1979/80 war der größte Teil von ihnen fertiggestellt.

Diese Verkehrsadern besaßen und besitzen für die Erschließung Sibiriens in seiner Gesamtheit sicherlich eine große Bedeutung, lösten die anstehenden Probleme des Rohstofftransports jedoch nur zu mäßigen Anteilen.

Wichtig hierfür waren und sind Ob, Lena und Jenissei, die majestätischen Fluss- Magistralen Sibiriens, und ihre großen schiffbaren Zuflüsse. In den Sommermonaten sind sie auch für mittelgroße Wasserfahrzeuge gut nutzbar, und in den kalten Wintermonaten verwandeln sie sich in zuverlässige und sehr breite eisige Autobahnen. Nicht allzu weit von den Flüssen entfernt gewonnene Rohstoffe, speziell Kohle und Erdöl, werden auf ihnen in großen Mengen in die zivilisierteren Regionen des südsibirischen Raumes geschafft, alternierend per Schiff und LKW. Der Transport von der Rohstoff- Mine, bzw. von der erschlossenen Erdöl- Lagerstätte zum Flussufer ist Sache spezieller Kraftfahrzeuge, oft auf die Wintermonate beschränkt.

Wie auch immer, es waren und sind äußerst aufwändige Transportleistungen erforderlich, um sich die festen und flüssigen Naturreichtümer Sibiriens nutzbar machen zu können.

So konzentrierte man sich schließlich auf das per Pipeline auch bei Extremtemperaturen relativ komfortabel transportierbare Erdgas, zumal dieser Rohstoff in Unmassen geortet worden war.

Dennoch – im Vergleich mit dem Gas aus tropischen Wüstengegenden war und ist auch das Erdgas der Sowjetunion, bzw. Russlands, zunehmend in subarktischen Regionen gewonnen, mit relativ hohen Produktions- und Transport- Kosten belastet. Durch den zu Sowjetzeiten staatlich festgelegten, sehr niedrigen innerstaatlichen Endabnehmer- Preis war dieser Aufwand damals nicht annähernd gedeckt.

Der gesamte Industriezweig hatte – trotz erheblicher staatlicher Stützung – mittlerweile stark zu leiden begonnen, denn die kalkulatorischen Vorgaben der Zentralen Plankommission für das Investitions- und Produktionsgeschehen des ganzen Industriezweiges waren und blieben unreal – die Schwierigkeiten der subarktischen Rohstoffgewinnung wurden von den Planungs- Verantwortlichen in Moskau durchweg unterbewertet.

In den Eiswüsten Sibiriens reagierte man auf diese Kalamitäten auch dadurch, dass fortan den kaum kontrollierten Umweltschutz- Auflagen noch weniger Beachtung geschenkt wurde, als es bereits bislang der Fall gewesen war.

Nach übereinstimmender Aussage führender wirtschaftswissenschaftlicher Zirkel des Landes waren – neben der Energiewirtschaft – vor allem die folgenden drei gesamtwirtschaftlich bedeutenden Sektoren der sowjetischen Produktion im Verlauf der letzten Jahrzehnte erheblich „in das Hintertreffen“ geraten :

die zivile metallverarbeitende Industrie,  
das Eisenbahnwesen, sowie  
die landwirtschaftliche Lager- und Speicherwirtschaft.

Der Zusammenhang zwischen dem Zurückbleiben der zivilen metallverarbeitenden Industrie – insbesondere des sog. „allgemeinen Maschinenbaus“ – und der zentral vorgegebenen starren Preispolitik erschließt sich erst „mit dem z w e i t e n Blick“.

Auch 1979/80 hatte man in der UdSSR seitens der Spitzengremien von Partei und Staat noch keineswegs „akzeptiert“, dass sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Strukturen der international leistungsfähigsten Wirtschaftszonen mehrheitlich im Sinne eines äußerst reagiblen „V e r ä s t e l u n g s – S y s t e m s“ entwickelt hatten. Die wirtschaftspolitisch übermächtig erscheinenden und auch weiterhin prosperierenden „Industrie- Giganten“ lebten dort nunmehr weitgehend durch ihre Stützung seitens eines Systems weitverzweigter Zulieferungsbeziehungen, in deren Zentrum eine große Zahl von in ständiger und intensiver gegenseitiger Konkurrenz befindlichen Klein- und Mittelbetrieben stand.

Dies waren zumeist h o c h s p e z i a l i s i e r t e Betriebe, die gerade wegen ihrer relativen Kleinheit äußerst schnell auf neue technologische Offerten eingehen, damit ihr k l e i n e s s p e z i e l l e s Produkt- Angebot s t e t s auf dem t e c h n o l o g i s c h h ö c h s t e n Stand halten konnten.

Ihre scharfe interne Konkurrenz gewährleistete dann weitgehend, dass auch die von ihnen belieferten Großbetriebe das an den Verbraucher ausgelieferte Endprodukt permanent auf einem durchgängig hohen Innovationsniveau halten konnten, unbeschadet der von ihnen im e i g e n e n Produktionsgeschehen zumeist nur in m i t t l e r e n Zeitintervallen vollzogenen „General- Überholungen“.

Es liegt der Verdacht nahe, dass es vor allem i d e o l o g i s c h e Gründe waren, aus denen in der UdSSR diese Entwicklungen lange Zeit „übersehen“ wurden.

Noch 1979/80 wurde uns in Moskau seitens der Mehrheit unserer Dozenten sehr einseitig der „Segen materieller G r o ß p r o d u k t i o n“ gepredigt, die möglichst umgehende Liquidierung jeglicher Kleinproduktion.

Was sich recht gut dadurch erklärt, dass angesichts der gegebenen sowjetischen Rahmenbedingungen damals eine Kopie der vorstehend skizzierten Entwicklungen in westlichen Industriestaaten nur durch massives „Outsourcing“ aus der Substanz der Industrie- Giganten möglich gewesen wäre, mit unübersehbaren Turbulenzen für das schwerfällige, bereits unter den derzeitigen Gegebenheiten objektiv überforderte Planungs- und Kontroll- System.

Allein dies dürfte eine Horror- Vision für viele Wirtschaftshäuptlinge gewesen sein.

Als noch „bedrohlicher“ dürfte man aber erkannt haben, dass die nachfolgend zu erwartende Intensivierung der P r o d u k t v i e l f a l t dann die gesamte gewohnte planwirtschaftliche Methodik völlig zu „torpedieren“ drohte.

Und man ahnte, dass sich als Vorbote eines solchen Kollapses mit großer Wahrscheinlichkeit ein weitgehendes Entgleiten solcher neuen hochflexiblen Spezialbetriebe in die damals von

zentraler Seite großenteils immer noch mit sehr dubiosen Empfindungen tolerierte Schattenwirtschaft einstellen dürfte.

Was dann später, im finalen Stadium des Sowjetstaates, tatsächlich auch oft geschehen sollte.

Von den Generaldirektoren der sowjetischen Industriegiganten durfte man auch keineswegs erwarten, dass gerade sie sich zu Initiatoren einer mit möglicherweise irritierender Innovationsfreude auftretenden Zulieferbranche profilieren könnten – allzu schnell konnte man sich, aus ihrer Sicht, einen unliebsamen Konkurrenten „heranzüchten“, mit dem man dann zentralen Orts manch nervigen Kampf um gefragte Zuweisungen und günstige Preis- Festsetzungen bestehen musste !

Also taten die meisten von ihnen „im Stillen ihr Bestes“, um diesbezügliche Ansätze – z. B. auf Initiative wissenschaftlicher Einrichtungen – möglichst sofort „abzublöcken“, akzeptierten lieber das unrentable Preisdiktat für ihre allmählich „moralisch verschlissene“ Erzeugnis- Palette, als sich den Unwägbarkeiten in Folge von Entwicklungen mit hohem Radikalitäts- Risiko auszusetzen.

Und kam, durch außergewöhnliche Umstände, doch einmal ein hochspezialisierter Kleinbetrieb mit dem Angebot eines außerordentlich effizienten Produktes zu Stande, dann musste er sehr befürchten, dass besagtes Produkt von staatlicher Seite mit einem so niedrigen Abgabepreis behaftet wurde, dass ihm damit mittelfristig aller „ökonomische Atem“ genommen war. Sehr oft waren, als Resultat einer derartigen „förderlichen Unterstützung“ von zentraler Seite, sowohl die Betriebsleitung, als auch die Belegschaft eines solchen kleinen Unternehmens letzten Endes froh, unter den überwölbenden Schirm eines großen Industrie- Kombines schlüpfen zu können, bei Verlust der betrieblichen Selbständigkeit und eines Großteils von Forschungs- und Entwicklungsspielraum.

Oder man bemühte sich – wie angedeutet – weitgehend in die Grauzone der Schattenwirtschaft auszuweichen.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit auf die sowjetische Eisenbahn .

Zu diesem Fachkomplex trat bei uns ein in den anstehenden Fragen spezialisierter Fach-Ökonom als Referent auf.

Wir spürten es sofort – in ihm hatte sich ein gehöriger persönlicher Frust aufgestaut, vermutlich als Ergebnis wiederholter leidvoller Erfahrung jener Konsequenzen, die nachhaltige

Verletzungen des offiziellen Fahrplanes für einen Passagier der Sowjetischen Staatsbahnen nach sich zu ziehen pflegten.

Jedenfalls begann es seine Ausführungen mit einer eindrucksvollen Schimpf- Kanonade auf den Schlendrian, der sich allenthalben bei der Eisenbahn seines Landes eingestellt habe.

Die sowjetische Eisenbahn, dereinst landesweites Vorbild für zuverlässige Pflichterfüllung und Arbeitsdisziplin, sei in letzter Zeit ein Synonym für berufliche Nachlässigkeit, Bumme-lantentum, gar für unverantwortlichen alkoholischen Exzess während der Dienstausbung geworden.

Gewiss – der Eisenbahner- Beruf war mit bestimmten besonderen typischen Erschwernissen verbunden, mit häufigen Nachtschichten, auch gelegentlich mehrtägiger Abwesenheit von Heim und Hof bei Langstreckenfahrten. Dabei wurden Eisenbahner nicht sonderlich gut bezahlt, wesentlich schlechter als, z. B., die LKW- Fahrer auf den unwegsamen sibirischen Eis- und Schotter- Pisten.

Was zur Folge habe, dass selbst bei eklatanten dienstlichen Verfehlungen sich rigide Sanktionen verböten, da sonst in Folge Personalmangels der Eisenbahn- Verkehr auf manch einsamen Fernverkehrsstrecken völlig zum Erliegen kommen würde; zumal man aus zwingenden fachlichen Gründen nur solche Männer als Lokomotiv- Führer einsetzen könnte, von denen die unabdingbar erforderliche spezielle Ausbildung mit ausreichendem Erfolg absolviert worden war, die ausgebildeten Lokomotivführer nicht durch „Schnellqualifizierte“ zu ersetzen waren.

„Es war ein Jammer !“

Denn dieser latenten Misere war anzulasten, dass derzeit immer wieder große Kombinate ihre Produktion wegen der Schwierigkeiten im Bereich des Eisenbahn- Transportes drosseln, gar kurzfristig gänzlich einstellen mussten, da der unabdingbar erforderliche Nachschub an Rohstoffen und anderen unverzichtbaren Zulieferungen nicht gewährleistet war.

Was für ganze K e t t e n mit einander verbundener Industrie- Bereiche zeitweise enorme Probleme heraufbeschwören konnte.

Wurde den Hochöfen Koks und Eisenerz nicht in ausreichender Menge zugeführt, kam die Stahlproduktion in's Stocken. Nachfolgend belasteten die Defizite auf diesem Sektor verschiedene, z. T. als staatspolitisch eminent wichtig erachtete Industriezweige, so die als absolut prioritär angesehene Waffenproduktion.

Und wenn die Mehrheit der Zementwerke nicht mit den für sie erforderlichen Rohstoffen ausreichend beliefert wurde, trafen solche Dauerpannen nachhaltig das gesamte Bauwesen der Union.

Ganz zu schweigen von den dramatischen Verlusten im Bereich der Nahrungsgüter- Bereitstellung in Folge besagter Transport- Kalamitäten ; und so weiter, und so fort.

Als „mildernder Umstand“ für die Gesamtheit der bahnseitig zu vertretenden Unzulänglichkeiten wurde uns die „tendentielle Ostwanderung der sowjetischen Rohstoffgewinnung“ genannt.

In der Tat waren, wie bekannt, die im europäischen Teil der Sowjetunion gelegenen Rohstoff-Lagerstätten mittlerweile weitgehend erschöpft, die Rohstoff- Förderung musste nun deshalb vorzugsweise im asiatischen Teil der UdSSR stattfinden. Doch die das Rohstoff- Material verarbeitenden Hüttenwerke, Kraftwerke, usw., waren zumeist an ihren traditionellen europäischen Standorten mit gut ausgebauter Infrastruktur verblieben – was auf der Basis sehr gut begründeter Entscheidungen geschehen war, aber der Sowjetischen Staatsbahn extreme, über sehr lange Wege zu leistende zusätzliche Rohstoff- Transportleistungen auf einem hierfür kaum vorbereiteten dünnen sibirischen Streckennetz „beschert“ hatte.

Schließlich zitierte unser „Eisenbahn- Dozent“ eine Zahl, durch welche die wirtschaftspolitische Dramatik der aktuellen sowjetischen Transportprobleme mit außerordentlich einprägsamer Deutlichkeit demonstriert wurde.

Wir hörten :

„Eingehende Untersuchungen haben ergeben, dass bei uns in der UdSSR heutzutage die Rohstoff- Transporte per Eisenbahn, Schiff, LKW – auch wegen häufiger Umladungen im Verlauf des Transportes – sich mit einer **a l l g e m e i n e n D u r c h s c h n i t t s g e - s c h w i n d i g k e i t v o n 7 b i s 1 0 K i l o m e t e r i n d e r S t u n d e** vollziehen.

Der ganze Fortschritt unseres Verkehrswesens hat also lediglich bewirkt, dass uns in etwa eine Verdoppelung des dereinst beim mittelalterlichen, durch die Muskelkraft des Pferdes gewährleisteten Transport gelungen ist, jenes Tempos also, das vor einem halben Jahrtausend üblich war !

Das kann man nicht anders als **b e s c h ä m e n d** bezeichnen !! “

Wir empfanden, ausnahmslos, den lodernden Zorn unseres Dozenten sehr erklärlich.

In der vorstehend zitierten, mit großer Emotionalität vorgetragenen Philipika ist – in einer kurzen Einfügung – auch das „häufige Umladen“ als wesentlicher Aspekt der gesamten sowjetischen Gütertransport- Kalamitäten angesprochen worden.

Das traf in Sonderheit sicherlich auf den in Sibirien fast im Regelfall erforderlichen umfangreichen Rohstoff- Güterumschlag von den großen Wasserfahrzeugen der Fluss- Schifffahrt auf schienengebundene Transportmittel zu, der auch Ende der 70er Jahre immer noch mit überholter, einst klassischer maritimer Umschlagstechnik vollzogen wurde.

Aber nicht nur an diesen Transport- Knotenpunkten hatte man eine rechtzeitige Adaptation an die erheblich wachsenden Transportanforderungen versäumt.

Und die – angesichts der rasant intensivierten Zugfolge – unabdingbare Verdichtung von für eine Ausweich- Passage geeigneten Parallelsträngen war bei den Fernverkehrsstrecken der Sowjetischen Staatsbahn, ursprünglich weitestgehend einleisig angelegt, zumeist unterlassen worden.

Hatten dereinst bei den gelegentlichen täglichen Durchfahrten einige wenige, und in großen Abständen angelegte Ausweichmöglichkeiten durchaus genügt, damit zwei sich begegnende Züge – bei einer durchdachten Fahrplangestaltung – ohne nennenswerte Zeitverluste einander ausweichen konnten, war bei der jetzt gegebenen Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Zugfolge solches auch verkehrstheoretisch häufig ausgeschlossen. Es ist mit banaler Logik leicht beweisbar, dass eine Verdoppelung des Verkehrsaufkommens grundsätzlich auch eine Verdoppelung solcher Ausweichmöglichkeiten erfordert.

Das immer wieder heftig monierte, sehr häufige stundenlange Halten von mit Rohstoffen verschiedener Art sich unterwegs befindlicher Güterzüge auf offener Strecke war zu erheblichen Anteilen ausschließlich durch dieses spezielle Disproportionalitäts- Problem bedingt.

Nachdem wir all' das gehört hatten, war für uns Kursanten aus der DDR immer noch die Frage unbeantwortet geblieben, aus welchen „tieferen Gründen“ damals gerade auch der Eisenbahntransport zu jenen Wirtschafts- Sektoren gehörte, die generell zu besonders nachhaltigen Engpässen für die Entwicklung der gesamten Sowjet- Gesellschaft geworden waren. Wir haben damals in kleinen Gruppen länger als nur einen Abend darüber diskutiert, zumal es in unseren Reihen auch „Eisenbahn- Menschen“ gab, und sind schließlich zu folgenden Ansichten gelangt.

Ein für die aufgeworfene Problematik nicht unwesentliches Faktum dürfte darin bestanden haben, dass die inzwischen abgeschlossene umfassende Motorisierung der Sowjetarmee und die relativ hohe Verletzlichkeit des schienengebundenen Verkehrs im Verteidigungsfall den einstmaligen großen militär- strategischen Stellenwert des sowjetischen Eisenbahnwesens erheblich reduziert hatte.

Mindestens gleich bedeutsam für die entstandene Situation dürfte aber etwas anderes gewesen sein.

Gemäß formaler offizieller Volkswirtschaftsbertrachtung erbrachte das sowjetische Eisenbahnwesen Jahr für Jahr ein Leistungsprodukt von kaum veränderter Struktur. Was den zentralen Wirtschaftsplanern sehr entgegen kam, diesen Sektor mit besonderer Nachhaltigkeit in ihren Planungen gemäß der politisch angestrebten Generallinie „absoluter Preisstabilität“ quasi „festzunageln“. Hierauf gründend waren auch die „ewig niedrigen Transporttarife“ und das extrem preisgünstige Billet des Personen- Verkehrs wesentlich leichter aufrecht zu erhalten, als im Falle des Zugestehens hoher Erneuerungs- und allgemeiner Erweiterungs- Investitionen, sowie einer vollen Anpassung der einst relativ hohen Eisenbahner- Entlohnungen an das tendentiell letztlich doch generell wachsende Lohnniveau der Sowjetunion. Die Eisenbahner gehörten zu jenen Beschäftigtengruppen, die in diesem Geschehen nachhaltig benachteiligt wurden – es gab in ihrem Berufsmilieu kaum jene allgemein auffälligen Entwicklungen, in deren Folge alle darin Eingebundene letztlich auch spürbare Erhöhungen der persönlichen Einkommen erwarten konnten. Die Eisenbahner- Einkommen hatten jedenfalls auf diese Weise ihre einstige Privilegierung inzwischen fast völlig eingebüßt. Die „sonstige Sowjetgesellschaft“ nahm das stillschweigend hin. Die niedrigen Transporttarife und Billet- Preise fanden – kaum überraschend – außerhalb des Eisenbahn- Milieus überall eine ungeteilte und sehr nachhaltige Zustimmung, wie das niedrige Preisniveau im Alltagsleben insgesamt.

Letztlich war die Eisenbahn auch noch mit einem speziellen Manko besonderer Art belastet – ihre besondere Position im sowjetischen Wirtschaftsleben eröffnete ihr kaum Zugangspunkte zur sowjetischen Schattenwirtschaft, mit deren Hilfe es vielen Betrieben immer wieder gelang, punktuell auftretende Produktionsschwierigkeiten mit möglicherweise gravierenden Konsequenzen „schnell und geräuschlos“ zu beheben.

Auf die Probleme der Lager- und Speicherwirtschaft wird im Zusammenhang mit Ausführungen zur sowjetischen Landwirtschaft zurückzukommen sein.

Sie waren weitgehend eine spezielle Konsequenz der soeben besprochenen Kalamitäten im Transportwesen.

## DAS AUSUFERNDE „WODKA- PROBLEM“

Dass nicht nur der marxistisch motivierten Traumtänzeri sowjetischer Prägung mit ihren gewagten ökonomischen Prognosen gewaltige historische Irrtümer unterliefen, sondern auch das marktliberale Thesengebäude keineswegs immer zuverlässige Orientierungen vermittelt, kann an der Entwicklung von sowjetischem Wodka- Preis und sowjetischer Wodka- Nachfrage verdeutlicht werden.

Entgegen der altbekannten, und sicherlich im Allgemeinen auch unstrittigen These vom generellen Zusammenhang zwischen steigenden Preisen und gedämpfter Nachfrage, konnten selbst horrende Preissteigerungen den Wodka- Durst des Sowjetvolkes dereinst keineswegs bremsen – die Anhebung des Wodka- Preises im staatlichen Alkoholika- Handel um das Dreifache wurde in den letzten beiden Jahrzehnten vor 1979/80 mit einem Anstieg des Wodka- Umsatzes um das **V i e r f a c h e** beantwortet !

Vor dem Start der Anti- Alkohol- Kampagne Gorbatschows in der finalen Phase der UdSSR erbrachte die beim Alkohol- Kauf zu leistende spezielle „**S c h n a p s – S t e u e r**“ einen höchst bemerkenswerten Anteil **v o n 1 0 % a n d e n G e s a m t e i n n a h m e n** des **z e n t r a l e n s o w j e t i s c h e n S t a a t s h a u s h a l t e s** !!!

Und neben dem „legalen“, von giftigen Fuselölen weitestgehend gereinigten Alkohol der diversen staatlichen Verkaufsstellen gab es damals – und wohl auch später – erhebliche Quantitäten von „Samogon“, von in ländlichen Regionen illegal gebranntem „Sprit“, mit z. T. gewaltigem gesundheitlichen Gefährdungspotential.

Der weit verbreitete Alkoholismus war natürlich nicht ohne nachhaltigen Einfluss auf das Sozialverhalten erheblicher Teile der Bevölkerung.

Nicht ohne Grund wettete der Chrustschow- Nachfolger Breschnew in seinen letzten Lebensjahren wiederholt bei öffentlichen Auftritten gegen die „dreiköpfige Hydra der sozialismusfeindlichen Versuchungen“, bestehend aus Alkoholismus, Bestechlichkeit und autoritärer Bürokratie. Da man davon ausgehen darf, dass der Mann an der Spitze von Partei und Staat wusste, wovon er sprach, war der innere Zusammenhang und die Gewichtigkeit der von ihm zitierten ruinösen Trias in seinem Imperium wohl tatsächlich und definitiv gegeben.

Abgesehen von den auffälligen, mit vollem Recht besonders angeprangerten gelegentlichen akuten Entgleisungen unter massiver alkoholischer Beeinflussung, wurde ein quasi „schlei-

chender“, eher dezenter Alkoholismus – in fast allen Bevölkerungsschichten – zu einem höchst bedrohlichen „Sonderproblem“ für die gesamte sowjetische Gesellschaft. Regelmäßiger, dezent dosierter Alkoholkonsum war, z. B., 1979/80 auch in Intellektuellen- und Wissenschaftler- Kreisen allgemein usus geworden. Arbeitsdisziplin, zielstrebige Orientierung auf die fachliche Arbeit, geistige Schöpferkraft begannen zunehmend darunter zu leiden.

Heute wissen wir – ein breite Kreise erfassender massiver Alkoholismus droht einer Population vor allem immer dann, wenn sich subjektive Gefühle, unentrinnbar in eine persönliche „Sackgasse“ geraten zu sein, zu einer dominanten sozialen Grundstimmung verdichten, andererseits – auf welchem Niveau auch immer – die elementare Existenzsicherung gewährleistet ist.

Allem Augenschein nach hatten sich derartige emotionale Gemengelagen in der Sowjetunion im Verlauf der 70er und 80er Jahre zunehmend etabliert.

SOWJET- GEWERKSCHAFTEN –  
 INNERBETRIEBLICHE MACHTSTRUKTUREN  
 UND DIE PROBLEME DER LEISTUNGSSTIMULIERUNG

Neben den gewaltigen Militär- und Rüstungsausgaben, neben der „zementierten“ Planwirtschaft – mit einer alle Entwicklung zusätzlich hemmenden, mit Hilfe rigider Administration durchgesetzten willkürlichen Niedrigpreis- Politik – wurde die sowjetische Wirtschaft auch durch bestimmte Elemente der *i n n e r b e t r i e b l i c h e n M a c h t s t r u k t u r e n* erheblich belastet, was in Sonderheit die großen Industrie- Kombinate betraf.

Dieser Fragenkomplex hat im politischen Journalismus jedweder Richtung bisher eine nur sehr nachrangige Beachtung gefunden, obwohl die Konsequenzen der hierdurch bedingten innerbetrieblichen Unausgewogenheiten langfristig gleichfalls erheblich zum dramatischen Ende des Sowjet- Sozialismus beigetragen haben.

Es waren dereinst vordergründige allgemein- ideologische, aber auch bestimmte machtstrategische Motive gewesen, welche die allgewaltigen obersten Parteiorgane des Sowjetstaates veranlasst hatten, den Gewerkschaftsorganisationen zu betrieblichen Machtpositionen zu verhelfen, die – m. E. – in ihrer Kernsubstanz weit über klassische Mitsprache- Rechte von Gewerkschaften in westlichen Industrie- Staaten hinausgingen.

Da sich die Spitzen der Gewerkschaftsorgane durchweg fest in der Hand von ihrer Parteidisziplin unterworfenen KPdSU- Mitgliedern befanden, hoffte man in den zentralen Partei- Büros, fortan auf diese Weise – m. H. von seitens der *B e l e g s c h a f t* getragenen betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen – im „Bedarfsfall“ überall und sehr direkt auf wirksame Instrumente einer *M a c h t b a l l a n c e* gegenüber den Leitungen der Betriebe zurückgreifen zu können.

Was, in gewissem Sinne, sicherlich auch durchgängig gelang – über offensichtlich „makropolitisch“ bestimmte Protestgestaltungen auf Gewerkschaftsebene ist zu Sowjetzeiten in der Tat kaum je etwas bekannt geworden.

Dennoch – langfristig sollte sich dieser seitens der KPdSU von zentraler Stelle gesteuerte Prozess als sehr einseitig und engstirnig konzipiert erweisen. In der Tendenz höhnte er das

innere Kompetenz- Gefüge der Betriebe dermaßen nachhaltig aus, dass die Wirtschaft des ganzen Landes auch aus diesem Grunde mehr und mehr einem permanenten Stagnations-Klima entgegentrieb.

In der Sowjetpresse, auch in den sowjetischen elektronischen Medien der Jahre 1979/80, wurden diese Fragen keineswegs total ausgeblendet, doch eine in die inhaltliche Tiefe des betreffenden Problemkomplexes gehende Diskussion wurde tunlichst vermieden.

Und auch unsere Dozenten gaben sich bei diesem speziellen Thema größte Mühe, eine allzu ausgeprägte „Nachdenklichkeit“ in den Seminaren nicht aufkommen zu lassen.

Umso intensiver gestalteten sich dann manche Diskussionen hierzu unter uns Kursanten außerhalb von Vorlesung und Seminar.

Im Nachfolgenden wird der Versuch unternommen, die Resultate unserer damaligen sehr speziellen diesbezüglichen Erörterungen und Überlegungen kondensiert zu reflektieren.

Im Zentrum des recht weit gespannten Diskussionsfeldes blieb die Frage :

„ W e r e n t s c h e i d e t l e t z t l i c h ü b e r d i e H ö h e d e s m a t e r i e l l e n E n t g e l t s f ü r d i e d u r c h d e n e i n z e l n e n A r b e i t e r e r b r a c h t e A r b e i t s l e i s t u n g ? “

In der UdSSR war mittlerweile ein für die Gesamtheit der Union verbindliches, an westeuropäischen Modellen ausgerichtetes L o h n s y s t e m eingeführt worden.

Die Entlohnung einer Arbeitskraft hatte in Ansehung folgender drei grundlegender Kriterien zu erfolgen :

1. berufliche Qualifikationsstufe,
2. Erschwernis- Grad der verrichteten Arbeit,
3. erzielttes Arbeitsergebnis.

Daneben gab es verschiedene Berufszweig- spezifische, bzw. Tätigkeits- bezogene spezielle zusätzliche Lohnkriterien.

Das alles war in entsprechenden Tabellenwerken erfasst, gemäß welcher – je nach Spezifik der Arbeit – die wöchentlichen oder monatlichen Tariflöhne für den einzelnen Arbeiter berechnet wurden, ähnlich wie bei uns in der DDR.

Einige spezielle Diskussion gab es zur Frage, ob die ehemals als „übergreifendes Kriterium“ des Arbeitsergebnisses geltende „Betriebszugehörigkeitsdauer“ wieder als „spezieller Faktor“ in das Entlohnungssystem „eingebaut“ werden sollte.

Von unserem Dozenten hörten wir hierzu den folgenden Kommentar :

„Heute wissen wir, dass die vor einigen Jahren vollzogene t o t a l e Abkehr vom Faktor `Betriebszugehörigkeitsdauer` als Komponente des Lohn- Systems unter dem Aspekt der dadurch erfolgten A b w e r t u n g von bewiesener K o n t i n u i t ä t von Leistungsbereitschaft `s u b o p t i m a l` gewesen ist.

Insbesondere in den Industrie- Revieren des Fernen Ostens und Hohen Nordens haben wir derzeit eine sehr starke Fluktuation der Arbeitskräfte, mit der Konsequenz unverhältnismäßig häufiger Havarien, ausgelöst zumeist durch unzureichend eingearbeitete Geräte- Bediener. Ungeachtet der bereits jetzt gezahlten erheblichen Erschwerniszuschläge für das Arbeiten in diesen unwirtschaftlichen Regionen unserer Heimat überlegen wir derzeit sehr ernsthaft, wie ein langjähriges Ausharren an mit sehr harten allgemeinen Lebensbedingungen verbundenen Arbeitsplätzen eine angemessene z u s ä t z l i c h e Anerkennung finden kann.

Solche Aufwendungen dürften sich in v e r s c h i e d e n e r Hinsicht lohnen, nicht nur unter dem Aspekt der Reduzierung von Havarie- Ereignissen. Es ist zu hoffen, dass durch die angestrebte Fluktuations- Drosselung die Arbeitskollektive sich spürbar stabilisieren, auf einander einstellen, und über die generell erst nach längerer Erfahrungspraxis sich ergebende spezielle fachliche H ö c h s t- Qualifikation völlig neue Zugänge zur Steigerung der allgemeinen Arbeitsproduktivität entstehen.“

Man erwog also – zumindest für entlegene Territorien – die „Betriebszugehörigkeitsdauer“ als vierte obligatorische Entlohnungskomponente wieder in das Lohnsystem aufzunehmen.

Eine Besonderheit des sowjetischen Lohnsystems bestand indessen darin, dass 10% bis 30% des sog „allgemeinen Lohnfonds“ jedes Betriebes für Prämien- Zahlungen zu reservieren waren, insbesondere für die sog. „J a h r e s e n d - P r ä m i e n“.

Womit bis zu einem Drittel der im Verlauf des Kalenderjahres an die Belegschaft ausgezahlten Gelder – in der einen oder anderen Form – für zusätzliche Zuwendungen an die Betriebs- Angehörigen zur Verfügung stehen mussten.

Die regelmäßig zu erwartende „Jahresend- Prämie“ war also zumeist ein erheblicher Teil des jährlichen Gesamteinkommens eines Arbeiters – und sie war n i c h t t a r i f g e b u n d e n ! Den hierzu erlassenen Direktiven zufolge sollte mit dieser Prämie der besondere, über das obligatorische Minimum hinausgehende Einsatz des e i n z e l n e n Arbeiters, auch das

über die Norm hinausgehende Arbeitsergebnis, eine angemessene Anerkennung finden – man hatte also in der UdSSR sich tatsächlich zu dem Standpunkt durchringen können, dass auch innerhalb der postulierten „s o z i a l i s t i s c h e n Arbeitskollektive“ die i n d i v i d u e l l e Jahres- Leistung des einzelnen Arbeiters eine d i f f e r e n z i e r t e i n d i v i d u e l l e materielle Würdigung erhalten sollte, durch besagte differenzierte „Jahresend- Prämie“.

Angesichts der egalistischen Staatsideologie der Sowjetunion war das gewiss ein sehr bemerkenswerter lohnpolitischer Ansatz.

Und in jenen s p e z i e l l e n Betrieben, in denen die Prämien- Bemessungen weitestgehend gemäß den Empfehlungen der jeweiligen Produktionsverantwortlichen vorgenommen wurden – z. B. in der „Verteidigungs- Industrie“ und in sonstigen Betrieben von „herausragender staatspolitischer Wichtigkeit“ – erbrachten die individuell zumeist sehr unterschiedlichen Prämienhöhen mehrheitlich auch den durch sie angestrebten ideologischen Effekt, die moralische Verpflichtung zur Fortsetzung, gar Intensivierung des engagierten persönlichen Einsatzes beim beruflichen Schaffen.

Doch eine solche entscheidende Kompetenz bei den Prämien- Bemessungen war n u r den Direktoren eines b e s t i m m t e n , s e h r e n g d e f i n i e r t e n Produktions- Sektors zugestanden worden.

Den m e i s t e n Betriebsdirektoren war nämlich durch spezielle gesetzliche Akte die Handhabung dieses potentiell sehr wichtigen ökonomischen Hebels zu Stimulierung von Arbeitsengagement und Arbeitsdisziplin definitiv e n t z o g e n und in die Hände der betreffenden Gewerkschafts- Organisationen gelegt worden. Auch in diesem Detail der in Moskauer Parteibüros ausgetüftelten gesellschaftspolitischen Machtstrukturen schimmerte überdeutlich das alte römische Herrschaftsprinzip des „divide et impera !“ durch – die „Genossen Betriebsdirektoren“ glaubte man wohl besser durch den Parteiapparat unter Kontrolle halten zu können, wenn sie in gewissem Sinne stets auch die Auffassungen der „Genossen Gewerkschaftsvorsitzenden“ zu beachten hatten, bei der politischen Unterstellung des einen wie des anderen unter die Weisungsrechte des zuständigen „Ersten Sekretärs“.

In den Jahren 1979/80 waren inzwischen selbst die unteren hauptamtlich wahrgenommenen gewerkschaftlichen Positionen wieder ansehnlich dotiert. Sie wurden – nach „Vorab- Absegnung“ durch die zuständigen Partei- Instanzen – strikt gemäß innergewerkschaftlicher Regeln und Wahlverfahren besetzt. Das bedeutete, der für eine solche Funktion von Seiten der Partei vorgesehene Kader konnte seine gewerkschaftliche Funktion nur dann einnehmen, bzw. sie

behalten, wenn er auch das erforderliche Quorum durch die Mehrheit der betreffenden Betriebsbelegschaft in einer nach den Regeln der parlamentarischen Demokratie inszenierten Wahlprozedur erhielt. Da im typischen Fall durchaus ein deutliches *E i g e n i n t e r e s s e* des betreffenden Funktionärs an der definitiven Wahrnehmung, bzw. Fortsetzung der ihm zugedachten Funktion bestand, erbrachten diese Festlegungen ihm – neben der zwangsläufigen Unterstellung hinsichtlich übergeordneter Partei- und Gewerkschaftstrukturen – notabene auch eine gewisse *A b h ä n g i g k e i t* von der *B e l e g s c h a f t* seines Betriebes.

Der parteipolitische Hintergedanke bei der Entwicklung dieses organisatorisch verwinkelten Konstruktes dürfte gewesen sein, nur solche Personen in leitende Gewerkschaftspositionen gelangen zu lassen, die tatsächlich von einer Mehrheit der Belegschaft als Führungspersönlichkeiten akzeptiert wurden – denn nur von solchen konnte erwartet werden, dass sie, z. B., bei breiter angelegten politisch motivierten Unmutsreaktionen in der Belegschaft ausreichend „ventilierend“ zu reagieren vermochten.

Und auch unter diesen Aspekten war wohl das in der Mehrzahl der Betriebe geltende Recht entwickelt worden, gemäß dessen bei den Prämien- Bemessungen die Gewerkschaftsorgane – vertreten durch ihre im Betrieb führenden Repräsentanten – das „letzte Wort“ hatten, und nicht die Betriebsdirektoren.

Die durch eine derartige Regelung sich fast zwangsweise einstellenden, leistungspolitisch höchst bedenklichen mikrosoziologischen Konsequenzen waren dabei vermutlich nicht, bzw. allzu oberflächlich bedacht worden.

Ein vom Wahlverhalten seiner Kollegen existentiell abhängiger Gewerkschaftsvertreter musste – aus ureigenstem Interesse – bemüht sein, auch durch die von ihm maßgeblich bestimmte innerbetriebliche Prämienpolitik einen möglichst *g r o ß e n* Anteil seiner potentiellen Wählerschaft hinreichend zufrieden zu stellen.

Was in aller Regel darauf hinauslief, dass er die Ausschüttung des „Prämien- Füllhornes“ am Jahresende derart zu gestalten versuchte, dass alle grundsätzlich Anspruchsberechtigten mit höchstmöglicher *G l e i c h m ä ß i g k e i t* bedacht wurden.

Wodurch der arbeitspsychologisch sehr fruchtbare Ansatz einer nach dem belegten Arbeitsergebnis *d i f f e r e n z i e r t e n* Höhe aller zur Ausschüttung gelangenden individuellen „Jahresend- Prämien“ völlig *u n t e r l a u f e n z u w e r d e n d r o h t e*.

In den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die Spezifika der Gewerkschaftsarbeit auch in der Sowjetunion allmählich ein regelrechtes „Gewerkschaftsmilieu“ entstehen lassen. Langgediente Gewerkschaftsfunktionäre waren den ihnen auf Parteiebene vorgesetzten Parteifunktionären oft völlig ebenbürtig, nicht selten neu zu ihren Positionen gelangten „Ersten Sekretären“ machtstrategisch sogar eindeutig überlegen.

Wie die griechisch- orthodoxe Kirche und die geheimdienstlichen Sicherheitsorgane der UdSSR begannen auch die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in ihrer Gesamtheit allmählich Beziehungsstrukturen zu entwickeln, die für eine „Parallel- Welt“ charakteristisch sind – eine Welt mit eigenen internen Regeln und einer gesetzlich geschützten funktionalen Machtbasis.

Das Lamento darüber war an unserer Moskauer Akademie durchaus vernehmbar, wobei allerdings die vorgeblich grundsätzliche Richtigkeit aller zum „Gewerkschaftsleben“ von zentraler Seite erlassenen Vorgaben öffentlich nie in Zweifel gezogen werden durfte.

So hörten wir ex cathedra :

„Heute hat es sich leider eingebürgert, allzu oft nach dem scheinbar `sozialistischen` Motto `alle Menschen sind gleich` die Jahresleistungsprämie als einen gewissermaßen o b l i g a - t o r i s c h e n Lohnzuschlag zu gewähren, ohne Anerkennung der vom e i n z e l n e n Arbeiter geleisteten Arbeit, insbesondere ohne Bezug auf ihre Qualität.

Vor allem viele G e w e r k s c h a f t s l e i t u n g e n versuchen, die schwierige und auch innerhalb der Betriebskollektive sehr unbeliebte Aufgabe der d i f f e r e n z i e r t e n Einschätzung der individuellen Arbeitsleistung zu umgehen.

Nach RGW- Einschätzung ist dieser Sachstand für a l l e Länder unserer sozialistischen Staatengemeinschaft typisch.“

Das sowjetische schlechte Beispiel hatte also bereits „Ländergrenzen übergreifend“ Schule gemacht !

Die in der UdSSR mit scheinbar kühlem politischen Kalkül von der obersten Partei- und Staatsspitze installierte betriebliche „Prämien- Macht“ der Gewerkschaften hatte die innerbetrieblichen führungsstrukturellen Gegebenheiten mehrheitlich im Laufe der Zeit erheblich verändert, grundsätzlich zum Nachteil der jeweiligen Betriebsleitungen.

Die Betriebsdirektoren waren durch die diversen Konsequenzen dieses Regulativs in ihren Steuerungs- und sonstigen Führungsmöglichkeiten stark beschnitten worden – sie standen nach wie vor gegenüber ihren übergeordneten Leitungen und den Planungsbehörden für eine plangerechte Arbeit ihrer Betriebe ein, mussten aber andererseits stets sehr um den Erhalt eines ausgesprochen kooperativen Klimas mit den an der Spitze der Gewerkschaftsorganisationen ihrer Betriebe positionierten, über erhebliche Machtmittel eigener Art verfügenden Gewerkschaftsfunktionären bemüht sein.

Sehr oft lief das Bemühen des Betriebsleiters, in seinem Betrieb zumindest gewisse Ansätze des Leistungsgedankens bei den Zumessungen der individuellen Prämien aufrecht zu erhalten, auf manchen „Kuhhandel“ mit „seinen“ Gewerkschaftsfunktionären hinaus. Selbige traten – aus den vorstehend erläuterten Gründen – nicht nur im Zusammenhang mit dem Prämierungsproblem gegenüber der Leitung des Betriebes als grundsätzliche Sachwalter der diversen „arbeitsplatzbezogenen“ individuellen Interessen der Belegschaft auf.

Ein weites Diskussionsfeld eröffnete sich, z. B., in abseits großer Agglomerationszentren gelegenen Kombinatbetrieben regelmäßig zu Zeiten der agrarischen Frühjahrsbestellung – die anstehenden Arbeiten in den ausgedehnten individuellen Gartenwirtschaften vieler Betriebsangehörigen veranlassten sie, in großer Zahl Anträge auf genehmigungspflichtigen Zusatzurlaub zu stellen. Solches Begehren nahm häufig derartige Ausmaße an, dass durch eine unbesehene Gewährung dieser Beurlaubungen der betriebliche Produktionsfluss in Frage gestellt zu werden drohte.

Solche grundsätzlich unvertretbaren Beurlaubungen wurden dann bei der Betriebsleitung von gewerkschaftlicher Seite oft dennoch durchgesetzt, in Gegenleistung der Zusicherung einer gewissen Zurückhaltung bei Entscheidungen anderer Art, insbesondere auch in Prämierungsbelangen.

In bestimmten Industrieregionen, in denen individuelle Gartenwirtschaften eine eher nachrangige Rolle spielten, kam manch' derartiger „deal“ deshalb zu stande, weil heiße Sommermonate die Sehnsucht nach zusätzlichen erholsamen Bade- Tagen in erquickender Natur weckten.

Auf der „gleichen Ebene“ lag das Attestieren „herausragender beruflicher Qualifikationen“, wenn ein „problembehafteter Kollege“ den Betrieb verließ – obwohl besagte Qualifikationen kaum vorhanden waren. In seinem neuen Betrieb hatte ein solcher, schließlich „in Freund-

schaft“ Scheidender dann „gute Karten“, bereits am ersten Tag seiner Tätigkeit formal in einer hohen Qualifikationsstufe eingeordnet zu sein, von welcher die Höhe seines am Zahltag ihm ausgehändigten Arbeitslohnes bekanntlich erheblich abhing.

Nach schweren Havarien sind immer wieder derartige Unterschleife im Zuge dann unerlässlicher staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen aufgedeckt worden. Der einen schlimmen, die Havarie auslösenden Bedienungsfehler verursachende Maschinist war oft ein Arbeiter, welcher – in krassem Widerspruch zu den Aussagen seiner technischen Diplome – mit den am neuen Arbeitsplatz zu bedienenden Gerätschaften zum **e r s t e n** Mal in Berührung kam.

Wie auch immer – zu einer nachhaltigen Korrektur derartiger, mittlerweile fest institutionalisierter „Webfehler“ im Gesamtkonzept des derzeit sowjetisch geprägten „realen Sozialismus“ konnte man sich damals in den maßgeblichen Entscheidungsgremien **n i c h t** entschließen, bzw., man fühlte sich dazu inzwischen machtpolitisch nicht mehr in der Lage.

Der historische Prozess pflegt Solches im Falle seines Überhandnehmens, früher oder später, zu bereinigen.

Wie wir heute wissen, ist das dann auch im großen und einst sehr mächtigen Sowjetreich so geschehen.

Verharren wir noch kurz bei einer Erörterung der individuellen sozialen und betriebspsychologischen Position des einstigen sowjetischen **B e t r i e b s l e i t e r s** – einen „bequemen Job“ übten diese Männer wahrlich nicht aus.

Die langfristige Stabilität eines jeden politischen Herrschaftssystems hängt bekanntlich auch davon ab, in welcher Zuverlässigkeit die gesellschaftliche Führungsspitze es vermag, die Satrapen der „zweiten Reihe“ durch neue Anreize immer wieder zum getreuen Ausharren auf ihren Positionen zu veranlassen.

Vorstehende Darlegungen haben angedeutet, wie schnell aus dem respektierten Betriebschef zu sowjetischen Zeiten ein zur Schau gestellter Prügelknabe werden konnte.

Sicherlich, das Salär eines Betriebsdirektors war auch damals durchweg relativ hoch, insbesondere etwa ab Ende der 60er Jahre. Doch dieses Entgelten von Belastungen und Risiken durch außergewöhnliche monetäre Zuwendungen lief unter sowjetischen Bedingungen nicht

selten „in's Leere“, vor allem dann, wenn sie das **V i e l f a c h e** allgemein üblicher Einkommen erreichten, z. B. bei erfolgreichen Generaldirektoren großer Industriekonglomerate – Breite und Qualität des öffentlichen sowjetischen Warenmarktes waren kaum in der Lage, einer vielfältigen Palette elitärer Konsum- Ansprüche zu genügen.

In meinen Vorlesungs- Mitschriften findet sich dazu folgender Satz :

„ Heute wissen wir – ist bei uns in der UdSSR erst einmal ein Einkommens- Niveau erreicht, das einen für unsere derzeitigen Gegebenheiten **g e h o b e n e n** Lebensstandard stabil sichert, **verlieren weitere Stimuli in Form immer größer werdender monetärer Realeinkommen massiv an Motivationswirkung !!**“

Der Sowjet- Staat hat damals auf diese Erkenntnis dadurch reagiert, dass er ein differenziertes System verschiedenartiger **P r i v i l e g i e n** entwickelte, mit denen nicht nur die Parteielite, sondern auch die Wirtschaftskapitäne – nach gesellschaftlichem Verdienst und persönlicher Wertigkeit – bedacht wurden.

Erörterungen hierzu waren in der Öffentlichkeit absolut tabuisiert, obwohl jeder Sowjetbürger von diesen Gegebenheiten, mehr oder weniger, gewusst haben dürfte.

Besagte Privilegien wurden in der Regel sukzessive, quasi „aufsteigend“ verliehen.

Ihre nachfolgende Aufstellung erhebt weder den Anspruch auf Vollständigkeit, noch dürfte sie in jedem Detail völlig korrekt sein – sie reflektiert meinen persönlichen Erkenntnisstand in besagter delikater Angelegenheit, „nicht mehr, und nicht weniger“.

Also – bei den „Privilegien“ handelte es sich, m. W., vor allem um Folgendes :

- Zuweisung ausreichenden und mängelfreien Wohnraumes ;
- Sicherung einer qualifizierten medizinischen Versorgung ;
- Garantie einer dem persönlichen Wunsch entsprechenden schulischen und beruflichen Ausbildung für den persönlichen familiären Nachwuchs ;
- Zuteilung eines dienstlichen PKW, bei gestatter Mitnutzung für private Zwecke ;
- jährliche Zuteilung von Ferienplätzen in Erholungsheimen gehobener Kategorien ;
- Bewilligung und Valuta- Finanzierung von gelegentlichen Reisen in das „kapitalistische Ausland“;
- Zugang zu „westlicher“ journalistischer Literatur ;
- Zugang zu speziellen Versorgungseinrichtungen, mit einem für „Spitzenkader“ reservierten Angebot von besonderen Delikatessen, ausgesuchter modischer Qualitäts- Kleidung, Heim-

Elektronik westlicher Provenienz, Spitzenprodukten der westeuropäischen Kosmetik- Industrie, usw..

-Verleihung höchster staatlicher Auszeichnungen, deren Trägern verschiedene Privilegien der besonderen Art zugesprochen waren, z. B. VIP- Status bei Flug- und anderen Langstrecken- Reisen, Reservierungsrechte bei stark nachgefragten kulturellen Veranstaltungen, Recht des persönlichen Zugangs zu Ministern und ihnen gleichgestellten Partei- Funktionären, usw..

Wie sich solche Sonderstellungen gelegentlich im sowjetischen Alltag darstellten, sei beispielhaft am „Tschaika- Prestige“ illustriert.

Der PKW der Marke „Tschaika“ – auf deutsch „Möwe“ – war in den 70er Jahren das unbestrittene Spitzenprodukt des sowjetischen Automobilbaus, sein romantischer Name reflektierte nachhaltig die klassische russische Sehnsucht nach Wellen- Rauschen und Meeresweite.

Die Autos waren große Straßenkreuzer, ausnahmsweise nicht dem automobilen Geschmack deutscher Stilrichtung nachempfunden, sondern den „großen Schlitten“, die in den USA der 50er und 60er Jahre in Mode gewesen waren. Sie waren mit aller Komfort- Technik jenes Zeitabschnittes ausgestattet, z. B. auch schon mit elektrischen Fensterhebern und einer leistungsfähigen Klima- Anlage.

In Moskau sah man gewiss einen „Tschaika“ nicht an jedem Tag, doch mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder, außerhalb der Hauptstadt, dagegen, sehr selten.

Und wenn dort dann doch einmal ein „Tschaika“ unterwegs war, an einem der damals noch durch polizeiliche Regelposten besetzten Straßen- Knotenpunkte anlangte, wurde dieses überdeutliche Prestige- Objekt sofort vom salutierenden Polizisten durchgewunken ! Der Mann auf dem Regler- Podest inmitten der Straßenkreuzung befolgte damit eine Festlegung seiner Dienstvorschriften.

Und dem chauffierten Generaldirektor im Inneren des Fahrzeugs half solch öffentlich demonstrierter Respekt sicher ein wenig über die ihn häufig plagenden „Bauchschmerzen“ hinweg, beispielsweise angesichts von Planerfüllungs- Problemen oder dem – wieder einmal eingetretenen ! – Ausbleiben dringend benötigter Rohstoffe.

## AUCH DER WETTLAUF MIT DER FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT DES „WESTENS“ KONNTE NICHT GEWONNEN WERDEN

Viertens erfordert die Erörterung der zunehmenden wirtschaftlichen Stagnation im Sowjetstaat eine Besprechung der mäßigen Effizienz seiner wissenschaftlichen Forschung, in Sonderheit auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet, und der technischen Entwicklungsarbeit.

Das hatte objektive und subjektive Ursachen – wobei letztere auch objektive Gründe hatten.

Wobei zu beachten ist, dass im damaligen Kampf der „Ost-Wissenschaft“ gegen die „West-Wissenschaft“ sich keineswegs quantitativ in etwa gleichwertige personelle Kontingente gegenüberstanden. Der von den USA geführte „Westen“ verfügte stets über ein mindestens doppelt so großes Potential an Spitzen-Forschern, an hochtalentierten und akademisch sehr professionell geschulten Köpfen, wie der politische „Osten“ mit seiner Hegemonialmacht UdSSR.

Unbesehen der speziellen inneren Probleme, mit denen sich Wissenschaft und Forschung in der UdSSR damals konfrontiert sahen, bedingte dieses Ungleichgewicht der Kräfte für die Wissenschaftler auf der östlichen Seite permanent Belastungen und Benachteiligungen von eigener Art, welche – unter systemtheoretischen Aspekten – nicht der sozialistisch-sowjetischen Staatsidee, auch nicht dem aktuellen Agieren der politischen Führungsleute des „Ostens“ geschuldet waren.

Andere Problemlagen waren dieses indessen sehr wohl.

Wenden wir uns also einer kurzen vergleichenden Betrachtung einzelner forschungs- und entwicklungsrelevanter Sachverhalte in der Sowjetunion z. Z. unseres Moskauer Aufenthaltes in den Jahren 1979/80 zu.

Eine Schlüsselstellung in der technologisch-naturwissenschaftlichen Forschung nimmt seit jeher der sog. „wissenschaftliche Gerätebau“ ein, d. h., die Fertigung von Gerätschaften, mit deren Hilfe wissenschaftliche Untersuchungstätigkeit vollzogen wird.

Inbesondere im mittel- und westeuropäischen Raum, aber auch in Ländern wie Japan oder den USA, spielt in diesem sehr speziellen Wirtschaftszweig der hochspezialisierte und traditionsreiche mittelständische Kleinbetrieb – oft in räumlicher Nähe Efeu- umrankter alter Elite-Universitäten angesiedelt – eine erhebliche Rolle.

Gewiss, die zunehmend komplexeren „Untersuchungsmaschinen“ der modernen Großforschung hatten auch schon 1979/80 den Stellenwert dieser kleinen Privatbetriebe deutlich einzuengen begonnen. Dennoch, als Zulieferer überaus präzise arbeitender Bauteile für die neuen Großgeräte der Forschung hatten die Tüftler und Präzisions- Mechaniker jener Werkstätten ihren Fortbestand zumeist absichern können, galten nach wie vor als kaum verzichtbar für die Aufrechterhaltung einer breiten naturwissenschaftlich- technischen Forschungstätigkeit von Spitzenformat.

In der UdSSR, jedoch, fehlte ein solches traditionsschweres und hochspezialisiertes selbständiges Segment wissenschaftlichen Arbeitens fast völlig.

So hatte sich im Laufe der Zeit fast jedes größere Institut mit naturwissenschaftlicher oder technologischer Ausrichtung seine eigene „Geräte- Fertigung“ aufgebaut. Die großen Industrie- Kombinate hatten zu diesem Zweck für ihre speziellen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen häufig sogar Abteilungen von kolossaler Dimension geschaffen.

Und es mühte sich nun oft in sowjetischen Landen – zumeist durch strenge Geheimhaltungsvorschriften sorgsam von einander abgeschirmt – ein jeder für sich, um das gleiche aktuelle methodische Problem einer halbwegs akzeptablen Lösung zuzuführen.

Absolutes Spitzenkönnertum konnte sich dabei kaum entwickeln, denn nach der hinlänglichen Lösung der e i n e n Aufgabe mussten die gleichen Leute nicht selten u n v e r z ü g l i c h sich einer neuen, e r h e b l i c h a n d e r s a r t i g e n zuwenden.

Die Einfuhr von für Forschungszwecke speziell ausgelegten Spitzengerätschaften aus dem westlichen Ausland – z. B. auch als richtungsgebende Referenzmuster – fand nur selten statt. Die Erlangung der für die Bezahlung solcher Geräte erforderlichen Valuta- Mittel war sehr schwierig, noch schwieriger war aber fast immer das Überwinden der von w e s t l i c h e r Seite errichteten Hürden. Die NATO- Staaten hatten bekanntlich hinsichtlich sog. „sensibler Technik“ ein grundsätzliches Exportverbot in alle jene Länder erlassen, die im sowjetisch geführten „Warschauer Pakt“- Verbund zusammengefasst waren – Forschungsgerätschaften der Spitzenklasse f i e l e n in der Regel unter dieses Verdikt.

Ein anderes gravierendes Problem der sowjetischen Wissenschaft und Forschung war ihre weitgehende Isolierung gegenüber dem weltweiten wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch. Sicherlich spielten auch hierbei Behinderungen von der „westlichen“ Seite keineswegs eine nur nebensächliche Rolle, doch die „größere Hälfte“ besagter Kalamität war von der sowjetischen Seite zu verantworten.

Zum einen ermangelte es – wie allenthalben – der *V a l u t a* - Mittel, z. B. für einen ausgedehnten Wissenschaftstourismus, zum Besuch auch kleinerer, aber hochkarätig besetzter wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland, sehr speziellen Themen vorbehalten.

Zum anderen gab es im Sowjetreich eine „breite Klaviatur“ hier wirksamer besonderer Hindernisse sicherheits- und ideologepolitischer Art, um wirklich fruchtbare *p e r s ö n l i c h e* Kontakte zu ausländischen Ideengebern in breiterem Ausmaß herzustellen und zu unterhalten, zum erheblichen Nutzen der persönlichen Entwicklung und des ganzen Landes.

Zum dritten war das Fehlen ausreichender Kenntnisse in der *e n g l i s c h e n* Sprache, der schon damals im wissenschaftlichen Leben weltweit üblich gewordenen Kongress- und Publikations- Sprache, bei der großen Mehrheit der sowjetischen Wissenschaftler ein erhebliches, grundlegendes Manko.

Die in Folge eines überholten Zeitgeistes in jenen Jahren durch die gesamte Sowjetgesellschaft aufrecht erhaltenen, den perspektivischen Blick stark behindernden großen sicherheits- und ideologepolitischen Hürden waren für das wissenschaftliche Leben nicht nur in Bezug auf den wissenschaftlichen Auslands- Kontakt ein gewaltiges Problem.

Wobei man hiermit auch alten russischen Traditionen folgte.

Schon zu Zaren- Zeiten warf die „Ochrana“ manchen kritisch- beobachtenden Blick auf speziell im industriellen Bereich tätige Wissenschaftler, stets besorgt, dass nichts an Informationen außer Landes getragen wurde, was , z. B., über Armierung und Kampfkraft des Zarenheeres Rückschlüsse zu ziehen erlaubt hätte. Manch einem in russischen Diensten stehenden deutschbaltischen Ingenieur wurde unter nichtigem Vorwand die sommerliche Urlaubsreise zu seinen im preußischen Königsberg oder im Memel- Gebiet lebenden Verwandten grundsätzlich verwehrt.

In der frühen Sowjetzeit war dann das stete Observieren und gegenseitige Belauschen gar zur allgemeinen Obsession geworden, und auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Stalin äußerst misstrauisch besorgt, keiner ausländischen Macht einen näheren Einblick in die Gegebenheiten seines Reiches zu gewähren.

Kurzfristig konnte solches „Versteck- Spiel“ tatsächlich manchen „Stich“ bringen, da Stalins außenpolitische Opponenten über die Gegebenheiten im Kernbereich ihres Gegners zumeist weit mehr im Unsicheren waren, als Stalin über die Verhältnisse bei ihnen.

In den beiden unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten war – in gewissem Sinne – ein solches Verhalten des Sowjet- Imperiums staatspolitisch auch deshalb vertretbar, weil der schließliche große Sieg der UdSSR im Jahre 1945 den einseitigen Zugang zur „großen Schatzkiste des deutschen Beute- Know- How“ beschert hatte. Deutsches Wissen war zu jener Zeit „Benchmark“ in sehr vielen Bereichen, insbesondere in technischen Belangen – und der verhinderte, bzw. erlangte Einblick in das Nachnutzungspotential des Sowjetstaates ein Machtpolitikum ersten Ranges.

Doch inzwischen war der Inhalt dieser „Schatzkiste“ weitestgehend aufgebraucht – oder „moralisch verschlissen“ – , was man natürlich auch in sowjetischen Wirtschaftskreisen sehr gut wusste.

Gar mancher Wirtschaftskapitän versuchte schon seit einiger Zeit deshalb, „neue Türen“ in die westliche Welt zu öffnen, und auch in den politischen Spitzengremien gab es für derartiges Bemühen durchaus manches offene Ohr.

Aber auch die verunsicherte Ängstlichkeit all' jener gab es, die – um ihr begrenztes persönliches Potential wissend – das Aufkommen jedweder neuen fachwissenschaftlichen Denkrichtung nach Kräften zu bekämpfen gewillt waren, nicht selten mit Hilfe kunstvoll bemühter Rabulistik unter Zuhilfenahme abgedroschener politischer Phrasen vergangener Zeiten.

Und die dann auch manchen perspektivisch attraktiven wissenschaftlichen Auslandskontakt schon im „Embryonalstadium“ zu torpedieren versuchten, obwohl er mit großer Wahrscheinlichkeit ihrer gesamten sowjetischen Heimat – früher oder später – sehr zu Gute kommen konnte.

Vor allem talentierten jüngeren Wissenschaftlern stießen die keineswegs immer erfolglosen Bemühungen dieser Art „sehr sauer auf“!

Als der das gesamte Leben in der Sowjetunion am nachhaltigsten in Mitleidenschaft ziehende Schadfaktor im Forschungs- und Entwicklungsbereich wurde von unseren Akademie- Dozenten unisono das unsägliche *S c h n e c k e n t e m p o* bei der *Ü b e r f ü h r u n g* wissen-

schaftlicher Ergebnisse und der Resultate technologischen Tüftlertums in die „Praxis“ angesehen, d. h., in industriell praxistaugliche Verfahren und nutzungsbereite Produkte.

Die uns zu diesem Problemkomplex mitgeteilten Fakten sind es wert, hier zumindest in einer äußerst komprimierten Form reflektiert zu werden.

Jedes beliebige, für nachfolgend unionsweiten Einsatz vorgesehene, neu entwickelte technische Gerät, jede Maschine, jeder Gebrauchsgegenstand musste – nach überstandener Prüfung seitens hierfür autorisierter staatlicher Zulassungsbehörden –, vor Erlangung des für die Produktionsaufnahme zwingend erforderlichen Zuganges in die Volkswirtschaftsplanung, im Ministerrat der Union ein weiteres umfangreiches Genehmigungs- und Abstimmungsverfahren absolvieren.

Im Rahmen dieser neuerlichen Prozedur mussten die betreffenden Unterlagen zum neuen Gerät, zur neuen Maschine, zum neuen Gebrauchsgegenstand, nach einander, insgesamt 43 (!) Unterinstanzen vorgelegt werden!

Bei strikter Einhaltung der festgelegten maximalen Bearbeitungszeiten in diesen einzelnen Instanzen war das interministerielle Genehmigungs- und Abstimmungs-Verfahren zur Aufnahme in die Volkswirtschaftsplanung nach etwa 3 Jahren (!) durchlaufen!

In Anbetracht einer derart überbordenden und extrem zeitaufwändigen Bürokratie ist es nicht sonderlich überraschend, dass sich auch in vielen sowjetischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen ein behäbig-gemütliches Betriebsklima entwickelt hatte. Den zwischenmenschlich-kollegialen Verhältnissen kamen solche Entwicklungen womöglich entgegen, der Intensität des schöpferischen Bemühens wohl kaum.

Als ein Trauerspiel der besonderen Art offenbarte sich uns damals die Entwicklung der sowjetischen „Compuerei“.

Nicht nur im eigentlichen Russland, auch in Armenien, im Rigaer Raum, in der Westukraine gab es eine lange und bemerkenswerte Tradition in „Hoher Mathematik“, worauf man in den 40er und 50er Jahren beim Aufbau strategischer kernphysikalischer Potentiale hatte zurückgreifen können.

Auch die enorme perspektivische Bedeutung moderner Rechentechnik wurde in den führenden wissenschaftlichen Zentren des Landes vergleichsweise früh erkannt, an manchen „Ecken und Enden“ des Riesenreiches setzten zielstrebige Bemühungen in diese Richtung ein.

Die Anfangsergebnisse waren teilweise wirklich beeindruckend, recht bald war ein nicht nur Richtung Moskau und Nowosibirsk, sondern auch auf das armenische Erewan gerichteter innersowjetischer Wissenschaftstourismus zu beobachten, mit speziellen diesbezüglichen Aufgabenstellungen.

Gestartet zumeist in wissenschaftlichen Einrichtungen, gelangten die erfolgreicherer EDV-Projekte recht bald unter die Fittiche verschiedener Industrie- Ministerien, die besagte Arbeiten für die Lösung spezieller Aufgabenstellungen ihrer Verantwortungsbereiche nutzten, wiederum mit zeitgemäß durchaus angemessenen Ergebnissen.

Nur, wie leider üblich in sowjetischen Landen – jeder „Cluster“ arbeitete für sich, war zudem durch straffe generelle Geheimhaltungsvorschriften höchst offiziell an einer fruchtbaren innersowjetischen Zusammenarbeit gehindert.

Allmählich erkannte man dann doch in den staatlichen Moskauer Führungsstäben den sich allmählich zu einem ungezügelten „Wildwuchs“ zuspitzenden Zustand, begann die sich entwickelnden grundsätzlichen gewaltigen Risiken des Fehlens einer verbindlichen und zuverlässigen fachwissenschaftlichen Orientierung, der Steuerung des gesamten Prozesses durch eine kompetente Leitinstitution zu erahnen.

Und so beauftragte man – quasi als ersten Schritt in diese Richtung – die neu entstandene „EDV- Welt“, sich auf einheitliche sowjetische Standards zu verständigen, insbesondere hinsichtlich einer „Sowjetischen EDV- Standard- Software“. Denn das, was auf diesem Sektor nunmehr laufend erarbeitet wurde, überwiegend in Verantwortung verschiedener Industrie- Ministerien, war miteinander in erschreckendem Ausmaß *i n k o m p a t i b e l*. Die Software einer jeden Arbeitsgruppe pflegte ihren „*e i g e n e n* Geist“ zu haben.

Was Stalin in den 30er Jahren bei seiner Aufforderung an die „Rote Armee“, sich hinsichtlich einer strategischen Grundlinie für die Landesverteidigung zu verständigen, widerfahren war, erlebten jetzt die Kreml- Chefs in puncto EDV – alle Weisungen, Drohungen, Apelle konnten nicht das Knäuel der entstandenen Einzelinteressen, systemimmanenten Hemmnisse und inneren Widersprüche entwirren !

Beispielsweise erwiesen sich die straff gezurrten, rigiden Mechanismen der sowjetischen Planwirtschaft immer wieder als „Bestandsgarantieren mit annäherndem Ewigkeitswert“ für alles einmal in das Planungsgeschehen Aufgenommene.

Aufbauend hierauf konnten die diversen Interessenträger der einzelnen EDV- Cluster alle Bemühungen zur innersowjetischen Software- Vereinheitlichung bis in die 70er Jahre **sehr erfolgreich konterkarieren**.

Dass gleicherweise auch die Etablierung eines innersowjetischen Normungssystems in den Belangen der EDV- Datentechnik, der sich nun in der UdSSR auch allmählich „artikulierenden“ Computer- Industrie, kaum erkennbar blieb, rundete das desaströse Bild dieser Gesamtszene desillusionierend ab.

Jeder Cluster kämpfte damals für sich, und sie alle gemeinsam gegen die von der Staats-Spitze angestrebte zentrale Steuerung der Entwicklung und des Ausbaus der modernen elektronischen Datenverarbeitung in der Sowjetunion. Es ging den diversen Clustern vor allem um die Verhinderung des angestrebten Stops von Parallel- Entwicklungen, was unvermeidlich zu manchem Karriere- Knick, zu Personal- Umschichtungen, zu Umstellungs-Schwierigkeiten, usw., führen musste.

Bei den „Paten“ dieser Cluster – z. B. bei jenen Ministerien, die sie unter Vertrag genommen hatten – ging es vor allem natürlich darum, die jeweiligen, im Verlauf eines jahrlangen Prozesses im eigenen Verantwortungsbereich eingeführten **speziellen** EDV- Systeme uneingeschränkt weiterhin nutzen zu können, für eine möglichst lange Zeit.

Besonders erfolgreich waren hierbei jene Software- Entwickler, die sich in beträchtlicher räumlicher Distanz von der Unions- Metropole hatten etablieren können, z. B. in Sibirien oder im Kaukasus. Sie konnten sich der Unterstützung auch durch ihre regionalen Autoritäten besonders sicher sein.

Und wie endete dieser durch manch Kabinettstückchen dialektischer Argumentationskunst verbrämte Dauerzwist ?

Letzten Endes wurde seitens der maßgeblichen Unions- Instanzen entschieden, dass die durch den US- Giganten IBM geprägten EDV-Normen und –Basisprogramme auch für die sowjetische Datentechnik hinfert bindend waren. Die vielen interessanten Ansätze zur Generierung einer eigenen sowjetischen Datentechnik – deren Zusammenführung zu einem schlüssigen Gesamtkonzept jedoch aus vielen Gründen nicht gelingen konnte – waren nun zu einem langsamen, aber sicheren Verdorren verurteilt.

Und in einem gesamtgesellschaftlich sehr wichtigen, perspektivisch möglicherweise entscheidenden Leistungsbereich hatte sich der Sowjetstaat damit in eine gewisse Abhängigkeit von westlichen IT- und Elektronik- Konzernen begeben.

Beredter Beleg für das beachtliche „human capital“ auf dem Terrain der einstigen UdSSR dürfte ein heutzutage weltweit geschätztes Antiviren- Software- System sein, das den landestypischen markanten Namen „KASPERSKY“ trägt.

Es ist ein genuin russisches Markenprodukt, bezeichnenderweise erst nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems entwickelt.

## CHARAKTERISTIKA DES STÄNDIGEN KOMPETENZ- GERANGELS ZWISCHEN LOKALER ADMINISTRATION UND DEN „GENERALEN“ DER ZENTRAL UNTERSTELLTEN SOWJETISCHEN INDUSTRIE- GIGANTEN

Als fünfter jener elementaren Faktoren, durch welche die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig behindert wurde, sei die systemische Inkompatibilität zwischen der den großen Industriebetrieben zugestandenen administrativen Kompetenz und den jeweiligen lokalen Administrationen erörtert.

Gewiss, das forcierte Etablieren großer industrieller Kapazitäten in Territorien mit einer bislang tardierten allgemeinen Entwicklung ist fast immer ein gesamtpolitisch sehr schwieriges Unterfangen, u. a. deshalb, weil historisch gewachsene soziale und ökonomische Strukturen dieser Territorien hierdurch meistens erheblichen Beeinträchtigungen unterworfen werden. Doch in West- und Mitteleuropa – z. B. – vollzogen sich dereinst solche umwälzenden Prozesse über erheblich „gestrecktere“ Zeiträume, als die weiträumige Industrialisierung der Sowjetunion in den etwa sieben Jahrzehnten ihres Bestehens.

Und in diesen – im Gegensatz zur UdSSR – marktwirtschaftlich gestalteten Staaten wurden die sich unvermeidlich ergebenden regionalpolitischen Konflikte zumeist vor allem zwischen zwei recht gut von einander abgrenzbaren Komponenten des gesellschaftlichen Lebens getragen. Auf der einen Seite standen die diversen Sektoren einer überwiegend privat getragenen Wirtschaft, auf der anderen Seite die verschiedenen Ebenen der staatlichen, bzw. kommunalen Verwaltung.

In der Sowjetunion, jedoch, war auch die Wirtschaft – in gewissem Sinne – „Staat“ geworden, wodurch man wohl zunächst extreme Zuspitzungen bei Auseinandersetzungen zwischen dem lokal „Althergebrachten“ und dem durch den Industrialisierungsprozess „neu Etablierten“ zumindest erheblich dämpfen, gar vermeiden konnte. Aber auf lange Sicht hatte das Fehlen einer klaren „Feldordnung“ erhebliche systemische Nachteile – die sich zunehmend in einander verwebenden Beziehungsstrukturen führten im Laufe der Zeit häufig zu sehr unübersichtlichen, „verkeilten“ Blockaden. Sie wurden nicht selten zu einem in Permanenz fortbestehenden Dauerzustand, konnten den durch sie befallenen Betrieben und Arealen jegliche Entwicklungsdynamik nehmen. Und wenn es schließlich gelang, sie doch zu überwinden, so geschah

dieses zumeist auf Kosten schmerzhafter, oft unvermeidbar hoher politischer und ökonomischer „Reibungsverluste“.

Die in der UdSSR typische gewordene Beziehungsstruktur zwischen zentralen Institutionen, Großbetrieben und lokaler- kommunaler Verwaltung kann man – in groben Zügen – wie folgt skizzieren.

Die Zentrale forderte – gestützt auf eine diesbezügliche Gesetzlichkeit – von der Kommune eine maximale Unterstützung des auf ihrem Territorium angesiedelten Großbetriebes, insbesondere den „unerlässlichen lokalen Beitrag“ zur Sicherung seines im Staatsplan festgelegten Produktionsausstoßes.

Diese Unterstützung wurde der Kommune bei Androhung einer Kürzung aller zentralen Zuweisungen abgefordert, insbesondere auch jener materiellen und finanziellen Zuweisungen, welche die Kommune zur Absicherung von gegenüber ihrer Bevölkerung zu erbringenden Leistungen einzufordern berechtigt war.

Im Falle eines ernststen Konfliktes zwischen Betriebsleitung und Kommunalverwaltung pflegte die Betriebsleitung warnend auf die Konditionierung aller der Kommune von zentraler Seite gewährten Zuweisungen aufmerksam zu machen.

Die betroffenen Kommunalverwaltungen waren durch diese zentral festgelegte Beziehungsstruktur in eine vergleichsweise schwache staatsrechtliche Position gebracht worden, denn ihr primäres Interesse konnte nicht primär dem neuen Großbetrieb gelten, sondern es galt der angestammten ortsansässigen Bevölkerung, der nachhaltigen allgemeinen Existenzsicherung in ihrem territorialen Verantwortungsbereich. Das erforderte unbedingt ein angemessenes Oponieren gegen betriebsegoistisches Verhalten, wenn, z. B., unverzichtbare lokale Versorgungsressourcen unzulässig beschnitten, oder sogar völlig „ausgeblutet“ zu werden drohten.

Zu befürchten war sehr oft in Sonderheit Folgendes.

1. Im Ergebnis einer seitens des Großbetriebes angeregten und zentral verfügten Adsorption bestimmter Produktionsbereiche lokaler mittlerer Betriebe durch den Großbetrieb drohte das Ausscheiden erheblicher Leistungspotentiale aus der Verfügbarkeit für lokale Aufgabenlösungen.

2. Durch die Abwerbung von Leistungsträgern lokaler mittlerer und kleiner Betriebe mit Hilfe der relativ hohen Löhne des Großbetriebes drohte die Leistungsstabilität dieser Betriebe einzubrechen, mit teilweise katastrophalen Folgen für die Bevölkerungs- Grundversorgung in verschiedenen Dienstleistungsbereichen.

3. Im Ergebnis einer administrativ durchgesetzten bevorzugten Versorgung neu zugezogener Betriebsangehöriger des Großbetriebes mit kommunal erstellten Wohnungen, Kinderkrippenplätzen, usw., mussten dringlichste Versorgungsfälle der alteingesessenen Bevölkerung zurückgestellt werden.

4. In Folge laxer Handhabung der gesetzlichen Umweltschutz- Vorschriften drohten ernste und nachhaltige Schädigungen der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Territorium der Kommune, sowie erhebliche Belastungen im Zuge von unumgänglich gewordenen Schutzmaßnahmen für die gesamte Bevölkerung.

Die kommunalen Leitungsorgane verfügten über ein einziges wirkungsvolles politisches Instrument, um ggf. einem durch zentrale administrative Instanzen und die Leitung des Großbetriebes ausgeübten Forderungsdruck entgegenwirken zu können, bzw. die Rücknahme untragbarer administrativer Verfügungen durchzusetzen – die ihnen verfassungsrechtlich zugesprochene Kompetenz für die Genehmigung *b a u l i c h e r* Vorhaben auf ihrem Territorium.

Nachdem diese verfassungsrechtliche Vorgabe durch einige höchstrichterliche Präzedenz-Urteile ihre Bestätigung gefunden hatte, war es mittlerweile üblich geworden, dass jede Kommune die Bewilligung eines Bau- Antrages zentralgeleiteter Großbetriebe mit der Einforderung der betrieblichen Unterschrift unter einen rechtlich „wasserdichten“ Kooperationsvertrag zu verbinden bestrebt war. Im Mittelpunkt solcher Verträge pflegten dann Absprachen zu stehen, mit deren Hilfe man die vorstehend skizzierten Risiken zu beherrschen hoffte.

Dessen ungeachtet gerieten vor allem die in solchen Verträgen gemachten betrieblichen Zusicherungen hinsichtlich strikter Einhaltung von *U m w e l t* - Normen häufig schon bald wieder in ein „*sehr z ä h f l ü s s i g e s* Fahrwasser“.

Diese Problemstrukturen waren auch in den Moskauer Partei- und Ministerialbüros bestens bekannt, auch die vielfach durch schwere gegenseitige Schuldvorwürfe belasteten internen Beziehungen zwischen den lokalen Leitungsbehörden – die in der Regel auch durch ihre regionale Administration gestützt wurden – und den Direktoraten der Industrie- Giganten. Und wie lautete nun üblicherweise die generelle Lösungsempfehlung aus Moskau, wenn – wieder einmal – ein solcher Konflikt sich zu einer „Dauerblockade“ verdichtet hatte ? „Der regionale *`Erste Sekretär`* der *K P d S U - R e g i o n a l l e i t u n g* hat die Angelegenheit zu bereinigen !“

Gewiss, ein erfahrener Ombudsmann kann manche verfahrenere Situation, manche vor allem emotional motivierte, inzwischen aber gesellschaftlich relevante „Hartleibigkeit“ beseitigen. Doch in einem unglücklichen organisatorischen Ansatz und daraus resultierenden Interessen-Widersprüchen begründete harte Kontroversen mit „gutem Zureden“ beizulegen – das gelingt auch einem sehr lebenserfahrenen, sachkundigen und psychologisch begnadeten Schlichter nur äußerst selten !

Was gewiss ebenfalls für die „Ersten Sekretäre“ von KPdSU- Regionalleitungen gültig war.

So existierte man dann, trotz aller redlichen Vermittlungsbemühungen der um ihr Ansehen sicher sehr bemühten Parteisekretäre, mancherorts mit seinen ungelösten Problemen „vor sich hin“, bemühte sich krampfhaft, in den obligatorischen Berichten nach „oben“ auch dort einen „plangerechten Fortschritt“ zu beschreiben, wo er vor Ort kaum noch wahrzunehmen war.

Anlässlich einer seminaristischen Übung schilderte unser sowjetischer Gesprächsleiter folgende szenische Abfolge, die er persönlich im Zusammenhang mit einem Konflikt der vorstehend beschriebenen Art erlebt hatte.

Szene Nr. 1 : Der Direktor eines Großbetriebes setzt – gestützt auf seine ihm verbrieften Prioritäts- Ansprüche – eine durchgängige Bevorzugung der Beschäftigten seines Betriebes bei der örtlichen Vergabe von Neubauwohnungen durch.

Szene Nr. 2 : Der örtliche Sowjet „revangiert“ sich für die Zurückstellung der langjährig ortsansässigen Bevölkerung bei den Wohnungsvergaben mit dem Stop von Genehmigungen für bauliche Erweiterungen des Großbetriebes.

Szene Nr. 3 : Es kommt zu massenweisen Unmutsreaktionen seitens der Beschäftigten des Großbetriebes gegenüber langjährig Ortsansässigen, da dringliche

Erweiterungs-

bauten im Betrieb durch die Haltung des örtlichen Sowjets verhindert sind.

Szene Nr. 4 : Der „Erste Parteisekretär“ der Regionalleitung, bisher als politischer Führer blass geblieben, erkennt die Chance, sein politisches „standing“ spürbar aufzuwerten, ordnet „zur Hebung des allgemeinen politischen Bewusstseins“ wiederholt den Ausfall eines Arbeitstages bei vollem Lohnausgleich an, um „machtvolle politische Manifestationen“ aus verschiedenen Anlässen zu organisieren zu lassen, z. B. Straßen- Umzüge, Volksfeste, sonstige Feierlichkeiten. Dadurch

kann er – angesichts der allgemein gewährten zusätzlichen Freizeit – sein Ansehen sowohl bei der Arbeiterschaft des Großbetriebes, als auch bei der Mehrheit der Alteingesessenen tatsächlich spürbar steigern.

Szene Nr. 5 : Der Betriebsdirektor, der durch die ausgefallenen Arbeitsstunden in Anbetracht ihrer Auswirkungen auf die Planerfüllung sehr beunruhigt ist, äußert sich im kleinen, halboffiziellen Kreis hinsichtlich der „ausufernden politischen Festivitäten“ kritisch, worauf er bei nächster Gelegenheit wegen „nachhaltiger Defizite bei der Volkswirtschaftsplan- Erfüllung“ vom „Ersten Sekretär“ in aller Öffentlichkeit gerügt wird.

„Offene Schluss- Szene“ :

Blieben der Betriebsdirektor und die Leitung des örtlichen Sowjets weiterhin im „Clinch“, hatte der „Erste Sekretär“ gute Chancen – u. a. mit Hilfe der „Stellschraube“ massenpolitischer Agitationsarbeit –, sich als Herr des Verfahrens zu behaupten.

Arrangierten sich jedoch die beiden Konfliktparteien nunmehr, mußte der Parteisekretär befürchten – ungeachtet eines wahrscheinlichen aktuellen Lobes für seine „geschickte Konfliktbereinigung“ –, eines Tages wegen „unangemessener Arbeitsmethoden“ von seiner derzeitigen Position entpflichtet und versetzt zu werden.

„ G e n e r a l direktoren hatten zumeist l a n g e Arme.“

Und „der Reigen“ konnte von Neuem beginnen !

## ÜBER DAS CHRONISCHE SIECHTUM DER SOWJETISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Zum Abschluss unserer Darstellungen zum sowjetischen Wirtschaftsleben seien einige spezielle Ausführungen zur Landwirtschaft der Sowjetunion gestattet, zu jenem Wirtschaftsbe- reich, der durch die Sicherung der menschlichen Ernährung essentielle Grundlagen für das Wachsen und Gedeihen des ganzen Landes sicherte.

Bekanntlich war das Terrain der UdSSR – im Wesentlichen – eine riesige, auf Europa und Asien verteilte kontinentale Landmasse, mehrheitlich geprägt durch nördliche, gar subpolare klimatische Regionen. Das erbrachte durchweg lange und kalte Winter, kurze und häufig sehr heiße Sommer, insgesamt mäßige bis minimale jährliche Niederschlagsmengen – mithin keineswegs klimatisch besonders günstige Bedingungen für das Betreiben einer klassischen Landwirtschaft nach west- oder mitteleuropäischem Modell.

Und in der Tat hielten die produktionsstatistisch erfassten Ergebnisse der sowjetischen Land- wirtschaft einem Vergleich mit den betreffenden Ergebnissen in West- oder Mitteleuropa keineswegs stand.

Wobei man aber – neben Klima und und daraus resultierenden Spezifika der Bodenstruktur – auch nicht außer Acht lassen darf, welchen desaströsen innen- und globalpolitischen Belas- tungen dieser Produktionszweig während der Sowjetzeit zeitweise ausgesetzt gewesen war.

Bei allen Mängeln und Entwicklungsschwächen – alles in allem war in den etwa 60 Jahren der Sowjetmacht bis zur Zeit unseres Moskauer Akademie- Aufenthaltes durch das beharr- liche Durchhaltevermögen der in jenen weiten Landstrichen beheimateten Menschen sehr Beachtliches bewirkt worden.

Die durchweg dünn besiedelten Regionen besaßen inzwischen in den Belangen der allgemei- nen versorgungs- und verkehrstechnischen Erschließung beachtliche infrastrukturelle Grund- lagen, des gleichen auch hinsichtlich ihrer schulischen und medizinischen Versorgung.

Und ihre landwirtschaftlichen Betriebe hatten mittlerweile eine gewiss immer noch dürftige, dennoch anzuerkennende grundlegende Technisierung erfahren. Des Weiteren waren an die harten klimatischen Bedingungen hinlänglich adaptierte Getreide- und andere Pflanzensorten gezüchtet worden, durch mühevoll Melioration konnte man viel einstiges Sumpfland einer landwirtschaftlichen Verwertung zuführen, usw.

Trotz alledem – die Landwirtschaft ihres Riesenreiches war und blieb für die an seiner Spitze stehenden Männer im Moskauer Kremel ein ständiges Sorgenkind.

Gewiss, die *k a l o r i s c h* ausreichende Ernährung der Bevölkerung war inzwischen stabil gesichert, das im Lebensgefühl der Menschen einen ungemein hohen, fast *z e n t r a l e n* Wert besitzende „*t ä g l i c h e B r o t*“ – in der wahrsten, ursprünglichsten Bedeutung des Begriffes – konnte bereits seit geraumer Zeit den über 200 Millionen Einwohnern der Union staatlicherseits garantiert werden, zu einem für den Endverbraucher sehr niedrigen, eher sym-bolischen Preis.

Es wurde bereits an anderer Stelle darauf eingegangen.

Aber – die typische Ernährung des Sowjetbürgers war eine relativ *e i w e i ß a r m e* Ernährung geblieben, wie sie es schon zu Zarenzeiten gewesen war.

Für eine der großen Bevölkerungs- Zahl angemessene Zucht von Fleisch- Vieh nach „west-lichen“ Vorbild stand – nach dem Abzug der für den direkten menschlichen Verzehr zu reser-vierenden Getreidemengen und des im jeweils nächsten Jahr auszubringenden Saatgutes – für tierische Mast immer nur ein sehr beschränktes Getreide- Kontingent zur Verfügung.

Das Fleischaufkommen auf dem sowjetischen Lebensmittel- Markt konnte somit nie ein mit west- oder mitteleuropäischen Verhältnissen vergleichbares Pro- Kopf- Volumen erreichen.

Doch da man für Fleisch in den Weiten des jetzigen Sowjetlandes auch zu des Zaren Zeiten immer einen vergleichsweise hohen Preis hatte zahlen müssen, es beim Gros der Bevölkerung eher selten auf dem Speisetisch zu finden gewesen war, man sich folglich über Generationen auf die diesbezüglichen Gegebenheiten eingestellt hatte, kamen die Staats- und Wirtschafts- lenker der Sowjetunion ob solcher fortbestehender Sachverhalte lange Zeit in keine nennens- werte öffentliche Bedrängnis – denn *B r o t* war nunmehr unbestreitbar immer und preis- wert erhältlich.

Aber mit dem allmählich steigenden Realeinkommen änderten sich auch in sowjetischen Landen die Speise- Gewohnheiten und -Bedürfnisse. Die Nachfrage nach Fleisch und Fleisch- produkten begann zu steigen, zunächst moderat, dann zunehmend intensiver – und damit, den Regeln agrarischer Ökonomik folgend, der seitens landwirtschaftlicher Produktionsbetriebe reklamierte Bedarf an dem für ein schnelles Wachstum ihrer Fleischproduktion erforderlichen Futtergetreide.

Mit anderen Worten – „allmählich artikulierte sich“ ein spürbarer politischer Druck „in die besagte Richtung“, zur erkennbaren Beunruhigung der Staatsplaner.

Und als dann, außerdem, im Jahre 1972 fast das **g a n z e** große Land von einer verheerenden Dürre heimgesucht wurde, die Getreide- Erträge landauf und landab weit unter den fest eingeplanten Mengen blieben, wurde guter Rat für die Chefs von Partei und Staat wahrlich **s e h r t e u e r !!**

Entgegen dem Ductus aller hartnäckig gepflegten politischen Dogmen und in den Nachkriegsjahren entwickelten propagandistischen Feindbilder entschloss man sich in Moskau schließlich, auf zunächst vage Signale der Unterstützungsbereitschaft seitens der USA zurückzukommen, des bisherigen ideologischen „Todfeindes“, der aber auch der globale Getreide-Erzeuger „Nr. 1“ war.

Nun ja, damals war gerade die „relative Tauwetterphase des Helsinki- Prozesses“ angebrochen.

Es wurde dann, nach einigem Hick- Hack, tatsächlich zwischen den USA und der UdSSR ein Abkommen abgeschlossen, durch welches die Sowjetunion vor einer akuten Hungerkatastrophe bewahrt wurde, das legendäre „Getreide- Abkommen“, welches den Sowjetstaat darüber hinaus bis zu seinem Ende vor diesbezüglichen Dramen bewahrte.

Der Zeitdruck, unter welchem die sowjetischen Verhandler bei der Ausarbeitung des Vertrages standen, gab der USA- Seite die Möglichkeit, außerordentlich günstige merkantile Positionen für sich durchzusetzen. Die Sowjetunion bezahlte das Getreide aus den USA vorzugsweise mit Erdöl, teilweise auch mit physischem Gold aus ihren sibirischen Lagerstätten.

Man musste damals – von sowjetischer Seite – die US- amerikanische Forderung akzeptieren, für die gesamte Laufzeit des Vertrages als Verrechnungsbasis den im Jahre 1972 gültigen Weltmarktpreis von Getreide, Erdöl und Gold festzulegen.

Es war auch schon 1972 absehbar, dass speziell den energetisch verwertbaren Rohmaterialien in den nächsten Jahren eine „Ralley“ bevorstand, was sich in den Folgejahren dann wirklich mit einem rapide ansteigenden Weltmarktpreis für Erdöl bewahrheitete.

Der gesamte „Getreide- Deal“ erwies sich somit als geschäftlich ungemein vorteilhaft für die USA.

Was wiederum ein wesentlicher Faktor für eine auch seitens der USA bis zum Ende der vereinbarten Laufdauer exakt eingehaltene Vertragstreue gewesen sein dürfte, ungeachtet mancher globalpolitischer Querelen im Verlauf der nächsten beiden Jahrzehnte.

Und der Weltfrieden war, trotz der bedrohlichen latenten „Ost- West- Konftontation“ jener Zeit, ein klein wenig sicherer geworden – ein für beide Seiten fortwährendes gutes Geschäft ist bekanntlich immer auch ein Stück stabiler Interessengemeinschaft und gegenseitiger Toleranzbereitschaft.

Wie auch immer – die UdSSR hatte sich mit dem „Getreide- Abkommen“ auf einem machstrategisch wichtigen Feld in eine gewisse Abhängigkeit von ihrem ideologischen und außenpolitischen Hauptgegner begeben. Die Ambivalenz dieses Vertrages war den sowjetischen Chefs von Partei und Staat selbstverständlich sehr bewusst, und man hatte dort die feste Absicht, schnellstmöglich alle Voraussetzungen zur Beendigung des entstandenen Zustandes zu schaffen, aus der entstandenen Kalamität schnellstmöglich wieder herauszukommen.

Man gab sich jetzt seitens der zentralen Instanzen große Mühe, neue Wege zu finden, um die in breiten Bevölkerungskreisen spürbar wachsenden Wünsche nach einem breiteren und qualitativ anspruchsvollen Lebensmittel- Angebot auf der Basis von möglichst absolut inländischen Produktionsketten permanent befriedigen zu können.

Man konnte nun aber das Problemkonvolut drehen und wenden wie man wollte – auf absehbare Zeit musste man die Grenzen und Unwägbarkeiten der sowjetischen Getreideproduktion als gegebene Tatsachen akzeptieren. Halbwegs normale Ernten vorausgesetzt, reichte der sich daraus ergebende Ertrag zwar für eine ausreichende Bereitstellung von Brot und sonstigen Backwaren, aber nie und nimmer für die Befriedigung der unaufhaltsam wachsenden Nachfrage hinsichtlich Wurst- und Fleischwaren.

Also galt es, das nun Jahr für Jahr zu erwartende Getreide aus den USA insbesondere für die vordringliche rasche Steigerung der Fleischerzeugung einzusetzen, und dabei Wege zu finden, die in diesem Produktionsbereich ein erhebliches Wachsen der Effizienz erwarten ließen.

Die im Ergebnis solcher Übelegungen von der sowjetischen Partei- und Staatsspitze getroffenen Festlegungen waren dann in der Tat höchst bemerkenswert.

Das jetzt zusätzlich zum eigenen Aufkommen nunmehr verfügbare amerikanische Getreide wurde nämlich nicht komplett in die übliche Volkswirtschaftsplan- Regie überführt, sondern zu erheblichen Teilen den Kolchosen und Sowchosen für eine „außerplanmäßige“ Verwendung überlassen, allerdings mit der dringlichen Empfehlung, es vorrangig für den Ausbau der Fleischproduktion einzusetzen.

Zudem gab es die „dezente Empfehlung“, den einzelnen Kolchosmitgliedern in „gewissem Umfang“ einen „Zugang“ zu besagtem Getreide- Kontingent zu gestatten, damit selbige diese

hochwertigen Futtermittel ihrerseits – im Rahmen der privaten Nebenerwerbs- Wirtschaften – ebenfalls für die Erweiterung des Angebots an Wurst und Fleischwaren einsetzen konnten.

Die Umsetzung dieser Festlegungen vollzog sich mit beachtlicher „Reibungsarmut“.

Denn das nunmehr „außerplanmäßig“ produzierte Fleisch konnte jetzt auch „außerplanmäßig“ vermarktet werden !

Es wurde – völlig legal (!) – dem zu wenig attraktiven Preisen erfolgenden Aufkauf durch den staatlichen Fleischgroßhandel entzogen, und auf sog. „Kolchosmärkten“ zum Verkauf gebracht, auf der Basis eines völlig „freien“, jeweils zwischen Käufer und Verkäufer verhandelten Preises.

Und dieser machte – in der Regel – ein Mehrfaches des staatlichen Aufkaufpreises aus, war somit für die hier als „freie Produzenten“ auftretenden landwirtschaftlichen Betriebe ökonomisch höchst interessant, ebenso wie für die Besitzer von privaten Nebenerwerbs- Wirtschaften, die ihre – in individueller Kleinstproduktion hergestellten – Fleisch- und Wurstwaren auf den „Kolchosmärkten“ zumeist höchst persönlich „verhöckerten“.

Die angesichts dieses Geschehens zu erwartenden Unmutsreaktionen in sozial schwächeren städtischen Schichten blieben unerheblich. Per Saldo war die ideologische Reaktion der Bevölkerung positiv, denn dem Sowjetstaat war es m. H. vorstehend skizzierter Maßnahmen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre tatsächlich gelungen, den durch das gewachsene Bedürfnis nach hochwertigen Wurst- und Fleischwaren entstandenen gesellschaftlichen Forderungsdruck zumindest partiell aufzufangen.

Alles dies beinhaltete auch einen sehr erheblichen Einschnitt in das Strukturgerüst der ideologischen Leitprinzipien der Sowjetunion – das nunmehr erfolgte moralische Akzeptieren und die staatspolitische Integration zumindest des landwirtschaftlichen Zweiges der Schattenwirtschaft waren nicht nur von großer aktueller marktpolitischen Bedeutung, sondern dadurch wurden auch in aller Öffentlichkeit bislang als unverrückbar geltende gesellschaftliche Dogmen relativiert.

Endlich gab es nun unvoreingenommene Untersuchungen zu den im aktuellen realen Leben der UdSSR fest verankerten *b e i d e n* Formen landwirtschaftlicher Produktion, d. h., der planwirtschaftlich kontrollierten Produktion von Kolchosen und Sowchosen – auf der einen Seite –, und – auf der anderen Seite – der durch die gleichen Betriebe, sowie private kolchosbäuerliche Nebenerwerbswirtschaften und Gartenwirtschaften betriebenen Produktion für die Schattenwirtschaft, unter dem Deckmantel des „Kolchosmarktes“ gesellschaftsfähig gemacht.

Und es stellte sich eine häufig geradezu frappierende Effizienz insbesondere der privaten Klein- und Kleinstbetriebe heraus.

Ende der 70er Jahre deckten sie nicht nur etwa ein Drittel des gesamten Fleischangebotes auf den Kolchosmärkten ab, sondern auch über die Hälfte des dortigen Angebotes von erstklassigen Speisekartoffeln, sowie um dreißig Prozent der betreffenden Angebote an Milch, Milchprodukten und Obst.

Die soziale Stabilität des dörflichen Lebens war dem zu Folge zu erheblichen Anteilen durch Engagement und Ertrag auf dem Gebiet der Nebenerwerbswirtschaft oder Gartenwirtschaft bestimmt, in gewissem Sinne auch die soziale Stabilität der vielen weitab von industriellen und anderen Ballungsräumen – z. B. großen Armee- Stützpunkten – gelegenen Kleinstädte. Mancherorts hatten sich durch diesen besonderen Wirtschaftssektor sogar Chancen zu einem ungeahnten ökonomischen Aufstieg einzelner Bauern ergeben.

In meinen originalen moskauer Notizen findet sich die Niederschrift einer Darlegung unseres sowjetischen Gesprächsleiters anlässlich einer seminaristischen Übung, in welcher er uns mit „gewissen Eigentümlichkeiten der daghestanischen Schafzucht in den Kaukasus- Vorgebirgen“ vertraut machte :

„In Daghestan, bekanntlich ein kaukasischer Rayon, haben einige Gebirgsbauern individuelle Viehbestände im Umfang von 400 Schafen !

Das viele Futter für ihre Herden stellt ihnen ihr Kolchos – auf welcher rechtlichen Grundlage, das wird uns leider vorenthalten –, doch den Verkaufs- Erlös für die gefragte Wolle ihrer Schafe, auch für die bei Schlachtungen anfallenden Felle, streichen die geschäftstüchtigen Goralen komplett `individuell` ein. Und wenn man eine 400- Schafe- Herde hat, bringt ein solches interessantes Geschäftsmodell dem betreffenden Kolchosnik aus unserem kaukasischen Brudervolk dann bis zu 15.000,00 Rubel im Jahr ein. Das ist immerhin eine Summe, die dem **D r e i f a c h e n** des Jahreseinkommens eines Moskauer Universitätsprofessors entspricht !

Gewiss, wir sollten nicht übersehen, dass der `individuelle politische Nebeneffekt` einer solchen von uns tolerierten Privilegierung mancher kaukasischer Viehzüchter mit ihrem grundsätzlich schwierigen Naturell in der Regel sehr erheblich ist, was auch örtliche obrigkeitliche Nachsicht, mehr oder weniger, rechtfertigen mag. Aus traditionellen Obrigkeits- Opponenten

haben wir auf diese Weise auch andernorts 'treue Sowjetbürger' gemacht, was zumindest so lange gültig bleiben dürfte, wie sich manche für sie höchst vorteilhafte ökonomische Gegebenheit nicht ändert.

Dennoch – allzu einfach und simpel sollten wir uns derartige Verhältnisse nicht deuten !

Manch' kaukasischer Schafzüchter mit eher eingegengtem geistigen Horizont und Bildungsstatus mag im Verlauf der mittlerweile drei glücklichen Nachkriegsjahrzehnte völlig legal sogar zum Rubel- Millionär geworden sein, leider jetzt auch vermutlich ausstaffiert mit entsprechend großem Selbstbewusstsein, z. B. gegenüber dem – aus seiner Sicht - 'artfremden' Russentum.

Derartige 'Ideologietrends' sollten wir sehr ernst nehmen !

Laut gültigem Gesetz darf eigentlich in Daghestan kein Kolchosbauer mehr als zehn 'individuelle' Schafe haben – aber die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz lassen 'territorial begrenzte Modifikationen' zu, was dann nicht selten extrem sittenwidrig ausgenutzt wird.

Auch zu den maximalen Grundstücksgrößen der individuellen Nebenerwerbs- Wirtschaften von Kolchosbauern gibt es gesetzliche Vorschriften, sogar mit unionsweiter Verbindlichkeit – doch die gleichen Gesetze erlauben es auch, einem Kolchosbauern mit langjährig beispielhaften persönlichen Leistungen in seinem Stammbetrieb solche Grundstücke für die individuelle Nutzung zu überantworten, deren Größe besagte Limits erheblich überschreiten.“

Nach dieser interessanten Einlassung unseres sowjetischen Gesprächsleiters wurde von uns Kursanten registriert :

Auch angesichts des charakterprägenden Einflusses von damals 60 Jahren Sowjetmacht war das möglichst maximale Ausnutzen von Gesetzeslücken „Verhaltens- Üblichkeit“ geblieben !

Die vorstehende Skizze zu den „Eigentümlichkeiten der daghestanischen Schafzucht“ verdeutlicht sicher einen Extremfall von betriebswirtschaftlicher Ergiebigkeit eines landwirtschaftlichen Nebenerwerbs- Betriebes zu den realsozialistischen Zeiten der einstigen Sowjetunion.

Dennoch – dass eine Kolchosbauern- Familie die „größere Hälfte“ ihrer pekuniären und sächlichen Existenzgrundlagen nicht in Form von Arbeitslohn für im Kolchos- Betrieb geleistete

Arbeit erlangte, sondern aus den Erträgen ihres eher winzigen privatlandwirtschaftlichen Nebenbetriebes, war keineswegs die Ausnahme.

Die in den Kolchosen gezahlten Löhne waren auch nach einer in den 60er Jahren für diesen Sektor verfügbaren „Mindestlohn- Reform“ niedrig geblieben. Sie **m u s s t e n** niedrig bleiben, insbesondere auch in Folge der eigenartigen wirtschaftsrechtlichen Einbettung der landwirtschaftlichen Kollektiv- Betriebe in das politische, speziell in das planungsrechtlich- preisrechtliche System der Sowjetunion.

Zum näherungsweisen Verständnis jener Gegebenheiten muss man sich verdeutlichen, dass die landwirtschaftlichen Kollektiv- Wirtschaften der UdSSR – die „Kolchosen“ – **k e i n e** staatlichen Betriebe im engeren Sinne waren, somit auch **n i c h t** durch die gemäß sowjetischem Staatsverständnis durch den Staat gewährleisteten Bestandsgarantien ökonomisch gesichert waren.

Dies implizierte – die in den Kolchosen Beschäftigten verfügten **n i c h t** über die staatliche Garantie, dass ihnen ein gemäß tariflichen Festlegungen zustehender Lohn auch bei einer betriebswirtschaftlichen „Schiefelage“ ihres Kolchoses ausgezahlt wird, im Gegensatz zu der großen Masse aller berufstätigen Sowjetbürger, die in Staatsbetrieben verschiedener Art eine Beschäftigung ausübten.

Die sowjetischen Kolchose verstanden sich nicht als staatliche, sondern als **G e n o s s e n - s c h a f t s b e t r i e b e**.

Obwohl weitestgehend durch sowjetstaatliche Gesetze und Verfügungen vorgegeben, besaßen die für sie gültigen betriebsrechtlichen Regulative eine große Ähnlichkeit zu analogen Vorschriften für Genossenschaftsbetriebe „in der Welt der freien Wirtschaft“.

Beispielsweise waren die Arbeitsentgelte für Kolchos- Mitglieder vorwiegend aus jenem monetären Erlös zu generieren, der durch den aktuellen Verkauf von Kolchos- Erzeugnissen erreicht wurde – und dies unter den Bedingungen weitestgehend durch die staatliche Planwirtschaft vorgeschriebener Produktionsstruktur und Produktionsvolumina, sowie der Koexistenz von verschiedenen Preiskategorien für das gleiche landwirtschaftliche Erzeugnis.

Fassen wir zusammen !

Die **h ö c h s t e n** Preise erzielte man zumeist auf dem „freien“ Kolchos- Markt.

Im Vergleich dazu waren staatlich festgesetzte Abnahmepreise des staatlichen Lebensmittel-Großhandels in der Tendenz *erheblich niedriger*. Die laut gesetzlich verbindlicher Planaufgabe vom Kolchos zu produzierenden und anschließend abzuführenden Produkte wurden ihm stets *nach dieser* Preisliste entgolten.

*Noch wesentlich niedriger* aber waren in der Regel jene Preise, die der private Endverbraucher an den staatlichen Handel zu zahlen brauchte, wobei die Bedarfsdeckung durch den staatlichen Handel allerdings nur für eine sehr überschaubare Palette von Lebensmitteln gewährleistet werden konnte – was andererseits bedeutete, dass *speziell diese* Lebensmittel damit für das Angebot des Kolchos- Marktes ausschieden.

Der Anreiz zu einer gesetzwidrigen systematischen geschäftlichen Ausnutzung der durch die Preisdifferenzen gegebenen Situation war erheblich. Und sicherlich ist der eine oder andere Sowjetbürger dadurch zu einem relativ beachtlichen Wohlstand gelangt, auch wenn das Organisieren von illegalen Warenkreisläufen, z. B. zur *wiederholten* Abschöpfung der bei einigen Produkten sehr hohen Preisdifferenzen, als schweres Verbrechen galt, im Falle der Aufdeckung mit langjährigen Freiheitsstrafen und Vermögenseinzug geahndet wurde.

Angesichts des engen Korsetts von verbindlichen staatlichen Produktions- und Lieferungsauflagen, sowie den grundsätzlich gewinnfeindlichen Festlegungen des Volkswirtschaftsplanes betreffs der Abnahmepreise des staatlichen Großhandels, waren die – nach Erfüllung der Planaufgaben – auf den *Kolchos-Märkten* erzielten Einnahmen für viele landwirtschaftliche Kollektivwirtschaften der UdSSR jener ständige „Rettungsanker“, der die ökonomische Fortexistenz des Betriebes ermöglichte.

Was natürlich zur Vorbedingung hatte, dass die zahlungsfähige Nachfrage nach *diesen* Produkten im Rahmen des auf Niedrig- Preis- Niveau agierenden staatlichen Einzelhandels *nicht* befriedigt werden konnte.

Es war also ein „wahrlich verwirrend Spiel“, das Geschehen im Bereich der Agrarprodukte-Ökonomie in sowjetischen Landen, bei welchem nur wenige „Kolchosen als solche“ wirklich reich geworden sind.

Es verwundert dann auch wohl kaum, dass weder für eine erquickliche Lohnentwicklung der „Kolchosniki“, noch für Investitionen, Modernisierung des Maschinenparkes, usw. kaum je ausreichend liquides Geld in der Kasse der Kollektiv- Wirtschaften verfügbar war, jener sehr eigenartigen betriebs- strukturellen „Zwitterwesen“ des sowjetisch geprägten Sozialismus auf dereinst vom russischen Zar beherrschten Grund und Boden.

In Bereich der Landwirtschaft ist es damals besonders deutlich geworden – ideologie- theoretisch war in der UdSSR die „Schattenwirtschaft“ sicherlich stets und immer ein systemischer Störfaktor, doch ohne ihre „Schattenwirtschaft“ hätte sie vermutlich vermutlich schon s e h r b a l d sich als wirtschaftlich v ö l l i g l e b e n s u n t a u g l i c h erwiesen.

Wer von den führenden Leuten in Moskau diese Faktenlage mit beträchtlichem Verdrängungstalent bisher nicht zur Kenntnis genommen hatte, musste solches spätestens nach Vorliegen der ausführlichen Situations- Analysen Mitte der 70er Jahre nachholen, wie hier bereits zur Sprache gebracht.

Allein – zumeist resultierte aus den diversen Manövern, um die fiskalischen und sonstigen Inbalancen in der Welt der Kolchosen, Sowchosen, individuellen Nebenerwerbs- und Gartenwirtschaften wieder „in's Lot“ zu bringen, nur unbefriedigendes Stückwerk.

„Zum Stopfen des einen alten großen Loches riss man zumeist an anderer Stelle zwei neue, möglichst klein erscheinende, aus denen dann aber oft in schnellem Tempo wieder große Löcher wurden – z w e i große Löcher !“

Auf die Details näher einzugehen, würde den Rahmen dieser Darlegung sprengen, auf ihre generelle Wertung werden wir noch zurückzukommen haben.

Bisher hatte man an den zentralen Stätten von sowjetischer Politik und Wirtschaft seine Landwirtschaft „irgendwie“ als eine Art „Perpetuum mobile“ angesehen, als eine zu ewiger Regenerationsfähigkeit bestimmte, unerschöpfliche Quelle grundlegender Ressourcen für den erträumten Weg zur international führenden, allseits mit ehrfürchtiger Verehrung wahrgenommenen sozialistischen Industriemacht.

Man sah es ein – von dieser Illusion musste man sich lösen !

Aber solches „Sich Lösen“ war für manchen damaligen Verantwortungsträger und seine Mannschaft ein sehr, sehr bitterer Prozess.

Nicht wenige der ergrauten Granden in den Dienstzimmern der Moskauer Zentralen erinnerten sich mit Grauen an jenen markerschütternden Schrecken, den sie vor nunmehr etwa 40 Jahren – junge Männer damals – erfahren hatten, als die Konsequenzen der noch von Lenin persönlich angeregten „Neuen Ökonomischen Politik“, der NEP, die sozialistische Perspektive ihres Staates fast erdrückt hätten.

Und wer hatte damals solchem „antisozialistischen Streben des Klassenfeindes“ die Massenbasis gegeben ?

Es war die *B a u e r n s c h a f t* gewesen, aus Gründen, die man wohl mit gutem Recht egoistisch nennen konnte, unstrittig nur eigenen Interessen folgend, ohne Rücksichtnahme auf ihre einstigen Revolutionsführer und politischen Weggefährten !

Der Zweite Weltkrieg und die grandiose Aufbauzeit der beiden Nachkriegsjahrzehnte hatte das alles in den historischen Hintergrund treten lassen.

Doch jetzt ausgerechnet *d i e s e r* wankelmütigen sozialen Klasse zu einer Gleichrangigkeit mit der unerschütterlich als historischen Heilsbringer angesehenen Arbeiterklasse zu verhelfen – dazu gab es im Kremel immer noch einen allzu starken „inneren Widerstand“. Denn solches Ansinnen rüttelte gewaltig an den „langfristigen Grundüberzeugungen“, manch einen der älteren Herren überfiel angesichts solcher politischer Zumutungen gar immer wieder ein ausgeprägtes physisches Unwohlsein.

Dennoch, der Tenor aller mit Landwirtschaft befaßten wissenschaftlichen Disziplinen, seien es die allgemeinen Agrarwissenschaftler, sei es die breite Front der Biologen und sonstigen Naturwissenschaftler, seien es die Land- Techniker oder Agro- Ökonomen, die Äußerungen der Koryphäen aller dieser Fachdisziplinen erbrachten eine General- Aussage, eindringlich und unüberhörbar – *o h n e e i n e u m f a s s e n d s t r u k t u r i e r t e , s t r a f f u n d z u v e r l ä s s i g o r g a n i s i e r t e s t a a t l i c h e U n t e r s t ü t z u n g* war die sowjetische Landwirtschaft kaum in der Lage, in der Zukunft den *F o r d e r u n g e n d e r Z e i t g e r e c h t z u w e r d e n ! !*

Bei einem leichtfertig- unbekümmerten „Weiter so, wie bisher“, bei Fortsetzung der bisherigen „Vogel- Strauß- Politik“ in Landwirtschaftsfragen drohten kaum korrigierbare Verwerfungen der *g e s a m t e n* sowjetischen Gesellschaft.

Mitlerweile kannte man die Gefahren, doch die Entwicklung eines schlüssigen Konzeptes zu ihrer Abwehr wollte und wollte nicht so recht gelingen.

Und so „organisierte“ man vor sich hin, ergrübelte sich hier die eine, dort eine andere „Modifikation“ bisheriger Regulative.

Einzig der „Getreidevertrag“ mit den USA ragte aus diesem „Klein- Klein“ heraus.

Und gegen Ende der 70er Jahre musste man erleben, dass der sich im ländlichen Raum allmählich aufgestaute Unmut mit neuem Unmut liierte, der weitgehend eine Folge eines seit

längerem annoncierten Prozesses war, welcher aber nun auch im großen Land der Sowjets schließlich doch nachhaltig wirksam zu werden begann – der „Wissenschaftlich- technischen Revolution“ im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts.

Zumal in dieses Geschehen etwas eingebettet war, was man mit einer gewissen Überraschung registrierte – eine dezente **B i l d u n g s r e v o l u t i o n ! !**

Man kann die sich in ihrem Ergebnis abzeichnenden Konsequenzen mit der zusammenfassenden Aussage deutlich machen : „Die **s o w j e t i s c h e L a n d j u g e n d s p i e l t e n i c h t m e h r m i t ! !**“

Es bahnte sich eine **L a n d f l u c h t** gewaltigen Ausmaßes an.

In meinen Moskauer Aufzeichnungen fand sich die Mitschrift eines von einem unserer Dozenten gehaltenen Monologes über die Dilemmata der sowjetischen Landwirtschaftspolitik. Er war kurz zuvor von einer „Landreise“ zurückgekehrt, bei welcher er auch einen ihm freundschaftlich verbundenen „Ersten Sekretär“ einer ländlichen Parteileitung besucht hatte.

Der Monolog bietet eine anschauliche Illustrierung des vorstehend Angesprochenen.

„Gewiss war es richtig, mit Maßnahmen der staatlichen Geldpolitik den schnellen Wiederaufbau unseres Landes nach den verheerenden Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg nachhaltig und vorrangig zu unterstützen, z. B. durch beachtlich hohe Arbeitslöhne im Bauwesen und in der Schwerindustrie.

Der Hauptleidtragende jener Schwerpunktbildung war, auch in Anbetracht der unter strenger staatlicher Kontrolle niedrig gehaltenen Aufkaufpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse, folglich sehr geringer Einkünfte der Erzeuger dieser Produkte, unser weiter ländlicher Raum, im Konkreten die Kolchosen und Sowchosen, Bauern und Bäuerinnen.

In den 60er Jahren begann man in unserer Partei- und Staatsführung die Unhaltbarkeit einer unveränderten Fortsetzung dieses Kurses zu erkennen. Für Kolchos- und Sowchos- Bauern wurden gesetzlich Mindestlöhne festgesetzt, und zur Gewährleistung der hierfür erforderlichen Geldeinnahmen der Landwirtschaftsbetriebe das Niveau der staatlich garantierten Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse erhöht, jedoch nur ein wenig. Diese Preis-

anhebung deckte dann auch keineswegs völlig die durch den nunmehrigen Mindestlohn erhöhten Lohnaufwendungen der Betriebe.

Gemäß dem überaus optimistischen Grundtenor jener Zeit verfügte sodann eine staatliche Direktive, dass die landwirtschaftlichen Betriebe das neue Manko zukünftig durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu decken hätten.

Nun, diese Steigerung trat *n i c h t* ein, auch deshalb, weil unsere Industrie, unsere agrarwissenschaftliche Forschung und Entwicklung, unser Kali- Bergbau, usw., nicht in der Lage waren, die hierfür unerlässlichen Voraussetzungen in Form moderner und leistungsfähiger landwirtschaftlicher Gerätschaften, neuer Hohertrags- Pflanzensorten, adäquater Düngemittel in ausreichender Quantität und Qualität, usw., zu gewährleisten.

Was war die Folge dieser *g e n e r e l l e n* Fehleinschätzung ?

Ein Jahrzehnt später war die große Mehrheit der Landwirtschaftsbetriebe hoffnungslos überschuldet.

Was nun wiederum zur Folge hatte, dass jetzt selbst die bescheidenen Stückzahlen moderner landwirtschaftlichen Geräte unserer Landmaschinen- Industrie kaum Abnahme fanden, an die objektiv dringend erforderliche Steigerung der landwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität noch weniger gedacht werden konnte, als vor der zweiseitigen Kurskorrektur der 60er Jahre.

Was tat unsere Partei-und Staatsführung *j e t z t* ?

Sie verfügte einen generösen `Schuldenschnitt`, d. h., den in hoffnungslose Schuldenstrudel geratenen Kolchosen und Sowchosen wurden die zunehmend drückenden finanziellen Lasten von den Schultern genommen, die hiermit bei unseren Geldinstituten aufgerissenen `Löcher` durch den Staatshaushalt `irgendwie` gestopft.

Womit plötzlich in bemerkenswertem Umfang solche Geldmittel sich in der ökonomischen Zirkulation der Sowjetunion befanden, für welche es keine Warendeckung gab – in Anbetracht unserer Politik der festen Preise auch *n i c h t g e b e n k o n n t e* !

Glücklicherweise wurde das rechtzeitig genug erkannt, um im Laufe einiger Jahre durch leichte `Preiskorrekturen` – im Sinne dezenter Preiserhöhungen – die durch unsere Landwirtschaftspolitik entstandenen ökonomischen Lasten auf die gesamte Sowjetbevölkerung zu verteilen.

Um die Probleme unserer Landwirtschaft nun endlich effektiv an ihren Wurzeln fassen zu können, wurde damals auch einer weiteren Ursache der dortigen schleppenden Entwicklung

mehr Beachtung geschenkt, durch eine nunmehr forcierte Anhebung des auf dem flachen Lande gegenüber städtischem Standard weit zurückgebliebenen Bildungsniveaus. Und das mit beeindruckendem Erfolg, der allerdings nun seinerseits wiederum sehr überraschende Konsequenzen nach sich gezogen hat.

Es ist paradox – je erfolgreicher eine Aktion ist, desto größere Probleme wirft sie manchmal auf!

In den letzten Jahren ist es uns tatsächlich gelungen, den Bildungsgraben zwischen Stadt und Land erheblich zu reduzieren – mit der Folge, dass unsere gebildete Landjugend immer weniger die Neigung verspürt, ihre Lebensperspektive in der immer noch generell hinterherhinkenden Landwirtschaft zu suchen!

Wie hat man inzwischen diesem relativ neuartigen Phänomen entgegenzuwirken versucht? Indem man jungen Leuten Arbeitsverträge anbot, auf Grund derer diese mit erheblich höheren persönlichen Einkünften rechnen können, als ihre erfahrenen, die Hauptlasten der aktuellen Landarbeit tragenden älteren Kolchos-Kollegen.

Und die Folgen solchen Tuns?

Zum einen eine gewiss nicht überraschende soziale Unruhe in vielen Dörfern, zum anderen erneut hohe Schulden der Betriebe – die hohen Lohnausschüttungen an das 'junge Volk' überfordern die Kolchos-Haushalte, für die sich 'ewig verzögernde Modernisierung' der Produktion, für Investitionen in moderne Gerätschaften und Technik, steht jetzt noch weniger Geld zur Verfügung, als vor der 'Bildungs- Offensive'!

Die Reaktion unserer Partei- und Staatsführung?

Alle Landwirtschaftsbetriebe, bei denen die Arbeitsproduktivität gewisse Standard-Werte unterschreitet, sind inzwischen von allen Steuerzahlungen befreit worden, um den finanziellen Kollaps zu vermeiden.

Der gleichen Steuerbefreiung können sich auch die Angehörigen dieser Betriebe erfreuen.

Die öffentliche Reaktion auf diese Direktive?

Allgemeines 'Aufatmen', überall Zustimmung und Anerkennung, natürlich auch in Rundfunk und Fernsehen durchgängig zustimmende Kommentare.

Und die kürzlich drohenden Serien von Betriebszusammenbrüchen scheinen in der Tat einstweilen wieder abgewendet worden zu sein. Allerdings – innerbetrieblich durchgreifende 'Erneuerungswellen' sind bislang in unseren Kolchosen immer noch nicht wahrnehmbar.

Aber es zeigt sich jetzt ein neues Phänomen, recht u n a n g e n e h m e r Art, von unserer Öffentlichkeit mit peinlichem Staunen registriert – unsere Kolchosbauern nutzen ihre inzwischen erlangte Bildung dazu aus, völlig neue `Geschäftsmodelle` zu entwickeln, die der sozialistischen Gesellschaft kaum, ihnen individuell dafür um so mehr zum Vorteil gereichen. Man hält nämlich, durch geschicktes buchhalterisches Manövrieren, die verwaltungstechnisch ausgewiesene Arbeitsproduktivität knapp u n t e r dem Level der in die Steuerpflicht führenden Standards, sichert auf diese Weise für seinen Betrieb und seine Mitarbeiter die neuerlich festgelegte umfassende S t e u e r b e f r e i u n g .

Sodann unterstützt man in jeder erdenklichen Form seine Mitarbeiter bei ihrer äußerst intensiven Bewirtschaftung der privaten Nebenerwerbsbetriebe, wodurch sich diese Nebenerwerbsbetriebe – völlig steuerbefreit, auch durch keinerlei Planaufgaben belastet – zur finanziellen H a u p t e i n n a h m e - Quelle unserer Kolchos- Bauern zu entwickeln beginnen.

Was, zusammengefasst, darauf hinausläuft, dass der Kolchos in seiner funktionalen Substanz zur `sozialen Grundlage` der lukrativen privaten Nebenerwerbswirtschaften schrumpft, man sich von der bislang mit nur dürftigen Ergebnissen, doch äußerst mühevoll angestrebten Modernisierung unserer landwirtschaftlichen Großbetriebe für absehbare Zeiten total zu `verabschieden beabsichtigt`.

Damit können und dürfen wir als Sozialisten und Staatsbürger nicht einverstanden sein !

Wie kann man solchem Geschehen Einhalt gebieten ?

Im Augenblick bleibt wohl wirklich nur der Apell an die in diesen Kolchosen arbeitenden Genossen, ihrem P a r t e i g e w i s s e n zu folgen, geeignete Auswege aus den entstandenen Situationen v o r O r t zu finden !

Und unsere in verschiedenen Leitungsorganen die gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragenden führenden Persönlichkeiten müssen sehr schnell erfassen, dass staatliche Maßnahmen – sollten sie auch noch so dringlich sein – nur dann den angestrebten Erfolg haben, wenn sie rechtzeitig und ausreichend differenziert eingeleitet werden.

`Diffuses Schnellfeuer im letzten Augenblick` hat selten eine nachhaltige positive Wirkung !

Wohl eine jede der vorstehend skizzierten Kurskorrekturen war nicht `an sich` falsch, doch die betreffenden Prozesse wurden meist sehr spät eingeleitet, in der Regel sehr schwerfällig umgesetzt, und sie waren grundsätzlich gesamtgesellschaftlich zu wenig abgesichert, zu undifferenziert, zu starr, teilweise extrem unelastisch.

Wir sind sehr stolz darauf, dass unsere sozialistische Gesellschaft zu einem filigranen Kunstwerk heranreift. Doch wenn wir es nicht verstehen, unsere Leitungsmethodik auf das heute unerlässliche hohe Niveau zu heben, müssen wir mit verschiedenen Schwierigkeiten auch eines solchen Ausmaßes rechnen, dass sie von uns n i c h t m e h r auf einzelne, spezielle Sektoren b e s c h r ä n k t gehalten werden können.“

Soweit der Monolog unseres kürzlich von einer ländlichen Dienstreise zurückgekehrten Dozenten zur „Kolchos- Problematik“.

Auf Nachfrage bestätigte er damals, dass die Landflucht der Kolchos- Jugend in den letzten Wochen eher angestiegen, als abgeflaut war, ungeachtet der skizzierten Bemühungen vieler Kolchos- Leitungen um ihren bäuerlichen Nachwuchs.

Bei unserer abendlichen „Nachbereitung“ jenes besonders interessanten Vorlesungstages im kleinen, vertrauten Kreis kamen wir zur Überzeugung, dass die diskutierten ländlichen Entwicklungen unsere an anderer Stelle bereits vorgestellte „Bildungsfallen- Theorie“ nachhaltig stützten.

Die in den letzten Jahren auf ein qualitativ neues Niveau gehobene allgemeine Bildung der sowjetischen Landjugend hatte ihr auch einen zumindest partiellen Zugang zu den Inhalten der aktuellen wissenschaftlich- technischen Revolution eröffnet.

Den sich damit ergebenden neuen geistigen Horizonten war die triste und dürftige Kolchos- Realität ihres derzeitigen Seins nunmehr in keiner Weise noch adäquat.

Da zudem keinerlei perspektivische Ansätze für einen realistischen grundsätzlichen Wandel der gegebenen unbefriedigenden Situation erkennbar waren, bemühten sich die jungen Leute vom Lande zunehmend, in attraktiveren s t ä d t i s c h e n Regionen Fuß zu fassen.

Durch einen relativ intensiven, jedoch in hohem Maße s i t u a t i o n s i n a d ä q u a t e n , die gegebenen Verhältnisse sozialpsychologisch sträflich vernachlässigenden Bildungsprozess hatte man n e u e s s o z i a l e s K o n f l i k t p o t e n t i a l geschaffen.

Bildung hat immer eine starke gesellschaftliche Potenz – der fruchtbare Umgang mit ihr erfordert seitens der politisch verantwortlichen Bildungsgestalter stets ein hohes gesellschaftliches

### VERANTWORTUNGSBEWUSSTSEIN !!!

Abschließend zum vorstehenden Exkurs wirtschaftspolitischer Sachverhalte in der Sowjetunion sei ein kurzer Blick auf einige spezielle landwirtschaftliche Teilkomplexe von gewisser Bedeutung geworfen.

Beginnen wir mit einigen Zeilen zu den Fragen der sowjetischen Geflügelmast.

Unter futterökonomischen Aspekten ist das sog. „Broiler- Hähnchen“, das „männliche junge Huhn“ ein sehr interessantes Schlachttier. Zur Produktion von einem Kilogramm Hühnerfleisch ist nur etwa die Hälfte jenes Futtergetreides erforderlich, das für die Produktion der gleichen Menge Schweinefleisch eingesetzt werden muss.

In den sowjetischen Großstädten wurde besagtes „Broiler- Hähnchen“ bereits zur Zeit unseres Moskau- Aufenthaltes als ernährungsphysiologisch und geschmacklich interessanter Fleischlieferant recht lebhaft nachgefragt, war nicht nur auf den Kolchos- Märkten, sondern auch im preiswerten staatlichen Lebensmittel- Handel häufig verfügbar.

Auf dem überregionalen klassischen Fleischmarkt spielte hingegen das Huhn eine eher nachrangige Rolle, er wurde nur von wenigen spezialisierten Betrieben beliefert. Und diese arbeiteten fast durchweg mit veralteter Technik und überholten Produktionsmethoden, die international als hocheffektiv erkannte Mais- Verfütterung an Mastgeflügel war dort – beispielsweise – immer noch völlig unüblich.

Was damit korrespondierte, dass auf dem sowjetischen Getreidemarkt kein nennenswertes Maisangebot vorhanden war, da auch von der Planungsseite keine größere derartige Produktion eingefordert worden war.

Es gab, des weiteren, in Bezug auf Mais kaum ausgereifere Anbau- Erfahrung, geschweige die hierfür inzwischen „angesagte“ spezielle Anbautechnik.

Mit anderen Worten – man hatte in diesen Belangen die internationale Entwicklung der letzten Jahrzehnte, mehr oder weniger, „verschlafen“ !

Mitlerweile war das alles zentralen Ortes wohl erkannt worden, der zeitweilige Parteichef Chruschtschow hatte sogar die gängige Formel vom Maiskolben als der „Bockwurst am Stiel“ geprägt, doch in Folge des landestypisch langatmigen „Hin – und – Her“ in diversen Ent-

scheidungs-gremien waren nennenswerte Resultate im Sinne einer raschen Modernisierung und Steigerung der „Broiler“- Produktion bisher ausgeblieben.

Ein anderes „verschlafenes Problem“ des Riesenlandes war die unterbliebene rechtzeitige Ausbildung, bzw. Umschulung ausreichender Kontingente von landwirtschaftlichen Wartungs- Mechanikern, d. h., von Männern, die in der Lage waren, moderne Landtechnik zu pflegen, zu warten, auch verschleißbedingte Standard- Reparaturen vorzunehmen.

Bis zu Beginn der 70er Jahre dominierte in den ländlichen Regionen der Sowjetunion noch generell die klassische Schmiede- Ausbildung gegenüber der anstehenden Qualifikation von technisch versierten und gefühlvollen „Schraubern“.

Gewiss war es für die Kolchosen von Wert, über muskelkräftige und schwere körperliche Arbeit gewohnte Männer verfügen zu können, somit die Hufe der immer noch für diverse Kleintransporte in unwegsamem Gelände unerläßlichen Zugpferde von diesen Hufschmieden stets ordnungsgemäß beschlagen waren. Doch der langsam, dessen ungeachtet kontinuierlich wachsende Maschinenpark der Betriebe erforderte jetzt vor allem ausreichende Fertigkeiten für den sachgerechten Einsatz von Schweiß- und Löttechnik, elektrotechnisches und elektronisches Fachwissen, angemessene „Schrauber“- Qualitäten, usw.

Wiederum gestalteten sich die anstehenden Modifizierungen der betreffenden beruflichen Ausbildungen – bzw. die dringlichen Umschulungen – sehr „zähflüssig“. Bereits die im Vorlauf nötige Qualifizierung des Ausbildungspersonals stieß oft auf individuelle und institutionelle Widerstände von beachtlicher Hartnäckigkeit.

Wenden wir uns in gebotener Kürze dem inhaltlich sehr breiten und in einander verflochtenen Komplex von „Fruchtfolge – Düngemittel – Schädlingsbekämpfung“ zu.

Allzu lange vernachlässigte man die inneren Zusammenhänge dieser Grundkomponenten landwirtschaftlicher Bodenfruchtbarkeit in der sowjetischen Agrarforschung, sicherlich auch eine Folge der relativen Isolierung vom internationalen Wissenschaftsbetrieb. Doch in den von uns hier zitierten Jahren 1979/80 arbeitete man – endlich – in den entsprechend spezialisierten Instituten mit Hochdruck daran, für die wichtigsten Agrar- Pflanzen und territorialen Acker- Lagen der UdSSR orientierende Handlungs- Vorlagen zu entwickeln.

Als das substantiell diesbezüglich größte Manko wurde die unzureichende Leistungsfähigkeit der sowjetischen Düngemittel- Industrie erachtet. Sie konnte damals nur etwa die Hälfte des ermittelten Versorgungsbedarfes decken.

Zum zentralen Problem für die landwirtschaftliche Nutzung großer Areale der Sowjetunion drohte die in manchen Gebieten geradezu dramatische Verknapfung der Süßwasser-Reserven zu werden. Bei 40 Prozent der sowjetischen Ackerböden lagen die durchschnittlichen jährlichen Niederschlagsmengen unter 0,4 Liter je Quadratmeter. Auf solchen Flächen konnte man selbst in klimatisch „normalen“ Jahren im Falle von Getreide-Anbau kaum mehr erwarten, als den kargen Ertrag von etwa 10 Doppelzentnern pro Hektar. Und selbst ein derart dürftiges Ergebnis setzte einen äußerst sorgsamem Umgang mit dem Ackerboden voraus, z. B. einen möglichst weitgehenden Erhalt der Feuchtigkeit in den tieferen Bodenschichten durch die gefühlvolle Beschränkung des Pflüge-Vorganges auf die dünne oberste Bodenschicht. Nicht jeder Traktorist verfügte über die hierzu erforderliche Perfektion bei der Beherrschung seines Gerätes.

Geradezu hochdramatische Entwicklungen bahnten sich schon damals an den beiden Binnen-Meeren der UdSSR an, am Kaspi-See und am Aral-See, deren Wasserspiegel unaufhörlich zu sinken begonnen hatte. Hauptursache dieser Katastrophe waren vermutlich die kaum noch verantwortbaren ungebremsten Wasserentnahmen an den Ufern der großen Schmelzwasser-Abflüsse aus dem nördlichen Himalaya-Massiv, des Syr-Darja und des Amu-Darja. Man hatte sie für die Bewässerung der riesigen Baumwoll-Plantagen an ihren Ufern übermäßig auszubeuten begonnen. Aber auch die erhebliche Oberflächenwasser-Verdunstung der neu entstandenen riesigen Stauseen am Unterlauf der Wolga war vermutlich nicht ganz schuldlos daran, dass speziell der meergleiche Kaspi-See so schnell an Tiefe verlor, dass man nicht rechtzeitig abgeschleppte mittelgroße Schiffe in seinem östlichen Uferbereich kilometerweit vom neuen Ufer entfernt finden konnte, auf knochentrockenem Wüstenboden langsam vor sich hinrostend.

Während unseres Moskauer Aufenthaltes hatte in Moskauer Stäben eine sehr diskrete Diskussion darüber begonnen, wie man angesichts des rasanten Schwundes der Süßwasserreserven die weitere Existenz der asiatischen Baumwollfelder durch eine effizientere Bewässerung eventuell doch noch auf derzeitigem Niveau sichern könnte, oder ob es letztlich doch unvermeidlich sei, umgehend das gesamte sowjetische Baumwoll-Aufkommen radikal zu reduzieren.

Ein großes Problem der sowjetischen Lebensmittelwirtschaft waren teilweise enorme Verluste durch unsachgemäße Ernte, sowie durch Obst und Feldfrüchte sehr belastende Transport- und Lagerungs-Methoden.

Unverantwortlich hoch waren in Sonderheit die Verluste bei der durch Kolchosen und Sowchosen eingebrachten Kartoffelernte – etwa 40 Prozent dieser in genossenschaftlicher oder staatlicher Regie produzierten Erdäpfel wurden derart unsachgemäß geerntet, gelagert, transportiert, dass sie schließlich für Ernährungs- und Futterzwecke nicht mehr verwendbar waren.

In krassem Gegensatz hierzu war bei den sorgsam behandelten Kartoffeln aus den Nebenerwerbs- und Gartenwirtschaften kaum ein nennenswerter Schwund durch Verderben zu beobachten.

Nicht ganz so extrem, aber immer noch erheblich waren – bei Kolchosen und Sowchosen – die Verlustraten bei Gemüse aller Art und bei Obst, und dort insbesondere bei Weintrauben zum sog. Tafelverzehr.

Die für das Verderben der Feld- und Gartenfrüchte maßgeblichen Ursachen variierten – naturgemäß – etwas, doch zumeist waren Verkettungen von mechanischen und thermischen Schädigungen typisch.

Speziell für die Kartoffel waren inzwischen die folgenden Schädigungskomplexe gesichert worden.

1. Die im Zuge der allgemeinen Mechanisierung der Landwirtschaft erfolgte Ablösung von überwiegend manuellen Handhabungen beim Ernten, Transportieren und Lagern der Knollenfrüchte durch maschinelle Prozesse, umgesetzt mit Hilfe von veralteten Gerätschaften, die den Kartoffeln eine sehr derbe Behandlung mit häufigen Knollen- Läsionen angedeihen ließen.

2. Transport- Probleme, insbesondere zeitlich sehr ausgedehnte Eisenbahn- Transporte in für den Kartoffel- Transport nur bedingt geeigneten Waggons, im Ergebnis wessen die Knollen teilweise extremen thermischen Belastungen ausgesetzt wurden – Hitze bei langwährender Sonnenbestrahlung, Kälte bei Regen- oder Frostwetter.

3. Durch den in den letzten Jahrzehnten allgemein üblich gewordenen Wohnungsneubau in Plattenbauweise waren die ehemals typischen, wohnungsgebundenen Lager- und Vorratsräume weitgehend in Fortfall gekommen, mit der Konsequenz, dass sich für den Kartoffel-Einzelhandel das Erfordernis einer über das ganze Jahr hinweg – auch im Winter – aufrecht zu erhaltenden kleinteiligen Kartoffel- Versorgung für die Bevölkerung ergab. Dafür waren die Warenlager des Einzelhandels größtenteils nur unzureichend ausgestattet worden, bei strengen Frösten kam es oft zum Erfrieren ihres gesamten Lagerbestandes an Kartoffeln.

Wie schon an anderer Stelle bemerkt, hoffte man nun, durch einen forcierten Ausbau zeitgemäßen Ansprüchen genügender Speicher- und Lagerkapazität dieser speziellen Misere Herr werden zu können.

## DEMOGRAPHISCHE TENDENZEN UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KONFLIKTLINIEN

Nachdem wir relativ eingehend ökonomischen Gegebenheiten in der Sowjetunion der Jahre 1979/80 Beachtung geschenkt haben, wollen wir nun unsere Sicht auf jene Zeit – nach einem Blick auf demographische Tendenzen – mit der Erörterung von sich zunehmend deutlicher abzeichnenden gesellschaftspolitischen Konfliktlinien abrunden.

Zunächst zu einigen grundlegenden demographischen Sachverhalten.

Der sowjetische Babyboom der unmittelbaren Nachkriegsjahre war zu Zeiten unseres Moskauer Akademie- Aufenthaltes schon lange Vergangenheit, nennenswerte Geburtenüberschüsse gab es in der UdSSR fast nur noch in den weitgehend islamisch geprägten mittelasiatischen Republiken. Die europäischen Großstädte Russlands und der Ukraine hatten jetzt sogar erhebliche Geburten- Defizite, in der Metropole Moskau dominierte zunehmend die Ein- Kind- Familie.

Die geburtenstarken Jahrgänge vor und um 1950 hatten nun, etwa 30 Jahre später, ihre Berufsausbildung durchweg abgeschlossen, in wachsenden Anteilen durch ein Hochschulstudium. Allerdings fanden diese Hochschulabsolventen ihre mehrheitlich hoch gespannten Erwartungen durch die ihnen nach den Abschlussexamina zugeteilten Arbeitsplätze oft auch nicht ansatzweise erfüllt, vor allem nicht ihre Träume von einer schnellen Berufskarriere in interessante und gut dotierte Leitungspositionen. Und für die nachrückenden Jahrgänge der zweiten Hälfte der 50er Jahre sah es in diesen Belangen noch ungünstiger aus.

Andererseits begann es an Nachwuchs für die unbeliebten Tätigkeiten mit großen physischen Belastungen zu mangeln, unbeschadet der dort zumeist guten Einkommensmöglichkeiten.

Der Anteil der Rentner an der sowjetischen Gesamtbevölkerung lag bei etwa 20 Prozent, bei wachsender Tendenz.

Durchweg ungünstig hatte sich offensichtlich die Stabilität der sowjetischen Ehen entwickelt, die Ehescheidungsziffern stiegen beständig.

Lagen Mitte der 50er Jahre die für die gesamte Union ausgewiesenen durchschnittlichen Ziffern bei nur drei Prozent, so hatte inzwischen dieser Wert sich im Verlauf von 25 Jahren v e r z e h n f a c h t ; in Moskau wurde mittlerweile sogar jede z w e i t e Ehe geschieden. Zur allgemeinen Überraschung hatten in letzter Zeit vorgenommene subtile Untersuchungen erbracht, dass Ehen von zwei Partnern u n t e r s c h i e d l i c h e r „innersowjetischer“ Nationalität vergleichsweise s t a b i l waren.

Allerdings wurden diese mehrheitlich in bereits relativ fortgeschrittenem Alter geschlossen. Im Jahre 1978 hatten sich in jedem sechsten Fall einer Eheschließung Partner aus unterschiedlichen Nationalitäten das „Ja- Wort“ gegeben. Sie behielten auch nach der Eheschließung ihre ursprüngliche Nationalität bei, ihre Kinder hatten gemäß damals gültiger gesetzlicher Vorschriften mit der Vollendung des 18. Lebensjahres eine Entscheidung zwischen der Nationalität ihres Vaters und der Nationalität ihrer Mutter zu treffen. Ein „innersowjetischer“ Nationalitätenwechsel im Zusammenhang mit einer Eheschließung war in der Sowjetunion „nicht vorgesehen“.

In sehr frühem Alter geschlossene Ehen waren generell übermäßig labil.

Mit einer gewissen Überraschung erfuhren wir damals auch, dass das gesetzliche Mindestalter für eine Eheschließung zwischen den Sowjetrepubliken variierte. Während in der Russischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und auch andernorts zumeist das in West- und Mitteleuropa übliche Heirats- Mindest- Alter von 18 Jahren galt, konnte man in verschiedenen Sowjetrepubliken Mittelasiens und des Kaukasus bereits mit 16 Jahren heiraten.

Jene soziale Gruppe, welche im Verlauf der Nachkriegsjahrzehnte – relativ gesehen – in der UdSSR die zahlenmäßig stärkste Entwicklung genommen hatte, war die Intelligenz.

Das war seitens der KPdSU gewollt, und aus objektiver Sicht erforderlich gewesen, stellte aber inzwischen die führenden politischen Kreise des Landes vor erhebliche ideologische und soziologische Probleme.

Zunächst sind in diesem Kontext zwei erhebliche Veränderungen sozialcharakterlicher Art festzuhalten – die sowjetische Intelligenz hatte inzwischen ihren elitären Charakter aus der Zarenzeit und ihre einstige weitgehende ideologische Homogenität verloren. Dennoch hatte sie – im Kern – ihren Gruppencharakter behalten, in gewissem Sinne sogar ausgebaut.

Gegen Ende der Zarenzeit war die Massenbasis der Intelligenz das im ganzen Reich präsente Heer der Schullehrer gewesen. Politisch seit Ende des 19., seit Beginn des 20. Jahrhunderts

mehrheitlich dezent links orientiert, hatte sich die Lehrerschaft in den Revolutionsjahren jedoch im Allgemeinen um ein „neutrales“ Verhalten bemüht, um möglichst nicht in verschiedene wirre machtpolitische Auseinandersetzungen verstrickt zu werden. Die in heftigem Streit liegenden Protagonisten von Revolution und Konterrevolution hatten damals diese Haltung der Lehrerschaft, im Großen und Ganzen, respektiert.

Durch die noch von Lenin konzipierte NEP- Politik waren dann die Pädagogen jedoch ökonomisch und hinsichtlich ihrer soziologischen Position deutlich abgewertet worden. Die zur Reduzierung von jedweder Form von „Bürokratie“ in die Wege geleiteten Maßnahmen trafen auch sie voll, vor allem auf dem nunmehr sozialkulturell bäuerlich beherrschten flachen Land. War ein Dorfschullehrer bisher fast immer eine unbestrittene und sehr geachtete Respektperson gewesen, musste er sich fortan – im Vergleich zu den prosperierenden Mittelbauern – nunmehr eher als der „Dorfarmut“ zugehörig empfinden.

Was es ihm sehr erschwerte, seinen erzieherischen Aufgaben gegenüber dem Nachwuchs nachzukommen, ihn zudem emotional mehr und mehr den Idealen des neuen Staates entfremdete.

Auch für das weltanschauliche Prägen des Nachwuchses in dem von der KPdSU propagierten Sinne waren solche Gegebenheiten keineswegs förderlich.

Stalin erkannte das, und mit der Beseitigung der „Neuen ökonomischen Politik“, der NEP, wurde auch die gesellschaftliche Position der Pädagogenschaft korrigiert – beispielsweise wurden die gehaltlichen Verhältnisse der Lehrer spürbar aufgebessert, sie wurden hinfort mit Engpass- Literatur bevorzugt versorgt, usw.

Der Lehrer erfuhr insgesamt als gesellschaftlicher Verantwortungsträger wieder öffentliche Aufmerksamkeit, eine angemessene Würdigung seines beruflichen Tuns – er wurde aber andererseits nun auch sehr viel nachhaltiger zum Vertreten der Partei- Ideologie angehalten, in Sonderheit bei seiner pädagogischen Arbeit mit der Schülerschaft.

Diese spezielle politische Linie gegenüber der Lehrerschaft ist seitens der KPdSU bis zum Ende des Sowjetstaates beibehalten worden.

Im Zusammenhang mit der massiv intensivierten Industrialisierung des Landes war in den 30er Jahren auf Initiative Stalins vorrangig die Ausbildung von qualifizierten Ingenieuren und Naturwissenschaftlern forciert worden, auch von akademisch ausgebildeten Landwirten. Dem folgten bald analoge Initiativen zur Ausbildung erheblicher Kontingente qualifizierter Ökonomen, um die in den gehobenen politischen Kreisen diskutierten Vorstellungen von einer „umfassenden sozialistischen Planwirtschaft“ mit „realem Leben“ zu erfüllen, sowie von

„Gesellschaftswissenschaftlern“, die der allgemeinen administrativen und Partei- Arbeit ein Niveau sichern sollten, welches den offenkundig sehr schnell wachsenden Anforderungen angemessen war.

Der Nachwuchs für andere, traditionell schon seit Langem gesellschaftlich gut eingeführte Gruppen der Intelligenz – z. B. Ärzte, Juristen, qualifizierte Vertreter verschiedener Sparten der Kultur- Szene, als da sind Theater- Intendanten, Dirigenten, Museologen, usw. – wurde entsprechend gesellschaftlicher Notwendigkeiten und fachlicher Erfordernisse ausgebildet.

Zur Zeit meines Moskau- Aufenthaltes in den Jahren 1979/80 zählte man an den diversen Hochschuleinrichtungen der Sowjetunion insgesamt etwa 20.000 Professoren. Ein solches Volumen verkörperte gewiss ein sehr beachtliches Potential an spezialistischem Wissen und intellektueller Breite – mit dem Gesamtpotential intellektueller Spitzenkapazität der „westlichen Welt“ konnte allerdings selbst eine solche sowjetische „Gelehrtenarmee“ k e i n e s – w e g s mithalten.

Umgerechnet auf Bevölkerungseinheiten, beispielsweise, erreichte die UdSSR den für international führende Industriestaaten typischen „Professoren- Dichte- Wert“ n i c h t , auch nicht die betreffenden Werte der Deutschen Bundesrepublik oder der DDR.

Alles in allem waren im sowjetischen „System der Wissenschaften“ etwa 4 Millionen Mitarbeiter aller fachlichen Qualifikationsstufen beschäftigt, wobei diese Zahl auch alle jene Personen erfasste, die sich in Hochschulen und Universitäten kaum mit Forschung, sondern vorrangig mit der studentischen Ausbildung befassten.

Die Anzahl unionsweit etablierter wissenschaftlicher F o r s c h u n g s - Einrichtungen, im engeren Sinne des Begriffes, wurde uns mit 5.200 benannt.

Die für entwickelte Industriestaaten charakteristische Drift in Richtung intellektuell geprägter beruflicher Tätigkeiten ist grundsätzlich zu einem nur k l e i n e r e n Teil auf wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit konzentriert. Man unterliegt deshalb u. U. schnell einem nachhaltigen Irrtum, von einem in der Bevölkerung hohen Anteil an Hochschulabsolventen – in Folge eines gewissen „gedanklichen Automatismus“ – auf ein hohes Potential an hochqualifiziertem Forschertum zu schließen.

Was von uns auch bei der Behandlung der diebezüglichen Gegebenheiten in der UdSSR angemessen beachtet werden muss.

Sicherlich ist besagte Drift – neben weiteren unabdingbaren Voraussetzungen – auch für ein angemessenes Wachstum von Wissenschaft und Forschung im engeren Sinne unerlässlich.

Dennoch – ihre Implikationen in Bezug auf a n d e r e grundsätzliche Aspekte des allgemeinen gesellschaftlichen Prozesses dürften – zumal in historischer Perspektive – dem z u m i n d e s t g l e i c h r a n g i g sein.

Werfen wir also einen Blick auf die hierfür 1979/80 in der UdSSR relevanten Details.

Bei einer charakterisierenden Einordnung der Sowjetbevölkerung gemäß der damals üblichen Differenzierung, nach den Gruppen „Arbeiter“, „Bauern“, sowie „Angehörigen der Intelligenz und sonstige Angestellte“, ergab sich zu jener Zeit für die letzte Gruppe ein Anteil von 22 Prozent an allen sowjetischen Staatsbürgern.

Zu den „Arbeitern“ rechnete man in der UdSSR damals etwa 60 Prozent der Bevölkerung, zu den „Bauern“ etwa 15 Prozent. Da zwischen den gemäß akademischer Graduierung als „Angehörige der Intelligenz“ amtlich anerkannten Personen und den „sonstigen Angestellten“ in der Regel ein enger sozialer Konnex bestand, gestatten die vorstehenden Werte die Annahme, dass im Jahre 1980 etwa e i n F ü n f t e l der Sowjetbürger in seinen Lebenszielen, in seinen Lebensvorstellungen und in seinen individuellen Überzeugungen im wesentlichen „i n t e l l i g e n z n a h e“ Inhalte verkörperte.

Im Zusammenhang hiermit wurde uns nun mitgeteilt :

„Die Zusammenführung der grundlegenden s p e z i e l l e n Interessen von Wissenschaft und materieller Produktion hat sich in unserer Welt des realen Sozialismus als sehr schwierige Aufgabe erwiesen, z. B., eine von beiden Seiten getragene Akzeptanz betr. des Proportionierens der gesellschaftlichen Fonds- Volumina, nicht zuletzt hinsichtlich der Stimulierung von g e i s t i g e r Arbeit – einerseits –, und von p h y s i s c h e r Arbeit – andererseits –.“

Mit anderen Worten – wessen Arbeit war höher zu bewerten, die Arbeit des Universitätsprofessors, oder die Arbeit des Truckfahrers, der zur Winterszeit sein großes Fahrzeug in grausamer Eiseskälte einsam über die gefährvolle „Winterautobahn“ zugefrorener Flussläufe dem nächsten Anschlusspunkt des sowjetischen Eisenbahn- Netzes zusteuert ?

Was gegenüber uns deutschen Kursanten damals mit obiger Fragestellung lediglich als ein besonders kniffliges Problem sowjetischer Plangestaltung interpretiert wurde, umfasste weit mehr – nämlich einen nachhaltigen gesellschaftlichen S t r u k t u r – K o n f l i k t , der in der nunmehrigen Nachhaltigkeit n i c h t t r o t z des stringenten Sozialismus sowjetischer Prägung entstanden war, sondern, zumindest weitestgehend, in s e i n e m E r g e b n i s !

Ich hatte in den Jahren 1979/80 den Eindruck, dass dieser Kausalzusammenhang mancher geistig relativ selbständig gebliebenen Persönlichkeit unserer Moskauer Professoren- und Dozentenschaft inzwischen durchaus bewusst geworden war. Aber – die „gesellschaftlich-machtpolitische Realität“ hatte zur Folge, dass man sich, in einer Art fortwährendem Selbstschutz- Reflex, weigerte, darüber öffentlich allzu intensiv nachzudenken. Man hatte sich hierzu ein prinzipielles „inneres Tabu“ auferlegt.

Und folglich war die ganze Angelegenheit zwar recht oft nachhaltiges und ausgedehntes Gesprächsthema bei uns, doch nur *b i s* zu einer gewissen inhaltlichen Tiefe – „es konnte nicht sein, was *n i c h t s e i n d u r f t e*!

Denn es ging letztlich um nicht mehr und nicht weniger, als um die Aufrechterhaltung der Marx`schen Sozialklassenlehre als *u n v e r r ü c k b a r e M a x i m e a l l e n p o l i t i s c h e n H a n d e l n s*, als Dogma mit „Ewigkeitswert“ !!!

In Anbetracht des mittlerweile für die Mehrheit der Sowjetbürger auch zum Religionsersatz gewordenen speziellen sowjetischen Marxismus verbot sich ein allzu tiefes und „schnelles“ Nachdenken hierüber mit besonderer Nachdrücklichkeit – aber auch als Resultat einer pragmatischen Analyse der aktuell gegebenen globalpolitischen Konstellationen.

Versuchen wir, dieses mittelfristig die Sowjetgesellschaft wie ein Krebsgeschwür bedrohende Problem- Konvolut zumindest ein wenig zu entwirren.

Um es, kurz und deutlich, vorweg zusammengefasst zu haben – eine überzeugende Antwort auf Fragen vorstehender Art, ob beispielsweise Professoren oder sibirische Truck- Fahrer ein größeres Einkommen beanspruchen durften, hat der reale Sozialismus sowjetischer Prägung *n i e* zu geben vermocht.

Das vordergründige Kernproblem dürfte darin bestanden haben, dass es nicht gelungen war, einen dem sozialistischen Staatsverständnis sowjetischer Prägung adäquaten Ersatz des globalhistorisch alteingeführten Äquivalentes für den gesellschaftlich anerkannten Wert aller produzierten Waren und vollzogenen Dienstleistungen zu entwickeln, für den durch die Angebot- Nachfrage- Relation sich ergebenden Marktpreis.

Der weitgehend voluntaristisch geprägte Lösungsansatz einer administrativen Preisbestimmung via gesetzlich vorgegebenem Volkswirtschaftsplan konnte dem bekanntlich auf Dauer keineswegs genügen.

Das „Problem hinter dem Problem“ war die unbeantwortet gebliebene Frage nach einer dem realen Leben gerecht werdenden, „*u n i v e r s e l l m e t r i s c h*“ handhabbaren Größe

für den gesellschaftlich gerechten Vergleich aller ökonomisch relevanten menschlichen Einzelhandlungen – eine methodentheoretisch gewiss äußerst anspruchsvolle Aufgabe.

Aber entscheidend war anderes – der Zugang zu einer echten, alltagstauglichen und langfristig belastbaren Lösung besagten „Problems hinter dem Problem“ war durch ein zentrales Theorem des klassischen Marxismus verstellt, durch das Postulat einer nunmehr für die „überschaubare Ewigkeit“ eingetretenen Führungsrolle der „Arbeiterklasse“ in der gesamten weiteren Menschheitsentwicklung!

War man an der Spitze des sowjetischen Staates, an der Spitze seiner staatstragenden Partei von der fortdauernd nicht hinterfragbaren Gültigkeit besagten Theorems aus dem 19. Jahrhundert überzeugt, mussten – der inhaltlichen Logik eines solchen Dogmas folgend – die realen Existenzbedingungen der „Arbeiterklasse“ ihrer vorgeblichen historischen Sonderstellung gemäß ausgestaltet werden, auch in Bezug auf die individuelle Teilhabe des einzelnen Arbeiters an den materiellen Ergebnissen des gesellschaftlichen Leistungsprozesses.

In schlichten Worten ausgedrückt – ein Arbeiter, insbesondere ein qualifizierter Industriearbeiter, konnte prinzipiell, allein durch seine ideologische Position im Sowjetstaat begründet, einen grundsätzlich höheren monatlichen Arbeitslohn einfordern, als jeder andere Berufstätige, der in das Räderwerk der sozialistischen Ökonomie des Sowjetstaates eingebunden war.

Und da sich etwa 60 Prozent der Bevölkerung dieser staatspolitisch bevorzugten Gruppe zurechnen durften, hatte besagte „Klassenlehre“ im ganzen Lande durchaus eine breite Massenbasis.

So hat es damals ebenfalls keinen unter uns Kursanten überrascht, dass wir im vertraulichen Geplauder mit einem arrivierten Tagesgast am Rande eines speziellen Vortrages erfahren konnten, wie hartnäckig bei aktuellen Grundsatzdiskussionen in der obersten Parteieriege vor allem die sehr einflussreich gewordenen Gewerkschaftsführer auf Einhaltung der inzwischen überdeutlich gewordenen, ausschließlich ideologisch begründeten lohnpolitischen Privilegien der „Arbeiterklasse“ pochten.

Die aus alledem resultierende lohnpolitische Benachteiligung von größter gesamtgesellschaftlicher Relevanz betraf – cum grano salis – die als Folge zielstrebigter staatlicher

Politik zur zweitgrößten sozialen Gruppe im Sowjetland herangewachsene „sozialistische Intelligenz“.

Also – der Sozialismus sowjetischer Prägung hatte im Zusammenhang mit der zum „eisernen Dogma“ geronnenen Fixierung einer „Ewigkeits- Geltung“ der originären Marx’schen Gesellschaftsprognose und ihrer speziellen starren sowjetischen Interpretation sich jeden Weg zum kreativen gesellschaftspolitischen, situationsadäquaten Umgang mit bestimmten nunmehr in der UdSSR eingetretenen Realitäten nachhaltig „verbarrikadiert“.

Andererseits dürfte man sich in den Moskauer „Korridoren der Macht“ auch sehr bewusst dessen gewesen sein, dass es die inzwischen gegebene innen- wie außenpolitische Situation sehr riskant erscheinen ließ, dieses gewachsene und mehrschichtige, mittlerweile eher strangulierende als stützende enge ideologische Korsett ohne eine kluge und umsichtige Vorbereitung zu sprengen.

Und eine staatsmännisch weise, differenzierte „Politik der kleinen Schritte“ hat selten zu den Stärken „linken“ Regierungshandelns gehört.

So sollte ein Jahrzehnt später auch ein Michael Gorbatschow mit diesbezüglichen „unausgegorenen“ Versuchen einen katastrophalen „Schiffbruch“ erleiden.

Mit dem Abstand von mehreren Jahrzehnten lässt sich erkennen, dass 1979/80 eine intensive gesellschaftliche Diskussion über die Fortdauer der Gültigkeit aller Elemente der marxistischen sozialen Klassenlehre dringlichst erforderlich gewesen wäre, wie über manchen anderen Bereich des Marx’schen Gesellschaftsentwurfes.

Doch auf sowjetischem Boden traute sich zu jener Zeit keine Persönlichkeit von nennenswerter politischer Bedeutung und landesweiter Anerkennung an derartige qualifizierte Erörterungen „sine ira et studio“ heran, und auch in der internationalen linken politischen Szene gab es hierzu wenig an wirklich fruchtbarem, seitens der Sowjetunion staatspolitisch Verwertbarem.

Kehren wir zurück zu den Fakten und Fragen der materiellen Stimulierung, von geistiger Arbeit – einerseits – und von anspruchsvoller physischer Arbeit – andererseits – .

Vor dem Zweiten Weltkrieg erhielt ein sowjetischer Ingenieur ein Gehalt, das in etwa dem Doppelten bis Dreifachen eines durchschnittlichen Arbeiterlohnes entsprach.

In der Zwischenzeit, jedoch, hatten sich diese Proportionen erheblich, in gewissem Sinne sogar grundsätzlich verschoben. Während der Jahre 1979/80 wurde Arbeitern großer Indus-

triebetriebe im Durchschnitt ein Lohn in der damals stattlichen Höhe von 170 bis 180 Rubeln ausgezahlt, der einem Ingenieur des gleichen Betriebes keineswegs sicher war.

Die Mehrzahl der Vertreter sog. „Intelligenz- Berufe“ musste sich sogar mit einem monatlichen Gehalt von etwa 120 Rubeln zufrieden geben.

Es lag auf der Hand, dass sich viele von ihnen – ungeachtet einer mehrheitlich grundsätzlichen Bejahung der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Heimat – mit den aktuellen Proportionierungen der Arbeitslöhne nicht mehr einverstanden erklären konnten.

Die Gruppe der Industriearbeiter war 1979/80 von allen großen Beschäftigten- Gruppen der UdSSR unzweifelhaft die Gruppe mit dem höchsten Durchschnittseinkommen geworden.

Im Vergleich zu einem Kolchosbauern hatte ein Industriearbeiter oft sogar ein um das Mehrfache größeres Lohneinkommen.

Gewiss konnte man bei gelegentlichen Unterhaltungen die eine oder andere mitleidvolle Bemerkung von einem solchen „Vertreter der Arbeiterklasse“ über den immer noch recht dürftigen Lebensstandard der Bauernschaft, auch über die bescheidenen Einkommensverhältnisse von Lehrerschaft und Landärzten hören – doch an der Berechtigung der privilegierten Position der eigenen Bevölkerungsgruppe ließen diese Männer aus begreiflichen Gründen dann doch keinerlei Zweifel zu.

In dieser Frage waren sie alle – trotz einer oft nur sehr oberflächlichen persönlichen Verarbeitung des marxistischen Theoriengebäudes – absolut überzeugte Vertreter der offiziellen Staatsideologie, wonach *s i e*, die Arbeiterschaft, durch den „gesetzlichen Verlauf der Weltgeschichte“ schicksalhaft zur führenden Kraft des Menschheitsfortschrittes bestimmt seien. Es wurde einem unbefangenen Beobachter der allgemeinen Szene auch bei solchen Gelegenheiten überdeutlich – in bestimmten ideologischen Grundfragen hatte sich der Sowjetstaat massenpsychologisch inzwischen „mächtig festgefahren“ !

Nun wird mit dem Zitat von Durchschnittslöhnen noch nichts über die für das gesellschaftliche Gesamtklima keineswegs nebensächlichen Möglichkeiten individueller Lohnkarrieren ausgesagt.

Bei Verharren auf dem gleichen Arbeitsplatz waren diese – es wurde bereits darauf kurz eingegangen – für einen Industriearbeiter mittlerweile nicht mehr sonderlich groß. Zumeist war er bereits nach wenigen Jahren der Ausbildung und Einarbeitung auf seinem für sowjetische Verhältnisse stattlichen Einkommen angelangt, und blieb dann gemäß in den 60er Jahren gültig gewordener Regulative für unabsehbare Zeit auf dem früh erreichten beachtlichen Niveau,

das nun jedoch kaum noch einen weiteren Aufwärtstrend besaß. Es darf sehr bezweifelt werden, ob die hieraus resultierende nachhaltige Einkommens- Statik seitens des Gesetzgebers erwerbspsychologisch ausreichend durchdacht worden war, unbeschrieben der sich zudem daraus entwickelnden betriebswirtschaftlich ungünstigen Fluktuationsimpulse.

In einem sog. „Intelligenz- Beruf“ konnte man sich, dagegen, auch gehaltlich sehr deutlich „nach oben“ arbeiten, was aber sowohl jahrzehntlange, äußerst engagierte und disziplinierte intellektuelle Freizeitarbeit, als auch die zuverlässige Erledigung der alltäglichen beruflichen Routine- Pflichten voraussetzte, zudem stark vom Zufall der sich individuell ergebenden Situation am jeweiligen Arbeitsplatz abhing.

Das Fernziel der talentiertesten und ehrgeizigsten Vertreter des akademischen Nachwuchses war meist die eines Tages erlangte Professur, der Universitäts- Lehrstuhl, zumal solche Positionen durchweg – für sowjetische Verhältnisse – dann doch s e h r g u t dotiert waren. Angesichts der ihren Monats- Einkommen von etwa 500 Rubeln gleichgestellten sibirischen Truckfahrer, der sowjetischen Fernfahrer- Elite, fühlte sich mancher Professor dennoch „unter Wert“ besoldet – aber immerhin hatte ein solcher Mann regelmäßig zumindest den doppelten Arbeitslohn eines typischen Industriearbeiters, das Mehrfache eines Landarztes.

Fast d u r c h w e g „unangenehm berührt“ sahen wir damals unsere Professoren und Dozenten durch eine andere lohnpolitische „Erscheinung“, die recht neuen Datums war, nämlich durch die gelegentlich ungewöhnlich großen Boni, welche man bestimmten Direktoren leistungsfähiger Betriebe, auch den Chefs ökonomisch besonders erfolgreicher Sowchosen auszahlte, nachdem begonnen hatte, nach Abschluss ihrer Jahresbilanzen und komplett akzeptierter Staatsplan- Abrechnung.

Diese jenseits betriebsgewerkschaftlicher Einflussnahme- Möglichkeiten gewährten Beträge sprengten in der Tat oft alle bisherigen Dimensionen der sowjetischen Lohnpolitik, erreichten oft v i e r s t e l l i g e , gelegentlich sogar f ü n f s t e l l i g e Rubel- Summen.

Wie auch immer – nach unseren Eindrücken präferierten die jungen Leute des Universitäts- Milieus in ihrer großen Mehrheit letztlich die stets in das akademische Leben eingebundene Hochschullehrer- Laufbahn, strebten primär nicht nach einem der materiell überreichlich ausgestatteten Direktoren- Posten, deren Inhaber ihr Lebensziel fast ausschließlich in der lückenlosen Erfüllung von Staatsplan- Vorgaben sehen mussten.

In den 50er und 60er Jahren war, wie wir bereits zur Sprache gebracht haben, ein erheblicher Ausbau des sowjetischen Hochschulwesens erfolgt, und für recht viele engagierte und talentierte Nachwuchswissenschaftler jener Zeit hatten sich dadurch stark beachtete, steile Berufskarrieren ergeben. Diese Männer und Frauen waren nun oft persönliches Vorbild des aktuellen Nachwuchses. Doch nun war der erkennbare Bedarf an qualifizierten Ausbildungskapazitäten im Unionsmaßstab für die Mehrheit der akademischen Fachdisziplinen ausreichend gedeckt, wodurch sich echte Chancen für einen schnellen Aufstieg auf der akademischen Karriereleiter zunehmend seltener ergaben.

In Sonderheit traf das für die sog. „Orchideenfächer“ zu, für seit langem im Kanon des akademischen Fächerspektrums etablierte Fachdisziplinen, die jedoch kaum deutlich erkennbare Bezüge zu gesellschaftlich vordringlichen Fragestellungen, gar zu der aktuellen materiellen Produktion aufweisen konnten, z. B. Literatur- oder musikwissenschaftliche Fachdisziplinen. Nicht jeder von der Faszination des intellektuellen Milieus erfasste junge Mensch konnte in der Welt seiner Gefühle und emotionalen Regungen einen rationalen persönlichen Zugang zu diesen gegebenen Verhältnissen finden. So entstand bei keineswegs wenigen Vertretern des Moskauer wissenschaftlichen Nachwuchses zu Zeiten unseres dortigen Akademie-Studiums ein fortdauerndes bitteres Gefühl des „Zurückgesetzt-Seins“, des Zornes auf vermeintlich herz- und gefühllose Planungsbürokraten, von denen die ersehnte Struktur-Erweiterung an der eigenen Einrichtung immer wieder verweigert wurde, sich dadurch der einst mit Inbrunst geträumte Traum vom großen persönlichen wissenschaftlichen und sozialen Aufstieg zu verflüchtigen begann.

Und - es gab kaum jemanden, der sich wirklich um diese Männer und Frauen kümmerte.

Wenden wir uns noch einmal dem Problem einer – gemäß sozialistischer Staatsideologie – gesellschaftlich gerechten Verteilung des Nationaleinkommens auf die einzelnen Gruppen der „sowjetischen sozialistischen Gemeinschaft“ zu, insbesondere methodischen Überlegungen, die mit dem Ziel der Erarbeitung praktikabler Grundlagen für eine leistungsgerechte Entlohnung geistig-intellektueller Arbeit initiiert wurden.

Mitte der 70er Jahre glaubte man zeitweise tatsächlich, einen mit dem genuinen Marxismus absolut kompatiblen diesbezüglichen methodischen Ansatz gefunden zu haben.

Für einen in einem „Intelligenzler-Beruf“ Tätigen sollte jenes Entgelt als gerechter Arbeitslohn akzeptiert werden, welches – in einen entsprechenden Rubel-Betrag umgerechnet – für

die arbeitstäglich volle Wiederherstellung seines durch die vollzogene Arbeitsverrichtung erschöpften Leistungspotentials erforderlich war !

Gewiss, dies war ein lohn- theoretisch bemerkenswerter gedanklicher Ansatz.

Nur – w a s a l l e s ist nun w i r k l i c h für die Wiederherstellung besagter intellektueller Leistungspotentiale von geistig Schaffenden erforderlich, wie kann man, z. B., das in diesem Konnex sachlich B e g r ü n d e t e vom kaum noch als notwendig akzeptierbaren, zusätzlich G e w ü n s c h t e n unterscheiden ?

Schon machte die ironische Bemerkung die Runde :

„Beim Professor muss jetzt bestimmt die abendliche Flasche Wodka durch original schottischen Whisky ersetzt werden !“

Glücklicherweise hatte sich bereits Lenin diesem Bewertungsansatz geistiger Arbeit genähert, und „für Chemie- Professoren einen ungehinderten Zugang zu anspruchsvoller klassischer Musik“ gefordert.

Es galt also, um zum Ernst des Themas zurückzukommen, das für langfristig überdurchschnittliche geistig- intellektuelle Leistung letztlich erforderliche existentielle Umfeld des Wissenschaftlers oder Literaten, Künstlers, Architekten, Journalisten, Neurologen, usw. in seiner G e s a m t h e i t in das Auge zu fassen, was selbstverständlich auf weit mehr als gesunde Ernährung, hinreichend komfortables Wohnen, gute ärztliche Betreuung und andere grundlegende Elemente angemessener menschlicher Existenz hinauslief.

Mit der erfolgten Anerkennung einer derartigen Betrachtungstiefe wurde es dann deutlich, dass intellektuelle und andere dezidiert geistige Arbeit in Relation zum durch physischen Einsatz charakterisierten Schaffen des typischen Industriearbeiters eher eine größere, als eine geringere monetäre Entlohnung verdient.

Dennoch – metrische Maßstäbe für eine hinlänglich exakte Einordnung der sehr unterschiedlichen Arbeitsabläufe bei der Ausübung sog. akademischer Berufe, wie auch der gleichermaßen äußerst unterschiedlichen ritualisierten Erholungspraktiken von in solchen Berufen tätigen Persönlichkeiten, waren n i c h t zu gewinnen.

Dem folgte zeitweise eine öffentliche Diskussion, ob man durch p a u s c h a l e Vergleiche zwischen Vertretern bestimmter, allgemein relativ weit verbreiteter akademischer Berufe und ausgewählten, typischen Kategorien von Industrie- Arbeitern vielleicht nicht doch letztlich zu gewissen g r u n d s ä t z l i c h e n Aussagen gelangen könnte, hinsichtlich der erstrebten „wissenschaftlich begründeten Proportionierung“ der monetären Anerkennung von – einer-

seits – durch körperliche Arbeit erbrachten Leistungen, und von – andererseits – Leistungen überwiegend geistig- intellektueller Art.

Aber auch diese Debatte und durch sie an einigen wissenschaftlichen Instituten ausgelöste Bemühungen erbrachten keine verlässlichen, insbesondere auch keine *p o l i t i s c h* belastbaren Handlungsgrundlagen – ohne ein sachlich unanfechtbares, ausgebautes, ausgereiftes Gerüst soziologischer und sozialökonomischer Daten, sowie eine hierzu geschickt geführte Breitendiskussion waren Schritte in Richtung eines grundlegenden Revirements der sowjetischen Gehalts- und Einkommensstrukturen damals bei der Mehrheit der Sowjetbevölkerung vermutlich wirklich nicht „vermittelbar“.

Die jahrzehntelang geübte massenpsychologische Prägung hatte mittlerweile bereits eine allzu nachhaltige Wirkung erzielt.

Es bekam dem schlichten Gemüt, dem Selbstwertgefühl von „Iwan Iwanowitsch“ außerordentlich gut, wenn – z. B. – die Leistung der sowjetischen Professorenschaft seitens der zuständigen politischen Entscheidungsträger in monetären Belangen eine nur mäßig höhere Bewertung erfuhr, als das eigene tägliche Tun.

Es ist nun einmal so – eine angemessene Beurteilung von wissenschaftlicher, auch von allgemein intellektueller Leistung ist immer nur bis zum Niveau des diesbezüglichen eigenen Horizonts möglich. Und diese Gegebenheit erschwert generell die durchgängige gesellschaftliche Anerkennung überdurchschnittlicher intellektueller und anderer geistiger Leistungen, oft sogar erheblich.

Gewiss – auf herausragende geistige, insbesondere wissenschaftliche und Erfindungs- Leistungen von Persönlichkeiten aus ihrer Mitte, vollbracht in kürzer oder länger zurück liegender *V e r g a n g e n h e i t*, waren Russen und die meisten anderen größeren und kleineren Völker des weiten Sowjetlandes zumeist *s e h r s t o l z*. Auf die *a k t u e l l e* „Intelligenzia“, dagegen, blickte man zumeist *k e i n e s w e g s* mit besonderer Hochachtung.

Was nicht zuletzt auch mit einem insgesamt sehr kritikwürdigen Niveau der *m e d i e n - p o l i t i s c h e n* Bemühungen zu diesen Themen in der gesamten UdSSR zusammenhing. Die von zentraler politischer Seite orchestrierten diversen Versuche einer lückenlosen Insinuation von sowjetischem „Weltniveau“, „führende Rolle“, usw., von den Medien aller Art immer wieder mit plumper Argumentation und oft sehr irreführender Anmaßung behauptet, betrachtete der typische Russe jener Zeit inzwischen mit gesunder Skepsis und einer gehörigen Portion ironischen Humors.

Zum regelmäßig gepriesenen, vorgeblich überragenden sowjetischen Spezialistentum und den darauf basierenden Spitzenleistungen habe ich damals in Moskau wiederholt gehört : „Na ja, wir werden wohl bald *a l l e* außergewöhnliche Spezialisten sein, für rechts-herum-Drehen von Schrauben die eine Hälfte von uns, für links-herum-Drehen die andere Hälfte !“

Mit anderen Worten – man nahm längst nicht mehr alle Verkündigungen von Radio, Fernsehen und „Prawda“ sonderlich ernst, auch nicht die angeblichen, das „gesamte Weltniveau bestimmenden“ Spitzenleistungen, von denen dauernd die Rede war – und somit auch nicht das außergewöhnliche Leistungsniveau jener, die tatsächlich auf ihrem Arbeitsgebiet keinen Vergleich mit den Koryphäen auf der anderen Seite des politischen Globus zu fürchten brauchten, gelegentlich sogar tatsächlich das propagandistisch inflationär mißbrauchte Weltniveau repräsentierten.

So traf die landestypisch gewordene Skepsis hinsichtlich des eigenen wissenschaftlichen Potentials sehr ungerechtfertigt manchen hervorragenden Wissenschaftler oder Ingenieur aus den eigenen Reihen.

Und kaum ein anderes Gefühl demotiviert wissenschaftliches Streben und Erfindergeist stärker, als völlig ungerechtfertigte gesellschaftliche Kränkung nach mühevoll erreichtem Außergewöhnlichen.

Das Empfinden von *g r u n d s ä t z l i c h* nur mäßiger gesellschaftlicher Anerkennung, nicht zuletzt zum Ausdruck gebracht durch das obwaltende Lohn- und Besoldungs- Gefüge, die sich zumeist „ewig“ hinschleppende oder gar ausbleibende Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungs- Ergebnissen in die Praxis des Lebensalltags, Mängel und Defizite in der Ausstattung mit wissenschaftlichem Gerät und sonstigen Arbeitsmitteln, gelegentliche Unterbindungen fachwissenschaftlicher Kontakte mit dem Ausland – all’ das und manches mehr bewirkte bei nicht wenigen einst mit großem Enthusiasmus angetretenen Jung- Akademikern, in Sonderheit beim oft überreichlichen Personal vieler fachwissenschaftlicher Institutionen, allmählich das Entstehen einer zunächst leisen, sich jedoch dann stetig intensivierenden *d e p r e s s i v e n* *G r u n d s t i m m u n g*

Die faktische Unkündbarkeit des im sowjetischen Wissenschaftssystem erlangten Beschäftigungsverhältnisses trug zudem auch nicht zur Stimulierung intensiven Forscherdranges bei.

So brachten es bereits in den 70er Jahren des verflissenen 20. Jahrhunderts die Zeitenläufe mit sich, dass in der großen Union der sozialistischen Räte- Republiken auf dem Territorium des einstigen russischen Zarenreiches die Belegschaft gar manchen bekannten akademischen Instituts, renomierten technischen Entwurfsbüros, mancher altehrwürdiger universitärer Forschungseinrichtung, usw., in lähmender innerer Friedfertigkeit vom einst engagierten wissenschaftlichen Arbeitszirkel zum gemütlich- kollegialen Debattierclub mit erheblicher Sarkasmus- Neigung mutierte.

Gelegentlich, indessen, artikulierte sich dort dann doch noch einmal ein aggressiverer Tonfall. Aber derartiges geschah zu jener Zeit nur noch selten, wie in dieser Niederschrift auch schon an anderer Stelle vermerkt.

Das „k l e i n e gesellschaftliche Leben“ pflegt sich nun einmal, mehr oder weniger, den gegebenen Verhältnissen des „g r o ß e n gesellschaftlichen Lebens“ u n t e r z u o r d n e n .  
Zumindest so lange, wie die Resultate eines derartigen Verhaltens individuell als noch hinnehmbar empfunden werden

Für den Zeitraum der 70er Jahre traf dies in sowjetischen Landen sicherlich zu.

Wir Kursanten aus der DDR hatten damals zumeist den Eindruck, dass bei den zunehmend ambivalenten massenpsychologischen Entwicklungen in unserem Gastgeberland der vor einigen Jahren vollzogene offizielle Abschied vom „vollendeten Kommunismus“ fortdauernd eine beträchtliche Rolle spielte.

Man hatte ihn bekanntlich dereinst – mit Verbindlichkeit !! – für den 1. 1. 1980 „eingeplant“.

Sicherlich – wirklich g e g l a u b t an die damit eintretende Eliminierung aller großen Gebrechen der Menschheit, gewissermaßen an eine „d e f i n i t i v e R e a l i t ä t s t a g - l i c h k e i t“ der visionären Utopie von Karl Marx und Friedrich Engels, hatten inzwischen auch in sowjetischen Gefilden nur noch wenige.

Darauf im Stillen irgendwie g e h o f f t hatten, dagegen, dann doch immer noch recht viele, im Sinne einer stillen hartnäckigen Hoffnung auf die Erfüllung eines einst geträumten großen Traumes.

Aber auch diese Hoffnung „verabschiedete“ sich nun mehr und mehr, ohne eine würdige Nachfolgerin in der zu tiefen Emotionen neigenden Seele des großen Russenvolkes gefunden zu haben.

Die Konsequenzen der zunehmend desillusionierend empfundenen Wirklichkeit waren inzwischen weit verbreitete depressive Dauer- Verstimmungen, grundsätzlich resignatives Verhalten, teilweise auch ein ausufernder Hedonismus mit seinen typischen egozentrischen Zügen, und – wie schon an anderer Stelle thematisiert – schlimmer, gar selbstzerstörerischer Alkoholismus.

„Alles ist relativ – nur der Wodka ist absolut!“ war ein Slogan, den man in den Jahren 1979/80 in Moskau nicht nur anlässlich feucht- fröhlicher Zechereien recht oft hören konnte. Wozu erwähnt werden muss, dass dieser Slogan auch ein spezieller Werbespruch war, für die beliebte Wodka- Marke „Absolut“.

Andere Rauschgifte spielten zu Zeiten unseres Moskau- Aufenthaltes noch keine erkennbare größere Rolle.

Einige Jahre später änderte sich aber auch das, im Zusammenhang mit dem für das russische militärische Selbstbewusstsein verheerenden Engagement der Sowjet- Armee in Afghanistan, der katastrophal endenden zeitweisen de- facto- Okkupation des „Schlafmohn- Weltproduzenten Nr.1“.

Unsere Akademie- Dozenten gingen – mehr oder weniger – offen und nachhaltig auf das nun durch die offizielle Verabschiedung von einer umgehenden Realisierung der Kommunismus- Vision entstandene massenpsychologische Dilemma ein.

„Es geht jetzt darum – und das entwickelt sich zu einer Schlüsselaufgabe der ideologischen Arbeit in unserem Staat –, unsere Ideale mit den erreichbaren Zielen des realen Lebens zu verbinden!“

Aber – wie konnte diese „bestandserhaltende“ Schlüsselaufgabe bewältigt werden?

Nicht nur ich hatte schon damals den Eindruck – die „perspektivischen Nebel“ des Riesenslandes begannen sich eher mit steigender Vehemenz zu verdichten, als sich allmählich aufzulösen.

Der eklatanten Widersprüche zwischen „Wunsch und Wirklichkeit“ waren mittlerweile gar zu viele geworden.

Auch wenn es der großen Mehrheit aller Sowjetbürger, was es ihren allgemeinen Lebensstandard anbelangte, unstrittig besser ging als je zuvor, der dominante gesellschaftliche Egalitarismus selbst ein mäßiges öffentlich erkennbares Abheben des Einzelnen in seiner Alltagsgestaltung schnell einer misstrauischen Beobachtung unterwarf – allzu viele waren bei diesem Weg in angenehmere Lebensverhältnisse „links liegen gelassen“ worden. Und angesichts der fort-dauernden *s o z i a l i s t i s c h e n* Staatsideologie – nur die „kommunistische Vollendung“ der Gesellschaft hatte man einstweilen aufgegeben – wogen solche Versäumnisse, Unausgewogenheiten, Unterlassungen in der Staatspolitik unter ethischen Aspekten um so schwerer.

Lassen wir hierzu einige Zahlen sprechen.

Gemäß subtiler wissenschaftlicher Untersuchungen qualifizierter staatlicher Institute der UdSSR war für die ernährungswissenschaftlich *o p t i m a l e* Ernährung eines erwachsenen Sowjetbürgers – angesichts sog. „Real- Preise“ – bereits in den 60er Jahren ein monatlicher Aufwand von etwa 110,- Rubeln erforderlich, welcher Betrag zu jener Zeit jedoch nur einer Minderheit der sowjetischen Staatsangehörigen zur Verfügung stand.

Die Staatliche Plankommission der UdSSR hatte – sicherlich sowohl aus politischen Opportunitätsgründen, als auch angesichts der sog. „blanken ökonomischen Realität“ – sich diese „Sichtweise“ der Versorgungsforscher *n i c h t* zu eigen gemacht, sondern nach nicht weiter bekannten Maßstäben ein „*m i n i m a l e s N i v e a u d e r m a t e r i e l l e n S i c h e r h e i t*“ für das Leben in der Sowjetunion ausrechnen lassen. Demnach musste ein Sowjetbürger – in Anbetracht der „obwaltenden sowjetischen Lebenswirklichkeit“ – zumindest über monatliche Geldmittel in Höhe von 55,- Rubeln verfügen, unter welchem Limit eine „menschenswürdige Existenz auf Dauer“ als „nicht gewährleistet“ zu erachten war.

Ausgehend von diesen Planungs- Normativen war dann schon im Jahr 1966 für die gesamte Union ein „garantierte Entlohnung“ genannter *M i n d e s t l o h n* für Vollbeschäftigte gesetzlich festgelegt worden, in Höhe von 60,- Rubeln monatlich.

Doch auch noch 1979/80 hatten in der UdSSR etwa *10 P r o z e n t* aller Familien monatliche Einkommen *u n t e r d i e s e n* Minimal- Standards, wie es vertrauliche Erhebungen kürzlich erbracht hatten.

Um die allergrößten materiellen Defizite zumindest in Familien mit Kindern zu lindern, waren nun für solche Familien staatliche Zahlungen in die Wege geleitet worden, in Höhe der nach-gewiesenen Differenzen zwischen ihrem Einkommen und den monetären Erfordernissen gemäß „minimalem Niveau der materiellen Sicherheit“.

Dennoch beließ der Sowjetstaat auch weiterhin keineswegs unbeträchtliche Bevölkerungsgruppen weiterhin in extrem kärglichen, bzw., geradezu elenden materiellen Verhältnissen. Das betraf, z. B., einen erheblichen Teil der Altersrentner, der bei monatlichen Almosen in Höhe von etwa 40,- Rubeln sich nur mit größter Mühe – und häufig sehr viel gärtnerischer Selbstversorgung – am Leben halten konnte.

Viel sozialen Unmut gab es in einem anderen Bereich des täglichen Lebens, bei der Wohnraum- Versorgung.

Dass moderner Wohnraum in einem insgesamt doch eher zögerlichen Tempo zur Verfügung gestellt wurde, mochte man angesichts der begrenzten verfügbaren Ressourcen noch hinnehmen – dass in puncto Bauqualität und Wohnungsausstattung bereits im Planungsstadium territorial sehr große Unterschiedlichkeiten festgelegt wurden, ließ dagegen bei vielen Völkerschaften außerhalb des genuin russischen Siedlungsraumes sehr ungute Emotionen aufkommen.

In mancher kleinen Sowjetrepublik verspürte man mit Verbitterung :

„Lebst Du bei uns in bestimmten Regionen, bist Du für unseren vorgeblich sozialistischen Sowjetstaat offensichtlich grundsätzlich weniger wert, als wenn Du von Deiner Mutter an privilegiertem Orte geboren wurdest !“

Angesichts solcher sozialpolitischer Unausgewogenheiten bewirkte ein Bekanntwerden von geradezu exorbitanten gelegentlichen monetären Bezügen einzelner Repräsentanten der sowjetischen Kultur- Szene zumeist eine nachhaltige Welle öffentlicher Antipathie gegen einen solchen Mann, oder gegen eine solche Frau.

Ich habe damals eine derartige Publikums- Reaktion erlebt, als der zu jener Zeit international renommierte Schauspieler und Regisseur Bondartschuk für sein Mitwirken an einem weltweit gefeierten cineastischen Meisterwerk ein Zwei- Millionen- Dollar- Honorar einstreichen konnte, ausgezahlt in „harter Valuta“.

Natürlich nährten derartige gezielte Indiskretionen nicht nur bei mir den Verdacht, dass seitens der politischen Führungsriege damit – in gewissem Sinne – vor allem die eigene privilegierte Lebensführung medienpolitisch relativiert werden sollte. Der unmittelbar erkennbare direkte massenpsychologische Erfolg solcher Manöver blieb indessen ziemlich begrenzt.

Denn als etwa ein Jahrzehnt später Raissa Gorbatschowa, die Ehefrau des letzten sowjetischen Parteichefs Michael Gorbatschow, meinte, persönliche ästhetische Eitelkeiten in

aller Öffentlichkeit durch das Tragen extrem teurer Produkte der französischen Haute Couture befriedigen zu können, wurde ihr dies insbesondere von der sowjetischen Frauenwelt auf das Nachhaltigste verübelt, obwohl ihre Escapade im Vergleich zu den Millionen-Einnahmen einiger sowjetischer Medienstars einen nur sehr nachrangigen Valutabetrag gekostet hatte.

Derartiges politisch instinktloses Verhalten der „First Lady“ trug damals erheblich zum politischen Scheitern ihres Ehemannes bei.

Auch die monetären Geschehnisse um solche Medien- und Show-Größen wie Sergei Bondartschuk, Alla Pugatschowa, usw., gehörten sicherlich für die bereits waidwunde Seele sehr vieler Sowjetbürger zu jenem sprichwörtlichen „Pfeffer und Salz“, welches letzte Reste ihrer staatlichen Ideologie-Gläubigkeit austilgte. Die Differenzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit im Sowjetland erwiesen sich schon in den Jahren 1979/80 als kaum noch hinreichend kaschierbar, und parallel hierzu begannen sich z. T., nach und nach, bis in das Uferlose reichende persönliche Ansprüche zu entwickeln, welche dann in einem besonders harten Kontrast zu verschiedenen Unzulänglichkeiten des realen Alltagslebens standen.

Die – andererseits – auch weiterhin vom Staat weitestgehend garantierte vielgestaltige individuelle Grundversorgung wurde im riesigen Land von seinen Bewohnern inzwischen als derart „selbstverständlich“ angesehen, dass sie im Denken und Fühlen des typischen Sowjetbürgers nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielte.

Dieser Grundstimmung fügte sich ein anderes gesellschaftlich schwerwiegendes Manko massenpsychologischer Natur hinzu – das zunehmende subjektive Empfinden, in seiner Intimsphäre dauerhaft eingeschränkt zu sein.

Der formal fortdauernde kollektivistische Ansatz aller gesellschaftspolitischen Intentionen kollidierte insbesondere in Intelligenzlerkreisen mit der zunehmenden Bewusstheit, dass die Gewährleistung eines angemessenen persönlichen Freiraumes – sowohl im geistigen, wie im physischen Bereich – für eine stabile intellektuelle Kreativität und Leistungsfähigkeit auf Dauer kaum verzichtbar ist.

Man entdeckte nun vielerorts die Intimsphäre als wesentliches Element persönlicher Lebenskultur, und begann, sie mit Nachhaltigkeit als gesellschaftlich anerkannten Wert einzufordern.

FINALES AUFBÄUMEN –  
 DER IDEOLOGISCHE „ZANGENANGRIFF“ SEITENS DER KPDSU- FÜHRUNG  
 AB ENDE DER 70er JAHRE

Auch wenn man immer noch im Kremel glaubte, mit dem *V e r d r ä n g e n* der „Unge-  
 reimtheiten“ seiner zunehmend unübersichtlicher werdenden gesellschaftlichen Wirklichkeit  
 die schwierigen Zeitenläufe weitgehend unbeschadet überstehen zu können, hatte man gegen  
 Ende der 70er Jahre dennoch damit begonnen, erkennbarem „Ungemach“ systematischer als  
 bisher entgegenzuwirken.

Vermutlich hatte hierzu erheblich ein Vorgang beigetragen, der sich damals kurz zuvor in  
 Rom ereignet hatte – der polnische Kardinal Wojtylla war als „Johannes Paul der I I.“ auf den  
 Stuhl des Papstes der römisch- katholischen Weltkirche gelangt.

Und hatte schon sehr bald voller Energie damit begonnen, seinen mächtigen Verband organi-  
 satorisch zu aktivieren, in Sonderheit auf dem Terrain des sowjetisch dominierten Osteuropas.

Die Moskauer „Auslands- Aufklärung“ dürfte es damals sehr bald und nachhaltig erfasst  
 haben, dass die Initiativen des neuen Mannes auf dem „Stuhl Petri“ vor allem bei seinen  
 polnischen Landsleuten enorme Resonanz fanden.

Es vergingen dann nur noch wenige Jahre, und es begann der beeindruckende politische Auf-  
 stieg einer nachhaltig antikommunistisch- antisowjetisch orientierten polnischen Oppositions-  
 bewegung, der „Solidarnoc“, unter ihrem Anführer Lech Walensa.

Der 1979/80 erkennbare Beginn dieses Geschehens hatte die roten Chefs von Partei und  
 Regierung des Sowjetlandes bereits in erhebliche innere Unruhe versetzt.

Als wir Kursanten in unserer Akademie den uns erteilten Lektionen lauschten und sonstigen  
 Kursantenpflichten nachkamen, wurde die gesamte KPdSU zu einer breiten und mit bemer-  
 kenswerter Nachhaltigkeit organisierten gesellschaftspolitischen Gegenoffensive gegen das  
 offensichtlich befürchtete Überspringen des „polnischen Funkens“ mobilisiert.

Dieser innenpolitische Generalangriff zur Sicherung und Festigung der machtstrategischen  
 Offensiv- Positionen war unstrittig durchdacht, keineswegs das Resultat von überstürztem  
 Aktionismus.

Er wurde „zweigleisig“, gewissermaßen als „ideologischer Zangen-Angriff“ vorgetragen.

Einerseits bemühte man sich, die strukturellen Machtpositionen der Partei an den verschiedenen Schaltstellen des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens der UdSSR zu stabilisieren, punktuell sogar deutlich auszubauen, und andererseits versuchte man, das Schlagwort der „sozialistischen Demokratie“ mit wesentlich mehr erkennbarem inneren Leben zu erfüllen, als bisher.

„Diktatur des Proletariats“ und „sozialistische Demokratie“ sollten zu einer gewissen „Alltags-Symbiose“ verschmolzen werden, in deren Ergebnis sich dann – so hoffte man – die ersehnten nachhaltigen und allerorts wirksamen vielfältigen Impulse für die sichere Beherrschung der gegebenen gesellschaftspolitischen Situation einstellen würden.

Sicherlich war man sich auch in den politischen Kommandozentralen der KPdSU dessen bewusst, dass man hier manches zu einer Einheit verschmelzen wollte, was sich keineswegs quasi „im Selbstlauf“ zusammenzufügen bereit war.

Wie auch immer – in unserem Leben besteht manches in Gemeinsamkeit fort, was man gemeinhin als inkompatibel ansieht, getragen vom gleichen Überlebenswillen. Immer wieder ist zu beobachten, dass erst die Akzeptanz von Gegensätzlichkeiten jenes Handlungspotential aktiviert, das uns zur Beherrschung einer ausgesprochen kritischen Gesamtsituation befähigt. Doch eine solche kreative Nutzung von Konfliktstrukturen setzt mentale Beweglichkeit und echte Kompromissfähigkeit voraus – und daran ermangelte es in den Stäben der KPdSU nur allzu offensichtlich.

Und so geschah es, dass auch der vermutlich seit längerem vorbereitete und gegen Ende der 70er Jahre gestartete „ideologische Zangen-Angriff“ sich letztlich in Folge seiner inneren Starrheit festlief, die sich Jahr für Jahr zunehmend offenbarenden gesellschaftlichen Widrigkeiten im Rahmen des in der UdSSR gegebenen Systems schließlich unbeherrschbar wurden.

Wenden wir uns diesen Geschehnissen an der „ideologischen Front“ jener Zeit näher zu.

Die UdSSR war von Anbeginn ein „Ein-Partei-Staat“, als dessen „Hirn und Herz“ sich die KPdSU verstand.

Während aber dem eigentlichen „Staat“ – im engeren Sinne dieses Begriffes – notabene sehr bald das funktional unerlässliche Gerüst von Gesetzen und anderen Regulativen gegeben wurde – wir haben uns vorstehend um eine geraffte Darstellung seiner Struktur und erkennbaren Funktion bemüht –, war die reklamierte „führende Rolle der Partei“ weitgehend nach den militärischen Prinzipien des Kommandos und seiner Ausführung vollzogen worden. Stalin hatte im Vierteljahrhundert seiner absoluten autokratischen Herrschaft diese durch den rücksichtslosen Einsatz geheimpolizeilicher Elemente – einerseits –, und die Mobilisierung des inzwischen im Territorium fest verankerten Parteiapparates – andererseits – umfassend durchzusetzen verstanden, sodann in Folge einer nicht mehr hinterfragbar gewordenen Autorität der parteiinternen Hierarchie aufrechterhalten können.

Die Partei-Basis fungierte hierbei vor allem als Ideologie-Träger, aber auch als omnipräsenter Kontrolleur allen gesellschaftlichen Lebens. Das zur Lebenspraxis gewordene Kontrollrecht auch der nachgeordnetesten Parteifunktionäre war auf diese Weise zu einem der wichtigsten Elemente ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Dominanz geworden, zumal seine in Eigeninitiative vollzogene Ausübung seitens der übergeordneten Parteinstanzen nicht nur toleriert, sondern grundsätzlich eingefordert wurde.

Über die Kontrolle hinausgehende Interventionen nachgeordneter Parteifunktionäre in funktionale Prozesse, dagegen, erfolgten fast ausschließlich nur dann, wenn sie im Rahmen spezieller Aufträge übergeordneter Parteinstanzen zu vollziehen waren.

Für dieses Agieren gab es über Jahrzehnte nur allgemeine Richtlinien, bzw. aktualisierende Orientierungen, die teilweise in spürbarem inhaltlichen Widerspruch zu solchen formalen Basisdokumenten der Partei, wie „Parteiprogramm“ oder „Parteistatut“ standen.

Unter Chruschtschow – dem Nachfolger Stalins an der Parteispitze – waren zeitweise nachhaltige Veränderungen in Bezug auf die gesellschaftliche Position des Parteiapparates durchgesetzt worden, im Sinne einer erheblichen Beschränkung seines allgemeinen Machtpotentials. Beispielsweise war es den territorialen Parteigremien und ihren Chefs – den „Ersten Sekretären“ – verboten worden, sich wie bisher auch weiterhin als Kontrolleur der verschiedenen Institutionen des eigentlichen Staatsapparates zu betätigen.

Vor allem auf den mittleren Ebenen der Parteihierarchie löste diese damals seitens des Kremel verfügte Verschiebung in den Machtstrukturen des Sowjetreiches erheblichen Unmut aus,

man fühlte sich dort „zum bloßen Stellwerk für die ordnungsgemäße Vermittlung zentraler Parteibeschlüsse“ degradiert.

Der Mitte der 60er Jahre erfolgte Sturz Chruschtschows, seine Ablösung durch Breschnew, war vermutlich erheblich durch diese Kontroverse bedingt.

Breschnew stellte dann auch zunächst, ohne Verzug, den status quo ante wieder her.

Einige Jahre später, 1971, fand der 24. Parteitag der KPdSU statt, von dem wichtige Grundlagen für die parteiverbindliche Codifizierung seitens nachgeordneter Parteiorgane praktizierter Methoden gesellschaftlicher Machtausübung verabschiedet wurden.

Zudem erhielt die gesamte Innenpolitik des Sowjetstaates eine strategische Linie,

die den Körperschaften der KPdSU nun auch staatsrechtlich in

allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die Wahrnehmung quasi-staatlicher Aufgaben zuwies.

Die Partei definierte sich damit, in gewissem Sinne, als eine „staatliche Überorganisation“, die sich angesichts ihrer universellen gesellschaftlichen Rolle auch als legitimiert dafür erachtete, formale staatliche Normative im Fall absoluter Dringlichkeit unbeachtet lassen zu dürfen.

Jeder Parteigenosse wurde in die Pflicht genommen, sich in seinem persönlichen Umfeld als verantwortlich für die zur Staatspolitik erklärte politische Generallinie der KPdSU zu empfinden, und dem in seinem persönlichen Verhalten zu entsprechen.

An seinem Arbeitsplatz hatte jeder „Kommunist“ – d. h., jedes Parteimitglied – fortan das von Seiten des Staates verbürgte Recht, von den zuständigen betrieblichen Leitungspersonlichkeiten eine erläuternde Aussage hinsichtlich allgemein auffälliger, oder gar offensichtlich kritikwürdiger Gegebenheiten im Betrieb zu verlangen.

Allerdings wurde dann in der Lebenspraxis dieses jedem Parteimitglied erteilte individuelle betriebliche Kontrollrecht nur sehr zurückhaltend wahrgenommen, da sich auch ein „Kommunist“ zumeist nicht ohne zwingende Veranlassung in seiner engeren Arbeitsumgebung unbeliebt machen, oder sogar gesellschaftlich isolieren wollte. Andererseits war man als Parteiloser jetzt gut beraten, persönliche Konfrontationen mit Parteimitgliedern noch intensiver zu vermeiden, als man es ohnehin auch bisher getan hatte.

Substantiell weit bemerkenswerter waren die den „Partei- Kollektiven“ – sprich, den „Ersten Sekretären“ der jeweiligen territorialen oder betrieblichen Parteileitungen – zugewiesenen Pflichten einer in Intervallen vorzunehmenden systematischen Überprüfung aller in ihrem Verantwortungsbereich angesiedelten staatlichen Dienststellen und Betriebe.

In größeren Betrieben waren zudem ständige spezialisierte Partei- Kontroll- Kommissionen zu bilden, die jeweils einen speziellen Bereich der betrieblichen Arbeit in Permanenz zu kontrollieren hatten, z. B. die Qualität der Produktion, die Erfüllung der Export- Auflagen des Betriebes, die Erfüllung der im Staatsplan verankerten Vorgaben hinsichtlich des „wissenschaftlich- technischen Fortschritts“, usw.

Die Chefs von unionszentral geleiteten Kombinat und sonstiger Großbetriebe hatten sich hinfort regelmäßig bei „ihrem“ Parteisekretär einer höheren Parteileitung für ein „Kontroll- Gespräch“ einzufinden.

Das alles beinhaltete wahrlich bereits eine sehr beträchtliche, nunmehr codifizierte und konkretisierte politische Macht der KPdSU im betrieblichen Alltag des Sowjetstaates.

Die zweite Säule der alle Lebensbereiche, insbesondere aber die betriebliche Späre durchdringenden Parteikontrolle der KPdSU war das ihr nunmehr auch formal eingeräumte Recht des Vetos gegen die Berufung einer bestimmten Person auf eine bestimmte Leitungsfunktion. Bei beruflichen Beförderungen besaßen somit die jeweiligen Betriebs- Direktoren nunmehr nur noch das Vorschlagsrecht.

Ungeachtet aller dieser der KPdSU erteilten staatsrechtlichen Verbriefungen blieben Lenkung und Leitung der sowjetischen Lebenswirklichkeit ein kompliziertes, in sich sehr widersprüchliches Geschehen.

Wir haben bereits an anderer Stelle uns bemüht, Zugang zu den speziellen, parallel zu den Kompetenzen nachgeordneter Parteiorgane fortbestehenden statuarischen Potentialen des Justizapparates, der von plebiszitärer Zustimmung abhängigen formalen legislativen Körperschaften in Form der Sowjets, auch des ein beachtliches Maß an faktischer Selbständigkeit gewonnenen Gewerkschafts- Systems zu finden.

Selbstverständlich waren die angesichts solcher Beziehungs- Konvolute unvermeidlichen Ambivalenzen den an der Spitze von Partei und Staat stehenden Persönlichkeiten sehr bekannt, und gewiss wusste man dort auch, dass allein mit der Codifizierung der diversen

Interventionsrechte der Parteiorgane die aus diesen Ambivalenzen resultierenden Probleme keineswegs umfassend gelöst worden waren.

Ein Resultat der hierzu nach dem 24. Parteitag an zentraler Stelle zeitweise mit erheblicher Heftigkeit geführten parteiinternen Diskussion war eine verstärkte ideologische Konzentration auf die umfassende p e r s ö n l i c h e Führungsrolle der „Ersten Sekretäre“ gewesen, was gewisse staatsrechtlich- gesellschaftstheoretisch bedenkliche Züge des Sowjetstaates – nämlich kaum noch zu leugnende Züge eines „Führerstaates“ – unstrittig verstärkt hatte.

Auf die z. Z. unseres Moskau- Aufenthaltes in den Jahren 1979/80 zu beobachtende gesellschaftliche Position und individuelle Situation solcher „Erster Sekretäre“ von Parteileitungen ist ebenfalls bereits an anderer Stelle eingegangen worden – man erhoffte von ihnen eine in jeder Hinsicht makellose Omnipotenz, der sie wohl kaum jemals voll zu entsprechen vermochten.

Nichts desto weniger – angesichts der in der UdSSR seit Mitte der 70er Jahre eingeschlagenen parteiinternen kaderpolitischen Generallinie der KPdSU entsprach es durchaus innerer Logik, der sog. „K a d e r - N o m e n k l a t u r“ verstärkte Beachtung zu schenken.

Die für die Wahrnehmung der parteilichen Schlüssel- und Ausnahme- Funktion des „Ersten Sekretärs“ geeigneten Persönlichkeiten galt es sorgsam aus der Masse der KPdSU- Mitglieder herauszufiltern und mit Geschick einem individuellen „Reifungs- Prozess“ zuzuführen, damit sie später den an sie gestellten außergewöhnlichen Anforderungen möglichst umfassend entsprechen konnten.

Dabei stand natürlich „unverbrüchliche Überzeugungstreue und Parteidisziplin“ an erster Stelle.

Aber auch eine hohe intellektuelle Potenz, geistige Selbständigkeit, solide Allgemeinbildung, Kunstsinn, ein mit beachtlichen Prädikaten abgeschlossenes Hochschulstudium, möglichst auch eine allgemein respektierte akademische Graduierung, allseitige charakterliche Stabilität und ein tadelsfreier persönlicher Lebenswandel, hohe physische und mentale Belastbarkeit, stabile Gesundheit, eine allgemein angenehme persönliche Ausstrahlung auf der Basis eines gepflegten und attraktiven Aussehens, rhetorische Begabung und Diskussionsgewandtheit, usw., usf., sah man als unerlässliche Voraussetzungen für die Erfüllung der „großen und einmaligen Aufgabe“ des „Ersten Sekretärs“ jeder beliebigen KPdSU- Parteileitung an.

Es liegt auf der Hand, dass solche Vorhaben dem bislang stets ergebnislos gebliebenen Bemühen um die „Quadratur des Kreises“ nahe kamen, die gleiche „Erfolgsaussicht“ in sich bargen.

Die mit möglichst geeigneten Genossen zu besetzenden Funktionen der „Ersten Sekretäre“ standen stets im zentralen Fokus der mit besagter Kader- Nomenklatur Befassten, aber auch der Führungsnachwuchs für den eigentlichen Staatsapparat und andere gesellschaftliche Körperschaften – bei Ausklammerung der konfessionellen, kirchlichen Organisationen –, auch für Spitzenpositionen in Kombinat und sonstigen Großbetrieben, wurde inzwischen großenteils über die in der Partei- Nomenklatur erfasste Personal- Reserve rekrutiert.

Neben der kontinuierlichen Begleitung des Lebensweges aller Entscheidungsträger auf den verschiedenen strukturellen Ebenen der Sowjetunion und der systematischen Registrierung aller hierfür als bedeutsam erachteten Informationen, war man seitens der Partei sehr daran interessiert, insbesondere *j u n g e*, charakterlich stabile Menschen mit deutlich erkennbarem außergewöhnlichen Leistungspotential rechtzeitig durch dieses unionszentrale Selektions- System zu erfassen.

Falls ein solcher junger Mann, oder auch eine solche junge Frau als perspektivischer Nomenklaturkader ausgemacht worden waren, die noch keine Mitgliedschaft in der KPdSU besaßen, bemühte man sich intensiv, sie vom nunmehr angebrachten Anstreben dieser Mitgliedschaft zu „überzeugen“.

Was dann in aller Regel auch erreicht wurde.

Je nach Bewährung im allgemeinen Lebensalltag, sowie ihren nach Ausbildung und Studium ausgeübten beruflichen Aktivitäten und erreichten Erfolgen stiegen diese Menschen in der Registratur- Pyramide der Partei- Nomenklatur für eine Reihe von Jahren Stufe für Stufe auf, – manchmal auch wieder ab –, zumeist ohne von solchen ihren ganzen weiteren Lebensweg entscheidend prägenden parteiinternen Vorgängen mit sehr hohem Vertraulichkeitsgrad eine Kenntnis zu haben.

Im Prinzip war die „Partei- Nomenklatur“ der 70er Jahre das Resultat einer jahrzehntelangen Entwicklung, doch durch die vom 24. KPdSU- Parteitag angestoßene, vorstehend skizzierte kaderpolitische Schwerpunktverlagerung zu einem zentralen Lenkungsinstrument von tatsächlich erheblich gesteigerter Bedeutung avanciert.

Gemäß des vor allem von Breschnew favorisierten Konzeptes musste es aus Sicht der Partei vor allem vermieden werden, dass durch überstürzte ad- hoc- Lösungen völlig ungeeignete Leute an die Schaltstellen der verschiedenen Ebenen des Sowjetimperiums gelangten. Also

wurde das in seinen Grundzügen bereits von Lenin konzipierte Konzept der Kader- Nomenklatur nunmehr intensiv überarbeitet und erweitert, differenziert und sektoriert.

Und der Bereich der sogenannten Perspektivkader wurde mit besonderer Sorgfalt ausgebaut.

Bei schon in jungen Jahren, in Schule, Universität und ersten Berufszeiten, bewiesener außerordentlicher persönlicher Befähigung konnte es nun durchaus geschehen, dass insbesondere in Bereichen mit einem sehr speziellen und anspruchsvollen fachlichen Profil der primäre Seiten- Einstieg in die privilegierende hauptamtliche Partei- Hierarchie auf einem bereits sehr hohen Anfangslevel erfolgte, während vom Schicksal betreffs Talent weniger Begünstigte für den Vollzug einer befriedigenden Karriere in Partei- oder Staatsapparat langwierige „Ochsen-Touren“ zu absolvieren hatten.

Von verschiedenen Staaten im Einflussgebiet der damaligen UdSSR waren im Verlauf der letzten Jahrzehnte analoge Kader- Nomenklatur- Systeme entwickelt worden, auch von der DDR.

Das vorrangige Ziel aller Maßnahmen, die unter der Losung einer „Entfaltung der sozialistischen Demokratie“ initiiert wurden, war zweifelsfrei die ideologische Mobilisierung der Bevölkerung, zum Vollzug aller Vorgaben von Partei- und Staatsführung hinsichtlich Absicherung und Ausbau des als sozialistisch erachteten gesellschaftlichen Gesamtsystems der UdSSR.

Alles, was im Konkreten der Umsetzung dieses Teils der seit den 70er Jahren gültigen innenpolitischen General- Strategie der KPdSU diente, war – vor allem - ein Versuch der Instrumentalisierung des Demokratie- Gedankens für die Stabilisierung von damals grundlegenden sowjetischen gesellschaftspolitischen Strukturen in der UdSSR.

Aber auch in einem anderen Sinne war die dann praktizierte „sozialistische Demokratie“ für die KPdSU und den Sowjetstaat wichtig – als feines „seismographisches“ soziologisches Mess- Instrument der aktuellen gesellschaftspolitischen Belastbarkeit der Sowjetbevölkerung in ihrer Gesamtheit, wie auch ihrer einzelnen soziostrukturellen, sowie demographisch oder geographisch bestimmbaren Segmente.

Den führenden Männern im Kremel war es offenkundig inzwischen bewusst, dass für subtile Analysen dieser Art geheimpolizeiliche Ermittlungsmethoden von nur begrenztem Wert

waren, wie auch die routinemäßig abgeforderten Lageberichte der regionalen und lokalen Parteiführungen, die ohnehin zur notorischen Schönfärberei neigten, aus verständlichem Eigeninteresse.

Aus diesem Grunde hatte man im Bereich der zentralen Partei- Organe, in Moskau, eine technisch und personell gut bestückte Abteilung „Briefe aus der Bevölkerung“ etabliert, die jedem couragierten Sowjetbürger eine *d i r e k t e* Wendung an die oberste Parteiführung ermöglichte, bei welcher er zumindest sicher sein konnte, dass seine persönliche Auffassung, bzw. Beschwerde ihren Eingang in die Auswertung des tagtäglich aus dem großen Land zufließenden Informationsmaterials fand.

Es ermangelte folglich wohl kaum an detaillierter Information höchsten Ortes, als in den 80er Jahren die großen und kleinen Probleme des Sowjetstaates immer weniger „in den Griff“ zu bekommen waren, sondern vor allem an *g r u n d l e g e n d e n* ideologischen, strukturellen und konzeptionellen Schwierigkeiten, wie sie der vorliegende Text zu verdeutlichen bemüht ist.

Gehen wir speziell auf die machtstrategischen Aspekte, auf bestimmte Details bei der „Entfaltung der sozialistischen Demokratie“ im Sowjetreich etwas näher ein.

Zu den machtstrategisch bemerkenswertesten Eingebungen Lenins gehört gewiss seine Idee, mit der Durchsetzung eines gewissen „*V e r b r ü d e r u n g s m o n o p o l s*“ für *s e i n e* Partei, die KPdSU, bereits in den Gründungsjahren der UdSSR *j e g l i c h e r* flächendeckend organisierten Grass- Root- Opposition die *l e g a l e B a s i s t o t a l z u e n t z i e h e n*. Nach einigen Auseinandersetzungen konnte er die Parteiführung zur Umsetzung seiner diesbezüglichen Vorstellungen überzeugen.

Mit der akklamatorischen Verkündung des „Bündnisses von Kommunisten und Parteilosen“ bemühte man sich dann, einen *j e g l i c h e n* Menschen im neuen Riesenstaat, der bisher in seiner persönlichen politischen Ausrichtung noch nicht anderweitig festgelegt war, als einen „grundsätzlichen Bruder im Geiste“ emotional möglichst umfassend und nachhaltig für sich zu vereinnahmen.

Die KPdSU konnte dadurch die isolierende Ausstrahlung ihrer inneren elitären Struktur tatsächlich erheblich abschwächen, durch die Entwicklung vielfältiger Kooperationsformen mit insbesondere lokal bedeutsamen Bevölkerungsgruppen sich – neben dem Kaderstamm der Partei – eine *z w e i t e* Struktur landesweiter politischer Aktions- Plattformen schaffen.

Gemäß der inneren Logik dieses machtstrategischen Ansatzes wurde hinfort jede sonstige politische Kraft, die Analoges zu praktizieren versuchte, *n a c h h a l t i g b e k ä m p f t*. Und wenn dennoch anderen politischen oder sonstigen gesellschaftlichen Kräften eine Imitation der allumfassend umarmenden kommunistischen Bündnispolitik zu gelingen schien, wurde solches mit drakonischer Kompromisslosigkeit unterbunden. Auch die Kirchen sollten die diesbezügliche skrupellose Rigorosität des Sowjetstaates zu spüren bekommen.

Die für eine gewisse „Bündnispolitik“ gewonnenen und nachfolgend in diese eingebundenen Staatsbürger, die besagten „parteilosen Klassenbrüder“, wurden indessen bei der Entwicklung vielfältiger Formen gesellschaftlicher Organisiertheit nachhaltig „unterstützt“; im Klartext – die KPdSU gab sich große Mühe, unter Führung hierfür speziell abgestellter, weiterhin eng in die eigentliche Kaderstruktur der Partei eingebundener Funktionäre eine breite Vielfalt von Organisationen mannigfacher Art und Aufgabenstellung in der UdSSR aufzubauen.

Über die paramilitärische DOOSAF der Sowjetunion ist bereits an anderer Stelle berichtet, das vermutlich Wichtigste gesagt worden.

Die politisch bedeutendste Gruppe besagter Massenorganisationen war indessen der Reigen des Gewerkschaften- Systems, zumal die Gewerkschaften im betrieblichen Rahmen – im Laufe der Jahre – ein beachtliches Eigengewicht zu entfalten gelernt hatten.

Auch darauf ist bereits im Vorstehenden bereits relativ breit eingegangen worden. Im Jahr 1979 zählten die sowjetischen Gewerkschaften insgesamt 127 Millionen Mitglieder, etwa jeder zweite Sowjetbürger war ihr eingeschriebenes Mitglied.

Ein im Gegensatz zu den internationalen Üblichkeiten entstandenes Unikum dieses riesigen Gewerkschaftsverbandes dürfte es gewesen sein, dass man sich vor einiger Zeit auch Millionen Mitglieder ländlicher Kolchosen – mithin formal *p r i v a t e* Genossenschaftler ländlicher Produktionsbetriebe – in diese Arbeitnehmer- Organisation „einverleibt“ hatte.

Sehr große Aufmerksamkeit bei den speziell in den letzten Jahren iniitierten Anstrengungen zur „vollen Entfaltung der sozialistischen Demokratie“ wurde durch eine besondere Förder-

ung verschiedener Interessenverbände der „M e i n u n g s b i l d e r im Alltagsleben der vielen Regionen des Sowjetlandes“ geschenkt.

Der Journalisten- Verband hatte inzwischen die stattliche Zahl von 60 000 sog. Vollmitgliedern, d. h. von etablierten Vertretern der schreibenden Zunft, denen eine solche Mitgliedschaft eine spürbare gesellschaftliche Status- Stabilisierung bescherte.

Der Verband der anerkannten Kunstmaler umfasste immerhin 14 000 Mitglieder, mit deren Hilfe die absolute Dominanz des „Sozialistischen Realismus“ in der Welt aller auf sowjetischem Boden gemalter Bilder gesichert erschien.

Das „sozialistische Liedgut“ war dagegen als Kanon etabliert und nur noch bedingt erweiterbar, wie vermutlich auch die anderen Sujets des traditionsgebundenen Musikgeschehens. Die vergleichsweise niedrige Zahl von 2 000 im Komponisten- Verband vereinten privilegierten Tonkünstlern reflektierte die Situation.

Der sowjetische Schriftsteller- Verband brachte es indessen auf 9 000 anerkannte Voll- Mitglieder.

Mit diesen Mitgliedschaften in teilweise mehrfacher Divisions- Stärke bemühte man sich, auch gewissen Aspekten der innersowjetischen Nationalitäten- Politik genüge zu tun. Selbst kleinste Völkerschaften bekamen auf diese Weise ihre – formal gesehen – „unionsweit“ anerkannten und autorisierten Kunst- und Kultur- Schaffenden !

Diese Männer – gelegentlich auch Frauen – konnten dank verschiedener Sonder- und Förder- systeme hinfort in der Regel einen angemessenen Lebensunterhalt durch ihr künstlerisches oder journalistisches Schaffen bestreiten, überwiegend auf der Basis von Auftragsarbeiten, zumeist vergeben durch großzügig honorierende öffentliche Instanzen.

Dem Nationalstolz der kleinen Völker kam diese Kulturpolitik sehr entgegen. Manch´ ein Jäger in den Tundren der sibirischen Arktis, z. B., fühlte sich nunmehr wirklich „auf ewig dem großen Russland verbunden“, wie es die UdSSR- Nationalhymne zum Ausdruck brachte.

Unbedingt erwähnt werden müssen die verschiedenartigen Genossenschaften, die a u ß e r - h a l b der l a n d w i r t s c h a f t l i c h e n Produktionssphäre etabliert worden waren, insbesondere die insgesamt 63 Millionen Mitglieder umfassenden Konsum- Genossenschaften, sehr ähnlich den auch in West- und Mitteleuropa etablierten Verbraucher- Zusammen- schlüssen.

Des weiteren verdienen die in der Nachkriegszeit auf der Basis von Großbetriebsbelegschaften etablierten Wohnungsbau- Genossenschaften in diesem Zusammenhang Beachtung. Im Ergebnis nachhaltiger Einwirkung von gewerkschaftlicher Seite war es oft gelungen, massive pekuniäre Zuschüsse seitens der betreffenden Betriebe für die genossenschaftlichen Bauprojekte zu erlangen, die zeitweise Überweisung von bis zu 50 Prozent aller dem Prämienfonds des Betriebes zugeflossenen Mittel in die Kasse der betrieblichen Wohnungsbau- Genossenschaft war keineswegs eine seltene Ausnahme – was dann allerdings jegliches effektives Stimulieren der *e i g e n t l i c h e n* Leistungen am Arbeitsplatz *z u s ä t z l i c h e i n - s c h r ä n k t e*.

Auch für die individuelle Wahrnehmung verschiedener anderer spezieller Interessen war in der UdSSR der Zusammenschluss in genossenschaftlichen Strukturen grundsätzlich durchaus statthaft, z. B. zur Nutzung von Fischerei- Revieren durch Hobby- Angler.

Schließlich waren legale Verbände mit einer sehr speziellen und dem Gemeinwohl verpflichteten Zweckbestimmung entstanden, z. B. die offiziell anerkannte „Gesellschaft zum Schutz von Natur- Denkmälern und für Naturschutz“ – mit im Jahre 1979 immerhin etwa 30 000 eingetragenen Mitgliedern –, deren staatlich akzeptiertes Statut sehr deutlich eine „grüne Ausrichtung“ festlegte.

Die „Allianz der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond der Sowjetunion“ gehörte ebenfalls zu dieser Verbands- Kategorie.

Alle diese Organisationen, Verbände, Gewerkschaften, Genossenschaften machten die Etablierung einer sehr großen Anzahl von mit besonderen Aufgabenstellungen betrauten Funktionären, von haupt-, insbesondere aber von ehrenamtlichen Entscheidungsträgern der verschiedenen Verwaltungsebenen erforderlich, die Absicherung des üblichen konstitutionellen körperschaftlichen Lebens, von interner Administration und körperschaftlichen Kontrollorganen, die Organisierung spezieller Kommissionen und Ausschüsse, usw., usf.

Auf diese Weise war Ende der 70er Jahre tatsächlich etwa *j e d e r v i e r t e* erwachsene Bürger der Sowjetunion in irgend einer Form am *g e s e l l s c h a f t l i c h e n* Leitungsgeschehen in seinem Staat beteiligt.

Wenngleich, notabene, die individuelle Position des Einzelnen dabei, gesamtgesellschaftlich gesehen, zumeist als extrem nachgeordnet erachtet werden musste.

Dennoch hatte sich diese „Funktionalitis“, diese extreme Inflation von Funktionsträgern zu einem zeitweise sehr wesentlichen Element der bis zu Beginn der 80er Jahre zweifelsohne gewährleisteten allgemeinen sowjetischen Gesellschaftsstabilität entwickelt.

Aber es war eine Stabilität, deren Fortexistenz an Voraussetzungen gebunden war, die dem Sowjetstaat auch schon 1979/80 zunehmend verloren zu gehen begannen.

Die äußerst feingliedrige Eingliederung weiter Bevölkerungskreise in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensalltags war zu erheblichen Anteilen auf den ständigen Erhalt entscheidender Impulse – nicht zuletzt in „materialisierter“ Form – aus den Parteibüros der KPdSU ausgerichtet. Eine wirklich belastbare, weitgehend selbständige „innere Entscheidungs-Kompetenz“ konnte sich angesichts der zur Gewohnheit gewordenen „allseitigen führenden Rolle der KPdSU“ in den vielen kleinen Machtzirkeln der meisten Verbände, Organisationen, usw., kaum entwickeln.

Und als die Gesamtheit der sowjetischen Gesellschaft während der Jahre 1989/91 zunehmend in ihrer Gesamtheit erschüttert wurde, war sie auch durch die Millionenscharen „kleiner“ und „kleinster“ Funktionsträger in „zigtausend“ gesellschaftlichen Körperschaften vor dem totalen Ruin nicht zu retten.

Wohl auch deshalb nicht, weil inzwischen die emotionale Verankerung der immer stärker sich widersprüchlich, gar verwirrend darstellenden sowjetischen Staatlichkeit bei der Mehrzahl dieser meist ehrenamtlichen Funktionsträger keineswegs mehr derart nachhaltig war, als dass sie zu resolutem Einsatz für hohl gewordene Ideale noch bereit gewesen wären.

Und zudem die von allen Seiten postulierte „Alleinverantwortlichkeit der Partei“ sie persönlich – soweit sie keine KPdSU-Mitglieder waren – vor nachhaltigeren Schuldzuweisungen für unübersehbare Versäumnisse in den eigenen Verantwortungsbereichen fast immer bewahrte.

Es sei noch kurz auf die Beziehungsstrukturen zwischen KPdSU-Mitgliedern und der „Partei der Parteilosen“ in den legislativen Körperschaften der Sowjetunion, in den Sowjets der verschiedenen administrativen Ebenen eingegangen.

In den zentralen Instanzen der KPdSU war man schon vor geraumer Zeit zur Überzeugung gelangt, dass in diesen vor allem im kommunalen Bereich keineswegs belanglosen Körperschaften grundsätzlich mindestens 30 Prozent der Mandate von Mitgliedern der Staatspartei wahrgenommen werden sollten, andererseits aber auch eine absolute Mehrheit von Parteigenossen überall strikt zu vermeiden war. Man wollte insbesondere beim Offensichtlicher-

den von gelegentlichen krassen Fehlentscheidungen in Parlamenten nachgeordneter Entscheidungsebenen darauf verweisen können, dass ein in die Kritik geratener Sowjet- Beschluss niemals allein von KPdSU- Mitgliedern getragen war.

Die KPdSU- Genossen unter den Deputierten eines Sowjets unterlagen, dessen ungeachtet, immer einer sehr strengen s p e z i e l l e n Partei- Disziplin, waren für die Dauer einer Sitzungsperiode in ihrer Eigenschaft als Deputierte in einer straff organisierten zeitweiligen Parteigruppe zusammengefasst, deren vorrangiges Ziel die Sicherstellung eines einheitlichen, in aller Regel zustimmenden Abstimmungsverhaltens war.

Für die „bunte Mehrheit“ der parteilosen Deputierten waren fraktionsähnliche Zusammenschlüsse dagegen nicht statthaft. Wer gegen die diesbezüglichen „freundschaftlichen Hinweise von zuständiger Stelle“ leichtfertig, oder gar vorsätzlich verstieß, musste zumeist schon sehr bald mit „überraschenden Schwierigkeiten verschiedener Art“ rechnen.

Gelegentlich von der KPdSU- Linie abweichendes individuelles Stimmverhalten Einzelner aus dem „Lager der Parteilosen“ wurde dagegen zumeist durchaus toleriert, gelegentlich sogar propagandistisch als „positiver Beweis für die Lebendigkeit der sozialistischen Demokratie“ interpretiert.

Übergeordneten Parteiorganen diene das Auftreten solch „abweichenden Verhaltens“ als Frühindikator für das Entstehen ernsterer lokaler politischer Probleme.

In der Gesamtheit aller Sowjets pendelten die Anteile von KPdSU- Mitgliedern bei Werten um oder leicht über 40 Prozent, gemäß den „Empfehlungen“ der obersten Parteiorgane. Gemäß einer Aussage im Winter 1980 lag der betreffende Wert zu einem gewissen Stichtag des Vorjahres für die gesamte UdSSR bei durchschnittlich 43 Prozent.

Der Ideologie- Apparat der KPdSU war zweifelsohne immer sehr daran interessiert gewesen, das im Verlauf des Zweiten Weltkrieges entstandene nachhaltige Zusammengehörigkeits- Gefühl der Sowjetbürger ständig zu perpetuieren, auch als tragendes und prägendes Fundament von neuartigen Überzeugungsinhalten zu nutzen, die sich durch die Zeitenläufe als unverzichtbar herausstellten.

Natürlich war es den Leuten an der Spitze der betreffenden Institutionen und Körperschaften keineswegs entgangen, wie die monotone Wiederholung von Apellen und Riten vor allem die

junge Generation immer weniger ansprachen, die wachsenden mentalen Bedürfnisse in Folge des sich zunehmend differenzierenden geistig- intellektuellen Horizonts breiter Kreise der sowjetischen Intelligenz mittlerweile kaum noch befriedigend bedient wurden.

Damit drohten zwei zur Beherrschung der zukünftigen gesellschaftlichen Anforderungen besonders wichtige Segmente der Sowjetbevölkerung langsam dem dominierenden Einfluss der KPdSU zu entgleiten, weshalb man sich in den 70er Jahren sehr zu bemühen begann, die gesamte Ideologie- Arbeit in gewissem Sinne „umzusteuern“, den speziellen geistigen und kulturellen Bedürfnissen von Intelligenz und Jugend durch neue, „vielfarbige“ und intellektuell anspruchsvolle Angebote in der Medienwelt zu entsprechen.

Die öffentliche Resonanz darauf war gewiss positiv, dennoch konnte die erhoffte mentale „Tiefenwirkung“ in nur sehr begrenztem Ausmaß erreicht werden.

Das sich permanent als kaum lösbar erweisende Kernproblem dürfte darin bestanden haben, dass die „ehernen Dogmen“ der sowjetischen Modifikation des Marxismus durch derartige Bemühungen absolut unbeschädigt bleiben mussten.

Dieses schwere Manko aller sowjetischer Ideologie- Politik der 70er Jahre war auch von den Strategen auf der Seite der globalen Opponenten des Sowjetstaates mit großer Deutlichkeit erkannt worden, und seit Jahren prasselte nun auf die Sowjetbürger aller sozialer Gruppen und Klassen, aller Altersstufen und Nationalitäten ein kontinuierliches, sehr differenziert und propagandistisch gekonnt inszeniertes medienpolitisches Dauerfeuer aus dem Äther herab.

Die Sowjet- Jugend und die Sowjet- Intelligenz hatte man auch von dieser Seite als soziale Zielgruppen von besonderer und spezifischer Relevanz ausgemacht, ein sehr großer Teil der für sowjetische Ohren produzierten und ausgestrahlten Radio- Sendungen bemühte sich im Besonderen um sie.

Eine dritte spezielle Zielgruppe der westlichen Agitation waren die außerrussischen Völker der Sowjetunion.

Im Zusammenhang mit alledem sei mir – wieder einmal – ein längeres Zitat aus meinen Moskauer Vorlesungs- Mitschriften erlaubt.

„Von den täglichen 12 russischsprachigen Sendestunden der `Voice of America` sind jeweils 7 Stunden für Jugendliche gedacht.“

Die Sprecher dieser westlichen Jugendsendungen sind in der Regel nachhaltig angewiesen worden, bei der Gestaltung ihrer Beiträge alle `Untertöne` im Stil eines `belehrenden väterlichen Freundes` tunlichst zu vermeiden, auch immer wieder eine deutliche persönliche Kritik an bestimmten Gegebenheiten und Geschehnissen in der westlichen Welt zu artikulieren,

um auf diese Weise eine tragfähige Vertrauensbasis auf vorgeblicher `Augenhöhe` für den weiteren, tiefenpsychologisch wirksamen Dialog mit der jugendlichen Hörerschaft auf sowjetischem Territorium zu schaffen.

Bei den speziell auf die Angehörigen unserer Intelligenz zugeschnittenen Sendungen wird derzeit von den westlichen Sendern bevorzugt die technische Intelligenz angesprochen. Das geschieht in der keineswegs unberechtigten Annahme, dass das Interesse unserer Ingenieure und Techniker durch politisch vorgeblich `wertfreie`, betont technisch- wissenschaftlich orientierte Sendungen relativ leicht geweckt werden kann, woran – aber erst in einem zweiten Sende- Abschnitt – auch das eine oder andere, als *i d e o l o g i s c h* bedeutsam erkennbare Thema `vorsichtig angekoppelt` wird.

Als sehr wichtig sehen die westlichen politischen Medienstrategen offenbar an, sowjetische technische Leistungen, das Niveau der technischen Berufsausbildung in der Sowjetunion, usw., mit einer positiv orientierten Kommentierung zu bedenken, damit den berechtigten Berufsstolz ihrer Hörer in der UdSSR zu goutieren.

Die Imagination eines auf diese Weise aufgebauten `persönlichen` Kontaktes zwischen Moderator und Hörer hat – aus der Sicht der westlichen Propaganda – ihr Ziel erreicht, wenn der am Rundfunk- Empfänger lauschende sowjetische Ingenieur zu der Überzeugung gelangt ist, dass er in Anbetracht seines beachtlichen persönlichen Qualifikationsniveaus in der `westlichen` Welt einen weitaus erfüllteren, vor allem auch ökonomisch ertragreicheren Lebensweg absolvieren könnte, als er ihm derzeit in seiner sowjetischen Heimat beschieden ist.

Insgesamt haben 37 westliche Rundfunksender z. Z. spezielle Sendungen für die UdSSR in ihrem Programm, mit insgesamt etwa 200 Sendestunden pro Tag.

Sie werden keineswegs alle nur in Russisch, sondern in insgesamt 23 Sprachen verschiedener Völker in der Sowjetunion ausgestrahlt, wobei auch manche zahlenmäßig eher kleine Ethnien Berücksichtigung finden.

`Radio Liberty` hat die strategischen Ziele seiner Sendungen für die UdSSR wie folgt definiert :

`Der Sowjetbürger muss zu der Überzeugung gelangen, dass sein Leben aus einer allgemeinen Apathie gelöst, verbessert werden müsste. Dem auf diese Weise zu einem Suchenden gewordenen muss man nachfolgend dezidiert suggerieren, *w a s* er suchen sollte.

Die bisher fest auf Seiten der Sowjetmacht Stehenden und sich für das Sowjetsystem Einbringenden sollen veranlasst werden, an ihren Überzeugungen zu zweifeln – solche Men-

schen dürfen von uns, den Vertretern der Freien Welt, nicht in unkluger Überheblichkeit gekränkt werden.

Wir müssen sie durch die Vermittlung geeigneter, ihren individuellen Erfahrungshorizont ansprechender Gedankenketten dafür gewinnen, uns über einen längeren Zeitraum immer wieder ihr Ohr zu schenken.

Haben wir dies erreicht, ist zu hoffen, dass wir einen solchen Menschen allmählich auch in die Position eines *n e u e g r u n d s ä t z l i c h e* Lebensinhalte Suchenden überleiten können.'

Soviel zu 'Radio Liberty'.

Die von der westlichen Radiowelt unseren sowjetischen Menschen vermittelte, sehr einseitig geschönte Darstellung der Lebenverhältnisse in den entwickelten westlichen Ländern kombiniert sich inzwischen tatsächlich in den Köpfen vieler Sowjetbürger mit den leider allzu kritikfreien und deshalb nur noch bedingt glaubwürdigen Schilderungen unserer Gegebenheiten durch unsere Medien, die oft allzu sehr im Widerspruch zum eigenen Erleben stehen.

Facit – unsere medienpolitischen Einseitigkeiten wecken auf dem Hintergrund der westlichen Agitation zunehmend Misstrauen gegenüber unseren agitatorischen Bemühungen in ihrer Gesamtheit, schließlich dominiert in zunehmend mehr Familien immer stärker 'die Stimme des Westens' als Quelle aller individuellen Meinungsbildung !

In gewissem Sinne ist es paradox – heute scheint für manchen Sowjetbürger 'in seinem Innersten' die durch das Radio in beeindruckender Attraktivität dargestellte *w e s t l i c h e* Welt jene zur Realität gewordene schöne Welt zu sein, die wir bis vor einiger Zeit in den von uns nachhaltig propagierten *k o m m u n i s t i s c h e n* Visionen an den vorgeblich bald zu erreichenden gesellschaftlichen Horizont gemalt haben ! ! “

„RUSSEN UND SONSTIGE SOWJETBÜRGER“ –  
 ÜBER SOWJETISCHE NATIONALITÄTENPOLITIK  
 NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Einen Essay über die einstige Weltmacht UdSSR, über ihre inneren Verhältnisse etwa ein Jahrzehnt vor politischer Implosion und nachfolgendem schnellen Verfall, kann man nicht zum Abschluss bringen, ohne zumindest in Kürze auf die innersowjetische Nationalitätenpolitik nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges eingegangen zu sein.

Mit der heutzutage gegebenen Distanz von mehr als 20 Jahren gilt es unter qualifizierteren Kennern der damaligen historischen Szene als unbestritten, dass seitens des russischen Kernlandes – bei Unterstützung durch einzelne Inseln hoher ökonomischer Potenz in anderen Teilen der Union – eine enorme wirtschaftliche Entwicklungshilfe vor allem den mittelasiatischen Sowjetrepubliken gegeben wurde, aber auch bestimmten kaukasischen und baltischen Regionen. Innerhalb des speziellen russischen Verbandes der RSFSR gab es einen ähnlichen Ressourcen- Transfer von seinem europäischen in seinen sibirischen Teil.

Das sichtbare Ergebnis dieses dereinst mit Hartnäckigkeit, teilweise mit Brutalität durchgesetzten innenpolitischen Kurses war – zum einen – eine bemerkenswerte Industrialisierung von zu Zarenzeiten wenig beachteten Landesteilen, und – zum anderen – eine spürbare Russifizierung jener Gegenden, insbesondere ihrer Mittelschichten.

Gemessen am Pro- Kopf- Einkommen der Einwohnerschaft jener nachhaltig geförderten Gebiete, sowie an den Indikatoren der Bildungs- und medizinischen Versorgungs- Struktur, stieg ihr Lebensstandard zumeist erheblich, öfters stärker als in den genuin russischen Kernlanden des Riesenreiches.

Das wurde über eine Reihe von Jahren – speziell in den 50er und 60er Jahren – auch von den alteingesessenen nichtrussischen Völkerschaften jener Gebiete überwiegend akzeptiert, als positiver Beitrag Russlands zur allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung der heimatlichen Gefilde anerkannt.

Der noch in den 30er Jahren allenthalben spürbare unterschwellige Widerstand gegen „fremdländisch- russische Überfrachtung“ des Althergebrachten, gegen den Schwund traditionell nichtrussischer nationaler Identitäten, reduzierte sich immer mehr. Zu Zeiten unseres Moskauer Aufenthaltes in den Jahren 1979/80 war er seitens Außenstehender kaum noch wahrnehmbar.

Doch parallel hierzu begannen sich – wohlgemerkt, zumeist *n a c h* dem Erreichen eines gewissen lokalen Lebensstandards – bestimmte *n e u e* antirussische Empfindungen zu regen, die seitens der zentralen sowjetischen Ideologie- Strategen allzu lange als unbeachtlich vernachlässigt wurden, von den politischen Verantwortungsträgern eine geradezu sträfliche Verdrängung erfuhren.

Die allmählich zunehmende Dominanz des russischen Bevölkerungs- Anteils bei der Akzentsetzung im öffentlichen Leben der nichtrussischen Sowjetrepubliken und der nichtrussischen Territorien in der RSFSR begann Empfindungen der Zurücksetzung, teilweise gar der Demütigung in den ursprünglichen Bevölkerungen dieser Räume zu reaktivieren, die zunächst frei von nennenswerten antisowjetischen oder antimarxistischen Tendenzen waren. Vor allem jüngere Menschen wollten sich nicht vom überhand nehmenden Russentum völlig adsorbieren lassen, wie es – zumeist in freundschaftlicher Absicht – ihnen von ihren russischen Freunden und Arbeitskollegen häufig allzu unbefangen angetragen wurde.

Es waren sehr tief liegende, letztlich tiefenpsychologisch zu definierende Bewusstseins- schichten, die durch solche zwischenmenschliche Konflikt- Impulse angesprochen wurden.

Parallel zu der weiterhin grundsätzlich bejahten allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung stellte sich auf diese Weise vielerorts wieder eine gewisse innere Entfremdung zwischen Russen und Nichtrussen ein, wozu der russische Bevölkerungsanteil anfangs zumeist keinerlei „inneren Zugang“, gar Verständnis finden konnte.

Wodurch der eingetretene schlimme Prozess des emotionalen Auseinanderdriftens nachhaltige Beförderung erhielt.

Die Alteingesessenen sahen nun bald das durch unstrittig opferwilliges russisches Engagement in ihrer Heimat auf ökonomischen und sonstigen Gebieten Erreichte zunehmend als keinen näheren Erörterungen wert „Selbstverständlichkeit“ an, wobei der staatsideologisch

eingeforderte sozialistische Altruismus die zugewanderten Russen zur Akzeptanz solcher, auch ihre persönlichen Leistungen oft abwertender Positionen nötigte.

Doch in ihrem „Innersten“ entstanden jetzt auch bei ihnen zunehmend befremdliche Empfindungen, die Entwicklungen im engeren Umfeld wurden mit Bitterkeit als Undankbarkeit der Nichtrussen wahrgenommen.

Welcher Abwehr- Reflex sich umso deutlicher artikulierte, je weniger die alteingesessenen Stammvölker außerhalb der russischen Kerngebiete russisches Dominieren in ihrem öffentlichen Raum hinzunehmen bereit waren.

Man begann, sich „einzuigeln“.

Letztlich erfasste dieser Spaltungsprozess in vielen Regionen auch „die Partei“, die KPdSU selbst.

Jedenfalls versagte sie nun zunehmend, den ihr in solchen Situationen abzuverlangenden Part einer alle nationalen Zwistigkeiten von „Kommunisten“ überbrückenden, alle „Genossen“ verbrüdernden großen Klammer umzusetzen.

Zumal das sich entwickelnde neue Identitätsbewusstsein der nichtrussischen Völker schließlich fast überall zu einem innigen ideologischen Kontakt zu „ausgetrocknet“ gewählten Identitätsinhalten archaischen Charakters fand, z. B., zu einem sehr speziell geprägten *n a t i o - n a l e n* Geschichtsbewusstsein, mit teilweise sehr nachhaltigen *a n t i r u s s i s c h e n* Akzenten.

Es dürfte eine verallgemeinerungsfähige Erfahrung sein :

Überwölbende gesellschaftliche Identitätsinhalte haben in der Vergangenheit meist nur dann Bestand gehabt, wenn sie nicht auf Kosten, sondern bei *I n t e g r i e r e n* vorexistenter Identitäts- Formate entwickelt worden waren.

Die einstige Sowjetführung hat offensichtlich dieser grundlegend bedeutsamen Regel langfristig nur eine sehr unzureichende, oder überhaupt keine Beachtung geschenkt.

Selbst die über Jahrhunderte mit Russland auf das Engste verbundene Ukraine nutzte 1989/91 die Gunst der Zeit zur Erlangung nationaler Unabhängigkeit, wie auch die baltischen Staaten, Weißrussland, die größeren Völker des Kaukasus und der Weiten Mittelasiens.

Das Abdriften von Völkerschaften aus der einstigen R S F S R konnten allerdings die Herren der Moskauer Kremel- Szene v e r h i n d e r n , wenngleich teilweise nur mit größter Mühe.

Fünftes Kapitel

ROTER STERN UND WEITE WELT  
Über sowjetische Außenpolitik

EINLEITENDE SÄTZE ZUR SOWJETISCHEN AUSSENPOLITIK  
DER JAHRE 1979/80  
UND ZUM GLOBALPOLITISCHEN STELLENWERT  
DER SOG. „MITTELMÄCHTE“

Auf den nachfolgenden Seiten geht es um bestimmte Aspekte der Außenpolitik des damaligen sowjetischen Staates und der diesen Staat dominierenden Partei, der KPdSU.

Dabei wird bewusst eine Fokussierung auf die zentralen globalen Frontstellungen jener Zeit vermieden. Selbige haben jahrzehntelang die internationale Medienwelt beherrscht, dürften zumindest der älteren gegenwärtigen Generation noch allzu geläufig sein.

Der alles internationale Geschehen in den 70er und 80er Jahren überwölbende Konflikt war die Konfrontation der Supermächte USA und UdSSR, mit ihren jeweiligen gewaltigen Arsenalen an Atomwaffen und interkontinental einsetzbaren Raketen- Systemen.

Auch in unseren Moskauer Vorlesungs- und Seminarstunden war alles, was über die USA zur Sprache kam, durch diese Gegebenheit massiv „eingefärbt“, durch ein ideologisches Schwarz-Weiß- Schema geprägt.

Eine ähnliche Sicht hatte sich jüngeren Datums auch hinsichtlich der VR China entwickelt, war in unserem Kursanten- Jahr 1979/80 in gewisser Hinsicht zu einem Höhepunkt gelangt, nicht zuletzt in Folge der kurzen militärischen Invasion chinesischer Panzerverbände in die Grenzgebiete Nord- Vietnams.

Vietnam hatte daraufhin eine massive und nachhaltige Unterstützung von sowjetischer Seite erfahren, wie schon in den 60er und 70er Jahren zu Zeiten der hartnäckigen innervietnamesischen Auseinandersetzung und des ausgedehnten militärischen Engagements der USA in Süd- Vietnam.

Worauf China sich im Winter 1979 veranlasst sah, seine Panzertruppen von vietnamesischem Territorium wieder sehr schnell zurückzuziehen.

Wie auch immer, in den Moskauer Korridoren der Macht hatte diese kurze machtpolitische Episode, das militärische Abenteuer des sozialistischen Chinas gegen das sozialistische Vietnam, nachhaltige Spuren hinterlassen – eine *d r i t t e*, noch im Werden begriffene Supermacht hatte mit ihrem Truppeneinmarsch in bisheriges „Freundesland“ nachdrücklich an die „Eingangstür zum Club der Allgewaltigen“ geklopft.

Und das gefiel in Moskau *n i e m a n d e m*.

Der gesamte Lehrkörper der Akademie, unsere sich zeitweise in ihren Ausführungen über China regelrecht „abarbeitenden“ Dozenten und Lektoren erinnerten mich damals sehr an das Verhalten des „verstoßenen Bräutigams“.

Die „chinesische Braut“ hatte ihre reichhaltige Mithift „geschäftstüchtig eingesteckt“, doch dann sich in „absolut unstatthafter Manier“ von ihrem „sowjetischen Bräutigam“ abgewandt, zudem unverfroren immer wieder neue Forderungen nachgeschoben. Da diese inzwischen unerfüllbar geworden waren, hatte sie kürzlich dem langjährig Verlobten „kühl den Abschied gegeben“, schien sich nunmehr gar mit dem „rüden Haupttrivalen“ des Sowjetstaates um ihre Gunst – mit den USA – in eine „intime Beziehung“ einlassen zu wollen.

Der innerste Kern der mittlerweile massiven sowjetisch – chinesischen Dissonanzen waren gewiss Unwilligkeit und Unvermögen der UdSSR, in ihrem Machtbereich einen zweiten, etwa gleichwertigen *F ü h r u n g s p a r t n e r* zu akzeptieren, andererseits die Unwilligkeit der Chinesen, auf das ihnen durch den welthistorischen Prozess zufließende Machtpotential frei-willing zu Gunsten der Sowjetunion verzichten zu sollen.

Die Entwicklung der sowjetisch- chinesischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat eine immer wieder zu tätige Beobachtung bestätigt – es fällt zweien, oder auch mehreren, Führungsmächten oder Führungskräften erfahrungsgemäß ungemein schwer, eine *g l e i c h r a n g i g e* Führung gegenüber den verschiedenen Kräften ihrer Gefolgschaft für einen längeren Zeitraum wahrzunehmen.

Belege für diese These kann man dem Schicksal der diversen „Triumvirate“ des alten römischen Kaiserreiches genau so entnehmen, wie der europäischen Geschichte des Mittelalters oder derzeit aktuellen Geschehnissen.

Wir wollen uns nachfolgend nicht auf eingehendere spezielle Thematisierungen der damaligen Hauptkonflikt- Linien sowjetischer Außenpolitik einlassen, solches Bemühen würde

– aller Wahrscheinlichkeit nach – auf das Wiederholen von allgemein gut Bekanntem hinauslaufen.

Aus diesem Grund wird hier auch nicht auf den zu jener Zeit sich voll entfaltenden Afghanistan- Konflikt näher eingegangen werden.

Einer Erörterung wert in dieser Niederschrift scheinen mir indessen die sowjetischen Sichten auf diverse *M i t t e l m ä c h t e* jener Zeit, auf die oft sehr verschlungenen und verwobenen Beziehungsgeflechte in *d i e s e m* Teil der weltpolitischen Strukturen. Selbige erfahren im internationalen Mediengeschehen tendentiell eine nur nachrangige Beachtung. Ihre nähere Kenntnis ist zumeist außenpolitischen Insidern vorbehalten, Bestandteil ihres fachpolitischen „Herrschaftswissens“.

Hierfür „einen Blick“ gewonnen zu haben, ist deshalb nicht unwichtig für das Verständnis des Weltgeschehens.

Zumal Verlauf und Ausgang aller Auseinandersetzungen an den globalpolitischen Hauptkampflinien der „Hohen Diplomatie“ zu großen Teilen davon abhängen, in welchem Umfang und mit welcher Zuverlässigkeit die „Ganz Großen“ auch politische und ökonomische Potenzen von *m i t t l e r e r* Größenordnung für ihre Absichten zu instrumentalisieren vermögen.

Bei der Umsetzung solcher politologischen Akzente in effektive aktuelle Tagespolitik spielen stets *p r o f e s s i o n e l l e s* diplomatisches Vermögen, auch das soeben zitierte spezielle außenpolitische „Herrschaftswissen“, eine sehr erhebliche Rolle.

Wir deutschen Akademie- Kursanten der Jahre 1979/80 haben die uns gewährten gelegentlichen diesbezüglichen „Blicke hinter die Kulissen“ jedenfalls durchweg als interessant und aufschlussreich empfunden.

## JUNGE NATIONALSTAATEN UND SOWJETISCHE NACHKRIEGSDIPLOMATIE

Von gewissem Interesse dürfte aber auch eine zumindest cursorische Einbeziehung der zahlreichen machtpolitisch e h e r n a c h r a n g i g e n S t a a t e n in unsere Erörterungen sein, z. B. der vielen nachkolonialen Staatschöpfungen im schwarzafrikanischen Raum, bzw. der größeren oder kleineren Entwicklungsländer in anderen Teilen der Welt.

Diese Länder hatten ihre staatliche Selbständigkeit nur selten in relativem Einvernehmen mit ihren überwiegend westeuropäischen einstigen Patronatsmächten erlangt.

Auch wenn keineswegs immer ein jahrzehntelanger bewaffneter Kampf die Voraussetzungen zur Eigenstaatlichkeit bereitet hatte, so war diese doch mehrheitlich nur im Ergebnis von hartnäckig- zäh durchgehaltenem Widerstand in Form von Verweigerungen und mutiger politischer Frontal- Opposition erzwingbar gewesen.

Das Erlangen innerstaatlicher Führungspositionen seitens der diversen politischen Gallionsfiguren dieser Prozesse spielte sich dann allerdings nicht selten in Form kaum durchschaubarer Vorgänge ab, die gelegentlich Züge eines banalen Lotterie- Spiels besaßen.

Öfters gelangte dabei eine Gruppe revolutionärer Hazardeure an das Staatsruder, deren laut- hals formuliertes Bekenntnis zu einem s o z i a l i s t i s c h e n Fernziel ihrer Bestrebungen kaum mehr als ein kalkuliertes Segment in einem umfassenden Plan zum Erlangen persönlicher Verfügungsgewalt über attraktive politische und – insbesondere – ö k o n o m i s c h e Machtmittel des neuen Staates war.

War der Coup gelungen, bot die vernehmlich erklärte „Sozialismus- Höflichkeit“ eine angemessene argumentative Basis, um die Sowjetunion mit der Bitte um nachhaltige Hilfe und Unterstützung anzusprechen. Im Vordergrund solcher Adressen und Apelle standen zumeist die außenpolitische Absicherung des neuen Regimes und eine möglichst unverzügliche, „handfeste“ materielle Unterstützung.

Die UdSSR, bzw. die KPdSU haben sich solchen Avancen nur selten völlig verschlossen, zumal manch' solcher „Coup de etat“ durchaus globalpolitischen sowjetischen Interessen entgegenkam. Auch agitationspolitisch waren derartige Entwicklungen zumeist keineswegs unbeachtlich. Wenn sich gegen Ende der 70er Jahre im gesamten afrikanischen Raum mit

seiner bunten Staatenvielfalt nur noch fünf Staaten vorbehaltlos für eine Entwicklung gemäß den Paradigmen „Freier Marktwirtschaft“ aussprachen, d. h., für den Kapitalismus der westlichen Welt, diente eine solche Gegebenheit der sowjetischen Propaganda selbstverständlich als nachhaltiges Argument für die These vom „sich gesetzmäßig durchsetzenden sozialistischen Weltbild“.

Es lag auf der Hand, dass man in jenen jungen Staaten nach Erhalt der erhofften Unterstützungs- Zusagen seitens der UdSSR in der Regel sehr bemüht war, als Beweis für die Wahrhaftigkeit des nunmehr begonnenen sozialistischen Weges einen möglichst baldigen Beginn aller von sowjetischer Seite versprochenen Hilfsmaßnahmen durch das Vollziehen bestimmter marxistisch orientierter gesellschaftspolitischer Aktionen „abzusichern“.

Und nachdem diese sowjetischen Hilfs- Operationen begonnen hatten, bemühte man sich zumeist auf ähnliche Weise, ihre langfristige Fortsetzung, Verstetigung zu erreichen.

Was zumeist auch gelang, obwohl man sich auf sowjetischer Seite hinsichtlich der Fragilität solcher in der Bevölkerung ideologisch kaum tiefer verankerter, durch eine dünne Führungsschicht voluntaristisch durchgesetzter Entwicklungen zunehmend weniger Illusionen hingab. Zumal diese Führungsschichten keineswegs selten bald ideologische „Janusköpfigkeit“ und nachhaltige korrumpive Tendenzen erkennen ließen.

Was dann wiederholt darauf hinausgelaufen ist, dass nach hinlänglicher außenpolitischer Verankerung des neuen Regimes und einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung sowohl die Beziehungstreue zur Sowjetunion, als auch die sozialistische Überzeugungsfestigkeit der neuen Oberschicht samt ihrer politischen Führung einem zunehmenden „Schwindsuchtsprozess“ verfielen.

Von mir sind einige Passagen der Ausführungen unseres diese Sachverhalte erläuternden Moskauer Dozenten mitgeschrieben worden :

„Leider ist der Sozialismus im globalen Maßstab heutzutage ein `Hut ohne Größennummer` geworden, fast ein jeder kann mittlerweile sich ihn mit Nonchalance aufsetzen – auch viele in ihrer `Realsubstanz` eindeutig kapitalistisch orientierte Entwicklungsländer tarnen sich damit, allerdings ohne nennenswerte Aussichten, dass ihre Täuschungsmanöver von uns heutzutage immer noch nicht durchschaut werden.

Aber auch in jenen Ländern, denen wir ihre sozialistische Grundausrichtung nicht absprechen wollen, werden kaum Barrieren gegen das Wachstum ihrer örtlichen Bourgeoisie errichtet.

Recht typisch in diesen Staaten ist ein Überhandnehmen der nationalen Bourgeoisie im florierenden Transport- und Bauwesen, während solches im – allerdings eher schwachen – industriellen Sektor kaum festzustellen ist.

Wie auch immer – die wachsende Zahl und das wachsende ökonomische Potential privatkapitalistisch organisierter Betriebe macht zwangsläufig sich in der gesamten Staatspolitik bemerkbar. Im Irak, z. B., ist inzwischen der gesamte Staatsapparat mit typischen Vertretern eindeutig bourgeoiser Familien durchsetzt.

Wir haben deshalb heute keinen Grund zu der optimistischen Annahme, dass der Weg zum Sozialismus selbst in jenen afrikanischen und asiatischen Staaten, die wohl doch eine in der Tendenz ehrliche sozialistische Orientierung gefunden haben, nun auch wirklich zügig absolviert werden wird.“

Relativ ausführlich wurden damals in Moskau uns gegenüber die ökonomischen Strukturbeziehungen zwischen diesen Ländern und den Industriestaaten des Westens abgehandelt :

„Es muss immer wieder betont werden, dass auch die sich uns besonders verbunden fühlenden Entwicklungsländer, die `Länder mit bewiesener sozialistischer Orientierung`, aus zu akzeptierenden objektiven Gründen auf absehbare Zeit ökonomisch im kapitalistischen Welt-system verbleiben werden.

Diese Länder haben jahrzehntelang gewachsene ökonomische Bindungen, deren Umwandlung sehr schwierig und verlustreich ist. Oft passen die Export- und Import- Profile dieser Staaten mit den Export- und Import- Profilen der sozialistischen Welt nicht zusammen.“

Ein nachhaltiges Lamento haben wir Kursanten hinsichtlich des wachsenden Einflusses der sozialdemokratisch orientierten `Sozialistischen Internationale` in der Mehrheit der Entwicklungsländer über uns ergehen lassen müssen.

Dieser internationale Dachverband der Sozialdemokratie war zu jener Zeit insbesondere durch Willy Brandt in beachtlichem Ausmaß globalpolitisch revitalisiert worden, weshalb man im Kremel den Friedens- Nobelpreis- Träger und ehemaligen Bundeskanzler wieder als eine äußerst ambivalente zeitgeschichtliche Persönlichkeit ansah. Zu Beginn der 70er Jahre hatte sein Weg zu den KSZE- Abkommen ihm im politischen Moskau viele Sympathien eingetragen.

Und so bekamen wir zusammenfassend zu hören :

„Wir überlegen derzeit intensiv, wie wir dem Risiko des Entgleitens der `nichtkapitalistischen Orientierung` auf revisionistische, uns die Entwicklungsländer entfremdende Positionen, effektiv entgegenwirken können.“

Auch die selbst in den „Ländern mit bewiesener sozialistischer Orientierung“ weit verbreitete Korruption und „Janusköpfigkeit“ wurde heftig beklagt :

„Solange in vielen Entwicklungsländern durch erheblichen privatkapitalistischen Wildwuchs die ökonomische Basis für das Krebsgeschwür des Bestechungsunwesens gegeben ist, wird man selbiges kaum ausmerzen können.

Nutznießler ist vor allem die sog. `bürokratische Bourgeoisie`, die – oft von sozial- revolutionärer Prägung – auf diese Weise das erforderliche Eigenkapital für ihre persönliche Etablierung im kapitalistisch orientierten Wirtschaftssektor ihrer Heimat sammelt. Damit untergräbt sie die von ihr meist sehr vollmundig nach außen vertretene sozialistische General- Orientierung, rückt durch ihr zwielichtig- verlogenes Verhalten die große Idee des Sozialismus in den Augen der Bevölkerung zunehmend in eine grundsätzlich sehr hinterfragbare Perspektive. Selbst die an der Spitze der staatlichen Strukturen jener Länder agierenden Persönlichkeiten sind oft in derartige skandalöse Vorgänge verwickelt, indem sie, z. B., Personen aus ihrer engsten Verwandtschaft in jene Leitungspositionen des Staates lancieren, die ökonomisch am lukrativsten sind, die größten Bestechungssummen erwarten lassen.“

Anschließend wurden wir mit einer diesbezüglichen kleinen Skandal- Chronik vertraut gemacht, in welcher man uns – in Bezug auf obigen Vorwurf – manch ` „Ross und Reiter“ vorstellte.

Hier und heute sollten wir uns nicht in historisch überholte diesbezügliche Einzelheiten allzu sehr verlieren, lediglich über Libyen sei mir noch ein etwas ausführlicheres Zitat erlaubt. Es bezieht sich auf eine Aussage, die vor inzwischen mehr als drei Jahrzehnten getätigt wurde !

„Libyen versteht sich als `sozialistische Volksmacht` und ist tatsächlich antiimperialistisch und antifeudal orientiert.

Doch – es gibt dort Eigenheiten, die uns sowjetische Kommunisten erheblich irritieren !

Das `Kapital` von Karl Marx ist, z. B., von Gadaffi als `jüdisch- bourgeoises Machwerk` bezeichnet worden, das – so man es irgendwo finden sollte – `verbrannt werden muss !` .

Gadaffi argumentiert hierzu :

`Alles, was der Mensch über das Wirtschaftsleben wissen sollte, steht bereits im Koran !`

Der extreme Widersinn einer solchen These bedarf wohl wirklich keinerlei weiterer Kommentierung.

Das qualitativ sehr wertvolle libysche Erdöl hat Libyen – und auch seinem Staatschef – zweifelsohne zu einer beachtenswerten internationalen Position verholfen, dem ganzen Land einen erheblichen Devisenreichtum erbracht.

Gewiss, man kann nicht sagen, dass Gadaffi diese Gelder vor allem bei sich und seinen Nächsten zu horten bemüht ist, wie wir das aus anderen arabischen Ölstaaten kennen.

Derzeit läuft, z. B., ein weit angelegtes Siedlungsprogramm – der Staat kauft landwirtschaftlich sehr effektiv nutzbares Land mit den „Petro- Dollars“ auf, verteilt es anschließend als Eigentum großzügig an bisher landlose oder landarme Bauern, in Parzellen von jeweils 15 Hektar. Nun aber entwickeln sich aus diesen bildungsfernen Halbanalphabeten und bisherigen Besitzlosen in oft atemberaubendem Tempo kleine Agrarunternehmer mit befremdlichen Herrenmenschen- Allüren. Man erachtet sich jetzt als `gesellschaftlich gehobene Persönlichkeit`, die jegliches Ansinnen, sich auch weiterhin direkt im landwirtschaftlichen Produktionsprozess zu engagieren, mit `Empörung zurückzuweisen verpflichtet` ist ! Zum Vollzug dieser Arbeiten heuert man nun Personal unterschiedlicher Qualifikation aus unterschiedlichen Ländern an, für die Aufsicht über das Produktionsgeschehen mit Vorliebe Jugoslawen.

Das Einzige, woran die neuen `Land- Lords` interessiert sind, ist eine ansehnliche Rendite ihres ihnen vom Staat quasi geschenkten Unternehmens – ein wahrlich eigenartiges Sozialismus- Verständnis ! “

Dennoch hat sich Libyen damals außenpolitisch zeitweise stark an die UdSSR gelehnt, und wurde – objektiv gesehen – dann zeitweise auch außenpolitisch erheblich durch die sozialistische Großmacht abgesichert, selbst nach den Enthüllungen zu der hochkriminellen Lockerbie- Affäre des Jahres 1988 und den vielen Toten jenes skrupellosen Verbrechens, für welches die staatsrechtliche Verantwortung unstrittig bei Libyen und seinem Staatschef lag.

Über die Umfänge der von der Sowjetunion vielen Entwicklungsländern – kleinen, wie großen und sehr großen – zugeführten Mittel, über die Konditionen dieser vielen Lieferungen und ihre Struktur, erhielten wir Akademie- Kursanten zu jener Zeit keinerlei Aufschluss, auch nicht auf höfliche Anfragen hierzu im Rahmen seminaristischer Veranstaltungen.

Alles in allem dürften dies jedoch Zuführungen sehr erheblichen Umfanges gewesen sein, die sicherlich spürbar dazu beigetragen haben, den Sowjetstaat schließlich in eine Situation allgemeiner ökonomischer Überforderung geraten zu lassen.

In persönlichen Gesprächen bin ich in Moskau immer wieder auf „gigantische Zuwendungen“ verwiesen worden, die insbesondere China und Indien schon in den 50er Jahren erhalten hätten.

Auch Vietnam, Kuba, Afghanistan und mehrere Staaten Schwarzafrikas dürften im Laufe der Jahre sehr erhebliche materielle Unterstützungen seitens der UdSSR erhalten haben, und dies ohne nennenswerte Gegenleistungen.

Für solche Länder war die Aufnahme in diesen speziellen Kreis sowjetischer Protegees auch deshalb von außergewöhnlich hohem Wert, weil dann mit weiteren, zusätzlichen Unterstützungsmitteln seitens der anderen sozialistischen Staaten Europas gerechnet werden konnte – diesbezügliche interne sowjetische „Empfehlungen“ hatten stets einen sehr hohen „Verbindlichkeitsgrad“.

Das galt nicht zuletzt für die DDR – etwa zwei Prozent des Nationaleinkommens wurden über viele Jahre auf diese Weise als „brüderliche Hilfe“ in alle Welt verteilt, ebenfalls ohne substantielle Gegenleistung.

## DAS WESTEUROPÄISCHE „GLACIS“

Wenden wir uns jetzt den außenpolitischen Beziehungen der UdSSR mit den sog. „Mittelmächten“ jener Zeit zu.

Beginnen wir dabei mit Westeuropa.

Die Westeuropa- Politik der Sowjetunion war damals eine speziell nuancierte „Politik der drei Ebenen“.

Als oberste Ebene dieses komplizierten Beziehungsgeflechtes ist wohl die militärpolitische einzuordnen, die letztlich auch die Basis für das vielschichtige Bemühen unter dem Etikett der „Friedenspolitik“ war.

Westeuropa war damals der bedeutendste östliche strategische Brückenkopf des globalen Hauptgegners der UdSSR, der USA, und das zentrale Ziel alles in Richtung westeuropäischer Staatenwelt vollzogenen sowjetischen Strebens war eine möglichst umfassende Neutralisierung dieser globalstrategischen Zone, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges dem dominierenden Einfluss der USA zugefallen war.

Die der militärpolitischen Ebene zwar im tagespolitischen Geschehen nachgeordnete, langfristig und historisch indessen wohl entscheidende, war die ökonomische Ebene.

Westeuropa in seiner Gesamtheit hatte schon damals, in den Jahren 1979/80, ein den USA in etwa ebenbürtiges diesbezügliches Potential, war in einigen technologischen Bereichen sogar global führend.

Als letztlich nachgeordnet in der Rangliste der politischen Beziehungsebenen sah nicht nur die sowjetische Realpolitik die ideologiepolitische Ebene an, auch wenn das durch die Vertreter der aktuellen Agitation und Propaganda zumeist nachhaltig bestritten wurde.

In den Macht- Korridoren des Kremel hatte man zu jener Zeit den alten Traum von der „West- Ausdehnung des realen Sozialismus“ sicherlich immer noch nicht völlig aufgegeben, aber als in überschaubarer Zukunft kaum umsetzbar „weit zurückgestellt“.

Dennoch galten die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens als in ferner Perspektive möglicherweise doch mit gewissen Erfolgsaussichten nutzbare „Andock- Stationen“ für einen umfassenden „Ideologie- Transfer“ von Sozialismus- Kommunismus- Vorstellungen sowjetrussischer Prägung.

Auf jeder der vorstehend aufgeführten drei Ebenen sowjetischer Westeuropa- Politik galt es, zwei außerordentlich bedeutsame Besonderheiten Westeuropas stets angemessen im Auge zu behalten.

Das waren zum einen die bereits angesprochenen, allseitig engen Beziehungen zwischen den Staaten Westeuropas und den USA, welche indessen mittlerweile einen durchaus „dialektischen“ Charakter gewonnen hatten, was für sowjetische diplomatische Aktivitäten gewiss von Vorteil war.

Das war zum anderen der Dualismus von expliziter EU- Politik und der jeweils speziellen nationalen Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU.

Bevor wir auf die „Basics“ der sowjetischen Militär-, bzw. „Friedens“- Politik in Bezug auf den westeuropäischen Raum zu sprechen kommen, seien einige Bemerkungen zur Differenzierung moderner Waffensysteme nach „Massenvernichtungsmitteln“ und „sonstigen Waffen“ erlaubt.

Ein zentrales Axiom der militärpolitischen Auseinandersetzung zwischen zeitgeschichtlichen Großmächten sind seit jeher die jeweiligen militärischen Waffenarsenale gewesen.

In den vielen, zumeist sehr intensiven „friedenserhaltenden“ militärpolitischen Verhandlungen zwischen Repräsentanten der großen Machtblöcke im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging es durchweg vorrangig um die beiden vorstehend benannten, verhandlungsstrategisch sorgsam getrennten Waffenkategorien – zum einen um die thermonuklearen und sonstigen Atomwaffen, z.B. Neutronen- Bomben, sowie um die Massenvernichtungsmittel chemischer oder mikrobiologischer Art, und zum anderen verhandelte man stets auch sehr intensiv über die sog. „sonstigen“ Waffen. Letzteres geschah oft im Nachgang zu einer sich anbahnenden Übereinkunft hinsichtlich der Mordwerkzeuge der ersten Kategorie. Unter den „sonstigen“ Waffen verstand man vor allem die bereits aus den beiden Weltkriegen in der ersten Hälfte des Jahrhunderts allgemein bekannten Waffensysteme.

Ein wesentlicher Grund für diese grundsätzliche Differenzierung waren – neben der unvergleichlich brutaleren Wirkung der neuartigen Massenvernichtungsmittel – die unterschiedlichen sog. „Proliferationsrisiken“. Dabei handelte es sich um jene Gefahren, die der Allgemeinheit durch leichtfertige oder kriminelle Weitergabe diffiziler waffentechnischer Geheimnisse entstehen.

Im Fall der A t o m b o m b e waren und sind diese bekanntlich b e s o n d e r s g r o ß .

Doch damals war man bei den sog. „Atommächten“ zur Meinung gelangt, diese Risiken aktuell ausreichend zu beherrschen – Entwicklung und Einsatz von Atom- und sonstigen Waffen der ersten Kategorie hatten ein sehr hohes allgemein-technisches Niveau des betreffenden Kompatanten zur Voraussetzung, welches zu jener Zeit bei den meisten in hartnäckige bewaffnete Konflikte Involvierten selbst im Ansatz nicht gegeben war. Somit wurde seitens der globalen Hauptmächte das Folgerisiko einer unkontrollierten Weitergabe solcher apokalyptischen Instrumente allgemein als überschaubar erachtet. Allerdings war für die Aufrechterhaltung der Stabilität in diesen Belangen eine straffe Waffenkontrolle seitens der wenigen, machtpolitisch etablierten aktuellen Besitzer von „modernen“ Massenvernichtungsmitteln aller Art eine unabdingbare Voraussetzung.

Wovon man indessen unbedingt ausgehen konnte, denn ein wesentliches Charakteristikum der diplomatischen Auseinandersetzungen an der damaligen „waffenpolitischen Front“ zwischen den großen Machtblöcken bestand darin :

Die H a u p t m ä c h t e beider Seiten achteten extrem sorgsam darauf, dass ihre besondere strategische E x k l u s i v i t ä t auf der Grundlage einer überragender Dominanz hinsichtlich A t o m - und anderer M a s s e n v e r n i c h t u n g s - Mittel von k e i n e r diesem engen Zirkel nicht zugehörigen Macht g e f ä h r d e t werden konnte.

Wodurch sich dann auch der sehr kleine, exklusive Kreis k o m p e t e n t e r Verhandler dieser Sachen definierte, Einwände A u ß e n s t e h e n d e r k a u m d u r c h s e t z b a r wurden.

Im Fall der „sonstigen“ Waffen verhandelte man dagegen über k o n v e n t i o n e l l e s Kriegsgerät, dessen Nutzung schon seit jeher auch in den Armeen kleinerer, bzw. wissenschaftlich-technisch weniger entwickelter Staaten üblich war – dem entsprechend war es unumgänglich, neben den Auffassungen der Hauptverhandler hier immer auch eine Vielzahl von „Begleitinteressen“ n a c h g e o r d n e t e r Mächte zu beachten.

Das globale militärische Konfliktverhalten schien die vorstehend skizzierten, weitestgehend nicht kodifizierten Normative zu bestätigen – die Erfolgsaussichten in den diversen „Stellvertreterkriegen“ jener Zeit wurden tatsächlich weitgehend durch die Verfügbarkeit über „sonstige“ Waffen bestimmt, die den Kombatanen in unterschiedlichem Umfang und sehr unterschiedlicher Qualität von ihren Patronatsmächten vermittelt wurden, stets gemäß des „Stellenwertes“, den die betreffende Patronatsmacht ihrem kriegführenden Protegé und dessen bewaffnet ausgetragenen Konflikt beimaß.

Westeuropa war damals j e n e r Teil der Welt geworden, in welchem sich Waffensysteme beliebiger Art und Vernichtungskraft in b i s h e r n i e erreichter Dichte und waffen-technischer Qualität aufgehäuft hatten, wobei dieser Zustand und das hierdurch gegebene extreme regionale Vernichtungsrisiko im Falle eines ernsthaften militärischen Konfliktes auf europäischem Boden den dort ansässigen Bevölkerungen kaum, bzw. nur sehr partiell bewusst geworden war.

Gewiss war inzwischen von sowjetischer Seite in Mittel- und Osteuropa ein Analogon dazu geschaffen worden, jedoch über ein erheblich weitflächigeres Territorium verteilt, was im „Ernstfall“ der östlichen Seite einen erheblichen Vorteil gesichert hätte.

Doch dieser sowjetische Vorteil galt nur in Bezug auf die westeuropäischen Waffenarsenale der NATO – die weitaus größere Bedrohung sah der Sowjetstaat in jenen für ihn nur schwer erreichbaren Raketensilos, die transatlantisch in Nordamerika angelegt worden waren, geeignet für mit Atombomben bestückte interkontinentale Raketen.

Trotz der im Vergleich zu Westeuropa vorteilhaften geostrategischen Position war es folglich auch aus militärischer Sicht für die UdSSR von elementarem Interesse, die globale Ost- West-Konfrontation auf der „nichtmilitärischen Kampfbahn“ zu halten.

In Anbetracht dessen kann davon ausgegangen werden, dass die in Helsinki zu Beginn der 70er Jahre nach langen diskutiven Erörterungen und zähem diplomatischen Gefeiße verabschiedeten Dokumente des KSZE- Prozesses weltweiter politischer Entspannung sowohl vom schlichten Sowjetbürger, als auch in den Kommando- Zentralen des Kremel sehr ehrlich mit großer Erleichterung begrüßt wurden.

Zumal das „Schritt Halten“ mit den Waffenschmieden des ökonomisch haushoch überlegenen „Westens“, angeführt von der technologischen Führungsmacht USA, für die Sowjetunion bereits zu jener Zeit sich zu einem sie zunehmend überfordernden permanenten Kraftakt zu entwickeln drohte.

Von sowjetischer Seite erachtete man damals, durch dieses Abkommen im atomaren Bereich auf absehbare Zeit in etwa generelle Waffengleichheit festgeschrieben zu haben, quasi im Austausch gegen die Zusicherung paritätischer Gegebenheiten betreffs sog. „sonstiger Waffen“ im europäischen Raum, insbesondere auch hinsichtlich moderner Panzerverbände, auf welchem Waffensektor die UdSSR und ihre Verbündeten bisher vermutlich überlegen gewesen waren.

Inzwischen war jedoch in den sowjetischen Stäben eine gewisse Ernüchterung eingetreten, denn der damalige Verzicht auf eindeutige bindende Aussagen zur **R a k e t e n f r a g e** drohte nunmehr die Möglichkeit zu eröffnen, das vor einem knappen Jahrzehnt mühsam ausgehandelte militärische Patt mit den USA und der um sie gescharten NATO- Allianz ohne offensichtliche Vertragsverletzung aushebeln zu können – zum gravierenden **N a c h t e i l** für den Sowjetstaat !

In Sonderheit stellte man mit gelindem Entsetzen die schnellen Fortschritte seines globalen Opponenten bei der Entwicklung neuartiger „Anti- Raketen- Raketen“ fest, mit denen auf annähernd „gleicher Höhe“ zu bleiben der sowjetischen Seite äußerst schwer fiel.

Also – der „Tanz auf dem Vulkan“ hatte durch die Resultate des KSZE- Prozesses gewiss eine spürbare zeitweise Beruhigung erfahren, ging indessen, wenn auch „mit stark gedrosseltem Getöse“, trotzdem weiter, weil eben die **g r u n d l e g e n d e** globale Konfrontation **n i c h t b e i g e l e g t** worden war.

Um trotz der sich eindeutig zu Gunsten der USA verschiebenden militärtechnischen Potentiale einen, alles in allem, hinlänglich ausgeglichenen machtpolitischen status quo aufrecht zu erhalten, hatte die Führung der UdSSR sich nunmehr entschlossen, insbesondere den westeuropäischen Mittelmächten – durchweg Staaten mit einem den USA fast ebenbürtigen allgemein-gesellschaftlichen, speziell auch wissenschaftlich-technologischen Niveau – erheblich mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als bisher.

Denn bei „näherem Hinsehen“ hatte es sich für die Kremel- Chefs überdeutlich dargestellt – ungeachtet aller Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten war **W e s t e u r o p a** doch ein Halb-Kontinent mit **v i e l e n** Nationen, die auch ausgeprägte Eigenheiten, vor allem aber in

mancherlei Hinsicht erheblich unterschiedliche Interessen besaßen  
!!

Soviel zur Einführung.

Eines Tages bekamen wir von einem unserer Moskauer Dozenten im Hinblick auf die Unterschiede in den Interessenlagen der einzelnen Staaten Westeuropas zu hören :

„Bereits in den 60er Jahren haben wir uns sehr bemüht, mit unseren ehemaligen Verbündeten des Zweiten Weltkrieges, mit Großbritannien und Frankreich, zu umfassenden politischen Bündnis- Abkommen zu gelangen.

Unsere damaligen Bemühungen sind leider absolut gescheitert.

Mit Frankreich haben wir inzwischen zumindest eine sehr allgemein gehaltene `Deklaration der Zusammenarbeit` vereinbaren können, in Bezug auf Großbritannien können wir dagegen nur im ökonomischen Raum mit der allmählich eingetretenen Entwicklung einigermaßen zufrieden sein.

Mit der Bundesrepublik Deutschland, dagegen, haben wir im Jahre 1977 ein umfassendes, alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Bereiche umfassendes

Kooperationsabkommen unterzeichnen können. Es gilt 25 Jahre, d. h., bis zum Jahr 2002.

Wir sehen dieses mit der BRD getroffene Abkommen als Pilot- Versuch an, die Möglichkeiten einer die derzeitigen Grenzen globaler politischer Lager überschreitenden internationalen wirtschaftlichen Arbeitsteilung auszuloten, z. B. auf der Basis nunmehr zu vereinbarender sog. `Kompensations- Handelsabkommen`, mit deren Hilfe wir insbesondere unsere unter einem steten Druck stehende Valuta- Währungsbilanz entlasten können.

Mit Österreich sind politische Sachverhalte einbeziehende Abkommen – wegen seines völkerrechtlich abgesicherten Neutralitäts- Status – faktisch ausgeschlossen, doch die praktischen Beziehungen zwischen uns haben ein sehr befriedigendes Niveau erreicht.“

Mir ist gut erinnerlich, dass wir DDR- Kursanten diese Aussagen unseres Dozenten besonders aufmerksam verfolgten, als er sich speziell zum aktuellen Verhältnis zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik äußerte.

Der sowjetischen Seite war – nach sich über Jahre hinziehenden kontroversen internen Diskussionen – offensichtlich die Skala der Möglichkeiten bewusst geworden, welche sich für die UdSSR eröffnen konnten, wenn man sich mit Geschick und Flexibilität auf die von Willy Brandt und Egon Bahr entwickelte außenpolitische Linie des „Wandels durch Annäherung“ einließ.

Dabei standen für die Strategen im Kremel nicht jene Risiken im Zweifel, die sich hierdurch mittelfristig für die ideologische Stabilität der eigenen Bevölkerung ergeben konnten. Man sah diese Risiken jedoch bei weitem durch die Erwartung aufgewogen, dass die erhoffte Kooperation mit der Bundesrepublik in Sonderheit – aber nicht nur – auf wirtschaftlichem Gebiet objektiv zu einer Lockerung ihrer in den Nachkriegs-Jahren sehr eng gewordenen Bindungen an die USA führen dürfte, was sowjetischen Kern-Interessen nachhaltig entgegen gekommen wäre.

Für die Verantwortlichen des sowjetischen Wirtschaftslebens besaß besagter bundesdeutsch-sowjetischer Kooperationsansatz zudem einen besonderen Reiz – es schienen sich dadurch reale Chancen zu eröffnen, gefragte bundesdeutsche Hochtechnologie in einem größeren Umfang importieren zu können.

Bundesdeutsche Technologie war nämlich den betreffenden Insidern auf sowjetischer Seite weitaus vertrauter, als analoge Erzeugnisse aus anderen „High-Tech-Staaten“, was zu großen Anteilen der intensiven Industrie-Spionage seitens des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu danken war. Die Ergebnisse der diffizilen und intensiven Erkundungs-Arbeit der Stasi-„Aufklärer“ waren in der Tendenz auch stets der Sowjetunion verfügbar gemacht worden, der Patronatsmacht des ostdeutschen Staates, die ihn nach wie vor „am elastisch-straffen Zügel begleitete“.

Es gehört zu den vielen ironischen Aperçus der Weltgeschichte, dass eine in ihrer Gesamtheit gewiss nicht grundlos als ausgesprochen dubios beurteilte Institution der DDR in den 70er und 80er Jahren spürbar dazu beigetragen hat, verschiedenen Firmen der damaligen west- und süd-deutsch geprägten „alten“ Bundesrepublik in der sozialistisch-kommunistisch ausgerichteten UdSSR eine handelspolitisch privilegierte Position zu sichern.

In gewissen Grenzen kann man in diese Wertung auch die grundsätzlich positive sowjetische Haltung zu der Industrie-Produktion Österreichs einbeziehen.

Gehen wir zur Illustration dieser Szene nun etwas näher auf die Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA ein, speziell auch auf die *s o w j e t i s c h e P e r s p e k t i v e* hinsichtlich dieser Beziehungen.

Etwa ab Mitte der 60er Jahre bildeten sich in den Kreisen der wirtschaftlichen und anderen Meinungsführer Westeuropas bestimmte Gruppen, die für eine behutsame partielle Lockerung der – ihrer Meinung nach – allzu straff gewordenen Bindungen ihrer heimatlichen Staaten an die Politik und Ökonomie der USA plädierten.

Die ursprüngliche Basis für jene Meinungsbildungsprozesse hatten latente Interessenkonflikte ökonomischer Art zwischen bestimmten Potentialen Westeuropas und der USA gegeben, die sich im Laufe der Zeit mit einer kritischen Sicht auf verschiedene ungeklärte bilaterale politische Fragestellungen vereinten.

Der KSZE- Prozess, aber auch der fortschreitende Ausbau der Europäischen Union, gaben dieser politischen und ökonomischen Strömung zunehmend Auftrieb, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern – z. B. – auch in Frankreich und anderen Ländern.

Dabei ist zu betonen, dass die betreffenden Gruppen und Zirkel eindeutig *a u ß e r h a l b* des klassischen *l i n k e n* politischen Spektrums angesiedelt waren.

Nach und nach begannen diese Kräfte, die *g e s a m t e* „Große Politik“ in ihrem tagespolitischen Agieren nachhaltig zu berücksichtigen.

Ihr Hauptargument für eine Beendigung der strikten Befolgung des von den USA vorgegebenen West- Ost- Konfrontationskurses war die hohe Wahrscheinlichkeit, dass die USA – bei nüchterner Betrachtung der Sachlage – im Falle der militärischen Eskalation des teilweise mutwillig zementierten Konfliktstaus kaum in der Lage sein dürften, dem westeuropäischen Raum jenen versprochenen umfassenden Schutz tatsächlich zu geben, zu dem sie sich verpflichtet hatten.

Die zunächst internen Erörterungen führten schließlich zum öffentlich gemachten Vorwurf, die von amerikanischer Seite immer wieder nachhaltig betonte Schutzgarantie böte keineswegs die Gewähr, sich auf sie im sog. „Ernstfall“ wirklich in dem Sinne verlassen zu dürfen, dass Westeuropa vor schlimmsten Zerstörungen wirkungsvoll bewahrt werde.

Als „warnendes Menetekel“ für das in entscheidenden Situationen gelegentlich sehr opportunistisch- egozentrische Verhalten der USA wurde – zunächst in vertraulichen Runden, später auch im „halböffentlichen Raum“ – oft das Schicksal Taiwans zitiert.

Aus reinen Opportunitätsgründen war in jüngster Vergangenheit seitens der USA einer weitgehenden völkerrechtlichen Isolierung des sog. „national- chinesischen“ Inselstaates zugestimmt worden, zu Gunsten der zur kontinentalen Großmacht aufsteigenden „Volksrepublik China“.

Uns deutschen Kursanten stellte unser sowjetischer Seminarleiter zur Verdeutlichung dieser Meinungsbildungsprozesse eine Argumentationskette aus französischen Regierungskreisen vor, die der sowjetischen Partei- und Staatsführung zur Kenntnis gelangt war :

„Gesetzt den Fall, es käme in Europa zu einem ‘heißen’ militärischen Konflikt, die Truppen des Warschauer Paktes mit der sowjetischen Führungsmacht näherten sich Paris ! Was könnte die US- Regierung dann konkret unternehmen, welche realistischen Optionen wären ihr verfügbar ?

Letztlich hätte der US- Präsident nur e i n e i n z i g e s Mittel in der Hand – den ‘Atom-Schlag’, d. h., den Einsatz der A t o m b o m b e !

Abgesehen von der Horror- Vision, dass eine solche Maßnahme zu unüberschaubaren Verwüstungen auf dem Boden Frankreichs führen würde – ist w i r k l i c h damit zu rechnen, dass der US- Präsident auf dieses ‘letzte Mittel’ zurückgriffe ?

Vermutlich n i c h t , und vor allem d e s h a l b nicht, weil dann ein ähnlicher atomarer Gegenschlag von sowjetischer Seite auf U S – a m e r i k a n i s c h e s Territorium zu erwarten wäre.

Es käme also mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer ‘Opferung’ von Paris, zum ‘Preis’ des Verzichtes auf großflächige atomare Zerstörungen in Frankreich und im übrigen Europa.

Als Facit eines solchen machtstrategischen Szenariums ergibt sich – im ‘Falle des Falles’ würde Frankreich entweder einer atomaren Verwüstung unterzogen, oder unter sowjetische Vormundschaft fallen ; oder `s o w o h l a l s a u c h` !“

Selbstverständlich waren diese Stimmungs- Entwicklungen auch den maßgeblichen politischen Kreisen in den USA im Detail bekannt geworden, und man versuchte nun von US- amerikanischer Seite, die ausufernden defätistischen Stimmungen in den westeuropäischen Führungsschichten auch dadurch zu beschwichtigen, dass man diese Staaten für die Stationierung neuartiger US- amerikanischer Waffensysteme vorsah, z. B. neuer Raketen- Systeme, insbesondere aber der `N e u t r o n e n – B o m b e` .

Was wohl als „Beruhigungsspiel“ gedacht war, entpuppte sich jedoch als fataler „Brandbeschleuniger“ !

Als nämlich die Wirkungsweise besagter „Neutronenbombe“ der breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde – eine durch extreme atomare Strahlung bewirkte Auslöschung allen menschlichen Lebens, bei nachhaltiger Schonung der unbelebten „zivilisatorischen Infrastruktur“ – entwickelte sich die bisherige kontroverse Diskussion zwischen elitären Führungskreisen zum zeitweise kaum noch kontrollierbaren Massenprotest.

Der seitens der USA erhoffte Stimmungsumschwung in Westeuropa blieb jedenfalls aus, neue antiamerikanische Argumente griffen um sich – mit seiner Stationierungspolitik lenkte der „militärisch- industrielle Komplex“ der USA allzu deutlich den bei einem „heißen Krieg mit dem Osten“ zu erwartenden Gegenschlag der östlichen Großmacht von seinem heimatlichen amerikanischen Terrain ab, zu Lasten seiner westeuropäischen Verbündeten.

Es wurde in Westeuropa zur allgemein dominierenden Meinung – die USA *e r z w a n g e n* mit besagter Positionierung ihrer Waffensysteme geradezu die *a t o m a r e* Zerstörung Europas im sog. „Ernstfall“ *s e l b s t d a n n*, wenn eine breite *I n v a s i o n* von der östlichen Seite *u n t e r l a s s e n w u r d e* !

Selbstredend registrierte man in der Sowjetunion den westeuropäischen Protest gegen das zunehmend zwielichtig erscheinende Dominanz- und Sicherungs Streben der USA mit erheblicher Erleichterung, griff die sich hierbei artikulierenden Stimmungen in der eigenen Agitationsarbeit nachhaltig auf.

Dennoch war man sich auch dessen bewusst, dass die entstandene Situation für die eigene Seite sehr erhebliche und außergewöhnliche agitationpolitische Risiken implizierte. Die aktuellen Gegebenheiten erforderten damals einen ständigen und sehr schwierigen Balance-Akt – einerseits war es geboten, das gelegentlich auf Hysterie hinauslaufende Gerede von der durch die UdSSR verkörperten „Roten Gefahr“ zu dämpfen, andererseits eine ungebrochene Achtung gegenüber ihren militärischen Potentialen zu gewährleisten.

Auf der ökonomischen, insbesondere auf der handelspolitischen Ebene waren die sowjetischen Beziehungen zu Westeuropa – wie bereits angemerkt – durch zwei wesentliche Besonderheiten gekennzeichnet.

Zum einen umfasste die „Europäische Union“ schon damals die bedeutendsten Industriestaaten der Region, nebst mehreren kleineren Staaten. Und die übrigen strebten in ihrer Mehrheit die Aufnahme in diesen Verbund an.

Zum anderen war auch in diesen Belangen ein großer, selbst in nachrangige Belange reichender Einfluss der USA erkennbar.

Diese Eigenheiten Westeuropas ergaben für außenstehende Mächte eine insgesamt nur sehr schwer zu übersehende Gemengelage von Chancen und Fallstricken, deren kompetente Analyse für die sowjetischen Außenhandelsorgane eine anspruchsvolle und stetig zu erfüllende Aufgabe war.

Und durch welche für die diversen „Erkundungs- und Aufklärungsorgane“ der UdSSR und ihrer Verbündeter sich weiteste, zudem einer steten Wandlung unterworfenen Betätigungsfelder eröffneten.

Der Rahmen der „Europäischen Union“, später „Europäischen Gemeinschaft“, vermittelte den grundlegenden handelspolitischen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten zweifelsohne ein erheblich größeres Gewicht, als es selbst die größten Staaten dieses Verbundes – die BRD, Frankreich und Großbritannien – als Einzelmächte je erreicht hatten.

Und natürlich bemühte sich im Bedarfsfall jeder ihrer Mitgliedsstaaten, das Potential des Verbundes auch für seine einzelstaatlichen Interessen wirksam werden zu lassen.

Andererseits war jeder Mitgliedsstaat ausdauernd bestrebt, für die Behandlung seiner speziellen Interessen einen möglichst großen Entscheidungsspielraum zu behalten, denn die gegenseitige Konkurrenz der einzelnen Staaten innerhalb von „Europäischer Union (EU)“, bzw. „Europäischer Gemeinschaft (EG)“ bestand unvermindert fort.

Der Sowjetstaat versuchte mit seinem in diesem besonderen Raum sehr beschränkten Wirkungspotential – aus gesundem Eigeninteresse – jeden Einzelstaat grundsätzlich bei der Bewahrung seiner Spielräume gegen die Dominanz-Ansprüche der Brüsseler Behörden zu unterstützen.

Denn je mächtiger der Apparat von „Union“, bzw. „Gemeinschaft“ wurde, desto in sich geschlossener wurde – notwendigerweise – die westeuropäische Szene in ihrer Gesamtheit, und desto kleiner wurden die Chancen jeglicher äußerer Kraft, innergemeinschaftliche Differenzen zum eigenen Vorteil nutzen zu können.

Das betraf beispielsweise selbst die USA, doch in zumindest gleicher Nachhaltigkeit die UdSSR.

Aber inzwischen war man sich in den Moskauer Korridoren der Macht darüber einig, dass sich in Form des westeuropäischen Verbundes allmählich ein ökonomischer Koloss aufbaute, den – auf Dauer – in sturer Eigensinnigkeit zu negieren realpolitisch unklug war.

Und dies auch deshalb, weil EU, bzw. EG mittlerweile sich in ähnlicher Weise gegenüber den im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ um die UdSSR gescharten Staaten verhielt, wie die UdSSR gegenüber den Mitgliedsstaaten des westeuropäischen Verbundes.

Und es war nicht zu leugnen – die ersten Erfolge dieser relativ neuen politischen Linie Brüssels begannen sich einzustellen, einzelne sozialistische Staaten Osteuropas begannen auf ihnen von dort unterbreitete attraktive „Spezialofferten“ einzugehen, damit für den RGW vereinbarte handelspolitische Richtlinien zu unterlaufen.

Und Rumänien hatte sogar einen umfangreichen derartigen Vertrag schon rechtsverbindlich unterschrieben.

Dennoch – einstweilen galt in Moskau weiterhin die Generallinie der strikten **B e v o r - z u g u n g** von **e i n z e l s t a a t l i c h e n** Verbindungen mit dem westeuropäischen Raum, **a b e r** bei einer, dessen ungeachtet, allmählichen Entwicklung sog. „**Z w e i t e r D r ä h t e**“ zu den **B r ü s s e l e r** Verbunds- Behörden.

Beim vorstehend skizzierten ökonomie-politischen Manövrieren des Sowjetstaates musste den diesbezüglichen **U S – a m e r i k a n i s c h e n** Interventionsmöglichkeiten wirklich eine **e m i n e n t e B e a c h t u n g** geschenkt werden.

Auch wenn es unstrittig war, dass die Dominanz der USA in Westeuropa sich tendentiell rückläufig entwickelte, so war sie dennoch immer noch sehr erheblich, auch was es die in Brüssel getroffenen Entscheidungen anbetraf. Und es war ein Einfluss, durch den sowjetische Interessen in aller Regel **b e n a c h t e i l i g t** wurden.

Besonders deutlich wurde dies bei den hartnäckigen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem von der Sowjetunion angestrebten breiten Zugang zu „**h o c h s e n s i b l e n h i g h – t e c h – P r o d u k t e n**“ der westlichen Welt.

Die USA bestanden darauf, dass ein im NATO- Rahmen verabschiedetes Dokument über ein grundsätzliches Export- Verbot solcher Güter in außerhalb der NATO gelegene Wirtschaftsräume – in Sonderheit in den RGW- Raum – sehr restriktiv ausgelegt und eingehalten wurde.

Dadurch ergab sich eine erhebliche kommerzielle Benachteiligung insbesondere der international stark nachgefragten technologischen Spitzenproduktion aus der deutschen Bundesrepublik und verschiedener gleichrangiger Spitzenprodukte aus den Niederlanden, sowie Frankreichs. Im westeuropäischen Raum trat als Hauptsachwalter der auf diese Weise verteidigten speziellen US- amerikanischen Interessen vorzugsweise Großbritannien auf, das sich vom Wettbewerb um die Entwicklung international marktfähiger Spitzentechnik bereits in jenen Jahren zu verabschieden begann, sich zunehmend auf den Ausbau seiner in Europa allmählich dominant werdenden Positionen im Bankengeschäft konzentrierte. Die USA revanchierten sich für solche Freundschaftsdienste dann vermutlich immer wieder mit bestimmten vertraulichen Informationen, die für den Finanzdistrikt der „City of London“ von höchstem Interesse waren. Jedenfalls meinte man in Moskau, ausreichend Belege für diese „Marktzusammenhänge“ zu haben.

Da man in der Sowjetunion die für Verteidigung und allgemeine Produktion erforderlichen Spitzenprodukte aus dem internationalen Angebot nicht auf dem üblichen direkten Wege erlangen konnte, musste man aufwändige „Nebenwege“ gehen, speziell auch zur Beschaffung dringend benötigter Ersatzteile für bereits seit längerem in der UdSSR etablierte westliche technologische Gerätschaften, Maschinen und Systeme.

Natürlich nutzten jene „diskreten Quellen“, die das von der USA- Seite durchgesetzte prinzipielle High- Tech- Embargo mit Raffinesse zu umgehen verstanden, ihre stark aufgewerteten Marktpositionen – wir wissen es – m a x i m a l aus.

Gelegentlich konnten die „spezialisierten sowjetischen kaufmännischen Unterhändler“ durch die Androhung eines „technischen Systemwechsels“ – z B. des Umstiegs von einem westeuropäischen auf ein japanisches System – die teilweise zur Uferlosigkeit tendierenden Preisforderungen eingrenzen, doch zumeist mit nur zeitweisem Erfolg.

Denn die „Gegenseite“ wusste sehr wohl – die grundlegenden Struktur- Unterschiede zwischen sowjetischem Export und sowjetischem Import engten den sowjetischen diesbezüglichen „Manöverraum“ sehr stark ein.

Die komplette Umstellung von – z. B. – einem bisher in landesweiter Nutzung befindlichen speziellen modernen industriellen Fertigungssystem mit renommiertem Markennamen auf ein

anderes, gar von einem völlig anderen Anbieter auf den Markt gebrachten hochtechnologischen System, ist fast immer ein schwieriges, mit vielen Startschwierigkeiten und Reibungsverlusten verbundenes, kostenintensives Unterfangen.

In diesem Metier ist allein deshalb die Entscheidung für einen bestimmten Markennamen fast immer eine Entscheidung, die für einen längeren Zeitraum gültig bleiben muss.

Der Wechsel von einem Rohstoff-Anbieter zu einem anderen ist dagegen im Allgemeinen wesentlich unkomplizierter und kostenschonender zu bewältigen, auch wenn gleiche Rohstoffe aus unterschiedlichen Lagerstätten sehr wohl bestimmte Unterschiede in Bezug auf Struktur und Umfang der Beistoffe, ihrer durch qualitative Besonderheiten bestimmten Einsatzbreite, usw., aufzuweisen pflegen.

Die vorstehend umrissenen Sachverhalte im Zusammenhang mit der Übernahme westlicher Hochtechnologie waren nur ein Beispiel für die grundlegenden Probleme, für die vieltalige Zweischnidigkeit einer solchen Form der Zusammenarbeit mit der „Westlichen Welt“, welche langfristig alternativlos auf eine schließlich bedingungslose Abhängigkeit der UdSSR von dieser „Westlichen Welt“ hinauszu laufen drohte.

Es waren keineswegs nur einzelne Persönlichkeiten im großen Sowjetland, die darob ein erhebliches Unbehagen ergriffen hatte.

Jedenfalls beschloss unser Moskauer Dozent seine Ausführungen zu den Perspektiven einer Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen EU, bzw. EG und den Staaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ damals mit dem folgenden Apell :

„Wisse, dass Du in einem solchen Fall für absehbare Zeit mit einem zu einem politisch-ökonomischen Riesen heranwachsenden Konglomerat zusammenzuleben gezwungen bist !  
Wisse, dass Du ihm auf Dauer nur dann gewachsen sein wirst, wenn Du Deine eigenen Potentiale zügig auszubauen und mit den Potentialen Deiner sozialistischen Partner wirkungsvoll zusammenzufügen in der Lage bist !

Wisse, dass Westeuropa die vor Deiner Haustür gelegene Großmacht der Zukunft ist, dass aber auch diese Großmacht starke Spannungen mit anderen gewaltigen politisch-ökonomischen Blöcken der kapitalistischen Welt haben wird, insbesondere – aller transatlantischer Verbrüderungs- Beschwörung zum Trotz – mit den USA !

Und lasse nie das spezielle westeuropäisch – nordamerikanische Problemfeld aus Deinen strategischen Erwägungen entschwinden !“

Die speziell für die ideologische Situation im Sowjetstaat als verantwortlich Benannten waren auch hinsichtlich der voraussehbaren unmittelbaren **i d e o l o g i s c h e n** Konsequenzen eines zunehmenden Warenaustausches mit entwickelten Industriestätten der westlichen Welt besorgt – der sich dann immer wieder ergebende augenscheinliche Vergleich der leistungsstarken modernen Maschinen aus dem Ausland mit der altväterlichen Technik der eigenen Heimat war ganz sicher eine erhebliche „Gefahr“ für jede allzu schlicht angelegte sozialistische Überlegenheitsgläubigkeit sowjetischer Manier.

Von einem unserer akademischen Lehrer ist dieses Faktum in einer nachgerade klassisch anmutenden Formel zusammengefasst worden :

„Jedes Stück importierte westliche Hochtechnologie  
ist auch ein Stück importierte westliche Ideologie !!!“

Gehen wir also jetzt auch noch auf die **i d e o l o g i s c h e** Ebene der sowjetischen Westeuropa- Politik etwas näher ein.

Gewiss, die in den 70er Jahren breite Bevölkerungsschichten Westeuropas erfassenden „friedenspolitischen Strömungen“ mit ihrem letztlich eher dezenten Anti- Amerikanismus – ein Stimmungs- Akzent, der damals auch im Zusammenhang mit der fast durchgängigen Ablehnung der brutalen US- amerikanischen Kriegführung in Vietnam zu sehen war –, das alles half zu jener Zeit erheblich, die militärpolitische Ballance zwischen der UdSSR und den USA aufrecht zu erhalten, trotz der gewaltigen materiellen Ressourcen- Überlegenheit der westlichen Seite.

Aber dies waren vorzugsweise von bildungsbürgerlichen Schichten getragene Strömungen, die ihre ideologische Basis kaum im klassischen Marxismus hatten, wie bereits angemerkt.

Auch wenn die Anti- Atom- Bewegung in allen Ländern eine generell sehr obrigkeitskritische geistige Strömung war, so verkörperte sie dennoch keine gesellschaftliche Total- Opposition, bekannte sich mehrheitlich sehr wohl zu den tragenden Paradigmen der „sozialen Marktwirtschaft“.

Und in ihrem innersten Kern verkörperte sie eine *n a t i o n a l* definierte Opposition, ihr zentrales Bemühen galt der Vermeidung des *d e i g e n e n* Bevölkerung drohenden Atomtodes im Falle einer militärischen Eskalation des Ost- West- Konfliktes.

Folglich wurde weder die Übernahme marxistisch definierter Gesellschaftsmodelle zielstrebig anvisiert, noch das sowjetische atomare Bemühen akzeptiert, gar befürwortet.

Etwa ab Mitte der 70er Jahre begann diese Bewegung eine bemerkenswerte eigenständige Rückwirkung in der osteuropäischen Staatenwelt zu entwickeln, letztlich auch in der UdSSR. Der von ihr inaugurierte Kanon von weit über die sog. Atom- Frage hinausgehenden gesellschaftspolitischen Fragestellungen fand – einmal in Osteuropa eingedrungen – vor allem in Intellektuellen- Kreisen durchaus eine gewisse Resonanz, ohne jedoch zunächst eine nennenswerte Breitenwirkung zu entfalten.

Aber auch der sowjetische Partei- und Staatsapparat tat sich mit der Entwicklung überzeugender Argumentationsinhalte gegen die in der UdSSR überraschend aufgetauchte neuartige ideologische Konkurrenz sehr schwer, insbesondere gegen ihre ausgeprägten obrigkeitskritischen Ansätze.

So konnte sie sich, nach und nach, im Laufe der Jahre weiter verbreiten. Die mittlerweile importierte „*m a t e r i e l l e* Kultur“ des Westens ließ auch manchen zum Jünger des neuen ideologischen Gebäudes werden, der die dort vertretenen grundlegenden Ideen intellektuell zu verarbeiten kaum in der Lage war.

Zu einem – für sich gesehen – das sowjetische Gesellschaftsgefüge wirklich ernsthaft bedrohenden Potential gelangte besagte sowjetische Anti- Atom- Bewegung allerdings nie.

Andererseits musste die KPdSU erkennen, dass eine komplette ideologische Vereinnahmung dieser geistigen Strömung mit deren inzwischen ausgefeiltem ideologischen Grundgerüst kaum möglich war.

Zaghafte Versuche von sowjetischer Seite, die *w e s t e u r o p ä i s c h e* Anti- Atom- Bewegung grundsätzlich und voll für sich zu gewinnen, erbrachten – letztlich erwartungs-

gemäß – gleichfalls keineswegs die erhofften Erfolge, im günstigsten Fall einen territorial eng begrenzten, zielbezogenen Pakt auf Zeit.

Blieben also für die Kremel- Chefs nur die immer noch als grundsätzlich zuverlässig erachteten bisherigen, quasi „klassischen Transmissionsriemen“ leninistisch- sowjetischer Ideologie in das westliche Ausland, in Sonderheit die kommunistischen Parteien Westeuropas, von denen speziell die KP'en Frankreichs, Italiens und Spaniens auch noch in den 70er Jahren in Moskau – zumindest in bestimmten Belangen – erkennbar privilegierte Sonderstellungen genossen.

Aber selbst an dieser altbewährten Flanke der „ideologischen Front“ hatte sich – aus Sicht der KPdSU – im Verlauf der letzten Zeit unerwartetes Ungemach entwickelt.

Die KPdSU- Spitzen irritierte mittlerweile erheblich, dass ausgerechnet *d i e s e* Mitglieder der kommunistischen Weltbewegung einen deutlich wachsenden Unwillen erkennen ließen, der KPdSU weiterhin uneingeschränkt die von ihr inzwischen als „selbstverständlich“ beanspruchte herausgehobene Führungsrolle zuzugestehen, gar die Gültigkeit von der These einer durch die KPdSU geführten kommunistischen Weltbewegung in Frage stellten.

Es gab, beispielsweise, von den statutengemäßen Gremien dieser Parteien bereits verabschiedete Grundsatz- Dokumente, in denen die solidarische Pflicht zum Beistand im Falle einer militärischen Bedrohung der UdSSR rundweg negiert wurde.

In Moskau war man klug genug, den „Ball in dieser Angelegenheit flach zu halten“, enthielt sich weitgehend der öffentlichen Polemik gegen derartige Entwicklungen.

Aber man war – natürlich – intern sehr beunruhigt, fragte sich nach den Gründen solchen Geschehens.

Es waren wohl *m e h r e r e*, teilweise auch divergierende Motive, durch welche sich damals die Chefetagen der wichtigsten kommunistischen Parteien Westeuropas veranlasst fühlten, zunehmend öffentlich manche politische Position zu vertreten, von der sie dezidiert wussten, dass damit Moskauer Interessen und Dogmen widersprochen wurde.

Im Zentrum besagter Motiv- Strukturen standen – zum einen – rationale, national motivierte Interessen ihrer Völker, und – zum anderen – der wachsende Unwillen ihrer jeweiligen Parteibasis, das zunehmend „außer der Zeit“ liegende Dogmengebäude der KPdSU bedingungslos zu stützen, die zur starren Scholastik geronnenen Thesen aus der Zeit der russischen Oktober- Revolution und der 20er Jahre auch weiterhin wie ein Evangelium zu behandeln.

Noch bedenklicher für die Chefs im Kremel wurde das alles, als Enrico Berlinguer, ein an die Spitze der italienischen kommunistischen Partei gelangter brillanter politischer Führer aus altem italienischen Adel, nicht nur die inzwischen bekannten „eigenartigen Gedanken“ zunehmend variationsreich zu propagieren fortsetzte, sondern ein als neu und sehr befremdlich erachtetes Konzept zur sukzessiven Eroberung politischer Macht durch engen *Schulterschluss* mit der bisher vehement bekämpften stärksten politischen Kraft des italienischen Bürgertums entwickelte, und mittlerweile sogar begann, dieses mit sehr konkreten Initiativen in die Tat umzusetzen. Durch einen „historischen Kompromiss“ – so der Titel des Konzeptes – sollten sich die kommunistische Partei Italiens und die demokratisch-christliche Partei des Landes zu den Leitprinzipien gemeinsamer Staatsführung verständigen, und diese dann für einen nicht näher definierten Zeitraum in kameradschaftlichem Miteinander übernehmen. Eine ausreichende parlamentarische Basis wäre für die Umsetzung eines solchen strategischen Planes gegeben gewesen, man hätte somit die angestrebte partielle Übernahme der staatlichen Macht in Italien durch seine kommunistische Partei unter strikter Befolgung der Regeln des parlamentarischen Demokratismus vollziehen können.

Aus Moskauer Sicht war es unstrittig – das Gelingen eines solchen Coups würde die grundsätzlich *revolutionäre* Orientierung des genuinen Kommunismus bolschewistischer Prägung erheblich in Frage stellen, vermutlich nicht nur für Europa, sondern sogar im globalen Maßstab erhebliche partei-ideologische Konsequenzen haben.

Die aus verschiedenen besonderen Gründen in eine sehr komplizierte Situation geratene Partei der christlichen Demokraten Italiens verfolgte die Entwicklungen bei ihren kommunistischen Erzrivalen – *cum grano salis* die damals zweitstärkste politische Kraft des Landes – mit größter Aufmerksamkeit, und in ihrem sog. „linken Flügel“ gab es bald Signale, die überraschenden Offerten von der anderen Seite des politischen Spektrums „sehr ernsthaft und nachhaltig prüfen“ zu wollen.

Offenkundig waren dies von der KP-Parteiführung um Berlinguer ernst zu nehmende Reaktionen, nach einiger Bedenkzeit schloss sich sogar der führende Mann der Christdemokraten und Ministerpräsident Italiens – Aldo Moro – dieser „Denkrichtung“ in seiner Partei an.

Es begann sich ein politisches Szenarium zu entwickeln, in welchem Berlinguer's „historischer Kompromiss“ ernsthafte Realisierungschancen hatte.

Bis Aldo Moro von einer terroristischen Gruppe mit linksradikalem „Label“ gekidnappt und ermordet wurde.

Womit die Annäherung von italienischen Kommunisten und Christdemokraten politisch sehr bald „vom Tisch“ war.

Das erleichterte Aufatmen in Moskau vollzog sich sehr dezent, doch es war inbrünstig und nachvollziehbar.

Die unmittelbaren Hintermänner des Meuchelmordes am italienischen Ministerpräsidenten sind im Dunkeln geblieben, bis jetzt.

Heute ist ein nennenswertes Potential von orthodoxen Trägern und Verfechtern einer unreflektierten klassischen kommunistischen Ideologie im westeuropäischen Raum kaum noch auszumachen, der dortige organisierte Marxismus in seiner Gesamtheit zu einer eher nachrangigen politischen Größe geschrumpft.

Was sehr dafür spricht, dass auch die damaligen beachtlichen gesellschaftlichen Positionen der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens nur vor dem Hintergrund einer als *sehr machtvoll respektierten UdSSR* gewährleistet waren, d. h., eines gesamtpolitisch unbedingt beachtenswerten, *real existenten* Staatswesens mit dem Charakter einer Großmacht und einer *ausdrücklich kommunistisch orientierten* perspektivischen Gesamtausrichtung.

## JAPAN UND INDIEN – DIE „HALBEN GROSSMÄCHTE“ VOR DER SOWJETISCHEN „HINTERTÜR“

War für den europäischen Teil der Sowjetunion damals das gesamte Westeuropa zum „Glacis“ ihrer globalen strategischen Auseinandersetzungen geworden, so galt hinsichtlich ihres außereuropäischen Teiles ähnliches in Bezug auf die östlich bzw. südlich ihres Staatsgebietes gelegenen Länder der riesigen asiatischen Landmasse.

Selbst eine kurzgefasste Behandlung aller vorrangigen, in diffizilen Knäueln miteinander verwobenen Probleme dieses Kontinents und ihrer Relevanz für die Politik des Sowjetstaates in den Jahren 1979/80 würde den Rahmen dieser Darlegungen bei weitem sprengen. Deshalb wollen wir uns hier auf die Skizzierung der sowjetischen Beziehungen zu zwei in entfernterer Nachbarschaft der UdSSR gelegener, global sehr wichtiger Staaten beschränken – Japan und Indien.

Über die heute zur globalen Supermacht gewachsene Volksrepublik China haben wir in den einleitenden Ausführungen zu diesem Kapitel einige kurze Bemerkungen gemacht, und dabei wollen wir es auch bewenden lassen.

Japan hatte nach seiner vernichtenden Niederlage im Zweiten Weltkrieg eine beeindruckende Entwicklung nehmen können.

Inzwischen – 1979/80 – stand Japan auf dem Höhrpunkt einer steilen ökonomischen Karriere, wurde – nach den USA – allgemein als die industrielle „Weltmacht Nr. 2“ eingeordnet, rangierte damit eindeutig vor der deutschen Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und den

anderen Industriemächten des „klassischen Westens“.

Sein straffes Bildungssystem fand überall Beachtung, seine leistungsstärksten Universitäten und Hochschulen lagen bei den betreffenden globalen Rankings stabil in den Spitzengruppen. Als vorbildlich wurde im internationalen Vergleich insbesondere die enge industrielle Verzahnung seiner technologisch oder naturwissenschaftlich orientierten akademischen Bildungstätten angesehen.

Es herrschte eine hinlängliche soziale Ausgewogenheit im Staat, der Lebensstandard war allgemein hoch, die mittlere Lebenserwartung stieg Jahr für Jahr – kurzum, Japan war allseits geachtet und geschätzt, vor allem ein ökonomisch außerordentlich respektierter Staat mit einer ungewöhnlich leistungsfähigen High- Tech- Industrie geworden.

Schon zu Beginn der 50er Jahre hatte man mit den USA, Weltkriegs- Hauptgegner Japans, eine verbindliche friedensvertragliche Regelung der bilateralen Beziehungen abschließen können, die den Japanern unter Auferlegung bestimmter stringenter Rahmenbedingungen weitestgehend die politische und handelsrechtliche Entscheidungsfreiheit zurückgab.

Zu diesen Bedingungen gehörte eine strikte militärische Allianz mit den USA und die Befolgung verschiedener US-amerikanischer Vorgaben betr. Militär und Waffenproduktion.

Inzwischen standen die Japaner im allgemeinen Ruf, alle von ihnen unterzeichneten Dokumente und Abmachungen korrekt zu befolgen, sich jedoch hinsichtlich der ihnen verbliebenen Freiräume jeglichen Einflussnahme- Versuch rigoros zu verbitten.

An einer solchen Macht „vor ihrer pazifischen Hintertür“ konnte auch die Diplomatie der Sowjetunion nicht achtlos vorbeigehen, vor allem in Anbetracht der durch Japan verkörperten industriellen Potentiale.

Unter diesem Aspekt hätte man sicherlich mit Japan gerne einen ähnlich intensiven „Kooperations- Austausch“ entwickelt, wie er inzwischen mit der deutschen Bundesrepublik vertraglich vereinbart worden war.

Allein – alles diesbezügliche handelspolitische Werben von sowjetischer Seite hatte nur sehr begrenzte Erfolge.

Dabei verweigerte sich Japan keineswegs völlig gegenüber den Avancen aus Moskau, doch es ging auf diese Offerten nur sehr selektiv ein.

Zur Zeit unseres Moskauer Akademie- Aufenthaltes war vor kurzem eine voluminöse Vereinbarung zwischen den beiden Staaten zustande gekommen, gemäß welcher die Sowjetunion

dem Kaiserreich Japan erhebliche Mengen preiswerten Erdöls und Erdgases, sowie einen großen Posten Industrie- Holz zuzuführen hatte, dafür von Japan mit Spitzenerzeugnissen seiner Metallurgie versorgt wurde, insbesondere hochfesten und korrosionsstabilen Rohren für den weitflächigen Transport von Erdöl und Erdgas.

Dem Vernehmen nach soll diese Abmachung in den USA erheblichen Unmut ausgelöst haben. Aber da man – bei einer uneinvoorgenommenen Interpretation der Begriffe „Kriegstechnik“ und „High- Tech- Produkt“ – besagte Rohre weder als militärisches Rüstungsgut, noch als einen Bestandteil jener High- Tech- Technik ansehen konnte, der von den USA für jeglichen Export in die von der UdSSR dominierte Sphäre des Globus gesperrt war, ließen sich die Japaner in ihrem Vorhaben nicht beirren.

Was man in Moskau auch als ein Zeichen für den japanischen Willen zu „guter Nachbarschaft“ deutete.

Andererseits war damals von Japan kürzlich auch mit der Volksrepublik China eine Vereinbarung geschlossen worden, in der die beiden „Giganten des westpazifischen Raumes“ übereingekommen waren, zukünftig jeglichen Hegemonialanspruch einer dritten Macht in dem von ihnen beiden derzeit machtpolitisch dominierten Raum mit allen geeigneten Mitteln zu unterbinden.

Dass mit „dritter Macht“ vorzugsweise die Sowjetunion gemeint war, war für jeden halbwegs Sachkundigen allzu unverkennbar.

Wie auch immer – Japan benahm sich gegenüber dem Sowjetstaat „höflich und vernünftig“, andererseits aber auch „sehr reserviert“.

Was sicherlich verschiedene Gründe und Ursachen hatte.

Insbesondere hatte man in der politischen Führungsschicht des Landes, auch in den 70er Jahren noch, keineswegs die sowjetische Kriegserklärung vom 8. 8. 1945 (!) vergessen. Mit diesem Kriegseintritt in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges brach die UdSSR ihren dereinst mit Japan abgeschlossenen Nichtangriffspakt, „aus den übergeordneten Interessen der antifaschistischen Kriegskoalition“, in völliger Übereinstimmung mit den USA und Großbritanniens, wenn nicht gar auf deren ausdrücklicher Bitte.

Der soeben zitierte Nichtangriffspakt hatte es 1942 der Sowjetführung ermöglicht, mit den frischen, aus fernöstlichen Riegelstellungen abgezogenen sibirischen Elitetruppen die Kesselschlacht von Stalingrad zur Wende des gesamten Krieges zu gestalten.

Neben den dramatischen Wirkungen der Atombomben- Abwürfe über Hiroshima und Nagasaki war es dann, im Sommer 1945, die unverzüglich erfolgte Zerschlagung der in der Mandschurei konzentrierten Hauptkräfte des japanischen Landheeres durch im Eiltempo aus dem besiegten Deutschland abgezogene Sowjettruppen, wodurch schließlich auch Japan zur Kapitulation veranlasst wurde.

Das in der Mandschurei durch die Sowjetarmee erbeutete umfängliche japanische Kriegsgerät wurde – gemäß einer Weisung Stalins – fast komplett der kommunistisch orientierten chinesischen „Volksbefreiungsarmee“ unter Mao Tse Tung übergeben, die dadurch in der Lage war, den langen innerchinesischen Bürgerkrieg gegen die Formationen Tschiang Kai Tscheks für sich zu entscheiden.

Neben solchen emotionalen Belastungen in Folge der jüngeren Historie gab es auch andere, quasi „handfeste“ Gründe für Japan, gegenüber der UdSSR eine gewisse ostentative Zurückhaltung zu zeigen.

Zu diesen zählten die – aus japanischer Sicht – langfristig kaum hinnehmbaren Gegebenheiten betr. der Kurilen – Inselkette im Nordwest- Pazifik. Japan sah sie als völkerrechtlich ihm zugehörig an.

Die UdSSR hatte sie in den Schlusswochen des zweiten Weltkrieges besetzt und pochte nun – gestützt durch lange zurück liegendes historisches Geschehen und das neuerliche „Recht des Siegers“ – auf ihren Verbleib bei der Sowjetunion. Für die KPdSU war es bei diesem Territorialkonflikt sehr bitter, dass sich selbst die offizielle Kommunistische Partei Japans der Position ihrer heimatlichen Regierung angeschlossen, eine gegen ihre Moskauer Gesinnungsgenossen gerichtete Haltung eingenommen hatte.

Vertiefen wir uns also ein wenig in diese spezielle Materie, werfen wir einen Blick auf jene Felsen vulkanischen Ursprungs in den subarktischen Regionen des Pazifiks, auf ihre Historie, auf ihren gegenwärtigen militärstrategischen und ökonomischen, sowie ihren prognostischen Stellenwert.

Dabei sollten wir auch immer das langgestreckte Inselland in direkter Nachbarschaft des sibirischen Festlandsockels im Auge behalten, die Insel Sachalin, die zumeist in die diversen Auseinandersetzungen um die Kurilen, mehr oder weniger, eingebunden war.

Doch zunächst zu den Kurilen in „engerem Sinn“!

In die Optik der „zivilisierten Welt“ traten die etwa 30 größeren und kleineren Inseln erst sehr spät, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, obwohl sie bereits sehr viel früher eine menschliche Besiedlung erfahren hatten.

Die Ureinwohner der Kurilen waren und sind Ainos, also weder sibirisch- amerikanische Eskimos, noch ethnische Japaner. Bei den Ainos handelt es sich um eine spezielle asiatische Ethnie, die sich auch von den vielen kleinen Völkerschaften der mongolischen, bzw. sino-asiatischen Szene erheblich unterscheidet.

Die Ainos sind – auch nach europäischem Maßstab – groß gewachsene Menschen von kräftigem Körperbau, mit „westeuropäischer Nasenpartie“, die sich über Jahrhunderte autochton in sehr schlichten gesellschaftlichen Strukturen am Leben gehalten hatten, vorzugsweise durch die Jagd auf Meeres- und anderes Getier.

Als erster Europäer hat ein gewisser Martin Spangberg, in russischen Diensten stehend, diese Inselwelt etwas näher erkundet und dort zu Beginn des 18. Jahrhunderts mit besitzergreifendem Zeremoniell das *Z a r e n b a n n e r* gehisst.

Was schon in jener lange zurück liegenden Zeit den umgehenden Protest der regionalen Konkurrenz mobilisierte, insbesondere Japans.

Doch als die ersten schriftlichen Vereinbarungen zwischen japanischen Interessenvertretern und den Häuptlingen der Aino- Bevölkerung zustande kamen, verwendeten diese bei ihren Signaturen auf solchen Dokumenten bereits *r u s s i s c h e* Vornamen.

In dieser vor allem zwischen Russland und Japan strittigen Lage blieb die Kurilen- Inselkette lange Zeit, ebenso ihre langgestreckte Verlängerung vor dem sibirischen Festland, die fast 1.000 Kilometer lange Insel Sachalin.

Das Interesse der „zivilisierten Welt“ an diesen fernen und meist nebelverhangenen kalten Gestaden blieb vor allem deshalb erhalten, weil aus ihren umliegenden Gewässern besonders erlesene „Meeresfrüchte“ zu erlangen waren – Wildlachs von vorzüglicher Qualität, sowie geschmacklich einzigartige, etwa einen halben Meter große Riesenkrabben, bald „Königs-krabben“ getauft, die man nur dort aus dem Wasser holen konnte.

Woran sich bis heute nur wenig geändert hat.

Im Jahre 1855, schließlich, einigten sich der Zar in Petersburg und Japans Tenno darauf, dass Sachalin – als nahe an Sibirien geschmiegt – hinfort unstrittig als russisches Territorium zu

akzeptieren war, die Kurilen- Kette indessen, nunmehr ebenfalls unstrittig, als fest zu Japan gehörig.

Sachalin war damals für die russische Krone als – aus europäischer Sicht – denkbar weitest entfernter Verbannungsort interessant, sowie als Lieferant von Edelpelzen.

Und für etwa ein halbes Jahrhundert trat nach der Unterzeichnung jenes russisch – japanischen Abkommens dann in jener fernen Gegend tatsächlich eine gewisse Ruhe ein.

Bis der russisch – japanische Krieg der Jahre 1904/05 überraschend mit einer schmachvollen Niederlage des großen Zarenreiches gegen die bis dahin kaum „für voll“ genommenen Japaner endete, was von japanischer Seite für eine Veränderung der nordpazifischen Verhältnisse zu Gunsten des Tenno- Staates genutzt wurde.

Russland musste die südliche Hälfte Sachalins an Japan abtreten – ein Verlust, der von russischer Seite nie voll akzeptiert worden ist, weder zu Zarenzeiten, noch von den die Zarenherrschaft ablösenden bolschewistischen Herren des Kremel.

Japan scherte das jedoch kaum, es begann das neu eroberte Terrain vor der Südost- Ecke Sibiriens zügig zu erschließen.

Beim Bau der ersten dortigen Eisenbahnen griff man aus irgend welchen Gründen auf die in Südafrika zur Norm gewordene enge „Kap- Spur“ zurück – sie sollte die Zeitenläufe überstehen, ein halbes Jahrhundert später auf Sachalin auch in Regie der sowjetischen Staatsbahn ihren Dienst tun.

Denn als Japan unter sowjetischer Mitwirkung im Sommer 1945 militärisch auf den Boden geworfen worden war, zögerte die Sowjetunion keineswegs, nicht nur die Kurilen zügig zu besetzen, sondern auch – unter Berufung auf den Vertrag von 1855 – sich die Südhälfte von Sachalin wieder einzuverleiben.

Letzteres ist damals von Japan akzeptiert worden, und – im Gegensatz zu seiner Position hinsichtlich der kurilischen Verhältnisse – ist es auch später in der sog. Sachalin- Angelegenheit nie in einen formellen Protest gegangen.

Bei seinen von Japan auf dem Feld der internationalen Diplomatie hartnäckig verteidigten Besitzrechten in Bezug auf die Kurilen – im formellen Sprachgebrauch von japanischer Seite als seine „Nordterritorien“ bezeichnet – geht es weitgehend um die hiermit verbundenen speziellen Fischerei- Rechte.

Woran gewiss auch die UdSSR interessiert war, bzw. das postsowjetische Russland weiterhin interessiert ist.

Doch für die UdSSR dürfte bei ihren Landungsoperationen auf den Inseln des Kurilen-Gürtels im Jahre 1945 ein anderer Aspekt noch wichtiger als bestimmte Fischerei-Rechte gewesen sein.

Japan hatte nämlich damit begonnen, verschiedene dieser Nord-Pazifik-Inseln zu regelrechten Seefestungen auszubauen, mit modernen und leistungsfähigen Hafenanlagen, insbesondere aber mit einer Serie vergleichsweise gut ausgebauter Flugplätze.

Jene fliegende Armada, die z. B. 1941 Pearl Harbour bombardierte und einen erheblichen Teil der US-amerikanischen Kriegsflotte außer Gefecht setzte, war größtenteils auf den Kurilen stationiert gewesen, hatte sich deshalb der ansonsten gut organisierten Aufklärungsarbeit durch die US-Spionage entzogen.

Stalin waren inzwischen diese Zusammenhänge geläufig, und folglich bestand er auf der „Rückführung“ auch dieser Eilande in den sowjetischen Staatsverband, bei Verweis auf Martin Spangenberg's Vorleistungen im Namen des damaligen Zaren.

Selbstredend ging es dem sozialistischen Generalissimus vor allem um die Verfügung über die japanischen Seefestungen auf dem weiten Inselgürtel.

Zu Beginn der 50er Jahre mussten dann die Japaner zähneknirschend hinnehmen, dass – auf Druck Stalins – von den USA in dem von ihnen verfassten Entwurf eines Friedensvertrages auch der Übergang von Süd-Sachalin und der Kurilen in das Staatsgebiet der UdSSR fixiert wurde.

Worauf Stalin, in seiner Eigenschaft als sowjetischer Staatschef, sein Einverständnis mit diesem Dokument erklärte.

Doch kurz vor dem verbindlich festgelegten Termin der feierlichen Unterzeichnung des Vertrages verlangte er ultimativ, dass auch die im Oktober 1949 ausgerufene „Volkrepublik China“ gleichberechtigte Signatarmacht wird, die USA sie ebenfalls zur Vertragsunterzeichnung einladen.

Mit dieser Forderung hatte der Georgier in der Uniform eines sowjetischen Generalissimus allerdings „zu hoch gepokert“.

Hätten die USA seinem neuerlichen Ansinnen entsprochen, hätte man dieses auch als völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der neu definierten chinesischen Staatlichkeit durch die USA interpretieren können, und zu diesem Schritt waren die Nordamerikaner zu jenem Zeitpunkt keinesfalls bereit. Im nach der japanischen Niederlage fortgesetzten erbitterten innerchinesischen Bürgerkrieg hatten sie nachhaltig die Gegner der kommunistisch orientierten

„Volksbefreiungsarmee“ unterstützt, die „Nationalchinesen“ unter Tschiang Kai Schek. Deren schließliche totale Niederlage auf dem chinesischen Festland gegen die Verbände von Mao Tse Tung war damit auch für die USA ein schmerzlicher Verlust, ein sehr empfindliches außenpolitisches Desaster.

So kam es, dass mit Japan kein umfassendes Dokument im Sinne eines völkerrechtlich unangreifbaren Friedensvertrages geschlossen wurde, sondern nur eine bilaterale Vereinbarung zwischen den USA und Japan, in welcher die japanischen Gebietsabtretungen an die UdSSR überhaupt nicht mehr thematisiert sind.

Somit ist eine völkerrechtlich absolut verbindliche Regelung des Status der von Japan eingeforderten und von sowjetischen Truppen okkupierten Kurilen damals unterblieben, und dieser völkerrechtliche „Schwebezustand“ besteht im Prinzip bis zum heutigen Tage fort.

Die Position der untergegangenen UdSSR ist inzwischen vom russischen Staat übernommen worden.

Da neuerdings in jener Gegend erhebliche Vorräte an Erdöl und Erdgas sehr wahrscheinlich geworden sind, ist mit einer baldigen Beilegung der japanisch – russischen Kontroverse um die nordpazifische Inselkette der Kurilen wohl kaum zu rechnen.

Hoffentlich geht man dabei auch weiterhin friedlich mit einander um.

I n d i e n war – nach der Volksrepublik China – in den Jahren 1979/80 der weltweit zweite Staat mit einer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, allein in Anbetracht dieser riesigen Menschenmenge ein unstrittiges politisches Schwergewicht.

Die Sowjetunion hat Indien von Anbeginn seines Weges zur realen Eigenstaatlichkeit in mannigfacher Weise unterstützt, auch mit einer nachhaltigen diplomatischen Beförderung jener Nachkriegsentwicklung, die im Jahre 1947 zur Auflösung des damaligen, der britischen Krone in halbkolonialer Position unterstellten Kaiserreiches Indien führte.

Die Konstituierung von Pakistan, insbesondere aber der heutigen unabhängigen Republik Indien, fanden den nachhaltigen Beifall Moskaus.

In der dortigen Führungsriege herrschte zu damaligen Zeiten die Hoffnung vor, dass mit dem „neuen Indien“ ein Staat geboren sei, den man schon sehr bald in der „sozialistischen Völkerfamilie“ begrüßen können wird.

Ob auch Stalin persönlich dereinst diese Meinung geteilt hatte, war von uns deutschen Kurstanten drei Jahrzehnte später nicht mehr nachprüfbar, doch dass er – ungeachtet der fortbestehenden Mangelsituationen im eigenen Land – nachdrücklich für alle erdenkliche indische Hilfe und Unterstützung eingetreten ist, galt als zweifelsfrei bewiesen.

Es liegt die Vermutung nahe – eingedenk des zunehmend deutlicher absehbaren Sieges der kommunistischen „Volksbefreiungsarmee“ in China wollte der instinktsichere Machttaktiker umgehend lieber z w e i starke und sowjetfreundliche asiatische Staaten mit perspektivisch gigantischem Entwicklungspotential im Weichbild seiner UdSSR haben, als nur einen einzigen, dem allein in Anbetracht dieses Sachverhaltes im Laufe der Zeit u. U. die Rolle eines gleichwertigen innersozialistischen Rivalen zuwuchs.

Neben der fortdauernden Unterstützung an der diplomatischen Front erfuhr Indien bald auch Hilfe in sehr handfester materieller Form, insbesondere gegen Ende der 40er und zu Beginn der 50er Jahre.

Nach Stalins Tod im Jahre 1953 sollte es deutliche diesbezügliche Veränderungen geben, China wurde von sowjetischer Seite gegenüber Indien wieder stark präferiert.

Doch auf einem bestimmten, machtpolitisch zentralen Sektor konnte sich Indien der absolut verlässlichen Zusammenarbeit mit dem politischen Zentrum des „realen Sozialismus“ sicher sein – Indiens bald über eine Million Soldaten umfassenden militärischen Streitkräfte wurden stets und immer mit bemerkenswert modernem Waffenmaterial aus sowjetischen

Produktionsstätten zu äußerst kulantem finanziellen Bedingungen versorgt.

Was auf längere Sicht eine erhebliche militärische Abhängigkeit Indiens von der UdSSR erbrachte, und – alles in allem – der auf indischer Seite zu registrierenden positiven Grundeinstellung gegenüber allen sowjetischen außenpolitischen Interessen tendentiell „sehr förderlich“ war.

Und was sich schließlich als besonders wertvoll erwies, als Indien zur dominanten „Orientierungsmacht“ für den losen, gleichwohl im globalen Maßstab sehr beachtenswerten Verband der „Blockfreien“ aufstieg.

Wenn von diesem sehr „speziell“ konstruierten Bund in der Ost- West- Auseinandersetzung eher sowjetische Positionen gestützt wurden, als die Auffassungen der „freien westlichen Welt“, dann war eine solche ideologische Gesamtausrichtung zu großen Teilen dem dortigen indischen Einfluss zu danken.

Indien hatte sich, für jeden sichtbar, in seiner Außenpolitik folgenden drei Prinzipien verschrieben :

1. kein formeller Anschluss an irgend einen Machtblock ;
2. eine Außenpolitik mit ausschließlicher Orientierung an indischen Interessen ;
3. freundschaftliche Beziehungen mit friedliebenden Staaten beliebiger ideologischer Ausrichtung .

Die Staaten in der Bewegung der „Blockfreien“ haben sich später fast durchgängig zu diesen Prinzipien bekannt.

Da die sowjetische Realpolitik die nationalen politischen Ansätze der „Blockfreien“ zumeist tatsächlich eher unterstützte, als das Agieren ihrer antisozialistischen westlichen Opponenten, ergab sich später in jenen Jahren die zeitweise unübersehbare „Sowjetfreundlichkeit“ des Verbandes oft in quasi „logischer Konsequenz“.

Was nicht ausschloss, gelegentlich auch eine gegenüber den sowjetischen Ansichten explicit konträre Position zu beziehen, z. B. im langjährigen Konflikt zwischen Koreas Norden und Koreas Süden – sicherlich aus guten Gründen.

Bekanntlich hat Indien nach Erlangung seiner vollen Unabhängigkeit das sowjetische Staatsmodell der sozialistisch geprägten „Volksrepublik“ nicht übernommen, sondern die parlamentarische Demokratie nach westeuropäisch- nordamerikanischem Muster.

Dennoch gelang es ihm bis heute nicht, seine historisch gewachsenen sozialen Disparitäten im Laufe der Zeit auszugleichen, im Gegenteil – inzwischen sind neue hinzugekommen.

Das archaische Kastenwesen der indischen Gesellschaft ist, nach wie vor, der dominierende gesellschaftliche Ordnungsrahmen Indiens geblieben, durch welchen der Lebensweg eines jeden Menschen bereits zum Zeitpunkt seiner Geburt weitgehend vorbestimmt ist.

Etwa jeder sechste hinduistische Inder zählt zu der gesellschaftlich am tiefsten stehenden Kaste, zu der „Kaste der Unberührbaren“, womit ihm zumeist von Geburt an ein bedrückendes Paria- Leben beschieden ist.

Zum anderen sind die Animositäten zwischen verschiedenen religiös- spirituellen Gemeinschaften des Landes unverändert ein Boden steten sozialen Brodelns, sowie ethnisch unterlegter Konflikte und gelegentlich uferlos werdender Auseinandersetzungen.

Ungeachtet der dominanten hinduistischen Konfessionalität gibt es erhebliche muslimische, buddhistische, christliche und andere konfessionelle Minderheiten, wobei die hinduistisch- muslimische Konfrontationsstellung den beträchtlichsten Konfliktstoff beinhalten dürfte.

Ein großer Teil des zwischen Muslimen und Hinduisten fortdauernd schwelenden Hass-Potentials ist eine Folge blutiger und opferreicher Auseinandersetzungen im Zuge der Teilung des einstigen indischen Kaiserreiches in das muslimische „Pakistan“ und die weit größere, hinduistisch dominierte „Republik Indien“, mit zumindest einer halben Million Toter.

Zu diesen historisch bedingten Quellen sozialer und politischer Unruhe hat eine an strikten marktwirtschaftlichen Modellen orientierte ökonomische Entwicklung der letzten sechs Jahrzehnte weitere hinzugefügt.

Die soziale Schere zwischen den sozialen Oberschichten Indiens und seinen sozialen Unterschichten hat sich während dieser Zeit in erheblichem Ausmaß weiter geöffnet.

Dessen ungeachtet ist mittlerweile in Indien auch eine sehr beachtenswerte Mittelschicht westeuropäisch- nordamerikanischen „Zuschnitts“ herangewachsen, sind beeindruckende urbane und industrielle Agglomerationen entstanden.

Mit Hilfe einer starken und modern strukturierten, mit Atomwaffen ausgestatteten Armee ist es bisher – im Großen und Ganzen – gelungen, die vielen Unruheherde im volkreichen Land hinlänglich unter Kontrolle zu halten, sich immer wieder anbahnende Separierungsansätze im Keim zu ersticken, und auch die militärisch- ideologische, letztlich machtpolitische Konfrontation mit dem seit Ende der 40er Jahre von Indien abgespaltenen Pakistan auszubalancieren.

Als den nachhaltigsten „Hot Spot“ in der permanent unbefriedeten Nachbarschaft mit Pakistan muss man den sog. „Kaschmir- Konflikt“ ansehen.

Kaschmir liegt im äußersten nordwestlichen Winkel des indischen Subkontinentes, gewissermaßen „eingeklemmt“ zwischen dem Südwesten Tibets und Pakistan. Im Norden ist ein schmaler, bis China reichender Landstreifen Afghanistans staatsrechtlicher Nachbar von Kaschmir, und jenseits dieses schmalen Terrains begann dereinst bereits die Sowjetunion.

In historischer Sicht gehört Kaschmir zu den sog. „Himalaja- Fürstentümern“, hatte auch während der britischen Oberhoheit über Indien einen Sonderstatus bewahren können.

Schließlich war der Gebirgsstaat aber dann doch von London dem „neuen Indien“ zugeschlagen, damit in die innerindischen Auseinandersetzungen der späten 40er Jahre hineingezogen worden.

Dem gewaltigen Himalaja- Massiv gewissermaßen „angeschmiegt“, ist Kaschmir schon zu biblischen Zeiten eine Region mit Brücken- und Knotenpunkt- Funktionen gewesen. Ein wichtiger Arm der legendären Seidenstraße zwischen China und Vorderasien hat dort dereinst eine andere wichtige Fernhandelsroute gekreuzt, die von den mittelasiatischen Kulturzentren in die indischen Kernlande führte.

In neuerer Zeit erlangte Kaschmir in Europa durch ein bis heute in der gehobenen Textilindustrie stark nachgefragtes Naturprodukt eine gewisse Bekanntheit, durch die von seinen Gebirgsziegen gewonnene, außergewöhnlich feine „Kaschmir- Wolle“.

Im Jahr der völkerrechtlich verbindlichen Ausrufung von Pakistan und des republikanischen Indiens war Kaschmir mehrheitlich von Anhängern des Islam bewohnt, die Familie seines regierenden Maharadjas bekannte sich jedoch zum Hinduismus, wodurch sich im UNO-Apparat eine gewisse Unsicherheit darüber ergab, welchem der beiden neuen Staaten man besagtes „Himalaja- Fürstentum“ zuteilen sollte.

Schließlich einigte man sich in New York auf die salomonische Empfehlung, darüber die kaschmirische Bevölkerung durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen.

Welche aber n i e zur Durchführung gelangt ist.

Denn vor Ort überstürzten sich nun bald die Ereignisse.

Beunruhigt vom Aufbegehren erheblicher Teile der muslimischen Mehrheitsbevölkerung, die einen Anschluss an Pakistan oder eine uneingeschränkte kaschmirische Selbständigkeit präferierte, erklärte der hinduistische Maharadja in selbstherrlicher Manier, ziemlich überraschend für die Weltöffentlichkeit, den Beitritt seines Landes zur neu ausgerufenen indischen Republik und bat sehr dringend um indische militärische Hilfe „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“.

Dem, kaum überraschend, von der jungen indischen Republik umgehend entsprochen wurde – was wiederum einen nur minimal verzögerten Einmarsch pakistanischer militärischer Kontingente in die von den indischen Truppen noch nicht erreichten Teile Kaschmirs auslöste.

Die Inder sind damals vom Süden kommend in Kaschmir einmarschiert, während die Pakistani, vom Westen kommend, den Norden des Landes besetzten.

Etwa in der Landesmitte traf man sich, es kam zu verschiedenen Scharmützeln, aber nicht zu einer großflächigen militärischen Auseinandersetzung. Daran war offensichtlich keine der beiden Invasionsarmeen interessiert, und die kaschmirische Bevölkerung natürlich erst recht nicht.

Also einigte man sich auf eine „vorläufige Demarkationslinie“ des hinfort in zwei von außen kontrollierte Besatzungszonen geteilten kleinen Landes.

Und diese vor inzwischen mehr als 60 Jahren festgelegte „vorläufige Demarkationslinie“ hat, von gelegentlich vollzogenen kleinen Korrekturen abgesehen, bis heute Bestand.

Ein Blick auf die Landkarte offenbart uns, als geographisches Resultat jenes Jahrzehnte zurückliegenden militärischen Geschehens am Rande des Himalaja, das folgende Bild.

Der eine starke hinduistische Minderheit beheimatende, landwirtschaftlich vergleichsweise ergiebigere kaschmirische Süden wird inzwischen von Indien als legitimer Teil seines staatlichen Territoriums angesehen. Dagegen wird der von Pakistan besetzte Norden Kaschmirs von seiner Schutzmacht immer noch als besondere halbautonome politische Einheit betrachtet, hat einen eigenen Präsidenten und einen eigenen Ministerrat, deren politisches Fernziel die „Wiedervereinigung Kaschmirs zu einem freien, völkerrechtlich souveränen Staat“ ist.

De facto untersteht Kaschmirs Norden jedoch eindeutig der Regie Islamabad, mit dem Resultat, dass P a k i s t a n durch das aktuelle Arrangement im südwestlichen Vorland des Himalaja einen für seine Gesamtsituation höchst bedeutungsvollen d i r e k t e n L a n d - z u g a n g z u r V o l k s r e p u b l i k C h i n a gewonnen hat.

Inzwischen ist, überwiegend durch China gebaut, die Allwetter- Straße des „Karakorum-Highway“ fertiggestellt.

Geostrategisch gesehen, war und ist der Verlierer der Vorgänge in und um Kaschmir letztlich wohl doch Indien – es hat die direkte Landverbindung seiner beiden wichtigsten, in mehr oder weniger ausgeprägter Opposition zu ihm stehenden unmittelbaren Nachbarn hinnehmen müssen.

Indirekt war – in gewissem Sinne – auch die UdSSR durch jene Entwicklungen nachteilig betroffen.

Dennoch enthielt man sich seitens Moskaus in dieser Angelegenheit jeder „unfruchtbaren Polemik“, sah die Situation „sportlich“, und berücksichtigte fortan in seinen geostrategischen Überlegungen Pakistan weit stärker als bisher.

## DIE „SOZIALISTISCHE STAATENGEMEINSCHAFT“ UND DER „RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE (RGW)“

Schließen wir unseren außenpolitischen Exkurs mit einer kurzen Betrachtung des speziellen Verhältnisses zwischen der UdSSR und jenen Ländern ab, die sich in ein enges Beziehungsverhältnis mit ihr eingelassen hatten, der „sozialistischen Staatengemeinschaft“.

Der Schwerpunkt dieses von der Sowjetunion dominierten Machtblockes lag unstrittig in Osteuropa, aber auch mehrere souveräne asiatische Staaten gehörten ihm an, sowie die in der Karibik gelegene Insel Kuba.

Mit diesen „Nichteuropäern“ gab es immer wieder massive Dissonanzen, ausgelöst durch tendentiell extremen revolutionären Voluntarismus und viel unerfahrene Unbefangenheit der oft noch sehr jungen Männer an ihrer Spitze.

Zudem lebte bei solchen Ereignissen zumeist auch ein deutlicher nationaler Egozentrismus auf, dessen sich diese manchmal ungewöhnlich schnell in höchste Regierungsämter Aufgestiegenen vermutlich gar nicht so recht bewusst waren.

Nur so lassen sich insbesondere die öfters ostentativ eingeforderten, bei sachlicher Analyse unerfüllbaren militärischen Unterstützungsanforderungen an die sowjetische Patronatsmacht und ihre europäischen Verbündeten erklären, vorgebracht nach dem Motto : „Wenn der sozialistische Weg in unserem Lande durch den Imperialismus der USA und ihrer Alliierten scheitern sollte, dann muss auch unser Gegner mit uns untergehen, und das ungeachtet der Konsequenzen, die eine solche dramatische Entwicklung für die Gesamtheit der sozialistischen Staatenwelt haben kann!“

Dieser im „sozialistischen Lager“ von allen betroffenen Seiten aus erklärlichen Gründen möglichst komplett aus der öffentlichen Diskussion herausgehaltene Problemkomplex wurde von

den sowjetischen Dozenten uns deutschen Kursanten gegenüber relativ breit erörtert, insbesondere an Hand verschiedener Details der sog. „Kuba- Krise“ in der ersten Hälfte der 60er Jahre.

Im Jahr des Baus der Berliner Mauer, 1961, kurz nach dem Amtsantritt des alle Welt mit seinem jugendlichen Elan begeisternden neuen US- Präsidenten John F. Kennedy, startete die CIA einen militanten Invasionsversuch gegen das damals seit knapp zwei Jahren von den Revolutionären Fidel Castros beherrschte Kuba.

Das gesamte Unternehmen war außerordentlich dilettantisch angelegt, so dass die etwa 1.500 in der kubanischen „Schweinebucht“ gelandeten bewaffneten Castro- Gegner, überwiegend Exil- Kubaner aus den USA, von den keineswegs über herausragende militärische Qualitäten verfügenden kubanischen Sicherungskräften innerhalb weniger Tage gestellt und vernichtend geschlagen werden konnten.

In Folge dieses Vorganges lehnten sich die kubanischen Revolutionäre – bislang sehr auf eine „völlige außenpolitische Unabhängigkeit“ bedacht – in ihrem internationalen Verhalten zunehmend an die UdSSR an, und allmählich wurde der Sozialismus sowjetrussischer Prägung von ihnen als ein sehr diskutables Entwicklungsmodell angesehen.

Der „Urgrund“ dieses kubanischen Kurswechsels war das durch die aggressive US- amerikanische Politik mobilisierte Bedürfnis nach einer Schutzmacht, welche definitiv die Fähigkeit zu einer realen militärischen Sicherung ihres heimatlichen Territoriums besaß.

Und als diesbezügliche Bitten an die Sowjetunion herangetragen wurden, stationierte die UdSSR tatsächlich auf jener Karibikinsel in der Nähe der US-amerikanischen Südstaaten einige Batterien moderner militärischer Raketen, die auch für den Einsatz als Atomwaffenträger geeignet waren. Mehrheitlich handelte es sich dabei um eine Rakete mit der Typenbezeichnung „SS 4“, mit einer Reichweite von knapp 2.000 Kilometern. Mit ihr war der gesamte Südosten der USA in einer sehr kurzen Flugzeit erreichbar, von Denver in Texas, bis Washington, der US-amerikanischen Hauptstadt mit dem Sitz von Regierung und US-Präsident.

Möglicherweise wurden auch einige sowjetische „SS 5“ mit doppelter Reichweite nach Kuba verbracht, mit welchen – außer Alaska und Hawai – fast die gesamte sonstige Fläche der USA in den Fokus eines Raketen- getragenen Atomangriffs gerückt werden konnte.

Darüber, ob die betreffende Atom- Munition damals tatsächlich zeitgleich in Kuba angelandet worden war, wurden auch wir Kursanten im Unklaren gelassen.

Eines Tages jedenfalls erklärte Fidel Castro, von frischem Stolz gestärkt, in einer „halböffentlichen Rede“, dass jeder Wiederholungsversuch von aggressiven Landeoperationen im Stil der durch die USA zu verantwortenden Schweinebucht- Invasion „selbstverständlich mit dem Ersteinsatz der Atomwaffe beantwortet“ werden würde.

Wenige Stunden später verfügte man sowohl in Washington, wie in Moskau über den vollen Wortlaut des vollmundigen, extrem verantwortungslosen, sehr überheblichen Geschwafels des kubanischen „Revolutionsführers“.

Und war zutiefst entsetzt, in Washington, wie in Moskau.

Und reagierte unverzüglich, hier wie dort.

Der damalige sowjetische Parteichef Chruschtschow veranlasste ohne jeden Zeitverzug, dass ab sofort die gesamte moderne sowjetische Kriegstechnik auf kubanischem Boden durch rechtzeitig nach Kuba transferierte sowjetische Spezialkräfte zuverlässig gesichert und einer strengen Vierundzwanzig- Stunden- Bewachung unterworfen wurde. Alle zuvor für den Alltagsbetrieb der sowjetischen Militärlager engagierten kubanischen Hilfskräfte wurden, ausnahmslos, ebenso rigoros aus den waffennahen Arealen entfernt, wie – gegen den massiven Protest ihrer militärischen Führung – die kubanischen Verbindungsoffiziere. Schließlich wurde durch das sowjetische Militär um seine Stellungen ein lückenloser Sicherheitskordon errichtet, dessen Passieren Kubanern strikt verwehrt war, selbst kubanischen Militärs im Generalsrang und politischen Spitzenfunktionären.

Fidel Castro soll daraufhin in einen zügellosen Wutanfall entgleist sein – die sowjetischen Kommandoführer beeindruckte diese Reaktion jedoch kaum, die militärischen Sicherungsmaßnahmen der UdSSR auf kubanischem Boden wurden gemäß den Weisungen aus Moskau vollinhaltlich aufrecht erhalten.

Der USA- Präsident Kennedy veranlasste in ähnlicher Schnelligkeit, dass eine fast totale Seeverkehrs- Blockade über Kuba verhängt und durch die US- Navy durchgesetzt wurde, verbunden mit der an Kuba gerichteten ultimativen Forderung, sein Territorium schnellstmöglich von sowjetischer Atom- und Raketentechnik zu beräumen. Im Verweigerungsfall wurde ihm ein dramatischer „präventiver Vernichtungsschlag“ durch die regulären Streitkräfte der USA angedroht.

Die Welt stand am Rande eines dritten Weltkrieges !!!

Wie bekannt, ist es damals durch das energische Engagement des Internationalen Roten Kreuzes gelungen, die USA und die UdSSR sehr schnell zu sehr ernsthaften direkten Verhandlungen über die entstandene globale Sachlage zu bewegen.

Nach kurzem „Tausziehen“ verständigten sich die beiden Supermächte dahingehend, dass die beunruhigende, weiträumig, gar interkontinental einsetzbare Kriegstechnik der Sowjetunion wieder aus Kuba vollständig abgezogen wird, die USA im Gegenzug hierfür die kubanische Seeblockade wieder aufheben und einige kürzlich etablierte moderne Raketenbatterien von der sowjetisch- türkischen Grenze zurücknehmen.

Fidel Castro und sein politischer Stab, wie auch die Mehrheit der „Commandantes“ seines Revolutionsheeres, waren vom sowjetischen Einlenken tief enttäuscht, brachten dies teilweise lautstark zum Ausdruck. Das ging bis zu Vorwürfen eines „an Verrat grenzenden Zurückweichens vor dem Weltimperialismus“, des „unwürdigen Kapitulantentums verweichlichter Sowjetführer“, usw.

Und man fand bei seinem Protest gegen den militärischen Rückzug der Sowjetarmee von Kuba in einzelnen Staaten der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gelegentlich absolute Zustimmung, selbst von Ho Tchi Minh, dem allseits verehrten Führer der vietnamesischen Kommunisten.

Was alles nun eine deutliche öffentliche Reaktion von sowjetischer Seite unumgänglich machte.

Also ließ Moskau verlautbaren, dass man es nie zulassen würde, durch bestimmte spezielle Interessen Kubas, oder möglicherweise angesichts der besonderen Interessenlage des einen oder anderen sonstigen sozialistischen Staates, die „Gesamtpolitik des sozialistischen Lagers“ extrem und unverantwortlich „zu deformieren“, mit dem möglichen Ergebnis einer dramatischen Eskalation der globalpolitischen Lage, bis hin zu einem atomaren Weltkrieg.

Fidel Castro benötigte einen mehrjährigen Zeitraum, um „die normativen Kräfte des real Faktischen“ in seinem formalen politischen Leben als Staatschef voll anzuerkennen.

Im Jahre 1969 rang er sich aber dann doch dazu durch, in „gebotener Form“ öffentlich zu erklären, dass er persönlich und die von ihm geführte Partei, „das gesamte revolutionäre

Kuba, unverbrüchlich die Politik der KPdSU unterstützen und in Zukunft auch weiterhin unterstützen werden“ !

Die Gegenleistung der UdSSR und der anderen, mit der Sowjetunion verbündeten europäischen sozialistischen Staaten für diesen nunmehr vorbehaltlosen Kotau des stolzen Mannes aus altem spanischen Geschlecht bestand in einer massiven materiellen Unterstützung seines Inselreiches, die bis zum Ende des Kalten Krieges und dem Niedergang des sozialistisch orientierten sog. „Ostblockes“ aufrecht erhalten wurde. Mit den alljährlich aus der UdSSR und dem sonstigen sozialistischen Osteuropa ihm zufließenden Milliardensummen konnte Kuba eine bescheidene Industrialisierung seiner Inselwirtschaft finanzieren, insbesondere aber ein für die Karibik beispielhaftes Bildungs- und Gesundheitswesen aufbauen.

Seine „Überschussproduktion“ an solide ausgebildeten Pädagogen und Medizinern machte es ihm möglich, durch seinerseits geleistete, sehr gerne wahrgenommene massive Personalhilfe gegenüber anderen Entwicklungsländern zu beträchtlichem regionalpolitischen Einfluss zu gelangen, zur zeitweisen regionalen Mittelmacht aufzusteigen.

Und das alles trotz massiver, kaum je unterbrochener Repressalien seitens der USA und verschiedener anderer, eng mit den USA liierter Staaten.

Wie ausgedehnt und nachhaltig ab den 70er Jahren „Kubas Weg zum Sozialismus“ ein Resultat des vielfältigen Unterstützens durch seine europäischen Gesinnungsfreunde gewesen war, kann daraus ermessen werden, dass nach dem Einstellen dieser Hilfen im Verlauf der Jahre 1989/91 die Verbrauchsgüter- Versorgung seiner Bevölkerung um drastische 50 % reduziert werden musste.

Immerhin hatte inzwischen der Inselstaat ein ausreichendes wirtschaftliches Niveau erreichen können, um – bei Aufrechterhaltung seiner in den Jahrzehnten nach 1960 erlangten ökonomischen und gesellschaftlichen Grundstruktur – bis heute einen totalen Kollaps zu vermeiden.

Und dies bei kaum veränderter politischer Orientierung !

Und um im Zusammenhang verschiedener politischer Neuorientierungen auf dem südamerikanischen Subkontinent in allerletzter Zeit gelegentlich sogar gefragter Ratgeber zu werden.

Abgesehen von den – im Verlauf der 50er und 60er Jahre – nur durch militärischen Waffeneinsatz von sowjetischer Seite beherrschten politischen Unruhen in der DDR, in Polen und Ungarn, sowie in der CSSR, und den Besonderheiten ihrer Beziehungen zu Jugoslawien und

Albanien, hatte die UdSSR ihre zähesten und belastendsten internen Konflikte mit ihren europäischen sozialistischen Partnern auf dem weiten Feld der grenzüberschreitenden Ökonomie. In Sonderheit ging es dabei um Abstimmungen im Bereich der Warenproduktion, um Preisfestsetzungen und sonstige Bedingungen der Güterverteilung in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“.

Der „Haupt- Kriegsschauplatz“ dieser oft in harter Konfrontation ausgetragenen, wenngleich nach außen zumeist zuverlässig abgeschirmten Auseinandersetzungen waren die verschiedenen Gremien des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“, mit Sitz in Moskau. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass sich diese Organisation bekanntlich durchaus nicht ausschließlich auf souveräne europäische Länder der besagten „Staatengemeinschaft“ konzentrierte, sondern formal für alle Staaten der Welt offen war, somit auch die außereuropäischen Länder dieser Gemeinschaft umfasste, zudem in unterschiedlicher Verbindlichkeit mit verschiedenen anderen Staaten „verbandelt“ war.

Gemäß meiner in den Jahren 1979/80 in Moskau getätigten Mitschriften waren zu jener Zeit als Vollmitglieder des RGW registriert :

UdSSR

Polen

CSSR

DDR

Ungarn

Bulgarien

Rumänien

Mongolei

Vietnam

Kuba

Als Kandidaten für eine Vollmitgliedschaft waren vorgemerkt :

Laos

Angola

Mocambique

Äthiopien

Afghanistan

VDR Korea (Nord- Korea)

VDR Jemen (Süd- Jemen)

Sog. „Teilabkommen“ mit dem RGW hatten – u. a. – abgeschlossen :

Finnland

Mexiko

Irak

Zählt man alle diese Länder zusammen, so ergibt sich die respektable Gesamtzahl von immerhin zwanzig durch die Organisation des RGW erfassten, souveränen, in der UNO mit einer Vollmitgliedschaft etablierten Staaten, mit ihrem unstrittigen Schwerpunkt in Osteuropa, doch teilweise verteilt über den gesamten Globus.

Lassen wir die drei abschließend aufgeführten, durch „Teilabkommen“ mit dem Rat verbundenen RGW- Kooperationspartner außer Acht, so kann man beim Versuch einer „charakterlichen“ Klassifizierung von Vollmitgliedern und Kandidaten dieses Wirtschaftsbundes zu nachfolgender Gruppenbildung gelangen.

1. „Dirigent“ der gesamten Organisation und universeller Rohstoff- Lieferant – UdSSR ;
2. Modell- Werkstätten und technisch- wissenschaftliche Versuchslabore – DDR und CSSR ;
3. im Übergang vom Agrarland zum Industriestaat befindliche Mitglieder – Polen, Ungarn,  
sowie, mit gewissen Abstrichen, Rumänien und Bulgarien ;
4. „Versorgungsfälle“ – Kuba und Vietnam,  
sowie, cum grano salis, die gesamte „Kandidaten- Gruppe“.

Wobei sich mancher bei der „RGW- Totalübersicht“ aufgelistete Staat in obiges Schema nicht so recht einordnen ließ, z. B. die immer noch als rückständiges Entwicklungsland anzusehende Mongolei mit ihrem – andererseits – sie erheblich aufwertenden, auch schon in den Jahren 1979/80 bekannten Reichtum an verschiedenen natürlichen Ressourcen.

Wie „funktionierte nun das Ganze“ ?

Eines Tages bekamen wir „ex cathedra“ von dem für die Erörterung dieser Belange zuständigen sowjetischen Referenten die folgende „grundsätzliche Einordnung“ zu hören.

„Auf dem 25. Parteitag der KPdSU wurde die **G e s e t z m ä ß i g k e i t (!)** der Annäherung der sozialistischen Länder herausgearbeitet, bei Weiterentwicklung ihrer nationalen Souveränität (?) und dem **A u s g l e i c h (!!)** d e s ö k o n o m i s c h e n E n t w i c k l u n g s - n i v e a u s.“

Mir ist gut erinnerlich, dass bereits die Verkündung dieser “Offenbarung” in unserem kleinen Auditorium gewisse Reaktionen hervorrief, die ganz sicher nicht als „vorbehaltlose Zustimmung“ zu interpretieren waren. Und als wir abends in unseren Kemenaten in kleinem Kreise beisammen saßen, den Akademietag gewissermaßen „nachbereiteten“, ergaben sich bei den Erörterungen der vorstehend zitierten grundlegenden Passage allgemein sowohl resigniertes Kopfschütteln, als auch tiefschwarze Heiterkeit.

Die in ihrer Klarheit wohl kaum zu übertreffende Ansage war wahrlich ein Musterbeispiel quasi- sozialistischer Rabulistik sowjetischer Prägung.

Ein damit formulierter, nur allzu deutlich von der speziell sowjetischen Interessenstruktur geprägter Formelkompromiss angesichts unübersehbar im Raum stehender Widersprüchlichkeiten wurde, unverfroren, zu einer „Gesetzmäßigkeit“ verklärt, die man zudem nicht entdeckt, sondern „herausgearbeitet“ haben wollte – ein „Witz für sich“!

Womit, en passant, insinnuiert wurde, dass man in den Spitzengremien der KPdSU in der Lage sei, die „Gesetze des Weltenlaufes“ kraft Parteitagsbeschluss beliebig modifizieren zu können !

Und so machte in unserem kleinen abendlichen Zirkel schließlich der glossierende Gedanke die Runde, dass der logisch nächste Schritt in den wuchernden Moskauer Allmachtsphantasien wohl eine „Gott- Gleichheitserklärung“ für die Mitglieder des KPdSU- Politbüros gewesen wäre. Doch eine solche Weiterung hatte man sich letztlich durch seine eindeutige Atheismus- Akklamation wohl doch verbaut.

Nach einem ausreichenden und befreienden Gelächter über diese Eingebung spürten wir ernüchternd, dass unsere muntere Phantasie auch uns mittlerweile auf allzu politisch lockere Gedankenpfade verführt hatte, wünschten uns nun sehr bald eine gute Nacht, und verkrochen uns in unsere Kojen.

Wenden wir uns dem Thema wieder mit gebotenem Ernst zu.

Die vorstehend zitierte „Ansage“ unseres Akademie- Dozenten brachte mit absoluter Eindeutigkeit zum Ausdruck, dass solche Industriestaaten wie die DDR oder die tschechisch dominierte CSSR in Zukunft sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsperspek-

tiven nicht mit der deutschen Bundesrepublik oder Österreich zu vergleichen hatten, sondern eher mit Rumänien oder Kuba.

Insbesondere DDR und CSSR, in Teilbereichen auch Polen und Ungarn, sollten es dann angesichts der konkreten RGW- Vorgaben spüren, wie sehr obige „Ansage“ keineswegs hohle Phraseologie, sondern eine drastisch formulierte Zusammenfassung straffer außenhandelspolitischer Machtpolitik war. Sie wurde in den RGW- Gremien zunehmend rigoroser durchgesetzt, vor allem durch die dort in der Regel übermächtige UdSSR, bei maßgeblicher Unterstützung seitens der meisten wirtschaftlich unterentwickelten Mitglieds- oder Kandidatenstaaten, von uns despektierlich unter „Versorgungsfälle“ zusammengefasst.

Die preispolitischen Festlegungen machten dies besonders deutlich.

Gewiss – das zu jener Zeit auf dem Weltmarkt relativ kontinuierliche Ansteigen der Preise für Energieträger und industrielle Rohstoffe aller Art, auch für die meisten Grundprodukte der menschlichen Ernährung, war unbestreitbar. Aber auch für hochqualifizierte maschinelle Ausrüstungen traf solches in der Tendenz zu.

Und dass man, auch im Interesse der Sicherung einer gewissen Konformität mit dem durch konvertible Währungen fakturierten Markt der „sonstigen Welt“, gut beraten war, im inneren RGW- Raum solchen Preistendenzen zu folgen, war ebenfalls unstrittig.

Nur – Energieträger, mineralische Rohstoffe, auch die Grundprodukte für die Lebensmittelversorgung, waren hinsichtlich ihrer jeweils vom Produzenten vorgelegten Qualität relativ leicht vergleichbar, konnten angesichts international vorliegender „Bench-marks“ zumeist einer objektiv zuverlässigen, marktrealen Bewertung zugeführt werden.

Bei besagten „hochqualifizierten maschinellen Ausrüstungen“, hingegen, versagen derart schlichte Bewertungsmethoden in der Regel. Diese Bewertungen gestalteten sich insbesondere dann sehr schwierig, wenn solche Produkte keinerlei nennenswerten „Bewährungstests“ auf dem durch harte Konkurrenz gekennzeichneten, durch die Erzeugnisse der westlichen Industriestaaten dominierten kapitalistischen Weltmarkt der „freien Konkurrenz“ zugeführt worden waren.

Und so fanden, wenn es in den RGW- Gremien um die RGW- verbindlichen Preis- Festsetzungen für solche Produkte ging, die mehrheitsbildenden Vertreter der Abnehmerstaaten in phantasievollem Zusammenspiel fast immer eine Vielzahl von Argumenten, mit deren Hilfe

für Maschinen und sonstiges technisches Gerät – vorzugsweise aus DDR- oder tschechischer Produktion – wesentliche Preissteigerungen zumeist **u n t e r b u n d e n** wurden.

Was auf eine erhebliche Verschiebung der marktwirtschaftlichen Erträge innerhalb der RGW-Gemeinschaft hinauslief, bei welcher **v o r a l l e m d i e D D R i n b e s o n d e r e m A u s m a ß n a c h t e i l i g** betroffen war.

**E s k a n n s e h r f a t a l w e r d e n , w e n n m a n a l s h e r a u s r a g e n d e w i r t s c h a f t l i c h e L e i s t u n g s t r ä g e r b e h e i m a t e n d e r S t a a t e l e m e n t a r e n a t i o n a l e S o u v e r ä n i t ä t s r e c h t e a n p l u r i n a t i o n a l e E n t s c h e i d u n g s t r ä g e r h a t t e a b t r e t e n m ü s s e n !!!**

Aber auch die nachhaltigen Nutznießer der soeben skizzierten RGW- Generallinie waren schon 1979/80 **s e l t e n** mit der Gesamtheit **a l l e r R G W - P r e i s e** gänzlich einverstanden. Was die im RGW- Apparat in verantwortlichen Positionen tätigen sowjetischen Ökonomen offensichtlich erheblich betrübte, wie wir eines Tages von einem bei uns referierenden Gastdozenten jener Einrichtung zu hören bekamen :

„Objektiv ist einzugestehen, dass heute de facto **a l l e** in den RGW eingebundenen Staaten mit den RGW- Preisen, mehr oder weniger, **u n z u f r i e d e n** sind – jedoch mit z. T. diametral einander **e n t g e g e n g e s e t z t e n** Richtungen ihrer Wünsche und Bestrebungen!“

Auch allgemein schwache Ökonomien offerierten zumeist bestimmte regionale Produkt-Spezialitäten in ausgezeichneter Qualität, die sie durch die anderen RGW- Mitglieder als preislich krass unterbewertet erachteten. Da in der vom RGW geschaffenen Wirtschaftszone des „transferablen Rubels“ hinsichtlich des offiziellen grenzüberschreitenden Handels grundsätzlich keine durch Angebot und zahlungsfähige Nachfrage bestimmte Preisbildung erfolgte, war deshalb durch subjektiven Nationalstolz geprägten „ökonomischen Meinungen“ in Bezug auf bestimmte nationale Nischen- Produkte in Vorbereitung der Preis- Entscheidungen öfters sehr viel propagandistischer Raum zugestanden worden.

Gegenüber dem harten „Preisbildungsinstrument“ einer RGW- Mehrheitsauffassung waren dann aber auch diese national und subjektiv geprägten „ökonomischen Meinungen“ zumeist chancenlos.

Und so kam es, dass bereits in den Jahren 1979/80 der RGW- Motor in seiner Gesamtheit unüberhörbar zu „stottern“ begonnen hatte.

Dabei waren es – auch nach heutigen politischen und ökonomischen Maßstäben – durchaus sehr rationale gedankliche Ansätze gewesen, die dereinst die Schaffung eines östlichen Dependents zur damals sehr west-europäisch ausgerichteten Europäischen Union bewirkt hatten, und keineswegs nur die ideologisch geprägte Vision einer durch diesen Schritt vollzogenen Etablierung der Keimzelle vom dereinst den ganzen Globus umfassenden „sozialistischen Weltmarktgeschehen“.

Für die meisten im RWG organisierten Länder war es sehr wichtig, dass durch ihre dortige Mitgliedschaft zumeist eine ausreichende Versorgung mit Energieträgern und anderen Rohstoffen hinreichend gesichert war, vorzugsweise durch entsprechende Lieferungen aus der UdSSR. Eine stabil gewährleistete Zufuhr dieser Güter war in jener an politisch motivierten Handelsblockaden „reichen“ Zeit ohne Zweifel ein großer „Wert an sich“.

Trotz aller immer wieder damit verbundenen speziellen Probleme mit der großen Zentralmacht des Wirtschaftsbundes wusste auch die DDR – als sehr rohstoffarmes Land – diese Sicherheit außerordentlich zu schätzen.

Ein anderes sehr rationales Motiv für die Bildung des RGW waren die sich damit real eröffnenden Chancen, in den meisten industriellen Produktionsbereichen zur betriebswirtschaftlich erhebliche Effektivitäts- Reserven erschließenden Großserienproduktion überzugehen, und auf diese Weise von jeweils wenigen Groß- Zentren den betreffenden Bedarf aller Mitgliedsländer der Rates abzudecken.

Als bereits seit sehr jungen Jahren der mecklenburgischen Küstenregion sehr verbundener Rostocker ist mir in diesem Zusammenhang speziell die Entwicklung des Schiffbaus im Norden der einstigen DDR geläufig, durch welchen die bisher weitgehend agrarisch geprägte Region einen beeindruckenden Industrialisierungsschub erhielt.

Im Laufe der Jahre hat der mecklenburgisch- vorpommersche Schiffbau damals die stolze Armada von etwa 3.000 hochseetüchtigen Schiffseinheiten für die Sowjetunion gebaut und an sie ausgeliefert. Leider hat der größte Teil dieses bemerkenswerten industriellen Potentials die Zeit der gesellschaftlichen Wende in den Jahren 1989/91 nicht überstanden – der im Bundesvergleich derzeit immer noch außerordentlich niedrige Arbeitslohn und die hohe Arbeitslosigkeit in Mecklenburg- Vorpommern sind zu erheblichen Anteilen Folgen besagter Deindustri-

alisierung zu Beginn der 90er Jahre, die nicht zuletzt auch als eine Konsequenz der Auflösung des RGW zu sehen ist.

Zum Dritten wäre in dieser Auflistung auch auf jene Möglichkeiten zu verweisen, die eine gekonnt orchestrierte naturwissenschaftlich- technische Forschung für alle Mitglieder des RGW hätte erbringen können.

Auf einigen Feldern ist dies sicherlich gelungen, z.B. auf dem Feld der damals als unstrittig zukunftssträftig angesehenen Atomwirtschaft, auf den meisten anderen Feldern jedoch kaum. Probleme ergaben sich immer wieder dadurch, dass die Führungsrolle für die einzelnen Forschungsfelder zumeist von sowjetischer Seite eingefordert wurde, der es dann aber oft außerordentlich schwer fiel, selbige auch tatsächlich wahrzunehmen, vorzugsweise in Folge ihrer eigenen, internen Probleme im Forschungs- Bereich.

Dass es die besonders intensive handelspolitische Verzahnung von DDR und UdSSR schließlich mit sich gebracht hatte, etwa zwei Drittel der im ostdeutschen Staat geleisteten naturwissenschaftlich- technischen Forschungsarbeit nunmehr in laufender Abstimmung mit sowjetischen Partnern vollziehen zu müssen, wurde deshalb auf Seiten der DDR nicht nur bei wenigen Einzelthemen inzwischen als keineswegs unbedenklich angesehen.

Welche Schluß- Sätze sind für diesen speziellen Teil unserer Niederschrift angemessen ?

Es dürfte unstrittig sein – durch den RGW wurden seinen Mitgliedern verschiedene ökonomische Sicherheiten mit erheblicher politischer Relevanz gegeben; den Entwicklungsländern unter ihnen, sowie den an der Schwelle zum Industriestaat befindlichen, sicher auch manch` bedeutender und stimulierender p r i n z i p i e l l e r Impuls von Langzeitwirkung vermittelt.

Dennoch hemmte die von der UdSSR im RGW durchgesetzte Generallinie des möglichst baldigen vollständigen Ausgleiches der Lebensverhältnisse in allen seinen Mitgliedsstaaten unter den zu jener Zeit gegebenen historischen Gegebenheiten die wenigen entwickelten Industrie- Länder unter ihnen erheblich, einen ihrem fortgeschrittenen Entwicklungsstand adäquaten gesamtgesellschaftlichen Weg zu gehen.

Letzten Endes war dies auch für die RGW- Gemeinschaft als Ganzes von Nachteil, inklusive ihrer Zentral- Macht, der UdSSR.

## Sechstes Kapitel

### SUMMA SUMMARUM

### Versuch einer Zusammenfassung

Das Werden, Wachsen, Verdorren und Erlöschen der Sowjetunion war eines der bestimmenden Themen einer ganzen Zeitepoche.

Und hat ein großes „W a r u m ?“ hinterlassen.

Warum kam es in den Jahren 1989/91 zu jener überraschenden Implosion des großen Sowjet-Imperiums, durch welche auch die „westliche Welt“ sich mit einer neuen globalen Wirklichkeit konfrontiert sah ?

Wieso sind damals jene reaktiven machtpolitischen Mechanismen kaum wirksam geworden, die gemeinhin, zumal in Großstaaten, im Zusammenhang mit derartigen radikalen Paradigmenwechseln aktiviert werden ?

Der vorliegende Text hat sich um Antworten hierauf bemüht, insbesondere um eine Erläuterung jenes Ursachenbündels, das als ursächlich für die Auslösung des damaligen Implosionsprozesses anzusehen ist.

Und glaubt, eine Reihe von Teilantworten gefunden zu haben. Wobei, letztlich wenig überraschend, hinter jeder dieser Teilantworten ein neues „Warum ?“ erkennbar wird.

Gewiss steht hinter dem hier zur Sprache gebrachten Geschehen, letzten Endes, der „historische Prozess als solcher“, jenes ewiges Werden und Vergehen, das sich vermutlich wirklich nicht nach einem „Drehbuch“ vollzieht, dessen entscheidende Inhalte von menschlicher Hand im Einzelnen n i c h t festgelegt werden können.

Was uns allerdings nicht daran hindern darf, sich um die Entschlüsselung der großen Geheimnisse jenes „historischen Prozesses als solchem“ unablässig zu bemühen, in diesem Bemühen ein Höchstmaß an Redlichkeit obwalten zu lassen.

Denn nur dann kann die Analyse des Geschehenen uns jene Hinweise vermitteln, die es uns ermöglichen, zumindest die in der Vergangenheit der Menschheit unterlaufenen großen Fehler zukünftig zu vermeiden.

Unstrittig dürfte sein, dass uns „der Fall Sowjetunion“ vor ein sehr umfängliches, komplexes und äußerst facettenreiches Problem- Konvolut stellt.

Das macht es bereits sehr schwer, die richtigen Fragen zu stellen.

Noch schwieriger ist es, darauf Antworten zu finden, denen man eine zumindest hinlängliche „Belastbarkeit“ zubilligen kann.

Wichtig erscheint mir die grundlegende Feststellung, dass man die Gesamtheit des „sowjetischen Phänomens“ als Versuch einer „praktizierten Antwort“ auf die historische europäische Situation gegen Ende des Ersten Weltkrieges ansehen kann.

Diesem Versuch der radikalen Verwirklichung vorrangig durch sozialen Altruismus bestimmter Absichten, dem Bemühen um einen diesbezüglichen neuartigen gesellschaftspolitischen Ansatz, immer wieder in unvermeidbarem Terror und unverantwortlicher Brutalität ableitend, war nur das historisch knappe Zeitfenster von etwa sieben Jahrzehnten beschieden. Mit der zunehmenden Intensivierung von wissenschaftlich- technischer Revolution und ökonomischer Globalisierung begann es sich schon in der Zeit unseres Moskau- Aufenthaltes, in den Jahren 1979/80, unwiderruflich zu schließen.

Etwa ein Jahrzehnt später erfolgte die Implosion.

Womit die zeit- und ortbezogene sowjetische Variante eines „realen Sozialismus“ in ihrer Gesamtheit als historisch gescheitert einzuordnen ist.

Andererseits – sie war zu ihrer Zeit mächtig genug, die ganze Welt immer wieder „in Atem zu halten“!

Der unmittelbare Anlass für die Implosion des Sowjet- Imperiums in den Jahren 1979/80 ergab sich nach allgemeiner Ansicht im Wesentlichen daraus, dass die dort an der Macht befindliche KPdSU, die kommunistisch- sozialistisch orientierte führende Partei der Sowjetunion, die Bedürfnis- Struktur ihrer Bevölkerung nicht mehr entscheidend gemäß ihren parteipolitischen Vorstellungen zu beeinflussen, geschweige denn zu prägen vermochte, und dann nicht in der Lage war, die in Folge dessen entstandenen Bedürfnisse hinlänglich zu befriedigen.

Diese Entwicklung war in verschiedenen Sachverhalten begründet, die zu erläutern der vorliegende Text sich bemüht hat.

In unseren gelegentlichen, internen Vorlesungs- und Seminar- Nachbereitungen haben wir damalige Kursanten gemeint, hierfür in Sonderheit das sinkende soziale Aufstiegsstreben – in Folge einer weitgehenden sozialen Nivellierung – vorrangig haftbar machen zu können, sowie das mit der weitgehend `u n k o n d i t i o n i e r t` gewährleisteten allgemeinen sozialen Sicherheit einher gehende Nachlassen der sozialen Selbstdisziplin.

Ich meine, auch heutzutage zu unserer damaligen „spätstudentischen Aussage“ stehen zu können.

Dennoch – man sollte sich bei seinem analytischen Bemühen mit einer solchen zusammenfassenden Aussage nicht begnügen, obwohl in der Sowjetunion die wachsende Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Wunsch und gesellschaftlicher Wirklichkeit unzweifelhaft sehr erheblich auch durch zunehmende Defizite im Bereich des sog. „subjektiven Faktors“ mitverursacht gewesen ist.

Gehen wir also nunmehr in bündelnder Verdichtung noch einmal kurz im Einzelnen auf die für den Niedergang des Sowjetreiches vermutlich wesentlichsten konkreten Sachverhalte ein.

Im vorstehenden Text ist hierzu einleitend auf das unsägliche Wettrüsten zwischen den beiden großen politischen Lagern des kalten Krieges in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingegangen worden. Die hieraus für den Sowjetstaat sich ergebenden enormen ökonomischen

Lasten sollten – langfristig gesehen – sich als entscheidender Faktor für eine schließlich hoffnungslose Überforderung der Sowjetökonomie erweisen.

Andererseits sollten wir im Kontext zu dieser Aussage nie übersehen, dass gerade die durch subtile gegenseitige „Aufklärung“ stets belegte weitestgehende Waffengleichheit der beiden Zentralmächte des latenten globalen Konfliktes – USA und UdSSR – über die Dauer von mehr als vier Jahrzehnten die Welt vor einem Abgleiten in einen vermutlich mit Atomwaffen ausgetragenen Dritten Weltkrieg bewahrt hat.

Ein kurzer Hinweis sei auch hinsichtlich jener zusätzlichen Belastungen gestattet, die von der UdSSR getragen wurden, um eine zumindest minimale militärische Schlagkraft jener vielen kleineren oder mittleren Staaten zu gewährleisten, welche sich – was sicherlich sehr im damaligen sowjetischen Interesse lag – der Vormundschaft westlicher Industriestaaten rigoros zu entziehen bemüht waren.

Solche Länder wurden mehrheitlich mit sowjetischem Waffen- Material ohne nennenswerte ökonomisch relevante Gegenleistungen ausstaffiert.

Als großes volkswirtschaftliches Hemmnis mit beträchtlicher „Alltagswirkung“ haben wir das in der Sowjetunion mit allen relevanten Mitteln der Staatsgewalt abgesicherte universelle Produktions- Diktat des „Volkswirtschaftsplanes“ und die mit voluntaristischer Methodik vorgenommenen staatlichen Preisfestlegungen charakterisiert.

Durch den verabsolutierten und auf der Basis sehr fragwürdiger, stark veralteter Entscheidungskriterien vorgenommenen Einsatz dieser grundsätzlich durchaus praktikablen Instrumente der Wirtschaftslenkung wurden sie – insbesondere im Zusammenhang mit den stetigen Diversifizierungen im Produktionsgeschehen – zu Faktoren von Komplizierung und tendentieller Strangulierung jeglicher echter ökonomischer Dynamik.

Diese unflexible Einseitigkeit des sowjetischen ökonomischen Planungsgeschehens ist nur durch jenen gefürchteten sturen „Tunnelblick“ zu erklären, der sich vor allem in autoritär geführten Leitungsstrukturen einzubürgern pflegt, im Zusammenhang mit ökonomischen Vorgängen dort vor allem als Ausdruck absoluten Kontrollbestrebens der zentralen Autorität zu verstehen sein dürfte.

Sicherlich – bestimmte Elemente von industrieller Langzeitplanung und der staatlichen Einflussnahme auf einzelne Preiskategorien sind heute in fast allen wesentlichen entwickelteren Staaten als prinzipiell unbestrittene Elemente der gesellschaftlichen Gestaltung zu beobach-

ten, jedoch in mehr oder weniger sinnvoller Kombination mit verbindlichen Regularien des durch Angebot und Nachfrage charakterisierten klassischen Marktgeschehens.

In ihrer Spätphase machte indessen auch die UdSSR, in gewissen, eher versteckten Formen sich die Möglichkeiten der Unterstützung ihrer Planwirtschaft seitens der Mechanismen des freien Marktes sehr wohl verfügbar, z. B. in Fällen bedrohlicher Versorgungs- Zuspitzungen nach schweren planwirtschaftlichen Pannen.

Zu einem großen systemischen Problem waren in der Sowjetunion die sich im Laufe der Zeit immer stärker verfestigenden „Staaten im Staat“ geworden, auch wenn die durch sie bedingten Aufweichungen der angestrebten geschlossenen Staatlichkeit kaum je öffentlich nennenswert thematisiert wurden.

Über den enormen, oft sehr fragwürdigen Einfluss der Gewerkschaften auf betriebswirtschaftliche Entscheidungen der jeweiligen Arbeitgeber ist vorstehend relativ detailreich berichtet worden, und auch über die autonome Position der Kirchen enthält der vorliegende Text einordnende Aussagen.

Kaum etwas Aktuelles konnten wir damals hinsichtlich des gesellschaftlich sehr stark separierten „Schutz- und Sicherheitsbereiches“ erfahren, auch gegenüber uns Kursanten äußerte man sich zu diesem diskreten staatstragenden Element des Sowjetismus fast überhaupt nicht. Wie erheblich belastend die betreffenden Strukturen für den Staatshaushalt der UdSSR gewesen sein dürften, stand indessen in keinerlei grundsätzlichem Zweifel. Die Offenlegung diesbezüglicher Sachverhalte für das „Ministerium für Staatssicherheit der DDR“ nach der ostdeutschen politischen Wende in den Jahren 1989/90 hat derartige Annahmen nachhaltig untermauert – in der UdSSR waren derzeit vermutlich analoge fiskalische Gegebenheiten existent.

Auf die nachweislich besonders gravierenden „gesellschaftsklimatischen“ Einwirkungen dieser Institutionen durch ihr tendentiell sehr selbstherrlich- repressives Agieren sind wir an passender Stelle im Besonderen kurz eingegangen.

Einen etwas größeren Platz in diesen zusammenfassenden Betrachtungen sollen die Probleme der wissenschaftlich- technischen Entwicklung im einstigen Sowjetreich erhalten.

Die weltweite wissenschaftlich- technische Revolution brachte es mit sich, dass sich spätestens in den 60er Jahren im kalten Krieg zwischen „Ost“ und „West“ für die UdSSR und alle mit ihr verbündeten Staaten neben der imaginären Front des militärischen Wettrüstens nunmehr eine zweite, in ihren besonderen langfristigen Konsequenzen zumindest ebenbürtige auftrat.

Diese Front ergab sich im weiten Bereich von Wissenschaft und Technik, speziell auf den Gebieten weltverändernder neuer technologischer Verfahren und Produkte, insbesondere angesichts der rasanten Entwicklung von Elektronik und Informationswissenschaften.

War schon das militärische Wettrüsten „an sich“ für die Sowjetgesellschaft nur mit größter Anstrengung durchzuhalten, bei deutlicher Vernachlässigung aller sonstigen Entwicklung, bewirkte die neue imaginäre Front moderner Wissenschaft und Technik – eine quasi „zweite Front“ – die letztlich **t o t a l e ö k o n o m i s c h e Ü b e r f o r d e r u n g** des Sowjetstaates.

Angesichts des zunehmend hilflosen Agierens der sowjetischen Führungsebenen gegenüber der internationalen Entwicklung von Elektronik und Informationstechnik wurde die Unterlegenheit seiner Potentiale gegenüber einer ihn nun zunehmend erdrückenden Übermacht des politischen „Westens“ allmählich auch international überdeutlich.

Das Persistieren der in der UdSSR über Jahrzehnte verhärteten systemischen Entwicklungshemmnisse tat das Seine, um eine grundlegende Trendumkehr aus eigenem Vermögen Jahr für Jahr unwahrscheinlicher werden zu lassen.

Eine Bemerkung wert scheint mir, dass diese beiden imaginären Frontstellungen für den schlichten Sowjetbürger völlig unterschiedliche „ideologische Gesichter“ trugen. In den amerikanischen Atomraketen erkannte fast jeder den „unversöhnlichen Feind“, und die Bedrohung durch äußere Feinde hat bekanntlich schon seit ehedem immer eine erhebliche innerstaatliche Bindewirkung besessen.

Die westliche Elektronik, dagegen, empfand man allenthalben als universellen lebensfreundlichen Helfer. Er mobilisierte keinerlei Abwehr- Reflexe, sondern erweckte, im Gegenteil, ausdrückliche Begegnungssehnsucht.

Der gesellschaftlichen Stellung von Wissenschaft und Forschung, der sowjetischen „Intelligenz“ als spezielle soziale Gruppe, den beruflichen Umschichtungs- Prozessen im Verlauf der Sowjetperiode ist im vorliegenden Text relativ breiter Raum gegeben worden.

Ende der 70er, zu Beginn der 80er Jahre musste man den Eindruck gewinnen, dass die obwaltenden gesellschaftlichen Umstände zwar eine zunehmende Intellektualisierung des gesamten Sowjet- Milieus bewirkten, was sich aber keineswegs in einer spürbaren Belebung von Forscherdrang und wissenschaftlichem Streben bemerkbar zu machen schien.

Der in erheblichen Teilen der Bevölkerung sich inzwischen artikulierende Wunsch nach Kultur und geistigem Austausch, vermutlich eine reale Konsequenz von bemerkenswerter Schulbildung und steigenden Akademikerquoten, war vorzugsweise als erfreuliches Element der geistig- kulturellen Bereicherung des i n d i v i d u e l l e n Alltagslebens zu erkennen, nur bedingt als Faktor einer durchgängigen Steigerung gesamtgesellschaftlicher Potentiale. Das war für uns Außenstehende irritierend, zumal sich die Ursachen einer solchen Divergenz nicht unbedingt mit dem ersten Blick deutlich machten.

Doch nach etwas längerem Verweilen in unserer damaligen Moskauer Umgebung waren wir Kursanten uns mehrheitlich einig – das entscheidende Element in einem auch hier wirksamen Faktorenbündel waren die Schwierigkeiten der Partei- und Staatsführung der UdSSR, einen unverklemmten Zugang zu einem zeitgemäßen Umgang mit der marx'schen „Klassenlehre“ zu finden. Vor damals etwa hundert Jahren war bekanntlich von den historischen Stammv Vätern der sowjetischen Staatsideologie die Industriearbeiterschaft als „Fortschrittsträger schlechthin“ inthronisiert, der sozialen Gruppe der „Intelligenz“ nur der Rang eines privilegierten „Beraters und Dieners“ zugeordnet worden. Das starre Festhalten an diesen zeitlich sehr überholten Festschreibungen, ihre fortgesetzte Anerkennung als bestimmende Orientierungspunkte in der gesamten Gesellschaftspolitik – bis hin zur Lohnpolitik – begannen sich wie Mehltau auf das geistige Leben der Sowjetunion zu legen, jeden in den öffentlichen Raum getragenen ernsthaften Gedanken zu grundlegenden gesellschaftspolitischen Veränderungen im Keim zu ersticken.

Dazu kam Weiteres, kamen z. B. sehr ernsthafte Fehler, Oberflächlichkeiten und fatale Undifferenziertheiten in der beruflichen und akademischen Ausbildungstätigkeit.

Inzwischen begann sich – wenn auch zunächst in sehr dezenten Formen – vor allem in Teilen des jüngeren akademischen Nachwuchses erkennbarer Protest gegen das allmählich eine bedrückende Dimensionierung annehmende Fehlen befriedigender persönlicher beruflicher

Perspektiven zu artikulieren. Die Ursachen dieser tiefen Enttäuschungen waren vielgestaltig, doch großenteils eine Folge von speziellen Ausbildungen, für welche es keinen echten gesellschaftlichen Bedarf gab.

Solche jungen Leute fühlten sich, verständlicherweise, nachhaltig düpiert.

Von uns Kursanten ist im Ergebnis von Erörterungen derartiger Angelegenheiten der Terminus einer „Bildungsfalle“ definiert worden.

Im vorliegenden Text wurde ferner auf die großen Reibungsflächen aufmerksam gemacht, die sich durch den Dualismus von formaler regionaler staatlicher Autorität und den erheblichen regionalen Interventionspotentialen der Generaldirektoren sog. „Zentral geleiteter Einrichtungen“ ergaben.

Dieser Dualismus führte immer wieder – einerseits – zu empfindlichen Störungen der regionalen Entwicklung von Gebieten mit besagten „Zentral geleiteten Einrichtungen“, sowie – andererseits – zu regional getragenen Blockaden gesamtstaatlich vorrangiger Initiativen, die von „Zentral geleiteten Einrichtungen“ umgesetzt werden sollten.

Schließlich ist vorstehend auch auf die beim Zerfall der Union deutlich gewordenen ungelösten innersowjetischen Nationalitäten- Probleme der UdSSR kurz eingegangen worden.

An dieser Stelle erachte ich eine abschließende Bemerkung über die in der Sowjetunion eine zentrale strukturbestimmende Rolle spielende Lenin'sche „Lehre von der Partei neuen Typus“ für angebracht.

Die an das innere Regime eines spätmittelalterlichen Ritterordens erinnernde straffe Verfasstheit der kommunistischen Partei auf dem Territorium des einstigen Zarenreiches erwies sich zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts – machtpolitisch gesehen – tatsächlich als ein *a d ä q u a t e s* Instrument zur Erringung und postrevolutionären Verfestigung der Staatsmacht.

In der langfristigen Perspektive ergab sich jedoch die zunehmend fehlende Eignung einer solchen Form von Organisierung und staatspolitischem Einsatz aller entschiedenen Willensträger für eine sozialistisch orientierte gesellschaftliche Entwicklung.

Und dies auch trotz – oder *w e g e n* (!) – der inzwischen entstandenen allgemeinen Hülle des Militärstaates mit seinem universellen Disziplinierungs- Potential.

Die Partei- Mitglieder konnten im Laufe der Zeit immer weniger den ihnen oktroyierten überbordenden Verpflichtungen entsprechen, fühlten sich zunehmend als Geiseln einer selbst von ihnen mehrheitlich als mittlerweile *i n a d ä q u a t* erkannten Staatspolitik.

Ein allmählich einsetzender schleichender innerer Erosionsprozess war die Folge – *e i n e* der wesentlichen Voraussetzungen für das vergleichsweise „geräuscharme“ schließliche Implosionsgeschehen, welches in den Jahren 1989/91 den gesamten Sowjetismus beerdigte.

Gibt es nun die Möglichkeit einer inhaltlich gedrängten Zusammenfassung des in diesem Schlusskapitel Aufgeführten, im Sinne einer General- Antwort auf das in seiner Eröffnung formulierte „*W A R U M*“ ?

Vermutlich war es letzten Endes das hermetisch abgeschlossene und in seiner inneren Kohärenz extrem verfestigte staatstragende Ideologie- Gebäude der UdSSR, das diese zeitweise übermächtige und territorial einmalig große Staatenunion zu einer katastrophalen *W a n d l u n g s u n f ä h i g k e i t* verurteilt hat.

Die enorme Beschleunigung der wissenschaftlich- technischen Revolution gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts hat dann in ihrem inneren Zusammenspiel mit der einsetzenden Globalisierung aller grundlegenden ökonomischen Prozesse für den in der Sowjetunion staatlich organisierten ideologischen Eigensinn samt seines politischen Trägers das „*r e a l p o l i t i s c h e T o d e s u r t e i l*“ bedeutet.

Gesellschaftspolitische Normen haben in ihrer Gesamtheit stets einen Doppelcharakter – sie sind sowohl stützendes Gerüst, als auch einengendes Korsett.

Je fester und konkreter „Gerüst und Korsett“ gestaltet sind, desto zuverlässiger kann das Ganze äußerem Druck widerstehen – aber desto schwieriger gestaltet sich auch seine unerlässliche Anpassung an die sich grundsätzlich verändernden Erfordernisse des Zeitenlaufes.

Sicherlich kann man sich dem historischen Phänomen der Sowjetunion auch unter vorzugsweise ideologiephilosophischen Aspekten nähern, nach dort üblichen abstrakten Maßstäben werten.

Und da der gesellschaftliche mentale Prozess bekanntlich an seine eigenen Regeln gebunden ist, könnte – zumal angesichts des sich weitenden zeitlichen Abstands – der untergegangene

Sowjetstaat möglicherweise dereinst von seiner Verantwortung für alles durch ihn zu Vertretende, auch vom gegenwärtig noch gegebenen Vorwurf moralischer Schuld für manches sehr Schlimme, unstrittig in seiner Verantwortung Geschehene, ideologiephilosophisch entschuldigt werden.

Oder ?

Nun – „die Zeit wird das Urteil sprechen !“

## N A C H W O R T

Mittlerweile sind seit meinem vorstehend beschriebenen Moskauer Aufenthalt in den Jahren 1979/80 etwa dreieinhalb Jahrzehnte verstrichen, und ich bin kürzlich in mein 80. Lebensjahr eingetreten.

Als ich damals, im Sommer 1980, wieder in die DDR zurückkehrte, wurde ich von meiner Rostocker Heimat- Universität auf von „zentraler Seite“ geäußerte Bitten für eine zeitweise und befristete Wahrnehmung von Leitungs- und Führungsaufgaben beim Roten Kreuz freigestellt, trat im Spätsommer jenes Jahres meine Arbeit beim Deutschen Roten Kreuz an, dessen Mitglied ich bereits seit 1953 war.

Von 1980 bis 1981 wirkte ich dort als einer von drei Vizepräsidenten des „DRK der DDR“, und am 24. 10. 1981 wählte mich der 9. Kongress dieser deutschen Rot- Kreuz- Organisation in ordentlicher, statutengemäßer Wahl zu ihrem Präsidenten.

Schon kurz darauf wurde ich vom turnusmäßigen Welt- Kongress des Internationalen Roten Kreuzes – er fand im Herbst 1981 in der philipinischen Hauptstadt Manila statt – zum Vizepräsidenten der „Kommission für Gesundheit und soziale Dienste“ der Föderation aller Rot- Kreuz- und Rot- Halbmond- Gesellschaften gewählt, welches Amt ich 8 Jahre lang, bis zum Oktober 1989, bekleidete.

Zudem nahm ich in den Jahren 1981 bis 1987 auch die Repräsentanz des DRK der DDR als eines der wenigen ordentlichen Mitglieder in der elitären „Friedenskommission“ des Inter-

nationalen Roten Kreuzes persönlich wahr, was ständige, auch längere Aufenthalte in der schweizerischen „Diplomatie- Hauptstadt“ Genf erforderlich machte.

Über die damals in allen diesen verschiedenen nationalen und internationalen Rot- Kreuz- Ämtern und -Funktionen gesammelten Erfahrungen und Einblicke habe ich in einer 2013 im Hildesheimer Olms- Verlag herausgegebenen Monographie unter dem Titel „Im Zeichen des Roten Kreuzes“ berichtet.

Zwei Jahre vor der großen gesellschaftlichen Wende in Osteuropa, im Jahre 1987, kehrte ich wieder zu meiner hauptamtlichen wissenschaftlichen Tätigkeit zurück, als Direktor des einst unter Prof. Dr. med. habil., Dr. h.c. Karl- Heinz Mehlan zu internationalem Renomme gelangten Instituts für Sozialmedizin meiner heimatlichen Rostocker Universität.

Einige Jahre nach Wende und deutscher Wiedervereinigung hatten dann aber die teilweise mit erheblicher Härte im ostdeutschen Hochschulwesen durchgesetzten Maßnahmen umfassender strukturpolitischer Reorganisation – mit einer radikalen Reduzierung aller epidemiologischen und sozialmedizinischen wissenschaftlichen Kapazitäten – auch mein endgültiges Ausscheiden aus dem akademischen Leben zur Folge.

Darauf hin habe ich mich für das restliche Jahrzehnt meines aktiven Berufslebens wieder praktischem ärztlichen Tun zugewandt, als Landarzt in freier Niederlassung.

Gemäß bestimmter, zu Beginn des neuen Jahrhunderts immer noch absolut verbindlicher berufsständischer und kassenrechtlicher Regularien der Bundesrepublik musste ich im März des Jahres 2003, nach Vollendung meines 68. Lebensjahres, aber auch diese Tätigkeit beenden, die mir nach den ungeahnten, zuvor kaum für möglich erachteten Turbulenzen und Belastungen der Wende- und Wiedervereinigungszeit wieder ein hohes Maß an beruflicher und menschlicher Erfüllung bereitet hat.

Ungeachtet aller dieser Entwicklungen und Vorgänge habe ich in jenen Jahren – neben meiner Arbeit als Hochschullehrer oder Landarzt – mein Rot- Kreuz- Engagement fortgesetzt, wurde im Sommer 1990 zum Vizepräsidenten des neuen DRK- Landesverbandes Mecklenburg- Vorpommern gewählt und im Herbst 1994 für eine zweite Amtsperiode bestätigt.

Doch vier weitere Jahre später habe ich diese Position für andere, in jeder Hinsicht hochqualifizierte Rot- Kreuz- Kameraden jüngerer Alters geräumt.

Heute erfreue ich mich sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene einer Rot- Kreuz- Ehren- Mitgliedschaft, als alternder Mann der freundlichen Zuneigung meiner Rot- Kreuz- Kamera- den und der umsorgenden Aufmerksamkeit meiner mir auf das Herzlichste seit über fünf Jahrzehnten verbundenen Ehefrau.

Und bemühe mich, das von mir in einem bewegten, intellektuell und emotional reichen Leben Erfahrene und Erlebte meiner Umwelt und meinen Nachfahren in schriftlicher Form zugänglich zu machen, zu bewahren.

Der vorliegende Text möge Beleg dafür sein.

Im März 2014

Siegfried Akkermann

Ober-Medizinal-Rat a.D., Prof. em. Dr. med. habil.

